

„Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion

»Unternehmen Barbarossa« 1941

Herausgegeben von
Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette



Geschichte
Fischer



Das »Unternehmen Barbarossa« war in Wirklichkeit nicht nur der klassische Fall eines Aggressionskrieges, sondern – da er unter Brechung aller bis dahin gültigen Regeln des Kriegsvölkerrechts geführt wurde – ein von rasseideologischen und machtpolitischen Motiven gleichermaßen geprägter Vernichtungskrieg. Ein hochaktuelles Buch, das zeigt, warum noch heute in der Sowjetunion große Ängste gegenüber den Deutschen bestehen.

»Dies ist ein Handbuch, wie man es sich wünscht: wissenschaftlich einwandfrei, zuverlässig, materialreich und eindeutig in der Aussage – ein Leitfaden für alle« Eberhard Jäckel

**Geschichte
Fischer**



Überarbeitete Neuausgabe

ISBN 3-596-24437-4



9 783596 244379

DM 24.80



Über dieses Buch Weitverbreitet ist die Annahme, dass Hitler der Sowjetunion den Krieg erklärt habe, weil Stalin seine Truppen an der Westgrenze mobil gemacht hätte. Mitarbeiter des renommierten Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg haben mit dem vorliegenden Buch diese Legende zerstört. Sie haben nachgewiesen, dass Hitler im Gegenteil den Krieg gegen die Sowjetunion spätestens seit 1933 planmässig vorbereitet und schliesslich aus eigenem Antrieb am 22. Juni 1941 vom Zaun gebrochen hat.

Freilich handelte es sich nicht allein um den klassischen Fall eines Aggressions- oder Angriffskrieges, sondern, da er unter Brechung sämtlicher Regeln des Kriegsvölkerrechts geführt wurde, um einen von rasseideologischen und machtpolitischen Motiven gleichermaßen geprägten Vernichtungskrieg.

Die Herausgeber und die Autoren werden am Schluss des Bandes vorgestellt.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion «Unternehmen Barbarossa» 1941

Herausgegeben von
Gerd R. Ueberschär und
Wolfram Wette

‘04 Fischer Taschenbuch
‘04 Verlag

Überarbeitete Neuausgabe
Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag GmbH,
Frankfurt am Main, Januar 1991

Die vorliegende Ausgabe ist Teil der 1984 unter dem Titel
*«Unternehmen Barbarossa». Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion
1941. Berichte, Analysen, Dokumente* erschienenen Originalausgabe,
herausgegeben von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette Lizenzausgabe
mit freundlicher Genehmigung des Ferdinand Schöningh Verlags, Paderborn
© 1984 by Ferdinand Schöningh at Paderborn

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Buchholz / Hinsch / Hensinger

Foto: Presseillustration Heinrich R. Hoffmann

Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 3-596-24437-4

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

Vorbemerkung zur Taschenbuchausgabe 7

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion «Unternehmen Barbarossa» 1941

Gerd R. Ueberschär
Hitlers Entschluss zum «Lebensraum»-Krieg im Osten Programmatisches
Ziel oder militärstrategisches Kalkül? 13

Wolfram Wette
Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die
Sowjetunion am 22. Juni 1941..... 45

Lutz Lemhöfer
Gegen den gottlosen Bolschewismus
Zur Stellung der Kirchen zum Krieg gegen die Sowjetunion 67

Gerd R. Ueberschär
Das Scheitern des «Unternehmens Barbarossa»
Der deutsch-sowjetische Krieg vom Überfall bis zur
Wende vor Moskau im Winter 1941 /42 85

Rolf-Dieter Müller
Das «Unternehmen Barbarossa» als wirtschaftlicher Raubkrieg . . 125

Christian Streit
Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und völkerrechtliche
Probleme des Krieges gegen die Sowjetunion . . 159

Andreas Hillgruber
Der Ostkrieg und die Judenvernichtung 185

Arnold Sywottek	
Die sowjetische Kriegszielpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945 Zum Stand der historisch-politischen Analyse und Diskussion . . .	207
Manfred Messerschmidt	
Der Kampf der Wehrmacht im Osten als Traditionsproblem	225

Ausgewählte Dokumente

Gerd R. Ueberschär	
Dokumente zum «Unternehmen Barbarossa» als Vernichtungskrieg im Osten	241

Anhang

Anmerkungen	351
Gerd R. Ueberschär Kommentierte Literaturhinweise zu den deutsch- sowjetischen Beziehungen und zum «Unternehmen Barbarossa»	399
Abkürzungsverzeichnis	405
Bildnachweis	410
Die Herausgeber und Mitarbeiter des Bandes	411
Personenregister	415

Vorbemerkung zur Taschenbuchausgabe

Am 22. Juni 1991 ist es ein halbes Jahrhundert her, dass mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion der Zweite Weltkrieg in seine zerstörerischste und für alle Beteiligten schrecklichste Phase eintrat. Ja mehr noch: Bei dem deutsch-sowjetischen Krieg handelte es sich um den grössten Gewaltexzess in der modernen Menschheitsgeschichte, in dem insgesamt mehr als dreissig Millionen Menschen getötet wurden. Dieser Krieg schuf zugleich die Voraussetzungen für die Vernichtung des europäischen Judentums.

Von deutscher Seite wurde dieser Krieg von Beginn an als ein politisch-weltanschaulicher und rasseneideologisch motivierter und mit quasi-religiösem Blendwerk («Kreuzzug gegen den Bolschewismus») versehener Vernichtungskrieg geführt. Sein machtpolitisches Ziel blieb bei alledem sehr konkret: Es ging um die Eroberung, Beherrschung und Ausbeutung des europäischen Teils der Sowjetunion für die deutschen «Herrenmenschen». Die Vision vom «Lebensraum im Osten» teilte Hitler mit einem beträchtlichen Teil der traditionellen deutschen Eliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie und selbst in den Kirchen. Nach vierjährigem Krieg, in dem auf beiden Seiten viele Millionen Menschen ihr Leben verloren – fast in jeder deutschen und sowjetischen Familie waren Opfer zu beklagen – und in dem Tausende von Dörfern und Städten zerstört wurden, beendete die sowjetische Armee mit der Eroberung Berlins den deutschen Machtanspruch und den nationalsozialistischen Grössenwahn. Dieser militärische Sieg bildete zugleich die Grundlage für die Weltmachtstellung, welche die Sowjetunion fortan einnahm.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges im Jahre 1941 ist vieles in Bewegung geraten, was als Folge dieses Krieges jahrzehntelang Gültigkeit hatte. In den osteuropäischen Ländern finden revolutionäre Veränderungen statt. Die beiden deutschen Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg gleichsam als dessen Resultat entstanden waren, sind zur staatlichen Einheit zusammengewachsen. Diese und andere Vorgänge lassen Politiker vom «Ende der Nachkriegszeit» sprechen. Gleichzeitig werden jedoch in nicht wenigen europäischen Ländern historische Erinnerungen an den deutschen Na-

tionalstaat und dessen Machtpolitik wach. Das ist ein sicheres Zeichen dafür, dass auch unter den sich verändernden Bedingungen des Zusammenlebens in Europa ein «Schlussstrich» unter die Geschichte nicht gezogen werden kann. Hier wie dort erleben wir seit einigen Jahren ein rasches Abschmelzen traditionsreicher Feindbilder. Vermutlich sind wir Zeugen einer fundamental neuen Entwicklung, die aus den Gewalttaten der Vergangenheit und dem Vorhandensein moderner Massenvernichtungswaffen gleichermaßen die einzige angemessene Konsequenz zieht: Wir stehen am Beginn eines tiefgreifenden Wertewandels und der Gestaltung einer Ost und West übergreifenden Friedensordnung.

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungsprozesse stellt sich die Frage, ob der deutsch-sowjetische Krieg von 1941-1945 für uns heute noch eine Bedeutung hat. Beeinflusst er noch immer das Denken und Handeln der Menschen in den sich bis vor Kurzem noch feindlich gegenüberstehenden Ländern? Die folgende Episode mag den Zusammenhang andeuten: Ein junger sowjetischer Journalist besuchte im Jahre 1990 die Bundesrepublik Deutschland. Er war Gast bei einer Gebirgsjägereinheit der Bundeswehr, der erste russische Gast übrigens nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Er sprach mit jungen wehrpflichtigen Soldaten, die ihm die Frage vorlegten: «Warum haben die Russen eine so starke konventionelle Armee?» Die Antwort des Redakteurs von Radio Kiev lautete bezeichnenderweise: «Die meisten Politiker in der Sowjetunion gehörten bis vor Kurzem zu denen, die den Schock vom unerwarteten Überfall Hitlers noch erlebt haben. Die Angst, dass sich dies wiederholen kann, sass tief in ihrer Seele.» Damit ist jenes Sicherheitstrauma angesprochen, das bei der politischen und militärischen Führung der Sowjetunion wie auch bei der sowjetischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg weit verbreitet war und das sich möglicherweise erst jetzt allmählich zu lösen beginnt.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Überfall von 1941 und der nachfolgende mehrjährige Krieg auch in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen und damit zugleich der kollektiven Erinnerung gewesen. Im Zusammenhang mit dem sogenannten Historikerstreit von 1985 bis 1987 wurde wieder einmal der Versuch unternommen, den Beginn dieses Krieges mit der «Präventivkriegsthese» zu erklären: Hitler habe zwar angegriffen; er sei damit jedoch Stalin, der ebenfalls Angriffsabsichten verfolgt habe, nur zuvorgekommen. Diese – im Fahrwasser der zeitgenössischen NS-Propaganda segelnde und den wahren Tatbestand verschleiernde – Behauptung wurde im Laufe der öffentlichen Debatte erneut und, sofern Argumente zählen, erfolgreich zurückgewiesen. Es bleibt dabei: Der 22. Juni 1941 steht für den klassischen Fall eines Angriffskrieges, durchgeführt von der Wehrmacht des

Deutschen Reiches auf Befehl ihres «Führers» und Oberbefehlshabers Adolf Hitler.

Auch in der Sowjetunion ist dieser Krieg präsent, nicht nur in den Köpfen der Veteranen, die alljährlich zur Erinnerung an die Befreiung des Landes von den «faschistischen Aggressoren» demonstrieren, sondern ebenso bei den Historikern. Im Gefolge der neuen Reformpolitik sind sie dabei, wichtige Aspekte des deutsch-sowjetischen Krieges neu zu untersuchen, obwohl die Archive noch immer nicht vollständig geöffnet sind, wie etwa die neue Stalin-Biographie aus der Feder des Leiters des sowjetischen militärhistorischen Instituts belegt.

In den letzten Jahren wurde besonders die – zu Zeiten des Stalinismus tabuierte – Frage erörtert, weshalb die Rote Armee 1941 nicht in der Lage war, das Land gegen die angreifende deutsche Wehrmacht zu verteidigen. Jüngst machten Moskauer Regierungsstellen neue Angaben über die Verluste an sowjetischen Menschenleben in diesem Krieg, die bislang geheimgehalten und gefälscht worden waren. Hatte Stalin von 7 Millionen und Chruschtschow von 20 Millionen Toten gesprochen, so wurden diese Zahlen nunmehr überraschenderweise nach oben hin korrigiert: 27 bis 28 Millionen Sowjetbürger haben danach im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren.

Das Buch «Unternehmen Barbarossa» erschien 1984 erstmals und wurde nun für die Taschenbuchausgabe überarbeitet und gekürzt. Es spiegelt, damals wie heute, den Stand der historischen Forschung zu dieser welthistorisch bedeutsamen Thematik wider. In den neun Beiträgen des Bandes werden einzelne Aspekte zur Vorgeschichte, Entschlussfassung und Durchführung des «Unternehmens Barbarossa» untersucht sowie die kurz- und längerfristigen Folgen dieses auf beiden Seiten rücksichtslos geführten Krieges für die unmittelbar Betroffenen geschildert. Dabei wird auch die Frage nicht ausgespart, welche Bedeutung der «Ostkrieg» für die Tradition in den heutigen deutschen Streitkräften haben kann. Einen wesentlichen Bestandteil des Bandes bildet der umfangreiche Dokumententeil, der besonders die Qualität dieses Krieges als eines Vernichtungskrieges des Dritten Reiches gegen die Sowjetunion sichtbar werden lässt.

Die Grundaussagen dieser Beiträge sind in den letzten Jahren in mannigfacher Weise bestätigt worden. Je weiter die Forschung voranschreitet, desto deutlicher wird zumal das Ausmass, in dem sich die deutsche Wehrmacht an diesem Vernichtungskrieg beteiligte. Viele Menschen wollen davon nichts wissen. Aber das Leugnen oder Verdrängen dieser historischen Schuld führt uns nicht weiter, sondern nur die genaue Kenntnis des schrecklichen Geschehens und der Mut zur Wahrheit. Die Gestaltung des künftigen Friedens zwischen

Deutschen und Russen und damit die endgültige Überwindung früherer Feindverhältnisse kann dauerhaft nur gelingen auf der Basis exakter historischer Erinnerung an jene Zeiten, in denen Gewalt und Inhumanität Exzesse feierten.

Freiburg i. Br., im Mai 1990

Gerd R.Ueberschär und Wolfram Wette

**Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion
«Unternehmen Barbarossa» 1941**



MMN

Der Aussenminister der UdSSR, Molotov, schreitet bei seinem Empfang anlässlich seines Staatsbesuches in Berlin am 12. November 1940 die Front der Ehrenkompanie ab, die in der Wilhelmstrasse angetreten war. Von links nach rechts: Generalfeldmarschall Keitel, Reichsaussenminister von Ribbentrop und Molotov.

Gerd R. Ueberschär

Hitlers Entschluss zum «Lebensraum»-Krieg im Osten

Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül?

1. Hitlers «Ostprogramm» vor Kriegsbeginn 1939

Der Entschluss Hitlers zum Überfall auf die mit dem Deutschen Reich verbündete Sowjetunion gehört zweifellos zu den folgenreichsten Entscheidungen, die der deutsche Diktator auf aussenpolitischem Gebiet getroffen hat. Das politische Ergebnis des sich daran anschliessenden deutsch-sowjetischen Krieges von 1941 bis 1945 hat nachhaltig die Landkarte Europas verändert; bis in die heutige Zeit lassen sich die Auswirkungen dieses Vertragsbrüchigen Überfalls vom 22. Juni 1941 verfolgen. Sie erschweren zum Teil indirekt immer wieder die Bemühungen um vertrauensvolle Zusammenarbeit, Entspannung und Koexistenz zwischen West und Ost.

Es ist nicht verwunderlich, dass in Wissenschaft, Forschung und Publizistik seit Kriegsende grosses und anhaltendes Interesse – das oft eine aktuelle Verbindung zur politischen Situation und zum Stand der Beziehungen zwischen Ost und West aufwies – an Hitlers Motiven besteht¹, die zu dieser verhängnisvollen Entscheidung im Verlauf des Zweiten Weltkrieges führten. Die in der internationalen Forschung wiederholt aufgenommene Diskussion zur Problematik, wie und wann es zur politischen Wendung gegen die Sowjetunion kam, hängt in nicht unerheblichem Masse zusammen mit der umstrittenen Frage nach dem konkreten politischen Anlass in den Kriegsjahren 1940-1941 oder den grundsätzlichen Beweggründen Hitlers. Zum Teil wird sie verknüpft mit dem Versuch, die Verantwortlichkeit von Hitler auf Stalin zu verlagern und letztlich die Politik der UdSSR von 1939 bis 1941 selbst für den ihr dann aufgezwungenen Krieg verantwortlich zu machen. Obwohl in der Forschung weitgehend anerkannt ist, dass Hitlers Entschluss zum Kriegsbeginn am 1. September 1939 im Kontext seiner langfristigen politischen Ziele seit den zwanziger Jahren zu sehen ist, wird doch gelegentlich die Konsistenz jenes frühzeitig entwickelten aussenpolitischen Konzepts in Zweifel gezogen, wenn es darum geht, Hitlers Entscheidung gegen Moskau im Sommer 1940 mit seinem früheren «Ostprogramm» in direkte Verbindung zu setzen.

Nach den Studien von Hugh R. Trevor-Roper, Eberhard Jäckel und Axel

Kuhn über «Hitlers Kriegsziele», seine «Weltanschauung» und sein «ausserpolitisches Programm»² sowie der grundlegenden Untersuchung von Andreas Hillgruber über «Hitlers Strategie»³ ist weitgehend die Auffassung akzeptiert, dass Hitlers Absicht, die Sowjetunion anzugreifen, nicht monokausal aus der politischen Situation des Jahres 1940 erklärt werden kann, sondern im Rahmen seines vor 1933 entwickelten ausserpolitischen «Programms» zu bewerten ist, auch wenn dies kein fest abgeschlossenes, bis ins Detail ausgearbeitetes Konzept war. Neuerdings gehen vereinzelt Interpretationen wieder auf ältere Förschungspositionen zurück, nach denen die frühe «programmatische Zielvorgabe» als nicht entscheidend angesehen, vielmehr allein die sozusagen verfahrenere militärstrategische Situation im Sommer 1940 oder gar die aggressions-trächtige Aussenpolitik der Sowjetunion als Katalysator für Hitlers Entscheidung gewertet werden⁴. Man kritisiert ausserdem das Fehlen zusätzlicher, sogenannter «zeitgleicher Belege», welche die Bedeutung des «Programms» quellenkritisch sicher nach weisen.

Neues, «zeitgleiches» Quellenmaterial, das der historischen Forschung inzwischen zugänglich ist – wie z.B. das Goebbels-Tagebuch und die Erinnerungen von Hitlers Luftwaffen-Adjutanten, Nicolaus von Below⁵ –, rechtfertigt es, dieser wieder kontrovers beurteilten Frage nach der Bedeutung des Hitlerschen Programms für seine Wendung gegen die Sowjetunion nochmals nachzugehen. Dabei ist es wichtig, die einzelnen Etappen der Entschlussfassung Hitlers in Verbindung mit den massgeblichen Belegen und den neuen Quellenaussagen vorzustellen.

Die hier aufgenommene Frage nach der Motivation – «Ostprogramm» oder militärstrategisches Kalkül? – als Leitlinie deutscher Kriegspolitik vom Sommer 1940 bis zum Juni 1941 beschäftigt sich nur mit einem eng begrenzten, gleichwohl vielschichtigen Teilkomplex der gesamten nationalsozialistischen Aussenpolitik von 1933 bis 1945. Er kann in dieser Darstellung nur in einigen besonders entscheidenden Phasen vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden Forschungsergebnisse näher beschrieben und aufgrund der neuen Quellen und Zeugenmitteilungen detaillierter erörtert werden. Es ist dabei jedoch nicht möglich, die wissenschaftliche Kontroverse über die Frage aufzugreifen, ob die «Gewinnung neuen Lebensraumes im europäischen Teil der Sowjetunion» als Hitlers Endziel anzusehen oder ob sie nur in Verbindung mit darüber hinausgehenden Zielvorstellungen auf «Weltherrschaft» zu verfolgen und dementsprechend vorrangig von der Reichweite der ausserpolitischen Endziele Hitlers zu beurteilen ist⁶. Die Ausführungen stützen sich zudem auf die längst gesicherte Erkenntnis, dass Hitler im Sommer 1941 mit dem Vertragsbrüchigen Überfall keinen «Präventivschlag» ausführte, dass er demnach mit dem deutschen Angriff keiner angeblich unmittelbar bevorstehenden sowjetischen Offensive zu-

vorkommen wollte⁷. Da die Entscheidung zum Überfall auf die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg auslösen musste, weil Grossbritannien den Kampf gegen Deutschland trotz der Niederlage Frankreichs fortsetzte, ist die Frage, warum sich Hitler zu diesem schwerwiegenden Schritt entschloss, wenigstens skizzenhaft im Kontext der allgemeinen politisch-strategischen Konstellation im Sommer 1940 zu sehen.

Die besondere Bedeutung des Hitlerschen Entschlusses für den Ausgang des Zweiten Weltkrieges und die staatliche Existenz des Dritten Reiches wird heutzutage kaum bestritten. Gemessen an den Auswirkungen hat Joachim Fest in seiner umfassenden Hitler-Biographie den Entschluss als den «letzten und gravierendsten jener Selbstmörder-Entschlüsse» bezeichnet, die für Hitler von Anfang an kennzeichnend waren⁸. Hitler selbst hat 1945, kurz vor seinem Tode, in seinem gegenüber Martin Bormann diktierten politischen Testament die Entscheidung zum Krieg gegen die Sowjetunion als seinen «schwersten Entschluss» während des Krieges gewertet⁹. Dass diese Entscheidung jedoch sein Schicksal entschied, hat Hitler wohl nicht gesehen; er wählte sich vielmehr auf dem Weg zum grössten Erfolg seines politischen Wirkens¹⁰.

Wenn man der Frage nachgeht, welchen Grundüberlegungen, Motiven und Zielen sich Hitlers Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion zuordnen lässt, ist es unvermeidlich, eine Hitler-zentrische Betrachtungsweise zu entwickeln. Zwar stehen dadurch im folgenden Hitlers Intentionen und Überlegungen im Vordergrund der Ausführungen, gleichwohl wäre es verfehlt, die Frage, wie es zu diesem Aggressionsakt kommen konnte, allein als biographisches Problem der Person Hitler zu sehen. Es ist deshalb notwendig, auf die Einbettung der Hitlerschen Vorstellungen in parallel verlaufende Überlegungen deutscher Führungseliten seit dem Ersten Weltkrieg hinzuweisen, obwohl sie bei der Beantwortung dieser Detailfrage ausgeblendet werden.

Bereits in einer ersten Diskussion der fünfziger Jahre über die umstrittene Frage nach dem exakten Zeitpunkt des Hitlerschen Entschlusses, die noch auf knapper Quellenbasis und unter isolierter Betrachtung geführt werden musste¹¹, wurde die besondere Bedeutung der frühen Russlandvorstellungen des deutschen Diktators im Rahmen seiner politischen Programmschriften für die Ostpolitik während des Zweiten Weltkrieges ersichtlich. Den eigenständigen Stellenwert dieses «Ostprogramms» für die deutsche Strategie und Politik nach dem Sieg über Frankreich 1940 hat Andreas Hillgruber auf breiter Forschungsgrundlage in seiner erwähnten Arbeit über «Hitlers Strategie»¹² bestätigt. Die dabei in Verbindung mit der strategischen Lage entwickelten Stufen und Phasen der Hitlerschen Kriegs- und Aussenpolitik ab Sommer 1940 können als gesicherte

Erkenntnis und Interpretationsrahmen der historischen Forschung aufgegriffen werden.

Wenn es darum geht, die Genesis der Entscheidung Hitlers für den Angriff auf die UdSSR zu klären, ist es unverzichtbar, auf seine aussenpolitischen Aussagen und programmatischen Vorstellungen über die Sowjetunion in seinen zwei Büchern von 1924/25 und 1928 einzugehen. Beide Bücher bezeugen, dass die Sowjetunion in Hitlers politischer Vorstellungswelt eine besondere Rolle spielte. Ein wesentlicher Punkt seines aussenpolitischen Programms beschäftigte sich mit dem Verhältnis zu Russland und der sich daraus ergebenden zukünftigen politischen Neuordnung im Osten.

In seinem 1924/25 geschriebenen «Mein Kampf» entwickelte Hitler ausführlich seine «ostpolitischen» Ziele. In einem besonderen Kapitel des zweiten Bandes über «Ostorientierung oder Ostpolitik»¹³ machte er deutlich, dass das Verhältnis zu Russland eine der wichtigsten aussenpolitischen Fragen für die nationalsozialistische Bewegung sei. Im Rahmen des Kampfes gegen Weltjudentum und jüdischen Bolschewismus verlangte er eine klare Einstellung zur Sowjetunion. Die UdSSR bildete für ihn «das furchtbarste Beispiel» der jüdischen Herrschaft über ein Volk, da dort der Jude als «Völkertyrann» nachzuweisen sei. Der Bolschewismus sei die extremste Form des Weltjudentums – beides war für ihn identisch. Der Kampf gegen das Judentum war deshalb zugleich ein Kampf gegen die Sowjetunion. Ein Bündnis mit der UdSSR wies Hitler zurück. Man könne «nicht den Teufel mit Beelzebub austreiben». Dementsprechend verlangte er eine vollständige Neuorientierung des aussenpolitischen Handelns gegenüber der Sowjetunion.

Im Rahmen dieses «völkischen» Kampfes lehnte er die Wiedergewinnung der deutschen Grenzen von 1914 oder der ehemaligen Kolonien als Kriegsziel ab. Die Forderung nach den alten Grenzen des Kaiserreichs bezeichnete er als «politischen Unsinn» und als für die Zukunft der deutschen Nation völlig belanglos. Stattdessen rief Hitler dazu auf, dem deutschen Volk den «ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern», der ihm die zukünftige staatlich-politische Existenz innerhalb eines kontinentalen und wirtschaftsautarken Grossraumes gewährleiste. Ziel künftiger deutscher Aussenpolitik müsse eine «Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle» für das deutsche Volk sein. Er verlangte deshalb, einen Schlussstrich unter die bisherige Aussenpolitik der Vorkriegszeit zu ziehen, und bekundete: «Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, kön-

nen wir in erster Linie nur an Russland und die ihm Untertanen Randstaaten denken.»¹⁴

Hitler stand in der Weimarer Republik mit solchen Grossmacht- und Eroberungsvorstellungen nicht allein da. Gedanken und Bestrebungen anderer Politiker und Militärs knüpften ebenfalls an die Vorherrschaftspläne der kaiserlichen Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg an¹⁵. Hitlers Pläne übertrafen jedoch die Kriegsziel- und Expansionsvorstellungen des wilhelminischen Kaiserreichs; sie unterschieden sich von diesen Programmen durch die konsequente rassenideologische Komponente.

Hitler fühlte sich zu dieser Eroberungs- und Expansionspolitik nach Osten aufgrund seiner Annahme legitimiert, dass er Frankreich besiegen sowie Grossbritannien für den Kampf gegen Slawen- und Judentum als Bundesgenossen gewinnen könne und dass «das Riesenreich im Osten» angesichts der dortigen jüdisch-kommunistischen Herrschaft «reif zum Zusammenbruch» sei¹⁶. Die sowjetischen Regierungsvertreter bezeichnete er als «blutbefleckte, gemeine Verbrecher», als «Ausgeburt der Hölle» und «Abschaum der Menschlichkeit». Das Ende der Juden Herrschaft in Russland werde folglich auch das Ende der UdSSR als Staat sein. Es sollte sich später als sehr folgenreich erweisen, dass dieses willkürlich konstruierte Russland-Bild Hitlers in keiner Weise mit der Realität übereinstimmte und dass die ökonomische und militärpolitische Kraft der Sowjetunion von ihm aufgrund seiner völkischen Theorie so fatal unterschätzt wurde. Ein weiterer Fehler war die Mutmassung, Grossbritannien werde ihm nach einem politischen Interessenausgleich freie Hand für seinen Kampf im Osten gewähren.

Mit Hitlers «Zweitem Buch» aus dem Jahr 1928 liegt ein weiterer Nachweis für seine aussenpolitischen Programmvorstellungen zur Eroberung von Lebensraum im Osten vor. Das in «Mein Kampf» entwickelte Grundkonzept blieb bestehen; die Leitlinien einer zukünftigen nationalsozialistischen Aussenpolitik werden im «Zweiten Buch» jedoch ausführlicher erörtert. Diese wird als spezielle «Kunst» beschrieben, «einem Volk den jeweils notwendigen Lebensraum in Grösse und Güte zu sichern»¹⁷. Das Hauptziel war für Hitler nach wie vor die Erlangung deutscher Weltmachtstellung. Auch im «Zweiten Buch» ist das Russlandbild von rassistischen Vorstellungen geprägt. Hitler sprach der slawischen Rasse die Fähigkeit zur Staatenbildung ab. Gerade in Russland seien die Staatsbildungen «immer von fremden Elementen» – wie z.B. von den Deutschen – besorgt worden. Nach dem Ersten Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution habe jedoch das Judentum die Herrschaft in Moskau übernommen. Ein Bündnis mit diesem Russland sei für Deutschland «ein voller Wahnsinn». Es habe auch deshalb keinen Sinn, da Deutschland seine Raumfrage «weder im

Westen noch im Süden Europas» lösen könne. Es sei vielmehr «ein Glück für die Zukunft» Deutschlands, dass in Russland das Judentum die Führung übernommen habe, da dessen «destruktive Veranlagung» die UdSSR als Staat zerstören werde und «weil dadurch ein Bann gebrochen» sei, der es in der deutschen Bevölkerung verhindert hätte, «das Ziel der deutschen Aussenpolitik dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten». Hitler dachte bei dieser Expansion nach Osten an die angeblich dünn besiedelten Gebiete in Osteuropa und im europäischen Teil der UdSSR. Im Zusammenhang mit der Eroberung von Lebensraum sprach er auch davon, die in den annektierten Gebieten ansässige Bevölkerung «kurzerhand [zu] entfernen», um «den dadurch freigewordenen Grund und Boden» an die eigene Bevölkerung übergeben zu können. Hitler war der Überzeugung, dass es bei einer solchen Expansionspolitik möglich sei, dem deutschen Volk «einen genügenden Lebensraum für die nächsten 100 Jahre» zu verschaffen. Für ihn stand unabdingbar fest, dass dieser Raum «nur im Osten» liegen könne.

Insgesamt verdeutlichen die beiden Programmschriften Hitlers, dass sein radikales «Ostprogramm», d.h. Eroberung neuen Lebensraumes im Osten durch Krieg gegen die Sowjetunion als Vorstufe und Ausgangsbasis zur Erkämpfung der Weltmachtstellung, neben Vorstellungen vom ständigen Lebenskampf der Völker und grundsätzlichem Antisemitismus eine der Konstanten seines Weltbildes auf aussen- und raumpolitischem Gebiet war¹⁸. Um dieses Ziel deutscher Aussenpolitik durchsetzen zu können, war es nach seiner Ansicht nötig, sowohl «grosse militärische Machtmittel» in die Hand zu bekommen, als auch eine Konzentration aller staatlichen Kräfte auf das Eroberungsziel zustande zu bringen¹⁹.

Der von Hitler als Voraussetzung für die propagierte Lebensraumpolitik geforderte Aufbau militärischer Machtmittel wurde dann nach seinem Regierungsantritt im Januar 1933 konsequent durch die Aufrüstung der Reichswehr und Wehrmacht verwirklicht. Auch nach seiner Ernennung zum Reichskanzler hat Hitler an seinen aussenpolitischen Zielvorstellungen festgehalten. Obwohl Hitlers «Ostprogramm» kein völlig geschlossenes System darstellte, erwies sich das in den Programmschriften entwickelte Konzept zur Gewinnung neuen Lebensraumes im Osten als bestimmend für die Leitlinien der von ihm festgelegten Politik von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939.

Bereits wenige Tage nach der «Machtübernahme» machte Hitler in einer ersten programmatischen Rede vor Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933, durch die er zugleich die skeptischen Generale für sich und seine Politik gewinnen wollte, deutlich, dass er das aggressive Programm zur kriegerischen Ausdehnung des Reiches nicht aufgeben hatte. Er verkündete, nach dem Auf-

bau der neuen Wehrmacht die wiedergewonnene militärische und politische Macht zur «Erkämpfung neuer Export-Mögl[ichkeiten], vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraumes im Osten u[nd] dessen rücksichtslose Germanisierung» benutzen zu wollen²⁰. Eine umfangreiche Liste von «Schlüsseldokumenten» über Erklärungen, Denkschriften und Reden Hitlers, in denen er als Regierungs- und Parteichef in der Vorkriegszeit und den ersten Kriegsmonaten programmorientiert über seine politischen Ziele Auskunft gab²¹, bezeugt, dass er konsequent an diesen Kriegszielvorstellungen festhielt, obwohl er in der Öffentlichkeit und Propaganda sowie im diplomatischen Bereich seine Regierungspolitik mit dem Mantel der «Friedenspolitik» umhüllte und gelegentlich taktische Umwege machte.

Als Hitlers Werben um England als «Wunschpartner» erfolglos blieb, war er ab 1937 bereit, die Politik des Krieges gegen den Osten gegen die Widerstände Grossbritanniens durchzuführen und einen Krieg mit Frankreich und England in Kauf zu nehmen. Schon 1934 hatte er diesen Umweg skizziert: Es sei möglich, dass er erst kurze entscheidende Schläge im Westen austeilen müsse, bevor er sich dann dem Osten zuwenden könne²². In zwei Reichstagsreden bekannte sich Hitler 1937 und 1938 öffentlich zum unerbittlichen Kampf gegen den «jüdischen-internationalen Moskauer Bolschewismus», den er bei diesen Gelegenheiten als «Inkarnation des menschlichen Zerstörungstriebes» bezeichnete²³. In einer Besprechung mit den militärischen Führungskräften aus Heer, Marine und Luftwaffe einen Tag nach dem Abschluss des «Stahlpaktes» mit Italien verdeutlichte Hitler in einer Information über Lage und Ziele seiner Politik, dass Danzig nicht das Objekt sei, um das es ihm in der Auseinandersetzung mit Polen gehe, sondern dass es sich für Deutschland «um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie der Lösung des Baltikum-Problems» handele²⁴; dies waren Ziele, die weit über die unmittelbare Kriegsabsicht gegenüber Polen hinauswiesen.

Im August 1939 kam Hitler im Gespräch mit dem Völkerbundskommissar in der Freien Stadt Danzig, Carl J. Burckhardt, auf diese Vorstellungen zurück. Er gab dem Schweizer Diplomaten und Historiker zu verstehen, dass er die Danziger Frage durch eine militärische Aktion gegen Polen lösen werde; er war jedoch irritiert, dass sich Frankreich und Grossbritannien ihm dabei in den Weg stellten. Um London und Paris doch noch davon abzubringen und endlich «freie Hand im Osten [zu haben]»²⁵, bekannte er: «Alles was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen ver-

sammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.»

Hitlers aussenpolitische Vorstellungen und Ziele hatten sich somit bis Kriegsbeginn kaum geändert. Zweifellos war einiges hinzugekommen, aber das Hauptziel seines aussenpolitischen Programms seit seiner Haftzeit in Landsberg und seit Formulierung seines Buches «Mein Kampf» – nämlich die Eroberung des europäischen Teils der Sowjetunion als Lebensraum für das deutsche Volk – war konstant geblieben; dessen Gültigkeit für seine politischen Absichten war auch nicht durch taktische Zugeständnisse aufgehoben worden. Diese «programmatische Vorgabe» muss Ausgangspunkt und zugleich Grundlage einer Erörterung der Hitlerschen Russland-Politik nach dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 sein²⁶.

2. Die Ostkonzeption Hitlers und sein «Pakt mit dem Satan, um den Teufel auszutreiben» (1939-1940)

Für die meisten europäischen Regierungen war der Abschluss des Nichtangriffsvertrages zwischen Moskau und Berlin am 23. August 1939 eine Sensation. Hitler ergriff mit dem Paktabschluss die ihm von der sowjetischen Führung angebotene Chance, seinen eingeeengten politischen Bewegungs- und Spielraum zurückzugewinnen, nachdem es ihm nicht gelungen war, Polen als «Juniorpartner» seiner Kriegspolitik zu gewinnen und Grossbritannien von der geplanten Neuordnung Osteuropas fernzuhalten. Der Vertrag mit Stalin erleichterte ihm den Angriff auf Polen am 1. September 1939. Um mit Moskaus indirekter Rückendeckung den Krieg gegen Polen beginnen zu können, waren Hitlers Zugeständnisse an den neuen Partner im Rahmen einer Abgrenzung der beiderseitigen Interessenzonen nicht kleinlich. In Verbindung mit dem am 28. September 1939 abgeschlossenen Grenz- und Freundschaftsvertrag wurden Estland, Lettland, Litauen und Finnland sowie Bessarabien als sowjetische Interessengebiete anerkannt und Polen zwischen den beiden Vertragspartnern aufgeteilt. Für den Südosten Europas erklärte Berlin «das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten»²⁷.

Einerseits ermöglichten die beiden Verträge eine Phase der korrekten Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Feld zwischen Berlin und Moskau und durchbrachen die durch den Kriegseintritt Grossbritanniens und Frankreichs bedingte politische Isolierung und ökonomische Blockade des Deutschen Reiches²⁸, andererseits sind auch diese Bündnisverträge, wie es alle Bündnisse für Hitler waren, nur im Gedanken an künftige Kriege zu beurteilen. Hitler selbst hat sich dann auch in auffälliger Weise wiederholt über die relative

Haltbarkeit der Verträge mit Stalin – gerade in Verbindung mit seinen programmatischen Zielvorstellungen – ausgelassen und dazu seine persönliche Einschätzung dargelegt.

Auch während der Phase der scheinbar gedeihlichen politischen Zusammenarbeit zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR belegen mehrere Erklärungen Hitlers, dass er keinesfalls der Ansicht war, dass der Pakt mit Stalin über die Erfüllung des unmittelbar im Sommer und Herbst 1939 aktuellen und allgemeinen kriegswirtschaftlichen Zweckes «auf Jahre hinaus die Grundlage eines für beide Teile vorteilhaften Verhältnisses bilden würde»²⁹. Hitler verstand die Verträge mit der UdSSR ausdrücklich nicht in dem Sinne, dass er damit eine Epoche echter politischer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einleiten wollte. Vielmehr sah er in dem Pakt mit Moskau nur ein befristetes Manöver. Nach den nunmehr vorliegenden Erinnerungen von Hitlers Luftwaffenadjutant, Nicolaus von Below, erklärte der Diktator bereits am Tage des Vertragsabschlusses mit Stalin, dass der Pakt nur eine «Vernunftfehe», sei, die ihm die Chance biete, «England aus dem Konflikt mit Polen herauszuhalten»³⁰. Diese konkrete Absicht scheiterte jedoch. Below überliefert, dass Hitler ferner angenommen habe, auch für Stalin bedeute der Pakt nichts anderes «als ein taktisches Manöver». Wenn es Hitler auch in diesen Tagen nicht offen ausgesprochen habe, so sei doch aus vielen seiner Bemerkungen «deutlich zu entnehmen» gewesen, «dass seine ganze Aussenpolitik auch weiterhin nur dem einen Ziel diene, den Bolschewismus zu zerschlagen». Hitler habe auf sein programmatisches Ziel nicht verzichtet: «Alle anderen Kämpfe dienten nur dem einen Ziel, sich den Rücken für die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus freizumachen.»³¹ Nach Hitlers Ansicht musste daran ganz Europa und «besonders England» interessiert sein, «das ein Weltreich zu verlieren habe».

Besondere Schwierigkeiten hatte die nationalsozialistische Führung, ihren Anhängern und Parteimitgliedern den Hitler-Stalin-Vertrag plausibel zu machen, denn Hitler selbst hatte in «Mein Kampf» erklärt, «man kann eben nicht jahrelang ein Volkstum als ‚hunnisch‘, ‚räuberhaft‘, ‚vandalisch‘ usw. hinstellen, um plötzlich über Nacht das Gegenteil zu entdecken und den ehemaligen Feind als Bundesgenossen von morgen zu empfehlen»³². Dass es keinesfalls Sinn und Zweck des Vertrages war, Moskau als Bundesgenossen zu empfehlen, hat Hitler in einer Ansprache vor den Reichstagsabgeordneten der Partei und Gauleitern am 27. August 1939 verdeutlicht. Hitler erläuterte, der Pakt mit der Sowjetunion sei «von vielen Parteimitgliedern missverstanden» worden³³; es handele sich hier aber um einen Pakt «mit dem Satan, um den Teufel auszutreiben». Und für dieses Vorgehen sei es wichtig, dass die Sowjetunion «nicht mehr ein Bolschewistenstaat [sei], sondern ein autoritärer Militärstaat». Nach einer

Notiz des zu Hitlers politischen Gegnern zählenden Botschafters Ulrich von Hassell hat der Diktator dabei erklärt, der Vertrag mit Stalin «ändere nichts an seiner grundsätzlichen antibolschewistischen Politik; man müsse den Teufel auch mit Beelzebub vertreiben, jedes Mittel gegen die Sowjets sei ihm recht, also auch ein solcher Pakt»; nach Hassells Ansicht war anzunehmen, dass «Hitler in seinem Innersten sich für später den Angriff auf Sowjetrußland vorbehält»³⁴.

Auch nach dem militärischen Erfolg über Polen lassen weitere Erklärungen und Äusserungen Hitlers von Ende September bis Ende November 1939 keinen Zweifel daran, dass er das Bündnis mit der Sowjetunion nicht als das letzte Wort in dieser Angelegenheit, vielmehr als zeitliches Zweckbündnis und Übergangslösung ansah. Die abgeschlossenen Verträge waren nach Hitlers Überzeugung «keine sichere Grundlage für die Beurteilung» des weiteren bilateralen Verhältnisses zur UdSSR³⁵. «Ewig gültig» seien nur «der Erfolg [und] die Macht», so votierte sich General Halder, der Chef des Generalstabes des Heeres, in seinem Tagebuch die Worte Hitlers.

Wie sehr Hitler auf die Macht und Auswirkung militärischer Stärke auch im Verhältnis zweier miteinander verbündeter Staaten vertraute, belegen die Ausführungen in seiner Denkschrift vom 9. Oktober 1939, mit der er das Oberkommando des Heeres (OKH) von der Richtigkeit seines Entschlusses, demnächst Frankreich anzugreifen, zu überzeugen versuchte. Dabei führte er aus, dass eine dauernde Neutralität der UdSSR «durch keinen Vertrag und durch keine Abmachung... mit Bestimmtheit sichergestellt» werden könne³⁶. Zur Zeit bestehe zwar ein Vertragsverhältnis; «in 8 Monaten, in einem Jahr oder gar in mehreren Jahren, kann dies auch anders sein. Die geringe Bedeutung des Wertes vertraglicher Abmachungen» habe sich gerade in den letzten Jahren erwiesen. Man könne sich nur auf die Demonstration militärischer Stärke verlassen. Einige Wochen später erklärte Hitler den Befehlshabern der Wehrmacht, Rußland bleibe auch «in Zukunft gefährlich»³⁷. Man könne ihm jedoch nur entgegentreten, wenn man im Westen ungebunden sei. Verträge würden nur so lange gelten und eingehalten, wie sie für die Vertragspartner von Nutzen seien. Deshalb drängte Hitler auch so sehr darauf, das Heer nach einem baldigen Frankreichfeldzug ab Frühjahr 1940 wieder frei zur Verfügung zu haben, um dann «eine grosse Operation im Osten gegen Rußland» durchführen zu können.

In einer 4^{1/2} stündigen Ansprache vor Reichs- und Gauleitern in der Reichskanzlei kam Hitler Ende Oktober noch deutlicher auf seine alten Ziele im Osten zurück: «Wenn er... England und Frankreich auf die Knie gezwungen habe, werde er sich erneut dem Osten wieder zuwenden und dort klare Verhältnisse schaffen, die im Augenblick unter der Not der Zeit in Unordnung geraten und

verworren seien. Es habe sich gezeigt, dass die russische Armee wenig taue, dass die Soldaten schlecht ausgebildet und ausgerüstet seien. Habe er auch dieses Ziel erreicht, so werde er darangehen, ein Deutschland zu schaffen, wie es früher bestanden habe...»³⁸ Die Frage nach dem militärischen Wert der Roten Armee und Vorstellungen über die frühere territoriale Grösse Deutschlands beschäftigten den «Führer» auch bei mehreren Gesprächen mit Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, wie letzterer in seinen Tagebüchern überliefert. Als Goebbels Mitte November 1939 bei Hitler war, stellte dieser «noch mal den katastrophalen Zustand der russischen Armee fest»³⁹. Im Zusammenhang mit dem von Moskau begonnenen «Winterkrieg» gegen Finnland meinte Hitler, die Sowjetarmee sei «kämpferisch kaum zu gebrauchen». Geringschätzig äusserte er sich über «das Intelligenzwissen des Durchschnittsrussen» und den militärischen Gesamtwert der Sowjetunion. Goebbels mokierte sich: «Wir haben uns nette Bundesgenossen ausgesucht.» Was die Kriegsziele anging, so betonte Hitler, «wenn man schon einmal anfängt, dann muss man auch die fälligen Fragen lösen. Er denkt an eine Liquidation des Westfälischen Friedens, der in Münster abgeschlossen worden ist, und den er in Münster beseitigen will.»

Zum Jahresende beschäftigten sich die beiden erneut «sehr interessiert» mit der «Frage Russland»⁴⁰. Hitler gab sich sehr zufrieden, dass die Bolschewisten die westeuropäische Führungsschicht in Russland beseitigt hätten. Es sei gut, dass dadurch «dieser Riesenkoloss» nicht mehr aktionsfähig sei. Ein Übergreifen des Bolschewismus nach Westeuropa werde er «zu verhindern wissen». Auch in den ersten Wochen des neuen Jahres 1940 beobachtete Hitler nach den Angaben von Goebbels sehr sorgfältig die Ereignisse in der UdSSR und im sowjetisch-finnischen Krieg. Offiziell hielt sich Hitler streng an die Abmachungen mit Stalin. Er lehnte es deshalb auch ab, im Krieg zwischen Finnland und der Sowjetunion zu vermitteln, obwohl dem Auswärtigen Amt in Berlin von der finnischen Regierung die Vermittlerrolle angeboten wurde⁴¹.

«Erschütternde Berichte» aus den von der Sowjetunion besetzten polnischen Ostgebieten liessen Goebbels in diesen Tagen zur Erkenntnis kommen, dass die Juden in der UdSSR «noch immer vorneweg» seien⁴². Dort zeige sich nun «der Bolschewismus in Reinkultur». Derartige Notizen Goebbels' über Gespräche mit Hitler bezeugen, dass die alten rassistischen Vorstellungen über die Gleichsetzung von Judentum und Bolschewismus, wie sie Hitler in seinen programmatischen Schriften entwickelt hatte, nach wie vor für das Russland-Bild der NS-Führung bestimmend waren, obwohl Hitler kurz darauf in einem Brief an Mussolini von einer «Wandlung des bolschewistischen Prinzips in der Richtung auf eine nationale russische Lebensform» sprach und damit dem «Achsenpart-

ner» sein überraschendes Zusammengehen mit der Sowjetunion schönfärberrisch zu erklären versuchte⁴³. Als sich beide Diktatoren ein paar Tage später an der deutsch-italienischen Grenze auf dem Brenner trafen, bemerkte Hitler zu Mussolini, dass ihn «nur ein bitterer Zwang zum Zusammengehen mit diesem Land (d. i. Russland – d. Verf.) veranlasst habe... Deutschland und Russland seien aber... zwei Welten»⁴⁴. Deutlich gab Hitler damit dem «Duce» zu verstehen, dass er den Pakt mit der UdSSR nicht als grundlegendes Bündnis, sondern nur als zeitlich begrenzte taktische Rückendeckung ansah, bis er im Westen Handlungsfreiheit hatte, um im Rahmen seines «Ostprogramms» den Kampf gegen den Bolschewismus wiederaufzunehmen.

Es ist in diesem Zusammenhang für Hitlers Haltung zum deutsch-sowjetischen Bündnis symptomatisch, dass sich Goebbels im März 1940 ein spezielles, weitgehend unpolitisches Motiv für den Vertragsabschluss mit der Sowjetunion aufschrieb: «Der Führer hat Stalin in einem Film gesehen, und da war er ihm gleich sympathisch. Da hat eigentlich die deutschrussische Koalition begonnen.»⁴⁵ Als im April im Auswärtigen Amt Versuche unternommen wurden, einen deutsch-sowjetischen Kulturaustausch einzuleiten, wandte sich Hitler scharf dagegen. Er bestimmte, das Vertragsverhältnis mit der UdSSR dürfe «über die rein politische Zweckmäßigkeit nicht hinausgehen»⁴⁶.

Hitlers geheime Kriegsziele im Osten blieben nicht ohne Auswirkungen auf die militärische Planung. So wurden insbesondere die besetzten polnischen Gebiete «als vorgeschobenes Glacis» betrachtet, das einmal militärische Bedeutung erlangen werde, wie der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Generaloberst Keitel, dem Generalquartiermeister, General Wagner, am 17. Oktober 1939 erklärte⁴⁷. Wagner musste «Vorsorge» treffen, damit dieses Gebiet für einen späteren Aufmarsch genutzt werden konnte. Es konnte sich dabei nur um Überlegungen für einen Aufmarsch gegen die Sowjetunion handeln. Es ist verfehlt anzunehmen, es sei bei diesen Formulierungen «nur darum» gegangen, allgemeine «Voraussetzungen für militärische Bewegungen» zu schaffen oder die übliche Planung für die routinemässige militärische «Sicherung» eines besetzten Landes einzuleiten⁴⁸. Die «Vorsorge» für einen späteren «Aufmarsch» konnte sich letztlich nur gegen die UdSSR und wohl kaum gegen das bereits besiegte und besetzte Polen richten.

Noch bevor Hitler im Mai 1940 den Angriff im Westen begann, drängte er voller Ungeduld auf möglichst schnelle Aktionen; er könne und wolle nicht mehr länger warten, um endlich sein Kriegszielprogramm zu verwirklichen, wie er im engsten Kreis anlässlich seines Geburtstages am 20. April 1940 verkündete⁴⁹. Als sich nach Beginn des Feldzuges gegen Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande der militärische Sieg Deutschlands abzeichnete, mein-

te Hitler, nunmehr mit Grossbritannien «auf der Basis der Teilung der Welt» zu einem Kompromissfrieden gelangen zu können⁵⁰. Diese Bereitschaftserklärung zum Frieden mit London lässt sich auch durch die Aufzeichnungen von Goebbels bestätigen. Hitler erklärte zu derartigen Überlegungen bei seinem Geburtstag: Unter der Bedingung, dass England «aus Europa heraus» gehe und Deutschland seine «Kolonien abgerundet» zurückerhalte, sei er sofort zum Frieden mit London bereit⁵¹. Er wolle «England gar nicht vernichten und auch sein Empire nicht zerstören», so hielt Goebbels die Idealvorstellung des «Führers» über ein Nachgeben Grossbritanniens fest. Dann, so notierte sich der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von Weizsäcker, in seinen Aufzeichnungen kurz darauf, liege es nahe, die «weitere Abrechnung» im Osten durchzuführen, wo «Raum» und flüssige Grenzen seien, um eine neue beständige Ordnung im Sinne Deutschlands herzustellen⁵².

Als Hitler am 2. Juni 1940 das Oberkommando der Heeresgruppe A in Charleville besuchte, gab er dem Heeresgruppen-Oberfeldshaber, Generaloberst von Rundstedt, und dessen Chef des Generalstabes, Generalleutnant von Sodenstern, zu verstehen, dass er nach einem Friedensschluss mit London «endlich die Hände frei» haben werde für seine «grosse und eigentliche Aufgabe: die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus»⁵³. Er wisse nur noch nicht, wie er es dem deutschen Volk sagen solle, dass der Krieg noch nicht beendet sei. Diese überlieferte Aussage ist nicht isoliert zu betrachten. Sie stimmt inhaltlich mit weiteren tradierten Belegen über Hitlers Gedanken in den nächsten Wochen überein. Sie verdeutlichen, dass bei Hitler ab Anfang Juni 1940, noch vor Abschluss der militärischen Operationen im Westen, jedoch unter der Annahme eines sicheren Sieges über Frankreich und des Nachgebens von England, seine ideologisch orientierten Kriegsabsichten gegen die Sowjetunion in den Vordergrund seiner Überlegungen traten⁵⁴.

In grosser Siegeszuversicht war Hitler bestrebt, seine Umgebung von der Richtigkeit seiner Gedankenführung zu überzeugen. Albert Speer hörte, wie er zu General Keitel am 25. Juni nach dem Waffenstillstand mit Frankreich sagte: «Jetzt haben wir gezeigt, wozu wir fähig sind. Glauben Sie mir, Keitel, ein Feldzug gegen Russland wäre dagegen nur ein Sandkastenspiel.»⁵⁵ Trotz des politischen Bündnisses und trotz erfolgreicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Moskau zeigte sich Hitler demnach entschlossen, die UdSSR so bald wie möglich anzugreifen.

Es wäre verfehlt, für Hitlers Kriegsabsicht eine ernsthafte Bedrohung deutscher Interessen durch die Sowjetunion als entscheidendes Motiv anzusehen. Dies ist von Hitler im Sommer 1940 auch nicht angegeben worden. Stattdessen ist den Tagebuchaufzeichnungen von Goebbels zu entnehmen, dass man zufrieden registrierte, dass sich Stalin fest an die vertraglichen Abmachungen hielt⁵⁶.

In Verbindung mit den zudem erst zeitlich nach Hitlers Überlegungen von Anfang Juni 1940 liegenden militärischen Besetzungen der baltischen Staaten und Bessarabiens durch die UdSSR beschrieb der Reichspröpagandaminister das Vorgehen Moskaus als «das Klügste, was es jetzt tun kann»⁵⁷; nüchtern notierte sich Goebbels: «Die Welt wird neu verteilt, und wer sich nicht dranhält, kommt dabei zu kurz.» «Das ist unser Preis an Russlands Neutralität.» Es waren also nicht die politischen und militärischen Aktionen Stalins oder die offensive Kraft Moskaus, die bei Hitler gleichsam eine Bedrohungsangst auslösten und so «gezwungenermaßen» den Anstoss gaben, sich über den Angriff auf die Sowjetunion Gedanken zu machen⁵⁸. Hitlers Entschlussfassung über seine Ziele im Osten ist davon unabhängig zu betrachten.

Zweifellos bedrückten Hitler grundsätzlich die kriegswirtschaftliche Verbindung und die teilweise Abhängigkeit von Moskau sowie das öffentlich zu beobachtende politische Zusammengehen mit dem Sowjetstaat – wie z.B. beim sowjetischen Vorgehen gegen Finnland –, die er nur so lange zu tragen bereit war, wie die Westmächte noch nicht ausgeschaltet waren. Sie waren jedoch nicht die Ursache für seine Wendung gegen die Sowjetunion. Hitler schien auch keine Veranlassung zu haben, sich in einer bedrängten Situation zu glauben; nach dem Sieg über Frankreich war er überzeugt, einen Höhepunkt seiner politischen und militärischen Macht in Europa erreicht zu haben und dachte bereits daran, das Heer auf 120 Divisionen zu reduzieren⁵⁹.

Hitlers Überlegungen führten schliesslich dazu, dass der Chef des Generalstabes des Heeres, General Halder, ab Ende Juni 1940, mit der Absicht, eine «Schlagkraft im Osten» zu schaffen, vorsorglich und ohne konkreten Auftrag Hitlers die Arbeit an militärischen Planungen für einen Krieg gegen die UdSSR im OKH aufnehmen liess⁶⁰. Dies tat er nicht etwa, weil «östlich der Grenzen des Reiches» die «Gefahr wuchs»⁶¹, sondern weil er schon seit seinem Dienstantritt als Generalstabschef im Herbst 1938 von Hitlers rassenideologischem Ziel zur Eroberung neuen Lebensraumes im Osten wusste und dieses Programm auch als «unveränderlich festgesetzt und entschieden» einschätzte⁶². Zudem wollte Halder bei etwaigen Fragen Hitlers über bereits angestellte Operationsplanungen verständlicherweise nicht unvorbereitet sein, zumal ihm Staatssekretär von Weizsäcker berichtete, dass Hitlers «Augen stark auf den Osten gerichtet» seien⁶³. Der Generalstabschef hat folglich sofort auf Hitlers Äusserungen reagiert; er war jedoch nicht der verantwortliche Akteur für die Wendung in den politisch-militärischen Überlegungen der deutschen Führung im Sommer 1940. Generaloberst Jodl hat diese Tatsache in einer Aussage von 1945 bestätigt: «Das Heer hatte von den Absichten des Führers schon erfahren, als diese noch im Stadium der Erwägungen waren. Es wurde deshalb ein Operationsplan ent-

worfen, noch ehe der Befehl dazu erging, da sich der Generalstab nicht wieder (wie beim Frankreichfeldzug – d. Verf.) drängen lassen wollte und im Falle des Falles mit einer fertigen Sache allen Eingriffsmöglichkeiten Hitlers zuvorkommen wollte.»⁶⁴

Der Chef des Generalstabes des Heeres war aber nicht der Einzige, der Hitlers Überlegungen ernst nahm und vorsorglich Operationsplanungen einleitete. Auch der Sachbearbeiter für Heeresangelegenheiten in der Abteilung Landesverteidigung des Wehrmachtführungsamtes, Oberstleutnant von Lossberg, begann «aus eigenem Antrieb» Ende Juni oder Anfang Juli 1940 eine Operationsstudie für einen Feldzug gegen die Sowjetunion zu entwerfen und liess durch seinen Mitarbeiter, Major von Trotha, entsprechende Operationskarten besorgen⁶⁵. Zur gleichen Zeit erzählte Hitler seinem Wehrmachtadjutanten, Oberst Schmundt, und Reichsaussenminister von Ribbentrop, «er spiele mit dem Gedanken, einen Krieg gegen Russland zu führen»⁶⁶.

Bei seinen Überlegungen ging Hitler damals jedoch noch davon aus, dass er mit Grossbritannien zu einem Arrangement kommen könnte. Dagegen versuchte der Chef des Wehrmachtführungsamtes, General Jodl, in einer eigenen Denkschrift über «Die Weiterführung des Krieges gegen England» Hitlers Aufmerksamkeit auf die Fortführung des Kampfes gegen Grossbritannien im Rahmen einer Kriegführung an der Peripherie zu lenken⁶⁷. Nach einer späteren Aussage hatte Jodl jedoch bereits während des Westfeldzuges von Hitler dessen grundlegenden Entschluss erfahren, die UdSSR anzugreifen, sobald es die militärische Lage irgendwie erlaube⁶⁸. Möglicherweise wollte Jodl deshalb mit der persönlichen Denkschrift Hitler von der Kriegsabsicht gegen die UdSSR vorerst abbringen.

Hitlers Überlegungen, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen, waren seit dem Sieg über Frankreich mit der Erwartung verknüpft, dass London zu einem Friedensvertrag bereit sei. Er meinte, die bisher aus dem Zusammengehen mit Stalin resultierende «verkehrte Frontstellung» revidieren und somit die politisch-strategischen Voraussetzungen für den Krieg um den Lebensraum im Osten – nämlich die Rückendeckung Grossbritanniens im Westen – erhalten zu können⁶⁹, wie er es immer in seinen frühen programmatischen Schriften propagiert hatte. An dieser Auffassung hielt er bis in die zweite Hälfte des Juli 1940 fest, als er in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli London ein Friedensangebot unterbreitete.

3. Hitlers Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion trotz Fortsetzung des Krieges gegen Grossbritannien

Während im OKH und OKW die Generalstabsoffiziere sowohl die Ostkriegsmöglichkeit als auch die «Frage des Westens» operativ bearbeiteten, und der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, den Generalstabschef sogar nachdrücklich ersuchte, prüfen zu lassen, «wie ein militärischer Schlag gegen Russland zu führen» sei⁷⁰, vertraute Goebbels seinem Tagebuch an, dass der «Führer» immer noch «ein sehr positives Verhältnis» zu Grossbritannien habe und noch nicht zum endgültigen Schlag gegen London – etwa in Form einer Invasion – bereit sei⁷¹. Zurückhaltend notierte sich Goebbels dagegen die zukünftige Politik gegenüber der UdSSR: «Vielleicht müssen wir später doch einmal gegen die Sowjets antreten.» Hitler hielt sich in einem Brief an Mussolini vom 13. Juli 1940 jede Möglichkeit, auch die eines grossen Landkrieges, offen; er wies den «Duce» darauf hin, dass die im Rahmen der beabsichtigten Heeresreduzierung zur Demobilmachung vorgesehenen Divisionen «jederzeit binnen 48 Stunden wieder einberufen werden und antreten» könnten⁷².

Während einerseits mehrere Divisionen unter dem Armeeoberkommando 18 (Oberbefehlshaber: General Küchler; Chef des Generalstabes: Generalmajor Marcks) nach Ostpreussen verlegt wurden und andererseits die Weisung Nr. 16 über die Vorbereitung einer Landungsoperation gegen England erlassen wurde⁷³, verkündete Hitler in seiner Siegesrede vor den Reichstagsabgeordneten am 19. Juli 1940 seine Verständigungsbereitschaft zum Friedensschluss mit London, ohne aber ein konkretes Friedensangebot zu unterbreiten⁷⁴. Die Hoffnung auf das Einlenken Grossbritanniens erwies sich jedoch als Illusion. Hitlers Appell an Londons «Vernunft» führte nicht zu dem von ihm erhofften Ausgleich mit Grossbritannien; er wurde vielmehr vom britischen Aussenminister Lord Halifax am 22. Juli kühl zurückgewiesen, wobei sich London für die Fortsetzung des Krieges gegen Nationalsozialismus und Faschismus der Rückendeckung durch die USA gewiss war⁷⁵. Hitler musste folglich damit rechnen, dass er durch Englands Bereitschaft, den Krieg bis zum Sieg fortzusetzen, im Westen nach wie vor gebunden blieb.

Die vermutlichen Gründe für die Fortsetzung des Krieges durch London erläuterte der «Führer» seinen Oberbefehlshabern am 21. Juli aus seiner Sicht. Der inzwischen zum Generalfeldmarschall beförderte Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, übermittelte Generaloberst Halder die Erklärung Hitlers, dass London auf einen «Umschwung in Amerika» und «auf Russland» hoffe⁷⁶. Eine Landung in England müsse entweder noch im Herbst oder erst im

Mai nächsten Jahres stattfinden. Das OKH erhielt den Auftrag, das «russische Problem in Angriff [zu] nehmen» und «gedankliche Vorbereitungen zu treffen». Brauchitsch meldete Hitler die bisher angestellten generalstabsmässigen Überlegungen. Halder notierte:

«Dem Führer ist gemeldet:

- a) Aufmarsch dauert 4-6 Wochen,
- b) Russisches Heer schlagen oder wenigstens so weit russischen Boden in die Hand nehmen, als nötig ist, um feindliche Luftangriffe gegen Berlin und schlesisches Industriegebiet zu verhindern. Erwünscht [ist], so weit vorzudringen, dass man mit unserer Luftwaffe wichtigste Gebiete Russlands zerschlagen kann.
- c) Politisches Ziel [ist]:
Ukrainisches Reich. Baltischer Staatenbund. Weiss-Russland-Finnland. Baltikum [ist] ‚Pfahl im Fleisch‘.
- d) Nötig [sind] 80-100 Divisionen]; Russland hat 50-75 gute Divisionen].»

Die bereits in dieser Besprechung skizzierten politischen Ziele für einen Krieg gegen die Sowjetunion lassen erkennen, dass Hitler den *grossen Krieg* gegen die UdSSR beginnen wollte – denn nur dann konnte man hoffen, die Ukraine und Weissrussland aus dem Staatsverband der UdSSR herausbrechen zu können; nicht schlüssig ist die Ansicht, Hitler habe bei diesen Überlegungen Halders Erwägungen und dessen militärisches Konzept von einem kleinen, begrenzten Krieg gegen die Sowjetunion aufgegriffen⁷⁷. Die übereinstimmende Einschätzung des Oberbefehlshabers des Heeres und des «Führers», die UdSSR habe nur 50-75 «gute» Divisionen, offenbart zudem eine deutliche Geringschätzung des militärischen Potentials Moskaus.

Nach dieser Konferenz wurden für Hitlers Überlegungen der Zeit- und der Amerika-Faktor immer beherrschender. Die Furcht vor dem Eingreifen der USA und deren anwachsendem Militärpotential verstärkte das Gefühl, unter Zeitdruck zu stehen, wenn er sein «Ostprogramm» verwirklichen wollte⁷⁸. Die Erörterung des Ostproblems trat insofern für Hitler in eine neue Phase, als er nach der Absage Londons entscheiden musste, ob er sein programmatisches Kriegsziel zur Eroberung neuen Lebensraumes im Osten weiter hintanstellen oder ob er die militärische Ostlösung in Angriff nehmen sollte, in der Annahme, dass er auf dem Höhepunkt der militärischen Stärke der Wehrmacht die Rückenfreiheit im Westen praktisch besass, obwohl der Krieg gegen England fortgesetzt werden musste. Es ist bezeichnend, dass dabei rein machtpolitische Motive gegenüber der UdSSR von Hitler nicht in den Vordergrund gestellt wurden und in keiner Weise zu einem neuen Aspekt führten oder als seine Politik bestimmende Sachzwänge dargelegt wurden. Der sowje-

tische Einmarsch in Bessarabien und Nordbukowina wurde keinesfalls als grosse Überraschung empfunden. Das Vorgehen Moskaus gegenüber Rumänien hatte Berlin schon früher in Kauf genommen. Bereits bei Abschluss des Nichtangriffsvertrages mit Stalin im August 1939 hatte Hitler insgeheim sein «völliges politisches Desinteressement an diesen Gebieten» Südosteuropas erklärt⁷⁹.

Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht Befürchtungen überbewerten, das Dritte Reich sei auf kriegswirtschaftlichem Sektor immer mehr von den Lieferungen der UdSSR abhängig geworden, und dies als Faktor bei der Entschlussfassung Hitlers zu hoch einschätzen. So notierte sich Goebbels in jenen Tagen, dass die UdSSR im Rahmen der Wirtschaftsvereinbarungen mehr Waren und Rohstoffe liefere, als man haben wolle. Stalin gebe «sich alle Mühe, uns zu gefallen»⁸⁰. Die Möglichkeit, dass Moskau demnächst auch Finnland vereinnahmen wolle, charakterisierte der Reichspropagandaminister als Tätigkeit eines «Erntehelfers»; besondere Bedrohungsängste verband er jedoch damit nicht. Für Hitlers Absicht, den Krieg gegen die Sowjetunion bei seinen weiteren Plänen voranzustellen, lässt sich denn auch «nur ein als ursächlich und übergeordnet anzusprechendes Motiv lokalisieren: die programmatisch vorgegebene Idee, im Osten Lebensraum zu erobern»⁸¹.

Als letztes der drei Oberkommandos stellte schliesslich auch die Seekriegsleitung Ende Juli 1940 in einer Denkschrift von Admiral Fricke «Betrachtungen über Russland» an⁸². Er kam darin ganz im Sinne Hitlers zum Ergebnis, dass die Gefahr des Bolschewismus «in Bälde so oder so beseitigt» werden müsse. Dies zu tun, liege «im Interesse Europas». Falls man sich zur militärischen Lösung gegen die Sowjetunion entscheide, gewinne man zudem «den notwendigen Lebensraum» und die «Autarkie» für das deutsche Volk. Die Stellungnahme beurteilte Durchführungsmöglichkeit und Erfolg eines Feldzuges gegen die UdSSR ausgesprochen positiv.

Hitlers Entscheidung, nunmehr sein «Ostprogramm» zu verwirklichen, bot zugleich die Chance, für die Weigerung Londons, sich mit ihm zu verständigen, eine plausible Erklärung anzubieten: Anscheinend rechnete Grossbritannien mit einer baldigen, engeren Verbindung mit der UdSSR und vertraute auf eine militärische Entlastung durch sowjetische Störmassnahmen im Rücken Hitlers, so dass es sein Militärpotential im Westen allmählich verstärken konnte. Die Absage Londons nutzte er dementsprechend zur Begründung des beabsichtigten Krieges gegen die Sowjetunion. Als zusätzliches Argument tauchte nun bei Hitler die Erklärung auf, mit dem Krieg gegen die UdSSR werde man Grossbritannien den «Festlandsdegen» aus der Hand schlagen⁸³. Mit dieser Argumentation konnte er der Kritik der höheren Militärs vorbeugen, die vor einem Zweifrontenkrieg warnten.

Nach dem 21. Juli besprach Hitler die Möglichkeit, wann der Feldzug begonnen werden könnte, mit Generalfeldmarschall Keitel und General Jodl vom OKW. Er wurde dabei davon überzeugt, dass die deutsche Wehrmacht erst im Frühjahr 1941 und nicht bereits im Herbst 1940 antreten konnte. Hitler drängte aber darauf, die Vorbereitungen «auf jeden Fall» aufzunehmen⁸⁴. In der Zwischenzeit wollte er «einen letzten politischen Versuch unternehmen, um Klarheit über die russischen Absichten zu gewinnen», wie er sich ausgedrückt haben soll. General Jodl informierte seine nächsten Mitarbeiter im Wehrmachtführungsamt (Generalmajor Warlimont, Oberstleutnant von Lossberg, Korvettenkapitän Junge und Major Frhr. von Falkenstein) am 29. Juli, «dass Hitler sich entschlossen habe, zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt, das heisst im Mai 1941, durch einen überraschenden Überfall auf Sowjetrußland die Gefahr des Bolschewismus ‚ein für allemal‘ aus der Welt zu schaffen»⁸⁵. Jodl fügte hinzu, dass die Auseinandersetzung mit der UdSSR «doch unvermeidlich sei und dieser Feldzug daher besser jetzt auf der Höhe der eigenen militärischen Macht geführt werde, als dass man das deutsche Volk in den nächsten Jahren erneut zu den Waffen rufen müsse». Zur Vorbereitung des Aufmarsches im besetzten Polen verlangte er den Entwurf eines entsprechenden Befehls. Dieser Befehl wurde am 9. August als grundlegende Anweisung für die Vorbereitung des Ostkrieges unter der Bezeichnung «Aufbau Ost» erlassen. Auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers diente als Begründung dieses Aufbaus «nur der Luftkrieg im Westen», wodurch der deutsche Aufmarsch im Osten weitgehend verschleiert werden sollte. In der Folgezeit stellte man im Wehrmachtführungsamt (es wurde am 8. August 1940 in Wehrmachtführungsstab umbenannt) trotz allem weitere Überlegungen an, wie man Grossbritannien bis zu dem im Frühjahr 1941 in Aussicht genommenen Termin für den Ostkrieg doch noch niederringen könne, so dass zweifellos eine gewisse «Planungsvielfalt in den deutschen Stäben» für die Zeit nach dem Juli 1940 zu konstatieren ist⁸⁶.

Feldmarschall Keitel unterrichtete seinerseits den ihm unterstellten Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, General Thomas, dass die bereits angewiesene Umrüstung des Heeres auf 120 Divisionen «in dieser Form wohl nicht zur Durchführung kommen würde»⁸⁷.

Noch stand jedoch die endgültige Mitteilung Hitlers aus. Aber auch ohne «Führer»-Auftrag gab Generaloberst Halder dem Chef des Generalstabes der 18. Armee, Generalmajor Marcks, Anweisung, einen gesonderten Operationsplan gegen die Sowjetunion auszuarbeiten⁸⁸. Darüber hinaus liess er auch von seinen Abteilungschefs ergänzende operative Überlegungen anstellen. Dass die verstärkt einsetzende Planungsarbeit kaum aus eigenen militär-politischen Zielen oder allein aus persönlicher Antriebskraft Halders resultierte, machen die

Notizen über ein Gespräch mit Feldmarschall von Brauchitsch deutlich: «Die Frage, ob man, wenn gegen England eine Entscheidung nicht erzwungen werden kann und die Gefahr besteht, dass England sich mit Russland liiert, den dann entstehenden Zweifrontenkrieg zunächst gegen Russland führen soll, ist dahin zu beantworten, dass man besser mit Russland Freundschaft hält. Besuch bei Stalin wäre erwünscht... mit Hilfe Russlands [könnte man] das in West- und Nord-Europa geschaffene Reich ausbauen. Wir können dann einen jahrelangen Krieg mit England getrost in Kauf nehmen.»⁸⁹ Die politischen Bestrebungen und Aktionen Moskaus beurteilten beide Generale dabei in keiner Weise als alarmierend für die deutsche Position.

Doch Hitler hatte anders entschieden. Eine Landungsmöglichkeit auf den Britischen Inseln beurteilte er skeptisch. Bereits kurz vor der am 31. Juli 1940 stattfindenden Konferenz auf dem Berghof mit Feldmarschall von Brauchitsch, Generaloberst Halder, Feldmarschall Keitel, General Jodl und Grossadmiral Raeder war der «Führer» zu einem «*bestimmten Entschluss*» gekommen, den er auf dieser Besprechung seinen engeren militärischen Beratern mitteilte; General Halder notierte sich Hitlers Ausführungen⁹⁰:

«Englands Hoffnung ist Russland und Amerika. Wenn Hoffnung auf Russland wegfällt, fällt auch Amerika weg, weil Wegfall Russlands eine Aufwertungs Japans in Ostasien in ungeheurem Mass folgt... Russland [ist] Faktor, auf den England am meisten setzt... Ist aber Russland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland.

Entschluss: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muss Russland erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Russland zerschlagen, umso besser.

Operation hat nur Sinn, wenn wir Staat in einem Zug schwer zerschlagen.»

Hitler wiederholte dabei nochmals den «bestimmt! Entschluss», Russland zu erledigen, auch wenn es momentan besser sei, den Winter noch abzuwarten. Kriegsziel sei die «Vernichtung der Lebenskraft Russlands». Die Ukraine, Weissrussland und die baltischen Staaten sollten an Deutschland fallen. Hitler gab den Befehl, das Heer wieder auf 180 Divisionen zu verstärken, da 120 Divisionen allein schon für den Ostkrieg vorzusehen waren. Die Ausführungen Hitlers belegen, dass er sich zum Angriff auf die Sowjetunion entschlossen hatte, dass der Entschluss «so gemeint wie gesagt war»⁹¹. Um die Militärs von der Richtigkeit seiner Entscheidung zu überzeugen, verknüpfte er das Problem, Grossbritannien zu besiegen, mit der notwendigen Vernichtung der Lebenskraft der UdSSR als möglichem Festlandsdegen Londons. Der Krieg gegen die Sowjetunion – von Hitler beabsichtigt, um sein altes rassenideologische? «Ostprogramm» zu realisieren – erhielt damit in Hitlers Erklärung eine gesamtstra-

tegische Funktion im Krieg gegen die Westmächte; «diese Rationalisierungsversuche» sollte man jedoch «nicht zu ernst nehmen»⁹². Es wäre verfehlt anzunehmen, Hitler habe den Ostkrieg wegen politischer Reibereien mit der UdSSR in Angriff genommen oder «ausschliesslich als strategische Alternative» angesehen⁹³, um dadurch den Krieg gegen Grossbritannien fortzusetzen. Als «eigentlich aktivierendes Moment» standen nicht das militärstrategische Kalkül, den Widerstandswillen Grossbritanniens in der Sowjetunion brechen zu können, sondern das programmatische Kriegsziel und die Vorstellung vom Lebensraum im Osten im Vordergrund. Goebbels überliefert in seinem Tagebuch eine Unterhaltung mit Hitler vom 9. August 1940, in der die ideologische Grundeinstellung des Diktators gegenüber der UdSSR auch für diese Zeit nachdrücklich bestätigt wird⁹⁴: «Russland wird uns doch immer fern bleiben... Der Bolschewismus ist der Weltfeind Nr. 1. Irgendwann werden wir auch einmal mit ihm zusammenprallen. Der Führer meint das auch.» Am nächsten Tag charakterisierte der Propagandaminister im Zusammenhang mit der Vorführung eines Filmes aus dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg den Sowjetstaat eindeutig rassistisch: Dort herrsche der «Dilettantismus in Reinkultur. Das ist die Organisation des Untermenschen», meinte Goebbels.

Hitler schätzte die militärische und politische Stellung des Reiches nach dem erfolgreichen Westfeldzug so stark und zuversichtlich ein, dass er überzeugt war, den Krieg gegen den «Untermenschen» im Osten auch trotz des weiteren Kampfes im Westen gegen England beginnen zu können⁹⁵. Der Zeit-Faktor spielte dabei für Hitler eine grosse Rolle. Er wollte nicht die Chance verpassen, sein Lebensraumkonzept zu verwirklichen, bevor Grossbritannien und die USA durch verstärkte Aufrüstung ihre Militärpotentiale ausbauen und die deutsche Ausgangsposition erheblich verschlechterten.

Wie Hitler insgeheim die Überlegung beurteilte, die Sowjetunion sei der kontinentale Degen Englands, belegt eine Notiz von Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler über die weiteren Kriegschancen der Briten: «Sie (die Engländer – d. Verf.) müssen endgültig aus Europa heraus. Sie finden hier auch keine Festlandsdegen mehr. Russland? Dazu ist Stalin viel zu schlau. Und unsere Wehrmacht viel zu stark. Stalin will doch etwas verdienen bei der Sache. Und keine vagen Risiken eingehen.»⁹⁶ Für Hitler war das «Festlandsdegen»-Motiv in der Tat nicht der entscheidende Grund für seinen Kriegsentschluss gegen die Sowjetunion.

Es ist auch wiederholt nachgewiesen worden, dass es in den Quellen keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass Hitlers Überlegungen und sein Entschluss als Reaktion auf die sowjetische Politik im Sommer 1940 anzusehen sind⁹⁷. Später hat er dieses Argument zwar wiederholt benutzt und damit Propaganda gemacht, im Sommer 1940 nahm er jedoch das Vorgehen Stalins äusserlich gelas-

sen hin. Goebbels' Notizen bestätigen, dass man sich nicht in einer politischen Notlage gegenüber der UdSSR empfand. Als der Propagandaminister und Hitler im August über die sowjetischen Aktionen in den baltischen Staaten sprachen, waren beide der Ansicht, man «brauche kein Mitleid mit ihnen zu haben und ohne Intelligenz sind sie für uns ungefährlicher als mit»⁹⁸. Grundsätzlich nahm Hitler das Vorgehen Moskaus in den ihm zugesprochenen Interessengebieten «nicht tragisch»⁹⁹; er fühlte sich dadurch nicht bedroht.

Wenn Hitler auch im Laufe der nächsten Monate bis zum 22. Juni 1941 eine ganze Reihe von Argumenten für seinen Entschluss aufzählte, so heben sich doch die rassenideologischen Lebensraumvorstellungen und Endziele immer wieder von den vorgebrachten taktischen Erläuterungen und zeitweiligen militärstrategischen Erklärungen deutlich ab, so dass auch das von ihm im Rahmen der politischen Lage im Sommer 1940 erwähnte strategische Kalkül immer mehr verblasste und im Juni 1941 für ihn überhaupt nicht mehr aktuell war. Letztlich hielt sich Hitler bei dem im Juli 1940 beschlossenen Krieg gegen die Sowjetunion konsequent an das axiomatisch festgelegte Kriegsziel seines aussenpolitischen Programms: Eroberung von Lebensraum für das deutsche Volk im Osten zum Aufbau eines deutschen kontinentalen Imperiums. Zu dieser Entscheidung wurde Hitler in keiner Weise durch die in Arbeit befindlichen Operationspläne im OKH und OKW gedrängt oder beeinflusst. Ganz eindeutig war Hitlers Wille, nunmehr sein Programm umzusetzen, der «Ausgangspunkt für alle Einzelplanungen in dieser Zeit»¹⁰⁰. Die selbständigen Operationsplanungen der höheren Militärs in den Oberkommandos lassen jedoch eine weitgehende Ziele- und Interessengleichheit für ein grundsätzliches Ausgreifen nach Osten erkennen.

4. Auswirkungen und Reaktionen nach Hitlers Entschluss

Zweifellos hat Hitler in den folgenden Monaten bis zum beabsichtigten Termin im Frühjahr 1941 sein gesamtes politisches Handeln nicht ausschliesslich und allein auf die Vorbereitung des Ostkrieges ausgerichtet und alle möglichen politischen Zwischenlösungen ausser Acht gelassen. Seine Entscheidung hat aber sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich zu unmittelbaren und raschen Auswirkungen geführt, die es rechtfertigen, seine Absicht als festen Entschluss zu bezeichnen, und deshalb knapp aufgeführt werden sollen.

Erste Folgen waren, dass Brauchitsch noch am 31. Juli 1940 alle Demobilisierungspläne in der Organisationsabteilung und beim Befehlshaber des Ersatzheeres anhalten liess, und Keitel dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungs-

stungsamtes, General Thomas, mitteilte, der Heeresumfang müsse wieder auf 180 Divisionen erhöht werden, da «das Verhältnis zu Russland im Jahre 1941 eine Änderung erfahren» könne, und kurz darauf ein neues Rüstungsprogramm auf der Basis von 180 Divisionen anordnete¹⁰¹. Göring wies Thomas ferner darauf hin, man habe nur noch Interesse daran, die Sowjetunion bis zum Frühjahr 1941 vertragsgemäss mit Waren zu beliefern. General Jodl verlangte von seinen Mitarbeitern im Wehrmachtführungsstab einen Befehlswurf für die «Vorbereitungen zu einem Feldzug gegen die Sowjetunion»¹⁰². Schliesslich wurde der Chef der militärischen Abwehr, Admiral Canaris, von Keitel über die geforderten Tarnungsabsichten in Kenntnis gesetzt.

Ab Herbst 1940 lassen sich parallel zu den weiteren Planungsarbeiten umfangreiche Massnahmen auf dem Personal-, Ausbildungs- und Organisationssektor im Zusammenhang mit Neuaufstellungen und Verlegungen zahlreicher Verbände zur Ostgrenze verfolgen¹⁰³. Ende September waren bereits 35 Divisionen im Osten. Admiral Canaris erhielt den strikten Befehl, die stärkere Truppenbelegung im Osten zu verschleiern. Auf keinen Fall sollte aufgrund dieser Umgruppierungen in Moskau der Eindruck entstehen, dass das Deutsche Reich «eine Ostoffensive vorbereitete»¹⁰⁴. Insgesamt können die Truppenverschiebungen nach Osten eindeutig als militärischer Auftakt zum Aufmarsch gegen die Sowjetunion bezeichnet werden.

Unmittelbar nach der Konferenz vom 31. Juli hat General Halder auch seine Abteilungschefs über die Ergebnisse der Besprechung auf dem Berghof informiert¹⁰⁵. In den nächsten Tagen und Wochen wurden im Generalstab die ersten Operationsentwürfe anhand des Operationsplanes von General Marcks und anderer Generalstabsoffiziere sowie die Überlegungen für die Versorgungsführung durch den Generalquartiermeister erörtert. Auch der im August zur üblichen Jahreskonferenz der Waffenattachés in Berlin anwesende Militärattaché aus Moskau, General Köstring, wurde unterrichtet und zu den Operationsüberlegungen befragt. Ab September übernahm Halders neuer Stellvertreter, General Paulus, die Koordination für die Planung «Fritz», wie inzwischen der Deckname für den Ostkriegsplan lautete. Mitte September 1940 beendete auch Oberstleutnant von Lossberg im OKW seine Studie und trug sie General Jodl vor¹⁰⁶. Bis zum Besuch Molotovs in Berlin im November 1940 gingen die Planungen und Vorbereitungen zum Aufmarsch sowie Überlegungen für den Kräftebedarf und zur Organisation des Feldzuges im Generalstab des Heeres ungehindert voran.

Die geschäftsmässige Bearbeitung und Umsetzung der Hitlerschen Entscheidung in eine umfangreiche operative Planung durch die höheren Führungsstäbe lassen erkennen, dass der Entschluss Hitlers eindeutig als reale Kriegsabsicht

ingeschätzt wurde. Hitlers Erklärungen über den grundsätzlichen aggressiven Charakter des Bolschewismus fielen bei den führenden Militärs auf fruchtbaren Boden. Weitgehend in Übereinstimmung mit der NS-Propaganda bis 1939 betrachtete man den Kommunismus als Mitverantwortlichen und Verursacher der deutschen Niederlage von 1918 und des Niedergangs der deutschen Grossmachtposition nach dem Ersten Weltkrieg. Man nahm ferner an, dass der Sowjetstaat nur durch brutale Gewalt und rücksichtslose Parteireglementierungen zusammengehalten werde, jedoch bei einem heftigen Stoss durch die kampferprobte Wehrmacht zusammenbrechen werde. Es bestand zudem keine unterschiedliche Auffassung über die Geringschätzung des militärischen Wertes der Sowjetarmee. Traditionelle deutsche Hegemonie- und Wirtschaftsvorstellungen gegenüber der Sowjetunion sowie eine militante antikommunistische Grundhaltung begünstigten die Annahme der Hitlerschen Kriegsziel-Vorstellungen in den militärischen Führungskreisen. Das deutsche Offizierkorps war demnach für grosse Teile des Hitlerschen «Ostprogramms» und die nationalsozialistischen Vorstellungen über den Bolschewismus empfänglich und aufnahmebereit¹⁰⁷.

Wie reagierten nun die militärischen Führungsstäbe auf Hitlers Mitteilung? Es kam zu keinen nachhaltigen Einwänden gegen Hitlers Entschluss, die Sowjetunion zu überfallen. Weder Brauchitsch noch Halder erhoben gegen Hitlers Pläne Einspruch, obwohl beiden Generälen noch im Januar 1941 der «Sinn» dieses Krieges «nicht klar» war¹⁰⁸; weder könne man dadurch Grossbritannien treffen, noch die eigene Wirtschaftsbasis wesentlich verbessern. Verhaltene Kritik wurde innerhalb der Führungsstäbe gleichwohl geäussert – so von Staatssekretär von Weizsäcker sowie den Generälen Jodl und Warlimont¹⁰⁹. Auch von Ribbentrop, Keitel und Göring sollen zumindest anfangs Bedenken vorgebracht haben¹¹⁰. Keitel begründete die Aufgabe seiner Bedenken damit, dass Hitler «aus ideologischen Gründen» die Auseinandersetzung mit der UdSSR «in diesem Zeitpunkt für unvermeidlich» hielt und die vorsichtigen Kritiker durch seine Belehrungen und Überzeugungen letztlich umzustimmen vermochte. Am nachhaltigsten und eindringlichsten hat wohl Grossadmiral Raeder bis Jahresende 1940 versucht, den «Führer» vom Ostkrieg abzubringen und ihn auf eine Fortsetzung des Krieges gegen England festzulegen¹¹¹.

Die Mehrzahl der Einwände resultierte weniger aus grundsätzlicher Gegenposition als vielmehr aus dem Wunsch, eine zeitliche Verschiebung bis nach Abschluss des Krieges gegen Grossbritannien zu erreichen, um den Zweifrontenkrieg zu vermeiden. In der Regel akzeptierte man generell die Richtigkeit eines Kampfes gegen den Bolschewismus, war man zudem von der eigenen militärischen Überlegenheit überzeugt. Sorgfältige Analysen, die vor den ökonomischen

mischen und gesamtstrategischen Folgen eines Krieges gegen die Sowjetunion warnten, blieben erfolglos. So änderten die für Generaloberst Halder bestimmten Warnungen des Gesandtschaftsrates von Walther von der deutschen Botschaft in Moskau¹¹² nichts an der geringschätzigen Beurteilung des sowjetischen Militärpotentials durch die Oberkommandos der Wehrmacht, des Heeres und der Luftwaffe. Es nützte auch nichts, dass der Moskauer Militärattaché, General Köstring, darauf hinwies, dass die UdSSR in ihrer Politik gegenüber Berlin jeden Gegensatz zu vermeiden versuche und keine Kriegsabsichten in absehbarer Zeit erkennen lasse¹¹³. Derartige Hinweise und Überlegungen konnten Hitlers Entscheidung nicht beeinflussen, da es für den «Führer» aufgrund seines rassenideologischen Kriegszieles völlig belanglos war, ob die Sowjetunion ihrerseits kriegerische Absichten entwickelte. Später hat er jedoch das Motiv, sowjetische Aktionen abwehren zu müssen, in seinen propagandistischen Erklärungen besonders herausgestellt¹¹⁴. Insgesamt lässt sich feststellen, dass es im Gegensatz zu den Widersprüchen vor Beginn des Westfeldzuges 1939/40 bei der Entscheidung Hitlers zur militärischen Ostlösung keine hartnäckigen Widerstände seiner Mitarbeiter gab.

Ernste Sorgen machte man sich vielmehr, dass der Krieg gegen die Westmächte dadurch gleichsam eine Pause erhalten und sich der weitere Kampf dann doch zu einem grösseren Zweifrontenkrieg entwickeln werde. Vor allem die alternativen Vorschläge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, den Schwerpunkt des Krieges in der Kampfführung gegenüber England zu belassen, rückten Überlegungen einer peripheren Kriegführung gegen Grossbritannien stärker in den Vordergrund der politischen und strategischen Möglichkeiten Berlins.

5. Politische Zwischenlösungen und Hitlers taktisches Verhalten bis zur Weisung «Barbarossa»

Der Angriff auf die Sowjetunion war für Mai 1941 geplant. Hitler konnte in der Zwischenzeit taktische Variationen in der Aussenpolitik verfolgen, soweit sie eine Tarnung und Täuschung seiner Kriegsabsicht ermöglichten und den Weg zu seinem Fernziel im Osten nicht verbauten. So bemühte er sich, Japan als Bündnispartner zu gewinnen, um beim Kriegseintritt der USA diesen nicht allein gegenüberzustehen. Am 27. September 1940 kam es gleichsam als «Entwurf einer weltpolitischen Zwischenlösung»¹¹⁵ zum Abschluss des Dreimächtepaktes mit Japan und Italien. Für kurze Zeit nahm Hitler zudem die Kontinentalblock-Vorstellung seines Aussenministers auf, um auf diesem Wege doch

noch ein Nachgeben Englands zu erreichen. Die Pläne Ribbentrops hat Hitler jedoch nur sehr halbherzig verfolgt, wenn er auch persönlich die Politiker Frankreichs und Spaniens für ein Zusammengehen gegen London gewinnen wollte. Ribbentrops Konzeption stellte bei Hitler die militärische Ostlösung «zu keiner Zeit in Frage»¹¹⁶. Nach wie vor hielt er am axiomatisch festliegenden Hauptziel seines «Ostprogramms» fest. Goebbels überliefert in seinen Tagebuchaufzeichnungen aus dieser Zeit, dass Hitler «für Moskau nur Verachtung» übrig habe, jedoch «blind und fest» an Deutschlands Zukunft «auf allen Gebieten» glaube¹¹⁷. Bezeichnenderweise schrieb sich Goebbels auf, dass er für den Propagandabereich alle Anbieterungen an Russland verbiete; er meinte: «Einmal müssen wir doch mit Russland abrechnen. Wann, das weiss ich nicht, aber dass, das weiss ich.» Staatssekretär von Weizsäcker notierte sich in ähnlichem Sinne, selbst bei einem Ausgleich mit London werde man das Problem Russland «nicht ruhenlassen»¹¹⁸. Man befinde sich also erst «am Beginn und nicht am Ende des Ringens».

Die im OKW aufgenommenen Planungen und Überlegungen für eine periphere Kriegführung im Mittelmeer gegen England zielten darauf ab, die Rückenfreiheit für das Vorgehen gegen die Sowjetunion bis zum Frühjahr 1941 doch noch zu gewinnen und England auszuschalten. Man wollte den Umweg über das Mittelmeer wählen, nachdem es offenkundig war, dass das Landungsunternehmen «Seelöwe» gegen die Britischen Inseln vorerst nicht durchgeführt werden konnte und vom «Führer» ab August auch ohne Energie und Schwung betrieben wurde. Hitler war jedoch an einer peripheren Kriegführung im Mittelmeer nicht sonderlich interessiert. Ein derartiges Vorgehen hatte für ihn eher eine «instrumentale Funktion», um auf London Druck auszuüben¹¹⁹. Hitler hat sich auch durch koloniale Überlegungen und Ziele – wie z.B. die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika – nicht von seiner grundsätzlichen Absicht der Eroberung von Lebensraum im Osten abbringen lassen. Kolonialwünsche mass er keine grosse Bedeutung zu. Die ab Herbst 1940 in verschiedenen Dienststellen entworfenen «Alternativen» waren nach Hitlers Entschluss tatsächlich nur «Zwischenlösungen» für das angesteuerte Ziel, durch eine militärische Lösung den propagierten Lebensraum im Osten zu erobern. Sie waren gegenüber Hitlers «Ostprogramm» keine echten Alternativen, sondern lediglich taktische Variationen für die deutsche Kriegspolitik bis zum Frühjahr 1941.

Bereits vor dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Molotow hat Hitler dann auch deutlich gemacht, dass er Ribbentrops Kontinentalblockkonzeption nur als taktische Variante ansah und die Vorbereitungen für den Ostkrieg auf jeden Fall fortzusetzen waren¹²⁰. Russland blieb für ihn «das ganze Problem Europas», alles müsse «getan werden, um bereit zu sein zur grossen

Abrechnung». In seiner Weisung Nr. 18 vom 12. November 1940 erklärte Hitler noch vor den Besprechungen mit Molotov: «Gleichgültig, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden, sind alle schon mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Osten fortzuführen.»¹²¹ Unmittelbar nach den Gesprächen mit dem sowjetischen Volkskommissar entschied er, es könne «davon ausgegangen werden, dass der Ostfeldzug am 1.5.1941 beginnt»¹²². Der Misserfolg der Besprechungen mit Molotov hat Hitler anscheinend nicht besonders getroffen. Im engsten Kreis meinte er, «er habe sich sowieso davon nichts versprochen... Er sei richtig erleichtert; dies (das Bündnis mit Stalin – d. Verf.) würde nicht einmal eine Vernunftfehle bleiben.»¹²³ Einige Tage darauf erklärte er nochmals, «ehrlich sei der Pakt nie gewesen, denn die Abgründe der Weltanschauung seien tief genug». «In höchster Eile» liess er nun die Gefechtsstände für sein Hauptquartier im Osten ausbauen. Damit befand sich Hitler wieder voll auf der Linie seines Entschlusses vom Juli 1940: Er war bereit, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen, obwohl England noch nicht besiegt war.

Ende November fanden im OKH militärische Kriegs- und Planspiele für den Ostkrieg statt. Im gleichen Monat begannen die kriegswirtschaftlichen Planungen zur Vorbereitung der Ausbeutung der eroberten sowjetischen Gebiete, nachdem Göring General Thomas und die Mitarbeiter der Vierjahresplanbehörde mit der Ausarbeitung entsprechender Unterlagen beauftragt hatte. Am 5. Dezember wurden im Rahmen einer Besprechung bei Hitler die operativen Planungen von OKW und OKH aufeinander abgestimmt¹²⁴. Hitler erklärte sich dabei mit den vorgetragenen operativen Absichten einverstanden. Der Angriff sollte «frühestens Mitte Mai beginnen». Das Ziel sei das Erreichen «etwa der Wolga». Die Durchführung des Landungsunternehmens «Seelöwe» hielt Hitler nun «nicht mehr für möglich». Nachdem Hitler «zur Durchführung der Ostoperation ... fest entschlossen» war, erhielt der Wehrmachtsführungsstab den Auftrag, eine entsprechende Weisung für den Krieg gegen die Sowjetunion zu entwerfen¹²⁵. Hitler drängte nun sehr; er äusserte, dass «1941 alle kontinental-europäischen Probleme» gelöst werden müssten, «da ab 1942 [die] USA in der Lage wären, einzugreifen». Bei Vorlage des Befehlsentwurfs nahm er entscheidende Änderungen in Bezug auf die Festlegung des operativen Schwerpunktes auf die beiden Flügel vor und liess zudem den Decknamen von «Fritz» in «Barbarossa» abändern. Der Befehl zum beabsichtigten «schnellen Feldzug» gegen die Sowjetunion wurde dann am 18. Dezember 1940 unter der Bezeichnung «Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa» erlassen¹²⁶.

6. Die Vorbereitung des rassenideologischen Vernichtungskrieges

Mit Herausgabe dieser Weisung wurde Hitlers Absicht, die Sowjetunion als politischen Machtfaktor zu vernichten, zur alleinigen Richtschnur seiner Strategie und Kriegspolitik. Es ging dem «Führer» dabei jedoch nicht mehr um übliche Machtpolitik, sondern um die totale Realisierung seines schon lange zuvor entworfenen «Ostprogramms». Radikale Vorstellungen von Vernichtung und Ausmerzungen des Gegners traten immer deutlicher zutage.

Auch die von Hitler bis zum Kriegsbeginn am 22. Juni 1941 stärker in den Vordergrund gerückten Behauptungen, er habe Stalins Aggressions- und Erpresserpolitik begegnen müssen, standen in keinem ursächlichen Zusammenhang mit seiner programmatisch orientierten Entscheidung, die Sowjetunion zu überfallen. So ist es dann auch bezeichnend, dass die in Verbindung mit dem deutschen Aufmarsch an der Ostgrenze, in Rumänien und Finnland ab Anfang Mai 1941 zu beobachtenden sowjetischen Truppenverstärkungen im Grenzgebiet zu keinen Befürchtungen vor einem sowjetischen Angriff führten; man war vielmehr in Berlin erleichtert, dass die Rote Armee «genau an der Grenze massiert» war – was Goebbels als das Beste ansah, «was... überhaupt passieren kann», da dies den beabsichtigten «Durchstoß» sehr erleichterte und «eine leichte Gefangenenerbeute» garantierte¹²⁷. Mit sowjetischen Angriffsabsichten rechnete man nicht; eher hatte Hitler Angst, dass Moskau noch in letzter Stunde durch ein neues Angebot sein Kriegskonzept verderben könnte.

Dass die sowjetische Führung sich dennoch Gedanken über das möglicherweise zu Ende gehende Vertragsverhältnis mit Berlin machte, lassen Stalins Ausführungen vor Absolventen der Moskauer Militärakademien am 5. Mai 1941 vermuten. Die dort ausgesprochene Ankündigung zur forcierten Rüstung gegen Deutschland bezog sich jedoch erst auf das Jahr 1942; im Jahre 1941 war Moskau eindeutig unvorbereitet und hat nach Ansicht deutscher Botschaftskreise «daher auch keine unmittelbaren Angriffsabsichten gegen Hitler» entwickelt¹²⁸.

Im Verlauf der weiteren «Aufmarschanweisungen»¹²⁹ sowie Anordnungen und Befehle für den Angriff auf die UdSSR hat Hitler in entscheidendem Masse den Kriegsvorbereitungen auf politisch-völkerrechtlichem Gebiet den Stempel eines rassenideologischen Vernichtungskrieges aufgedrückt. Er hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er den kommenden Krieg, der für ihn «mehr als nur ein Kampf der Waffen» war¹³⁰, von Anfang an als besonderen Vernichtungskampf zu führen beabsichtigte, der von rücksichtsloser Härte gekennzeichnet sein würde. Die *besondere Qualität* dieses Krieges, die völlige Andersartigkeit im Vergleich zu den «Normalkriegen» in West- und Nordeuropa ent-

hüllte sich sowohl bei Hitlers Erklärungen über die beabsichtigte Kampfführung zwecks totaler «Zertrümmerung» und «Zerschlagung Russlands» als Staat¹³¹ als auch in den daraus resultierenden, detailliert entworfenen Beherrschungsinstrumentarien und -mechanismen für den zu erobernden Lebensraum im Osten.

Hitler hat den ideologischen und rassistischen Charakter dieser totalitären Kriegführung nicht vertuschen wollen. Schon in seinem Buch «Mein Kampf» hatte er ausgeführt, dass die NS-Bewegung «in den Augen der übrigen Welt» offen als «Trägerin einer bestimmten politischen Absicht erkannt und festgestellt» werden solle, «schon am Visier soll man [sie] erkennen», meinte er¹³². Die Hitlers Überlegungen bestimmenden ideologischen Momente traten am 30. März 1941 offen und klar zutage, als er vor etwa 250 höheren Offizieren im Rahmen seiner Ausführungen über den bevorstehenden «Kampf zweier Weltanschauungen» zur «Ausrottung» des Kommunismus «für alle Zeiten» und zur «Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und kommunistischen Intelligenz» aufrief, ohne direkten und entschiedenen Widerspruch der Generale zu erfahren¹³³. Sie zeigten sich ferner in aller Deutlichkeit bei den noch vor Kriegsbeginn herausgegebenen Anordnungen und «verbrecherischen Befehlen», wie den «Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)» vom 13. März 1941, dem «Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘» vom 13. Mai 1941, den «Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland» vom 19. Mai 1941 und den «Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare» vom 6. Juni 1941 sowie bei Hitlers Sonderauftrag an den Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, der «in eigener Verantwortlichkeit» mit den SD-Einsatzgruppen unmittelbar hinter der Front in den rückwärtigen Heeresgebieten die physische Vernichtung der «jüdisch-bolschewistischen» Bevölkerungsteile beginnen sollte¹³⁴. Der rassenideologische Akzent offenbarte sich ferner bei der beabsichtigten Behandlung der zu erwartenden sowjetischen Kriegsgefangenen.

Hitlers auf Vernichtung und Ausrottung zielende Anordnungen machen in mehrfacher Weise deutlich, dass der Angriff auf die Sowjetunion *seinen* Krieg einleitete. Kurz vor und am Tage des Überfalls gaben sich Hitler und Goebbels dann auch über das bevorstehende Ereignis sehr erleichtert. Hitler schrieb am 21. Juni 1941 an Mussolini, als er ihn über die Aggression informierte¹³⁵: «Ich fühle mich, seit ich mich zu diesem Entschluss durchgerungen habe, innerlich wieder frei. Das Zusammengehen mit der Sowjetunion hat mich... doch oft schwer belastet.» Irgendwie sei es ihm doch immer wie «ein Bruch» mit seiner ganzen Herkunft, seinen Auffassungen und seinen früheren Verpflichtungen vorgekommen. Goebbels notierte sich¹³⁶, «seit Juli vorigen Jahres» habe der

«Führer» an diesem Krieg gearbeitet, «alles ist getan worden», nun bleibe nichts «mehr anderes übrig» als anzugreifen, damit dieses «Krebsgeschwür... ausgebrannt werde». Das Zusammengehen mit der UdSSR verglich er mit einem «Flecken auf unserem Ehrenschild», der nun «abgewaschen» werde. Goebbels fügte hinzu: «Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch. Ich sage das dem Führer und er stimmt mir vollkommen zu.»

In den entsprechenden, aus solchen Überlegungen resultierenden, nicht-völkerrechtskonformen und die überlieferte Kriegsmoral missachtenden Weisungen und Massnahmen, die unter Mithilfe von OKW und OKH zustande kamen, manifestierten sich sowohl der menschenverachtende und rücksichtslose Charakter des beabsichtigten Ostkrieges als auch das rassenideologische Lebensraumprogramm als eigentliche Wurzel für Hitlers Entschluss zum Angriff auf die UdSSR. Sie sind Ausdruck der gewollten Radikalisierung des Krieges. Sie offenbaren zudem ein hohes Mass an Mitverantwortlichkeit und Verstrickung der Wehrmacht und Heeresführungen in diesen Vernichtungskrieg, indem sie an der Formulierung der Befehle mitarbeiteten oder sie sogar unter dem Motto, «[die] Truppe muss den weltanschaulichen Kampf mit durchfechten bei [diesem] Ostfeldzug»¹³⁷, in eigener Zuständigkeit herausgaben. So wurden die Generalstabs- und Feindnachrichtenoffiziere der Verbände und Kommandobehörden Mitte Mai und Anfang Juni 1941 in speziellen Einweisungsveranstaltungen über technische Fragen der Zusammenarbeit mit den Polizei- und SD-Sondereinheiten sowie über die Anwendung und Durchführung der verbrecherischen Befehle unterrichtet, da die Befehle zum Teil nur mündlich weitergegeben werden durften¹³⁸. Aus dieser Verstrickung hat sich die Wehrmacht nicht mehr lösen können, so dass sie am 22. Juni 1941 den Angriff auf die Sowjetunion unter dem Vorzeichen der Unmenschlichkeit und Kriegsverbrechen antrat.

Hitler wäre es kaum möglich gewesen, den besonderen Charakter dieses Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion in solchem Umfang in die Tat umzusetzen, wenn ihm nicht viele Kräfte und Führungseliten im militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Bereich durch ihre Zustimmung oder Versäumnisse direkt oder indirekt Unterstützung gewährt hätten und es so dem Nationalsozialismus ermöglichten, antikommunistische und antisemitische Gefühle als Grundlage verbrecherischer Aktionen zu mobilisieren. Die durch die einzelnen Befehle und Anweisungen zum Ausdruck gebrachten Absichtserklärungen in Bezug auf Durchführung und Umsetzung des nationalsozialistischen «Ostprogramms» in die Praxis nach dem Überfall am 22. Juni 1941 rechtfertigen es, den Krieg gegen die UdSSR als den «ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg» zu bezeichnen, «den die moderne Ge-

schichte kennt»¹³⁹. Im Einzelnen lassen sich innerhalb des «Ostprogramms» vier politisch-wirtschaftliche Zielkomplexe als Motive des NS-Regimes für den Krieg gegen die Sowjetunion benennen¹⁴⁰:

1. Ausrottung der «jüdisch-bolschewistischen» Führungsschicht sowie der Juden in Ostmitteleuropa,
2. Gewinnung von Kolonial- und Lebensraum für das Dritte Reich,
3. Dezimierung und Unterwerfung der slawischen Massen unter deutsche Herrschaft in neu zu errichtenden sogenannten «Reichskommissariaten» und
4. Errichtung eines autarken, blockadefesten «Grossraumes» Kontinentaleuropa unter Hitlers Herrschaft, wobei die eroberten sowjetischen Gebiete die ökonomischen Ergänzungsräume bilden und die kontinentale Vorherrschaft gewährleisten sollten, um das Fernziel einer «Weltmachtstellung» erreichen zu können¹⁴¹.

Als Ergebnis der Auswertung überlieferter Quellen und Erinnerungen von Beteiligten zeigt sich, dass Hitlers Politik gegenüber der Sowjetunion weder ideologiefrei konzipiert noch militärstrategisch motiviert war. Nachdrücklich und folgerichtig kann der Nachweis erbracht werden, dass der Überfall des Dritten Reiches auf die Sowjetunion programmatisch begründet und bewusst ausgerichtet war auf die dogmatische Verfolgung der in grossen Zügen schon seit den zwanziger Jahren festliegenden Ziele und Absichten im Rahmen der Hitlerschen Rassen- und Lebensraumpolitik im Osten. Hitlers Entschluss, die Sowjetunion anzugreifen, war das früh überlegte und seit «Mein Kampf» und dem «Zweiten Buch» schon lange beschlossene Hauptziel seines aussenpolitischen Grundmusters und Programms. So ist es symptomatisch, dass dieses «Ostprogramm» Hitlers politisches Denken bis zu seinem Tod im Bunker in der Reichskanzlei bestimmt hat. Auch als 1945 seine Siegeshoffnungen in Trümmern zusammenstürzten, hielt er konsequent an der «eigentlichen Lebensaufgabe» des Nationalsozialismus und der «heiligen Mission seines Lebens» fest¹⁴². «Nach Osten und immer nur nach dem Osten» sei die «von der Natur gewiesene Richtung der germanischen Expansion», erklärte er gegenüber Bormann. Noch in seiner letzten Botschaft aus dem eingeschlossenen Berlin an die Wehrmacht vom 29. April 1945 hat er sein programmatisches Ziel, «für das deutsche Volk Raum im Osten zu gewinnen», unbeirrbar als richtig herausgestellt, auch wenn dieses Programm augenscheinlich in einer Katastrophe geendet hatte, hatte enden müssen.



NS-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels verkündet am Morgen des 22. Juni 1941 über alle deutschen Sender den Überfall auf die Sowjetunion.

Wolfram Wette

Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941

1. Überfall trotz Nichtangriffspakt

Im zeitlichen Umfeld des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion war die Propaganda vor besondere Aufgaben gestellt. Zunächst musste sie versuchen, die deutschen Absichten und die praktischen Kriegsvorbereitungen zu vertuschen. Dann, am 22. Juni 1941 selbst, als rund drei Millionen Soldaten der deutschen Wehrmacht die Grenzen der Sowjetunion überschritten, wurde der Propaganda die Leistung abverlangt, der deutschen Bevölkerung und den Soldaten die neue Lage zu erklären und sie mit halbwegs plausiblen Begründungen zu rechtfertigen.

Das war alles andere als propagandistische Routinearbeit. Wie die deutschen Propagandisten wussten, erfreute sich diese neuerliche kriegerische Aktion des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung keineswegs grosser Popularität. Aus den vom Sicherheitsdienst (SD) der SS laufend angefertigten Berichten über die «Stimmung und Haltung» der Menschen in Deutschland hatten Goebbels und seine Mitarbeiter im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) im Frühjahr 1941 entnehmen können: Keinerlei Kriegsbegeisterung; stattdessen eine mehr denn je verbreitete Friedenssehnsucht; infolgedessen wurde jede neue Aktion als Kriegsausweitung und Kriegsverlängerung empfunden und negativ beurteilt¹. Daher, so glaubte man, war es auch nicht damit getan, die propagandistische Ouvertüre einfach auszulassen und statt ihrer den Vormarsch der deutschen Truppen abzuwarten und Siegesmeldungen zu verbreiten. Der neue Krieg bedurfte insgesamt einer Rechtfertigung. Da das NS-Regime jedoch auch hier nicht mit offenen Karten spielen konnte, sondern seine wahren Kriegsziele verheimlichen musste, kam der Propaganda wiederum – ähnlich wie im Vorfeld des Überfalls – die Funktion der Irreführung und Verschleierung zu.

Das Hauptproblem, das sich Goebbels und seinen Mitarbeitern im RMVP am 22. Juni 1941 stellte, war dieses: Sowohl der deutschen Bevölkerung als auch den Verbündeten musste der schwer verständliche Sachverhalt erklärt werden, wie es dazu kommen konnte, dass die seit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 – dem «Hitler-Stalin-Pakt» – offizi-

ell befreundeten Staaten sich nunmehr im Kriegszustand miteinander befanden. Die Spannungen, welche es auch in diesen Jahren zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion gab, hatte man nicht öffentlich ausgetragen. Das faschistisch-kommunistische Zweckbündnis, das viele Menschen von ganz unterschiedlichem politischem Profil so nachhaltig irritiert hatte, schien zu funktionieren. Auf wirtschaftlichem Gebiet arbeitete man zusammen, und mit propagandistischen Attacken hielt man sich beidseitig zurück. Am 23. August 1940, dem ersten Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, brachte die Presse in der Sowjetunion wie in Deutschland freundliche Erinnerungsartikel².

Was den Zeitungslesern da übermittelt wurde, dieses Bild von Harmonie und Interessenausgleich, war trügerisch. Der in Deutschland für die veröffentlichte Meinung verantwortliche Reichsminister Goebbels, der zum engsten Kreis der Spitzenfunktionäre des Regimes gehörte, wusste natürlich ganz genau, was es mit den gedruckten Freundlichkeiten auf sich hatte. «Einmal müssen wir doch mit Russland abrechnen», notierte er an eben jenem ersten Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes in sein Tagebuch. «Wann, das weiss ich nicht, aber dass, das weiss ich.»

Wann der Befehl zum Überfall ergehen würde, wusste zu diesem Zeitpunkt noch niemand genau, auch Hitler nicht. Aber die Vorbereitungen hatten bereits seit Ende Juli 1940 begonnen, selbstverständlich unter grösster Geheimhaltung. Seit der «Führerweisung» Nr. 21 (Fall «Barbarossa») vom 18. Dezember 1940 liefen die deutschen Angriffsvorbereitungen auf Hochtouren. Die verschiedenen Propagandabehörden wurden rechtzeitig über die Aufgaben instruiert, die von ihnen zu bewältigen waren. So wurde der Chef der Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW, Oberst von Wedel, am 21. Februar 1941 in das Führerhauptquartier beordert und von General Warlimont vom Wehrmachtführungstab in die Planung über den Fall «Barbarossa» eingewiesen³. Mit diesem Decknamen wurde der geplante Krieg gegen die Sowjetunion in den operativen Weisungen bezeichnet. Die für die kommenden Monate wichtigste Weisung, die Wedel für die Abteilung Wehrmachtpropaganda erhielt, lautete: «Tarnung des Unternehmens ‚Barbarossa‘ durch die militärische Propaganda.»

2. Propagandistische Verwirrspiele zur Verschleierung der Angriffsvorbereitungen

Da sich Hitler und die Wehrmachtführung bei der Inszenierung des Überfalls auf die Sowjetunion in vollem Umfang das Überraschungsmoment zunutze machen wollten, kam alles darauf an, ob es der Propaganda gelang, die Führung

der Sowjetunion sowie die Regierungen der Westmächte, aber auch die deutsche Bevölkerung über die wirklichen Absichten des NS-Regimes im Unklaren zu lassen. Diese Täuschungspropaganda konnte nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn aus dem eigenen Apparat keine Nachrichten nach aussen drangen. Daher wurde nur ein ganz kleiner Kreis⁴ von mit der Propagandaführung beauftragten Personen in die Absichten der obersten politischen und militärischen Führung eingeweiht.

Die Aufgabe der Verschleierung konkretisierte sich für die Wehrmacht-Propagandisten als Tarnung der spezifisch militärischen Vorbereitungsmaßnahmen, nämlich der Bereitstellung von riesigen Munitions- und Treibstoffmengen und Verpflegungsvorräten sowie der notwendigen grossen Aufmarschbewegungen. Die Propagandisten der Wehrmacht haben sich, wie die Wahrung des Überraschungselements am 22. Juni 1941 zweifelsfrei beweist, ihrer Aufgabe mit grossem Erfolg entledigt. Dem Insider-Bericht von Kurt Hesse zufolge war für das «vollständige Gelingen» der Täuschung besonders die folgende Taktik massgebend: «Neben der Irreführung der feindlichen Führung durch Verbreitung falscher Nachrichten wandte der Wehrmachtsführungsstab auch diesmal wieder die bewährte Methode einer Überschwemmung des Auslandes mit Nachrichten an, die sich vielfach widersprachen. Mal stand dabei die mögliche Landung in England im Vordergrund, mal die Abwehr einer grossen feindlichen Operation im Mittelmeerraum...»⁵

Der eigentliche Ideengeber für diese auf Konfusion zielende Nachrichtenpolitik war jedoch Joseph Goebbels. Er erkannte die Gefahr, dass man im Ausland mehrfach nahe davor stand, das deutsche Versteckspiel zu durchschauen. Als Anfang Mai 1941 in der Auslandspresse «tolle Gerüchte um Russland» kursierten, machte sich der Propagandaminister folgende Notiz: «Man kommt uns doch allmählich hinter die Schliche. Es wird aber soviel gelogen, dass man Wahrheit und Schwindel kaum noch unterscheiden kann. Und das ist im Augenblick das Beste für uns.»⁶ Als die Londoner «Times» am 12. Juni 1941 einen Artikel publizierte, in dem der Argwohn gegen Deutschland ziemlich genau auf den richtigen Punkt gebracht war und man im deutschen Propagandaministerium daher das alsbaldige Scheitern der eigenen Tarnungsbemühungen befürchtete, entschloss sich Goebbels zu einer spektakulären Einzelaktion⁷. Er publizierte im «Völkischen Beobachter» einen Artikel, in dem er in Erwiderung auf die «Times» behauptete, Deutschland habe mit Moskau eine gute Verhandlungsbasis gefunden. Nachdem der Artikel seine Wirkung getan hatte – Goebbels zufolge wirkte er «wie eine Bombe» –, wurde die betreffende Ausgabe des «Völkischen Beobachters» von der Polizei beschlagnahmt. Die Polizeiaktion sollte den Anschein erwecken, Goebbels habe die bevorstehende Invasion Englands

verraten. Was momentan im RMVP wie eine «schwere Prestigeeinbusse» für den Minister aussah, war in Wirklichkeit ein Propagandaerfolg. «Die englischen Sender erklären schon», berichtete Goebbels mit Genugtuung, «unser Aufmarsch gegen Russland sei lauter Bluff, hinter dem wir unsere Invasionsvorbereitungen⁸ zu verstecken suchten. Das war der Zweck der Übung. Sonst herrscht in der ausländischen Nachrichtenpolitik ein vollkommenes Durcheinander. Man kennt sich kaum noch selbst aus.» Besonders befriedigt zeigt sich Goebbels darüber, dass «Stalin und seine Leute... vollkommen untätig» bleiben⁹, also offenbar keinen Verdacht schöpfen.

Nachdem die deutsche Propaganda dieses «Tohuwabohu» (Goebbels)¹⁰ erzeugt hatte, untersagte der Propagandaminister allen deutschen Nachrichtenmitteilern im In- und Ausland, das Thema Russland zu behandeln. Es sollte nun «bis zum X-Tage tabu» sein¹¹, damit ja keine Fehler gemacht würden. Goebbels wusste, dass der Tag X nicht mehr weit entfernt war. Am 16. Juni 1941 wurde er von Hitler in die Reichskanzlei bestellt und von ihm persönlich darüber informiert, dass der Angriff auf Russland beginnen sollte, sobald der militärische Aufmarsch beendet sein würde. Damit rechnete Hitler «im Laufe etwa einer Woche»¹². DeF»Führer» des Deutschen Reiches offenbarte bei dieser Gelegenheit seinem Propagandaminister seine Überzeugung, dass der bevorstehende Krieg gegen die Sowjetunion – er bezeichnete ihn als einen «Massenangriff allergrössten Stils», und zwar als den «gewaltigsten, den die Geschichte je gesehen» habe – nach seiner Schätzung in etwa 4 Monaten beendet sein würde, weil «der Bolschewismus... wie ein Kartenhaus zusammenbrechen» werde¹³. Goebbels teilte diese illusionäre Einschätzung; er glaubte, Russland werde «wie Zunder auseinanderfallen»¹⁴.

Die letzten Tage vor dem Angriff nutzte Goebbels noch einmal zu mehreren propagandistischen Verwirr-Aktionen. Italien und Japan erhielten die Mitteilung, die deutsche Regierung habe die Absicht, Anfang Juli 1941 bestimmte ultimative Forderungen an die Sowjetunion zu richten¹⁵. Mit dieser Behauptung sollte das Interesse der Gegner auf einen fernliegenden Zeitpunkt abgelenkt werden. Goebbels erhoffte sich von dieser Irreführung, die Aufdeckung der schon weit vorangeschrittenen Angriffsvorbereitungen wenigstens noch für ein paar weitere Tage verhindern zu können. Zudem arbeitete er mit dem (von ihm selbst so genannten) Trick, die Nachricht zu verbreiten, Deutschland plane eine grosse Friedenskonferenz mit Einschluss Russlands¹⁶. Schliesslich kursierte an der internationalen Nachrichtenbörse eine derartige Gerüchteflut bezüglich Russland – «vom fertigen Friedensschluss bis zum schon ausgebrochenen Krieg»¹⁷ –, dass Goebbels sein Werk mit Zufriedenheit betrachten konnte: «Man kommt sich in all dem Wirrwarr fast so vor wie ein Eichkätzchen, das

seine Nüsse so gut verborgen hat, dass es sie am Ende selbst nicht mehr wiederfindet.»¹⁸ Wohl gab es einige Zeitungen, die den Braten rochen und der «Wahrheit sehr nahe» kamen¹⁹, aber das konnte am Gesamterfolg der deutschen Täuschungspropaganda nichts mehr ändern.

Als Hitler schliesslich auf die Idee kam, ähnlich wie beim Beginn des Krieges gegen Polen – am 1. September 1939 hatte er die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten in die Berliner Kroll-Oper bestellt, um ihnen mitzuteilen, dass jetzt gegen Polen «zurückgeschossen» werde –, auch am Tage des Angriffs gegen die Sowjetunion den Reichstag einzuberufen, um ihm die neue Lage mitzuteilen, musste Goebbels noch einmal befürchten, dass das ganze Tarnungssystem zusammenbrechen könnte. Es gelang dem Propagandaminister jedoch, Hitler diesen Plan auszureden²⁰ und ihn für den Vorschlag zu gewinnen, stattdessen am Tage X im Rundfunk einen Aufruf verlesen zu lassen.

3. Vorbereitungen für den Tag X: Die Planung des Propagandakrieges

Zur selben Zeit, als der von Goebbels dirigierte Propagandaapparat mit offensichtlichem Erfolg dabei war, den deutschen Aufmarsch gegen die Sowjetunion zu verschleiern, wurde in den verschiedenen Propagandainstitutionen – dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), dem Auswärtigen Amt (AA) und der Propagandaabteilung der Wehrmacht im OKW (OKW/WPr)²¹ – bereits fieberhaft für den Tag X und die Zeit danach gearbeitet. Unter grösstmöglicher Geheimhaltung trafen die Propagandisten ihre technischen, organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen für den Propagandakrieg, der zugleich mit den militärischen Operationen gegen die Sowjetunion schlagartig einsetzen sollte.

Die Wehrmachtpropaganda-Abteilung hatte bereits am 21. Februar 1941 die Weisung²² erhalten, «Richtlinien für das Verhalten der Truppe gegenüber dem Bolschewismus» zu erarbeiten, Flugblätter zur Verbreitung unter der russischen Bevölkerung vorzubereiten und eine Proklamation an die Truppe²³ zu entwerfen. Hierbei waren die Wehrmacht-Propagandisten auf enge Zusammenarbeit mit dem RMVP angewiesen. Beide Institutionen bereiteten sich besonders intensiv auf die Aufgabe vor, die sowjetische Bevölkerung propagandistisch zu «betreuen»²⁴. 13 Propaganda-Kompanien (PK) sollten sich diesem Auftrag widmen.

Für die inhaltliche Seite gab es zunächst eher vage Vorstellungen. Nach den Richtlinien, die Goebbels am 4. Juni 1941 erliess²⁵ und die nach dem 22. Juni unverändert angewendet wurden²⁶, war zu betonen, dass Deutschland nicht die

Absicht habe, den Bolschewismus zu zerschlagen, um an seiner Stelle den Zarismus zurückzubringen. Die beabsichtigte Zerstückelung der Sowjetunion, ihre Aufteilung in die verschiedenen Nationalitäten²⁷, sollte unter anderem deshalb aus der Propaganda herausgehalten werden, weil man die grossrussisch eingestellte Rote Armee nicht verprellen wollte. Stattdessen sollte sich die deutsche Propaganda «gegen Stalin und seine jüdischen Hintermänner» richten, wobei besonders das Versagen des «Bolschewismus» auf allen Gebieten anzuprangern war. Darüber hinaus wollte sich Goebbels nicht festlegen und die zusätzlichen Propagandathemen aus der Situation heraus entwickeln.

Zum eher technischen Teil der Vorbereitungen gehörte, dass das Russland-Referat des RMVP aufgrund dieser Propagandarichtlinien in der Reichsdruckerei 30 Millionen Flugblätter drucken liess, die am Tage des Angriffs über sowjetischen Städten und Dörfern sowie über den sowjetischen Truppen abgeworfen werden sollten²⁸. Im übrigen sah Goebbels die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Rundfunkpropaganda als eine «harte Nuss» an, die geknackt werden musste²⁹. Er glaubte, die sowjetische Propaganda sei «nicht so doof wie die englische», und liess daher schon in der Vorbereitungsphase Störsender in weitestem Umfang bereitstellen.

In 800'000 Exemplaren wurde Hitlers Aufruf an die «Soldaten der Ostfront» gedruckt und durch vertrauenswürdige Offiziere an die Front transportiert, wo sie am Tage X an jede Kompanie verteilt werden sollten³⁰. Alle Drucker und Packer, die von den Flugblättern wissen konnten, wurden, um absolute Geheimhaltung zu sichern, bis zum Tage der Aktion einfach unter Verschluss gehalten³¹.

Als der Reichspropagandaminister wenige Tage vor dem Angriffstermin die Vorbereitungen für den Propagandakrieg bilanzierte, konnte er selbstgefällig feststellen: «Unser Propagandaapparat steht bereit und wartet. Wir werden alle ein Glanzstück liefern.»³² Auch Hitler war mit der Arbeit der Propagandisten sehr zufrieden³³.

4. Die offizielle Erklärung vom 22. Juni 1941

Am Sonntag, dem 22. Juni, ab drei Uhr, begann der Vormarsch der deutschen Wehrmacht nach Osten. Zur selben Stunde versammelte Goebbels seine Mitarbeiter im Propagandaministerium und informierte sie über die Lage. Einige von ihnen waren «masslos verblüfft»; die meisten aber hatten schon zuvor die halbe oder gar die ganze Wahrheit erraten³⁴. Nun wurde der Propagandaapparat mobilgemacht.

Um 5.30 Uhr, zweieinhalb Stunden nach dem Beginn der militärischen Ak-

tion, verlas der Reichspropagandaminister über alle deutschen Sender die längst vorbereitete Proklamation des Führers an das deutsche Volk³⁵. Anschliessend wurde sie über den Rundfunk in einer Vielzahl von Sprachen weltweit verbreitet³⁶ und noch am selben Tage in sämtlichen grossen Zeitungen der Welt wörtlich nachgedruckt.

Da die Offensive ohne ein vorheriges Ultimatum oder eine Kriegserklärung erfolgte, war der propagandistische Überraschungseffekt ebenso durchschlagend wie der militärische. Weder die Sowjetunion noch die deutsche Bevölkerung waren auf diesen Krieg vorbereitet. Hier wie dort, im Ausland wie im Inland, in den Regierungszentralen wie in den Familienwohnungen, vernahmen die Menschen mit Erstaunen und Entsetzen, dass sich die deutsche Kriegsmaschinerie in Richtung Osten in Bewegung gesetzt hatte, und sie hörten die langatmigen und schwer verständlichen Rechtfertigungsversuche, die Hitler durch den Mund seines Propagandaministers verkünden liess. Durch den Wust von Worten hindurch, dem noch etwas von der Verwirr- und Verschleierungspropaganda der letzten Monate anhaftete, erkannte der deutsche Rundfunkhörer: jetzt war der Zweifrontenkrieg da.

Der Tagesbefehl an die «Soldaten der Ostfront»³⁷, den Hitler als «Führer und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht» unterzeichnet hatte, war – von einigen stilistischen Änderungen abgesehen – inhaltlich mit der Proklamation an das deutsche Volk identisch. Dieser Aufruf wurde den rund drei Millionen Soldaten der Wehrmacht, die zum Überfall auf die Sowjetunion aufmarschiert waren, in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni 1941 verlesen.

Das dritte offizielle Dokument dieses Tages stammte aus dem Auswärtigen Amt. Es handelte sich um eine Note an die Regierung der Sowjetunion, in welcher die Gründe für die – wie es hiess – «militärischen Gegenmassnahmen» Deutschlands mitgeteilt wurden³⁸. Hitler hatte ausdrücklich angeordnet, dass das Wort «Kriegserklärung» nicht gebraucht werden dürfe³⁹. De facto handelte es sich jedoch um nichts anderes als um eine Kriegserklärung. Sie wurde etwa gleichzeitig, in den frühen Morgenstunden des 22. Juni, von Aussenminister von Ribbentrop dem sowjetischen Botschafter in Berlin, V. G. Dekanosov, und vom deutschen Botschafter in Moskau, Graf v. d. Schulenburg, dem sowjetischen Aussenminister Molotov übergeben⁴⁰. Die deutschen Auslandsvertretungen erhielten das an den Kreml adressierte Memorandum am selben Tage auf telegraphischem Wege⁴¹. Da das Dokument nicht nur den Regierungen, sondern, wie von Ribbentrop später aussagte, vor der «Weltöffentlichkeit»⁴² insgesamt belegen sollte, dass die Sowjetunion eine aggressive Politik betrieben hatte und Deutschland nun «Gegenmassnahmen» ergreifen musste, wurde auch diese

Note, ebenso wie Hitlers Proklamation, über den Rundfunk verbreitet⁴³. Ribbentrop gab zudem um 6 Uhr morgens den Vertretern der in- und ausländischen Presse die Kriegserklärung an die Sowjetunion bekannt⁴⁴.

Somit hatten nicht nur Hitlers Proklamation an das deutsche Volk und sein fast gleichlautender Tagesbefehl an die «Soldaten der Ostfront» propagandistischen Charakter, sondern – über die diplomatische Funktion hinaus – auch das Memorandum des Auswärtigen Amtes. Diese drei Dokumente geben Aufschluss darüber, mit welchen Argumenten die führenden Propagandisten des NS-Regimes, voran Hitler selbst, unterstützt von seinem ebenso hochbegabten wie skrupellosen Propagandaminister Goebbels sowie den propagandistisch geschulten Beamten des Auswärtigen Amtes, der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit «verkaufen» wollten, weshalb sich Deutschland zu diesem überraschenden Überfall auf die Sowjetunion «gezwungen» sah.

5. Präventivkriegs-Propaganda

Der Kern aller Erklärungen lag in der Behauptung, Deutschland sei mit seinem Angriff gegen die Sowjetunion lediglich sowjetischen Aggressionsplänen zuvorgekommen und sei insofern zu einem Präventivkrieg geradezu gezwungen worden.

In der offiziellen Note des Auswärtigen Amtes an den Kreml wurde diese Propagandalinie mit folgendem Wortlaut vertreten: Die Sowjetunion ist «mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprunghaft aufmarschiert. Damit hat die Sowjetregierung die Verträge und Vereinbarungen mit Deutschland verraten und gebrochen... Das bolschewistische Moskau ist im Begriff, dem nationalsozialistischen Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen. Deutschland ist nicht gewillt, dieser ernststen Bedrohung seiner Ostgrenze tatenlos zuzusehen. Der Führer hat daher nunmehr der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.»⁴⁵ Im übrigen stellte die A A-Note den insgesamt wenig überzeugenden Versuch dar, nachzuweisen, dass die Sowjetunion den mit Deutschland am 23. August 1939 geschlossenen Nichtangriffspakt von Anfang an dazu missbraucht habe, sich gute Ausgangspositionen für eine militärische Auseinandersetzung mit Deutschland zu verschaffen.

Ganz ähnlich lautete die Argumentation in Hitlers Aufruf. Bereits im Frühjahr 1940, hiess es da, seien russische Truppen an der deutschen Ostgrenze in einem Ausmass aufmarschiert, dass dies «nur als eine bewusste Bedrohung Deutschlands auf gefasst werden konnte»⁴⁶. Diesem gewaltigen Kräfteauf-

marsch bolschewistischer Divisionen habe er, so teilte Hitler mit, als verantwortlicher Staatsmann auf die Dauer nicht tatenlos zusehen können. Weiteres Schweigen und Zusehen wäre «nicht nur eine Unterlassungssünde, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk, ja an ganz Europa» gewesen⁴⁷.

In der am Tage des Überfalls abgehaltenen geheimen Ministerkonferenz wies Goebbels die Journalisten an, «das verbrecherische bolschewistische Doppelspiel, das den überwältigenden Einsatz des deutschen Millionenheeres vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer herausgefordert» habe, in den folgenden Tagen intensiv zu behandeln. Goebbels mass dieser Arbeit der deutschen Presse entscheidende Bedeutung bei, weil ja «die innere Vorbereitung des deutschen Volkes auf diese Wende hin» wegen der Geheimhaltung des Aufmarsches der Wehrmacht nicht hatte stattfinden können⁴⁸.

Das war 1939 anders gewesen. Damals durften die NS-Propagandisten – in den Monaten vor der Eröffnung des Krieges gegen Polen – bereits prophylaktisch die Kriegsschuldfrage erörtern. Schon 1939 wünschte man sich ausschliesslich in der Rolle des Angegriffenen zu sehen, der in einen Verteidigungskrieg gedrängt wurde. Daher bereitete man dieses Feld rechtzeitig propagandistisch auf, indem man bereits im Voraus alle Schuld an «kommenden Dingen» den voraussichtlichen Gegnern, insbesondere Grossbritannien, aber auch Frankreich und den USA, anlastete. Als die Regierungen von England und Frankreich Anfang September 1939 die deutschen Kampfhandlungen gegen Polen mit Kriegserklärungen beantworteten, hatten die NS-Propagandisten genau die Situation, auf die sie seit Monaten hingearbeitet hatten. Sie konnten jetzt behaupten, das Reich befände sich in einem gerechten, weil aufgezwungenen Krieg⁴⁹. Nach der Diktion der deutschen Propagandisten haben deutsche Soldaten immer nur «zurückgeschossen». Mit Hilfe dieses Tricks hoffte sich das NS-Regime in den Augen der Weltöffentlichkeit, besonders aber in denen der Bevölkerung des eigenen Landes, von dem Vorwurf befreien zu können, es selbst betreibe eine aggressive Kriegspolitik.

Auf diese vorbereitende Erörterung der Kriegsschuldfrage musste im Juni 1941 gänzlich verzichtet werden. Nicht verzichten zu können glaubten Hitler und seine propagandistischen Helfer allerdings auf die neuerliche Abwälzung der Verantwortung auf andere, wie die Präventivkriegsbehauptung belegt. Der Tatbestand eines von langer Hand vorbereiteten deutschen Angriffskrieges konnte nicht offen zugegeben werden, weil ein Angriffskrieg einen Bruch des bestehenden Völkerrechts bedeutete, wie es zuletzt im Briand-Kellogg-Pakt von 1928 kodifiziert worden war, sowie – und das machte den NS-Propagandisten gewiss mehr Kopfzerbrechen als der formale völkerrechtliche Aspekt –, weil der Angriffskrieg im öffentlichen Bewusstsein als illegitim galt. Ein Verteidi-

gungskrieg dagegen wurde allgemein als gerechtfertigt anerkannt. Das Eingeständnis der Aggression hätte die psychologische Mobilmachung der Soldaten und der Bevölkerung des eigenen Landes sowie der Verbündeten erschwert. Die von den Zeitgenossen zunächst einmal nicht nachprüfbare Behauptung einer aktuellen Bedrohung durch 160 sowjetische Divisionen⁵⁰, welche mit einem Präventivschlag beantwortet werden musste, sollte «Herz und Gefühl»⁵¹ in die vom NS-Regime gewünschte Richtung lenken⁵².

6. Friedensdemagogie

Hitler, der mit seinem Überfall gegen den bestehenden Nichtangriffspakt verstieß, der ohne vorheriges Ultimatum, ohne konkrete Forderungen und schliesslich ohne Kriegserklärung eine militärische Aktion vom Zaun brach, die viele Millionen Menschenleben kosten sollte, hatte keine Skrupel, sich in seiner Proklamation vom 22. Juni als der Mann aufzuspielen, der immer den Frieden gewollt habe: «Im Verantwortungsbewusstsein dem deutschen Volk gegenüber, vor allem aber in der Hoffnung, am Ende doch zu einer dauernden Entspannung kommen und die vielleicht von uns zuerst geforderten Opfer vermindern zu können» habe er im August 1939 den Vertrag mit Stalin geschlossen⁵³. Hernach habe er zu manchen Provokationen Moskaus geschwiegen: «Denn es war ja mein Wunsch, eine endgültige Entspannung und wenn möglich einen dauernden Ausgleich mit diesem Staate herbeizuführen.» Nach dem Sieg über Polen habe er wiederum ein Friedensangebot an die Westmächte gerichtet; doch «die internationalen und jüdischen Kriegshetzer» hätten es abgelehnt. Um des Friedens willen habe er der rumänischen Regierung geraten, der sowjetischen Erpressung nachzugeben und Bessarabien abzutreten. Um «dem Frieden zu dienen», habe er auch dem japanischen Aussenminister den Rat gegeben, mit Russland eine Entspannung herbeizuführen. Schliesslich sei es ja auch Russland gewesen, das «unseren Freundschaftspakt»⁵⁴ gebrochen und «in erbärmlicher Weise verraten» habe.

Hitler log bedenkenlos, wenn dies seinen Zielen diene. Seine Friedensdemagogie hat er in der Folgezeit noch mehrfach propagandistisch eingesetzt. Anlässlich der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks⁵⁵ am 3. Oktober 1941 im Berliner Sportpalast behauptete Hitler über den seit dem 22. Juni tobenden Krieg: «Aber auch dieser Kampf wurde von mir nicht gewollt.»⁵⁶ Wieder stellte er in dieser Rede seine ganze politische Laufbahn als die eines Staatsmannes dar, dessen Friedens- und Abrüstungsvorschläge immer wieder von kriegsliedern Feinden abgelehnt worden seien⁵⁷. Was stattdessen tatsächlich Konti-

nuität hatte, war dieses: Seit seinem Machtantritt 1933 garnierte Hitler jede seiner Aufrüstungsmassnahmen und Gewaltaktionen mit ähnlichen propagandistischen Friedensbeteuerungen⁵⁸.

Wie die Präventivkriegs-Behauptung dienten auch die Friedensbeteuerungen dem politischen Ziel, der deutschen Bevölkerung, besonders den kämpfenden Soldaten gegenüber, die deutsche Politik in günstigem Licht erscheinen zu lassen und etwaige Zweifel an der Notwendigkeit und Rechtmässigkeit dieses Krieges zu zerstreuen.

7. Die Legende vom «jüdisch-bolschewistisch-plutokratischen Komplott» gegen Deutschland

In seiner Proklamation an das deutsche Volk versuchte Hitler ein weiteres, in Deutschland traditionsreiches Propagandathema im Sinne einer Mobilisierung der Bevölkerung zu nutzen. Gemeint ist die Behauptung, Deutschland sei erneut von Feinden umringt – «eingekreist» –, gegen die es sich wehren müsse.

Als Betreiber dieser Einkreisungspolitik prangerte Hitler die Briten an. England habe bereits in den 30er Jahren – als die nationalsozialistische Bewegung «ihr Einigungswerk des deutschen Volkes und damit den Wiederaufstieg des Reiches» eingeleitet habe – wiederum, wie schon zu Beginn des letzten Weltkrieges im Jahre 1914, eine «hasserfüllte Einkreisungspolitik gegen Deutschland» betrieben⁵⁹. In Frontstellung zum Nationalsozialismus sei es «innen und aussen» zu einem «Komplott zwischen Juden und Demokraten, Bolschewisten und Reaktionären» gekommen, ja zu einer «internationalen Weltverschwörung», die das Deutsche Reich «erneut in Ohnmacht und Elend zu stürzen» versuchte⁶⁰.

In nebulösen Verschwörungs-Kategorien interpretierte Hitler sodann die nach dem deutschen Krieg gegen Polen geknüpften Kontakte zwischen Grossbritannien und der Sowjetunion, die dem Ziel dienten, der deutschen Eroberungspolitik gemeinsam entgegenzutreten. Hitler bezeichnete entsprechende Ansätze zur Zusammenarbeit sogleich als «sowjetrussisch-angelsächsisches Komplott» und behauptete, Moskau und London wollten Deutschland und Italien «ersticken und erdrücken»⁶¹. Deutschland befand sich also – dies war die Botschaft, die Hitler mit seiner Legende vom Komplott suggerieren wollte – in ernster Gefahr.

Schwer verständlich – und daher wohl auch keine gute Propagandamasche – war die in diesem Zusammenhang von Hitler aufgestellte Behauptung, der Zweck des Komplotts sei «die Bindung so starker Kräfte im Osten, dass besonders luftmässig eine radikale Beendigung des Krieges im Westen von der deut-

schen Führung nicht mehr verantwortet werden konnte»⁶². Goebbels tat sich dann auch in der Ministerkonferenz desselben Tages schwer, diese Passage zu erläutern⁶³. Die Komplott-Parole blieb eine propagandistische Eintagsfliege⁶⁴.

8. Feindbild Bolschewismus

Von einem Tag auf den anderen setzte das NS-Regime auch wieder die antibolschewistische «Platte» als Propagandamittel ein. Das Thema Antibolschewismus gehörte seit 1933 zum Standardrepertoire der NS-Propagandisten. Schon damals operierten Hitler und seine Helfer mit der Behauptung, es gebe in Deutschland wie in Europa eigentlich nur eine einzige politische Alternative: Bolschewismus oder Nationalsozialismus. In den Vorkriegsjahren (1933-1939) nahm Hitler bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Verdienst für sich in Anspruch, Deutschland und Europa vor dem Bolschewismus gerettet und die «abendländische Kultur» verteidigt zu haben. Diese Bollwerk-These⁶⁵ wurde als eine typische propagandistische Mehrzweckwaffe eingesetzt. Erstens liesen sich mit ihr Sympathien in den antikommunistisch eingestellten Kreisen Westeuropas gewinnen. Zweitens konnte sie innenpolitisch dazu benutzt werden, um die Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und anderen Regimegegnern propagandistisch zu rechtfertigen. Drittens schliesslich liess sich die Bollwerk-These sogar defensiv einsetzen, und zwar gegenüber der Sowjetunion. So legte das NS-Regime in den ersten Jahren der Hitlerschen Kanzlerschaft in der Tat Wert auf die Feststellung, dass sich Antibolschewismus im Innern durchaus mit freundlichen Beziehungen zu dem einzigen Staat, in dem eine bolschewistische Partei regierte, nämlich zur Sowjetunion, vertrage⁶⁶.

Seit dem Beginn des Bürgerkrieges in Spanien wurde diese mehrdeutige Propagandalinie aufgegeben und durch das innen- und aussenpolitisch gleichermaßen verwendbare Feindbild «Bolschewismus gleich Weltfeind»⁶⁷ ersetzt. Charakteristisch für die neue Linie war die auf Differenzierungen zunehmend verzichtende Verwendung des Begriffs Bolschewismus für alle politischen Strömungen und Personen, die aus NS-Sicht «links» waren.

Mit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nicht angriffsvertrages vom 23. August 1939 verschwand dann die gegen die UdSSR gerichtete Komponente der antibolschewistischen Propaganda wiederum, wie schon 1933-1936, für einige Zeit in der Versenkung, was in der Anhängerschaft beider Diktatoren einige Verwunderung auslöste. Am Tage des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion wurden die 1939 abgesetzten antibolschewistischen Schlagworte wieder hervorgeholt.

Propagandaminister Goebbels atmete auf: «Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung, dass wir das noch erleben. Das Zusammengehen mit Russland war eigentlich ein Flecken auf unserem Ehrenschild. Der wird nun abgewaschen. Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch.»⁶⁸ Auf der von ihm am 22. Juni 1941 veranstalteten Pressekonferenz⁶⁹ wies Goebbels die anwesenden Redakteure an, ihren Lesern klarzumachen, dass das Wiederaufgreifen der antibolschewistischen Propaganda mehr als eine einfache Schwenkung bedeute. Denn der Nationalsozialismus sei als Bewegung im Kampf gegen den Bolschewismus angetreten, habe unter diesem Zeichen das Reich erobert und neu gegründet. Nach Erfüllung dieser Aufgaben sei der Kampf gegen den Bolschewismus dann durch «einen scheinbaren Bürgerfrieden fast zwei Jahre zurückgestellt worden». Jetzt aber kehre der Nationalsozialismus und damit das deutsche Volk «zu dem Gesetz zurück, nach dem es angetreten ist, zum Kampf gegen Plutokratie und Bolschewismus». Nach dieser auf eine langjährige Frontstellung gegen den Bolschewismus abhebenden Argumentation wirkte es reichlich aufgesetzt, wenn Goebbels hinzufügte, es sei der «Verrat der bolschewistischen Machthaber», von dem Hitler in seiner Proklamation an das deutsche Volk gesprochen hatte, gewesen, der die Rückbesinnung auf die alte ideologische Linie hervorgerufen habe.

Diese starke Heraushebung der antibolschewistischen Propagandalinie durch Goebbels war übrigens in Hitlers Proklamation und seinem Aufruf an die «Soldaten der Ostfront» nicht zwingend vorgegeben. Das antibolschewistische Feindbild spielte in diesem Text – im Vergleich zu den Themen Präventivkrieg, deutsche Friedensbemühungen und britisch-sowjetisches «Komplott» gegen Deutschland – eine durchaus untergeordnete Rolle. Erst im Zusammenhang mit der alsbald intensiv erörterten Europa-Thematik traten die antibolschewistischen Parolen ins Zentrum der deutschen Kriegspropaganda.

9. «Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus»

Die Idee, den deutschen Krieg gegen die Sowjetunion propagandistisch in einen «Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus» umzuinterpretieren, wurde offenbar im Auswärtigen Amt geboren. Am 29. Juni 1941, also nicht schon am ersten Tage des Krieges, erklärte das AA in seiner «Deutschen diplomatisch-politischen Information»: «Der Kampf Deutschlands gegen Moskau wird zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus. Mit einer über alle Erwartungen hinausgehenden Anziehungskraft erfasst die Erkenntnis, dass es hier um die Sa-

che Europas gehe, den ganzen Kontinent: Freunde, Neutrale und selbst jene Völker, die noch vor Kurzem mit Deutschland die Klingen gekreuzt haben.» Die Erklärung behauptete weiter, Deutschland habe «ein europäisches Mandat», diesen Kreuzzug zu führen, der letztlich ein «gesamteuropäischer Freiheitskrieg» sei⁷⁰.

Nach dem Schwarz-Weiss-Schema nahmen Ribbentrops Propagandisten die Verteilung der Rollen in diesem Krieg vor. Es handle sich, liessen sie wissen, um «die säkulare Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Zerstörung und denen der Erneuerung»⁷¹. Für die eigene, die gute Seite taufte sie den Angriffskrieg in einen «Abwehrkampf»⁷² um und versahen ihn mit phantastischen Sinngebungen: Jetzt werde alles verteidigt, was Europa «in tausendjährigen Kämpfen, Arbeiten und schöpferischen Leistungen zum Mittelpunkt aller menschlichen Kultur und Gesittung gemacht» habe⁷³.

Die Propagandisten des Auswärtigen Amtes wollten mit der «Kreuzzugs»-Parole wahrscheinlich auch dem Tatbestand Rechnung tragen, dass Hitler diesen Krieg mit dem Decknamen «Unternehmen Barbarossa» belegt hatte, nach jenem Stauferkaiser Friedrich!, genannt Barbarossa, der im Mittelalter als Anführer des dritten Kreuzzuges zur Befreiung Jerusalems (1189-93), bei dem er umkam, hervorgetreten war. Gerade dieser Zusammenhang missfiel jedoch Goebbels, der wusste, dass diese Kreuzzüge Ströme von Blut gekostet, aber niemals einen vollen Erfolg gebracht hatten, und er nahm daher an, dass die Erinnerung an sie eher negative als positive Assoziationen hervorrufen würde⁷⁴. Der Propagandaminister sprach infolgedessen in seiner Pressekonferenz am 27. Juni 1941 auch nicht von einem Kreuzzug, sondern von einem «Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus». «Europa marschiert», so Goebbels, «gegen den gemeinsamen Feind in einer einzigartigen Solidarität und steht gewissermassen gegen den Unterdrücker jeder menschlichen Kultur und Zivilisation auf.»⁷⁵ – Tatsächlich trat alsbald ein, was Goebbels befürchtet hatte: Die britische und die sowjetische Propaganda spotteten über den «Hakenkreuzzug»⁷⁶ und sagten vorher, dass er das Schicksal seiner Vorgänger teilen werde.

Die «Kreuzzugs»-Propaganda und ihre Goebbelschen Varianten erfüllten einen ganz bestimmten Zweck: Sie bildeten das Bindeglied zwischen den antibolschewistischen Parolen und der deutschen Anmassung, sich selbst ein europäisches Mandat zur Niederwerfung des Bolschewismus zuzusprechen. Diese Kombination wurde benötigt als integrierende Klammer für die Truppen der Verbündeten und die Freiwilligen aus verschiedenen europäischen Ländern, die sich an dem deutschen Krieg gegen die Sowjetunion beteiligten. Mit Hilfe dieser Integrationsparolen sollte so etwas wie eine europaweite antibolschewisti-

sche Welle in Bewegung gesetzt werden⁷⁷. Einige Monate später wurde das «Kreuzzugs»-Thema auch zur Werbung für die Verlängerung des Antikomin-ternpaktes (25. November 1941) benutzt.

10. «Neuordnung Europas»

Die Propagandaparole vom europäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus sollte noch einen weiteren Zweck erfüllen, nämlich die Debatte anregen über eine «Neuordnung Europas» nach der – als sicher angenommenen – militärischen Niederschlagung der Sowjetunion. Diese Debatte hatte bereits 1940, nach dem Sieg der deutschen Wehrmacht über Frankreich, eingesetzt. Damals wurden in Deutschland in geradezu schwärmerischer Weise Pläne zur Umgestaltung der europäischen Landkarte entwickelt, wobei vielfach an ältere Europa-konzepte angeknüpft wurde, vornehmlich an solche, die in Kreisen der Wirtschaft entworfen worden waren⁷⁸. Auch die Gegner des nationalsozialistischen Deutschland dachten darüber nach, wie es auf dem alten Kontinent nun weitergehen sollte⁷⁹. In dieser Aufbruchs- und Umbruchsstimmung lieferte die offizielle deutsche Propaganda schon 1940 das Stichwort «Neuordnung Europas». Diese Parole liess aufhorchen, da sie einschneidende Veränderungen anzukündigen schien, und mancherorts, etwa in Südosteuropa⁸⁰, gab es genügend revisionistische Bestrebungen, die sich in einen positiven Zusammenhang mit den Neuordnungs-Parolen der Deutschen bringen liessen.

Die Erwartung, von künftigen Grenzrevisionen zu profitieren, war auch einer der Gründe für Ungarn, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und Jugoslawien, dem am 27. September 1940 zwischen Deutschland, Italien und Japan abgeschlossenen Dreimächtepakt⁸¹ beizutreten. Schon in dieser Phase – September 1940 bis März 1941 – vermittelte die NS-Europapropaganda den machtpolitischen Anspruch der Achsenmächte Deutschland und Italien, das künftige Europa zu gestalten.

Das Europathema war also längst besetzt und aufbereitet, als die deutsche Propaganda vom 22. Juni 1941 an daranging, mit einem Gemisch von Neuordnungs- und Antibolschewismus-Parolen für die deutsche Politik zu werben. Die Koppelung dieser beiden Elemente war das eigentlich Neue an der Propagandakampagne vom Sommer 1941. Jetzt wurde behauptet, Europa sei unter deutscher Führung zur Niederwerfung des Bolschewismus aufgebrochen. Das Ziel dieser Manipulation war es, Europa, ja sogar das Abendland, identisch zu setzen mit dem politischen Lebensstil des nationalsozialistischen Deutschland und die Sowjetunion gleichzeitig als Antithese zu diesem abendländischen Eu-

ropa erscheinen zu lassen, wobei sich die NS-Propaganda vorzugsweise der Etiketten «uneuropäisch», «unzivilisiert» und «barbarisch» bediente.

Die Neuordnungs-Propaganda war ebenso aggressiv im Stil wie verschwommen im Inhalt. Als typisch kann die bereits mehrfach herangezogene Erklärung des Auswärtigen Amtes vom 27. Juni 1941⁸² gelten, wo es hiess, der Kampf werde um die «grossen Grundprinzipien alles menschlichen und völkischen Zusammenlebens» geführt: «um die Wiederherstellung der Würde und Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, der Familie als Trägerin des sittlichen und natürlichen Lebens jedes Volkes, um die Wiederherstellung des Begriffes des Privateigentums, der Freiheit der religiösen Überzeugung, der Freiheit und der kulturellen Eigenständigkeit der Völker und Volksgruppen als Glieder der europäischen Gemeinschaft, kurzum der Wiederherstellung der Fundamente, über das sich das Gebäude eines geeinten Europas erheben soll, das entschlossen ist, seinen Platz in der Welt zu behaupten». Dann wurden die Gegner Sowjetunion und England als antieuropäische Gegenpole zu diesem erhabenen Kampf fürs Abendland fixiert. Was sie wollten, seien «die Vernichtung aller menschlichen und europäischen Werte, die organisierte Gottlosigkeit, die Verproletarisierung aller und der Weltherrschaftsanspruch des Bolschewismus».

Es waren wohlklingende Versprechungen dieser Art, mit denen die deutsche Propaganda die Soldaten der Wehrmacht, die deutsche Bevölkerung in der Heimat, besonders aber die Eliten der verbündeten Länder bei Laune halten wollte. Die wichtigste Funktion der schönen Neuordnungs-Parolen bestand jedoch darin, die machtpolitischen Aggressionsziele des NS-Regimes zu verschleiern.

11. Irreführung statt Erklärung. Zum Instrumentalcharakter der NS-Propaganda

Bei der Darstellung und Analyse der einzelnen Propagandathemen im Kontext ihres jeweiligen politischen Bezuges sind bereits mehrfach Hinweise auf die Funktion gemacht worden, die eine bestimmte Parole oder eine Kombination mehrerer Parolen nach dem Willen der Propagandisten ausüben sollten. Diese Funktion war in mehreren Fällen offensichtlich:

- a) Eine verwirrende Gerüchteproduktion diene in den kritischen Monaten vor Angriffsbeginn zur Tarnung des deutschen Aufmarsches im Osten und zur Verwirrung der gegnerischen Regierungen über die wahren Absichten des Hitler-Regimes.
- b) Die Behauptung Hitlers und seiner propagandistischen Gehilfen am Tage

des Überfalls, man habe einem unmittelbar bevorstehenden Angriff der Roten Armee zuvorkommen müssen und führe daher einen Präventivkrieg, bei dem das militärische Überraschungsmoment habe ausgenutzt werden müssen, richtete sich vornehmlich an die deutsche Bevölkerung und an die Soldaten der Wehrmacht, die an der Ostfront eingesetzt wurden. Diese – in der vorgetragenen Form erfundene und somit wahrheitswidrige – Propagandaformel sollte den wirklichen Sachverhalt vernebeln und den deutschen Angriff als moralisch gerechtfertigt erscheinen lassen.

- c) Hitlers auch bei dieser Gelegenheit ohne jeden Skrupel wiederholte Friedensbeteuerungen verfolgten denselben Zweck: eine verwerfliche Aggressionspolitik mit dem Mantel schöner Worte zu bedecken.
- d) Die These vom «jüdisch-bolschewistisch- plutokratischen Komplott» gegen Deutschland wollte glauben machen, finstere Mächte hätten sich gegen das schuldlose und friedfertige Deutsche Reich verschworen. Dadurch sollten Soldaten und Heimatbevölkerung geschlossen hinter das Regime gebracht werden, das den Weg wies, sich gegen dieses Komplott zu wehren.
- e) Bei der antibolschewistischen Propaganda des NS-Regimes vermischte sich Reales – gemeint ist die tatsächlich antikommunistische und antisowjetische Politik Hitler-Deutschlands – mit rein Instrumentalem. Gerade die antibolschewistischen Parolen lassen, bei Betrachtung über eine längere zeitliche Distanz hinweg, den Instrumentalcharakter dieser Propaganda erkennen. Das Aus- und Einschalten der antibolschewistischen Platte nach reinen Zweckmässigkeitserwägungen – siehe Hitler-Stalin-Pakt einerseits, Krieg gegen die Sowjetunion andererseits – offenbarte, dass man mit ideologischen Positionen je nach machtpolitischen Erfordernissen pragmatisch umzugehen wusste. Gleichwohl kann man im Falle der Kampagnen gegen den Bolschewismus noch am ehesten sagen, dass die Propaganda hier nicht nur machtpolitische Ziele verschleierte, sondern auch NS-Ideologie transportierte.
- f) Die Propagandaformel vom «Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus» sollte latente antikommunistische Einstellungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern aktivieren und zur gemeinsamen militärischen Aktion hin bündeln. Sie sollte bei den Deutschen und ihren Verbündeten eine integrierende und den Kampf stimulierende Wirkung entfalten.
- g) Die «Neuordnungs»-Parole schliesslich diene ähnlichen Zwecken. Ihre wichtigste Rolle bestand jedoch darin, die deutschen Kriegsziele – Eroberung von Lebensraum im Osten und die Schaffung eines von Deutschland beherrschten kontinentaleuropäischen Imperiums – zu verheimlichen.

Dieser Variante der Europapropaganda war also die Aufgabe der Verschleierung und Beschönigung zugeacht. Sie war ein kühl kalkuliertes Lockmittel unter Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Versucht man das Gesagte zu bilanzieren, so ergibt sich, dass die propagandistische Begleitmusik zum Überfall auf die Sowjetunion in drastischer Weise enthüllt, in welcher Masse die NS-Propaganda zur Verschleierung wirklicher Sachverhalte und Absichten eingesetzt wurde und in welcher ausserordentlich geringen Masse zur Erklärung der Wirklichkeit. Es ging Hitler, Goebbels und ihren Gehilfen nicht darum, die Lebensraumpolitik zu rechtfertigen und für sie zu werben, sondern ausschliesslich darum, dieses Ziel zu verschleiern.

Etwa vier Wochen nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, am 16. Juli 1941, hat Hitler in vertraulichen Kreise – nämlich in Anwesenheit von Rosenberg, Lammers, Keitel, Bormann und Göring – auf decouvrierende Art und Weise über die Rolle der Propaganda in diesem Kriege gesprochen⁸³. Wesentlich sei, führte Hitler aus, «dass wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, dass wir selbst wüssten, was wir wollten. Keinesfalls solle durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was ausserhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun. Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten. Wir müssten hier genau so vorgehen wie in den Fällen Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien. Auch in diesen Fällen hätten wir nichts über unsere Absichten gesagt und wir würden dies auch weiterhin klugerweise nicht tun.»⁸⁴

Man werde in der Propaganda «also wieder betonen», führte Hitler zur Konkretisierung des vorherigen aus, «dass wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern», und zwar «im Interesse der Landeseinwohner». Weiter ordnete er an: «Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen.» Daher handle es sich darum, 1. «nichts für die endgültige Regelung [gemeint ist: die Regelung der Herrschaftsverhältnisse in den eroberten Gebieten – d. Verf.] zu verbauen», 2. zu betonen, «dass wir die Bringer der Freiheit wären».

Dann wurde Hitler deutlich. Er sagte klar, was das Ziel des deutschen Krieges gegen die Sowjetunion war: «Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten, drittens ausbeuten können.» In dem Gebiet «westlich des Ural» dürften künftig nur noch Deutsche Waffen tragen. «Aus den neugewonne-

nen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig; Kolonien spielen dagegen eine ganz untergeordnete Rolle.»

In dieser vertraulichen Besprechung Hitlers mit führenden Politikern des Dritten Reiches wurde nicht ein einziges Mal von «antibolschewistischem Kreuzzug» und von «Präventivkrieg» gesprochen. Stattdessen dominierte hier die nackte Sprache der Machtpolitik: beherrschen – verwalten – ausbeuten. Auch von «erschiessen», «aussiedeln», «ausrotten, was sich gegen uns stellt» war die Rede.

Mit anderen Worten: Das Bedürfnis der Menschen nach Erklärung versuchten die NS-Propagandisten mit Formeln abzusättigen, die mit der Wahrheit nichts zu tun hatten, aber im Wertesystem der Empfänger positive Reaktionen auslösten. So degenerierte Propaganda tatsächlich zum reinen Manipulationsinstrument, zur Waffe im Kriege.

12. Mutmassungen über Möglichkeiten und Grenzen der Propaganda vom 22. Juni 1941

Die Feststellung, dass die deutsche Täuschungspropaganda vor dem Tage des Überfalls im Grossen und Ganzen erfolgreich war, ist nicht umstritten. Man weiss, dass die Irreführung zumindest der Regierung in Moskau gelang und die Wehrmacht daher das Überraschungsmoment in vollem Umfang nutzen konnte.

Sehr viel schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob auch jene Propaganda erfolgreich war, die sich am Tage des Überfalls und unmittelbar danach an die deutsche Bevölkerung richtete. Die Wirkungen dieser Inlandspropaganda sind nicht mit vergleichbarer Evidenz zu erfassen und zu beschreiben. Die Schwierigkeit ergibt sich dabei gar nicht so sehr aus den Unzulänglichkeiten der damaligen Meinungsforschung – die SD-Berichte «Meldungen aus dem Reich» waren durchaus informativ und zeichneten ein tendenziell zutreffendes Stimmungsbild –, sondern aus der methodischen Frage, ob die Wirkungen speziell dieser Propaganda überhaupt mit dem Kriterium «Erfolg» oder «Misserfolg» gemessen werden können.

Der Zweck propagandistischer Beeinflussung besteht gewöhnlich darin, eine Änderung des Denkens, der Einstellung und schliesslich des Verhaltens beim angesprochenen Adressaten hervorzurufen. Eine solche Einstellungsänderung sollte die deutsche Propaganda in diesem Falle gegenüber dem «Bolschewismus», also der Sowjetunion, bewirken. Die Propagandisten wussten, dass sie das neue Feindbild – in Anknüpfung an die antibolschewistische Propaganda

vor 1939 – nicht schlagartig ins Spiel bringen durften, sondern allmählich «aufbauen»⁸⁵ mussten, wollten sie Erfolg haben. Wie sie dabei voringen, wird aus der folgenden Tagebuchnotiz von Goebbels hinreichend deutlich:

«Wir legen langsam wieder die stark-antibolschewistische Walze auf. Allmählich, um den Übergang nicht zu hart zu machen. Im Volk ist die Stimmung noch abwartend. Der Umschwung kam zu plötzlich. Die Öffentlichkeit muss sich zuerst daran gewöhnen. Das wird nicht lange dauern. Wenn nur mal die ersten sichtbaren Siege da sind.»⁸⁶ Die deutsche Bevölkerung, meinte Goebbels, würde sich im Gefolge eines siegreichen Vormarsches der Wehrmacht rasch an das neue Feindbild gewöhnen. Der Propagandaminister sah den Erfolg seiner Arbeit demnach an den Erfolg des Militärs gebunden, und er meinte, es sei völlig ausreichend, wenn sich beide – militärische Siege und, auf ihrem Rücken, Propagandaerfolge – «allmählich» einstellten.

Dieser Gedanke führt zu einer weiteren Frage: Weshalb hielt es das NS-Regime überhaupt für erforderlich, seine Politik vom Juni 1941 in einer inhaltlich vielschichtigen Propagandaaktion vor der Bevölkerung des eigenen Landes zu begründen und zu rechtfertigen? Wäre die Wehrmacht nicht auch ohne diese verbalen Verrenkungen marschiert? Hätte sich an der stillschweigenden Duldung dieser neuen Kriegshandlung durch die Heimatbevölkerung etwas geändert, wenn der Propagandahahn gänzlich zugedreht geblieben wäre? Konnte es den NS-Propagandisten nicht letztlich gleichgültig sein, was der Intellektuelle oder der Arbeiter, der sich eine regimekritische Einstellung bewahrt hatte, über die «Erklärungen» vom 22. Juni dachte? War das NS-Regime überhaupt darauf angewiesen, ob seine Propaganda geglaubt wurde oder nicht? Diese Fragen zielen, wie ersichtlich, weit in das Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches hinein und lassen sich auf der Ebene der Propaganda keineswegs hinreichend aufklären.

Hitler und Goebbels haben die Rolle, die der Propaganda im NS-Herrschaftssystem im Allgemeinen und am 22. Juni 1941 im Besonderen zufiel, recht nüchtern eingeschätzt. Hierzu ist eine ungemein bezeichnende Szene überliefert. Wenige Tage vor dem Überfall auf die Sowjetunion fragte Hitler seinen Propagandaminister, wie das deutsche Volk wohl über diesen neuen Krieg dächte. Goebbels gab ihm – in Kenntnis der «Meldungen aus dem Reich» – zur Antwort: «Es glaubt, wir wären mit Russland handelseins, wird aber tapfer sein, wenn wir es aufrufen.»⁸⁷ Selbst der Propagandaprofi Goebbels war also der Auffassung, dass es nicht auf Worte, sondern auf das Gehorchen ankam. Das Entscheidende war, dass der Herrschaftsapparat funktionierte.

Der schwedische Journalist Fredborg, der seinerzeit in Berlin arbeitete, hatte den Eindruck, die Kriegserklärung an die Sowjetunion sei zwar nicht mit Begei-

sterung aufgenommen worden, aber die Deutschen hätten die Entscheidung Hitlers «wie etwas Unvermeidbares» akzeptiert⁸⁸. Die Berichterstatter des SD⁸⁹ kennzeichneten die erste Reaktion der deutschen Bevölkerung mit Überraschung und Bestürzung; einige sprachen von Schock oder gar Lähmung. Insbesondere schreckte die Aussicht auf eine weitere Verlängerung des Krieges. Der regimetreue Teil der Bevölkerung – nicht nur die überzeugten Nationalsozialisten, sondern auch die Uninformierten und Desinteressierten – fanden sich mit der neuen Lage rasch ab. Man begriff den Krieg gegen die Sowjetunion als eine neue, aber unvermeidliche Bürde, die mit Hilfe des «Führers» getragen werden musste⁹⁰. Goebbels entnahm den ihm zugegangenen Stimmungsberichten: «Im Volk ist eine leicht deprimierte Stimmung. Das Volk will den Frieden, zwar nicht den verlorenen, aber jeder neu aufgemachte Kriegsschauplatz bereitet ihm Sorgen und Kummer.»⁹¹ Bei der Beurteilung dieser Stimmungslage muss sich der rückblickende Betrachter allerdings vergegenwärtigen, dass es das Vorstellungsvermögen der meisten Menschen überstieg, sich über die Tragweite des mit diesem Tage eingeleiteten Geschehens klar zu werden.

Nirgendwo war also Kriegsbegeisterung zu spüren. Angesichts der verbreiteten Friedenshoffnungen hätte selbst die beste und glaubwürdigste Propaganda eine solche nicht produzieren können. Aber das Regime brauchte auch keine freudige Zustimmung. Ihm genügte das Funktionieren des Apparats.

Hitler und Goebbels scheint es letztlich tatsächlich gleichgültig gewesen zu sein, ob die verschiedenen Propagandabehauptungen des 22. Juni 1941 geglaubt wurden oder nicht. Die verbrecherische Eroberungspolitik liess sich im Grunde mit den schönsten Worten nicht rechtfertigen. Daher sagte Goebbels: «Wenn wir siegen, haben wir recht.»⁹² Und Hitler, nicht minder offenerherzig: «Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode⁹³. Wir haben sowieso so viel auf dem Kerbholz, dass wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem, was uns lieb ist, ausradiert würde.»⁹⁴ Hitler war sich also darüber im Klaren, dass dieser in vollem Umfang von Deutschland zu verantwortende Krieg durch noch so gute «Argumente» nicht gerechtfertigt werden konnte, dass die Propaganda den Sieg der Waffen nicht ersetzen konnte, dass es für dieses Regime nur die Alternative Sieg oder Untergang gab.



Katholischer Feldgottesdienst an der Ostfront 1941.

Lutz Lemhöfer

Gegen den gottlosen Bolschewismus

Zur Stellung der Kirchen zum Krieg gegen die Sowjetunion

1. Zur Fragestellung

Am 19. Juli 1945 notierte der im letzten Kriegsjahr ranghöchste Geistliche der katholischen deutschen Wehrmachtsseelsorge, Feldgeneralvikar Georg Werthmann, in einer fiktiven Ansprache an die gefallenen Mitbrüder im Priesteramt: «Wir haben alle Deutungen der allein Gott zustehenden Hoheit des Gerichts an uns zu reissen versucht und gingen in vermessener Selbstgerechtigkeit an die äussere Vernichtung des Bolschewismus.»¹

Die betroffene Nachdenklichkeit dieses Mannes (der nach 1956 wieder die katholische Militärseelsorge aufgebaut hat und es dabei an antikommunistischen Tönen nicht fehlen liess!) in der «Stunde Null» beleuchtet ein Problem, das die Kirchen hernach bald wieder verdrängt hatten: Die seinerzeit recht unkritische – stillschweigende oder lautstarke – Unterstützung des Hitler-Krieges. Zwar waren die Kirchen nicht in nationaler Begeisterung dabei wie 1914², aber die staatsbürgerliche Loyalität schien im Kampf gegen den äusseren Feind selbst dem seit Jahren massiv kirchenfeindlichen Nazi-Regime verstärkt zu gelten. Der Burgfrieden, den die Nazis selbst propagierten, aber nur selten praktizierten – die Kirchen hätten ihn wohl gern eingehalten, hätten nicht schärfer werdende Angriffe und Schikanen seitens des NS-Staates sie daran gehindert. Für die Kirchen wie für breite Teile der Öffentlichkeit ist dies sicherlich nach wie vor «die verdrängte Wahrheit jener Epoche: die Identität von Nationalsozialismus und Krieg»³. Diese Verdrängung hängt nicht zuletzt an der Tatsache, dass als Verteidigung gegen die Feuerwalze der Roten Armee im Gedächtnis blieb, was als planmässiger Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug begann. Besonders der Krieg gegen die Sowjetunion blieb so in Erinnerung: der Krieg gegen den ersten und mächtigsten kommunistischen Staat der Geschichte, der wenige Jahre nach Kriegsende wieder als der Systemgegner fungierte. Es ist generell zu untersuchen, wieweit dieser Sachverhalt in heutiger Erinnerung und in damaliger Wahrnehmung das Nazi-Unrecht im Lichte höheren Rechts erscheinen lässt. Diese Frage stellt sich aber auch speziell für die Kirchen, die als

weltanschauliche Gegner des Kommunismus anfällig sein konnten für eine Umdeutung des Eroberungsfeldzugs in einen Kreuzzug. Im Folgenden soll untersucht werden, ob und in welchem Masse eine solche Umdeutung stattfand, und ob nach dem 22. Juni 1941 die Kirchen den seit September 1939 von Hitler entfesselten Krieg bereitwilliger und deutlicher ideologisch stützten als zuvor.

2. Kirchen und Kommunismus vor Beginn des Feldzugs

Die katholische Kirche

Generell gab es schon vor 1933 keine irgendwie positiven Berührungspunkte zwischen Kirchen oder kirchlichen Gruppierungen in Deutschland und dem organisierten Kommunismus. Zwar hatte die katholische Kirche durchaus Affinitäten zur Arbeiterbewegung und zum Sozialismus; für die Weimarer Republik ist dabei insbesondere die am linken Rand des Zentrums angesiedelte «Rhein-Mainische Volkszeitung» (u.a. redigiert von Walter Dirks) zu nennen sowie das «Rote Blatt der katholischen Sozialisten», das von einem – politisch in der SPD beheimateten – Katholiken, Heinrich Mertens, betrieben wurde⁴. Die mitgliederstarken katholischen Arbeitervereine (192'000 Mitglieder im Jahr 1930)⁵ fühlten sich dagegen eindeutig dem Zentrum verbunden, betrachteten schon die Sozialdemokratie als politischen Gegner. Damit folgten sie den Bischöfen, deren Ablehnung der Sozialdemokratie freilich weit über blosser Warnungen hinausging. So erinnerte der später als unerschrockener Prediger gegen die «Euthanasie» bekannt gewordene Bischof von Münster, Clemens August von Galen, in einer Predigt am 30. August 1936 an Stellungnahmen der Bischofskonferenz von 1921, 1924 und 1931, «dass es für Katholiken unerlaubt und Sünde ist, freiwillig sozialistischen und kommunistischen Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen anzugehören, ihre Versammlungen zu besuchen, ihre Presse zu unterstützen»⁶.

Galt dies offiziell bereits für die Sozialdemokratie, so war die Distanz zum Kommunismus noch eindeutiger. Was Jürgen Aretz als Haltung der katholischen Arbeitervereine vor 1933 beschreibt, dürfte repräsentativ für den Katholizismus schlechthin sein: «Der grundsätzliche und unaufhebbare Gegensatz von Katholizismus und Kommunismus kennzeichnet seit ihrer Gründung die Haltung der katholischen Arbeitervereine gegenüber den extremen Linken. Bestärkt durch die Folgen der bolschewistischen Revolution in Russland und die innenpolitischen Ereignisse zu Beginn der Weimarer Republik, dominierte in den Vereinen die antikommunistische Stossrichtung bis Ende der 20er Jahre.

Die meist plump antikirchliche, im Besonderen antikatholische Agitation der deutschen Kommunisten gab immer wieder Anlass zu einschlägigen Belehrungen in der Verbandszeitung und den Vereinsveranstaltungen.» Auch punktuelle Zusammenarbeit gab es danach nicht: «Der politische und weltanschauliche Gegensatz war kontradiktorisch. Auf dem Gründungskongress der katholischen Arbeiter-Internationale gab Carl Sonnenschein dieser Überzeugung Ausdruck: ‚In der Welt wird siegen das leoninische Rom oder das leninsche Moskau»⁷

Nach dem stärkeren Aufkommen des Nationalsozialismus bekämpften die Arbeitervereine ihn politisch und weltanschaulich genauso wie den Kommunismus; im übrigen katholischen Milieu konnte – trotz genereller, religiös begründeter Ablehnung der NS-Ideologie – speziell der Antibolschewismus der Nazis mit Sympathien rechnen. Darauf spekulierte auch Hitler, der den markanten Antibolschewismus der NS-Bewegung in Gesprächen mit Kirchenleuten deshalb gern hervorhob⁸.

Folgerichtig begrüßten die deutschen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 8. Juni 1933, der ansonsten durchaus Kritik und Vorbehalte gegenüber der NS-Ideologie enthält, den nazistischen Antibolschewismus, den sie mit ihrem eigenen gleichsetzten: «Zu unserer grossen Freude haben die führenden Männer des neuen Staates ausdrücklich erklärt, dass sie sich selbst und ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen... Nicht mehr soll also der Unglaube und die von ihm entfesselte Unsittlichkeit das Mark des deutschen Volkes vergiften, nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshass die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten.»⁹

Andere griffen diese Töne auf, vom Theologie-Professor¹⁰ bis zum Militärpfarrer¹¹. Der Bolschewismus, verstanden vor allem als militante Gottlosenbewegung – jenseits von Politik und Ökonomie –, bildete eine Negativ-Konstante im katholischen Weltbild – ein zugleich innerer und äusserer Feind, von dem man sich bedroht fühlte. Diese Bedrohung schien dem katholischen Milieu ebenso gefährlich wie allumfassend. In den Erinnerungen einer katholischen Jugendführerin des Jahrgangs 1921 heisst es selbstkritisch: «In dieses grosse Fass ‚Bolschewismus‘ wurde alles hineingepackt, was der Kirche in dieser Welt als feindlich erschien, wovor sie uneingestanden Angst hatte: Rationalismus (wozu der liberale Protestantismus gehörte), Materialismus, Sozialismus, Marxismus, Kollektivismus, Kommunismus, die Moderne samt ihren Publikationen, ihrer Kunst und Musik, das Freimaurertum und das Judentum als Mitinitiator dieser Bewegungen und ihre Presse.»¹²

Dementsprechend wurde vor allem der spanische Bürgerkrieg 1936-1939 als Kreuzzug des Abendlandes gegen den «Antichrist» (Bischof v. Galen) wahrgenommen – eine Einschätzung, die auch von evangelischen Christen geteilt wur-

de, wie etwa Artikeln der Zeitschrift «Junge Kirche» aus diesen Jahren zu entnehmen ist. Der evangelische Militärpfarrer der deutschen ‚Legion Condon, die den faschistischen Truppen zu Hilfe gekommen war, erhielt dann auch 1940 von General Franco für seine Verdienste als Feldprediger das «Spanienkreuz»! Die katholischen deutschen Bischöfe beschworen in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 19. August 1936 eindringlich ihre Sorge, dass sich Kommunismus und Bolschewismus «mit teuflischer Zielstrebigkeit und Zähigkeit» bemühten, «vom Osten und Westen her gegen Deutschland als das Herz Europas vorzustoßen, um es gleichsam in eine verhängnisvolle Zange zu nehmen».¹³ Der Reverenz an den Führer, der diese Bedrohung bekämpfe, folgte jedoch die sehr viel ausführlichere Mahnung, den Kampf gegen den christlichen Glauben einzustellen; gerade in Spanien erweise sich dieser doch als das stärkste Bollwerk gegen den Bolschewismus – mit deutlichen Spitzen, dass nur religiöse Überzeugungen und nicht «Weltanschauungen... aus dem Blute und dem Zeitalter» dies leisten könnten: eine auch für später typische Mischung von Patriotismus und Protest.

Der schärfste (und perfideste) Ausdruck kirchlichen Antikommunismus findet sich in einem wissenschaftlichen Werk, dem von Erzbischof Dr. Conrad Gröber 1937 in Freiburg herausgegebenen «Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen». Dort werden im Artikel «Bolschewismus» als dessen Kennzeichen genannt: «Entpersönlichung des Menschen, Entgeistigung der Kultur, Umwertung der weltanschaulichen und sittlichen Begriffe von Wahrheit und Gerechtigkeit im Dienst eines asiatischen Staatsdespotismus, praktisch im Dienst einer Gruppe jüdisch geleiteter Terroristen.» Und mit Berufung auf «den Führer» heisst es weiter: «Kein Volk kommt um diese Auseinandersetzung zwischen seiner völkischen Überlieferung und dem von volksfremden, meist jüdischen Revolutionshetzern angeführten Marxismus herum.»¹⁴

Von der Geisteshaltung her, die diese Definition begründete, ist es nicht verwunderlich, dass es praktisch keine Verbindungen zwischen katholischem und kommunistischem Widerstand gab. Eine Ausnahme bildete der Kontakt, den Mitglieder der «Sturmschar» des katholischen Jungmännerverbandes und des «Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands» 1933/34 in Düsseldorf über den damaligen Kaplan Joseph C. Rossaint hatten; als er aufflog und 1937 im «Berliner Katholikenprozess» propagandistisch ausgeschlachtet wurde, distanzierte sich die Kirche sogleich¹⁵. Darüber hinaus wurden Jugendliche in einer offiziellen Handreichung des Katholischen Jugendführungsverlages Düsseldorf ausdrücklich zur Denunziation von Kommunisten angehalten: «Es sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht..., dass etwaige kommunistische An-

näherungsversuche an Einzelne nicht nur abzulehnen, sondern anzuzeigen wären, und dass kommunistische Drucksachen, die etwa auf irgendeinem Wege zugestellt werden, nicht zu vernichten, sondern der Polizei zu übergeben sind.»¹⁶

Die evangelische Kirche

Für die evangelische Kirche ist der Befund nicht wesentlich anders. Im Gegenteil: Hatte die katholische Kirche über die Zentrumspartei noch einen gewissen positiven Bezug zur Weimarer Republik, so bedeutete der Untergang des Kaiserreichs für den deutschen Protestantismus eine Art Kulturschock und einen Orientierungsverlust. Eine Trennung von der Monarchie schien ihm ebenso undenkbar wie eine Trennung von Staat und Kirche. Die alte lutherische Tradition vom Gottesgnadentum der Könige und Fürsten schlug in direkte Ablehnung der Demokratie um, wie bei dem bekannten Theologen Hans Asmussen: «Aus der Nase Weisheit gegenüber Gott folgt mit zwingender Notwendigkeit die demokratische Pest, diese fluchhaft schwärmerische Verwechslung von Gesetz und Evangelium, welche Autorität und Respekt verpönt und womöglich Vertrauen verordnet oder gar darum bittet, anstatt Respekt zu befehlen.»¹⁷

Viele Protestanten sahen das sittliche Chaos vordringen, wenn kirchliche Positionen in Gesetzgebung, Schule, Kultur und karitativer Tätigkeit geschwächt würden. Ähnlich wie bei der katholischen Kirche wurden Aufklärung, Säkularisierung, kurz: ‚die Ideen von 1789‘ und die freidenkerisch orientierte Arbeiterbewegung in einen grossen Topf geworfen, der mit dem Etikett «Kulturbolschewismus» versehen wurde – so der Titel einer 1931 vom Evangelischen Volksbund herausgegebenen, vielgelesenen Broschüre von Kurt Hutten. Der schwammige, aber hochgradig mit negativen Assoziationen besetzte Begriff verrät deutliche Nähe zu Vorstellungen und zur Begrifflichkeit der Nationalsozialisten. «Nach Auffassung der protestantischen Interpreten des Kulturbolschewismus musste man zwei Erscheinungen zugleich angreifen: die bürgerliche Dekadenz und die bolschewistische Radikalität. Der Nährboden für den spezifischen Kulturbolschewismus war nach ihrer Ansicht die bürgerliche Modernität ohne Religion und Autorität. Kulturbolschewist konnte in diesem Denken auch der sein, der politisch nicht Bolschewist sein wollte. Die modernen Literaten etwa oder die Theatermacher produzierten kulturbolschewistischen Geist als Geist der Zersetzung der kulturellen und sittlichen Grundlagen des Abendlandes. Thomas Mann und Erwin Piscator waren selbstverständlich ‚Kulturbolschewisten‘. Auch Psychoanalytiker wie Sigmund Freud, Maler wie Max

Beckmann und Schriftsteller wie Erich Kästner und Erich Maria Remarque wurden dieser Kategorie zugeordnet. Die Autoren, deren Bücher dann am 10. Mai 1933 verbrannt wurden, wurden fast alle im protestantischen Schrifttum der Jahre zuvor als Kulturbolschewisten denunziert.»¹⁸

Als Speerspitze dieses auch und gerade im Westen verbreiteten , Kulturbolschewismus ‘ galt dennoch der sowjetische Kommunismus, dessen reale Verfolgung von Religion und Kirche in der volksmissionarischen Propaganda nahezu mythisch überhöht wurde. Vor allem zu Beginn der dreissiger Jahre häuften sich Berichte über die Verfolgung und Unterdrückung des Glaubens in der Sowjetunion in volkstümlichen Kirchenzeitungen. So brachte etwa der «Sonntagsgruss» der Inneren Mission Frankfurt unter der Rubrik «Kampf um den Glauben» nahezu wöchentlich Berichte mit Titeln wie zum Beispiel: «Moskau ohne Maske», «Sowjetrussland lügt mit jedem Wort», «Das ist Kommunismus: Zwangsarbeit und Massenmord in russischen Wäldern», «Bankrotter Atheismus».

Das damals höchste repräsentative kirchliche Gremium, der Deutsche Evangelische Kirchentag (eine Versammlung von landeskirchlichen Delegierten, eher der heutigen EKD-Synode als dem heutigen Kirchentag vergleichbar), legte 1930 «feierliche Verwahrung ein gegen die planmässige Vernichtung der Gewissensfreiheit und die damit verbundene schwere äusserliche und seelische Bedrückung der Christen in Russland»¹⁹. Der einzige Protest gegen diese Kirchentagserklärung kam von dem Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert, einem Religiösen Sozialisten, der hier ‚bürgerliche‘ Polit-Propaganda mit dem Anliegen der Glaubensfreiheit ungebührlich vermischt fand. Aber seine politisch begründete positive Haltung zur Sowjetunion machte Eckert auch im kleinen Häuflein der mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten «Religiösen Sozialisten» zum Aussenseiter. 1931 trat er der KPD bei, verliess die Kirche und wurde aus dem «Bund der Religiösen Sozialisten» ausgeschlossen²⁰.

Demgemäss fiel die Propagandaparole der Nationalsozialisten, nur sie könnten Deutschland vor dem drohenden Bolschewismus retten, bei den meisten evangelischen Christen auf fruchtbaren Boden. Legenden vom drohenden kommunistischen Umsturz wurden bereitwillig geglaubt. So hielt nach dem Reichstagsbrand ein konservativ, aber nicht nationalsozialistisch gesonnener Mann wie der Berliner Generalsuperintendent Otto Dibelius die Inhaftierung der kommunistischen Führer für rechtens und fühlte sich sogar bemüssigt, ausländische Meldungen über den Terror in Deutschland zurückzuweisen. Der Frankfurter Pfarrer Paul Lange, als Mann der Bekennenden Kirche später zeitweilig in Gestapohaft, notierte am 30. Juli 1933 in seinem Gemeindebrief unter der Überschrift «Neue Zeit – Neue Forderung» mit erkennbarer Zufriedenheit: «Die interessanteste Bewegung der Gegenwart ist die Beseitigung des Marxis-

mus. Seine Führer sind mundtot gemacht. Seine Blätter sind verboten. Seine Hetzreden sind unmöglich geworden.»²¹

Ähnlich wie die Katholiken fanden auch evangelische Christen, die sich gegen die nazifreundliche Glaubensbewegung «Deutsche Christen» heftig zur Wehr setzten, im Kampf gegen den Bolschewismus eine partielle Nähe zur NS-Ideologie. Die vermeintliche Alternative Nationalsozialismus oder Bolschewismus lähmte die politische Widerstandskraft insgesamt, wie einer der klügsten Köpfe der Bekennenden Kirche, der Württemberger Pfarrer Hermann Diem, bereits 1948 im Rückblick bemerkte: «In der Klammer dieser Fragestellung kann es trotz aller Vorbehalte im Einzelnen und im ganzen keinen wirksamen Widerstand mehr geben. Das gilt in besonderer Weise für die Kirche. Nachdem sie einmal diese Fragestellung akzeptiert hatte und dann natürlich nicht mehr anders konnte, als Adolf Hitler als Retter vor dem Bolschewismus zu begrüßen – und dass das nicht nur die ‚Deutschen Christen, sondern auch die ‚Kirchenführer‘ von der anderen Seite laut getan haben, lässt sich leider nicht bestreiten –, war sie ohnmächtig geworden und hatte politisch nichts mehr zu sagen.»²²

Die Haltung der Kirchen nach Kriegsbeginn

Die katholischen Bischöfe hatten 1939 den Krieg gegen Polen und Frankreich, anders als 1914, nicht ausdrücklich zum «gerechten Krieg» erklärt, wohl aber in allgemeinen Formulierungen zur staatsbürgerlichen Loyalität und zur soldatischen Pflichterfüllung aufgerufen²³. Kein Katholik konnte im Zweifel sein, dass er in diesem Krieg tapfer und gehorsam mitzukämpfen habe. Grösseres vaterländisches Getöse blieb freilich in einem Ausmass aus, das nicht nur Parteidienststellen, sondern auch den päpstlichen Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, beunruhigte. Während der Papst selbst strengstens auf Neutralität gegenüber den kämpfenden Mächten sah, sorgte sich der Nuntius über die mangelnde vaterländische Gesinnung des Klerus in Deutschland. Am 10. Juni schrieb er in seinem Bericht nach Rom: «Ich erlaube mir mitzuteilen, dass bisher kaum ein katholischer Pfarrer, im Gegensatz zu den protestantischen Pfarrern, es für notwendig gehalten hat, einen Dankgottesdienst für die vielen und grossen Blitzkriege der deutschen Wehrmacht oder einen Gottesdienst für die Gefallenen abzuhalten. Jetzt jedoch haben zwei Ordinarien (die Bischöfe von Trier und Köln – d. Verf.) angeordnet, dass in allen Pfarreien ein Gottesdienst für die Gefallenen und ein Dankgottesdienst gehalten werden sollten.»²⁴ Orsenigo erhoffte von plakativem Patriotismus Erleichterungen des rigide eingeschränkten kirchlichen Lebens. Seine Klage darf nicht darüber hinwegtäuschen,

wie eindeutig den Gläubigen mindestens von den Bischöfen soldatische und staatsbürgerliche Loyalität gepredigt wurde.

Erst recht gilt das für die in erster Linie betroffenen jungen Männer. Die katholische Jugendarbeit wertete «das Soldatische» als hohes Ideal, das nicht hinterfragt wurde. Über persönliche Bewährung im Krieg wurde gesprochen, nicht über Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit von Hitlers Feldzügen. Kennzeichnend war nicht Sympathie für Hitlers Welteroberungspläne, sondern eine eigentümlich geschichtslose und -blinde Bejahung des Kämpfens als Pflicht und Bewährungsprobe. «Du stehst mitten in dem Krieg als ein Werkzeug. Der Krieg fordert Dich. Und Du tust darin Deine Pflicht, die dunkle, harte, aber doch die Pflicht. Der Krieg fordert Dich. Darin und darüber aber fordert Dich Gott», schrieb Ludwig Wolker, Generalpräses der Katholischen Jugend, 1942 in einem Brief an Soldaten²⁵. Die daraus resultierende Haltung beschreibt Christel Beilmann in der Rückschau so: «Wir schwammen in einem Gemisch von Volk, Vaterland und Gottesreich, von Kampf, Opfer und Tod, von Pflicht und Mut und Treue, von Ehre und von Heldentum – kein Mensch konnte auseinanderklauben, worauf sich das jeweils bezog: auf den Soldaten Gottes, auf den Soldaten des Vaterlandes? Auf den Soldaten des Führers wurde das in unserem Milieu inhaltlich nicht bezogen, aber machte das in der Realität einen Unterschied, da man als Soldat Dreifaches in einem war und drei Reichen den Eid geschworen hatte?»²⁶

Im Gegensatz zur katholischen Kirche stellte die evangelische Kirche zur Zeit des Zweiten Weltkrieges schon lange keine Einheit mehr dar. Praktisch seit 1934 herrschte eine Kirchenspaltung zwischen den «Deutschen Christen» aller Schattierungen (sie suchten eine Synthese zwischen Christentum und Nationalsozialismus) und der «Bekennenden Kirche». Zu den ersteren zählten in den uns interessierenden Jahren 12 deutschchristlich geführte Landeskirchen sowie die Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche unter dem Juristen Dr. Friedrich Werner. Die Bekennende Kirche stützte sich auf die in Landesbruderäten zusammengeschlossenen Verweigerer des deutsch-christlichen Kurses sowie die «intakten», d.h. nicht deutsch-christlich dominierten lutherischen Landeskirchen Bayern, Württemberg und Hannover²⁷. Eine nicht ganz klare Zwischenstellung nahm der am 31. August 1939 gebildete «Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche» ein; ihm gehörte neben mehreren Deutschen Christen der Bischof Mahrrens der «intakten» Landeskirche Hannover an: damit sollte wohl – ohne viel Erfolg – ein allgemein anerkanntes repräsentatives Gremium der evangelischen Christen geschaffen werden, «dessen Tätigkeit während des Kriegs vor allem in patriotischen Aufrufen und der Weitergabe staatlicher Anordnungen» bestand²⁸.

Diese Flügelbildung spiegelt sich in kirchlichen Äusserungen zu Krieg und Soldatsein weniger wider, als man zunächst erwarten könnte. Auch in den Reihen der Bekennenden Kirche, die gegen Eingriffe von Partei und Staat in das kirchliche Leben vehement protestierte, fand sich viel Sympathie für Teile der NS-Politik, zumal der Aussenpolitik. Ihre führenden Männer wie Martin Niemöller oder Landesbischof Wurm dachten politisch deutschnational. Wurm war Mitglied der DNVP und hatte für sie im württembergischen Landtag gesessen.

In diesem Milieu wurde der Wert des Soldatseins und das Recht des Staates zur Kriegführung nicht im Geringsten hinterfragt. Als Hitler unter Bruch des Versailler Vertrages am 16. März 1935 die Wehrpflicht wiedereinführte, begrüßten Presseorgane der «Deutschen Christen» und der «Bekennenden Kirche» diese Massnahme in wörtlicher Übereinstimmung, so die ‚Deutsch-Evangelische Korrespondenz‘ am 20. März 1935 und die ‚Junge Kirche‘ am 6. April 1935: «Die allgemeine Wehrpflicht ist den Protestanten die gewaltige Volksschule, ein Erziehungsmittel, das wie kaum ein anderes unserem Volk die grossen sittlichen, seelischen und körperlichen Werte mitzuteilen imstande ist, deren ein Volk im Kampf um sein Dasein bedarf...

Darum heute und immer: ‚Gott mit uns‘.»²⁹

Ein Vikar der Bekennenden Kirche, Ernst Friedrich aus Frankfurt, der den Dienst in der Wehrmacht verweigerte, wurde im Oktober 1937 vom Landesbruderrat Hessen-Nassau aus dem Dienst der Bekennenden Kirche entlassen: Von Schrift und Bekenntnis aus könne die Verweigerung des Kriegsdienstes nicht begründet werden³⁰. Umgekehrt bekamen seit 1940 «illegale» Pfarrer und Hilfsprediger der Bekennenden Kirche auf Anregung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, die Chance, sich in ihren Landeskirchen legalisieren zu lassen. Dies empfahl auch der Landesbruderrat Hessen-Nassau seinen «Illegalen» – der gleiche, der den Kriegsdienstverweigerer Ernst Friedrich 1937 aus dem Dienst entlassen hatte und ihn erst am 27. August 1948 ausdrücklich wieder aufnahm. Diese Episode um Ernst Friedrich belegt, wie fern auch erklärten Gegnern und Opfern des NS-Regimes jegliches pazifistische Gedankengut war. Nur im kleinsten Kreis um den mittlerweile in die Schweiz zurückgekehrten Karl Barth wurde überhaupt diskutiert, ob man unter Hitler Kriegsdienst leisten dürfe³¹.

Dementsprechend gab es nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 keinerlei Protest seitens evangelischer Stellen aller Lager. Im Gegenteil, der «Geistliche Vertrauensrat» griff sogleich auf die peinlich-pathetischen Predigtöne von 1914 zurück: «Die deutsche evangelische Kirche stand immer in treuer Verbundenheit zum Schicksal des deutschen Volkes. Zu den Waffen aus Stahl

hat sie unüberwindliche Kräfte aus dem Wort Gottes gereicht.»³² In dieser Tonart wurden auch weitere Angriffe und Siege gefeiert. Der Frankfurter Propst Alfred Trommershausen etwa verkündete im Vorwort zum «Frankfurter Kirchenkalender» 1941: «Geschichtliche Zeiten ohnegleichen erleben wir. Der Herr der Zeiten geht über die Erde und hält Gericht. Er straft das Verbrechen von Versailles, richtet alles Scheinchristentum und hebt unser deutsches Volk wieder zur Höhe empor.»³³

3. Die Haltung der Kirchen nach dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941

Der Tenor der Staatspropaganda

Die antibolschewistische Propaganda des NS-Staats hatte in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts praktisch geruht. Jetzt galt es, «das Steuer um 180° herumzuwerfen», wie Hitler später in seinen Tischgesprächen sagte³⁴. Dies geschah einmal durch die alte Methode der Gleichsetzung von Kommunismus und «Plutokratie» unter der Herrschaft des Judentums, zum zweiten durch die Beschwörung des barbarischen Charakters des Bolschewismus. Für diese zweite Linie war es auch nützlich, die deutschen Soldaten als Befreier des Christentums und der Religion in Russland darzustellen.

So berichtete der Kriegsberichterstatter der Panzer-Propaganda-Kompanie 693, Hanns Pfeuffer, am 10. August 1941 von der Wiedereröffnung der Kathedrale von Smolensk, die 14 Jahre lang in ein «Gottlosenmuseum» umgewandelt war. Die Diktion des Berichts legt den Eindruck nahe, christliche Kreuzfahrer hätten Smolensk erobert: «In mühevoller Kleinarbeit hatten deutsche Soldaten das riesige Kirchenschiff in seinem alten, goldenen Glanz wiedererstehen lassen und die ‚Ausstellungsstücke‘ und Gottlosentransparente dieser von den Sowjets zum antireligiösen Museum entweihten Kathedrale beseitigt. Nur mehr die beiden alten Panzerwagen aus dem Weltkrieg, die zu beiden Seiten der Freitreppe stehen, mögen noch an die Schreckenszeit erinnern, da ein Regime mit der Waffe des Terrors den Glauben aus der Seele des russischen Volkes zu reißen suchte.»³⁵

Zur gleichen Zeit stellte in Deutschland Martin Bormann die Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus fest. Reihenweise wurden Klöster geschlossen. Bischof Galen predigte in Münster scharf und deutlich gegen das Euthanasie-Programm der Nazis; ähnlich deutlich äusserte sich in Eingaben an die Regierung der Evangelische Landesbischof Wurm in Stuttgart. Die

christlich-abendländische Propaganda der Nazis stand auf tönernen Füßen. Dennoch forderte sie von den Kirchen bedingungslose Gefolgschaft.

Die katholische Kirche

In der Haltung der katholischen Kirche zu Hitlers Kriegen und Feldzügen brachte der 22. Juni 1941 eine erkennbare Zäsur. Mindestens galt dies für die deutsche Kirche, während der Vatikan im Wesentlichen bei seiner schon vorher eingenommenen strikten Neutralität gegenüber den Kriegsparteien blieb³⁶. Das kirchliche Schrifttum in Deutschland hatte bis dahin kein Bild des Feindes (Engländer, Franzosen, Polen) ausgemalt. Das änderte sich jetzt. So schrieb etwa der bereits zitierte Prälat Ludwig Wolker in seinem Osterbrief 1942: «Wenn ich des russischen Volkes gedenke ...! Mein Gott, was für Gesichter! Der Blick wie ins Leere gerichtet. Um die Lippen kein Lächeln, nichts von Anmut und Würde und Seele! Stumpf, freudlos, angsterstarrt. Was hat der teuflische Ungeist (des Kommunismus – d. Verf.) aus diesen Gesichtern, aus diesem Volk gemacht.»³⁷

Der Erzbischof von Paderborn und frühere Militärfarrer Lorenz Jäger nannte Russland in seinem Fastenhirtenbrief 1942 den «Tummelplatz von Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und durch ihren Christushass fast zu Tieren entartet sind»³⁸. Wen wundert es, wenn Wolker – ein klarer Nazigegner, der selbst zeitweilig in Haft war – die unmissverständliche Konsequenz zog: «Der Koloss Bolschewismus, dieses menschenmordende, geisttötende, völkerzerstörende Ungeheuer – es muss zu Tode getroffen werden, nach unserem Erkennen, muss zerschlagen werden, wenn nicht alle Hoffnung auf Freiheit der Völker und Freiheit des Geistes für Europa und in die Welt hinein verloren sein soll.»³⁹

Wie Wolker dachten auch eine Reihe Bischöfe. Während zuvor nur ein Aussenseiter im Episkopat, der Militärbischof Rarkowski, den Feldzügen der Hitler-Armeen religiöse Weihe verliehen hatte, verfielen nach dem Überfall auf die Sowjetunion auch bedeutende und geschätzte Mitglieder der Bischofskonferenz ins Vokabular der Kreuzzugs-Propaganda, so der Bischof von Münster, Graf Galen⁴⁰, und der Trierer Bischof Franz Rudolf Borne wasser: «Geliebte im Herrn! Es war für alle Deutschen, die nicht rein militärisch dachten, eine Belastung, als im Jahre 1939 Deutschland einen Pakt schloss, mit einem Lande, das den gottlosen Bolschewismus in der grausamsten Form zum Regierungsprinzip macht. Eine ebenso grosse Befreiung von Druck und Sorge war es für alle christlichen deutschen Menschen, als wir im Jahr 1941 von diesem Russenpakt befreit wurden...

Deshalb weilen unsere Gedanken Tag und Nacht bei unseren todesmutigen Soldaten, steigen unsere Gebete zum Himmel, dass Gottes Beistand mit ihnen sei zur erfolgreichen Abwehr der bolschewistischen Bedrohung aller Völker und Länder, aber auch zur Befreiung des seit 24 Jahren von der Pest des Bolschewismus verseuchten und teils zu Grunde gerichteten, in seiner Tiefe religiös veranlagten russischen Volkes.»⁴¹

Eine solch massive Unterstützung des Russland-Feldzuges findet sich in einzelnen, auch gewichtigen Bischofsworten, nicht jedoch in Äusserungen der gesamten Bischofskonferenz. Es fällt auf, dass gerade das erste gemeinsame Hirtenwort der Bischofskonferenz nach dem Angriff (verfasst am 26. Juni, von den Kanzeln verlesen am 6. Juli 1941) kein Wort zu diesem Feldzug sagte, sondern ausführlich die Einschränkung kirchlicher Arbeit und die Schliessung der Klöster beklagte – Massnahmen also, die innerkirchlich immer mit der Kirchenverfolgung in Russland gleichgesetzt wurden. Das fiel auch Partei- und Regierungsstellen auf; Reichskirchenminister Kerri kritisierte in einem Brief vom 4. August 1941 mit scharfen Worten die fehlende Unterstützung und weigerte sich, unter diesen Umständen die kirchlichen Beschwerden überhaupt zu behandeln.

Vielleicht sind die – teilweise identischen – martialischen Predigten Galens und Bornewassers sogar eine Gegenreaktion, zumal gerade Galen sehr deutlich am Ende seines Hirtenbriefs darauf hinweist, «dass im Rücken des siegreichen deutschen Heeres Falschlehren und Irrtümer, die gleich dem russischen Kommunismus die Fortführung sind des auch in Deutschland gelehnten und verbreiteten Naturalismus und Materialismus, geduldet und befolgt» würden. Wenn dem nicht Einhalt geboten werde, würden sie «der geistigen Herrschaft des Bolschewismus, von der der Führer am 22. Juni 1941 gesprochen hat, den Weg bereiten»⁴². Auch in der Folgezeit benutzten Kirchenleute immer wieder offizielle antikommunistische Vokabeln und Parolen, um anschliessend den Kirchenkampf der Nazis anzuklagen und häufig Assoziationen zum bolschewistischen Kirchenkampf zu wecken. Dennoch ist die sehr viel stärkere Rechtfertigung des Krieges nach dem 22. Juni 1941 unübersehbar. Über die Pflichterfüllung hinaus konnten sich Katholiken in diesem Kampf als Werkzeuge Gottes fühlen.

Die evangelische Kirche

Die Anpassung evangelischer Kirchenkreise an die Politik des NS-Regimes fand nach dem Überfall auf die Sowjetunion einen traurigen Höhepunkt. Am 30. Juni 1941 schickte der «Geistliche Vertrauensrat» ein Telegramm an Hitler, in dem es u.a. hiess: «Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im

eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf. Das deutsche Volk und mit ihm alle christlichen Glieder danken Ihnen für diese Ihre Tat... Die Deutsche Evangelische Kirche... ist mit all ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen darangehen, den Pestherd zu beseitigen, damit in ganz Europa unter Ihrer Führung eine neue Ordnung erstehe und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde.»⁴³

So wurde in der Bekennenden Kirche vermutlich nicht gepredigt. Landesbischof Wurm etwa liess dieses Telegramm in Württemberg nicht verlesen, obwohl er den Kampf gegen den sowjetischen Kommunismus durchaus als den Kampf des christlichen Abendlandes gegen die Barbarei begriff; seiner Ansicht nach «freut sich heute jeder gute Deutsche..., dass das deutsche Heer die grosse Abrechnung Europas mit dem Bolschewismus vollzieht»⁴⁴. Aber Wurm bestand darauf, auch den Kirchenkampf der Nationalsozialisten anzuklagen. Ähnlich wie die katholischen Bischöfe verband er die fraglose Rechtfertigung des grossen abendländischen Kampfes gegen den Bolschewismus mit der Deutung des NS-Kirchenkampfes als «Bolschewismus im eigenen Land». Solche Argumente fielen in der Bevölkerung durchaus auf fruchtbaren Boden. Nach einem Bericht der Generalstaatsanwaltschaft München vom 26. September 1941 schrieben Frauen ihren Männern in Russland, sie sollten «lieber heimkommen, um *hier* den Bolschewismus zu besiegen»⁴⁵. Bischof Wurms ambivalente Haltung zum Krieg gegen die Sowjetunion dürfte typisch für die grosse Mehrheit der Protestanten gewesen sein. Je länger der Krieg dauerte, je mehr auch die verbrecherischen Völkermordaktionen im Osten mindestens gerüchteweise bekannt wurden, desto mehr verschob sich Wurms Predigt zur apokalyptischen Deutung des Geschehens. Immer mehr beschrieb er den verlorengehenden Krieg als Gericht Gottes, das die Deutschen durch ihre Taten selbst heraufbeschworen hätten: eine zumindest nicht mehr propagandistisch auszubeutende Haltung.

Schon vor Wurm weigerten sich profilierte Sprecher der Landesbruderräte, soweit sich dies aus den spärlichen Quellen erschliessen lässt, die NS-Kriegspolitik umstandslos religiös zu legitimieren. «Wir können uns nicht, wie es die staatskirchlichen Behörden tun, als Funktionäre zur Pflege und Stärkung der seelischen Widerstandsenergien den militärischen Kommandostellen in empfehlende Erinnerung bringen, sondern wir haben das Gericht und die Gnade Gottes über den Völkern und über den Einzelnen zu bezeugen.»⁴⁶ In veröffentlichten Predigten war mehr von der persönlichen Betroffenheit der Hörerinnen

und Hörer durch den Krieg als von seiner politischen Deutung die Rede. Zwar fand auch das Motiv vom «Kreuzzug gegen den Bolschewismus» Verwendung, aber spätestens nach Stalingrad dominierte ein anderer Gedanke, der vom Krieg als Gericht Gottes, als Anstoss zur Busse und Umkehr. Diese Predigten waren nicht unmittelbar politisch, bildeten aber ein merkbares Gegengewicht gegen eine Politik, die bereits Zweifel am «Endsieg» u.U. mit der Todesstrafe ahndete. Hartmut Lenhard vermutet, «dass der Typ der Gerichtspredigt das trennende Kennzeichen war, das die Pfarrer der Bekennenden Kirche von Nationalkonservativen oder gar nationalsozialistisch eingestellten Geistlichen unterschied»⁴⁷.

Über die Haltung der bekennenden Christen unter den Soldaten während des Krieges gegen die Sowjetunion sind verallgemeinernde Aussagen nicht möglich. Aus veröffentlichten Feldpostbriefen und späteren Gesprächen lässt sich jedoch erkennen, dass anfängliche Überzeugungen von Sinn und Recht dieses Krieges sich zunehmend in Ratlosigkeit wandelten. Erinnerungen prominenter Protestanten können dies illustrieren. So beschrieb der spätere Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, Helmut Hild, seine Haltung vom Frühjahr 1942 in einer Hörfunksendung des WDR am 10. August 1986 so: «Ich war natürlich ein Kind dieser damaligen Zeit und habe geglaubt, was man mit dem Schlagwort sogar vom Kreuzzug gegen den Bolschewismus vertreten hat. Das entsprach der Erziehung, die man in einer bürgerlichen Schule und auch sonst erhalten hatte, und es entsprach der besonderen Schwerpunktsetzung der nationalsozialistischen Beeinflussung, der wir als Kinder und junge Leute ja ausgesetzt waren. Also, ich hatte, als ich meine Stiefel in dieses Land zu setzen hatte, keine Zweifel an der Richtigkeit dieses Krieges.»⁴⁸

Aber auch wer sich in diesem Krieg gerade als Christ bewähren wollte, wie es nationalprotestantische Tradition war, konnte sich später der Zwiespältigkeit der Situation kaum entziehen. Der Ritterkreuzträger und spätere Heidelberger Theologieprofessor Heinz-Eduard Tödt verdeutlichte sie in einem Interview so:

«Es war mir klar: Wenn Hitler, wenn die Nazis diesen Krieg gewinnen, dann werden ähnliche Aktionen, wie sie zur Diskriminierung und Ausschaltung des Judentums vorgenommen sind, auch die Kirche treffen, auch mich als Theologen treffen. Aber was sollte ich tun? Ich hatte keine Alternative. Ich wollte auf der einen Seite nicht die Rote Armee in Deutschland sehen, auf der anderen Seite musste ich den Sieg Hitlers fürchten; ich konnte ihn nicht wünschen, aber ich hatte keine andere Handlungsmöglichkeit. Persönlich habe ich mich dann so verhalten, dass mir eigentlich das Wichtigste war, besonders in den letzten Kriegsjahren, meine Truppe, meine Einheit, die Männer, die mir anvertraut wa-

ren, möglichst gut und mit möglichst wenig Verlusten durch diesen Krieg hindurchzubringen .»⁴⁹

Im Rückblick benannte Tödt auch die Schuld, in die Christen und Kirchen sich damals verwickelten: «Wir haben wirklich mit grossem Einsatz gekämpft; wir haben viele Freunde verloren, ich habe meinen Bruder auch in unserer Einheit verloren und in Russland begraben. Und wofür haben wir da gekämpft? Wir haben gemeint, dass wir für Deutschland kämpfen, dafür auch, dass nicht deutsches Land von der Roten Armee besetzt wird; wir hatten dort ein ganz negatives Bild von Russland, von Stalin, vom Stalinismus, von den Grausamkeiten, den Morden, den Erschiessungen dort, von den Säuberungen der Armee. Wir hatten also ein ganz massiv antikommunistisches Bild und waren darum der Meinung, dass wir auf jeden Fall die deutsche Bevölkerung davor schützen müssten, dass eben eine solche Armee über Deutschland herfiele. Aber wenn ich mir das jetzt überlege, so muss ich eben ganz klar sagen: indem wir so tapfer gekämpft haben, haben wir es doch ermöglicht, dass die KZs hinter der Front, die Vernichtungslager, die Transporte in die Vernichtungslager, dass alle diese Dinge noch lange möglich gewesen sind, und dass auf diese Weise eben der Grossteil des mitteleuropäischen Judentums vernichtet worden ist – wir müssen ja wohl fast mit 6 Millionen rechnen –, dass ebenso ungezählte Polen, Tschechen, Russen umgekommen sind. Also das haben wir faktisch und objektiv durch unseren tapferen Einsatz ermöglicht, und ich kann darauf nicht ohne ein Schuldgefühl zurückgucken.» Die damalige Theologie und kirchliche Verkündigung, so betonte Tödt weiter, habe die politischen Implikationen des Glaubens vernachlässigt: «Man hat weitgehend gedacht, man könne den Glauben fürs persönliche Leben verkündigen, aber die politischen Konsequenzen herauslassen. Und viele haben sogar geglaubt, sie könnten politisch Nationalsozialisten sein, aber weltanschaulich, in Glaubensdingen, Christen sein. Diese Trennung ist eine ganz gefährliche und täuschende Trennung, der wir damals aber alle mehr oder weniger aufgefressen sind.»⁵⁰

Eine solch deutliche Benennung kirchlicher Schuld ist in den unmittelbaren Nachkriegsjahren selten zu lesen gewesen. Die berühmte «Stuttgarter Schuldklärung» des Rates der Evangelischen Kirche vom 19. Oktober 1945 nennt konkret weder den Vernichtungskrieg im Osten noch die «Endlösung der Judenfrage» als Felder, auf denen Christen schuldig geworden seien. Dieses «Stuttgarter Schuldbekennnis» wurde wegweisend für die folgende Nachkriegsgeschichte, während das sehr viel präzisere «Darmstädter Wort» des Reichsbruderrates vom 8. August 1947 (der Reichsbruderrat gab erst 1948 seinen aus der Zeit der Bekennenden Kirche stammenden kirchenleitenden Anspruch an die EKD zurück) bald in Vergessenheit geriet und erst in den letzten Jahren neu gewürdigt wurde.

Darin hiess es unmissverständlich: «Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersehen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheissung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäss dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.»⁵¹ Solche Töne wurden vom aufbrechenden «Kalten Krieg» bald überdeckt, in dessen antikommunistischer Frontstellung beide Kirchen – die katholische noch eindeutiger als die evangelische – sich einbinden liessen.

4. Zusammenfassung

Die beiden grossen Kirchen in Deutschland liessen in den Jahren 1939-1945 keine Zweifel an der Legitimität der deutschen Kriegführung erkennen. Sie predigten vaterländische Loyalität und Pflichterfüllung. Die von der NS-Propaganda genannten Kriegsgründe und -ziele, wie der angeblich notwendige Lebensraum im Osten, spielten in kirchlichen Verlautbarungen aber kaum eine Rolle. Das änderte sich allerdings mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Das Motiv des abendländischen Kreuzzugs gegen den Bolschewismus fand durchaus Widerhall in Äusserungen kirchenleitender Personen und Gremien. Über die Wirksamkeit solcher Erklärungen kann nur spekuliert werden; aber Christen konnten zumindest aus diesen Äusserungen die Meinung gewinnen, beim Kampf gegen den sowjetischen Kommunismus gehe es um die Sache Gottes und die Rettung des Christentums. Darin unterschied sich die kirchliche Wahrnehmung des Kriegsgegners Sowjetunion deutlich von den anderen Kriegsgegnern Deutschlands.

Nur die «Deutschen Christen» und der katholische Feldbischof Rarkowski übernahmen die NS-Kreuzzugspropaganda ohne jede Einschränkung und Bedingung. Wo in der katholischen und der Bekennenden Kirche der Kampf gegen den Bolschewismus aufgegriffen wurde, geschah dies zumeist verknüpft mit Anklagen gegen den «Kulturbolschewismus» der Nazis: deren Kirchenkampf wurde mit dem des Bolschewismus parallelisiert oder als Hindernis für den gemeinsamen Kampf *aller* Deutschen gegen den Bolschewismus herausgestellt. Die Unterstützung des Antibolschewismus der Nazis drückte sicher die Überzeugung der jeweiligen Kirchenvertreter aus, diente aber auch als Vehikel, um kirchlichen Forderungen Gewicht zu verleihen.

Dementsprechend waren Partei und Staat mit dieser mangelhaften Unterstützung ihres Kurses höchst unzufrieden und reagierten etwa gegenüber Landesbi-

schof Wurm und seinen mit antibolschewistischen Gemeinsamkeits-Appellen versetzten Vorhaltungen schroff ablehnend. Da sie ausschliesslich an *vorbehaltloser* Akklamation interessiert waren, wurde beispielsweise auch die Wehrmachtsseelsorge immer mehr gedrosselt und wäre auf Dauer wohl zum Erliegen gekommen – allen nationalen, aber nicht unbedingt nationalsozialistischen Tönen zum Trotz.

Für die Kirchen selbst dürfte die Frage aktuell bleiben, ob nicht das eindeutig vorhandene totale Feindbild vom Bolschewismus die Neigung zur militärischen «Lösung» dieses Problems und zur Bagatellisierung der damit aufgeworfenen ethischen Probleme förderte. Die Selbstbesinnung in dieser Frage hat seit Mitte der achtziger Jahre vor allem in der evangelischen Kirche erkennbar zugenommen. Das Thema «Versöhnung mit der Sowjetunion» hat bei Kirchentagen und Akademien viel Raum gewonnen⁵². Damit wird auch die Vergangenheit bearbeitbar, das Tabu des deutschen Vernichtungskrieges im Osten gebrochen. Es ist zu hoffen, dass damit auch der Anstoss gegeben wird, das Quellenmaterial zu diesem Teil kirchlicher Zeitgeschichte endlich systematisch zu dokumentieren und auszuwerten.



Zerschossenes Dorf bei Charkov (Ukraine), Herbst 1941.

Gerd R. Ueberschär

Das Scheitern des «Unternehmens Barbarossa»

Der deutsch-sowjetische Krieg vom Überfall bis zur Wende vor Moskau im Winter 1941/42

1. Zur Bedeutung der Ostfront und der Schlacht um Moskau im Zweiten Weltkrieg

Der Ausgang der Schlacht um Moskau im Winter 1941/42 hat wiederholt sowohl bei neueren internationalen Kongressen der Geschichtswissenschaft als auch in der Historiographie die Frage nach der Wende oder der entscheidenden und wichtigsten Schlacht des Zweiten Weltkrieges aufgeworfen. Für den Kampf auf europäischem Boden ist diese Schlacht zweifellos als eines der entscheidendsten Kampfereignisse anzusehen. Im Gesamtrahmen des Weltkrieges von 1939 bis 1945 bietet die Debatte über Wende- und Höhepunkte immer wieder Anlass zur Korrektur des bestehenden Geschichtsbildes und zu Kontroversen über den militärischen und politischen Verlauf des Zweiten Weltkrieges. Konkret handelt es sich dabei um die Fragen: Hat schon das Scheitern der deutschen Wehrmacht vor Moskau 1941 oder erst die militärische Entscheidung in der Schlacht um Stalingrad zusammen mit den Kämpfen bei El-Alamein und der angloamerikanischen Landung in Nordwestafrika Ende des Jahres 1942 den Wendepunkt des Krieges markiert? Oder sind aus der Sicht des Pazifik-Krieges eher der durch den Angriff der Japaner auf Pearl Harbor bedingte Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 oder die grosse See-Luft-Schlacht bei der Insel Midway im Sommer 1942 als Wende des globalen Krieges anzusehen? Bereits vor einiger Zeit wurde dieser Aufzählung von «Höhepunkten» der Juli 1941 als «Zenit des Zweiten Weltkrieges» hinzugefügt, in dem sich der Krieg nach der Niederlage Frankreichs und im Sommer 1941 anscheinend zu konstatierenden Niederlage der UdSSR zu einem globalen Entscheidungskampf zwischen dem Dritten Reich und Japan einerseits und den USA und Grossbritannien andererseits entwickelte².

Die Erörterung dieser Wende- und Höhepunkte führt fast zwangsläufig zu einer mehr oder weniger starken Bewertung der deutsch-sowjetischen Ostfront als Hauptfront des Zweiten Weltkrieges und zu entsprechender Hervorhebung des militärisch-politischen Gewichtes der Sowjetunion im Vergleich zur Kriegführung der Westalliierten und deren Invasion in der Normandie im Juni 1944.

Für die marxistisch-leninistische Historiographie ist es daher eine «Grunderkenntnis, dass der Kampf an der sowjetisch-deutschen Front den Verlauf des zweiten Weltkrieges entscheidend bestimmte»³. Im Rahmen dieser Geschichtsbetrachtung gilt die «grosse Schlacht vor Moskau» wenn nicht als «grundlegende Wende des zweiten Weltkrieges», so doch zumindest als überzeugender Beginn dieser Wende. Darüber hinaus ist auch die emotionale Auswirkung für die Bevölkerung der Sowjetunion und ihre Geschichtsschreibung zu berücksichtigen, wenn die Hauptstadt des Landes unmittelbar bedroht wird. Es ist selbstverständlich, dass die Historiographie dieses Landes jene Bedrohung ganz anders betrachtet und ihrer Abwehr für das historische Bewusstsein einen anderen und stärker herausgehobenen Stellenwert zumisst, als es in der Geschichtsschreibung anderer Staaten geschieht. Die Bedeutung jenes «Zweikampfes auf Leben und Tod im Vorgelände zur sowjetischen Hauptstadt»⁴ wird ausserdem besonders offenkundig, wenn man berücksichtigt, dass Hitler und das deutsche Oberkommando des Heeres (OKH) davon ausgingen, der Angriff auf die sowjetische Hauptstadt werde letztlich die militärische Entscheidung des Krieges gegen die UdSSR bringen⁵. Insofern ist es berechtigt, den Kampf um Moskau als «wichtigste Schlacht in der Anfangsperiode» des deutsch-sowjetischen Krieges einzuordnen⁶.

Die Ereignisse und Folgen dieser Schlacht haben dementsprechend die Historiographie in der Bundesrepublik und den westlichen Staaten ebenso wie die marxistisch-leninistischen Historiker intensiv beschäftigt⁷. Die sich dabei ergebende unterschiedliche Einschätzung wurde von der DDR-Historiographie sogar als «eines der vorrangigen Themen in der ideologischen Auseinandersetzung der marxistisch-leninistischen Historiker mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung» angesehen⁸. Dies galt auch für die Geschichtswissenschaft der UdSSR, für die «die offensive Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsliteratur über den Zweiten Weltkrieg» nach eigener Einschätzung «ein herausragender Bereich» war⁹. Die Veröffentlichungen zur Schlacht um Moskau zählen dabei zu den «wichtigsten Feldern der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus», zumal aus kommunistischer Sicht Verknüpfungen mit Problemen der Nachkriegszeit und Nachwirkungen bis in die Gegenwart vorhanden sind. Beschreibung und Einschätzung des Kampfes um die Sowjethauptstadt erhalten darüber hinaus sogar eine tagespolitische Funktion, wenn es um den Vorwurf der «Bekräftigung aktueller antiso-wjetischer Politik mittels historischer Propaganda» in der Bundesrepublik geht, indem man antikommunistische Ziele heutiger Politik gegenüber der UdSSR in Verbindung mit den als Resultat der Moskauer Schlacht «bis in die Gegenwart weiterwirkenden militärischen und politischen Problemen» nachzuweisen ver-

sucht und einen «zunehmenden Rückgriff auf das Arsenal des kalten Krieges» im heutigen Ost-West-Verhältnis trotz der beiderseitigen Entspannungsbemühungen konstatiert¹⁰. Die Schlacht um Moskau hat so nach wie vor einen besonderen Stellenwert für das Bedrohungstrauma der sowjetischen Führung.

Es muss deshalb eingangs betont werden, dass es im Folgenden nicht darum geht, Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg für etwaige militärische Handlungsweisen der heutigen Zeit zu ziehen. Es können in diesem Überblick auch nicht die Planung und Vorbereitung sowie der Verlauf des militärischen Geschehens vom 22. Juni 1941 bis zum Jahreswechsel 1941/42 für die gesamte Ostfront im Detail geschildert werden¹¹, um etwa «Opfermut und Kampfbereitschaft» der Soldaten auf beiden Seiten zu würdigen. Die Darstellung setzt sich stattdessen zum Ziel, die militärisch-politische Bedeutung der Schlacht von Moskau im Rahmen des von Hitler entfachten Krieges gegen die Sowjetunion seit dem Überfall am 22. Juni 1941 und den Stellenwert dieses Kampfes für Ziele und Intentionen des Hitlerschen «Kampfes um Lebensraum im Osten» zu beschreiben. Motiviert durch die eingangs erwähnte Debatte über Zäsuren und Höhepunkte des Zweiten Weltkrieges, werden die Ergebnisse der Diskussion über die «Wende vor Moskau» anhand der neueren Literatur unter Heranziehung einzelner ergänzender Quellen zusammengefasst. Das bedeutet, dass in dieser knappen Skizze keine ausführliche Erörterung des Pro und Contra zur Bestimmung der endgültigen militärischen Wende des Zweiten Weltkrieges anhand neuen Quellenmaterials geboten werden soll.

2. Militärische Ziele und Anfangerfolge im Krieg gegen die UdSSR

Die Bedeutung der Eroberung Moskaus für Hitlers ideologisch fundierten Kriegsplan gegen die Sowjetunion wurde schon sowohl in den ersten Ausarbeitungen des OKH als auch in Äusserungen des Diktators nach seinem Entschluss vom Juli 1940, die militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR konkret planen zu lassen, offenkundig¹². Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte einerseits den «Lebensraum im Osten» beschaffen, für dessen Gewinnung sich Hitler seit Abfassung seines Buches «Mein Kampf» immer wieder ausgesprochen hatte¹³, und andererseits diene er als wichtige Grundlage für die erwartete Auseinandersetzung mit den beiden angelsächsischen Mächten. Der Sieg im Osten sollte es dem Dritten Reich erlauben, diesen Kampf um die «Weltmachtstellung» von einem «autarken kontinentaleuropäischen Imperium» aus zu führen¹⁴.

Die Vorarbeiten und Entwürfe für Operationsstudien des Ostkrieges begannen kurz nach Abschluss des Waffenstillstandes mit Frankreich im Sommer 1940. Entsprechende Planspiele wurden im Herbst 1940 durchgeführt, deren Ergebnisse Hitler am 5.12.1940 vorgetragen. Bereits in diesem Stadium der Vorbereitungen offenbarten sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und dem OKH über die Entscheidung, ob der Hauptstoss auf Moskau oder auf die wichtigen Rüstungs- und Getreidegebiete auf beiden Flügeln des Operationsfeldes gerichtet werden sollte, um das militärische Potential der UdSSR zu vernichten¹⁵. Wiederholt kam es zu Änderungen bei der Festlegung der Priorität der zu erobernden Gebiete um Moskau, Leningrad oder Kiev. Bei der Entwurfsvorlage für die grundlegende Weisung zu diesem neuen Krieg machte Hitler am 17.12.1940 deutlich, dass er die Armeen aus der Mitte nach dem ersten Durchbruch der feindlichen Linie nach Norden und Süden eindrehen lassen wollte. Das OKH verzichtete schliesslich auf nachhaltigen Widerspruch, da es auf den Ablauf der Operationen zugunsten des Schwerpunktes Moskau vertraute.

Als Grundlage für die ersten Operationen des Krieges gegen die Sowjetunion dienten die am 18.12.1940 herausgegebene Weisung Nr. 21 «Fall Barbarossa» und die Aufmarschanweisung des OKH vom 31.1.1941¹⁶. Sie sahen vor, «Sowjetrusland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen». In kühnen und schnellen Angriffsoperationen sollte die im westlichen Teil der UdSSR stehende Masse der Roten Armee «unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkraftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden». Als Endziel der Operationen wurde die «Linie Wolga – Archangelsk» angegeben, so dass die Industriegebiete am Ural im Wirkungsreich der Luftwaffe Görings lagen.

Für den Angriff wurden nördlich der Pripjatsümpfe zwei Heeresgruppen, im Süden eine Heeresgruppe angesetzt. Die in der Mitte operierende Heeresgruppe sollte nach dem ersten Vorstoss nach Norden eindrehen und zusammen mit der Heeresgruppe Nord gegen Leningrad vorgehen. Die Weisung bestimmte dazu: «Erst nach Sicherstellung dieser vordringlichsten Aufgabe, welcher die Besetzung von Leningrad und Kronstadt folgen muss, sind die Angriffsoperationen zur Besitznahme des wichtigen Verkehrs- und Rüstungszentrums Moskau fortzuführen.» Man ging davon aus, dass die Rote Armee westlich der Linie Dvina-Dnepr geschlagen und vernichtet werden könnte, so dass danach kein nennenswerter Widerstand beim Verfolgen nach Osten mehr anzunehmen sei. Im Rahmen dieser sich nach den ersten Schlachten anschliessenden Verfolgung kam es darauf an, im Süden das «wehrwirtschaftlich wichtige Donec-Becken» frühzeitig in Besitz zu nehmen sowie Moskau möglichst schnell zu erreichen. Die

Einnahme dieser Stadt bedeutete nach der Weisung «politisch und wirtschaftlich einen entscheidenden Erfolg, darüber hinaus den Ausfall des wichtigsten Eisenbahnknotenpunktes» für den Gegner. Es blieb offen, wie der Krieg nach Erreichen der Linie Wolga (Astrachan) – Archangelsk zu beenden sei¹⁷. Unbeantwortet liess das OKH auch die Frage, wie der Sieg errungen werden sollte, falls die Sowjetarmee nicht westlich von Dwina und Dnepr vernichtet werden konnte.

Wenn auch über die unmittelbare Reihenfolge der militärischen Teilziele – Leningrad, Moskau, Ukraine mit Donec-Becken, Erdölfelder am Kaukasus – unterschiedliche Vorstellungen bestanden, so gab es von den führenden Militärs im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und im OKH in Bezug auf die in der Weisung zum Ausdruck gebrachte Geringschätzung der militärischen Kraft der Roten Armee keinen Widerstand. Man war überzeugt, dass sich die Sowjetstreitkräfte westlich von Dwina und Dnepr mittels «kühner» Panzervorstösse einschliessen und vernichten liessen, so dass der Krieg nach wenigen Wochen siegreich beendet sein würde.

Nachdem Hitler am 20. Juni 1941 mit Herausgabe des Stichwortes «Dortmund» den Angriff auf die Sowjetunion befohlen hatte, traten die deutschen Verbände am 22. Juni 1941 zwischen 3.00 und 3.30 Uhr in breiter Front zum Überraschungsangriff an. Hitler bezeichnete später diesen Krieg als den «grössten Kampf der Weltgeschichte»¹⁸. Mit fast 3,6 Millionen deutschen und verbündeten Soldaten, rund 3'600 Panzern und über 2'700 Flugzeugen überschritt eine riesige Streitmacht zwischen Ostsee und Schwarzem Meer die Grenze zur UdSSR¹⁹. Der Überraschungsschlag der 153 deutschen Divisionen, zusammengefasst in den drei Heeresgruppen Nord (unter Generalfeldmarschall von Leeb), Mitte (Generalfeldmarschall von Bock) und Süd (Generalfeldmarschall von Rundstedt) sowie der drei zugeordneten Luftflotten 1 (Generaloberst Keller), 2 (Generalfeldmarschall Kesselring) und 3 (Generaloberst Löhner) gelang. Die deutschen Truppen konnten die sowjetischen Grenzstellungen erfolgreich durchstossen und die Operationen in zügigem Vormarsch planmässig durchführen²⁰. Durch gezielte Luftangriffe errang die deutsche Luftwaffe die Luftherrschaft über dem Operationsraum. Schon nach den ersten Tagen zeichneten sich grosse operative Erfolge ab. Die Verbände der Roten Armee in den westlichen Militärbezirken (mit etwa 140 Divisionen und 40 Brigaden bei ca. 2,9 Millionen Mann mit 10-15'000 zum Teil jedoch älteren Panzern und 8'000 Flugzeugen) waren unvorbereitet und mussten schwere Verluste hinnehmen²¹. Anfang Juli 1941 war die Doppelschlacht bei Belostok und Minsk durch die Heeresgruppe Mitte erfolgreich abgeschlossen. Rund 20 feindliche Divisionen waren zer-

schlagen, etwa 367'000 Sowjetsoldaten wurden gefangengenommen und ca. 3'700 Panzer vernichtet oder erbeutet.

Die sowjetische Führung wurde von der Wucht des deutschen Überfalls zweifellos überrascht, wie Aussenkommissar Molotov in seiner Rundfunkerklärung am 22.6.1941 erkennen liess²². Stalin hatte nicht mit einem Angriff Hitlers gerechnet; stattdessen hatte er auf einen neuen politischen Interessenausgleich mit dem Dritten Reich gehofft. Mit dem deutschen Überfall begann ein räuberischer Vernichtungs- und Eroberungskrieg, der nach Hitlers Vorstellung, wie schon gezeigt, mit rücksichtsloser Härte geführt werden sollte. Nachdem Stalin die unmittelbare Gefahr für den Sowjetstaat und Hitlers radikale Vernichtungsabsicht erkannt sowie sich nach der für ihn peinlichen Überrumpelung wieder gefasst hatte, nahm er Hitlers neuen Stil der Kriegführung an und proklamierte in seiner bewusst emotional gehaltenen Rundfunkrede am 3.7.1941 den «Vaterländischen Krieg» gegen die Eindringlinge; er rief in dieser Ansprache, die in den nächsten Tagen täglich über den sowjetischen Rundfunk verbreitet wurde, zum «schonungslosen Kampf», zu Aktionen der «verbrannten Erde» und zum Partisanenkrieg hinter den deutschen Linien auf²³.

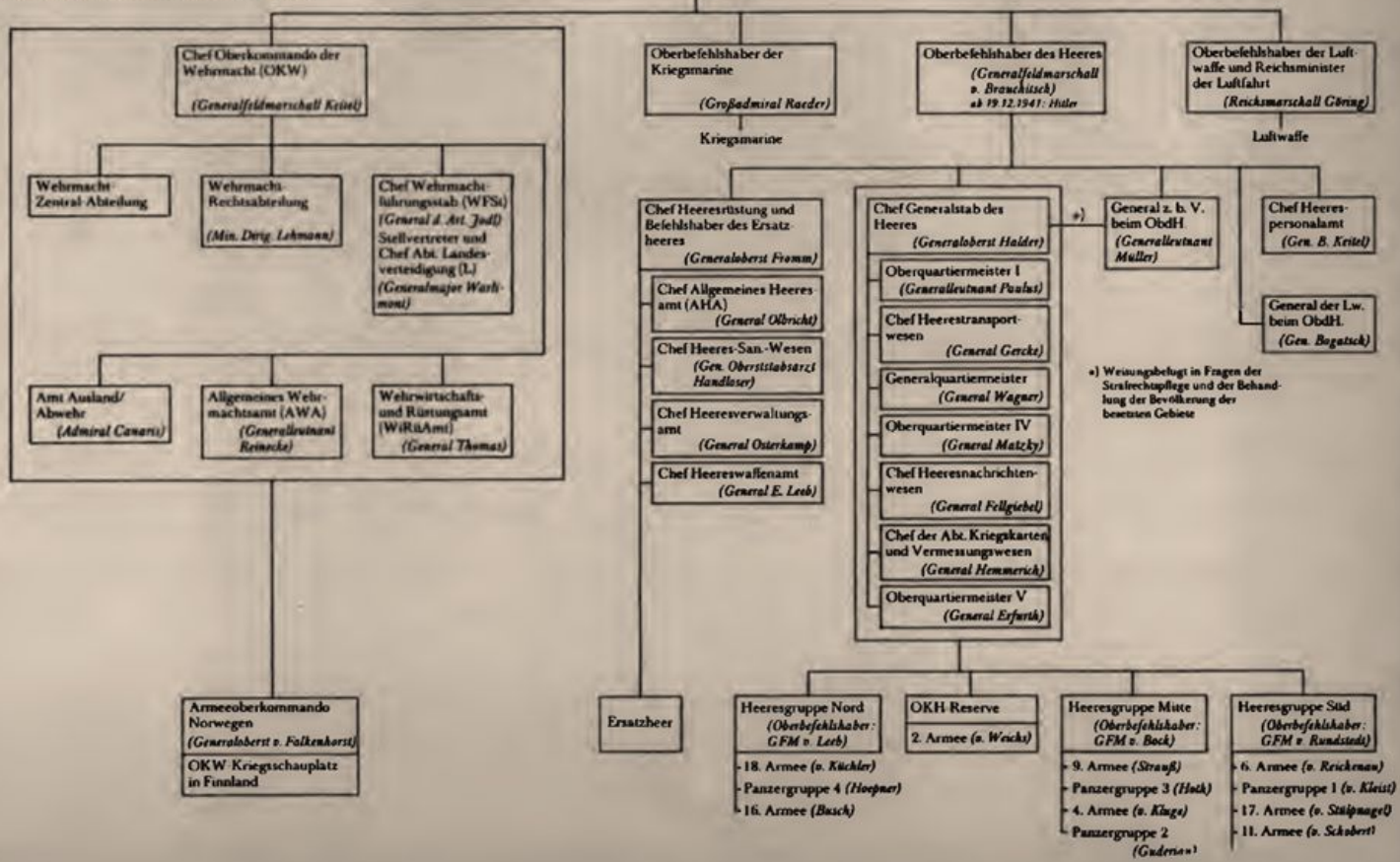
3. Die deutsche Führung im Sieges- und Triumphgefühl

Der Zusammenbruch der Roten Armee²⁴ im Grenzbereich bestärkte Hitler in seinem Kalkül, den Zwei-Fronten-Krieg kurzfristig in Kauf nehmen zu können, da mit einem raschen Sieg über die UdSSR zu rechnen sei. Die Erfolge der ersten Wochen schienen die Annahme zu bestätigen, der neue «Blitzfeldzug» werde nur drei bis vier Monate dauern. Hitler sowie OKW und OKH gingen von einer ihrer Ansicht nach erwiesenen Überlegenheit der deutschen Wehrmacht gegenüber der Roten Armee sowohl in der Organisation und Ausrüstung als auch in der Führung aus. Die Kampfkraft der Sowjetstreitkräfte wurde sehr niedrig eingeschätzt. Man glaubte im Juli 1941, dass der endgültige Sieg in einigen Wochen gewiss sei. Hitler rechnete höchstens mit noch sechs Wochen; Ende August sollte in Moskau die Siegesparade sein.

In grosser Siegeszuversicht notierte sich der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder, am 3.7.1941: «Im ganzen kann man also schon jetzt sagen, dass der Auftrag, die Masse des russischen Heeres vorwärts Dvina und Dnepr zu zerschlagen, erfüllt ist... Es ist also wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass der Feldzug gegen Russland innerhalb [von] 14 Tagen gewonnen wurde. Natürlich ist er damit noch nicht beendet. Die Weite des Rapses und die Hartnäckigkeit des mit allen Mitteln geführten Widerstandes wird

mit Aufmarsch nach Osten

(Adolf Hitler)



uns noch viele Wochen beanspruchen.»²⁵ In der Operationsabteilung des Generalstabes beschäftigte man sich in jenem Monat erwartungsvoll mit einem Unternehmen gegen das Industriegebiet am Ural. Von Gorkij, Kasan, Uljanovsk und Kujbysev als Ausgangspunkten sollte die deutsche Armee zu den Industriestädten Niznij Tagil, Sverdlovsk und Magnitogorsk im Ural vorstossen und sich nach Zerstörung der industriellen Anlagen wieder zurückziehen. Das Unternehmen war als «eine grosszügige motorisierte Expedition durch ein unwirtliches, wenig geeignete Wegverbindungen aufweisendes Gelände» fast stilecht wie in alten Entdecker- und Abenteuerzeiten gedacht²⁶!

Hitler wurde dementsprechend in seinem Urteil über die UdSSR bestärkt. Er ging davon aus, dass die Sowjetunion «noch im Aufbau einer eigentlichen Rüstungsindustrie, aber damit keineswegs fertig sei, und ferner, dass Stalin ja seine erste Garnitur höchster militärischer Führer (durch die Säuberungen – d. Verf.) 1937 ausgemerzt hatte, also fähige Köpfe im Nachwuchs noch fehlten»²⁷. Am 4.7.1941 konstatierte Hitler: «Praktisch hat er (Stalin bzw. der Russe – d. Verf.) diesen Krieg schon verloren.»²⁸ In diesem «Erfolgsrausch des Sommers» 1941 war die deutsche Führung vom weiterhin günstigen Verlauf der Operation fest überzeugt²⁹. Man rechnete damit, in 14 Tagen, höchstens vier Wochen in Moskau und Leningrad zu sein. Damit schien die Zeit der Verwirklichung von Hitlers Plänen für den Osten gekommen. Optimistisch legte er bei seinen Monologen im Führerhauptquartier bereits den Ural als neue Grenze fest³⁰ und erklärte dem japanischen Botschafter, General Oshima, der deutsche Herrschaftsbereich werde sich sogar über den Ural hinaus erstrecken³¹. Selbstherrlich bestimmte Hitler, dass Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichgemacht werden sollten³². Er beabsichtigte, beide Grossstädte ebenso wie Kiev von den deutschen Truppen vorerst nur einschliessen zu lassen; danach sollte die Versorgung in den Städten durch Luftwaffe und Artilleriebeschuss zerschlagen werden, so dass ein Chaos ausbreche, wie er Reichsminister Goebbels am 18.8.1941 darlegte. «Als Zentrum des bolschewistischen Widerstandes» sollte Moskau total zerstört werden. Auch von Leningrad werde «wahrscheinlich nicht viel übrigbleiben». Dies liege «im Rahmen der Zweckmässigkeit... die Bolschewisten haben es ja nichts anders gewollt», notierte sich Goebbels nach dem Gespräch mit Hitler dessen Überlegungen. Anfang August hatte der «Führer» bereits die Absicht bekundet, das Moskauer Stadtgebiet solle nach der Eroberung mittels riesiger Anlagen geflutet werden; an dessen Stelle wollte Hitler dann einen gewaltigen See anlegen lassen. Diese von Hitler bereits in der ersten Phase des Krieges festgelegten und unabhängig vom jeweiligen Kampfverlauf oder Übergabeangeboten beabsichtigten totalen Zerstörungsmassnahmen der Millionen-

städte lassen sich schwerlich mit den erst Ende September 1941 bei der Eroberung von Kiev gemachten Erfahrungen begründen oder rechtfertigen, wie es im Nachhinein aufgrund der dort durch die Rote Armee vorgenommenen Minen- und Fernsprengungen versucht wird³³.

Die NS-Machthaber liessen auch eilig an Entwürfen für die zukünftige Siedlungs- und Raumplanung im Osten arbeiten. Am 15.7.1941 legte der Leiter des Planungsamtes im Reichssicherheitshauptamt der SS dem Reichsführer-SS und «Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums», Heinrich Himmler, den ersten Entwurf für den späteren «Generalplan Ost» vor, der für Ostpolen, die baltischen Staaten, Weissruthenien und die sowjetische Ukraine geradezu gigantische und megalomane Umsiedlungsaktionen von mehr als 30 Millionen Einwohner im Austausch gegen Deutsche und «germanische» Völker vorsah³⁴.

In einer Besprechung mit Rosenberg, Göring, Keitel, Lammers und Bormann verteilte Hitler am 16. Juli bereits die Beute³⁵. Detailliert erläuterte er seine zukünftige Ostpolitik in den besetzten Gebieten. Dabei müsse klar sein, so meinte er, dass das Dritte Reich «nie wieder aus diesen Gebieten» herausgehe. Die Krim, das gesamte Balten-Land, das Siedlungsgebiet der Volga-Deutschen, das Gebiet um Baku und das ehemals österreichische Galizien sollten deutsches Staatsgebiet werden. Grundsätzlich komme es darauf an, den nunmehr gewonnenen «riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen». Als Ziele deutscher Besatzungspolitik nannte er: «erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten.» Grosszügig verteilte Hitler eroberte Territorien an die verbündeten und mitbeteiligten Staaten Rumänien und Finnland. Verdiente NS-Partei-führer wurden als «Reichs- oder Generalkommissare» für die neuen Kolonialgebiete im Osten bestimmt. SA-Gruppenführer Kasche, damals deutscher Gesandter in Kroatien, sollte als «Reichskommissar» Hitlers Satrap und Vizekönig im Gebiet um die sowjetische Hauptstadt werden; als früherer «Beauftragter der SA für Neubauernsiedlung und Volkstumsfragen» galt er wohl als besonders prädestiniert dafür.

Um diese Politik gegen alle Widerstände der besetzten Bevölkerung durchzusetzen, hatte man eine «einfache Lösung» parat: «Der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, dass man jeden, der nur schief schaue, totschiesset.» Die auf dieser Besprechung erörterten Richtlinien und Verordnungen «über die Verwaltung der neubesetzten Ostgebiete» nach der beabsichtigten Einsetzung Rosenbergs als «Reichsminister für die besetzten Ostgebiete» sowie «zur polizeilichen Sicherung der neubesetzten Ostgebiete» für Reichsführer-SS Heinrich Himmler wurden tags darauf veröffentlicht³⁶. Als «Beauftragter für den Vierjahresplan» hatte sich Göring schon am 29.6.1941 insgeheim besondere Vollmachten zur

«höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten» geben lassen; auch dieser Erlass wurde nun den Reichsbehörden bekanntgegeben. Bald darauf erschien bereits der höhere SD-Führer, SS-Standardentrührer Dr. A.F. Six, mit dem sogenannten «Vorkommando Moskau» im Stabsquartier der noch westlich von Smolensk kämpfenden 4. Armee, um unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe vorgehen zu können und «rechtzeitig in Moskau zur Stelle zu sein»³⁷. Das «Sonderkommando» sollte in der sowjetischen Hauptstadt im Rahmen der SD-Einsatzgruppe B sowohl die «sicherheitspolizeiliche Tätigkeit» übernehmen als auch die eroberte Beute an Wirtschaftsgütern, Archiven, Kunst- und Kulturgegenständen sicherstellen.

Geprägt von grosser Siegeszuversicht, erklärte Hitler am 22.7.1941 dem kroatischen Verteidigungsminister, Marschall Kvaternik, «die Sowjetarmeen seien an sich vernichtet und er glaube nicht, dass nach sechs Wochen noch irgendwo ernsthafter Widerstand sein werde»³⁸. «In sechs bis acht Wochen würde die grösste Zahl der russischen Verbände liquidiert sein.» Über die Vorstellung, dass die Sowjetunion danach im Ural neue Armeen aufstellen werde, könne er «nur lachen». Aus diesem Triumphgefühl heraus ist auch die offene Sprache Hitlers gegenüber Kvaternik zu verstehen, dem er dabei die beabsichtigte systematische Vernichtung der Juden gleich einem «Bazillusherd» in allen eroberten Ostgebieten und auch in ganz Europa darlegte. Man muss bei diesen Äusserungen berücksichtigen, dass die politisch-militärischen Führungsschichten der UdSSR als sogenannte «Bolschewiken» für Hitler «jüdische Führungsschichten» waren und sich dementsprechend sein Kampf gegen die Juden auch auf die Kriegführung gegen die Sowjetunion auswirken musste.

Dies liess ferner Görings Anweisung an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, vom 31.7.1941 erkennen³⁹. Danach sollte Heydrich «alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht... für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa» treffen. Zur gleichen Zeit erklärte auch Reichsaussenminister von Ribbentrop den deutschen Missionschefs, der Feldzug gegen die Sowjetunion werde in sechs bis acht Wochen beendet sein.

Hitler war fest davon überzeugt, dass die Sowjets endgültig besiegt seien. In seinen am 14.7.1941 herausgegebenen Richtlinien und Ergänzungen für die im OKW als Arbeitsgrundlage ausgearbeitete Weisung Nr. 32, die sich mit den Vorbereitungen für die Zeit nach dem «Unternehmen Barbarossa» beschäftigten, verfügte er die Verlagerung des Rüstungsschwerpunktes vom Heer auf Luftwaffe und Marine⁴⁰. Er setzte die Eroberung und «Beherrschung des europäischen Raumes» der UdSSR bereits als gegeben voraus und dachte daran, den

«Umfang des Heeres demnächst wesentlich zu verringern». Für die Sicherung der eroberten Ostgebiete sollten «etwa 60 Divisionen und eine Luftflotte» genügen. Zur Durchführung von Grossoperationen gegen Grossbritannien plante Hitler den Aufbau neuer Panzerdivisionen. Dementsprechend wurden die inzwischen produzierten Panzer und Panzermotoren nicht zu den abgekämpften Panzerverbänden im Osten geschickt, sondern zur Neuaufstellung in der Heimat vorgesehen. Im Gespräch mit dem japanischen Botschafter sprach Hitler zur gleichen Zeit vom gemeinsamen Krieg sowohl gegen die UdSSR als auch gegen die USA⁴¹. Japan sollte als «Juniorpartner» den Krieg im Pazifik führen. Nachdem er allein die ersten entscheidenden Siege gegen die UdSSR errungen hatte, spielte er zugleich mit der Möglichkeit, Japan nunmehr am Krieg gegen den Rest der Sowjetunion zu beteiligen. Das Kaiserreich sollte über Vladivostok angreifen⁴². Diese Pläne liessen sich jedoch nicht verwirklichen, da sich der japanische Aussenminister Matsuoka, der sich für Hitlers Aggressionsplan aussprach, in der entscheidenden Kaiserlichen Konferenz in Tōkyō nicht durchsetzen konnte und am 15.7.1941 in Verbindung mit dem Rücktritt des Kabinetts Konoe sein Amt abgeben musste. Stattdessen zielten die japanischen Expansionsbestrebungen ab Ende Juli 1941 gegen die britischen Positionen im Süden des Pazifiks. Sehr bald musste Hitler erfahren, dass sich Japan nicht wie Italien ins Schlepptau der deutschen Aussenpolitik nehmen liess.

Es ist bemerkenswert, wie sehr Hitler und fast alle führenden deutschen Militärs in ihrer Unterschätzung des sowjetischen Militärpotentials übereinstimmten⁴³. Aufgrund dieser Selbsttäuschung und Überschätzung des eigenen Potentials glaubte man, sich über erste Anzeichen möglicher Rückschläge an der Front – beispielsweise hatte das OKH schon nach kurzer Zeit fast keine Reserven mehr zur Verfügung – hinwegsetzen zu können. Für Hitler stand schon früher fest, dass die sowjetische Armee «nicht mehr als ein Witz» sei⁴⁴. Es überrascht jedoch, dass Generale und höhere Offiziere mehrheitlich diese Einschätzung teilten, obwohl es an warnenden Einzelstimmen nicht gefehlt hat⁴⁵. Symptomatisch ist, dass Berlin in den westlichen Hauptstädten mit dem negativen Urteil über die sowjetische Widerstandskraft nicht allein stand. Auch in dem sich am Krieg gegen die UdSSR beteiligenden Finnland ging man davon aus, dass die deutsche Wehrmacht den Sowjetstaat in zwei bis vier Monaten zerschlagen würde⁴⁶. In britischen und amerikanischen Militär- und Regierungskreisen war man nach dem deutschen Überfall in Bezug auf die sowjetischen Verteidigungsmöglichkeiten ebenfalls sehr skeptisch. US-Kriegsminister Stimson und sein Stabschef, General Marshall, nahmen an, dass die Rote Armee binnen kurzer Zeit geschlagen sei; man war der Ansicht, dass die Sowjetunion nach einem oder allerhöchstens drei Monaten dem deutschen Angriff erliegen würde. US-Marineminister Knox schätzte den Zeitraum bis zum Zusammen-

bruch der UdSSR nur auf 6-8 Wochen. Der Chef des britischen Empire-Generalstabes, General Dill, meinte, dass die Sowjetarmee «wie Vieh» zusammengetrieben würde⁴⁷.

London und Washington waren deshalb sehr zurückhaltend mit Zusagen und Verpflichtungen zwecks rascher Errichtung einer zweiten Front im Westen (Nordfrankreich) und im Norden (Arktis), worum Stalin in Verbindung mit dem Abschluss des britisch-sowjetischen Übereinkommens vom 12.7.1941 dringend bat. Vorerst einigte man sich in dem Vertrag auf gegenseitigen Beistand und versprach, keinen Sonderfrieden mit Hitler abzuschliessen⁴⁸. Die am 8.7.1941 angemeldeten sowjetischen Kriegsgerätewünsche wurden von der US-Administration dilatorisch behandelt, solange die Gefahr bestand, dass das Gerät bei einem raschen Zusammenbruch der sowjetischen Front in die Hände Deutschlands fallen könnte. An dieser Einstellung konnten auch die Gespräche zwischen Stalin und dem US-Sonderemissär Harry Hopkins Ende Juli in Moskau kaum etwas ändern. Die Proklamation der «Atlantik-Charta» am 14.8.1941 während der Konferenz Churchills und Roosevelts in der Placentia-Bucht (Neufundland), in der die künftige globale «Pax-Americana-Politik» ohne Berücksichtigung sowjetischer Interessen formuliert wurde, liess erkennen, dass man Moskaus Niederlage auch noch im August 1941 befürchtete und einkalkulierte⁴⁹.

4. Weitere Operationsplanungen

Dass die Geringschätzung des sowjetischen Militärpotentials falsch war, stellte sich bereits nach den ersten Kesselschlachten heraus. So konstatierten Goebbels und Hitler bei ihrer Besprechung am 18.8.1941 übereinstimmend mit den militärischen Führungsstäben ihre «Fehlurteile» und «falsche Einschätzung des bolschewistischen Potentials»: «Wir haben offenbar die sowjetische Stosskraft und vor allem die Ausrüstung der Sowjetunion gänzlich unterschätzt.»⁵⁰ Dennoch rechnete man nach Wiederbeginn der Offensivbewegungen «mit weiterhin planmässigem und zunehmend schneller werdendem Ablauf der Ereignisse», wie die Seekriegsleitung in einer Beurteilung der militärischen Lage am 8.8.1941 festhielt. Goebbels meinte voller Zuversicht, durch neue Stösse der Panzerwaffe sei zu hoffen, dass man «bis zum Einbruch der Winterzeit über Moskau hinausgelangen werde». Praktisch sei dann auch «wenigstens die militärische Stosskraft des Bolschewismus erledigt». Später werde man dann zwar noch das Industriezentrum im Ural und «selbstverständlich... auch einmal die

hinter dem Ural befindlichen sowjetischen Zentren, auch das von Omsk erledigen» müssen; dies sei aber momentan «von untergeordneter Bedeutung».

Entgegen solchen immer noch optimistischen Erwartungen mehrten sich ab Ende Juli/Anfang August die Anzeichen, dass man die Abwehrkraft der Sowjetunion auf vielen Gebieten, vor allem jedoch in Bezug auf die «rein militärische Leistungsfähigkeit», ganz erheblich verkannt hatte, wie sich Generaloberst Halder notierte⁵¹. Die deutschen Führungsstäbe waren insbesondere von der ungebrochenen Leistungsbereitschaft und Rüstung der Roten Armee verblüfft. Die sowjetischen Truppen «schlagen sich wie die Löwen», hielt beispielsweise der Erste Generalstabsoffizier der im Verband der 16. Armee (Heeresgruppe Nord) kämpfenden 251. Infanteriedivision am 22.7.1941 fest; die vorstossenden deutschen Truppen mussten dadurch schwere Verluste hinnehmen⁵². Für weiträumige Umfassungen nach den Grenzschlachten fehlten bereits die strategischen Reserven. Überrascht war man ferner von dem Auftauchen neuer Geschützarten und stark gepanzelter sowjetischer Panzertypen (Salvengeschütz «Katjusa» [«Stalinorgel»], T34, KW), gegenüber denen die deutsche Panzerabwehr fast machtlos war.

Beim weiteren Vorstoss auf Smolensk, das am 16.7.1941 von der Heeresgruppe Mitte eingenommen wurde, musste man sich heftiger und energisch geführter Gegenangriffe erwehren, die aus der grossen personellen Reserve der Roten Armee genährt wurden⁵³. Zudem musste man feststellen, dass es der sowjetischen Staatsführung gelungen war, eine industrielle Neurüstung im Osten des Landes aufzubauen, wodurch die grossen Materialverluste in den Kesselschlachten sehr bald wieder ausgeglichen werden konnten⁵⁴. Ferner wurden grosse Teile der gefährdeten westlichen Schwer- und Rüstungsindustriegebiete nach einheitlichen Mobilisierungsplänen im grossen Stil innerhalb von vier bis fünf Monaten evakuiert und nach Osten verlagert.

Insgesamt zeigte sich, dass der Wert und die militärische Kampfkraft der Roten Armee mit ihren grossen personellen Reserven erheblich höher zu veranschlagen waren, als man angenommen hatte, und dass sich trotz siegreicher Anfangsoperationen und grosser Gefangenenzahlen sowie weitem Geländegewinn die Sowjetarmee hartnäckig und mit grossem Geschick verteidigte, so dass intakte sowjetische Grossverbände die beabsichtigte rasche Eroberung von Leningrad, Moskau und des Industrieviers im Donec-Becken verhindern konnten. Der sowjetische Kampfwille war noch nicht gebrochen worden; es gelang nicht, die gegenüberstehenden Kräfte der Roten Armee endgültig zu vernichten. Die Vorstellung von einem raschen inneren Zerfall oder Zusammenbruch der UdSSR erwies sich eindeutig als Fehlbeurteilung. Dagegen führte die Überwindung der grossen Räume zu einer allmählichen Ermattung bei den deutschen

Truppen, zumal sich erste Nachschubprobleme abzeichneten. Es hatte zuvor nicht an Warnungen über die Tiefe des Raumes gefehlt. Dabei hatte man auf die Gefahr hingewiesen, dass die Rote Armee mitten im eigenen Land an militärischer Kraft gewinnen, während sich die deutsche Offensivkraft immer mehr erschöpfen würde⁵⁵. Zudem wirkten sich die ersten Partisanenaktionen nach Stalins Rundfunkaufruf vom 3. Juli zum «Vaterländischen Krieg» hemmend auf die Versorgungszuführung der deutschen Verbände aus.

Vorerst konnte jedoch nach der Anfang August 1941 abgeschlossenen Schlacht um Smolensk wiederum ein beeindruckender Sieg gemeldet werden: 324'000 Gefangene, rund 3'000 Panzer und eine gleiche Anzahl Geschütze zählten zur Beute. Mit dem Sieg bei Smolensk war zugleich der erste Abschnitt der Operationen abgeschlossen. Während der Kämpfe um Smolensk hatte das sowjetische Oberkommando jedoch die Zeit genutzt, um die Verteidigungsstellungen vor Moskau zu verstärken und neue Verbände als operative Staffeln aufzustellen⁵⁶. Der sowjetische Widerstand war nicht gebrochen. Zwischen Smolensk und Moskau standen noch immer beachtliche Teile der Sowjetarmee unter Marschall Timosenko, die einen raschen Vorstoss auf die Hauptstadt verhinderten, zumal die Verteidigungslinien fieberhaft ausgebaut wurden, während die deutschen Panzerverbände erst aufgefüllt und neu gegliedert werden mussten.

Da die Heeresgruppe Süd ihren Operationszielen gegenüber erheblich zurückgeblieben war und Hitler auf sein altes Konzept der Schwerpunktbildung auf den Flügeln zurückkam sowie die Verwirklichung des bisherigen Operationsplanes noch ausstand, wurde in der nächsten Zeit heftig um die neuen Führungsentscheidungen in OKW und OKH gerungen⁵⁷. Während das OKH wie bisher auf Moskau vorgehen wollte, war dieses Ziel für Hitler «nur ein Ortsname» ohne besonderen Vorrang⁵⁸. Die Weisung Nr. 33 vom 19.7.1941 liess für die «Fortführung des Krieges im Osten» zusammen mit den danach herausgegebenen «Ergänzungen zur Weisung Nr. 33» Hitlers Absicht erkennen, zuerst nach Süden und Norden eindrehen zu lassen⁵⁹, um die kriegswichtigen Rohstoffgebiete rasch in die Hand zu bekommen. Ende dieses Monats gab Hitler schliesslich Anweisung, dass die Heeresgruppe Mitte vorerst zwecks Auffrischung der Panzerverbände zur Verteidigung überzugehen habe⁶⁰. Während seiner Besuche in den Hauptquartieren der drei Heeresgruppen bei deren Oberbefehlshabern von Leeb (am 21.7.1941), von Bock (am 4.8.1941) und von Rundstedt (am 6.8.1941) bekräftigte der «Führer» seine Absicht, der UdSSR zunächst die «lebenswichtigen Gebiete» in der Ukraine sowie Leningrad wegzunehmen und den Angriff auf Moskau «erst an dritter Stelle» einzuordnen, wenn die beiden Flügel abgesichert waren⁶¹.

Vermutlich verstand es Hitler als Kompromiss und Eingehen auf die Forde-

rungen des OKH, vor allem Moskau einzunehmen, dass er in der «Ergänzung zur Weisung Nr. 34» am 12.8.1941 darlegte, zuerst sollten die Panzerverbände aus der Mitte nach Norden und Süden eindrehen, um die Flankenbedrohung auszuschalten, um danach Moskau als Staats-, Infrastruktur- und Rüstungszentrum doch noch vor Eintritt des Winters zu erobern⁶². Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, legte dagegen Hitler am 18.8.1941 eine Denkschrift vor, in der im Sinne der Absichten von Generaloberst Halder und der Operationsabteilung im OKH Moskau als vordringliches Angriffsziel der weiteren Operationen bezeichnet wurde⁶³. Hitler war verärgert und damit nicht einverstanden⁶⁴. In schroffer Form erklärte er in einer eigenen Denkschrift, dass diese Vorstellungen nicht mit seinen Absichten übereinstimmten, und befahl, den neuen Angriffsschwerpunkt zur Heeresgruppe Süd für den Vorstoss auf Kiev, Krim und Donec-Gebiet sowie zur Abschnürung der sowjetischen Ölzufuhr aus dem Kaukasus zu legen. Zweifellos ergab sich mit dieser Entscheidung eine einschneidende Veränderung der bisherigen Operationsplanung und -führung der Heeresgruppe Mitte, wodurch der sowjetischen Front unter Timosenko vor Moskau Zeit zum Ausbau der neu errichteten Verteidigungsstellungen gegeben wurde.

Der Abschluss der Schlacht bei Kiev am 26.9.1941 – die Stadt wurde am 19.9.1941 erobert – brachte der Wehrmacht erneut einen überwältigenden Erfolg⁶⁵. Mehrere sowjetische Armeen wurden eingeschlossen und vernichtet sowie etwa 650'000 sowjetische Soldaten gefangengenommen. Hitler war überzeugt, dass die Sowjetunion damit am Ende ihrer militärischen Kraft war. Die Heeresgruppe Mitte sollte nun den Vorstoss auf Moskau vorbereiten, um die Verbände Timosenkos ostwärts Smolensk noch vor Einbruch des Winters zu vernichten und Moskau ebenso wie Leningrad auszuschalten.

5. Operation «Taifun» und neue Siegesillusionen

Bereits am 6.9.1941 hatte Hitler für die Operationsphase nach der Schlacht bei Kiev in der «Weisung Nr. 35» befohlen, den Angriff auf Moskau für Ende September vorzubereiten⁶⁶; am 19.9.1941 erhielt dieses Unternehmen den Decknamen «Taifun». Obwohl die deutschen Truppen weit in die Sowjetunion eindringen und in den Raum um Smolensk, bis vor Leningrad und in grosse Teile der Ukraine vorgestossen waren, bestanden zu dieser Zeit in den deutschen Führungsgremien unterschiedliche Beurteilungen der weiteren Erfolgsaussichten. Nach einem Besuch bei der Heeresgruppe Mitte stellte Generaloberst Halder fest, dass die personellen Ausfälle und Verluste des Heeres nicht mehr ersetzt

werden konnten: «Es fehlen 200'000 Mann an der Ostfront.»⁶⁷ Er bezweifelte, dass man diesen Fehlbestand während des Winters durch Wiedergenesene ersetzen könnte. Nur mit Mühe gelang es, den dringendsten Ersatz für die Operation «Taifun» heranzuschaffen. Da keine nennenswerten Verbände als strategische Reserven mehr zur Verfügung standen, musste die Offensivkraft zwangsläufig immer mehr abnehmen, zudem wurden vermehrt Truppen durch die Partisanentätigkeit im Rücken der Front gebunden. In einer Ende August verfassten Denkschrift des OKW über die «strategische Lage im Spätsommer 1941», deren Inhalt von Hitler gebilligt worden war, wurde angedeutet, dass der Feldzug im Osten wohl «im Jahre 1941 noch nicht zur völligen Vernichtung der sowjetischen Widerstandskraft führen» würde⁶⁸. Die alten Zeitvorstellungen von einem schnellen Feldzug waren danach nicht mehr aufrechtzuerhalten. Andere Feldzugs- und Kriegspläne (im Atlantik und Mittelmeer gegen England sowie gegen Gibraltar) wurden vorerst einmal aufgegeben oder zurückgestellt, da man mit dem Einsatz der Truppenverbände aus dem Osten «kaum vor Frühjahr 1942» rechnete.

Dagegen liess Ribbentrop in einem Runderlass zur Sprachregelung seine Auslands-Missionschefs in dem Glauben, dass der bisherige Ostfeldzug «zur Vernichtung des Kerns der an der deutsch-russischen Front stehenden Roten Armee geführt» habe⁶⁹. Völlig unrealistisch konstatierte der Reichsaussenminister, es seien «nahezu $\frac{4}{5}$ der russischen Kräfte bereits restlos vernichtet»; in der UdSSR seien «nicht einmal mehr nennenswerte Menschenreserven vorhanden...», gar nicht zu reden von dem völligen Mangel an Material, das überhaupt nicht ersetzbar sei. Ribbentrop behauptete, die «endgültige Zerschlagung» und «Besetzung der wichtigen Getreide-Rohstoff-Industrie- und Produktionszentren der Sowjetunion [werde] noch in diesem Jahre erreicht werden». Auf dieser irrealen Linie lag auch Hitlers Entscheidung von Mitte September, weitere Kräfte beim Angriff auf Leningrad abzuziehen und die Neva-Stadt vorerst nicht zu erobern, sondern nur einschliessen zu lassen, um sie nach Luft- und Artilleriebombardement als Trümmerhaufen gleichsam «vom Erdboden verschwinden» zu lassen. Das Gebiet nördlich der Neva sollte dann an die am Kampf gegen die UdSSR mitbeteiligten Finnen fallen⁷⁰.

Am 26.9.1941 erteilte die Heeresgruppe Mitte den Befehl für den Angriff auf Moskau; entlang der Linie Smolensk-Moskau sollte in zwei weiträumigen Umfassungsbewegungen in Richtung Vjazma die Einkesselung der Truppen Timosenkos erfolgen⁷¹. Fast 2Millionen Mann in knapp 80 Divisionen hatte die Heeresgruppe Mitte mit drei Armeen und drei Panzerarmeen (bzw. Panzergruppen), unterstützt von der Luftflotte 2 mit zwei Flieger- und einem Flakkorps bereitgestellt. Am 30.9./2.10.1941 begann der erste Teil der Operation «Taifun».

Mit bombastischen Worten bezeichnete Hitler den Angriff in seinem Aufruf an die Soldaten der Ostfront am 2.10.1941 als «letzte grosse Entscheidungsschlacht dieses Jahres»⁷². Die Welt habe «ähnliches bisher noch nicht gesehen!» Der Angriff werde den Feind «vernichtend treffen». Es erfolge nun der «letzte gewaltige Hieb, der noch vor Einbruch des Winters diesen Gegner zerschmettern» solle. Dabei stellte er besonders die Idee des europäischen «Kreuzzuges gegen den Bolschewismus» in den Vordergrund: «Dieser Kampf wird – vielleicht zum ersten Male – von allen Nationen Europas als eine gemeinsame Aktion zur Rettung des wertvollsten Kulturkontinents angesehen.» Seine Wunschbilder und Illusionen wiederholte Hitler am nächsten Tag in seiner öffentlichen Rede zur Eröffnung des Winterhilfswerks im Berliner Sportpalast. Er verkündete, die Sowjetunion sei bereits niedergeworfen, sie werde sich nie mehr erheben⁷³. Im gleichen Sinne liess er gegenüber der Presse durch Reichspressechef Dr. Dietrich erklären, der Feldzug im Osten sei endgültig entschieden und gewonnen⁷⁴.

Beinahe schien es, als ob sich Hitlers Voraussagen doch noch verwirklichen sollten. Im Verlauf der gewaltigen Doppelschlacht bei Vjazma und Brjansk konnte die Heeresgruppe Mitte im Oktober die Front durchbrechen und fast acht Armeen Timosenkos einzukesseln⁷⁵. 673'000 sowjetische Soldaten gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, fast 1'300 Panzer konnten nochmals erbeutet werden. Der Chef des Wehrmachtsführungsstabes im OKW, General Jodl, bekräftigte: «Wir haben endgültig und ohne Übertreibung diesen Krieg gewonnen.»⁷⁶ Hitler beschäftigte sich bereits mit der beabsichtigten Zerstörung Moskaus. Ausdrücklich wiederholte er den Befehl, dass weder Generalfeldmarschall von Leeb im Norden noch Generalfeldmarschall von Bock in der Mitte Kapitulationsangebote für Leningrad oder Moskau annehmen durften⁷⁷. Kein Soldat dürfe Moskau betreten; die Stadt solle für immer verschwinden.

Den sowjetischen Streitkräften gelang es jedoch, rasch neue Abwehrstellungen anzulegen und frische Kräfte heranzuführen. Zur Vereinheitlichung der Kampfführung wurden dem neuen Befehlshaber vor Moskau, Armeegeneral Zukov, mehrere Fronten unterstellt⁷⁸. Für den Ausbau der Verteidigungsstellungen westlich von Moskau war es entscheidend, dass sich die eingeschlossenen Armeen im Kessel Vjazma-Brjansk hartnäckig bis Ende Oktober verteidigten und damit einen wesentlichen Teil der deutschen Angriffsverbände längere Zeit fesselten⁷⁹. Es war ferner nicht unwesentlich, dass die Bewegungsfähigkeit der deutschen Truppen im Angriff durch das einsetzende Schlamwetter erheblich behindert war. Beide Seiten hatten in der nächsten Zeit unter den schwierigen Witterungsverhältnissen zu leiden. Vereinzelt war Ende September bereits der

erste Schnee gefallen, ab 10.10.1941 bestand teilweise eine geschlossene Schneedecke, die jedoch wiederholt auftaute. Der Winter hatte aber nicht härter oder ungewöhnlicher als sonst begonnen⁸⁰. Für die deutsche Seite waren die Auswirkungen des Wetters auf die ohnehin angespannte Nachschub- und Bevorratungslage verheerend.

Dennoch bestimmte das OKH Mitte Oktober, der Angriff solle fortgesetzt, die Stadt durch die Panzerarmeen der Heeresgruppe Mitte von Nordwesten (durch Panzergruppe 4 und 4. Armee) und Südosten (durch 2. Panzerarmee) eng eingeschlossen werden⁸¹. Im Norden hatte die Panzergruppe 3 zusammen mit der 9. Armee auf Kalinin an der Wolga vorzustossen, das am 14.10.1941 eingenommen werden konnte. Als grosse Richtung sollte der Angriff der Heeresgruppe Mitte auf Vologda im Norden und Voronez im Süden zielen. Der Widerstand der Roten Armee versteifte sich jedoch zusehends, ab Mitte und Ende Oktober kam der Vormarsch der deutschen Verbände ins Stocken. Versorgungsschwierigkeiten bestimmten die Erreichbarkeit der Ziele. Die deutschen Divisionen hatten nur noch einen Bestand von 30-40% an Panzern und Kraftfahrzeugen. Es machte sich nun nachhaltig bemerkbar, dass keinerlei Reserven mehr zur Verfügung standen.

Vor den deutschen Linien tauchten immer wieder neue Einheiten der Roten Armee auf. Zukov konnte seine Front durch Zuführung von Verbänden aus Sibirien und Fernost erheblich verstärken und die Verluste von Vjazma-Brjansk ausgleichen. Fieberhaft wurden im westlichen Stadtbereich Moskaus tiefgestaffelte Verteidigungslinien ausgebaut. Zur Besetzung dieser Abwehrstellungen konnten aus der Stadtbevölkerung 12 Volkswehrdivisionen und 87 Arbeiterbataillone gebildet werden⁸².

Nach wie vor sind die Angaben über diese personellen Zuführungen aus Sibirien und Fernost in Literatur und Forschung umstritten⁸³. In der marxistisch-leninistischen Historiographie wird bestritten, dass die Rote Armee dadurch eine personelle Überlegenheit gegenüber den deutschen Truppen herstellen konnte. Dennoch scheinen die aus dem östlichen Staatsgebiet der UdSSR herangeführten Divisionen für den Ausgang der Schlacht um Moskau «eine Schlüsselstellung» eingenommen zu haben. Eine endgültige Aussage über das möglicherweise entscheidende Gewicht dieser Verbände könnte wohl erst erfolgen, wenn die sowjetischen Akten zugänglich wären.

Die Möglichkeit, diese Verbände aus dem Osten und von der Grenze gegenüber Japan zu dieser Zeit abzuziehen, eröffnete sich der Sowjetführung durch die Agentenmeldungen von Richard Sorge⁸⁴. Sorge hatte als Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Tōkyō noch vor seiner Enttarnung und Verhaftung am 18.10.1941 über Japans Entschluss zum Angriff im südlichen Pazifik und die beabsichtigte Einhaltung des Neutralitätsvertrages gegenüber der UdSSR be-

richten können, so dass die Sowjetregierung ab August und Oktober verstärkt Truppenverschiebungen nach Westen vornehmen konnte.

Die sowjetische Führung nahm die Gefahr für Moskau ernst. Mitte Oktober wurden die meisten Regierungs-, Partei- und Militärbehörden nach dem 800 km entfernten Kujbysev an der Wolga verlegt, ca. 1 Million Einwohner wurden evakuiert; der Kreml wurde zur Sprengung vorbereitet, Lenins Sarg brachte man aus dem Mausoleum in Sicherheit. Stalin blieb jedoch mit seinem Hauptquartier in Moskau. Als deutschen Panzerverbänden am 18.10.1941 nach schweren Kämpfen mit der Eroberung von Mozajsk der Einbruch in die nahe Moskauer Verteidigungsstellung gelang, wurde die Hauptstadt durch Stalin tags darauf zur Festung erklärt und der Belagerungszustand verhängt. Zukov erhielt umfassende Vollmachten, um Moskau zu verteidigen⁸⁵. Der Vorsitzende des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU, A. S. Scerbakov, erklärte im Rundfunk, die Stadt werde «zäh, erbittert und bis zum letzten Blutstropfen» verteidigt⁸⁶.

Stalin nutzte den 24. Jahrestag der Oktoberrevolution, um die Bevölkerung erneut zum «Vaterländischen Krieg» aufzurufen. In seiner öffentlichen Rede am 6.11.1941⁸⁷, die in der Metrostation Majakovskaja stattfinden musste, drohte er den deutschen Eindringlingen Tod und Vernichtung an. Erstmals gab Stalin grosse Verluste der Roten Armee zu, erklärte aber dennoch Hitlers «Blitzsiegplan» für gescheitert. Am nächsten Tag beschwor er bei der traditionellen Truppenparade auf dem Roten Platz die unmittelbar zur Front marschierenden Verbände, der drohenden Gefahr mit allen Kräften standzuhalten⁸⁸.

Stalins Aufforderung, den deutschen Okkupanten Tod und Vernichtung zu bereiten, wurde von deutscher Seite propagandistisch auf gegriffen, um zum Kampf «bis zur letzten Patrone» gegen den «Ansturm des roten Gesindels» aufzurufen. Generalfeldmarschall von Reichenau, der sich schon im Herbst durch einen unrühmlichen Musterbefehl für den rücksichtslosen Kampf gegen den Bolschewismus hervorgetan hatte, nutzte Stalins Äusserungen in einem eigenen Befehl im Dezember 1941 an die Heeresgruppe Süd⁸⁹, um das «Mordgelüst» der «völlig vertierten» (sic!) sowjetischen Führung anzuprangern. Der Befehl fand die besondere Billigung des «Führers», der selbst in seiner Rede am 3.10.1941 vom «grausamen, bestialischen und tierischen Gegner» gesprochen hatte, und wurde als besonderer Tagesbefehl den beiden übrigen Heeresgruppen bekanntgemacht.

Die ausdrückliche Weitergabe und z.T. eigenständige Proklamation solcher Musterbefehle durch deutsche Befehlshaber und Kommandeure seit Kriegsbeginn offenbaren schlaglichtartig die Bereitschaft der militärischen Führung, so-

wohl Hitlers Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion im militärischen Bereich mitzutragen, als auch für die Terror- und Vernichtungsaktionen der SS und des SD gegen die zivile und jüdische Bevölkerung durch direkte oder indirekte Mitwirkung Hilfestellung zu gewähren. Nicht alle Kommandeure und Generalstabsoffiziere haben diese Verstrickung und Mitwirkung bei den Judenerschiessungen so «problemlos» akzeptiert oder moralisch unterstützt, wie es z.B. Feldmarschall von Reichenau, Generaloberst Hoth und General von Manstein in ihren Armeebefehlen zum Ausdruck brachten⁹⁰, als sie ihre Soldaten dazu aufforderten, «für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten (sic!) Sühne am jüdischen Untermenschentum *volles* Verständnis [zu] haben» und sich «die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit» zum Ziel des militärischen Kampfes zu machen; dieser Krieg werde deshalb «nicht in hergebrachter Form gegen die sowjetische Wehrmacht allein nach europäischen Kriegsregeln gekämpft», hiess es in Mansteins Befehl. Dagegen bestätigt der nach einer Frontreise Anfang Dezember 1941 erstellte Bericht des 3. Generalstabsoffiziers im Stab der Heeresgruppe Mitte, Major Freiherr von Gersdorff, dass «die Erschiessungen der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierskorps» der besuchten Verbände und Stäbe der 4. Armee «abgelehnt» und stattdessen «als eine Verletzung der Ehre der Deutschen Armee, in Sonderheit des Deutschen Offizierkorps betrachtet» wurden. Auch die «Frage der Verantwortung» für diese «vorhandenen Tatsachen» wurde zur Sprache gebracht, aber letztlich unbeantwortet gelassen. Gerade in den letzten Monaten des Jahres 1941 kam es dann auf beiden Seiten zur Zunahme an Härte und Grausamkeit beim hartnäckigen Kampf um Moskau.

Hitler beantwortete Stalins Proklamation in seiner Rede vor den «alten Parteigenossen» im Löwenbräukeller in München am 8.11.1941 mit der Feststellung, dass dieser Krieg «ein Kampf um Sein oder Nichtsein» sei⁹¹. Er prahlte mit angeblich 3,6 Millionen bisher gefangenen Sowjetsoldaten und erklärte, dabei das Ergebnis bereits vorwegnehmend, dass der «letzte gigantische Hieb» gegen Moskau «über alle Massen gelungen» sei. Er gestand aber auch ein, dass der Kampf im Osten schwer sei. Er werde für ganz Europa geführt und auch weiterhin planmässig fortgesetzt.

6. Die Besprechung von Orsa und die Wiederaufnahme des Angriffs

Während der dringend notwendigen Auffrischungspause musste die deutsche Führung zu einer Entscheidung über die weiteren Operationsabsichten kommen. Generalstabschef Halder versammelte zu diesem Zweck die Generalstabschefs der Heeresgruppen, Armeen und Panzerarmeen am 13.11.1941 zu einer grundlegenden Besprechung in Orsa nahe Smolensk⁹². Die Auffassungen über die Fortführung der Operationen gingen weit auseinander. Insbesondere kam es zur unterschiedlichen Beurteilung der Kampfkraft und Leistungsfähigkeit der Angriffsverbände in den drei Heeresgruppen. Die Oberbefehlshaber der Kommandobehörden sprachen sich in ihren letzten Meldungen gegen weitere Angriffe und neue weitgesteckte Ziele aus, die sie angesichts des erschöpften Zustandes ihrer Truppen für unrealistisch hielten. Hitler und das OKH schätzten dagegen die deutsche Offensivkraft gegenüber dem sowjetischen Abwehrwillen als «eindeutig überlegen» ein.

Zur Vorbereitung der Entscheidung in Orsa legte Generaloberst Halder am 7.11.1941 in einer grundlegenden Denkschrift über die «Fortführung der derzeitigen Operationen» die Auffassungen des OKH über die anzustrebenden Operationsziele dar⁹³. Die Ausarbeitung des Generalstabschefs kann exemplarisch von dem nach wie vor bestehenden Überlegenheitsgefühl der deutschen Heeresführung Auskunft geben und verdient wegen der darin vorgenommenen Zielsetzung besondere Aufmerksamkeit. Halder stützte sich auf eine Studie des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes über die «voraussichtliche Entwicklung der wehrwirtschaftlichen Lage Russlands mit Fortschreiten der Operationen nach Osten» vom 1.10.1941⁹⁴. Der Generalstabschef war der Ansicht, dass die Rote Armee durch die bisherigen Verluste «anscheinend nicht mehr in der Lage» sei, «eine zusammenhängende Front zu bilden». Sie werde sich auf die Verteidigung des Bereiches Moskau und der Erdölfelder im Kaukasus beschränken. Meldungen über sowjetische Truppenverstärkungen blieben bei dieser Einschätzung weitgehend unbeachtet. Nach Ansicht des OKH konnte die UdSSR nur noch «etwa 50 Divisionen neu aufstellen und ausrüsten». Als neue Operationsziele, die «demnach zum Gewinnen einer möglichst günstigen Abschlusslage noch vor Einsetzen des vollen Winters anzustreben» seien und nach Auffassung des OKH als «Mindestgrenze» noch für «erreichbar» gehalten wurden, wurden Moskau sowie die Industriegebiete um Vorosilovgrad, Ivanov, Jaroslavl und Rybinsk bezeichnet. Als äusserste, gleichwohl «dringend erwünschte» Ziele nannte Halder Majkop, Stalingrad, Vologda und Gorkij. Es komme darauf an, für die beabsichtigten Operationen im Jahre 1942 eine «günstige Ausgangslage» zu gewinnen. Das Heer müsse versuchen, bei dem «in Kür-

ze zu erwartenden Kälteeinbruch» unter Ausnutzung aller nur denkbaren Aushilfen noch einmal rasch nach Osten vorzustossen. «Dieses Vorwärtstreiben» der Operationen müsse trotz bestehender Versorgungsschwierigkeiten erfolgen. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall von Bock, und Halder stimmten überein, dass Moskau mit «letzter Kraftanstrengung» angegriffen werden sollte; die Rechtfertigung dieses «äussersten Einsatzes» hatte sich das OKH noch vor der Besprechung in Orsa von Hitler am 11. 11. 1941 bestätigen lassen, obwohl der «Führer» dabei grössere Vorstösse der Heeresgruppe Mitte erst für 1942 durchgeführt sehen wollte⁹⁵.

Trotz warnender Stimmen entschied man schliesslich, den Angriff nicht abubrechen und mit höchstem Einsatz den Versuch zur Eroberung Moskaus zu wagen. Die «letzte Willensanstrengung» wurde für ausschlaggebend angesehen, da auch die Rote Armee erschöpft sei und ihre letzten Reserven bereits eingesetzt habe. Es wurde damit bewusst alles auf eine Karte gesetzt. Die angeblich überlegene Führungsleistung und Durchhaltekraft des deutschen Soldaten galten in diesem Vabanquespiel als entscheidender Einsatz. Dabei hatte die Erinnerung an das «Wunder an der Marne» während des Ersten Weltkrieges besondere Bedeutung – gerade für die Generäle und älteren Offiziere. Dieses «Wunder» für den Gegner sollte sich vor Moskau nicht wiederholen; man wollte den Kampf deshalb nicht abbrechen, da er offensichtlich im entscheidenden Stadium angelangt war.

Es ist für das weiterhin bestehende deutsche Überlegenheitsgefühl symptomatisch, dass man bei der Einschätzung wichtiger Faktoren – eigene Kampfkraft, Beurteilung des Gegners, Berücksichtigung der Witterungsverhältnisse – einerseits die jeweils günstigste Annahme zugrunde legte, während man andererseits bereits gezwungen war, die bisher der Heeresgruppe Mitte für den Angriff zur Verfügung stehenden Fliegerkräfte der Luftflotte 2 nach Italien zur Kriegführung im Mittelmeer zu verlegen. Ab Ende November konnten dann die sowjetischen Luftstreitkräfte erstmals die Luftüberlegenheit im Operationsraum um Moskau erringen. Mit aller Kraft wollte man die Entscheidung dennoch im Jahre 1941 vor Moskau erzwingen. Für Halder war die Offensive die bessere Lösung als die Überwinterung in der Einöde. Ganz offensichtlich war das Augenmass für das Erreichbare im OKH völlig verlorengegangen. Die Frage nach den realen Erfolgsaussichten des weiteren Angriffs schien für Halder und Generalfeldmarschall von Brauchitsch eine «Frage des Willens» zu sein; ein paar Monate später bezeichnete der Generalstabschef den gesamten Krieg gegen die Sowjetunion als «den Krieg des Willens»⁹⁶. Im Einvernehmen mit Generalfeldmarschall von Bock war Halder der Meinung, dass «der härtere Wille» recht

behalten werde. Auch der Feind habe «keine Tiefe mehr» und sei sogar «sicherlich schlechter dran» als die deutschen Truppen. Im Gespräch mit Hitler bekräftigte Halder schliesslich am 19.11.1941 die vom OKH ausgewählten Fernziele «Jaroslawl-Rybinsk, möglichst auch Wologda»⁹⁷.

Der Angriff auf den westlichen Stadtrand Moskaus wurde am 15.11.1941 durch die Panzergruppen 3 und 4 fortgesetzt. Inzwischen hatte gefrorener Boden den Schlamm abgelöst, so dass die motorisierten Verbände wieder vorankamen. Erneut wurde die Rote Armee zurückgeworfen. Die Panzergruppe 3 erreichte im Norden den Istra-Stausee, 30 km vor Moskau. Bis auf 40 km näherten sich die Panzergruppe 4 und die 4. Armee vom Westen der Stadt. Die 2. Panzerarmee schob sich östlich von Tula in Richtung Moskau vor, konnte jedoch Tula nicht einnehmen, da ihre Kräfte zu schwach waren. Ende des Monats war die Angriffskraft dann überall erschöpft.

7. Das Scheitern der Offensive vor Moskau

Während bei der Roten Armee die Zuführung neuer Divisionen beobachtet wurde⁹⁸, hatte das OKH keine Reserven mehr. Gegenangriffe der sowjetischen Streitkräfte machten es unmöglich, Verbände von anderen Frontstellen abzuziehen, um eventuell die ersten Erfolge doch noch auszunützen. Der Angriff kam endgültig zum Erliegen. Am 27.11.1941 erklärte der Generalquartiermeister, General Wagner, gegenüber Halder: «Wir sind am Ende unserer personellen und materiellen Kraft.»⁹⁹ Der Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, Generaloberst Fromm, informierte Halder schon am 24.11.1941 über die katastrophale Verschlechterung der rüstungswirtschaftlichen Lage. Fromm dachte an «Friedensnotwendigkeiten»; kurz darauf sprach auch der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Dr. Todt, gegenüber Hitler die Forderung aus, den Krieg politisch zu beenden, militärisch und rüstungswirtschaftlich sei er bereits verloren¹⁰⁰. Hitler wollte sich darüber jedoch nicht unterhalten.

Die verstärkt eingehenden Meldungen der Kommandobehörden über fehlenden Ersatz und Nachschub machten im OKH die Wende in der Lagebeurteilung an der Front deutlich¹⁰¹. Am 29.11.1941 musste die 1. Panzerarmee der Heeresgruppe Süd Rostov am Don räumen und auf die Mius-Linie zurückweichen. Hinter der deutschen Front entstand eine immer grösser werdende «Verkehrs- und Transportkrise», die durch die rege sowjetische Partisanentätigkeit gegen die rückwärtigen Verbindungswege noch verschlimmert wurde. Anfang Dezember fehlte es den deutschen Verbänden in allen Bereichen an Ersatz und

Versorgung. «Einzelne Truppenteile waren wochenlang ohne Verpflegung»; kennzeichnend ist der Hinweis aus der Truppe, dass «eine Armeuleutewirtschaft» vorherrsche, die «in keinem Verhältnis» zu der Grösse des bisherigen militärischen Programms stehe¹⁰². Die Angriffskraft der deutschen Divisionen war völlig erschöpft. Feldmarschall von Bock gestand ein, dass der Gedanke, der Feind würde vor seiner Front zusammenbrechen, ein «Traumbild» sei. Der Angriff erschien ihm nun «ohne Sinn und Ziel». Seine Heeresgruppe könne «mit ihren abgesunkenen Gefechtsstärken einem mit nur einiger Planmässigkeit geführten Angriff nicht mehr stand» halten¹⁰³. Die Ausfälle, Verluste und Verfassung der Frontverbände waren jedoch noch viel schlimmer, als dies das OKH durch die eingehenden Meldungen der Heeresgruppe und Armeen erfassen konnte. Die «Truppe ist kaputt und erschöpft; es ist ihr ganz egal, ob sie Kanonen erbeutet oder nicht», wurde beispielsweise dem im Verband der 2. Panzerarmee Guderians vor Moskau kämpfenden LIII. Armeekorps von den unterstellten Divisionen gemeldet; es war für die stark dezimierten deutschen Verbände ein ausgesprochen «deprimierendes» Gefühl, einem zahlenmässig starken und unverbrauchten Gegner gegenüberzustehen, der ihre Angriffe nicht ernst nahm, sondern sie geringschätzig nur für starke Spähruppunternehmen hielt¹⁰⁴. Unbestreitbar war die Kampfkraft der deutschen Truppen nach den erhöhten Anstrengungen am Ende.

Am 3.12.1941 stellten die Panzergruppen 3 und 4 (Generaloberst Reinhardt und Generaloberst Hoepner) aus eigenem Ermessen den Angriff ein. Die 2. Panzerarmee unter Generaloberst Guderian brach am 5.12.1941 die Offensive ab. Im OKH beklagte nun Halder, dass Hitler den Zustand der Truppen nicht begreifen wollte und am alten Überlegenheitsdenken festhielt, da die grossen sowjetischen Gefangenenzahlen der letzten Monate dies angeblich bestätigen würden¹⁰⁵. Der Abbruch der Angriffsoperationen markierte den «Kulminationspunkt» der deutschen Offensive und das Ende der Bemühungen, Moskau doch noch einzunehmen. Der beabsichtigte Operationsabschluss des Osttheeres konnte somit nicht erreicht werden.

Während sich die Niederlage vor Moskau abzeichnete, veranstaltete die Führung des Dritten Reiches einen grossen Propagandarummel um die Verlängerung des Antikominternvertrages am 25.11.1941 als Ausdruck und Beweis deutscher Hegemoniestellung in Europa, zumal mit Dänemark, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Finnland und der Slowakei weitere europäische Staaten sowie Nanking-China dem Pakt beitraten. In Gesprächen mit den ausländischen Ministern und Diplomaten gab sich die NS-Führung nach wie vor siegesbewusst. Dem italienischen Aussenminister Graf Ciano erklärte Hitler, dass der Krieg «im Grossen gesehen» bereits gewonnen sei¹⁰⁶. Auch der japanische Bot-

schafter Öshima erfuhr von Ribbentrop in bombastischen Worten, dass der Kampf praktisch gewonnen und man entschlossen sei, die UdSSR gänzlich zu erledigen¹⁰⁷. Ab etwa Mai 1942 würde der wiederaufgenommene Angriff über den Ural nach Sibirien und im Süden in den Kaukasus den Sowjets «den Todesstoss versetzen». Derartige Wunschbilder standen aber in keinem Verhältnis zur Situation der Ostfront. Im Gespräch mit dem dänischen Aussenminister Scavenius spekulierte Hitler dann auch ahnungsvoll über einen möglicherweise anderen Ausgang des Krieges – wohl im Zusammenhang mit ersten Zweifeln am Ausgang des Krieges im Osten; er meinte, wenn das deutsche Volk nicht kämpfen wolle, dann sollte es «vergehen»¹⁰⁸.

Während man auf deutscher Seite noch daran dachte, die angehaltenen Verbände in eine ausgebaute kürzere Frontstellung zu nehmen und erste Absetzbewegungen einleitete, ging die Rote Armee am 5./6.12.1941 überraschend zur gut vorbereiteten Gegenoffensive ihrer «Westfront» über. Mit voller Wucht durchbrachen die durch unverbrauchte, für den Winterkampf ausgerüstete Verbände aus Fernost verstärkten sowjetischen Armeen unter den Sowjetmarschällen und Generalen Zukov, Timosenko, Konev und Mereckov die schwachen deutschen Linien. Nach eigenen Angaben war es der Sowjetführung seit Oktober gelungen, das Kräfteverhältnis durch Heranführung strategischer Reserven zu ihrem Vorteil zu verändern und «eine machtvolle, mit den erforderlichen technischen Kampfmitteln ausgerüstete Kräftegruppierung zu bilden, die fähig war, den Feind im Gegenangriff zu zerschlagen»¹⁰⁹.

Allein der Front vor Moskau waren seit Kriegsbeginn etwa 150 Schützendivisionen und 44 Schützenbrigaden neu zugeführt worden; insgesamt hatte man in der UdSSR «mehr als 400 Divisionen neu aufgestellt», von denen 200 zum Einsatz kamen. Inwieweit dabei die aus Fernost und Mittelasien herangezogenen Verbände die Entscheidung für den sowjetischen Angriffserfolg brachten, ist ebenso wie die exakte Zahl der neu eingesetzten Divisionen umstritten¹¹⁰. Unbestreitbar ist jedoch, dass es der Roten Armee aufgrund ihrer personellen Überlegenheit durch Heranziehung von fast 10 neuen Armeen gelang, die deutsche Front an mehreren Stellen zu durchbrechen und tiefe Vorstöße zu erzielen, so dass zwischen den deutschen Armeen riesige Frontlücken klafften und sich die Gefahr der Einkesselung mehrerer Grossverbände abzeichnete.

Im Norden musste die Heeresgruppe von Leeb ebenfalls den Vorstoss auf Tichvin einstellen und die Stadt am 9.12.1941 wieder räumen. Zur gleichen Zeit brach General Rommel in Nordafrika den Kampf um Tobruk ab, so dass von keinem Kriegsschauplatz Reserven abzuziehen waren. Generalfeldmarschall von Brauchitsch resignierte und erklärte, dass der Ostfeldzug «als nicht gewonnen bezeichnet werden müsse»¹¹¹, zudem bat er aus Krankheitsgründen um seine Entlassung. Feldmarschall von Bock gestand ein, dass es ein «Irrtum»

war, noch kurz zuvor anzunehmen, «dass der Feind nur noch mit allerletzter Kraft um sein Leben rang»¹¹². Nach den gewaltigen Einbrüchen der Roten Armee verlangten die Heeresgruppen- und Armeeeoberbefehlshaber die Zurücknahme der deutschen Verbände in kürzere Auffangstellungen. Hitler gab in seiner Weisung Nr. 39 den Befehl, alle grösseren Angriffsoperationen sofort einzustellen und «in kräftesparenden Fronten» zur Verteidigung überzugehen¹¹³. Er begründete diese Anweisung mit dem überraschenden Einbruch des strengen Winters. Völlig unreal war jedoch seine Anordnung, die Panzerverbände zur Auffrischung aus der Front herauszuziehen und durch Teile der Fronttruppen neue Befestigungslinien anlegen zu lassen. Hitler dachte daran, durch Einsatz russischer Zivilarbeiter und Gefangener personelle Reserven in der Heimat freimachen, rasch neue Verbände aufstellen und sie zum Einsatz an die Front bringen zu können. Die Heeresgruppen und Armeen hatten jedoch vorerst keine Reserven mehr, um Hitlers Weisung durchführen zu können. Im Süden von Moskau konnte sich Guderians Panzerarmee nur mit Mühe geordnet zurückziehen. Am 16.12.1941 musste Kalinin nördlich von Moskau aufgegeben werden.

Ab 15.12.1941 kehrten bereits die ersten sowjetischen Behörden von Kujbyschew nach Moskau zurück. Nach einer Besprechung mit Bock sah Brauchitsch «keinen Ausweg mehr, um das Heer aus der schwierigen Lage zu retten»¹¹⁴. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe hatte ihm erklärt, er könne weitere sowjetische Gegenangriffe nicht mehr aufhalten. Da keine personellen Reserven aus dem Ersatzheer zur Verfügung standen, wies dessen Befehlshaber, Generaloberst Fromm, darauf hin, dass es an der Zeit sei, den Sowjets Friedensvorschläge zu unterbreiten¹¹⁵. Allgemein schätzte Fromm die Situation ernster ein, als es bisher Hitler und dessen Umgebung «zum Bewusstsein gekommen» sei.

Wiederholt verlangten die deutschen Frontbefehlshaber eine Zurücknahme der Truppen sowie rasche Ausweichbewegungen. Hitler wollte davon jedoch nichts hören. So befahl er ab 16.12.1941 mehrmals, keinen «Fussbreit Boden» aufzugeben. Die Divisionen seien «zum fanatischen Widerstand in ihren Stellungen zu zwingen»¹¹⁶. Obwohl örtliche Rückzugskämpfe dennoch unvermeidlich waren und vereinzelt Absetzbewegungen eingeleitet werden mussten, liess Hitler sich grundsätzlich nicht umstimmen; die deutschen Soldaten sollten «bis zum Äussersten halten und kämpfen». Grössere Rückzugoperationen blieben untersagt. Mehrere Oberbefehlshaber und Kommandierende Generale, die trotz allem auf den Rückzug drängten, wurden von Hitler in den nächsten Tagen abgelöst, entlassen oder auf eigenen Wunsch von ihrem Kommando entbunden (v. Bock, v. Leeb, Hoepner, Guderian, Strauss, Förster, Graf v. Sponeck, Frhr. v. Gablenz, Kübler, Geyer). Am 19.12.1941 übernahm der «Führer» von Brau-

chitsch zusätzlich die Funktion des Oberbefehlshabers des Heeres. Nach aussen hatte er damit einen Schuldigen für die Niederlage aufzuweisen. Generaloberst Halder blieb dagegen Generalstabschef des Heeres.

Hitler wollte die Niederlage nicht eingestehen, musste jedoch erkennen, dass sein militärisches Konzept gescheitert war. In seinem Aufruf an die «Soldaten des Heeres und der Waffen-SS» vom 19.12.1941¹¹⁷, in dem er die Übernahme der Heeresführung mitteilte, forderte er zum zähen Ausharren bis zum Frühjahr 1942 auf. Dann werde der offensive Kampf wieder aufgenommen, um den Gegner endgültig zu vernichten. Geschickt pries er es als «Glück», dass mit Japan «eine Weltmacht als Freund und Kampfgenosse» nunmehr an der Seite der deutschen Soldaten stehe.

Die Katastrophe an der Ostfront vor Moskau wurde in der Tat durch den überraschenden Kriegseintritt Japans überlagert, das am 7.12.1941 die US-Flotte in Pearl Harbor überfallen hatte. Entsprechend früheren Zusicherungen gegenüber Tōkyō stimmte Hitler sofort zu, an der Seite Japans den USA den Krieg zu erklären, ohne seinerseits von Japan die Kriegführung gegen die UdSSR zu verlangen¹¹⁸. Nach Abschluss eines rasch formulierten «Nichtsonderfriedensvertrages» zwischen Berlin, Rom und Tōkyō sprach er die Kriegserklärung in der eiligst nach Berlin einberufenen Reichstagsitzung am 11.12.1941 aus. In seiner längeren Rede ging er auch kurz auf die Situation im Osten ein¹¹⁹. Allein ein überraschender «Einbruch des Winters» – so erklärte er – habe der deutschen Offensivbewegung vorübergehend «eine Hemmung» auferlegt. Insgesamt kam es Hitler sehr gelegen, dass die japanischen Erfolge im Pazifik von der miserablen Lage an der Ostfront ablenkten. Diese Kompensationsmöglichkeit dürfte wohl auch Einfluss auf seine «Flucht nach vorn»¹²⁰ genommen haben, so dass er ohne militärische Planung oder Kriegskonzept den Krieg gegen die USA begann. Zuversichtlich erklärte er dann dem japanischen Botschafter Oshima am 13.12.1941, im Frühjahr würden an der Ostfront die «Operationen im Grossen wieder aufgenommen»¹²¹.

Ende Dezember war die erste Etappe der sowjetischen Gegenoffensive abgeschlossen. Die Rote Armee hatte die Bedrohung Moskaus durch die deutschen Divisionen beseitigt; zwischen 100 und 280 km waren die deutschen Truppen vor Moskau unter schweren Verlusten an Personal und Material zurückgeworfen worden. Im Januar 1942 versuchte die sowjetische Führung durch eine allgemeine Offensive an der gesamten Front von der Ostsee bis zum Asovschen Meer das deutsche Ostheer zu zerschlagen und insbesondere die Heeresgruppe Mitte durch grossräumige Einschliessung zu vernichten. Ohne Schwerpunktbildung konnte jedoch dieses weitgesteckte Ziel nicht erreicht werden, zumal es

auch den sowjetischen Verbänden bei der Aufrechterhaltung ihrer Offensivkraft an weiteren Reserven, Waffen und Munition mangelte¹²². Nachdem Hitler Mitte Januar 1942 schliesslich doch einen Teiltrückzug der Heeresgruppe Mitte in die «Winterstellung» genehmigt hatte, schwächte sich die Angriffskraft der Roten Armee Ende Januar ab. Ein möglicherweise kriegsentscheidender Durchbruch der Roten Armee und die strategische Umfassung der Heeresgruppe Mitte konnten dadurch verhindert werden. Später wurde es der schwerpunktlosen und verzettelten Operationsführung Stalins und dessen Forderungen nach ständigen Frontalangriffen zugeschrieben, dass diese Chance von der Sowjetarmee nicht genutzt werden konnte¹²³. Mit Erleichterung konstatierte schliesslich die Weisung des OKH «für die Kampfführung im Osten nach Abschluss des Winters» vom 12.2.1942, dass dank der Kampfleistung des deutschen Heeres der feindliche Ansturm doch noch «zum Stehen gebracht» worden war¹²⁴.

8. Zur Diskussion über Gründe und Ursachen der deutschen Niederlage

Es kann in diesem Rahmen nicht darum gehen, exakt und «generalstabsmässig» die Fehler aufzuzählen, um zu schildern, wie es anders und möglicherweise besser hätte gemacht werden können. Dennoch erscheint es angebracht, einigen vermeintlichen Gründen nachzugehen, die ganz offensichtlich dazu dienten oder in der Historiographie noch weiterhin dienen, die schwerwiegende Niederlage vor Moskau auf spezielle, von der deutschen militärischen Führung im Grunde nicht zu verantwortende oder vorauszusehende Faktoren zurückzuführen.

Hitler und seine Paladine, aber auch die militärische Führung begannen schon recht bald, das schlechte Wetter, Schneefälle, Regen und Schlamm für das Scheitern des deutschen Heeres verantwortlich zu machen. Später hat Goebbels dieses Erklärungsmuster in einer Propagandakampagne aufgegriffen und fortgesetzt. Hitler sprach gegenüber ausländischen Diplomaten und Staatsmännern wiederholt vom Schnee, Schlamm und plötzlichem «Kälteeinbruch von 38 Grad», die den Stillstand der deutschen Operationen bedingten¹²⁵. Nach einiger Zeit redete er bereits von angeblich «42 Grad Kälte» und «minus 50 Grad»¹²⁶. Feldmarschall Keitel und General Jodl vom OKW betonten ebenfalls die «Naturkatastrophe des Winters 1941», den «selbst Zentralrussland in dieser Härte nicht mehr erlebt [habe] seit Anfang des 19. Jahrhunderts»; sie meinten, dieser Winter habe «selbst dem härtesten Willen ein gebieterisches Halt» entgegengesetzt¹²⁷. Die Schwierigkeiten aufgrund der Witterungsbedingungen sollen als ein Faktor neben anderen nicht gelehnet werden; es ist jedoch verfehlt, sie der-

art in den Vordergrund zu stellen, so dass ihnen das ausschlaggebende Gewicht für die deutsche Niederlage zugemessen wird, wie dies grösstenteils in älteren Arbeiten geschieht, aber auch neuerdings wieder vorgenommen wird¹²⁸.

Zu Recht stiess diese Argumentation in der Historiographie der DDR und UdSSR auf schärfste Kritik¹²⁹, da man zweifelsohne indirekt Leistung und Kampfvermögen der Roten Armee in Zweifel ziehen will, wenn man «General Winter» oder «General Schlamm» kommandieren lässt. Sehr leicht führt dies ferner zu dem Hinweis, die Eroberung Moskaus sei wohl möglich gewesen, wenn die Offensive, bedingt durch den Balkanfeldzug, nicht zwei Monate zu spät erfolgt sei. Ganz offensichtlich hat die Heeresführung mit diesem Wetterargument versucht, «die Schuld des eigenen Versagens einer höheren Gewalt zuzuschreiben»¹³⁰. Es ist auch müssig, auf die bessere Ausnützung des Klimafaktors durch die Rote Armee hinzuweisen. Zudem sind die Frost- und Niederschlagswerte gar nicht so extrem hoch gewesen, wie es Hitler fälschlicherweise behauptete. Im Grunde genommen war das «Propagandageschrei über den General ‚Winter‘ einfach albern», wie ein Offizier des OKH konstatierte; «dass es in Russland um diese Zeit kalt werden kann, gehörte eigentlich zum ABC eines Ostfeldzuges»¹³¹.

Dass die in den Nachschubsammellagern vorhandene Winterversorgung und -bekleidung an der Front fehlte, lag daran, dass es bei der entstandenen Transportkrise nicht mehr möglich war, zusätzliche Züge zwischen die dringend notwendigen Munitions- und Betriebsstoffzüge einzuschieben, um so den Mangel zu beheben. Insgesamt ergibt sich, «dass das Ostheer nicht nur durch den Kälteeinbruch, sondern schon vor der ersten Kältewelle aufgrund des katastrophalen Zustandes der eigenen Verbände, wegen des Zusammenbruchs der Versorgung und vor allem wegen des anhaltenden Widerstandes der russischen Truppen in den Abschnitten aller drei Heeresgruppen zum Stehen gebracht worden war»¹³².

Sehr bald hatte man auch subjektive Faktoren als Gründe zur Hand. Von den NS-Machthabern wurden einzelne Befehlshaber und Kommandeure zu «Sündenböcken» für die Niederlage abgestempelt. Im Zusammenhang mit den von Hitler vorgenommenen Ablösungen wurden Unfähigkeit, Feigheit, Defätismus und mangelnde Krisenfestigkeit der Generale als Ursachen angeführt. Der sogenannte rangälteste deutsche Offizier, «Reichsmarschall» Göring, fiel gerne bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die vermeintlichen Führungsfehler der Heeresgenerale her. Goebbels hat dem abgelösten Oberbefehlshaber des Heeres, Feldmarschall von Brauchitsch, einen grossen Teil der Schuld zugeschrieben¹³³. Er habe den genialen Feldzugsplan des «Führers» «vollkommen verkitscht und verdorben». Allein Hitler habe die Front gerettet.

In der Literatur wird dieser Gedanke insofern aufgegriffen, als man es als verhängnisvoll betrachtet, dass es bei den Führungsentscheidungen im Juli 1941 zu Differenzen zwischen OKH und Hitler gekommen sei, die zu keinem einheitlichen Beschluss und zu keiner schwerpunktartigen und raschen Fortsetzung der ersten Erfolge in Richtung Moskau geführt hätten. So sei der «Umweg über Kiev» vom OKH, der Angriff auf Moskau von Hitler nur zögernd durchgeführt worden. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass die weiteren Operationspläne sowohl des OKH als auch Hitlers von völlig unrealistischen Erwartungen ausgingen, wird deutlich, dass die grundsätzlichen Vorstellungen über die Kriegführung gegen die UdSSR zwischen Hitler und OKH gar nicht so strittig waren, das Argument folglich wenig überzeugt.

Es ist auch wenig hilfreich, diese Problematik vereinfachend auf ein «Duell Hitler-Halder» zurückzuführen und damit das Scheitern zu erklären: Danach habe Hitler wohl die richtigere Einsicht und besseren Operationspläne besessen, deren Durchführung habe Halder jedoch durch seine eigenen Vorstellungen behindert¹³⁴. Letztlich fällt Hitler die Entscheidungen. Bemerkenswert ist dabei vielmehr, dass die Heeresführung Hitler in seinen irrealen Vorstellungen unterstützte und gelegentlich sogar überflügelte. So waren, wie gezeigt, Brauchitsch, Halder und Bock nicht weniger als Hitler selbst entschlossen, Mitte November 1941 «alles auf eine Karte» zu setzen, um trotz fortgeschrittener Jahreszeit Moskau doch noch zu erreichen. Abwegig sind schliesslich die Behauptungen, Verrat und Spionage seien als Hauptursache für das Scheitern des sogenannten «Präventivschlages Barbarossa» anzusehen¹³⁵.

Auf apologetischer Linie liegt es auch, Hitler als «Rocher de bronze» und leuchtendes Vorbild «in den dunklen Monaten jenes Winters» hinzustellen¹³⁶, der mit «eiserner Entschlossenheit, ..., verbunden mit der legendären Kraft des deutschen Soldaten, Härten zu ertragen, wahrscheinlich eine grausame Niederlage vom Ostheer abgewendet» habe. In älteren Arbeiten wird wiederholt die von Goebbels und Keitel überschwänglich gepriesene «eiserner Energie» Hitlers, sowie sein Haltebefehl, seine «Willenskraft, Beharrlichkeit und unnachsichtige Härte» beschrieben, durch die es gelungen sei, vom deutschen Heer das Schicksal der Armee Napoleons von 1812 abzuwenden¹³⁷. Neuere Studien weisen darauf hin, dass die Front bereits an mehreren Stellen durchbrochen war, so dass Hitlers Haltebefehl, der an sich vorteilhaft sein konnte, auf lange Sicht zu einer nicht erfolgreichen «Flickschusterei» führen musste¹³⁸.

Hitler selbst war wohl überzeugt, dass es nur seinem militärischen Genie zu verdanken war, dass das deutsche Heer den Winter Überstand. Durch diese Brille gesehen, war für Feldmarschall Keitel der Befehl zum Halten um jeden Preis «richtig» gewesen, die Rückzugsforderungen der Truppenkommandeure

dagegen «engstirnig, egoistisch und von der Not des Augenblicks diktierte Verblendung»¹³⁹. Der damalige Sachbearbeiter für die Heeresoperationen im OKW und spätere General von Lossberg bestätigte jedoch, dass die deutschen Verbände noch fest in der Hand der Truppenführung waren, so dass ein frühzeitiges und planmässiges Absetzen «keine ernste Gefahr» bedeutete und eine bewegliche Operationsführung intakte Verbände erhalten hätte¹⁴⁰. General Halder war nach dem Krieg der Ansicht, ohne Hitlers Haltebefehl hätten schwere Verluste an Menschen und Material «durchaus vermieden werden können»¹⁴¹. Hitler habe zudem aus einer gelegentlich nützlichen Aushilfe ein Prinzip für spätere Situationen – wie Stalingrad zeigen sollte – gemacht: «Ein brauchbarer Gedanke» wurde «durch hemmungslose Übertreibung zum schweren Fehler.» Die ersten Resultate dieses Fehlers zeigten sich dann auch bereits Anfang 1942, als es aufgrund des Hitlerschen Haltebefehls zu grösseren Einschliessungen deutscher Verbände in den Kesseln von Demjansk und Cholm kam.

Unter den vielen aufzuzählenden Ursachen¹⁴² für die Niederlage vor Moskau sind zweifellos an erster Stelle die Fehlbeurteilung und fast totale Unterschätzung der Verteidigungskraft der UdSSR und des Kampfvermögens der Roten Armee zu nennen, zumal aus dem sich daraus ergebenden Überlegenheitsgefühl die Vorstellung resultierte, die Sowjetunion auch mit nur knappen eigenen militärischen Mitteln und geringen wirtschaftlichen Ressourcen rasch besiegen zu können. Die deutschen Möglichkeiten wurden dadurch enorm überschätzt. Diese Hybris sollte sich als «Realitätsblindheit» und «antikommunistisches Wunschdenken» erweisen¹⁴³. Die Unterschätzung des Gegners auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet lässt sich sowohl bei Hitler als auch bei den meisten militärisch Verantwortlichen nachweisen, ist dem «Führer» also keineswegs allein anzukreiden, wie die Planung und Strategie des OKH bei der grossen Besprechung in Orsa deutlich zeigt. Als Hitler und das OKH dann zum Jahresende 1941 jeweils eingestehen mussten, dass man die UdSSR völlig unterschätzt hatte, dass das Staatswesen der UdSSR nicht so rasch wie vorausgesagt zusammenbrechen würde und das militärische Potential der Sowjetstreitkräfte noch lange nicht erschöpft war¹⁴⁴, sind die Auswirkungen der Niederlage vor Moskau nicht mehr rückgängig zu machen gewesen.

9. Die Auswirkungen des gescheiterten Blitzkriegskonzepts auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet

Mit der Niederlage vor Moskau war der auf einen raschen Blitzkrieg ausgerichtete *militärische Plan* des «Unternehmens Barbarossa» fehlgeschlagen. Der Überfall auf die UdSSR war letztlich gescheitert. Die sieggewohnte Wehrmacht musste erstmals seit 1939 eine schwere Niederlage einstecken, der «Mythos von der Unbesiegbarkeit» der deutschen Truppen wurde damit zerstört¹⁴⁵. Auch deutsche Offiziere verfolgten die Operationen der Roten Armee und deren Leistungen «mit wachsendem Staunen» und «Respekt»¹⁴⁶. Zweifellos hat die Wehrmacht im personellen und materiellen Bestand sehr grosse, in einigen Bereichen unersetzbare Verluste erlitten. Bis zum 31.1.1942 verlor sie etwa 6'000 Flugzeuge, 3'254 Panzer und Sturmgeschütze sowie fast 918'000 Mann an Verwundeten, Gefangenen, Vermissten und Gefallenen; dies entsprach etwa 28,7% der Durchschnittsstärke von 3,2 Millionen Soldaten des Heeres¹⁴⁷. Als Folge der schweren Niederlage im Winter 1941/42 musste man feststellen, dass das deutsche Heer nicht wieder auf das materielle und personelle Niveau wie zu Beginn der Schlacht vor Moskau gebracht werden konnte. Das OKW konstatierte in seiner Denkschrift zur «Wehrkraft der Wehrmacht im Frühjahr 1942», dass «eine lückenlose Auffrischung des gesamten Ostheeres zu voller Kampfbereitschaft und Beweglichkeit weder personell noch materiell möglich» sei¹⁴⁸. Insgesamt war zwar die strategische Initiative noch nicht auf die Rote Armee übergegangen; ein entscheidendes Ergebnis war jedoch zugleich, dass Grossbritannien durch diese Niederlage im Osten von der Gefahr einer deutschen Invasion befreit war, da das deutsche Heer an der Ostfront selbst in grosse Bedrängnis und eine schwere Krise geraten war.

Auf der anderen Seite hat auch die Rote Armee grosse Verluste hinnehmen müssen. 3,35 Millionen Sowjetsoldaten waren bis Ende 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten; als Beute oder zerstört registrierte das OKH über 20'000 Panzer und 2'300 Flugzeuge¹⁴⁹. Dennoch war die UdSSR militärisch nicht zusammengebrochen. Der Kampf um Moskau hat stattdessen Ansehen und militärisch-politisches Gewicht der Roten Armee bedeutend verbessert. Die erfolgreiche Abwehr des deutschen Angriffs stärkte den «moralischen Geist» der Sowjetstreitkräfte und der sowjetischen Bevölkerung, da man dem Ansturm der deutschen Divisionen aus eigener Kraft widerstanden hatte. Stalins Aufruf zum 24. Jahrestag der Roten Armee am 23.2.1942 liess diese neugewonnene Selbstsicherheit deutlich erkennen¹⁵⁰.

Verständlicherweise wird in der marxistisch-leninistischen Historiographie das Faktum, dass die Sowjetarmee diesen Sieg erzielte, bevor die anglo-ameri-



kanische Waffenhilfe in grösserem Umfang begann und eine zweite Front im Westen errichtet war, stark herausgestellt¹⁵¹. Wiederholt wird betont, dass das deutsche Heer nicht erst bei Stalingrad oder Kursk, sondern bereits vor der sowjetischen Hauptstadt die erste gewaltige und entscheidende Niederlage im Zweiten Weltkrieg erlitten habe. Im besonderen Masse wird dabei der Erfolg auf die «Kriegskunst der sowjetischen Führung» oder gar auf die «gewaltige politische und organisatorische Arbeit» der Sowjetregierung und der Partei als «grosser Inspirator und Führer des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte» zurückgeführt¹⁵².

Die Folgen der Schlacht um Moskau liessen sich nicht nur auf rein militär-strategischem Gebiet feststellen. Das Scheitern des deutschen Kriegskonzepts hatte auch entscheidende Auswirkungen *auf kriegswirtschaftlichem Feld*¹⁵³. Ausgehend von der bisherigen Erwartung eines raschen und leichten Erfolges über die UdSSR, war der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Dr. Fritz Todt, Ende Dezember 1941 von einer Besichtigungsreise an der Ostfront mit einem zutiefst pessimistischen Urteil über die deutschen Siegeschancen zurückgekehrt¹⁵⁴. Die Niederlage des deutschen Heeres machte es notwendig, den Krieg gegen die Sowjetunion gleichzeitig mit dem Kampf gegen Grossbritannien und den neuen Gegner USA zu führen, einen nun wohl lang andauernden Krieg, dessen kriegswirtschaftliche Grundlagen in Deutschland erst geschaffen werden mussten. Nach Bildung der Anti-Hitler-Koalition auf der Gegenseite ging es darum, wie lange das Dritte Reich und seine Achsenpartner den überlegenen materiellen und personellen Kräften der angelsächsischen Mächte, die durch die ab 1942 verstärkt anlaufenden Kriegsmateriallieferungen auch der UdSSR zugute kamen, standhalten konnten. Das Ende der Blitzkriegsphase im Dezember 1941 führte zum «Wiederaufleben der Lehren vom totalen Krieg, wie sie als Erfahrung der vier Kriegsjahre November 1914 bis November 1918 gezogen worden waren»¹⁵⁵. Berlin war gezwungen, für diesen längeren Krieg die Wirtschaftssituation strukturell durch eine alle Potentiale und Ressourcen erfassende Konzeption zu verbessern und eine Umstellung der bisherigen deutschen Kriegswirtschaft vom «friedensähnlichen Konzept» im Rahmen einer verstärkten totalen Mobilisierung vorzunehmen. Der zunehmende Arbeitskräftemangel sollte durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener behoben werden. Am 10.1.1942 bestimmte ein neuer Rüstungserlass Hitlers «in Anpassung an die veränderte Kriegslage», dass der seit Sommer 1941 beabsichtigte stärkere Ausbau von Luftwaffe und Kriegsmarine zurückgestellt und das Heer bei der Rüstungsproduktion zunächst wieder bevorzugt werden sollte¹⁵⁶. Neue Kontroll- und Lenkungsinstanzen wurden eingerichtet, um zu einer Rationalisierung und Steigerung der Rüstung zu gelangen. Im Februar/März 1942 wurden Albert Speer zum Reichsminister für Bewaffnung und

Munition ernannt sowie Gauleiter Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz bestellt. Insofern bedeutete die Niederlage der deutschen Truppen vor Moskau für die deutsche Kriegswirtschaft eine deutliche «Zäsur»¹⁵⁷, da man auch auf kriegs- und rüstungswirtschaftlichem Gebiet vom Blitzkriegskonzept Abstand nahm.

Für die UdSSR brachte der Sieg vor Moskau eine Entlastung auf dem kriegswirtschaftlichen Sektor. Hauptsächlich erfolgte dies durch die ab Jahreswechsel 1941/42 anlaufende Produktionsaufnahme der in den östlichen Landesteil evakuierten Industrieanlagen; in geringerem Masse halfen auch die erst 1942 allmählich beginnenden Kriegsmateriallieferungen der angloamerikanischen Mächte, nachdem der US-Senat am 5.11.1941 den Lieferungen an die UdSSR zugestimmt hatte und es nach der Abwehr des deutschen Angriffs zu einer Neubewertung der militärischen und internationalen Stellung der UdSSR gekommen war¹⁵⁸. Mitte Dezember kam es beim Besuch des britischen Aussenministers Eden in Moskau zu einer ersten Abstimmung der gemeinsamen Kriegsziele. Stalin konnte nunmehr unabhängiger und selbstbewusster auftreten als bei den ersten Kontakten mit London und Washington im Juli 1941. Er fühlte sich bereits so siegesgewiss, dass er mit Eden die Grenzen Nachkriegseuropas und die Aufteilung Deutschlands festlegen wollte.

Insgesamt festigte der Sieg der Sowjetunion die Anti-Hitler-Koalition und verbesserte zugleich das *internationale Ansehen* der UdSSR, die dann auch als Erstsignatarmacht im Kreise 26 weiterer Staaten am 1.1.1942 die Deklaration zur Gründung der Vereinten Nationen mitunterzeichnete¹⁵⁹. Die Ende 1941 demonstrierte militärisch-politische Unabhängigkeit von den Westmächten hat die UdSSR auch im weiteren Verlauf des Krieges geschickt für sich ausnutzen können.

Dagegen war Hitlers Prestige als «Führer» der Hegemonialmacht Europas schwer angeschlagen. Für die deutsche Propaganda war es jedoch ausgesprochen günstig, dass der Kriegseintritt und die ersten militärischen Erfolge Japans gegen die USA und England in Ostasien von der Krise an der Ostfront ablenkten. Mit Hilfe der Siege des ostasiatischen Kaiserreichs konnte man die eigene Misere verschleiern. Hitler bezeichnete den Kriegseintritt Japans als «eine grosse Erleichterung» für Deutschland, obwohl er gegenüber dem japanischen Botschafter Öshima am 3.1.1942 zugeben musste, dass er noch nicht wisse, «wie man die USA besiege»¹⁶⁰. Bei den übrigen verbündeten und befreundeten Regierungen des Dritten Reiches traten jedoch erste Zweifel an den Siegesaussichten Berlins auf. Als besorgniserregend, wenn nicht gar als katastrophal wertete man beispielsweise in Finnland die militärische Situation Deutschlands nach dem Kriegseintritt der USA und dem gescheiterten Angriff auf die UdSSR,

da man von Anfang an einen raschen Sieg erwartet hatte¹⁶¹. Während sich dadurch eine vorsichtige und zurückhaltende Position in Bezug auf die weitere Beteiligung an Hitlers Ostkrieg ausbildete, bedrängte die NS-Führung die Verbündeten, ihren personellen und materiellen Anteil am Krieg gegen die UdSSR erheblich zu erhöhen. Angesichts des sogenannten «Entscheidungskampfes im Osten» für ganz Europa verlangte das OKW Anfang Januar 1942 eine erheblich stärkere Beteiligung aller europäischen Nationen für den 1942 bevorstehenden Kampf gegen die Sowjetunion¹⁶², um die für neue Angriffsoperationen erforderliche personelle Überlegenheit sicherzustellen, da die Wehrmacht dazu allein nicht in der Lage war.

Für den improvisierten Gesamtkriegsplan und die politische Zielsetzung Hitlers, wie sie zu Beginn des Unternehmens «Barbarossa» und auf dem Höhepunkt der Erfolge im Juli 1941 zu erkennen waren, stellte sich die Niederlage vor Moskau als entscheidender Fehlschlag, als unbestreitbares Fiasko des Blitzkriegskonzeptes dar. Berücksichtigt man die eingangs dargestellte funktionale Bedeutung des Ostkrieges für Hitlers Gesamtstrategie zur Erringung der «Weltmachtposition» für das Dritte Reich, dann wird deutlich, wie vernichtend sich die Niederlage vor Moskau auf diese Pläne auswirken musste¹⁶³. Mit der Katastrophe vor Moskau waren Hitlers Pläne und seine Ziele für die besetzten Ostgebiete der UdSSR, deren räuberische Ausbeutung erst die Grundlagen für den Aufbau jener deutschen «Weltmacht»-Stellung schaffen sollte, letztlich «im ganzen gescheitert». Es war nicht gelungen, die UdSSR vor Kriegseintritt der USA als militärischen Faktor auszuschalten. Der Sieg der Roten Armee war zweifellos eine «Zäsur» des gesamten Weltkrieges; für den Kampf an der Ostfront symbolisierte er die grundlegende Wende, da er das Ende der deutschen Blitzkriegskonzeption für jeden sichtbar anzeigte.

Nach dieser Wende konnte Hitler sein Ziel, «Lebensraum im Osten» zu gewinnen, nicht mehr erreichen. In Verbindung mit dem Kriegseintritt der USA gab es auch keinen Grund anzunehmen, dass Stalin den beiderseits rücksichtslos geführten Kampf etwa zu den Bedingungen Hitlers aufgeben würde – auch nicht nach einem etwaigen Verlust Moskaus; es war absurd, auf eine politische Lösung dieses Krieges zu hoffen. Hitler hat dann auch auf Andeutungen in seiner näheren Umgebung, den Krieg vorerst defensiv weiterzuführen und ihn danach durch eine politische Lösung zu beenden¹⁶⁴, nicht reagiert. Deutlicher als seine militärischen Berater hat er erkannt, dass seine Weltherrschaftspläne und Kriegsziele im Osten keine politische Lösung gestatteten. Gegenüber der UdSSR war Hitler zu einer Verständigung nicht bereit, während er noch im November 1941 auf einen Verständigungsfrieden mit Grossbritannien speku-

liert hatte¹⁶⁵. Als Ribbentrop während der Neujahrsgratulation für 1942 die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit Stalin sondierte, erwiderte Hitler sogleich, «dass im Osten nur eine klare Entscheidung zwischen Sieg oder Niederlage in Frage kommen könnte»¹⁶⁶. Wie General Jodl überlieferte, war es Hitler «klar, als die Katastrophe des Winters 1941/42 hereinbrach, dass von diesem Kulminationspunkt des beginnenden Jahres 1942 an kein Sieg mehr errungen werden konnte» und dass ferner «mit einer schnellen Beendigung des Krieges nicht mehr zu rechnen war»¹⁶⁷. Einen Verhandlungsfrieden gab es für die von Hitler konzipierten Kriegsziele im Osten jedoch nicht. Für ihn ging es darum, so lange wie möglich zu versuchen, durch erneute Angriffe auf die UdSSR die Entscheidung doch noch zu seinen Gunsten gewaltsam zu erzwingen und keine Chance ungenutzt zu lassen, um das Deutsche Reich zur sogenannten letzten Kraftanstrengung zu bringen.

Dementsprechend plante er auch für 1942 neue Offensiven an der Ostfront, die nun im Süden in Richtung Kaukasus zielen sollten. Dabei war Hitler nach wie vor von der fixen Idee beherrscht, auch die Sowjetunion habe im Winter ihre Reserven weitgehend verbraucht und es sei daher möglich, im Sommer 1942 deren verbliebene Wehrkraft endgültig zu vernichten, wie seine Weisung Nr. 41 vom 5. April 1942 in unverbesserlichem Optimismus bestimmte¹⁶⁸. Doch schon in seinem Neujahrsaufruf an das deutsche Volk und Tagesbefehl an die Wehrmacht vom 4. Januar 1942 machte er deutlich, dass es vorerst kein Ende des Krieges gab, das Jahr 1942 nun vielmehr «die Entscheidung bringen» sollte¹⁶⁹.

Hitler hat in dieser Zeit nicht verheimlicht, dass er den Krieg weiterhin bis zum bitteren Ende führen würde. Es stand für ihn fest, dass es nach der Kriegsausweitung durch Japan und dem Kriegseintritt der USA ein «Kampf auf Leben und Tod» sein werde; das OKW sprach in diesem Sinne vom «Sein oder Nichtsein» Deutschlands und der übrigen mit ihm verbündeten europäischen Staaten¹⁷⁰. Ein mögliches Ergebnis und Resultat dieses schicksalhaften Entscheidungskampfes hat Hitler am 27.11.1941 gegenüber dem dänischen Außenminister Scavenius bei dessen Besuch in Berlin drastisch geschildert: «Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug sei, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es verschwinden und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. Es verdiene dann nicht mehr diesen Platz, den es sich heute errungen habe.»¹⁷¹ Anfang des Jahres 1942 bekräftigte Hitler diese Einschätzung des apokalyptischen Endes für das Deutsche Reich. In vertraulicher Tischrunde erklärte er am 27. Januar 1942: «Ich bin auch hier eiskalt: Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, für seine Selbsterhaltung sich einzusetzen, gut: dann soll es verschwinden.»¹⁷² In letzter Konsequenz bestätig-

te er damit den schon in seinem Buch «Mein Kampf» formulierten Grundsatz seines politischen Wirkens: «Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.»¹⁷³ Insofern war erst die Katastrophe von Stalingrad im Januar/Februar 1943 nötig, um zu zeigen, dass Hitlers Traum und die allgemeinen Siegesillusionen sowie das Überheblichkeitsgefühl gegenüber der Sowjetunion und den Westalliierten *endgültig* zerbrochen waren.



**Sowjetische Kriegsgefangene bergen unter Aufsicht deutscher Landwirtschaftsführer
Getreidevorräte im Osten.**

Rolf-Dieter Müller

Das «Unternehmen Barbarossa» als wirtschaftlicher Raubkrieg

Untersuchungen zur Geschichte des deutsch-sowjetischen Krieges verdrängen allzu oft den schlichten Tatbestand, dass der deutsche Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 einer primär wirtschaftlichen Zielsetzung folgte, nämlich «Lebensraum im Osten» zu erobern¹. Damit war in der konkreten Kriegssituation die Aneignung derjenigen Ressourcen gemeint, die Deutschland zur Fortsetzung seines Kampfes um die Weltvormachtstellung benötigte. Dabei bleibt völlig unbestritten, dass im Hitlerschen Verständnis von Lebensraumpolitik rassenideologische Ideen im Vordergrund standen. Ohne hier auf die Problematik des Ideologiebegriffs eingehen zu können, lässt sich doch generell sagen, dass politische Vorstellungen, wie sie der Nationalsozialismus entwickelte, ohne eine ökonomische Komponente kaum denkbar sind. So wie die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches rassistische Prägungen aufzuweisen hat, lassen sich in der Rassenideologie ökonomische Elemente ausmachen.

Man geht sicher nicht fehl, bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach den Ursachen dieses Krieges eine Gemengelage ideeller und materieller Faktoren vorauszusetzen. Es ist auch in diesem Falle für den Historiker nicht leicht, zwischen rationalen und irrationalen Kriegsursachen präzise zu differenzieren, die einzelnen Motive der Handelnden zu gewichten und von ihrer propagandistischen Verbrämung zu befreien. Dies gilt schon für den einzelnen Entscheidungsträger, erst recht aber bei der Analyse ganzer Entscheidungsgruppen. So wie man Industrielle nicht nur als blosse Vollstrecker ökonomischer Interessen, Generale nicht allein als Techniker des militärischen Instruments verstehen kann, sollte man auch in Hitler nicht nur den Ideologen sehen. Ihm, der auf dem Weg war, seine Weltherrschaftsideen zu verwirklichen, kann nicht abgesprochen werden, dass er dabei traditionelle machtpolitische Kategorien zu beachten wusste und sich um eine Abwägung von Risiken und Sachzwängen seiner Politik bemühte.

Selbst der Erfolgsrausch nach dem Frankreichfeldzug hat den Praktiker der Macht nicht zugunsten des Ideologen zu verdrängen vermocht. Rassenideologie und Antibolschewismus hatten ihn einige Monate zuvor nicht daran gehindert, mit dem ideologischen Todfeind ein Zweckbündnis einzugehen, und Hitlers La-

ge im Juli 1940 war keineswegs so, dass er nun etwa von allen Sachzwängen befreit der reinen Ideologie den Vorzug zu geben vermochte. Der Diktator wusste, dass sein Spiel nach wie vor vom Besitz über Stahl, Erdöl und Getreide abhing, und dass sein derzeitiger Besitzstand nicht ausreichte, das Spiel ruhig fortzusetzen und zu gewinnen. Die leichteste Beute aber, da war sich der Diktator sicher, lockte nun einmal im Osten². Eine ideologische Frontstellung gab es auch gegenüber dem Westen, und für einen Vorrang der Auseinandersetzung mit dem «Jüdischen Bolschewismus» gab es keine zwingende ideologische Begründung.

Für die Entscheidung zum Ostkrieg müssen also andere Faktoren den Ausschlag gegeben haben. Betrachtet man nun die strategischen Überlegungen Hitlers und seiner Generale im Sommer 1940, dann wird erkennbar, dass sie von keiner akuten Bedrohung des deutschen Machtbereichs ausgingen, aber in Rechnung stellten, dass mittelfristig ein Eingreifen der beiden Weltmächte USA und UdSSR möglich war. Nimmt man noch das negative Urteil über die militärische Kraft des Sowjetregimes dazu, dann wird verständlich, dass sich die Blickwendung nach Osten vollzog. Hitler nahm an, mit einem Schlag zwei Probleme lösen zu können: die Vernichtung eines der beiden Hauptgegner und die Aneignung der notwendigen Ressourcen für eine Fortsetzung des Kampfes um die Weltvorherrschaft. Weder die Besetzung der Britischen Insel noch die Eroberung eines Kolonialreiches in Afrika boten einen vergleichbaren Vorteil. Der geplante Ostkrieg war also – in Kategorien des Strafrechts gedacht – kein Mord aus reiner Leidenschaft, aber auch kein Totschlag aus Notwehr, sondern vielmehr der nüchtern kalkulierte Versuch eines Raubmordes.

Damit soll nun keineswegs einem monokausalen ökonomischen Determinismus das Wort geredet werden. Hitler hat in seinen zahllosen öffentlichen und geheimen Ansprachen nie einen Zweifel daran gelassen, dass der Primat bei der politischen Führung liege. Deshalb wollte er es als ein Verbrechen ansehen, «hätte ich Blut geopfert, lediglich etwa um der Möglichkeit willen, Naturschätze kapitalistisch auswerten zu können»³. Die Absage an Kriegsgewinnler und private Wirtschaftsinteressen tangierte jedoch nicht den Stellenwert der Ökonomie in seinem Expansionsprogramm. Hitler sah in dem Krieg, den er führte, stets den Kampf um die Ernährung, den Kampf «um die Grundlagen des Lebens, um die Rohstoffe, die die Erde bietet, die Bodenschätze, die unter ihr liegen, und die Früchte, die sie dem bietet, der sie bebaut»⁴.

Obwohl Hitler weder Nationalökonom oder gar willenloser «Knecht der Monopole» war und sein Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge sicher als gering anzusetzen sein dürfte, kann ihm doch ein – wenngleich vulgäres – Wissen um die ökonomischen Rahmenbedingungen und Zielvorgaben seines politi-

schen Programms nicht abgesprochen werden. Und hier schöpfte er zweifellos aus einem Schatz von Erkenntnissen, den er in den zwanziger Jahren angesammelt hatte⁵. Die Grundlagen dafür hatte er der wirtschaftspolitischen Diskussion seiner Zeit und vor allem der Kriegszieldiskussion im Ersten Weltkrieg entnommen. Sie kreisten um die Maximen

- Ablehnung weltwirtschaftlicher Verflechtungen und einer einseitigen Exportorientierung Deutschlands,
- Abkehr von einer auf unsicheren Verbindungen beruhenden Kolonialpolitik in Übersee und
- Absage an eine ungehemmte Industrialisierung und ihre sozialpolitischen Folgen.

Wie schon die Annexionisten des Kaiserreiches sah auch Hitler die Alternative in der Machterweiterung Deutschlands nach Osten, dort wo die notwendigen Rohstofflager, Absatzmärkte und Siedlungsgebiete im «Bereich der eigenen Waffen» lagen. Der Ausgang des Ersten Weltkrieges wurde nicht nur von dem zunächst noch unbekanntem Agitator der radikalen Rechten geradezu als Bestätigung für dieses Konzept begriffen.

Auch akademische Nationalökonomien, bürgerliche Politiker, Industrielle und Militärs stellten in Rechnung, dass einerseits die erfolgreiche Blockadepolitik der Siegermächte deutlich genug demonstriert hatte, dass Deutschland aus eigener Kraft den westlichen Grossmächten nicht gewachsen war, und dass andererseits in dem von der bolschewistischen Revolution durchgeschüttelten Russland ein Machtvakuum entstanden war, das vom Sowjetregime, dessen baldiges Ende alle Welt erwartete, nicht vollständig ausgefüllt wurde. So wird verständlich, dass nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918 die Kontinuität ostexpansiven Denkens – bei allen politischen Brüchen und Modifikationen – im Wesentlichen andauerte⁶. Auch und gerade in führenden Kreisen der Wirtschaft galt Sowjetrussland als ein unentbehrlicher Absatzmarkt und Rohstofflieferant. Er musste – mit welchen Mitteln auch immer – in eine möglichst enge Verbindung mit dem Deutschen Reich gebracht werden. Hitler zählte zu denen, die die mit dem Schlagwort «Rapallo» verbundene Strategie wirtschaftlicher Einflussnahme und politisch-militärischer Kooperation ablehnten und stattdessen auf eine gewaltsame Unterwerfung und Ausbeutung Russlands setzten. Seine Vorstellungen verbanden sich nahtlos mit dem Konzept einer autarken deutschen Grossraumwirtschaft, das sich seit Anfang der dreissiger Jahre zur Leitlinie der Wirtschaftspolitik in Deutschland entwickelte.

1. Ökonomie und Ostkrieg als Forschungsproblem

Für den Umstand, dass die westdeutsche Historiographie diesen Aspekten des Hitlerschen Lebensraumkrieges gegen die Sowjetunion bislang so wenig Beachtung geschenkt hat⁷, gibt es eine Reihe von Erklärungen. Dazu gehört die Fixierung auf Hitlers politisch-ideologische Ideenwelt ebenso wie die Herausstellung aussenpolitischer Entscheidungsprozesse und militärischer Entwicklungen. Beispielhaft ist hierfür die ältere Arbeit von Andreas Hillgruber über Hitlers Strategie 1940/41, die den wirtschaftlichen Aspekten des Ostkrieges nur wenige Seiten widmete⁸. Dies lag sicher auch in der damals schwierigen Quellenlage begründet, die sich aufgrund der Rückgabe deutscher Akten durch die Alliierten entscheidend verbessert hat. Verständlich ist daneben die Befangenheit in der Zeit des sogenannten Kalten Krieges. Wer damals etwa kritisch nach der Verantwortung der deutschen Grosswirtschaft fragte, setzte sich allzu schnell dem Verdacht aus, der sowjetmarxistischen Propaganda Vorschub zu leisten. Denn diese vertrat die These, dass Hitler nur ein Handlanger derselben Generäle und Industriellen gewesen sei, die nun in Westdeutschland erneut gegen die UdSSR zum Kriege rüsteten.

Sieht man einmal von solchen propagandistischen Verrenkungen ab, so lässt sich feststellen, dass die Bemühungen von kommunistischer Seite zu durchaus beachtlichen Ergebnissen geführt haben. Speziell die Historiker der DDR konnten für ihre Quelleneditionen reichhaltiges Material aus den ihnen zugänglichen Firmenarchiven aufspüren⁹. Seine Auswertung und Interpretation ist freilich von einer parteilichen Geschichtsauffassung und einem dogmatischen Faschismusverständnis geprägt. Ihre Behauptung, dass die «Raubgier» der Konzerne und ihre langgehegten Expansionsziele die eigentlichen Ursachen für den deutsch-sowjetischen Krieg und seine barbarischen Erscheinungsformen darstellten, konnte nicht schlüssig bewiesen werden. Der Hinweis auf Kontinuitätslinien zu ostimperialen Vorstellungen deutscher Industrieller in einer Zeit, als Hitler noch als Meldegänger des Ersten Weltkrieges seine persönliche Erfüllung fand, ist – wie bereits erwähnt – nicht unberechtigt, bleibt aber von der kommunistischen Historiographie unausgefüllt. Davon einmal abgesehen, vermögen die antibolschewistische Einstellung der «Monopolherren» und individuelle Firmeninteressen die verbrecherische Kriegspolitik des Dritten Reiches gegenüber der UdSSR allein nicht zu erklären, unterschied diese sich doch kaum von dem Vorgehen im besetzten Polen, einem feudalkapitalistischen Staat also. Ebenso wenig überzeugend bleibt die von dem führenden Wirtschaftshistoriker der DDR, Dietrich Eichholtz, gebotene theoretische Ableitung von ostexpansiven Zielen deutscher Konzerne aus spezifischen Produktionsverhältnissen¹⁰.

Im Gegensatz zu einer auf militärische Entscheidungsprozesse verengten Betrachtungsweise, wie sie gerade im Zusammenhang mit dem «Unternehmen Barbarossa» in der Bundesrepublik Deutschland gepflegt worden ist, kann schon hier – als vorweggenommenes Ergebnis – festgehalten werden, dass

- erstens Hitler selbst bei der Planung und Durchführung dieses Krieges gegenüber den Militärs häufiger von ökonomischen als von politisch-ideologischen Zielsetzungen sprach, dass
- zweitens sein bekanntes tiefgreifendes Zerwürfnis mit der Heeresführung im Verlauf des Feldzuges vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte, dass Hitler auf die Priorität ökonomischer Ziele auch bei der Operationsführung setzte, was vom Generalstab des Heeres abgelehnt wurde, und dass
- drittens die Ursache für das Scheitern des Kriegsplanes und damit für den schliesslichen Untergang des Dritten Reiches wohl auch darin begründet sein dürfte, dass die mit diesem Krieg verknüpften wirtschaftlichen Probleme und Zielkonflikte nicht gelöst werden konnten.

Es scheint also mehrfach lohnend zu sein, die ökonomischen Hintergründe und Bestimmungsfaktoren des deutsch-sowjetischen Krieges schärfer in den Blickpunkt zu nehmen. Dabei lässt sich nicht nur ein bislang unscharf gebliebener Eindruck von den Entscheidungsprozessen auf deutscher Seite erhellen, sondern auch ein besseres Verständnis für die Ursachen und Folgen dieses Krieges erwarten.

2. Wirtschaftliche Motive für den Entschluss zum «Unternehmen Barbarossa»

Wenden wir uns zunächst der Situation im Sommer 1940 zu, als Hitler und die militärische Führungsspitze nach dem Sieg über Frankreich und in Erwartung eines baldigen Friedensschlusses mit Grossbritannien erste Überlegungen für einen Krieg gegen die UdSSR anstellten. Dabei fällt auf, dass sowohl der Diktator als auch seine Generäle der ökonomischen Begründung ein grosses Gewicht zumassen. Die eigenständigen Planungen der Heeresführung zielten auf einen begrenzten Schlag gegen die Sowjetunion, um den deutschen Vorherrschaftsanspruch in Ost- und Südosteuropa zu befestigen und die wirtschaftlich wertvollen Westgebiete der UdSSR zu besetzen. In parallelen Überlegungen der Marineführung wurde die Notwendigkeit eines Ostkrieges damit begründet, dass Deutschland eine autarke Wirtschaft brauche, die nur durch die Einverleibung des europäischen Teils der UdSSR erreichbar sei.

Eine aktuelle Zwangslage, die ein solches Vorgehen erforderlich machen

würde, wurde freilich von niemandem konstatiert, hatte sich doch die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR bis zu diesem Zeitpunkt als beiderseits vorteilhaft bewährt. Für die deutsche Kriegführung gegen Polen und die Westmächte war sie eine unverzichtbare Voraussetzung gewesen, wofür die NS-Führung allerdings einen hohen Preis zu zahlen hatte: die Auslieferung der sowohl strategisch wie ökonomisch wichtigen osteuropäischen Randstaaten und die Drosselung der eigenen Aufrüstung zugunsten der Exportlieferungen in die Sowjetunion. Auch in Einzelfragen war die Gegensätzlichkeit der Standpunkte und Interessen so gross gewesen, dass man sich im Februar 1940 nur auf ein Wirtschaftsabkommen mit einjähriger Laufzeit geeinigt hatte. Es enthielt einige beachtliche Vorleistungen Moskaus und gestattete Deutschland den Einsatz aller verfügbaren Rohstoffe für den Kampf gegen die Westmächte¹¹.

Der Sieg gegen Frankreich führte dann zu einer vorübergehenden Entspannung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Für die deutsche Grosswirtschaft boten sich nun auf dem Kontinent und – so konnte man annehmen – nach dem Ausgleich mit England auch auf dem Weltmarkt ungeahnte Expansionschancen. Schon von daher wäre es verfehlt, im Sinne der kommunistischen Agententheorie eine direkte Einflussnahme seitens der Grossindustrie auf Hitlers Entschlussfassung im Sommer 1940 zu vermuten. Der Diktator bedurfte überhaupt nicht eines solchen Anstosses zur Wendung nach Osten, die in seinen öffentlichen und internen Äusserungen seit zwanzig Jahren vorgezeichnet gewesen war.

Unabhängig von politischen Direktiven beurteilte man allerdings auch in Hitlers Umgebung das Bündnis mit Stalin als zunehmend problematisch. Es gab dafür eine Reihe einleuchtender Gründe. Zum einen bestand und würde wohl auch in Zukunft fortbestehen eine bedenkliche Abhängigkeit Deutschlands von lebenswichtigen sowjetischen Rohstoffund Nahrungsmittellieferungen, während Berlin weniger denn je fähig und willens war, hierfür einen angemessenen politischen und materiellen Preis zu zahlen. Zum anderen erlitt der deutsche Machtbereich mit dem im Pakt von 1939 vereinbarten Zugriff Stalins auf die baltischen Staaten und die rumänischen Ostgebiete einen empfindlichen Verlust an wirtschaftlicher Substanz. Die massive Einflussnahme Moskaus auf dem Balkan, damals der wichtigste Lieferant des Dritten Reiches, beurteilte man in Berlin zumindest als lästig, wenn nicht gar als potentielle Bedrohung lebenswichtiger Interessen. Dennoch glaubte weder die politische noch die militärische Führungsspitze an eine akute Gefahr. Nach wie vor galt die Sowjetunion als ein «schlafender Riese» und das Sowjetregime als unfähig zu grösseren aussenpolitischen oder gar kriegerischen Aktionen.

Hitler Ende Februar 1940: «Die Russen greifen in 100 Jahren nicht an.¹²⁾

Vor dem Hintergrund einer möglicherweise bevorstehenden, längeren Auseinandersetzung mit dem anglo-amerikanischen Machtblock schien allerdings eine rechtzeitige «Abrechnung» mit dem «lachenden Dritten», der UdSSR, naheliegen.

Auch die unter massgeblicher Beteiligung der Privatwirtschaft ausgearbeiteten Pläne für die «Neuordnung» der europäischen Wirtschaft nach dem Kriege legten einschneidende Veränderungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis nahe, galt doch als Fernziel die Errichtung einer blockadefesten und autarken Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung, die – so hiess es damals in einer halbamtlichen Denkschrift – «in ihrem letzten Friedensziel sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Zypern umfassen» müsse, «mit ihren natürlichen kolonialisatorischen Ausstrahlungen in den sibirischen Raum und über das Mittelmeer nach Afrika hinein»¹³⁾. Ein solches Programm, daran liessen zahlreiche andere Denkschriften und Gutachten von privaten und staatlichen Wirtschaftsstellen ebenfalls keinen Zweifel, setzte die Einbeziehung Russlands, den gesicherten Zugriff auf seine Ressourcen und die Umwandlung in einen nach deutschen Interessen ausgerichteten Ergänzungsraum voraus, ohne eigene Verarbeitungs- und Schwerindustrie, ausschliesslich mit der Rohstoff-Förderung und der Produktion von Nahrungsmitteln befasst.

Als Hitler am 31. Juli 1940 die Vorbereitung eines Überfalls auf die UdSSR anordnete, konnte er sicher sein, volles Verständnis für diese Entscheidung zu finden, auch dafür, dass er im Gegensatz zu den bisherigen Überlegungen in der Heeresführung die «grosse» Lösung ansteuerte, d.h. die Zerschlagung der gesamten Sowjetunion. Die Eroberung des europäischen Teils mit seinen Industriezentren, Kornkammern und Rohstofflagern versprach einen zweifachen Nutzen:

- einmal die Stärkung der eigenen Kriegswirtschaft durch die erwartete riesige Beute an Ressourcen und die Eingliederung als Ergänzungsraum für die deutsche Grossraumwirtschaft,
- sowie zum anderen die Vernichtung der vitalen Kräfte des Sowjetstaates durch die Wegnahme bzw. Zerstörung der wichtigsten wirtschaftlichen Kraftquellen.

3. Die Missachtung ökonomischer Faktoren durch die Heeresführung

Es ist bemerkenswert, dass dieser Zusammenhang, auf den Hitler von Anfang an hinwies, bei der nun intensivierten militärischen Operationsplanung praktisch unbeachtet blieb. Im Oberkommando des Heeres ging man daran, den Feldzug nach herkömmlichem Muster und in deutlicher Anlehnung an die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zu planen. Danach sollte der Krieg durch einen raschen, konzentrischen Stoss auf die Hauptstadt des Feindes entschieden werden, ungeachtet der bekannten Tatsache, dass sich die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete im Norden und Süden der Sowjetunion befanden. Nicht über die ukrainische Ebene in Richtung auf das begehrte kaukasische Erdöl, sondern durch die karge und grösstenteils wegelose Landschaft Mittelrusslands sollte nach den Vorstellungen des Generalstabes die motorisierte deutsche Blitzkriegsarmee vorstossen.

Dass im Lirai und in Mittelasien leistungsfähige Industriezentren vorhanden waren, die durch eine Evakuierung von Anlagen und Maschinen aus den westlichen Grenzgebieten verstärkt werden konnten, war dem Generalstab zwar bekannt, blieb aber weitgehend ausser Betracht. Man hielt dies für gerechtfertigt in der Annahme, dass sich die Rote Armee in jedem Falle zum Schutz der westlichen Industriegebiete stellen und auf diese Weise von der Wehrmacht in schnellen Kesselschlachten vernichtet werden konnte. Danach würde dann der Weg frei sein, um den deutscherseits strategisch wie ökonomisch für wichtig gehaltenen Raum wie im Jahre 1918 in einer Art von Eisenbahnvormarsch zu besetzen.

Kaum jemand hielt es in Berlin für möglich, dass sich das Sowjetregime von den ersten Schlägen erholen, den weiteren Widerstand und die Kriegsproduktion organisieren und den Kampf in der Tiefe des Raumes fortsetzen könnte, galt Russland doch schon seit fast hundert Jahren – nicht nur in Deutschland – als «tönerner Koloss», erst recht nach der bolschewistischen Revolution und nach Stalins verheerenden Säuberungsaktionen.

Das Unverständnis der deutschen Heeresleitung für die ökonomischen Bedingungsfaktoren des geplanten Krieges resultierte nicht nur aus antibolschewistischen Denkmustern und Vorurteilen, sondern entsprach auch der Tradition des Generalstabes mit seiner Überbewertung des Operativ-Taktischen. Hinzu kam in diesem Falle ein schwer verständliches Versagen bei der Beurteilung des militärischen Kräfteverhältnisses. Obwohl sich die Wehrmacht auf das bis dahin grösste Militärunternehmen der Weltgeschichte vorbereitete – gemessen am materiellen und personellen Aufwand sowie an den gesteckten Operationszielen –, hielt man es keinesfalls für notwendig, dramatische Rüstungsanstren-

gungen zu unternehmen. Mit der materiellen Ausstattung, die nach den Verlusten des Westfeldzuges verblieben war und durch die laufende Produktion ergänzt wurde, sowie mit der beträchtlichen Beute an Waffen, Fahrzeugen und Gerät, glaubte man, eine Armee von 180 Divisionen ausrüsten und mit ihrer Hilfe den Russlandkrieg in etwa acht Wochen entscheiden zu können.

Die Priorität bei der Rüstung konnte aus dieser Sicht bei Marine und Luftwaffe verbleiben, die schon jetzt und auch nach «Barbarossa» die Hauptlast des Kampfes gegen England zu tragen hatten. In ihrer Siegesgewissheit wurde die Heeresführung auch dadurch nicht erschüttert, dass die im Frühjahr 1941 im Osten aufmarschierenden Truppen grösstenteils erhebliche Mängel in der Ausrüstung und Bewaffnung aufwiesen und das Minimalprogramm der Heeresrüstung erheblich im Rückstand lag, während zur gleichen Zeit die ursprünglichen Annahmen über die Stärke der Roten Armee ständig nach oben revidiert werden mussten. Das deutsche Ostheer war schliesslich quantitativ und qualitativ kaum besser ausgestattet als die vor Jahresfrist gegen Frankreich aufmarschierten Truppen. Mehr als die Hälfte der Verbände musste wegen des Fehlens von Kraftfahrzeugen wie die Grande Armée Napoleons ausgerüstet werden: mit Pferd und Wagen. Viele Verbände verfügten über ein buntes Sammelsurium von Beutewaffen und -geräten, für die es kaum Ersatzteile gab.

Es war offenkundig, dass es nicht möglich sein würde, dieses Heer über längere Zeit und grössere Entfernungen mit einer gleichbleibenden Menge von Verpflegung, Munition, Ersatzteilen und anderem Nachschub zu versehen sowie grössere personelle Verluste auszugleichen; ebenso, dass die geringen Sicherungskräfte im rückwärtigen Gebiet nicht dazu ausreichen würden, das zu besetzende Gebiet in eine herkömmliche militärische Verwaltung zu nehmen. Wenn die Verantwortlichen dennoch nicht am Erfolg zweifelten, dann vor allem deshalb, weil sie von folgenden Annahmen ausgingen:

1. dass eine schnelle militärische Entscheidung zum einen dem Feind die Möglichkeit nehmen würde, seine weit überlegenen Ressourcen zu mobilisieren, und zum anderen die Wehrmacht in die Lage versetzen würde, eine grosse Zahl von Soldaten wieder in die Rüstungsindustrie zu entlassen und aus dem Rest eine ausreichend starke Besatzungsarmee zu formieren;
2. dass es möglich sein werde, die Wehrmacht weitgehend aus dem Lande zu ernähren und mit Hilfsmitteln zu versehen, um den Nachschub zu entlasten, sodann mit dem freiwerdenden Material aufgelöster Ostdivisionen die bestehenden Lücken in der Ausrüstung zu füllen und mit einer schlagkräftigen Expeditionsarmee an der östlichen Militärgrenze sich eventuell im Lirai und in Sibirien bildende Widerstandszentren immer wieder rasch zerschlagen zu können;

3. dass die in Russland anfallende Beute an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und anderen Ressourcen gross genug sein würde, um die Engpässe in der deutschen Kriegswirtschaft endgültig zu beseitigen und das Wettrüsten mit dem anglo-amerikanischen Block aufnehmen zu können.

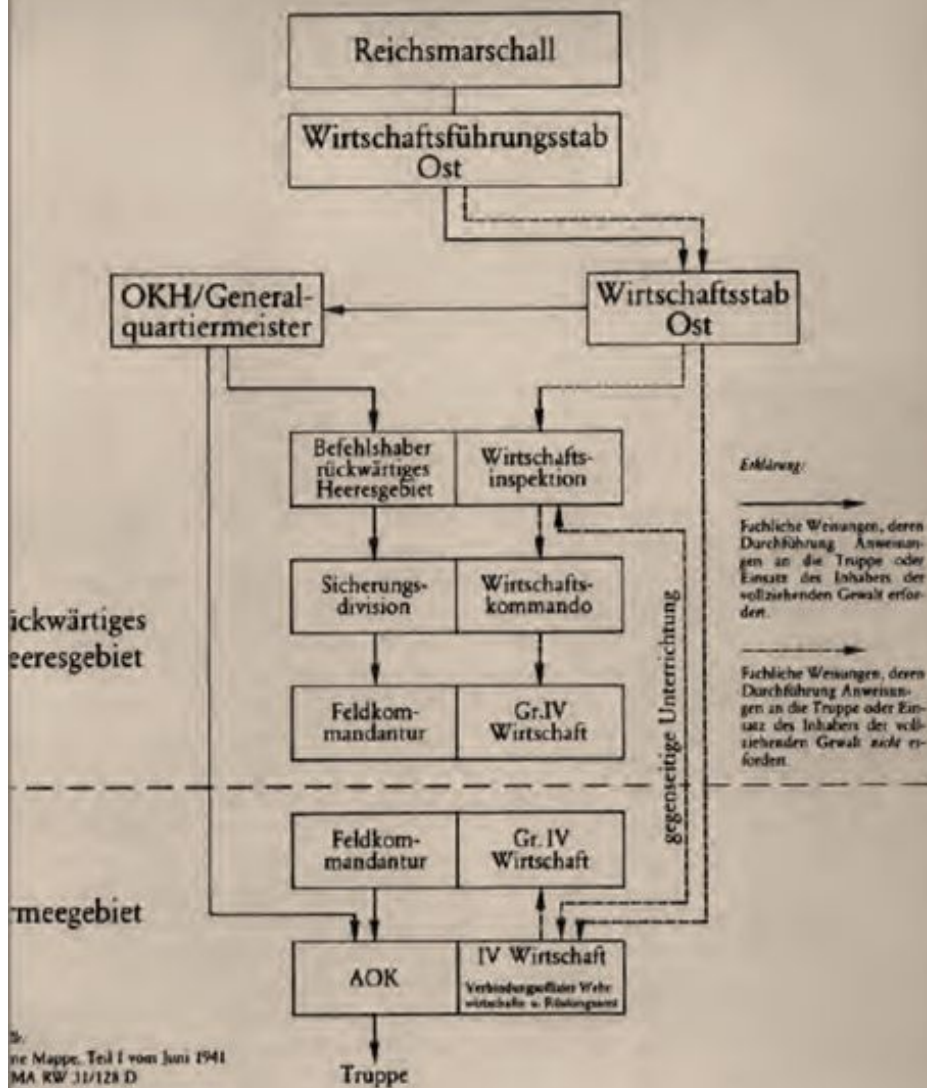
Es gab freilich schon frühzeitig Experten, die vor allzu optimistischen Grundannahmen warnten. Die Deutsche Botschaft in Moskau, der Reichsfinanzminister und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Weizsäcker bemühten sich, den umlaufenden Mythos vom Schlaraffenland im Osten zu entzaubern. Es sei vielmehr davon auszugehen, so erklärten sie in ihren Denkschriften¹⁴, dass die UdSSR schon in Friedenszeiten kaum Überschüsse an Rohstoffen und Nahrungsmitteln produzierte. Und im Kriegsfall müsse damit gerechnet werden, dass die Bolschewisten derartige Zerstörungen hinterlassen würden, dass erst nach einem jahrelangen Wiederaufbau des Landes und nach erheblichen Investitionen ein nennenswerter wirtschaftlicher Gewinn für Deutschland erzielt werden könnte.

4. Die Formulierung wirtschaftlicher Kriegsziele durch OKW und Wirtschaft

In den Führungsgremien von Staat und Wehrmacht blieben solche Warnungen unbeachtet. Aber es fällt auf, dass Hitler im Frühjahr 1941 nicht nur die ihm vorgelegten militärischen Operationspläne revidierte und auf eine stärkere Beachtung der ihm wirtschaftlich wichtig erscheinenden Randzonen im Norden und Süden Russlands drängte, sondern auch die Pläne für eine Militärverwaltung verwarf, die den wirtschaftlichen Ausbeutungszielen viel zu wenig Beachtung schenkten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss ihm klar geworden sein, dass ein Aufschub der rassenideologischen Vernichtungspläne und der radikalen Ausbeutungspolitik bis zum Ende der Kampfhandlungen nicht sinnvoll war, sondern im Gegenteil bereits vom ersten Tag der Invasion an eng mit den militärischen Handlungen zu verknüpfen waren. Sollte sich seine auch vor den Militärs wiederholt geäußerte Erwartung erfüllen, dass ihn der Ostfeldzug von allen wirtschaftlichen Sorgen befreien und ihm die Möglichkeit zum «Kampf gegen Kontinente» verschaffen würde, dann mussten auf allen Gebieten neue Organisationsformen und Verfahren gefunden werden. Für den Wirtschaftsbereich fand er zwei Männer, die – so unterschiedlich auch ihre Einstellung zum Nationalsozialismus sein mochte – in völliger Übereinstimmung eine neuartige Organisation aufbauten und ihre Zielsetzungen formulierten.

Einer von beiden, der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Her-

Die militärische Wirtschaftsorganisation Ost



bert Backe, alter Parteigenosse und Agrarexperte der NSDAP, versicherte dem «Führer», dass der Besitz der Kornkammer Ukraine alle Ernährungsprobleme Deutschlands lösen würde. Bekanntlich legten die Nationalsozialisten mit Blick auf die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges grössten Wert auf die Stabilität der Heimatfront, und die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung galt dazu als eine der wichtigsten Voraussetzungen. Im August 1939 hatte Hitler in diesem Sinne gegenüber dem Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, erklärt, er brauche die Ukraine, damit man Deutschland nicht wie 1914-18 aushungern könne¹⁵.

Trotz der aufwendigen «Erzeugungsschlachten» der deutschen Landwirtschaft genügte nämlich die Agrarproduktion des Reiches nicht zur Selbstversorgung. Und sie war erst recht ausserstande, die eroberten Zuschussgebiete West- und Nordeuropas mitzuernähren, die vor der deutschen Besetzung durch überseeische Zufuhren versorgt worden waren. Da auch die Erzeugung in Deutschland selbst kriegsbedingt rückläufig war, mussten schon in den ersten Kriegsmonaten die mühselig errichteten Getreidevorräte aufgebraucht werden. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass Backe nicht müde geworden war, auf eine Steigerung der sowjetischen Getreidelieferungen zu drängen.

Hungerrevolten in den belgischen Kohlerevieren, eine drastische Rationskürzung in Deutschland zum 1. Mai 1941 und pessimistische Ernteerwartungen steigerten zwangsläufig die Begehrlichkeit nach der Kornkammer Ukraine. Berechnungen in der Landwirtschaftsführung zeigten allerdings, dass grössere Überschüsse in Russland eigentlich nicht vorhanden waren, bei kriegsbedingten Produktionsstörungen rasch sogar ein Zuschussbedarf entstehen konnte. Die sowjetische Bevölkerung auf Kosten der deutschen zu ernähren, kam für die Nationalsozialisten natürlich nicht in Betracht. Wenn jemand hungern musste, so die klare Position von Hitler und Göring, dann die Menschen in den besetzten Gebieten, und zwar in erster Linie die Ostvölker. Wie gelang es nun Backe, eine solche Geopolitik des Hungers zu organisieren? Die Antwort lautet: indem er gegenüber der sowjetischen Bevölkerung eine radikale Aushungerungspolitik entwarf, die sich nicht um den Wiederaufbau und eine systematische Bewirtschaftung kümmerte, sondern ein Höchstmass an Nahrungsmitteln aus dem Lande presste.

Das Vorgehen ergab sich aus den agrargeographischen Verhältnissen in Russland, wo es grosse geschlossene Überschuss- und Zuschussgebiete gab. Nach Backes Konzept sollten die Überschussgebiete des Südens von den Zuschussgebieten in Mittel- und Nordrussland abgeschnitten und die Ernte für die Wehrmachtversorgung bzw. nach Mitteleuropa abgezogen werden. Es galt insbesondere die grossen Industriezentren mit ihren Bevölkerungsmassen von der

Versorgung aus dem agrarischen Umland zu isolieren und auszuhungern, um so die für deutsche Zwecke benötigten Überschüsse zu realisieren¹⁶.

Der gewünschte Nebeneffekt war die Vernichtung derjenigen Bevölkerungselemente, die im NS-Verständnis am rassistisch minderwertigsten und politisch unzuverlässigsten galten: Juden, Moskowiter, Industriearbeiterschaft. Ihr Hungertod sollte den Boden für eine radikale Entindustrialisierung Russlands und die Schaffung von kolonialem Siedlungsland für germanische Wehrbauern bereiten. Backes Richtlinien vom 23. Mai 1941 (Dok. Anh. Nr. 36, S. 323ff.) sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Viele Millionen Menschen, so hiess es dort nüchtern, werden in Russland überflüssig und müssen nach Sibirien abwandern oder verhungern. Für seine Landwirtschaftsführer, die die sowjetischen Kolchosen übernehmen sollten, erliess Backe sog. 12 Gebote, die zu einem rücksichtslosen, brutalen Auftreten gegenüber der einheimischen Bevölkerung ermunterten (Dok. Anh. Nr. 37, S. 326ff.). Die Landwirtschaftspolitik setzte sich damit in einen offenen und ungeklärten Widerspruch zur Politik Alfred Rosenbergs, Hitlers designiertem Ostminister. Während dieser danach trachtete, durch eine «schonende» Behandlung insbesondere die Ukrainer für eine Unterstützung seiner rassistischen Neuordnungspolitik zu gewinnen und hierzu vor allem auch auf die Auflösung der Kolchosen setzte, musste sich Backe einem solchen politisch motivierten Vorgehen verschliessen. Die auf dem Papier errechneten Überschüsse waren, wenn überhaupt, dann nur durch ein besonders rücksichtsloses Vorgehen in der Ukraine zu erreichen.

Backes Partner war General Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, ein Offizier, der zwar zeitweilig im Kontakt zum Widerstand gestanden hatte, zugleich aber auch um die Gunst der obersten Führung kämpfte. Im Ämterchaos des Dritten Reiches war sein Amt – nicht zuletzt auch wegen der selbstherrlichen Politik der Heeresleitung – immer mehr ins Hintertreffen geraten. So nutzte er im Frühjahr 1941 die sich überraschend bietende Chance, durch eine Denkschrift¹⁷ über den ökonomischen Nutzen eines Ostfeldzuges beim «Führer» aufzufallen. Dieser griff sofort zu und erteilte ihm den Auftrag, unter der Schirmherrschaft Görings einen völlig neuartigen militärischen Wirtschaftsapparat aufzubauen. Er sollte von den Weisungen der Heeresleitung und ihrer Militärverwaltung unabhängig bleiben und den vormarschierenden Truppen unmittelbar folgen, um die wirtschaftliche Ausbeutungspolitik ohne Verzug in Angriff nehmen zu können.

Während sich Backe um die Landwirtschafts- und Ernährungsseite kümmerte, richtete Thomas seinen Blick vor allem auf die Erfassung von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl, Kohle und Erzen, die für die deutsche Kriegspro-

duktion lebenswichtig waren. Seine Wirtschaftsorganisation, zu der auch Bakkes Landwirtschaftsapparat gehörte, sollte die Rohstoffvorräte erfassen und abtransportieren, die Förderung von Rohstoffen wieder in Gang setzen, die notwendigen Verkehrswege instandsetzen und ausbauen und für diese Zwecke auch eine gewisse Industrieproduktion ankurbeln. Nach den Vorstellungen des OKW war auch der Rüstungsbereich einzubeziehen. Ausser der Luftwaffe, die ihre gigantischen Ausbaupläne mit Hilfe der grossen russischen Flugzeugfabriken durchzuführen hoffte, wollten auch die anderen Wehrmachtteile Engpassproduktionen nach dem Osten verlagern.

Der Widerspruch zu dem langfristigen Kriegsziel einer Zerschlagung der sowjetischen Industrie und Reagrarisierung Russlands ist nicht zu übersehen. Es gilt aber festzuhalten, dass auch Thomas keinen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau anstrebte, sondern sich im Interesse einer kriegswirtschaftlichen Nutzung auf Schwerpunktgebiete konzentrieren wollte. Die übrigen Bereiche der Wirtschaft sollten vernachlässigt und – soweit möglich – für deutsche Zwecke ausgeschlachtet werden. Die hier beschäftigten Menschen sollten «verhuntern».

4. Die Mitarbeit der Privatwirtschaft

Der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes ging bei seinen Planungen von Anfang an davon aus, seine Aufgabe nur mit Hilfe der grossen Konzerne und ihrer Fachleute durchführen zu können. Bereits im August 1940 hatte sein Amt selbständig einen breiten Informationsaustausch mit einzelnen Firmen und Wirtschaftsinstitutionen über die russische Wirtschaft aufgenommen. Beim Aufbau der neuen Wirtschaftsorganisation im Frühjahr 1941 wurden diese Verbindungen ausgebaut und die führenden Positionen mit Abgesandten der Privatwirtschaft und der Wirtschaftsbürokratie aufgefüllt.

Sie beteiligten sich an der Ausarbeitung von Richtlinien für die Wirtschaftsführung in den zu besetzenden Ostgebieten, die als sog. «Grüne Mappe»¹⁸ bekannt wurden. Was nun generell die Haltung der deutschen Grosswirtschaft zu Hitlers Ostkrieg anbelangt, so lässt sich ihre Zustimmung und Mitverantwortung nicht nur in der engen Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat festmachen, sondern auch in ihren eigenen Aktivitäten. In verschiedenen Konzernzentralen vor allem der Eisen- und Stahlindustrie wurden schon Wochen vor Beginn des Überfalls Verteilungspläne für die sowjetischen Industrie- und Rohstoffanlagen gewälzt. Dabei handelte es sich freilich vorerst nur um die Chance, Firmenangehörige als kommissarische Betriebsleiter für den Osten zu benennen und mit

ihrer Hilfe rasch an Informationen über den Zustand der eroberten Werke und einen sicheren Zugriff auf eventuell noch vorhandene Rohstoffvorräte und Maschinen zu kommen.

Da Hitler und Göring mehrfach die spätere Veräusserung der industriellen Beute in Aussicht stellten, hatte die Eigentumsfrage für die Wirtschaftsführer zunächst nicht die grösste Dringlichkeit. Auch in den anderen besetzten Gebieten Europas fand man im Einvernehmen mit dem Staatsapparat zumeist eine Übergangslösung in Gestalt von Patenschaften und Treuhandschaften für die Betriebe. Eine endgültige Regelung wurde von den Nationalsozialisten aus prinzipiellen und pragmatischen Gründen auf die Nachkriegszeit vertagt.

Damit wollte man einerseits den innenpolitisch brisanten Eindruck eines Kriegsgewinnlertums verhindern und andererseits die Soldaten dadurch zum Einsatz motivieren, dass man für die Kriegsteilnehmer einen Vorrang bei der Vergabe von Handwerksbetrieben, Unternehmen, Haus- und Grundbesitz usw. proklamierte¹⁹. Grundsätzlich verfolgte das NS-Regime die Absicht, in den okkupierten osteuropäischen Gebieten eine neue Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur zu schaffen. Das auch durch eine breite Publizistik und Propaganda verbreitete Bild der künftigen deutschen Ostkolonien war geprägt durch eine bäuerliche Kultur der germanischen Herrenrasse, durchsetzt mit einer klein- und mittelständischen Industrie zur Versorgung der Landwirtschaft und mit Betrieben zur Förderung von Rohstoffen, die im industriellen Zentrum Mitteleuropas verarbeitet werden sollten²⁰. Im grossindustriellen Bereich gab es vorerst nur das Modell Auschwitz, d.h. die Grossproduktion von Grundstoffen durch ein Heer von Sklavenarbeitern, die von einer kleinen Zahl deutscher Fachkräfte beaufsichtigt wurden.

Die deutsche Grossindustrie im ganzen hatte also von daher gesehen allen Grund, zunächst einmal die Klärung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Osten abzuwarten und mit Investitionen zurückhaltend zu sein, solange nicht auszuschliessen war, dass diese möglicherweise nach Kriegsende bei der angekündigten Eigentumsregelung anderen als dem Investor Nutzen bringen würden, bzw. dass Produktionschancen und -bedingungen sich ungünstig entwickelten.

Mit der Etablierung sogenannter Ostgesellschaften wurde zwischen Staatsapparat und Privatwirtschaft erneut eine einvernehmliche Übergangsregelung gefunden. Diese von beiden Seiten getragenen Monopolunternehmen sollten kommissarische Betriebsführer einsetzen und die Bewirtschaftung in den einzelnen Bereichen übernehmen. Die Firmen gewannen auf diese Weise die Möglichkeit, zugewiesene Betriebe risikolos auszuschlachten, während sich die Staatsführung den Weg offenhielt, durch eine spätere Veräusserung der Kriegsbeute im

Osten die immensen Kosten der deutschen Aufrüstung und Kriegführung zu begleichen. Ein Vorstandsmitglied der Dresdner Bank sprach in diesem Zusammenhang vom «grössten Amortisationsplan der bisherigen Wirtschaftsgeschichte»²¹. Dazu sollte auch das Prinzip sogenannter Schleusengewinne dienen. Es beruhte darauf, dass die Differenz zwischen den niedrigen Produktionskosten im Osten und den hohen Verkaufserlösen in Deutschland der Staatskasse zufließen sollte.

Materieller Gewinn durch die Eroberung neuen «Lebensraumes im Osten» wurde nicht nur der Staatskasse, den Soldaten und den Firmen versprochen, sondern jedermann in Deutschland sollte davon profitieren. Die NS-Propaganda verkündete lautstark, dass dieser Krieg nicht «für Thron und Altar» geführt werde, sondern ein Krieg sei «für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstück-, Mittags- und Abendtisch, ein Krieg für die Erringung der materiellen Voraussetzungen zur Lösung der sozialen Frage, der Frage des Wohnungs- und Strassenbaues, des Baues einer Kriegs-, Handels- und Reiseflotte, des Baues von Volkswagen und Traktoren, von Theatern und Kinos für das Volk bis ins letzte Dorf hinein, ein Krieg um die Rohstoffe, um Gummi, um Eisen und Erze». Man könne nicht «ewig für Ideale» kämpfen. «Wir jedenfalls sind dieser Rolle überdrüssig. Wir wollen nun endlich einmal... einkassieren ... Auf den unübersehbaren Feldern des Ostens wogt das gelbe Getreide, genug und übergenug, um unser Volk und ganz Europa zu ernähren ... Das ist unser Kriegsziel.»²² Den Traum vom «Rittergut» im Osten hegten wohl nicht wenige Deutsche. Zu ihnen gehörte Gerhart Hauptmann als Protagonist des Bildungsbürgertums ebenso wie der Erbgrossherzog von Oldenburg²³. Einige von Hitlers Generälen zählten zu den eifrigsten Bewerbern. Noch 1943 musste sich der «Führer» mit einem Geheimerlass gegen allzu ungeduldige Bewerbungen wehren²⁴.

Als Zwischenergebnis können wir festhalten, dass es auf deutscher Seite wohl weitgespannte Erwartungen und Zielsetzungen gab, die aber weder auf militärischem noch wirtschaftlichem Gebiet in ein schlüssiges, realistisches Konzept gegossen worden sind. Deutlich zu erkennen ist jedoch, dass auch in der Wirtschaftspolitik eine neue Qualität erreicht worden war. Die Radikalität und Skrupellosigkeit der von Wehrmacht und Wirtschaft konzipierten Raub- und Vernichtungspolitik wurzelten in der Verknüpfung scheinbarer kriegsökonomischer Sachzwänge, politisch-ideologischer Prämissen und wirtschaftsimperialistischer Kriegsziele.

Wie immer man auch die einzelnen Faktoren gewichten will, so ist doch nicht zu übersehen, dass vom ökonomischen Kalkül entscheidende Impulse zur Ausgestaltung des Vernichtungskrieges ausgegangen sind. Die Ergebnisse der berüchtigten Staatssekretärsbesprechung am 2. Mai 1941 (Dok. Anh. Nr. 35, S. 323) und die von Experten erarbeiteten Richtlinien für die Wirtschaftspolitik

sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Zwei Tage vor dem Überfall auf die UdSSR unterstrich Hitler selbst noch einmal gegenüber seinen engsten Mitarbeitern die ökonomische Motivation des Unternehmens. Der Verlauf des Krieges zeige, so führte er aus, dass Deutschland auch durch die Einführung synthetischer Verfahren und sonstiger Massnahmen nicht autark werden könne. «Man muss einen anderen Weg gehen und muss das, was man benötigt und nicht hat, erobern. Der Menscheneinsatz, der dazu einmalig notwendig ist, wird nicht so gross sein wie der Menscheneinsatz, der für die Betreibung der betreffenden synthetischen Werke laufend benötigt wird. Das Ziel muss also sein, sich alle die Gebiete, die für uns wehrwirtschaftlich von besonderem Interesse sind, durch Eroberung zu sichern.»²⁵

5. Das Versagen des Ausbeutungskonzeptes in der Praxis

Schon die ersten Tage und Wochen des Feldzuges machten aber deutlich, dass die Grundannahme deutscher Wirtschaftspolitik im besetzten sowjetischen Gebiet, eine mehr oder weniger intakte Volkswirtschaft übernehmen und nach Belieben umsteuern und ausschachten zu können, völlig verfehlt gewesen war. Denn einerseits gelang es dem Sowjetregime wider Erwarten, abgesehen von den unmittelbaren Grenzgebieten, wichtige Industrieanlagen und Versorgungseinrichtungen zu evakuieren bzw., wo dies nicht möglich war, nachhaltig zu zerstören. Die deutschen Wirtschaftskommandos fanden also, je weiter sie ins Landesinnere vorstießen, immer häufiger Ruinen oder Anlagen vor, die nur unter hohem Einsatz und zumeist erst auf längere Sicht wieder betriebsbereit gemacht werden konnten. Selbst dringlichste Anforderungen der Wehrmacht, wie die Bereitstellung von Werkstätten, die Produktion von allgemeinem Truppenbedarf (Sanitätsmaterial, Brückenbau und sonstiges Pioniergerät usw.) und Winterausrüstung sowie die Wiederingangsetzung allgemeiner Versorgungseinrichtungen wie z.B. Elektrizitäts- und Gaswerke waren kaum und nur unter grössten Anstrengungen zu erfüllen.

Andererseits stiegen gerade diese Anforderungen fast uferlos an – je länger der Feldzug dauerte, je mehr das Kriegsgerät des Ostheeres verschlissen und je dünner der Nachschubstrom wurde, und je mehr man sich darauf einzurichten hatte, dass nicht eine kleine Besatzungsarmee, sondern das gesamte Ostheer den bevorstehenden Winter überleben, sich auffrischen und durchkämpfen musste.

Diesen Aufgaben war die Wirtschaftsorganisation umso weniger gewachsen, als ihre Arbeit nun in der Praxis von den organisatorischen und konzeptionellen Mängeln in der Vorbereitungsphase behindert wurde.

Parallel zur militärischen Operationsführung entstand auch in der Wirtschaftsführung Ende Juli 1941 nach dem Scheitern des Feldzugsplanes eine tiefgreifende Krise. Es wurde den Verantwortlichen klar, dass – erstens die Wirtschaftskommandos nicht gleichzeitig nach vorn – d.h.

- an die Front – und nach hinten – d.h. ins Reichsgebiet – liefern konnten;
- zweitens die praktische Arbeit vor Ort erheblich darunter litt, dass viele Wirtschaftsoffiziere, Landwirtschaftsführer und Vertreter der Ostgesellschaften viel zu sehr damit beschäftigt waren, administrative Strukturen für die Nachkriegszeit aufzubauen und langfristige Pläne zu machen, anstatt sich um die dringlichsten Sofortaufgaben zu kümmern;
- drittens viele Reibungsverluste durch das Neben- und Gegeneinander von Wirtschaftsdienststellen und militärischem Kommandoapparat verursacht wurden, durch das Hineinregieren der Berliner Ministerien sowie durch die problematische Überleitung der militärischen Wirtschaftsstellen in die erst im Aufbau begriffene Zivilverwaltung.

Die Militärverwaltung im Operationsgebiet beklagte sich ausserdem über die Ostgesellschaften, «die rücksichtslos das Land ausnutzten, ohne den Landes- einwohnern einen entsprechenden Anteil zu geben». In einem späteren Erfahrungsbericht hiess es weiter, es seien Parolen aufgebracht worden, «dass in Russland ruhig einige Millionen verhungern könnten, dass die Russen verdummen sollten und ähnliche Ansichten mehr... Ausschlaggebend bei dieser Auffassung scheinen kaufmännische Gedankengänge, insbesondere das Streben nach Gewinn, zu sein. Man will in eigener Regie möglichst viel neue Wirtschaftsquellen im Lande entdecken, aufbauen und vergrössern und den Menschen dabei als arbeitende Kraft einkalkulieren»²⁶.

Ähnlich beschwerte sich z.B. auch die 1. Panzerarmee (H. Gr. Süd), dass «das Armeegebiet von einer Unzahl von Persönlichkeiten, Kommissionen, Sonderbeauftragten usw., teilweise regelrechten Glücksrittern, überflutet worden» sei. Organisationen seien anfangs «wie Pilze aus der Erde» geschossen, doch nachdem man gemerkt habe, dass die industriellen Möglichkeiten nicht so günstig waren wie erwartet, «zog sich ein Teil dieser Personen zurück, meistens unter Absendung langer einseitig abgefasster Berichte, wobei diese Berichte häufig ohne Kenntnis der Armee bis an die höchsten Stellen vorgelegt wurden und nicht den Tatsachen entsprachen»²⁷.

Dass mit der Hungerpolitik gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung und den Kriegsgefangenen eine konkrete Vernichtungsabsicht verbunden gewesen ist, lässt sich zumindest für die politische Führungsspitze des Dritten Reiches eindeutig feststellen. Hitler hatte – nachdem ihm die Planungen von Backe und Thomas vorgelegt worden waren – im engsten Kreise die Absicht

unterstrichen, die sowjetischen Grossstädte wie Moskau und Leningrad «auszu-
radieren» und bereits Anfang Juli 1941 entsprechende Weisungen erteilt²⁸. Sein
aus dem Wirtschaftskonzept entnommenes Argument, dass man nämlich die
Millionenbevölkerung nicht ernähren könne, fand in seiner Umgebung vollstes
Verständnis, auch wenn ein Mann wie Goebbels vor der Aussicht schauderte,
dass sich hier die grösste Hungersnot der Weltgeschichte entwickelte. Er fand
es praktisch, die Propaganda so auszurichten, dass die Menschen möglichst in
den Städten verblieben und das Chaos dort vergrösserten. Die Folgen sah er
deutlich voraus, meinte aber, dass die Völker der Sowjetunion eben die Suppe
auszulöffeln hätten, die ihnen der Bolschewismus eingebrocht habe.

Als er davon erfuhr, dass hungernde sowjetische Kriegsgefangene aus La-
gern im Reichsgebiet entflohen und sich zu einer Landplage entwickelten, no-
tierte er in seinem Tagebuch: man werde im Laufe des Winters nicht an rigoro-
sen Massnahmen vorbeikommen, denn ernähren könne man die 3,5 Millionen
Gefangenen doch nicht; die deutsche Bevölkerung sei für ein radikales Vorge-
hen durchaus zu haben, denn wenn auch die Deutschen sentimental seien, so
glaube er doch nicht, dass sie bereit seien, auf ihr Fleisch und ihr Fett zu ver-
zichten, um damit die russischen Gefangenen zu ernähren²⁹. Sieht man solche
Äusserungen vor dem Hintergrund der Wirtschaftsplanungen vom Mai 1941
und dem ersten Entwurf für einen «Generalplan Ost» vom Juli³⁰, die alle auf der
Feststellung basierten, dass viele Millionen Menschen in der UdSSR «überflüs-
sig» seien und – auf welche Weise auch immer – verschwinden müssten, dann
wird klar, dass die deutsche Besatzungsmacht nicht vom Problem der Ernäh-
rungsfrage überrollt worden ist, sondern – wie im Falle der Juden Vernichtung
ebenfalls – der Krieg und aus ihm scheinbar resultierende Sachzwänge bewusst
ausgenutzt werden sollten, um Völkermord zu begehen.

Die Raubbaupolitik der Nationalsozialisten zeigte immer stärker negative
Folgen für die deutsche Kriegführung. Sie wurde deshalb seit etwa August/Sep-
tember 1941 des Öfteren von untergeordneten Stellen, hauptsächlich vom Stabe
Rosenbergs und von einigen militärischen Stellen, kritisiert. Der Oberbefehls-
haber der 9. Armee z.B. schrieb: «Wäre der Russlandfeldzug ein Blitzkrieg ge-
wesen, hätten wir die Zivilbevölkerung nicht in Rechnung zu ziehen brauchen.
Aber ein Ende ist nicht abzusehen ... Unter diesen Umständen ist es unvernünf-
tig, einen Kurs zu verfolgen, der uns die Zivilbevölkerung 100%ig zum Feind
macht.»³¹ Der Referent für Ostfragen im Vierjahresplan, Dr. Friedrich Richter,
erläuterte später rückblickend, die «Kolonialthese» wäre eine reale Möglichkeit
gewesen, wenn man die entsprechenden Gewaltmittel im besetzten Gebiet zur
Verfügung gehabt hätte. Weiter führte er aus: «Ich kenne aus eigener Arbeit in

Berlin den ungeheuren Druck von der Rohstoff- und Ernährungsseite her, der Veranlassung zu drastischsten Massnahmen und Forderungen an die Ostgebiete gab... Die kurzfristige kriegswirtschaftliche Erfordernis hat über die politisch erforderliche Linie einer pfleglichen Behandlung der Ostvölker gesiegt. Diese sachlichen Umstände sind verschlimmert worden durch die allzu grosse menschliche Unzulänglichkeit vieler Deutscher in den Ostgebieten, die sich nicht nur in finanziellen Masslosigkeiten, sondern auch in minderwertigster Haltung äusserte. Entscheidend aber (war) bei alledem die Unstetigkeit der politischen Linie, erwachsen aus der Eigenmächtigkeit vieler örtlicher und fachlicher Gewalthaber und dem Attentismus vieler zentraler Stellen.»³²

Die schärfste Kritik formulierte der Rüstungsinspekteur Ukraine, Generalleutnant Hans Leykauf, in einem Brief an General Thomas (Dok. Anh. Nr. 39, S. 338ff.): «Wenn wir die Juden totschiessen, die Kriegsgefangenen umkommen lassen, die Grossstadtbevölkerung zum erheblichen Teile dem Hungertode ausliefern, im kommenden Jahre auch einen Teil der Landbevölkerung durch Hunger verlieren werden, bleibt die Frage unbeantwortet: Wer denn hier eigentlich Wirtschaftswerte produzieren soll.»

Es waren vor allem die Folgen der radikalen Hungerpolitik, die dem Besatzungsregime zu schaffen machten. Hunderttausende von Kriegsgefangenen, an sich ein wertvolles Arbeitskräftepotential, starben, obwohl sie zur Einbringung der Ernte, für den Strassenbau und für Aufräumarbeiten dringend gebraucht wurden. Zivile Arbeitskräfte wanderten aus den Industriestädten und Bergbaurevieren in grosser Zahl ab, um sich auf dem Lande Lebensmittel zu beschaffen. Solche Bevölkerungsbewegungen, die von der Besatzungsmacht schon aus Mangel an Ordnungskräften nicht reguliert oder gar gebremst werden konnten, erschwerten wiederum den Zugriff auf die Ernte, verunsicherten das Hinterland und begünstigten so den Partisanenkrieg.

Es sprach also eigentlich alles dafür, das radikale Ausbeutungskonzept zu modifizieren und dem ungünstigen Kriegsverlauf anzupassen. Das hätte die Abkehr von punktuellen Eingriffen und den Übergang zu einem allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau im besetzten Gebiet erfordert, kurz, zu einer Schonung des vom Krieg verheerten Landes, notfalls auch zu Lasten der deutschen Versorgungslage.

Dazu waren die Verantwortlichen aber nicht bereit. Man blieb letztlich bei den alten Methoden und versuchte es zunächst mit einer weiteren Verschärfung der Exekutivmassnahmen, um durch Zwangsanwendung und Terror doch noch zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen. Alle Anstösse zur Modifizierung dieser Politik hatten keine Chancen, solange die Führungsspitze in Berlin die

Hoffnung hegte, durch einen letzten entscheidenden Schlag an der Ostfront den Krieg zu einem vorläufigen Ende führen und den ursprünglichen Fahrplan weiter verfolgen zu können. Sie scheute deshalb davor zurück, der eigenen Bevölkerung grössere Lasten aufzuerlegen und zweifellos im Reich noch vorhandene Leistungsreserven für die Kriegführung zu mobilisieren.

Damit setzten sich in der Schlussphase des Sommerfeldzuges auch bei der Operationsführung die ökonomischen Erwägungen immer stärker durch. Nach langwierigem und heftigem Streit war es Hitler im August 1941 gelungen, Halders Moskau-Konzept zu erschüttern und dem Griff nach der Ukraine Vorrang zu geben. Er bediente sich dabei hauptsächlich der ökonomischen Begründung und erklärte gegenüber seinem Adjutanten: er könne nachts nicht schlafen, «da er sich noch nicht im Klaren über manches sei. In seiner Brust rängen zwei Seelen, die politisch-weltanschauliche und die wirtschaftliche. Politisch würde er sagen, die Haupteiterbeulen müssten weg: Leningrad und Moskau... Wirtschaftlich gäbe es ganz andere Ziele. Wenn auch Moskau ein grosses Industriezentrum sei, sei der Süden doch wichtiger, wo Öl, Getreide, überhaupt alles sei, was zur Sicherung des Lebensraumes notwendig sei. Ein Land, wo Milch und Honig fliesst.»³³

Hitler hatte sich vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, um Klarheit zu gewinnen, eine besondere Karte anfertigen lassen, nach der er seine operativen Weisungen ausrichtete. Sie enthielt eine graphische Darstellung der Rüstungsschwerpunkte im europäischen Teil der Sowjetunion und die Linien, die erreicht werden mussten, um gewisse Prozentzahlen der sowjetischen Wehrkraft in deutsche Hand zu bringen. Daraus ergab sich deutlich, dass nicht nur der Raum Moskau-Tula, sondern auch Leningrad, das Don-Donec-Industrieviertel, der untere Wolgaraum und nach Möglichkeit auch der Kaukasus besetzt werden mussten, um rund 75 Prozent der sowjetischen Rüstungskraft auszuschalten. Damit wäre wahrscheinlich der Widerstand des Sowjetregimes so geschwächt worden, dass er die deutsche Ostfront nicht mehr ernsthaft zu bedrohen vermochte. Dass sich die Wirtschaftsoffiziere bei ihren Berechnungen mit der Auswertung alter sowjetischer Industrieatlanten aus den dreissiger Jahren und der Verwendung geschätzter Produktionszahlen auf einer äusserst fragwürdigen Grundlage bewegten, dämmerte ihnen erst sehr viel später.

Anfang November 1941 jedenfalls schwenkte auch Generalstabschef Halder auf Hitlers Strategie ein – die Zerschneidung der Lebensadern der sowjetischen Wehrkraft. Als Ziele ergaben sich daraus die Ölquellen des Kaukasus, die Verkehrsknotenpunkte für die Zufuhren aus dem Iran und die Wege nach Innerrussland. Es ging jetzt darum, eine günstige Winterstellung als Ausgangspunkt für die 1942 noch zu absolvierenden Operationen zu gewinnen, die eigene Kraft zu erhalten und auszubauen und dem Gegner eine Regeneration seiner Offensiv-

kraft während des Winters zu verwehren. Halder trieb deshalb die völlig erschöpften Osttruppen zu einem weiteren, gewaltigen Vorstoss an, und zwar gleichzeitig über Moskau hinaus in Richtung Vologda und über Rostov in Richtung Kaukasus.

Beide Unternehmen endeten in einem katastrophalen Fehlschlag. Damit scheiterte auch die Wirtschaftsstrategie endgültig. Der ungebrochene und hartnäckige Widerstand der Roten Armee und ihre Winteroffensive zwangen die Besatzungsmacht dazu, die ohnehin nur schwachen Sicherungskräfte im Hinterland zur Verstärkung der Front einzusetzen, die Lücken durch die Bewaffnung einheimischer Hilfskräfte zumindest teilweise zu schliessen und durch einige wirtschaftliche und politische Zugeständnisse um die Kollaboration der Bevölkerung zu werben.

Die militärische Schwäche des Okkupationsregimes verschaffte der Zivilbevölkerung in jedem Falle die Möglichkeit, sich in grösserem Masse mit Nahrungsmitteln zu versorgen, als es deutscherseits erwünscht war. Dies gilt selbstverständlich nicht für die Kriegsgefangenen, deren Ernährung gänzlich abhängig war von der Bereitschaft der Wehrmacht, ihrer Verantwortung nachzukommen. Insgesamt aber lässt sich feststellen, dass die im Mai 1941 eingeplante Hungerkatastrophe nicht in dem erwarteten Ausmasse eintrat, auch wenn es örtlich Hungersnöte und zahlreiche Todesfälle gab. Im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges war der ökonomische Gewinn für Deutschland kaum grösser als die früheren Lieferungen Stalins. Er übertraf noch nicht einmal wesentlich den Nutzen, den das kaiserliche Deutschland 1917/18 mit seiner anderen Prioritätenfolge (1. Besatzungsarmee, 2. Bevölkerung, 3. Heimat) im Osten erzielt hatte.

Die Umstellung der deutschen Kriegswirtschaft auf einen langen Abnutzungskrieg wurde mit dem Scheitern des Unternehmens «Barbarossa» und dem Kriegseintritt der USA unumgänglich. Der Versuch einer totalen Mobilisierung aller Ressourcen in Deutschland und den besetzten Gebieten reichte trotz beachtlicher Erfolge nicht dazu aus, mit der wachsenden Überlegenheit der Anti-Hitler-Koalition auch nur Schritt zu halten. Bereits 1942 produzierte die Sowjetunion mehr Kriegsmaterial als das Dritte Reich³⁴.

6. Die wirtschaftlichen Konsequenzen nach dem gescheiterten Blitzkrieg

Umso mehr kam es aus deutscher Sicht darauf an, auch die besetzten sowjetischen Gebiete ohne Rücksicht auf ideologische Barrieren für die Kriegsproduktion zu nutzen. Immerhin befanden sich seit Ende November 1941 63 Prozent des Vorkriegsvolumens der sowjetischen Kohleproduktion, 58 Prozent der Stahlerzeugung, 60 Prozent der Aluminiumherstellung und 41 Prozent des Eisenbahnnetzes in deutscher Hand. Nach der Politik des Zerschlagens und Erbeutens trat die wirtschaftliche Besatzungspolitik im Frühjahr 1942 in eine neue Phase ein. Sie war von der Einsicht geprägt, dass entgegen den ursprünglichen Plänen ein systematischer und umfassender Wiederaufbau in den okkupierten Ostgebieten durchgeführt werden musste. Es ging darum, die Ostfront mit Munition und Kriegsmaterial aller Art zu versorgen, für die Landwirtschaft und die Rohstoffförderung die notwendigen Betriebs- und Transportmittel bereitzustellen sowie die unterworfenen Bevölkerung dadurch zur Mitarbeit zu gewinnen, dass man ihr Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten bot.

Unter dem Zwang der Kriegsbedürfnisse wurden selbst strengste ideologische Dogmen gelockert. Im Rosenberg-Ministerium ging man sogar soweit, in der bisher abgelehnten Industrialisierung der sowjetischen Gebiete eine Möglichkeit zur Vernichtung rassistisch unerwünschter Bevölkerungsteile zu erkennen. Der bekannte Zusammenhang zwischen Industriearbeit und dem Absinken der Geburtenrate sollte für deutsche Zwecke nutzbar gemacht werden, indem die sowjetische Bevölkerung einer «Verschrottung» zugeführt wurde. Statt den Osten durch eine Agrarkultur «biologisch» zu stärken und Mitteleuropa durch ungesunde Industriezusammenballungen sowie die Hereinnahme von Ostarbeiterheeren rassistisch zu «versumpfen», laute die Schlussfolgerung: «Wir bekämpfen die aus dem Osten drohenden biologischen Gefahren, die zu einer Ausdehnung dieser Völker infolge des grossen Bevölkerungsüberschusses zwangsläufig führen müssen, am zweckmässigsten durch die Industrialisierung dieser Ostgebiete.»³⁵

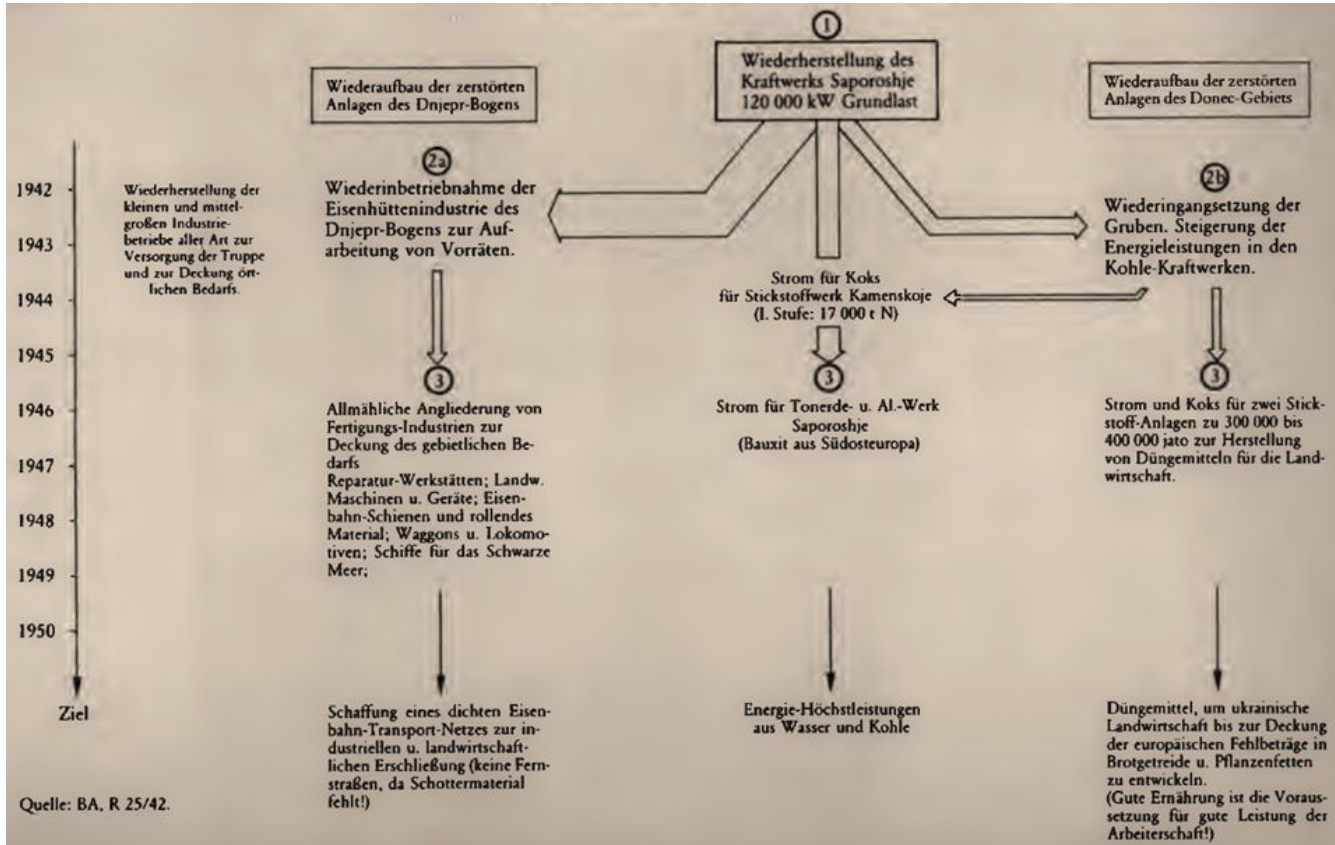
Letztlich erwies sich der politisch-ideologische, aber auch der ökonomische Spielraum des NS-Regimes als zu gering, um zumindest Teile der Bevölkerung zur Mitarbeit zu gewinnen und den Volkswiderstand einzudämmen. Nach Klagen der Gauleiter über die Ernährung der deutschen Bevölkerung forderte Göring die Reichskommissare und Militärbefehlshaber der besetzten Gebiete am 6. August 1942 erneut zu einer rigorosen Erfassung aller Lebensmittel auf³⁶. Sie seien nicht geschickt worden, «um für das Wohl und Wehe der Ihnen anvertrauten Völker zu arbeiten, sondern um das Äusserste herauszuholen, damit das

deutsche Volk leben kann... Es ist mir dabei gleichgültig, ob Sie sagen, dass Ihre Leute wegen Hungers Umfallen. Mögen sie das tun, solange nur ein Deutscher nicht wegen Hungers umfällt... Mich interessieren in den besetzten Gebieten überhaupt nur die Menschen, die für die Rüstung und die Ernährung arbeiten. Sie müssen soviel kriegen, dass sie gerade noch ihre Arbeit tun können.» Gauleiter Koch, der Reichskommissar für die Ukraine, wies die ihm unterstellten Landwirtschaftsbehörden anschliessend darauf hin, dass die Erhöhung der Brotration im Reich «eine politische Notwendigkeit» sei, «um den Krieg siegreich fortzuführen»³⁷. Die vom «Führer» geforderten drei Millionen Tonnen Getreide müssten um jeden Preis von der Ukraine aufgebracht werden.

Hitler selbst beharrte darauf, dass man unterworfenen Völker nicht als Bundesgenossen behandeln könne und wies damit die Bemühungen Rosenbergs um eine «positive» Besatzungspolitik zurück. «Würden wir politisch die ‚milde Tour‘ laufen», erklärte Hitler, «so würde die Möglichkeit, Arbeitskräfte in das Reich zu bringen, aufhören, ebenso jede Ausfuhr von Lebensmitteln ins Reich.»³⁸ Es waren insbesondere die Sklavenjagden Sauckels, die alle politischen Bemühungen einzelner deutscher Stellen um die Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete konterkarierten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau blockierten. Als Folge gerieten immer grössere Teile des Hinterlandes der Ostfront ausser Kontrolle.

Trotz der Priorität der Kriegsaufgaben konnte sich die deutsche Wirtschaftspolitik letztlich nicht aus der Kolonialmentalität lösen. Dies zeigt der Ukraine-Gesamtplan in aller Deutlichkeit. In seiner langfristigen Perspektive orientierte er sich nach wie vor an den längst obsolet gewordenen Grossraumplanungen. So kann es nicht verwundern, dass auch die deutsche Grossindustrie, von Staat und Wehrmacht zur Erfüllung der dringlichsten Kriegsaufgaben in die Pflicht genommen, Zurückhaltung wahrte und lediglich technische Kommissionen in die zugewiesenen Ostbetriebe entsandte, die monatelange Studien unternahmen, ohne dass der Wiederaufbau praktisch vorankam. Die Firmen zogen es grösstenteils vor, mit Hilfe sowjetischer Zwangsarbeiter die Produktion in Deutschland zu steigern, anstatt wertvolles Fachpersonal und Maschinen in den Osten zu überführen.

Die tatsächlich für einen Wiederaufbau zur Verfügung stehende Zeit war natürlich auch zu knapp bemessen. Als sich Anfang 1943 erste Erfolge zeigten, vor allem im Donec-Gebiet, tauchten bereits die sowjetischen Panzer auf und erzwangen den Abbau bzw. die erneute Zerstörung der Industrieanlagen³⁹. Bis dahin war es lediglich gelungen, schätzungsweise 10 Prozent der früheren Produktionsleistungen im gewerblich-industriellen und 50 Prozent im agrarischen Bereich wieder zu erreichen.



Von grösster Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft erwiesen sich hauptsächlich die Getreidelieferungen, ausserdem die Ausnutzung der südrussischen Manganvorkommen, ohne deren Hilfe die deutsche Stahlerzeugung schon in der Mitte des Krieges rapide gefallen wäre.

Nach der Wende von Stalingrad trat die Wirtschaftspolitik in ihr Endstadium ein. Man blieb zwar bemüht, hinter der zurückweichenden Front alle verfügbaren ökonomischen Ressourcen unmittelbar in den Dienst der Kriegführung zu stellen, doch die besetzten Ostgebiete gerieten zugleich immer stärker in den Sog einer Politik der «Verbrannten Erde». Frontnahe Gebiete wurden rücksichtslos von Menschen, Vieh und Material geräumt. Ausschachtung erhielt somit wieder Vorrang vor Wiederaufbau⁴⁰.

Die Deutsche Wehrmacht hinterliess im Osten ein ausgeplündertes, zerstörtes Land. Das okkupierte sowjetische Gebiet hatte nicht nur unter dem Prinzip «Der Krieg ernährt den Krieg» zu leiden gehabt, das hier in einem seit dem Dreissigjährigen Krieg wohl einzigartigen Ausmass praktiziert worden ist, sondern auch unter den Versuchen, ein barbarisches Vernichtungs- und Kolonisierungsprogramm zu verwirklichen. Bei allem Leid, das Teilen der deutschen Bevölkerung nach dem Einmarsch der Roten Armee widerfahren ist, nach Übergriffen, Vertreibungen und Reparationsbeitreibungen, darf nicht vergessen werden, welches Unrecht und welche Verbrechen zuvor von Deutschen begangen worden sind. Gerade die einzigartige wirtschaftliche Zielsetzung des Unternehmens «Barbarossa» und ihre hemmungslose Durchführung verbieten jede Art von Aufrechnung.

Zahlenanhang

Einige Beispiele für die ökonomische Bedeutung der besetzten sowjetischen Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft

a) Ausnutzung für Truppenzwecke

Ernährung der Wehrmacht aus dem Lande (1941)

Mehl	86%
Fleisch	68%
Kartoffeln	100%
Fett	50%
Zucker	40%
Futtermittel	50%

Ausrüstung

An Wehrmachtaufträgen waren Ende 1941 neben dem Bau von Schlitten, Panjewagen, Unterküften usw. vergeben:

Filzstiefel	26'000 Paar
Baumwollgewebe	3'311'285 m
Leinengewebe	4'024'900 m
Decken	173'160 St.
Taschentücher	252'000 St.
Handtücher	260'774 St.
Bettlaken	48'460 St.
Trikotagen-Unterwäsche	445'789 St.
Schneehemden	30'000 St.
Pullover	152'000 St.
Arbeitsanzüge	32'386 St.
Strümpfe	121'940 St.
Watte	116'000 kg

Fertigungsprogramm des Generalquartiermeisters vom April 1943

Allgemeines Heeresgerät: Pferdeausrüstung, Geschirr- und Stallsachen, Panjwagen, Akjas.

Pioniergerät: Schanzzeug (Schaufeln, Spaten, Hacken, Äxte, Brechstangen, Hämmer), Tragetaschen für Schanzzeug, Stiele, Dachpappe, -nägel, und Klebmasse, Draht, Bandeisen, Eisenteile für Behelfsbrückenbau, Bauklammern, Schrauben, Muttern und Unterlegscheiben aller Art.

Unterkunftsgerät, Baustoffe und Baugerät: Öfen u. Zubehör, Kochtöpfe u. Bratpfannen, Streichhölzer, Sperrholzhütten, Holzbottiche u. Wasserfässer, Grundbaustoffe wie Holz, Zement, Kalk, Gips, Ziegelei-Erzeugnisse, Ausbaustoffe wie Fenster, Türen, Glas, Ölfarben, Installationsmaterial, Elektrobaustoffe, Handwerkszeuge.

Hufbeschlaggerät: Feldschmieden und Hufbeschlagmaterial.

Kfz.-Gerät: Federstähle, Kolben u. Ringe, Elektroden, Maschinenschrauben, Spezialhandwerkszeug, Wagenheber, Sickerfässer.

Waffenersatzteile: Gleitschuhe, Buchsen u. Buchsenringe, Deichseln u. Achsen, Feuerwagen f. Feldküchen. Insgesamt 194 einzelne Positionen.

Quelle: Ein Jahr Russlandfeldzeug. Leistungen wehrwirtschaftlicher Formationen des OKW/ WiAmtes auf dem Rohstoffgebiet, zusammengestellt vom OKW/WiAmt/Ro I Ost, zum 22.6.1942, BA-MA, Wi/ID. 1185 sowie Kriegswirtschaft im Operationsgebiet des Ostens in den Jahren 1941-1943, S. 220ff., Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED-2.

b) Ausnutzung der Landwirtschaft für die Zwecke von Truppe und Heimat

<i>Wirtschaftsjahr 1941/42</i>		<i>Wirtschaftsjahr 1942/43</i>		<i>Wirtschaftsjahr 1943/44</i>	
Getreide	1641'033 t	Getreide	2'570'000 t	Getreide	1'850'000 t
Fleisch	261'702 t	Fleisch	259'000 t	Fleisch	148'000 t
Fette	126'273 t	Fette	249'000 t	Fette	35'000 t

Quelle: Statist. Aufstellung der Geschäftsgruppe Ernährung im Vierjahresplanamt o. D., in: N. Müller (Hrsg.): Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR. Pahl-Rugenstein (Lizenz), Köln 1980, Nr. 107, S. 264f.

Vergleichs zahlen:

Getreideproduktion in der UdSSR vor dem Kriege: 80-120 Mill, t

Getreideproduktion Deutschlands 1943: rd. 23 Mill, t

Lieferungen des bes. russ. Gebiets 1917/18: 1,2 Mill, t Lebensmittel, Getreide u. Futtermittel

Lieferungen der UdSSR an Deutschland 1940: 1,5 Mill, t Getreide

Gesamtablieferungen (Auswahl) Juli 1941 bis März 1944 (in 1'000 t, sofern nicht anders angegeben)

[] bezeichnet abweichende Zahlen aus deutschen Importstatistiken

	(a) Lieferungen an die Wehrmacht	(b) Lieferungen nach Deutschland	(a + b)	(c) Verteilt an deutsche Beamte und Kollaborateure im Osten	(d) (d = a + b + c) Gesamterfassung
Getreide	5650	1161	6811	2341	9152
(davon Brotgetreide)	(2222)	(788)	[6875] (3010)	(2006)	[10000?] (5016)
Hülsenfrüchte und Gemüse	302	40	342	260	602
Rauhfutter	1817	0	1817	691	2508
Rindvieh und Fleisch	412	67	479 [663]	85	564
Eier (in Mill.)	783	133	916	162	1078
Ölsaaten und Öl	29	726	755	217	972
Kartoffeln	2040	13	2053	1229	3282
			[2721]		
Zucker	244	62	306	95	401
Bier (in hl)	1680	0	1680	807	2487
Alkohol (in hl)	182	0	182	125	307
Butter	118	21	139 [127]	68	207

Quelle: Aus A. Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Düsseldorf 1958, S. 386.

c) Mineralölbilanz (in 1'000 t)

	1941	1942	1943	1944
Erzeugung Grossdeutschlands	4'839	5'620	6'563	4'684
Einfuhr	2'040	1'572	1'860	852
Erzeugung besetzter Gebiete		180	520	252
Aufbringung in bes. Ostgebieten	750	?	?	?
Verbrauch	7'305	6'483	6'971	(5'554)
Zum Vergleich 1938: 6'150				
Förderung UdSSR 1939: 33'000				

Zusammengestellt aus Angaben in R. Wagenführ: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945. Berlin²1963, S. 171 f.

Zahl f. bes. Ostgebiete: Ergebnisse der Vieijahrsplan-Arbeit. Ein Kurzbericht nach dem Stande vom Frühjahr 1942. Bearb. v. d. Dienststelle des Beauftr. f. d. Vieijahresplan, BA Koblenz, R 26/18.

d) Rohstoff-Beute (Auswahl)

	Einheit	Erzeugung 1943 Grossdeutschland	Beute in besetzten Ostgebieten 1941-1944
Steinkohle	Mill, t	23,2	0,75
Schwefelkies	1'000 t	97	102
Eisenerz	1'000 Fe	910	1'847
Rohstahl	1'000	2'550	340

Zahlen entnommen aus R. Wagenführ (s. c), S. 53 und Sammelmeldung über erkundete, abtransportierte, zurückgelassene und im Lande verbrauchte Rohstoffe und Materialien in der Zeit vom Juni 1941 bis 29.2.1944. Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe W, Führungsgruppe, BA- MA, RW31/83.

Die Bedeutung der Manganerzlieferungen aus den besetzten sowjetischen Gebieten (in 1'000 t Manganinhalt)

	1941	1942	1943	Insges.
Grossdeutsche Erzeugung	—	—	—	—
Einfuhr aus der UdSSR	25,5	125,7	164,8	316,1
Verbrauch in Grossdeutschland	63,8	123,1	169,9	356,8
Sowj. Beitrag in % des deutschen Verbrauchs	40,0	100,2	96,9	88,6

Die mögliche Rohstahlproduktion im deutschen Machtbereich im Falle des Ausfalls Nicopols vom 1.4.1943 an (Denkschrift der Reichsvereinigung Eisen)

	1943	1944	1945	ab 1946
Rohstahl	37,0	10,0	12,5	22,0

Quelle: J. Jäger: Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie. Berlin 1969, S. 205,209.

e) Lieferungen aus den besetzten Ostgebieten nach Deutschland (in Mill. RM, runde Zahlen)

Landwirtschaftliche Erzeugnisse	4'000	
deutsche Gegenlieferungen	<u>500</u>	
Netto	3'500	3'500
Rohstoffe und Industrieprodukte	725	
Gegenlieferungen an Kohle und Betriebsmittel	535	
	690	<u>690</u>
		4'190

Geschätzter Gesamtwert der gewerblichen Produktion im bes. Ostgebiet rd. 5 Mrd. RM

Quelle: Dallin (s.b), S.420

f) Der Einsatz sog. Ostarbeiter

	Deutschlands Bedarf an zusätzli- chen Arbeitskräften	Aushebungssoll Fremdarbeiter	davon Aushebungssoll und [-Ist] Ostarbeiter
1942	2'600'000	2'600'000	2'600'000 [1'200'000] + 80'0000 Kgf.
1943	1'000'000	1'000'000	1'000'000
1944	4'000'000	900'000	[1'015'000] 400'000

Ostarbeiter-Aushebung: Gesamtzahl bis 30.6.1944 = 2'792'669

Quelle: Dallin (s.b), S. 464

g) Der Anteil des Ostens (Polen, UdSSR, baltische Staaten) an der deutschen Einfuhr wichtiger Güter (in v. H.)

	1940	1941	1942	1943
Weizen	0,7	40,2	29,7	8,5
Roggen	71,5	66,4	92,6	97,3
Gerste	95,8	82,4	98,4	73,1
Hafer	99,3	76,2	74,3	63,3
Butter	8,7	2,9	31,3	0,5
Hülsenfrüchte	34,9	21,1	7,4	5,1
Ölfrüchte für Ernährung	—	4,6	58,6	52,3
Ölfrüchte für techn. Zwecke	—	14,3	43,3	39,1
Wolle	—	1,7	36,9	8,8
Baumwolle	57,3	58,7	33,4	22,0
Holz zu Holzmasse	48,5	23,2	51,3	33,1
Rundholz	40,7	28,9	35,9	24,2
Manganerz	57,3	78,6	78,6	80,0
Kupfer	8,0	5,7	6,6	1,2
Alteisen	—	0,3	41,9	69,8
Kraftstoffe und Schmieröle	28,0	1,6	7,0	7,1

Quelle: Ausarbeitung des Inst. f. Weltwirtschaft: Der kriegswirtschaftliche Beitrag Osteuropas für das Deutsche Reich 1936-1944. BA-MA, RW19 Anhang 1/567.



Kiev, Kriegsgefangenenlager Syreck. Eine Frau sucht ihren Mann.

Christian Streit

Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und völkerrechtliche Probleme des Krieges gegen die Sowjetunion*

Am 15. September 1941 unterzeichnete der Chef des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Admiral Wilhelm Canaris, eine Vortragsnotiz für den Chef des OKW, Feldmarschall Wilhelm Keitel, in der er sich entschieden gegen die völkerrechtswidrige Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen wandte. Zur Rechtslage stellte er darin einleitend fest¹:

«Das Genfer Kriegsgefangenenabkommen [von 1929] gilt zwischen Deutschland und der UdSSR nicht, daher gelten lediglich die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Diese haben sich seit dem 18. Jahrhundert dahin gefestigt, dass die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe ist, sondern lediglich Sicherheitshaft, deren einziger Zweck es ist, die Kriegsgefangenen an der weiteren Teilnahme am Kampf zu verhindern. Dieser Grundsatz hat sich im Zusammenhang mit der bei allen Heeren geltenden Anschauung entwickelt, dass es der militärischen Auffassung widerspreche, Wehrlose zu töten oder zu verletzen; er entspricht zugleich dem Interesse eines jeden Kriegsführenden, seine eigenen Soldaten im Falle der Gefangennahme vor Misshandlung geschützt zu wissen.»

Konkreter Anlass für diese Intervention war ein Grundsatzbefehl zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, den der Chef des Allgemeinen Wehrmachtamtes im OKW, Generalleutnant Hermann Reinecke – ihm unterstand die Abt. Kriegsgefangene im OKW –, am 8. September 1941 unterzeichnet hatte². Mit diesem Befehl werde, so Canaris,

«die Geltung kriegsrechtlicher Normen im Kampf gegen den Bolschewismus verneint, und ausserdem vieles beiseite gestellt, was nach der bisherigen Erfahrung nicht nur als militärisch zweckmässig, sondern auch als zur Erhaltung der Manneszucht und Schlagkraft der eigenen Truppe als [sic] unbedingt erforderlich angesehen wurde».

Die geforderte Behandlung müsse zu willkürlichen Misshandlungen und Tötungen führen. Canaris wandte sich zugleich gegen die «Aussonderung» (d.h. Liquidierung) von «politisch unerwünschten» Gefangenen durch Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die zu diesem Zeitpunkt bereits Tausende von Opfern gefordert hatte.

Keitel wies den Protest mit einer knappen Notiz zurück:

«Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung! Deshalb billige ich die Massnahmen und decke sie.»³

Mit diesen Stellungnahmen sind die beiden Pole gekennzeichnet, zwischen denen sich die Einstellungen den sowjetischen Gefangenen gegenüber bewegten. Canaris' Haltung war bestimmt von einer soldatischen Tradition, in der kriegsvölkerrechtliche Normen nicht nur deswegen anerkannt wurden, weil sich in ihnen der Staat vertraglich gebunden hatte und weil sie sich als militärisch sinnvoll erwiesen hatten, sondern auch, weil sie als entscheidender Bestandteil eines besonderen Berufsethos empfunden wurden. Diese Tradition war im Ersten Weltkrieg im deutschen Heer noch allgemein gültig gewesen; die – im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg – niedrigen Sterbeziffern *aller* Kriegsgefangenen in deutscher Hand sind *ein* Indiz dafür⁴.

Keitels Einstellung dagegen war die der «politischen Soldaten», die gewillt waren, den Krieg nach den Postulaten der NS-Ideologie und nach den Forderungen Hitlers zu führen⁵. In ihrer Sicht bewegten sich die Vertreter der traditionellen Haltung «noch in den Gedankengängen der Eiszeit ... und nicht in denen der nationalsozialistischen Gegenwart»⁶.

Insgesamt wurden zwischen dem 22. Juni 1941 und Anfang Februar 1945 5'734'528 Rotarmisten gefangengenommen⁷. Am 1. Januar 1945 befanden sich noch 930'287 in Gefangenschaft. Die Zahl derjenigen Gefangenen, die, vorwiegend als «Hilfswillige» oder als Freiwillige für die «Osttruppen» aus der Gefangenschaft entlassen worden waren, ist mit maximal einer Million anzusetzen. Weitere 500'000 waren nach einer Schätzung der Abt. Fremde Heere Ost des Oberkommandos des Heeres (OKH) bis Anfang Februar 1945 entflohen oder von der Roten Armee wieder befreit worden. Die restlichen 3'300'000 (etwa 57 Prozent der Gesamtzahl) waren umgekommen oder erschossen worden⁸. Der grösste Teil dieser Gefangenen, etwa zwei Millionen, war schon vor dem Frühjahr 1942 gestorben.

Von den 235'473 englischen und amerikanischen Kriegsgefangenen in Deutschland starben – vor allem während der chaotischen Monate vor der Kapitulation – 8'348 (3,5 Prozent)⁹. Um den Unterschied noch deutlicher zu machen: Zwischen dem 21. und dem 30. Oktober 1941 starben allein in den Lagern im besetzten Polen 45'690 sowjetische Gefangene – mehr als 4'500 *am Tag*. Von den 361'612 Gefangenen, die dort im Herbst 1941 auf Dauer untergebracht werden sollten, waren bis zum 15. April 1942 307'816, mehr als 85 Prozent, verhungert, erfroren, an Seuchen gestorben, oder erschossen worden¹⁰.

Wenn auf dem Höhepunkt des Massensterbens allein in den Lagern des Ge-

neralgouvernements in zwei Tagen mehr gefangene Sowjetsoldaten starben als angloamerikanische Gefangene während des ganzen Krieges, so lag dies keineswegs daran, dass die Gesamtzahl der sowjetischen Gefangenen mehr als das Zwanzigfache betrug. Entscheidend war, dass die Gefangenen aus den «Normalkriegen» (Ernst Nolte) unter dem Schutz des Genfer Kriegsgefangenenabkommens von 1929 (GKA) standen, dass für die sowjetischen Gefangenen aber kriegsvölkerrechtliche Schutzbestimmungen durchweg beseitigt worden waren.

Die nationalsozialistische Führung hat der Einhaltung internationaler Verträge nie grosses Gewicht beigemessen. Kriegs völkerrechtliche Bindungen erkannte sie nur da an, wo dies Vorteil brachte oder wo die Gegenseite Mittel in der Hand hatte, die Einhaltung gegebenenfalls zu erzwingen. Im Krieg gegen die Sowjetunion kam die undeutliche Rechtslage den nationalsozialistischen Zielen entgegen. Die UdSSR hatte vor dem deutschen Angriff weder die Haager Landkriegsordnung von 1907 (HLKO) für bindend erklärt, noch das GKA ratifiziert. Dies ermöglichte nach aussen hin das Argument, man unterliege *keinerlei* kriegsvölkerrechtlichen Bindungen. Canaris legte in der eingangs zitierten Vortragsnotiz dem Chef des OKW dar, dass diese Auffassung falsch war: an die Stelle des in HLKO und GKA *kodifizierten* Völkerrechts treten in einem solchen Fall die Normen des *allgemeinen*, universell verbindlichen Völkerrechts. Diese Normen entsprechen, auf die Kriegsgefangenen bezogen, den Grundgedanken von HLKO und GKA¹¹: Gefangene müssen «mit Menschlichkeit» behandelt werden; sie müssen «auf demselben Fuss» ernährt, untergebracht und mit Kleidung versehen werden, wie die Ersatztruppen des Gewahrsamsstaates; ein Arbeitseinsatz darf «nicht übermässig» sein und nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kriegshandlungen stehen; die Arbeit ist zu bezahlen; Fluchtversuche dürfen nur disziplinarisch bestraft werden.

Die Bindungen der UdSSR gegenüber beschränkten sich aber, was Canaris eigenartigerweise nicht erwähnte, nicht auf das allgemeine Kriegsvölkerrecht, da sie zwar nicht das Genfer Kriegsgefangenenabkommen, wohl aber, wie Deutschland, das Genfer «Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken im Felde» von 1929 unterzeichnet und ratifiziert hatte¹². Damit war an sich dieses Abkommen für beide Seiten verbindlich.

Hinzu kam, dass die Sowjetunion vier Wochen nach dem deutschen Angriff über ihre Schutzmacht Schweden erklären liess, sie werde unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit Deutschland gegenüber die HLKO anwenden. Damit lag es an der deutschen Führung, ob der Ostkrieg unter Beachtung kriegsvölkerrechtlicher Normen geführt werden sollte. Das Angebot wurde am 25. August 1941 abgelehnt¹³.

1. Der Komplex der «verbrecherischen Befehle»

Die Entscheidungen über die Art der Kriegführung, die bereits im Frühjahr 1941 gefallen waren, lassen erkennen, dass die deutsche Führung von allem Anfang an nicht daran gedacht hatte, den Krieg im Osten unter völkerrechtlichen Beschränkungen zu führen. Am deutlichsten zeigt sich dies im Komplex der sogenannten «verbrecherischen Befehle», vor allem im sogenannten «Kriegsgerichtsbarkeitserlass» und im «Kommissarbefehl»¹⁴.

Beide Befehle gingen teilweise auf Forderungen zurück, die Hitler am 30. März 1941 in einer Rede vor etwa 250 Generälen – den Befehlshabern und Stabschefs der für den Ostkrieg vorgesehenen Verbände – gehalten hatte. Nach der Niederschrift des Generalstabschefs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, hatte Hitler erklärt, das Heer müsse in diesem «Kampf zweier Weltanschauungen... von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken». Es handle sich «um einen Vernichtungskampf», in dem man den Feind nicht «konservieren» dürfe:

«Der Kampf muss geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgerichte. Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht... Die Truppe muss sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen sie angegriffen wird. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden. ...Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.»¹⁵

In den folgenden Wochen wurden die beiden Befehle auf mittlerer Ebene in OKW und OKH ausgearbeitet, ohne dass es weiterer Anstöße von Seiten Hitlers bedurft hätte. Beteiligt waren die Abt. L des Wehrmachtsführungsstabes (Generalmajor Walter Warlimont) und die Wehrmachtrechtsabteilung (Ministerialdirigent Rudolf Lehmann) im OKW und der General z.b.V. beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generalleutnant Eugen Müller. Die Initiative dazu, der Truppe die Erschiessung der Kommissare mit einem förmlichen Befehl abzufordern, ging dabei von Generalstabschef Halder aus¹⁶.

Der Kriegsgerichtsbarkeitserlass bestimmte, dass «Straftaten feindlicher Zivilpersonen» nicht, wie üblich, durch Kriegsgerichte abgeurteilt werden dürfen. Zivilisten, die die Wehrmacht «angriffen», sollten erbarmungslos «niedergemacht», sogenannte «verdächtige Elemente» auf Befehl eines Offiziers erschossen werden. Demgegenüber sollten Verbrechen deutscher Soldaten an sowjetischen Bürgern nicht verfolgt werden, wenn der Täter politische Motive geltend machte. Der Kommissarbefehl forderte von der Truppe die sofortige Erschiessung aller gefangengenommenen politischen Kommissare der Roten Armee¹⁷. Damit wurde noch vor Beginn der Kampfhandlungen die verfahrens-

lose Liquidierung einer genau definierten Gruppe der feindlichen Armee befohlen und die Wehrmacht erstmals direkt an der Beseitigung politischer Gegner beteiligt.

Mit diesen beiden Erlassen war der entscheidende Schritt zu einer Kriegführung vollzogen, bei der auch elementarste kriegsvölkerrechtliche Grundsätze beiseite geschoben wurden. Nach der Interpretation, die der General z. B. V. dem Kriegsgerichtsbarkeitserlass am 11. Juni 1941 vor Ic(= Feindnachrichten-) Offizieren und Heeresrichtern im Namen des Oberbefehlshabers des Heeres, von Brauchitsch, gab, wurde nicht nur der sowjetischen Bevölkerung das Recht des Waffengreifens (Art. 2, HLKO) und den paramilitärischen Organisationen das Recht zur Teilnahme am Kampf abgesprochen. Als «Angreifer» im Sinne des Erlasses sollte schon derjenige erschossen werden, der «als Zivilist die deutsche Wehrmacht behindert[e] oder der zur Behinderung auffordert[e]», indem er zum Beispiel Flugblätter verteilte, deutsche Anordnungen nicht befolgte oder Wegweiser und Vorräte zerstörte¹⁸. Diese Forderungen ergaben sich aus dem von Sicherheitsbedürfnis und ideologischen Motiven gespeisten Ziel, die sowjetische Bevölkerung von vornherein zur völligen Unterwerfung zu zwingen. Die militärische Führung setzte damit nicht nur die Vorzeichen für den späteren Partisanenkrieg, noch bevor der erste Schuss gefallen war. Die Bedeutung des Erlasses lag vor allem darin, dass den deutschen Soldaten über jeden Zweifel hinaus klargemacht wurde, dass die deutsche Führung dem Leben sowjetischer Soldaten und Zivilisten keinen besonderen Wert beimass. Verstärkt wurde dies noch durch die «Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland»¹⁹, in denen übrigens zum ersten Mal in einem Wehrmachtsbefehl ein «rücksichtsloses und energisches Durchgreifen» auch gegen alle Juden gefordert wurde, die mit «bolschewistischen Hetzern, Freischärlern [und] Saboteuren» gleichgesetzt wurden.

Gerade die Äußerungen Müllers vom 11. Juni zeigen, dass sich die Heeresführung sehr wohl darüber im Klaren war, dass hier ein eklatanter Völkerrechtsbruch befohlen wurde. Müller erklärte nämlich, dass «im kommenden Einsatz Rechtsempfinden u. U. hinter Kriegsnotwendigkeit zu treten» habe. Es sei die «Rückkehr zum alten Kriegsbrauch» notwendig, da «unser bisheriges Kriegesrecht... erst nach dem Weltkrieg festgelegt» worden sei – was eine bewusste Irreführung war, da mit den geforderten Massnahmen auch die Prinzipien der Haager Landkriegsordnung von 1907 beiseite geschoben wurden²⁰.

Wie weit sich die militärische Führung von traditionellen, am Kriegsvölkerrecht orientierten Auffassungen entfernt hatte, zeigt am deutlichsten die Kritik der konservativen Gegner Hitlers. Ulrich von Hassell notierte eine Woche vor dem Angriff, er habe mit Goerdeler, Generaloberst Beck und Canaris' Stabschef

Oster mehrfach erörtert, ob die «Mordbefehle» nicht endlich der militärischen Führung die Augen öffnen müssten:

«Man kam zu dem Ergebnis, dass auch diesmal nichts zu erwarten sei. Brauchitsch und Halder haben sich bereits auf das Hitlersche Manöver eingelassen, das Odium der Mordbrennerei der bisher allein belasteten SS. auf das Heer zu übertragen. Sie haben die Verantwortung übernommen und durch einige an sich gar nichts ändernde, aber den Schein wahrende Zusätze (über die Notwendigkeit, die Disziplin zu wahren usw.) sich selbst und andere getäuscht. – Hoffnungslose Feldweibel!»²¹

2. Die Selektion der «untragbaren Gefangenen» und ihre Konsequenzen

Dass es der deutschen Führung nicht nur darum ging, eventuellen sowjetischen Widerstand mit allen Mitteln zu brechen, sondern auch darum, ganze Gruppen der sowjetischen Bevölkerung auszurotten, machte knapp vier Wochen nach dem Angriff eine weitere Entscheidung deutlich. Am 17. Juli 1941 ordnete die Abteilung Kriegsgefangene im OKW nach einer Vereinbarung mit Heydrichs Reichssicherheitshauptamt die Auslieferung von «politisch untragbaren» Gefangenen an Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD an. Nach den Richtlinien, die Heydrich den Einsatzkommandos gab, waren damit nicht nur alle «bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei» gemeint, sondern auch alle «Intelligenzler», alle «fanatischen Kommunisten» und – alle Juden²².

Diese Vereinbarung sollte zunächst nur im sogenannten «OKW-Bereich» gelten, der das Reichsgebiet, das Generalgouvernement und die im Osten geplanten Reichskommissariate umschloss. Für die dem OKH unterstehenden Frontbereiche erliess der Generalquartiermeister des Heeres, Generalleutnant Eduard Wagner, am 24. Juli eigene Richtlinien²³. Auch dort sollten «politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer» ausgesondert und «gemäß gegebener Sonderanordnungen» behandelt, also dem Kriegsgerechtigkeitserschluss bzw. dem Kommissarbefehl entsprechend erschossen werden. Die Juden aber sollten lediglich von den anderen Gefangenen getrennt zu Arbeiten eingesetzt werden. Für die «Aussonderungen» war die Truppe verantwortlich, eine Beteiligung von Einsatzkommandos untersagte Wagner ausdrücklich. Wagners Befehl forderte also «nur» die Liquidierung der *politischen* Gegner, während die Vereinbarung zwischen OKW und RSHA, der NS-Rassenlehre folgend, auch die Vernichtung der Juden als der «biologischen Wurzel» des Bolschewismus einschloss.

In der Praxis wurde diese Unterscheidung bald bedeutungslos. Aus den Akten ist feststellbar, dass Truppen an der Front und in den rückwärtigen Heeresgebieten vielfach schon in den ersten Wochen Einsatzkommandos an «Aussonderungen» beteiligten oder Gefangene, auch Juden, zur Exekution auslieferten. Dies, und vermutlich auch Druck von Seiten des OKW, führte dazu, dass die Heeresführung schliesslich am 7. Oktober 1941 die Übernahme der Praxis des OKW-Bereichs befahl²⁴.

Die Konsequenzen der Vereinbarung zwischen OKW und RSHA wogen noch viel schwerer als die des Kommissarbefehls. Dessen Durchführung dürfte bis zu seiner Aufhebung Ende Mai 1942 einige Tausend Opfer gekostet haben²⁵. Den Selektionen der Einsatzkommandos an der Front und im OKW-Bereich fielen dagegen schätzungsweise 500'000 bis 600'000 Gefangene zum Opfer²⁶. Darüber hinaus spielte diese Entscheidung auch eine wichtige Rolle in dem langen Entscheidungsprozess, der schliesslich zur «Endlösung» führte²⁷.

Die Entscheidung, alle kommunistischen Funktionäre und darüber hinaus alle *potentiellen* Träger von Widerstand zu beseitigen, entsprang dem Ziel, die Eroberungen im Osten – die Basis der zukünftigen Weltmachtstellung – mit grösster Rücksichtslosigkeit zu sichern. Die Heeresführung war bereit, dieses Ziel mitzutragen. «Im Osten ist Härte mild für die Zukunft», hatte Generalstabschef Halder am 30. März als eigenen Gedanken zu Hitlers bereits zitierter Rede notiert. Schon drei Tage *vor* dieser Rede hatte der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, seinerseits den versammelten Armeebefehlshabern erklärt, die Truppe müsse sich «darüber klar sein, dass der Kampf von Rasse zu Rasse geführt wird, und mit nötiger Schärfe vorgehen»²⁸.

3. Das Massensterben der Gefangenen und seine Ursachen

Auch die zweite Entscheidung, die für die sowjetischen Gefangenen schlimmste Konsequenzen haben musste, ergab sich aus den weitreichenden Kriegszielen. Voraussetzung dafür, dass der Kampf gegen England – und die USA – fortgesetzt werden konnte, ohne dass die «friedensmässige» Ernährung der Bevölkerung und damit die stabile «Kriegsmoral der Heimatfront» gefährdet wurde, war die erbarmungslose Ausbeutung der Nahrungsressourcen der Ostgebiete²⁹. Dass dabei «zweifellos zig Millionen Menschen verhungern» würden, wurde durchaus in Rechnung gestellt³⁰. Es liegt auf der Hand, dass diese Konsequenz dem Ziel der radikalen Nationalsozialisten entgegenkam, die «Ostvölker» zu dezimieren.

Wenn auch im Frühstadium der Planungen, im März/April 1941, für die erwarteten Gefangenen noch keine konkreten Rationen festgelegt wurden, so

muss doch schon vor Hitlers Rede vom 30. März, die für die meisten Historiker den Zeitpunkt markiert, an dem die Armeeführer mit der Absicht konfrontiert wurden, den Ostkrieg ausserhalb der üblichen kriegsvölkerrechtlichen Schranken zu führen, entschieden worden sein, dass nicht nach dem üblichen Grundsatz – Gefangene erhalten die gleichen Rationen wie die Ersatztruppen des Gewahrsamsstaates – verfahren werden sollte. In Anordnungen von Armeen hiess es dazu, die Gefangenen könnten «nur die notwendigste Verpflegung» erhalten, sie seien «mit den primitivsten Mitteln (z.B. Pferdefleisch) zu ernähren»³¹.

Es ist offenkundig, dass zwischen diesen grundlegenden Entscheidungen und dem Massensterben der sowjetischen Gefangenen ein engster Kausalzusammenhang besteht und dass dies nicht, wie die angeklagten Militärs in den Nürnberger Prozessen glauben machen wollten, auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, die immensen Gefangenenmassen zu versorgen, die im Jahr 1941 in deutsche Hand gerieten³².

Etwas pointiert kann man sagen, dass das Massensterben einsetzte, bevor es überhaupt ein Massenproblem gab. Soweit die Akten erkennen lassen, war die Ernährung der Gefangenen, den formulierten Zielen entsprechend, von allem Anfang an völlig unzureichend. Zum Beispiel erhielten die Gefangenen, die im Juli/August 1941 durch das rückwärtige Heeresgebiet Mitte marschieren mussten, Zuteilungen wie «20g Hirse und 100g Brot ohne Fleisch», «100g Hirse ohne Brot», «bis zu 50g Hirse und 200g Brot», «20-30g Hirse, 100-200g Brot» – weniger als ein Viertel dessen, was ein arbeitender Mensch zum schieferen Überleben braucht³³.

Die Folgen wurden sehr schnell sichtbar. Helmuth James Graf Moltke, einer der führenden Köpfe des deutschen Widerstandes und als Mitarbeiter der Völkerrechtsabteilung des Amtes Ausland/Abwehr im OKW stets gut unterrichtet, schrieb schon im August 1941 an seine Frau:

«Die Nachrichten aus dem Osten sind wieder schrecklich. Wir haben offenbar doch sehr, sehr grosse Verluste. Das wäre aber noch erträglich, wenn nicht Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen. Immer wieder hört man Nachrichten, dass von Transporten von Gefangenen und Juden nur 20% ankommen, dass in Gefangenenlagern Hunger herrscht, dass Typhus und andere Mangel-Epidemien ausgebrochen seien.»

Zumindest in einem Lager, dem Dulag 112, Molodecno, überstieg die Sterblichkeit schon Anfang September 1941 ein Prozent am Tag³⁴.

Der genaue Verlauf des Massensterbens ist nicht rekonstruierbar, da erst vom Dezember 1941 an einigermaßen verlässliche Zahlen vorliegen³⁵. Zumindest für das rückwärtige Heeresgebiet Mitte scheint die durchschnittliche Sterblichkeit schon im September 1941 bei 0,3 Prozent am Tag gelegen zu haben. Mit dem Zustrom der mehr als 600'000 Gefangenen aus der Schlacht bei Vjazma

und Brjansk Mitte Oktober stieg sie auf über ein Prozent am Tag und erreichte Ende November zwei Prozent.

Die verhältnismässig gute Quellenlage für das Generalgouvernement lässt deutlich erkennen, wie schnell Hunger, Kälte und Infektionskrankheiten die Gefangenen dahintrafen. Nach einem scharfen Anstieg der Sterblichkeit Ende September / Anfang Oktober 1941 waren bis zum 20. Oktober bereits 54'000 der 361'000 Gefangenen gestorben. Bis Ende Oktober wurden weitere 45'690 Tote verzeichnet. Im November waren es weitere 83'000 (38 Prozent der am Monatsanfang noch Lebenden), im Dezember 65'000 (46 Prozent der am 1. Dezember Lebenden). Zu bemerken ist dabei, dass sich zu dieser Zeit im Generalgouvernement noch keine Gefangenen aus den grossen Kesselschlachten bei Vjazma und Brjansk bzw. Kiev befanden, die im Herbst 1941 die Zahl der Gefangenen noch einmal um etwa 1,3 Millionen hatten steigen lassen.

In den anderen Bereichen entwickelte sich die Sterblichkeit ähnlich, auch dort lag der Gipfel der Kurve in den Monaten Oktober bis Dezember 1941. Die immens hohe Sterblichkeit verringerte sich bis März 1942 im Operationsgebiet auf die immer noch enorme Ziffer von monatlich 9 Prozent, im OKW-Bereich auf 8 Prozent. Sie sank im Frühjahr 1942 weiter, doch stieg sie im Herbst wieder an. Der weitere Verlauf ist nicht feststellbar. Sicher ist aber, dass die Sterblichkeit im Frühjahr 1944 erneut drastisch anstieg. Bei den Gefangenen verbreiteten sich nun in epidemischer Form Lungentuberkulose und andere innere Krankheiten als Folge jahrelanger Unterernährung und Ausbeutung³⁶.

Ohne Schwierigkeiten sind drei Faktoren erkennbar, die, gegenseitig aufeinander einwirkend, Ausmass und Verlauf der Sterblichkeit bestimmten: zuallererst der Hunger, dann die absolut unzureichende Unterbringung, und schliesslich die Art und Weise, in der sich der Abtransport in die Lager vollzog.

Nachdem in den ersten Wochen des Ostkrieges anscheinend die Armeen selbst die Rationssätze für die Gefangenen bestimmen konnten, wurden diese Anfang August 1941 für den gesamten Herrschaftsbereich geregelt³⁷. Arbeitenden Gefangenen wurden auf dem Papier Sätze mit einem Nährwert von 2'200, «nichtarbeitenden» etwa 2'040 Kalorien zugestanden. Die überwiegende Zahl der Quellen deutet freilich darauf hin, dass nicht einmal diese Sätze, die schon unter dem Existenzminimum lagen, erreicht wurden. Das folgende Zitat aus einem Bericht des Wirtschaftsstabes Ost vom Oktober 1941 illustriert dies für den Bereich der Ukraine:

«Besondere Schwierigkeiten bereitet... die Verpflegung der riesigen Gefangenenzahl. Zu ihrer notdürftigsten Ernährung müssen die nicht für die Zuckergewinnung bestimmten Zuckerrüben in rohem Zustand herangezogen

werden. Es handelt sich um die Mengen an Rüben, welche wegen Zerstörung der Zuckerfabriken nicht verarbeitet werden können. Aber auch diese Zuckerrübenmengen reichen für die kümmerlichste Ernährung der Gefangenen nicht aus. Man beobachtet es auf allen Strassen, auf denen Kriegsgefangene entlanggeführt werden, dass Blätter und weggeworfene Strünke der Rüben mit wilder Gier vom Felde aufgegriffen und verzehrt werden. Auf die einheimische Bevölkerung machen diese Gefangenenzüge einen Mitleid erregenden Eindruck. In den Dörfern sammelt sich die Einwohnerschaft, um in den Zug hinein Rüben, Kartoffeln und Melonenteile zu werfen. Auf dem Felde werfen die Frauen beim Nahen eines solchen Gefangenentransportes Rüben auf den Weg, die von den Gefangenen eiligst aufgesammelt werden...»

Der Text zeigt, dass die Gefangenen in erster Linie Nahrungsmittel erhielten, die anderweitig nicht verwertet werden konnten. Hinzuzufügen ist, dass die Ernährung der Gefangenen in erster Linie deswegen Schwierigkeiten bereitete, weil weder die politische noch die militärische Führung bereit waren, zugunsten der Gefangenen die Getreidelieferungen an die Truppe und nach Deutschland einzuschränken.

Obwohl die Heeresführung über die Situation in den Gefangenenlagern unterrichtet war, ordnete der Generalquartiermeister des Heeres, Generalleutnant Wagner, am 21. Oktober 1941 eine drastische Senkung der Rationen für die Gefangenen im Heeresbereich an – zu einem Zeitpunkt, als das Massensterben im Generalgouvernement mit *täglichen* Sterbeziffern zwischen zwei und drei Prozent bereits dem Höhepunkt zuzuging. Diese Senkung traf besonders die «nichtarbeitenden», d.h. in der Regel die bereits entkräfteten, nicht mehr arbeitsfähigen Gefangenen. Sie sollten nun mit 1490 Kalorien nicht einmal zwei Drittel des Existenzminimums erhalten.

Damit hatte der Generalquartiermeister eine Forderung Görings erfüllt, der am 16. September 1941 in einer Besprechung über Ernährungsfragen noch einmal betont hatte, die Ernährung der deutschen Bevölkerung müsse «unter allen Umständen» verbessert werden, um eine Gefährdung der «Stimmung» zu vermeiden. Grundsätzlich sollten, so Göring, «in den besetzten Gebieten nur diejenigen in der entsprechenden Ernährung gesichert werden, die für uns arbeiten». Dies gelte auch für die «bolschewistischen Gefangenen», da man «an keine internationalen Verpflichtungen gebunden» sei³⁸. Zu betonen ist, dass sich die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt zwar gegenüber 1939 etwas verschlechtert hatte, dass aber von akuter Not gar keine Rede sein konnte. Trotz der Vernichtung von Vorräten während der Kämpfe konnten die deutschen Truppen ganz überwiegend aus dem Lande verpflegt und

darüber hinaus noch grössere Mengen an Lebensmitteln ins Reichsgebiet gebracht werden³⁹.

Zehn Tage nach dem Befehl Wagners, die Rationen zu reduzieren, fiel in der deutschen Führung eine Entscheidung, die zunächst eine grundsätzliche Wende in der Politik den sowjetischen Gefangenen gegenüber möglich erscheinen liess. Da der gravierende Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft nicht, wie erhofft, nach dem sicher geglaubten Sieg im Spätherbst 1941 durch die Auflösung von 50 Ostdivisionen beseitigt werden konnte, sollten nun die sowjetischen Gefangenen in grosser Zahl eingesetzt werden. Die Bedeutung dieser Entscheidung war umso grösser, als Hitler einen solchen Einsatz bis dahin wegen der angeblichen politischen und rassischen Gefahren strikt abgelehnt hatte⁴⁰.

Zum ersten Mal wurde nun von der deutschen Führung ein definitives Interesse am Leben der sowjetischen Gefangenen bekundet, und in gewissem Umfang wurden nun auch Massnahmen gegen das Massensterben eingeleitet. Es wurde aber bald klar, dass man nicht bereit war, die bis dahin gültigen Prioritäten auf dem Gebiet der Ernährung aufzugeben. Nach wie vor durfte der Ernährungsstandard der deutschen Bevölkerung nicht angetastet werden. Die Rationen für die sowjetischen Gefangenen wurden zwar angehoben, blieben aber weiterhin am untersten Rande des Existenzminimums. Zwar liess sich die Absicht Görings nicht verwirklichen, die Gefangenen mit «üblicherweise nicht zum Verzehr kommende[n] Tiere[n]» zu füttern, doch entwickelten Experten des Reichsernährungsministeriums ein eigenes «Russenbrot», das aus «50% Roggenschrot, 20% Zuckerrübenschnitzel, 20% Zelmehl und 10% Strohmehl oder Laub» bestand⁴¹.

Mit den nun vorgesehenen Rationen – sie hatten rechnerisch einen Wert von 2'000 bis 2'200 Kalorien – war es nicht möglich, das Massensterben schnell einzudämmen. Unter dem Zwang, Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft zu beschaffen, wurden im Reichsgebiet vorübergehend weitere «Aufpappelungsmassnahmen» – Ernährungszulagen und «Liegekuren» in heizbaren (!) Baracken – befohlen. Diese Massnahmen wurden aber auf diejenigen Gefangenen beschränkt, von denen man annahm, dass sie wieder arbeitsfähig werden würden. Es war diesen vorübergehenden Massnahmen zuzuschreiben, dass das Massensterben bis zum Frühjahr 1942 eingeschränkt werden konnte. Ausschlaggebend waren dabei nicht humanitäre Motive, sondern allein die Erkenntnis, dass man nun auf die Arbeitskraft dieser Gefangenen angewiesen war.

Erst im Juli 1944 wurde die Ernährung der sowjetischen Gefangenen derjenigen der anderen Kriegsgefangenen und damit weitgehend auch der deutschen Zivilbevölkerung angeglichen. Dies geschah wegen der erneut ansteigenden Sterblichkeit und der Notwendigkeit, im Interesse der Rüstungsproduktion die

Arbeitsleistung der Gefangenen zu steigern. Charakteristischerweise wurde aber auch dieses Zugeständnis sogleich dadurch entwertet, dass man die Ausgabe der vollen Rationen an eine bestimmte Arbeitsleistung band und sie damit für bereits geschwächte Gefangene weiter unerreichbar machte⁴².

Der zweite Faktor, der das Massensterben entscheidend beeinflusste, waren die absolut unzureichenden Unterkünfte⁴³. Von Anfang an waren für die Aufnahme der Gefangenen auch dort, wo dies ohne Schwierigkeiten möglich gewesen wäre, also im Reichsgebiet und im besetzten Polen, kaum Vorbereitungen getroffen worden. Zwar wurden schon im Frühjahr 1941 Lagerkomplexe für jeweils 30'000 bis 50'000 Gefangene geplant. Es handelte sich dabei aber lediglich um mit Stacheldraht umzäunte Areale auf Truppenübungsplätzen. Die Gefangenen sollten dort mit allerprimitivsten Mitteln ihre Unterkünfte selbst bauen. Die Folge war, dass sie bis in den Winter hinein unter freiem Himmel in Gräben und Erdlöchern, in Laub- und Erdhütten dahinvegetieren mussten.

Erst am 21. November 1941, drei Wochen nach der Entscheidung, die sowjetischen Gefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft einzusetzen, wurde befohlen, den sogenannten «Russenslagern» im Reichsgebiet jeweils 20 Reichsarbeitsdienst-Baracken zur Unterbringung derjenigen Gefangenen zu liefern, die schnell wieder arbeitsfähig gemacht werden konnten.

Im besetzten Polen ging man erst im Oktober, als das Massensterben schon nicht mehr aufzuhalten war, daran, in ehemaligen Fabriken und Zuchthäusern improvisierte «Winterlager» einzurichten, die dann wegen der engen Belegung – bis zu fünf Pritschen übereinander – ideale Bedingungen für die Ausbreitung von Seuchen boten.

In den besetzten sowjetischen Gebieten waren die Bedingungen womöglich noch schlimmer. Obwohl schon vom Konzept des Blitzkrieges her mit gewaltigen Gefangenenmassen aus den geplanten Umfangsschlachten gerechnet werden musste, wurden für die Vorbereitung von Gefangenenlagern in den rückwärtigen Gebieten kaum Energien freigemacht. Die Lager standen vielmehr am Ende aller Prioritätenlisten. Mit dem geringen Transportraum, der ihnen zugestanden wurde, waren sie kaum in der Lage, die Lager, in denen meist erheblich mehr als 10'000 Gefangene zusammengepfercht waren, laufend mit Lebensmitteln und Brennholz zu versorgen. Ein Lager mit 10'000 Gefangenen verbrauchte, selbst bei wesentlich geringeren als den im Oktober 1941 befohlenen Rationen, täglich fünf Tonnen Kartoffeln, drei Tonnen Brot und 60 Festmeter Holz. Es hing weitgehend vom Interesse und der Tatkraft der Kommandanten – in der Regel Reserveoffiziere, die 50 Jahre und älter waren⁴⁴ – ab, ob sie es verstanden, darüber hinaus Baumaterial, Werkzeuge und die Hilfe ande-

rer Einheiten für den Aufbau und Ausbau der Lager zu organisieren. Die Armeen sahen dies als nebensächliche Aufgaben an, sie gewährten im Allgemeinen nur ein Mindestmass an Unterstützung.

Als im Oktober 1941 Frost und Schneefall einsetzten, gab es zum Beispiel in vielen Lagern im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte lediglich Schutzdächer, unter denen noch nicht einmal alle Gefangenen Platz fanden. Erst im November waren die meisten von ihnen in geschlossenen, meist ungeheizten Räumen untergebracht, mussten aber oft auf der blanken Erde schlafen. Bis zum Frühjahr 1942 besserten sich die Unterkunftsverhältnisse vor allem dadurch, dass die dezimierte Zahl der Gefangenen in den bis dahin fertiggestellten Unterkünften Platz fand.

Ein bezeichnendes Detail soll noch erwähnt werden, weil es die Prioritäten der deutschen Führung im Herbst 1941 noch einmal schlaglicht artig klarmacht: Im Generalgouvernement sollten im September 1941 Winterunterkünfte für 400'000 bis 500'000 sowjetische Gefangene gebaut werden. Dafür standen 34 mittlere LKW zur Verfügung. Generalquartiermeister Wagner lehnte die Zuweisung weiterer LKW aus Beutebeständen ab, verfügte aber am selben Tag die Bereitstellung von 1'200 LKW für den Wirtschaftsstab Ost, um «Fleisch und Getreide in den besetzten Gebieten aus dem Lande zu erfassen und an die Eisenbahn heranführen zu können» – zum Abtransport ins Reich, nicht zur Versorgung der Gefangenen⁴⁵.

Zehntausende, vermutlich sogar Hunderttausende der Gefangenen verloren ihr Leben auf dem Transport von der Front in die Gefangenenlager⁴⁶. Bis in den Winter hinein mussten die meisten Gefangenen in die rückwärtigen Gebiete marschieren, zum Teil viele hundert Kilometer weit, bis nach Oberschlesien und Ostpreussen. Um eine Behinderung des rollenden Verkehrs durch marschierende Gefangene zu vermeiden, hatte das OKH ursprünglich befohlen, die Gefangenen sollten mit den leer zurückfahrenden Nachschubkolonnen oder mit Leerzügen abtransportiert werden. Transportoffiziere und Eisenbahndienststellen verweigerten dies aber sehr häufig mit dem Argument, die Gefangenen seien verlaust. Das OKH gab dem nach und ordnete im Juli 1941 an, die Transporte seien in Zukunft in der Regel im Fussmarsch durchzuführen.

Bei diesen Märschen wurden Tausende von erschöpften Gefangenen kurzerhand von den Begleitmannschaften erschossen. Truppenführer wie der Feldmarschall von Bock wandten sich wiederholt mit Befehlen gegen diese Praxis, konnten sie aber zunächst nicht beenden, umso weniger, als auch sie nicht bereit waren, die grundsätzlichen Prioritäten in Frage zu stellen und ausreichende Rationen zu befehlen. Immer wieder wurde die Tötung entkräfteter Gefangener gemeldet, so im Oktober 1941 aus Smolensk, wo mitten in der Stadt aus einem Transport 125 Gefangene erschossen worden waren, oder Ende Januar 1942 aus

Minsk, wo auf der Hauptstrasse Gefangene «in grosser Zahl» getötet worden waren. Im übrigen gab es auch Truppenführer, die ganz anderer Meinung waren als von Bock. Nach der Aufzeichnung eines Vertreters des Amtes Ausland/Abwehr im OKW war in der 6. Armee des Feldmarschalls von Reichenau befohlen worden, «alle schlappmachenden Gefangenen zu erschiessen»⁴⁷.

Soweit Gefangene mit der Eisenbahn abtransportiert wurden, durften sie auf Befehl des OKH nur in offenen Wagen gefahren werden. Das schränkte nicht nur den dafür verfügbaren Transportraum ein, sondern verursachte mit Einbruch des Winters enorme Verluste. Aus dem Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurden im Oktober 1941 200'000 Gefangene in offenen Wagen in das Reichskommissariat Ostland gebracht, obwohl es vom 10. Oktober an Frost und Schneefall gegeben hatte. Erst am 22. November, als schon mehr als drei Wochen Dauerfrost herrschte, wurde der Transport mit geschlossenen Wagen gestattet. Konkreter Anlass dabei war, dass bei einem relativ kurzen Transport 1'000 Gefangene, jeder Fünfte, erfroren waren.

Auch der Transport in geschlossenen, aber ungeheizten Wagen bedeutete bei den Temperaturen des russischen Winters keine grosse Verbesserung. Nach einem Bericht des Reichskommissariats Ostland vom 5. Dezember 1941 starben «zwischen 25 und 70 Prozent der Gefangenen auf dem Transport». Neben der Kälte wurde als weitere Ursache genannt, dass für mehrtägige Fahrten keine Verpflegung bereitgestellt worden war⁴⁸.

Die Bedingungen beim Abtransport trugen auch mittelbar zur Erhöhung der Sterblichkeit bei. Der körperliche Zustand der Gefangenen wurde durch die langen, kräftezehrenden Märsche, durch die Kälte, der sie schutzlos ausgesetzt waren, und durch die auf dem Transport noch schlechtere Ernährung so reduziert, dass der Verlust durch die dann weiter unzureichende Ernährung in den Stammlagern nicht ausgeglichen werden konnte. Jede weitere Anstrengung oder auch normalerweise unbedeutende Infektionskrankheiten führten dann zum Tode. Die Schnelligkeit, mit der im Spätherbst 1941 die Gefangenen weggerafft wurden, überraschte anscheinend auch die deutsche Führung, obwohl die Folgen der Ausbeutungspolitik im Frühjahr 1941 ja vorausgesehen worden⁴⁹ waren.

4. Die Befehle zur Behandlung der Gefangenen

Die Einstellung der Soldaten im Osten zu den sowjetischen Gefangenen wurde zweifellos durch die Befehle, die zur Behandlung der Gefangenen ergangen waren, ebenso negativ beeinflusst wie durch die «Untermensch»-Propaganda, die

auch vom OKW verbreitet wurde⁵⁰. Die Abt. Kriegsgefangene im OKW hatte mit ihrem Grundsatzbefehl vom 16. Juni 1941 bereits den Ton angegeben:

«Der Bolschewismus ist der Todfeind des Nationalsozialistischen Deutschland! Gegenüber den Kriegsgefangenen der Roten Armee ist daher äusserste Zurückhaltung und schärfste Wachsamkeit geboten. Mit heimtückischem Verhalten insbesondere der Kriegsgefangenen asiatischer Herkunft ist zu rechnen. Daher rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei dem geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern. Restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes!»

Am 25. Juli 1941 erliess der General z. b. V. beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generalleutnant Eugen Müller, einen weiteren Befehl über die Behandlung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen, da der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, festgestellt hatte, dass «nicht an allen Stellen mit der erforderlichen Härte durchgegriffen» werde⁵¹. Der «arbeitswillige und gehorsame Kriegsgefangene», so Müller, solle anständig behandelt werden. Es entspreche aber

«dem Ansehen und der Würde des deutschen Heeres, dass jeder Soldat russischen Kriegsgefangenen gegenüber den Abstand und die Haltung bewahrt, die der Erbitterung und unmenschlichen Roheit der Russen während der Kämpfe Rechnung tragen. Jede Nachsicht oder gar Anbiederung ist strengstens zu ahnden.»

Diese Aufforderung zu einer unnachgiebig harten Behandlung wurde noch dadurch verschärft, dass Müller erklärte, die üblichen Bestimmungen über den Waffengebrauch in der Wehrmacht könnten nur beschränkt gelten. Bei «Widersetzlichkeit, Auflehnung, usw.» sei «*sofort* von der Waffe Gebrauch zu machen». Insbesondere sei auf flüchtende Gefangene sofort, ohne Haltruf, zu schiessen: «Jeder verspätete Gebrauch der Waffe kann eine Gefahr bedeuten. Auf der anderen Seite ist jede Willkür untersagt.»⁵²

Generalleutnant Reinecke, dem das Kriegsgefangenenwesen im OKW-Bereich unterstand, ging am 8. September 1941 mit dem bereits eingangs erwähnten Grundsatzbefehl, in dem auch nochmals die Exekutionen der Einsatzkommandos gerechtfertigt wurden, noch über Müllers Befehl hinaus. Er betonte, dass es bei den sowjetischen Gefangenen «schon aus disziplinarischen Gründen notwendig [sei], den Waffengebrauch sehr scharf zu handhaben» und drohte denjenigen Soldaten, die «nicht oder nicht energisch genug von der Waffe Gebrauch» machten, um einen Befehl durchzusetzen, Strafen an: «Waffengebrauch gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen gilt in der Regel als rechtmässig.» In einer Schlussbemerkung machte Reinecke die Kommandeure der

Kriegsgefangenen «persönlich dafür verantwortlich..., dass die... Anordnungen von den unterstellten Einheiten mit aller Schärfe eingehalten» wurden⁵³.

Der eingangs erwähnte Versuch des Admirals Canaris, beim Chef des OKW, Keitel, die Aufhebung dieses Befehls zu erreichen, scheiterte. Der Verfasser des Protestschreibens, Graf Moltke, hatte völlig zu Recht vorhergesehen, dass Reineckes Befehl willkürliche Erschiessungen geradezu herausfordern musste. Schon wenige Wochen später sah sich der Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis VIII (Breslau) gezwungen, Einschränkungen zu verfügen, da sich die Fälle gehäuft hatten, in denen Wachen aus nichtigen Anlässen Gefangene erschossen hatten. Als Reinecke am 24. März 1942 eine Neufassung des Befehls herausgab, fehlte die Wendung, dass Waffengebrauch in der Regel rechtmässig sei. Während aber bei Erschiessungen anderer Kriegsgefangener eine kriegsgerichtliche Untersuchung durchgeführt werden musste, wurde auch jetzt von den Lagerkommandanten in solchen Fällen nur «eine kurze Darstellung des Sachverhalts» gefordert – «zur Aufrechterhaltung der Disziplin und um ungerechtfertigtes Schiessen zu verhüten»⁵⁴. Selbst 1944, als die deutsche Führung angesichts eines immer prekäreren Arbeitskräftemangels in ständig wiederholten Aktionen versuchte, arbeitsfähige sowjetische Gefangene in die deutsche Kriegswirtschaft zu bringen, wurden wesentlich mehr sowjetische als andere Kriegsgefangene erschossen. Nach wie vor wurde in den Befehlen gefordert, die Arbeitsleistung der Gefangenen «auf das höchstmögliche Mass zu steigern», und nach wie vor durften entsprechende Befehle auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden⁵⁵.

Neben diesen allgemeinen Behandlungsrichtlinien existierte noch eine Fülle von Einzelbestimmungen, die stets von Neuem verdeutlichten, dass die sowjetischen Gefangenen als gefährlich und minderwertig angesehen wurden, und die immer wieder die von 1942 an im Feldheer feststellbaren Versuche in Frage stellten, mit einer menschlicheren Behandlung zusätzliche Kräfte gegen die Sowjetunion zu mobilisieren.

Diese Bestimmungen können hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden. Sie reichten z.B. von einem Befehl von Brauchitschs vom 29. Oktober 1941, Minen «zur Schonung deutschen Blutes» nur von sowjetischen Gefangenen räumen zu lassen, über mehrfache Ansätze, die Gefangenen wie Sklaven zu brandmarken, um ihre Flucht zu erschweren, bis zu der bis Ende 1944 gültigen Anweisung, tote Gefangene nicht in Särgen, sondern nackt, nur in starkes Papier gehüllt, zu begraben: «Die Kosten sind so niedrig wie möglich zu halten.»⁵⁶ Dazu lebten die Gefangenen unter der ständigen Drohung, schon wegen kleinerer Delikte, wegen Kontakten zu deutschen Frauen, oder wegen geringster Anzeichen von Widerstandsgeist in ein KZ eingeliefert und dort liquidiert zu werden⁵⁷.

In die – ergebnislosen – Bemühungen, eine Bindung Deutschlands und der

UdSSR an die Haager Landkriegsordnung und das Genfer Gefangenensabkommen zu erreichen, hatten sich bald auch die Vereinigten Staaten eingeschaltet⁵⁸. Ein wesentliches Motiv dabei war, dass man befürchtete, die Behandlung *aller* Kriegsgefangenen in Deutschland werde sich verschlechtern, wenn das Genfer Abkommen nicht allgemein angewendet würde. Diese Befürchtung war, wie die Entwicklung zeigen sollte, nur zu begründet. Die Behandlung der sowjetischen Gefangenen setzte ein korrumpierendes Beispiel, das mit wachsender Kriegsdauer die Einhaltung des Genfer Abkommens durch das Deutsche Reich überhaupt in Frage stellt. Das zeigte sich am deutlichsten im sogenannten «Kugelerlass», mit dem im März 1944 verfügt wurde, dass nach Flucht festgenommene Offiziere und nichtarbeitende Unteroffiziere *aller* Nationen – britische und amerikanische jeweils nach Entscheidung des OKW – unter grösster Geheimhaltung zur Exekution in das KZ Mauthausen zu überführen seien⁵⁹.

Auch bei den Massnahmen zur «Steigerung der Arbeitsleistung» setzte die Behandlung der sowjetischen Gefangenen ein Beispiel, das vor allem nach dem Willen der NSDAP, der vom OKW mehr und mehr Einfluss auf das Kriegsgefangenenwesen eingeräumt worden war, auf *alle* Gefangenen übertragen wurde⁶⁰.

5. Weshalb liess sich die Wehrmacht in die Vernichtungspolitik einbeziehen?

Es lag keineswegs in der Tradition des deutschen Heeres, wehrlose Gefangene zu misshandeln, zu Tausenden zu erschiessen oder sie verhungern zu lassen. Damit stellt sich die Frage, weshalb es im Ostkrieg zu diesem fundamentalen Bruch kriegsvölkerrechtlicher Prinzipien kommen konnte.

Die verantwortlichen Militärs erklärten nach 1945 immer wieder, derartige Dinge seien von Hitler befohlen und die Durchführung erzwungen worden, soweit es nicht gelungen sei, sie zu sabotieren. Diese Version ist von den deutschen Historikern bis in die sechziger Jahre mit geringen Einschränkungen akzeptiert worden, doch wurde sie in dem Masse als unhaltbar erkannt, in dem die Wehrmachtakten der Forschung zugänglich wurden.

Der Kommissarbefehl hat in diesem Zusammenhang sehr viel Aufmerksamkeit gefunden. Zwar hatte er, verglichen mit anderen Ausrottungsmassnahmen, eine relativ geringe Opferzahl gefordert, doch war in ihm der Bruch völkerrechtlicher Grundsätze besonders deutlich. Erst in jüngster Zeit ist wieder mit Berufung auf eine Fülle von eidesstattlichen Versicherungen aus den Nürnberger

Prozessen argumentiert worden, der Befehl sei in den meisten Fällen entweder überhaupt nicht weitergegeben oder jedenfalls nicht befolgt worden; die erhaltenen Vollzugsmeldungen seien fingiert worden, um eine Durchführung vorzutäuschen⁶¹. Diese Version hält aber der kritischen Konfrontation mit den Quellen nicht stand. Die Verbreitung des Kommissarbefehls ist fast für das gesamte Osttheer aktenkundig, und die Fülle der erhaltenen Vollzugsmeldungen zwingt zu der Annahme, dass der Befehl in der Mehrzahl der Divisionen auch befolgt wurde, dies umso mehr, als schon Stichproben eidesstattliche Erklärungen als unzutreffend erweisen⁶².

Der folgende Fall kann als Musterbeispiel gelten. In seinen Memoiren versicherte der berühmte Panzergeneral Guderian, 1944/45 vorletzter Generalstabschef des Heeres, er habe den Kommissarbefehl nicht gekannt, anscheinend sei er von der Heeresgruppe Mitte nicht weitergegeben worden. Der 1. Generalstabsoffizier der 17. Panzerdivision, die Guderians Panzergruppe 2 im Juni 1941 über das XXXXVII. Panzerkorps des Generals Lemelsen unterstellt war, versicherte, er habe den Befehl auf dem Dienstwege erhalten, Lemelsen habe aber die Durchführung verboten. Inzwischen ist ein von Lemelsen unterzeichneter Befehl gefunden worden, in dem sich Lemelsen zwar gegen willkürliche Erschiessungen sowjetischer Gefangener wendet, den Kommissarbefehl aber ausdrücklich bekräftigt⁶³.

Ganz sicher gab es auch Einheiten, die den Befehl nicht durchführten. Dies war aber nur da möglich, wo man sich aufgrund genauer gegenseitiger Kenntnis im kleinen Kreis darauf einigen konnte. Aus zeitgenössischen Quellen ist dies nur für die 17. Panzerdivision des Generals Hans-Jürgen von Arnim belegt⁶⁴. Dagegen besteht kein Grund, an die Existenz fingierter Meldungen zu glauben, würde man doch damit unterstellen, dass gerade die Stellen, die angeblich den Befehl sabotieren wollten, von der Durchführung hätten überzeugt werden müssen.

Der eindeutigste Beweis für die sehr weitgehende Durchführung des Befehls sind schliesslich die nahezu verzweifelten Anstrengungen der Truppenführung, die Aufhebung des Befehls zu erreichen, nachdem sich mit dem Bekanntwerden der Erschiessungen – einige Divisionen hatten die Erschiessung der Kommissare sogar auf Flugblättern bekanntgegeben – der sowjetische Widerstand drastisch verhärtete und Überläufer ausblieben⁶⁵. Hitler fand sich erst im Mai 1942 widerwillig dazu bereit, den Befehl aufzuheben. Die Kommissare wurden von da an erst im Generalgouvernement durch Einsatzkommandos «ausgesondert» und in der Regel im KZ Mauthausen «durch Arbeit vernichtet»⁶⁶.

Auch ein weiterer Entwicklungsstrang zeigt, dass die Beteiligung der Wehrmacht am weltanschaulichen Vernichtungskrieg keineswegs allein mit Führer-

befehlen und einem übersteigerten Gehorsamsdenken begründet werden kann. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass im Operationsgebiet des Heeres trotz des förmlichen Verbots des Generalquartiermeisters die Einsatzkommandos schon bald an der «Überprüfung» der sowjetischen Gefangenen beteiligt wurden. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die Zusammenarbeit mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD bei der Judenvernichtung von Anfang an bei Weitem das Ausmass überschritt, das zwischen dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Gruppenführer R. Heydrich, und Generalquartiermeister Wagner vereinbart und der Truppe vorgeschrieben worden war.

Beispielsweise wurde die grösste Einzelaktion, die Erschiessung von 33'771 Juden aus Kiev in der Schlucht von Babi Jar im September 1941, nach Absprache der Einsatzgruppe C mit dem Stadtkommandanten von Kiev, Generalmajor Eberhard, und dem XXIX. Armeekorps organisiert. Die Propagandakompanie der 6. Armee druckte 2'000 Plakate, mit denen die Juden zur «Umsiedlung» aufgerufen wurden. Heerespioniere sprengten die Wände der Schlucht ab, um die Leichenberge zu bedecken. In anderen Fällen stellten Wehrmachteinheiten bei Massenerschiessungen Absperrkommandos und halfen bei Durchkäm-mungsaktionen. Die Juden wurden beim Einmarsch der deutschen Truppen durch Armeebefehle zur Kennzeichnung und Registrierung gezwungen, in einer Vielzahl von Fällen ergriffen Orts- und Feldkommandanten die Initiative, um ihre Bereiche «judenfrei» zu machen. All diese Hilfen waren eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die vier Einsatzgruppen bis zum April 1942 mehr als eine halbe Million sowjetische Juden umbringen konnten⁶⁷.

Schliesslich zeigt noch ein Einzelaspekt der Behandlung der sowjetischen Gefangenen, in welchem Masse auch die Verantwortlichen in der Truppenführung bereit waren, sich über kriegsvölkerrechtliche Normen und traditionelle soldatische Werte hinwegzusetzen. Obwohl das Genfer Verwundetenabkommen für beide Seiten verbindlich war, da auch die Sowjetunion Signatarstaat war, ist nicht feststellbar, dass dieses Faktum je in der militärischen Führung erörtert worden wäre. Das OKH verfügte von Anfang an eine abweichende Behandlung. Sowjetische Verwundete sollten zwar bei den Divisionen und Armeen ärztlich versorgt werden, dies sollte aber in erster Linie durch sowjetische Ärzte unter Verwendung von Beutematerial geschehen. Ein Abtransport in Krankenwagen wurde ausdrücklich ausgeschlossen.

Im Spätherbst 1941 gingen Armeebefehlshaber an allen Teilen der Front dazu über, «kriegsunbrauchbare», d.h. schwerversehrt Gefangene «zur Zivilbevölkerung» zu entlassen, da sie unnötig die Verpflegungslage belast[en], eine Praxis, die dann im Januar 1942 vom OKH für das gesamte Operationsgebiet befohlen wurde. Da diese Gefangenen als «Nichtarbeitende» keine Lebensmittel

erhielten, konnten sie allenfalls bettelnd ihr Leben fristen. Das brachte schliesslich Himmler auf den Plan, der in ihnen potentielle Partisanenhelfer sah. Im September 1942 einigte er sich mit Keitel darauf, dass solche Gefange als «arbeitsunfähig» an den nächsten Höheren SS- und Polizeiführer bzw. an das nächste KZ ausgeliefert wurden. In aller Regel wurden sie dann umgehend exekutiert⁶⁸.

Hier war also die Verschärfung von den Armeebefehlshabern ausgegangen, die besonders augenfällig vom alten soldatischen Ethos abwichen, das vor dem verwundeten Gegner besondere Achtung forderte. Ausschlaggebend waren reine Nützlichkeitsabwägungen, wobei angesichts anderer Vorgänge nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch der Euthanasiegedanke eine Rolle spielte⁶⁹.

Diese Beispiele zeigen, dass der systematische Bruch des Kriegsvölkerrechts im Ostkrieg nicht in erster Linie mit Führerbefehlen einerseits und der ohne Zweifel ausgeprägten Bereitschaft zum blinden Gehorsam auf Seiten der Armee andererseits begründet werden kann.

Bei der Suche nach den weiteren Ursachen liegt es nahe, danach zu fragen, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang die Bemühungen nationalsozialistischer Völkerrechtler hatten, ein eigenes, «neues» Kriegsvölkerrecht zu entwickeln. In der Tat erscheint vieles von dem, was von ihnen schon während der dreissiger Jahre formuliert worden war, auf die spätere Entwicklung anwendbar⁷⁰. Hatten die ersten NS-Völkerrechtler das «Rassisch-Völkische» zur Basis des neuen Völkerrechts machen wollen, so fügte der prominenteste Staatsrechtler der Zeit, Carl Schmitt, dem den Begriff «Reich» als «Raum- und Machtordnungsprinzip» hinzu, einen Begriff, der nach Theodor Maunz «das Völkische, die Machtorganisation, und die zur Erhaltung von Volk und Staat notwendigen Anstrengungen zur Erzielung einer vernünftigen Raumplanung in der Welt» beinhaltete. Maunz folgerte, auf Schmitt aufbauend, dass ein Angriffskrieg, «den das Reich für das Volk und den Bestand seines Lebensraumes führt,... nicht ein völkerrechtlich unerlaubter Krieg sein [könne]. Er müsste nicht nur ein erlaubter, sondern auch ein gerechter Krieg sein.» Das «Ordnungsprinzip» in diesem als «Grossraum» definierten Lebensraum konnte, wiederum nach Maunz, «nicht der Lebensraum als solcher, noch weniger die etwa in ihm lebenden fremden Völker... sein, sondern nur das deutsche Volk selbst». Für dieses «Kriegsvölkerrecht des Grossdeutschen Reiches», das der «Geschichte der Jahrhunderte den Stempel auf drücken» würde, reklamierte Maunz auch noch eine besondere Legitimation: anders als das traditionelle Kriegsvölkerrecht, das er als «westliche Lehre» und «gewillkürte juristische Konstruktion» abqualifizierte, sei die neue Lehre «etwas vom Schöpfer Gegebenes, wie es das Volk und seine Ordnung und sein Raum sind».

Auf diese Ansätze wurde aber bei den für die Kriegführung im Osten relevanten Entscheidungen nicht ausdrücklich Bezug genommen. Soweit aus den Akten erkennbar ist, wurde weder in der politischen noch in der militärischen Führung bei einer der grundlegenden Entscheidungen je darüber gesprochen, ob dem geplanten Vorgehen etwa völkerrechtliche Schranken entgegenstünden⁷¹. Niemand schien in der Lage, Deutschland, das auf dem Gipfel seiner Macht stand, daran zu hindern, auch radikalste Ziele zu verwirklichen: «Im Westen ist Deutschland ungefährdet und der Osten frei für alles und jedes, was der Führer einzusetzen wünscht», erklärte der designierte Minister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, am 20. Juni 1941. Interessant war allein die Frage, wie diese Ziele am besten verwirklicht werden konnten. Hitler definierte seine Ansichten dazu auf einer entscheidenden Besprechung über die Besatzungspolitik im innersten Führungskreis:

«Wesentlich sei es nun, dass wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben(...)... Keinesfalles solle durch überflüssige Erklärungen unserer Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was ausserhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun.»⁷² Dennoch wäre es verfehlt, zu meinen, die Bemühungen der NS-Völkerrechtler seien in diesem Zusammenhang bedeutungslos. Sie lieferten nicht nur eine «Rechtfertigung» des Angriffskrieges zur Erweiterung des «Lebensraumes» und des deutschen Rechts, besiegte Völker einer eigenen «Rechtsetzung» zu unterwerfen. Indem sie das bestehende Kriegsvölkerrecht zur Disposition stellten und als «westliche Lehre» diffamierten, trugen sie zum Abbau des Rechtsbewusstseins bei und nährten die Vorstellung, dass das Kriegsvölkerrecht beliebig beiseite geschoben werden könne.

Die Rezeption dieses Rechtsdenkens durch die Wehrmacht ist nicht konkret fassbar⁷³. Es ist aber schlecht vorstellbar, dass Soldaten wie Wehrmachtjuristen – in der militärischen Führung wie in den Armeen – von der damals sehr lebhaften Diskussion um das «deutsche Völkerrecht» keine Kenntnis genommen haben sollten. In der Tat erscheint das Argument, mit dem der General z. B. V. Müller, den Armeeführern den Kriegsgerichtsbarkeitserlass plausibel zu machen suchte – man müsse zum «alten Kriegsbrauch» zurückkehren, da das «bisherige Kriegsrecht erst nach dem Weltkrieg festgelegt» worden sei – als eine sehr stark vergrößerte Form der These von Carl Schmitt, die westlichen Mächte seien seit dem Ersten Weltkrieg dabei, mit der «Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff» ein völlig neues Kriegsvölkerrecht zu schaffen.

Die Tatsache, dass das bestehende Kriegsvölkerrecht im Kampf gegen die Westmächte auch von der NS-Führung im Wesentlichen nicht in Frage gestellt

wurde⁷⁴, zeigt sehr deutlich, dass im Ostkrieg noch andere Faktoren entscheidend waren. Die lange Zeit tradierte Vorstellung, die verbrecherischen Befehle seien nur von den überzeugten Nationalsozialisten, den «politischen Soldaten des Führers», befolgt worden, entspricht nicht den Tatsachen. Wie Truppenführer partiell der soldatischen Tradition folgen und dennoch den weltanschaulich begründeten Ausrottungsbefehlen genügen konnten, zeigt anschaulich der bereits erwähnte Befehl des Kommandierenden Generals des XXXXVII. Panzerkorps, Lemelsen, vom 30. Juni 1941. Lemelsen wandte sich darin zunächst scharf gegen die Erschiessung von Gefangenen und Überläufern: «Das ist Mord!» Der russische Soldat, der tapfer gekämpft habe, habe «Anspruch auf ehrenvolle, gute Behandlung». Dies war eine eindeutige Wendung gegen die in den Akten feststellbare Auffassung, man könne mit den Gefangenen beliebig umspringen, es seien «sowieso zu viele da». Zugleich bekräftigte Lemelsen aber, Kommissare und Freischärler seien «abseits zu führen und ausschliesslich auf Befehl eines Offiziers zu erschiessen»⁷⁵. Bolschewisten gegenüber galt also der traditionelle Grundsatz nicht, dass ein Soldat, der sich ergab, zu schonen sei. Die Tatsache, dass Lemelsen zum zweiten Mal binnen fünf Tagen gegen die Erschiessung von Gefangenen einschreiten musste, macht zugleich deutlich, dass unter seinen Truppen schon in den ersten Tagen des Ostkrieges auch weit radikalere Auffassungen verbreitet waren.

In der Tat war der extreme Antibolschewismus derjenige Faktor, der am meisten dazu beitrug, rechtliche Bedenken zu beseitigen. Dies zeigte sich nicht nur bei der Ausarbeitung und Durchführung der «verbrecherischen Befehle». Auch die weitgehend reibungslose Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den Einsatzgruppen beruhte entscheidend auf dieser Voraussetzung⁷⁶.

Ein beredter Beleg dafür sind die berüchtigten Befehle des Oberbefehlshabers der 6. Armee, Feldmarschall von Reichenau, und seiner Nachahmer vom Spätherbst 1941. Für den Soldaten ergäben sich, so Reichenau, im Kampf gegen den Bolschewismus «Aufgaben, die über das hergebrachte, einseitige Soldatentum» hinausgingen. Der Soldat sei hier «nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst», sondern darüber hinaus «auch ein Träger einer unerbittlichen völkischen Idee». Deshalb müsse «der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum *volles* Verständnis haben», umso mehr, als Partisanenaktionen «erfahrungsgemäss stets von Juden angezettelt» würden⁷⁷. Dass dies nicht die vereinzelte Haltung eines als nationalsozialistisch bekannten Generals war, zeigen die nicht weniger kompromittierenden Fassungen, die die Oberbefehlshaber der 11. Armee, von Manstein, und der 17. Armee, Hoth, dem Befehl gaben, sowie die Tatsache, dass Reichen-

aus Befehl auf «Bitte» von Brauchitschs im gesamten Ostheer verbreitet werden sollte, was, soweit feststellbar, auch geschah⁷⁸. Selbst erklärte Hitler-Gegner, wie Hoths Vorgänger, General d. Inf. Karl-Heinrich von Stülpnagel, und der Oberbefehlshaber der Panzergruppe 4, Generaloberst Erich Hoepner, arbeiteten unter diesen Prämissen eng mit den ihnen zugewiesenen Kräften der Einsatzgruppen zusammen⁷⁹. Die Einsatzgruppenführer begriffen schnell, dass man eventuelle Bedenken gegen Judenmord – bei den eigenen Mordschützen ebenso wie bei den Truppen, auf deren Hilfe man angewiesen war – am leichtesten abbauen konnte, wenn man die Juden als bolschewistische Partisanen oder Partisanenhelfer identifizierte⁸⁰.

Sicher ist in jeder Armee die Bereitschaft vorhanden, gegen Partisanen, die aus dem Hinterhalt kämpfen, mit grosser Härte vorzugehen. Das erklärt aber noch nicht, weshalb die Truppe die Tarnung der Einsatzgruppen so bereitwillig akzeptierte und zum Teil auch selbst bereit war, mit beispielloser Brutalität gegen tatsächliche oder angebliche Partisanen vorzugehen. So meldete zum Beispiel im November 1941 der Wehrmachtkommandant Weissruthenien, im vorangegangenen Monat seien bei «Kämpfen mit Partisanen» von 10940 Gefangenen 10431 erschossen worden. Bei den Kämpfen waren freilich nur 89 Infanteriewaffen erbeutet worden, nur zwei eigene Soldaten waren im Kampf gefallen; wie der Zusammenhang ergibt, handelte es sich bei den «Partisanen» vor allem um Juden und entflozene Gefangene. Auch Fronttruppen gingen mit ähnlicher «Härte» vor. Die 6. Armee meldete am 7. Dezember 1941, im Armeegebiet seien «mehrere Tausend [Partisanen] öffentlich gehängt oder erschossen» worden, davon allein mehrere Hundert in Charkov⁸¹.

Wenn man dabei argumentiert, die deutsche Seite habe angesichts der Grausamkeiten der Partisanen im Gegenzug ebenfalls vor keinem Mittel zurückgeschreckt⁸², so vertauscht man Ursache und Folge. Gewiss trifft es zu, dass die Partisanen mit atavistischer Grausamkeit vorgingen, und sicher steigerte gerade dies die Bereitschaft deutscher Soldaten zu brutalster Vergeltung erheblich. Doch ist nicht zu verkennen, dass die Partisanenbewegung 1941 zahlenmässig fast bedeutungslos war, und dass erst das deutsche Vorgehen gegen die Kriegsgefangenen und gegen die Zivilbevölkerung – etwa bei der «Erfassung» der Lebensmittel und bei «kollektiven Strafmassnahmen» – jene Partisanenbewegung schuf, die dann 1943/44 zu einem sehr gewichtigen militärischen Faktor wurde⁸³.

Das deutsche Vorgehen war aber schon *vor* dem Angriff so konzipiert worden, wie es dann praktiziert wurde. Schliesslich war schon der Kriegsgerichtsbarkeitserlass darauf angelegt gewesen, jeglichen Widerstand zu ersticken. Die deutsche Führung rechnete, wie aus einem Schreiben Keitels an den Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, vom 6. Juli 1941 hervorgeht, «in-

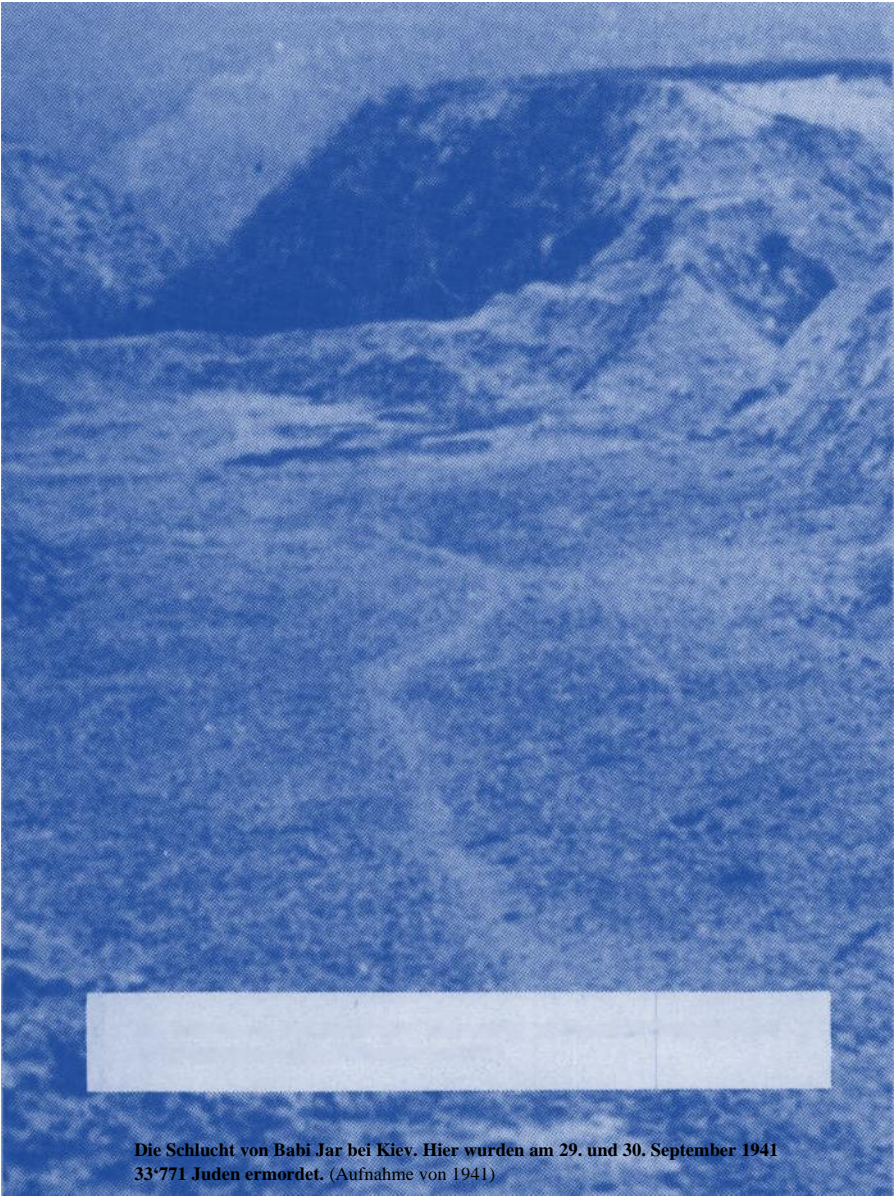
folge vorauszusehender Hungersnot in grossen Teilen der eroberten Gebiete» von Anfang an mit einer Partisanenbewegung. Hitler selbst äusserte nach Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg die Ansicht, der Partisanenkrieg habe «auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt»⁸⁴.

Wenn ein erheblicher Teil der Soldaten die Partisanenbekämpfung nach diesen Vorstellungen führte, so lag dies daran, dass die ohnehin vorhandene Bereitschaft, gegen Partisanen hart vorzugehen, nun durch das Schreckbild eines von Bolschewisten geschürten Volkskrieges nach dem Muster des russischen Bürgerkrieges ganz wesentlich gesteigert wurde, und dass nicht nur die überzeugten Nationalsozialisten von vornherein bereit waren, den Krieg gegen die «Bolschewiken» ausserhalb der Regeln des Kriegsvölkerrechts als gnadenlosen Bürgerkrieg zu führen. Die Grausamkeiten der Partisanen erschienen dann als nachträgliche Rechtfertigung des eingeschlagenen Kurses.

Ein weiterer Faktor trug dazu bei, dass Widerstand gegen die Vernichtungspolitik fast völlig ausblieb. Für die militärische Führung stand es im Frühjahr 1941 ausser jedem Zweifel, dass auch der «Ostfeldzug» ein Blitzkrieg werden würde. Generalstabschef Halder sah den Krieg am 3. Juli 1941 als bereits gewonnen an⁸⁵. In dieser kurzen Ausnahmesituation schien eine vorübergehende Einbeziehung der Wehrmacht in die Ausrottungspolitik nicht nur vertretbar, sie schien auch notwendig, um auf der einen Seite das auch von Wehrmacht- und Heeresführung vertretene Ziel der Ostexpansion abzusichern und auf der anderen Seite unter Beweis zu stellen, dass dem Heer gegenüber anderen nach oben strebenden Kräften im NS-Staat, vor allem gegenüber der SS, weiterhin eine Vorrangstellung gebührte. Überdies war gerade das Blitzkriegskonzept nur zu verwirklichen, wenn alle Energien auf die Kriegführung konzentriert wurden. So gesehen erschienen alle kriegsvölkerrechtlichen Bestimmungen, die eine Rücksichtnahme auf Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene forderten, lediglich als unangenehme Fesseln für eine ungehemmte Kriegführung⁸⁶.

Ohne jeden Zweifel gab es auch viele Soldaten, die diese verhängnisvolle Entwicklung ablehnten. So meldete der Abwehroffizier der Heeresgruppe Mitte, Major Rudolf Christoph von Gersdorff, im Bericht über eine Frontreise Anfang Dezember 1941, die Erschiessungen von Juden, Kriegsgefangenen und auch die von Kommissaren würden «fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt» und als «eine Verletzung der Ehre der Deutschen Armee, insonderheit des Deutschen Offizierkorps betrachtet», doch stiess diese Einstellung schon im Stab der Heeresgruppe Mitte auf Kritik. Eine breite Basis hatten solche Auffassungen nicht, das Erscheinungsbild des Heeres wurde von anderen Soldaten ge-

prägt⁸⁷. Im Sommer 1941, als der Nationalsozialismus den Gipfel seiner Macht erreicht hatte, war das mehr als drei Millionen Mann zählende Ostheer ein Spiegelbild des *gesamten* deutschen Volkes. Nationalsozialisten aller Schattierungen spielten darin eine unleugbar wichtige Rolle. Aber auch ein erheblicher Teil jener Soldaten, die dem Nationalsozialismus distanziert gegenüberstanden, war bereit, den Kampf gegen den Bolschewismus unter Anwendung aller Mittel zu führen.



**Die Schlucht von Babi Jar bei Kiev. Hier wurden am 29. und 30. September 1941
33.771 Juden ermordet. (Aufnahme von 1941)**

Andreas Hillgruber

Der Ostkrieg und die Judenvernichtung

1. Hitlers rassenideologisches Dogma: Der «jüdische Bolschewismus»

Um die mit Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) in den besetzten sowjetischen Gebieten sofort einsetzende systematische Ausrottung der Juden durch Spezialeinheiten der SS historisch zureichend erklären zu können, ist es notwendig, von der durch einen radikalen, universalen, als «handlungsmotivierende Antriebskraft»¹ wirkenden Antisemitismus geprägten Rassendoktrin und der damit verbundenen «fixen» Vorstellung von Bolschewismus als Herrschaft der Juden über die slawischen Massen in Sowjetrußland bei Hitler und in der nationalsozialistischen «Weltanschauung» auszugehen.

So umstritten es in der historischen Forschung ist, ob sich die früh zu konstatierenden antisemitischen Vorurteile Hitlers seit seiner Linzer und Wiener Jugendzeit bei ihm gleichsam in «Schüben» zu einem den Rahmen zeittypischer Klischees sprengenden Hass und Vernichtungswillen gegenüber den Juden steigerten oder ob psychische Schocks einen Bruch, einen qualitativen «Sprung» in seinem Antisemitismus vom Gewöhnlichen, zum Aussergewöhnlichen, herbeiführten, so unbestritten ist es, dass die Agitation des Politikers Hitler von Anfang an, d.h. seit 1919, von einem solchen aussergewöhnlichen Antisemitismus bestimmt war². Schon in dem «ersten Schriftstück der politischen Laufbahn» Hitlers, einem Brief vom 16. September 1919³, hob er seine zu politischen Konsequenzen drängende antisemitische Position von den im Nachkriegsdeutschland allgemein verbreiteten antijüdischen Emotionen ab: «Der Antisemitismus aus rein gefühlsmässigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Pogromen⁴. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muss führen zur planmässigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt... Sein letztes Ziel aber muss unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.» Eine Erläuterung, was unter letzterem zu verstehen sei, fehlt in dem Brief.

In einer Rede am 6. April 1920 wurde Hitler deutlicher⁵: «Wir wollen keine

Gefühlsantisemiten sein, die Pogromstimmung erzeugen wollen, sondern es be-seelt uns die unerbittliche Entschlossenheit, das Übel an der Wurzel zu packen und mit Stumpf und Stiel auszurotten.» Doch sprach er auch hier und öfter in jener Zeit (1920) noch von «Auswanderung» oder «Ausweisung» der Juden, so dass «Entfernung» in diesem Sinne gedeutet werden konnte. In der als erste in einer Nachschrift im vollen Wortlaut erhaltenen Rede vom 13. August 1920⁶ wiederholte er als Ziel der angestrebten «gründlichen Lösung» die «Entfernung der Juden aus unserem Volk», hob nun aber – ein Novum bei ihm – erstmals auch den internationalen Charakter des Judentums hervor. Von da an spielte gerade der Vorwurf des «jüdischen Internationalismus» eine Schlüsselrolle in seiner Agitation. Diese erweiterte Perspektive schloss eine Ausweitung des «Abwehrkampfes» gegen die Juden über den nationalen Rahmen hinaus ein.

Universaler antisemitischer Rassenfanatismus und (inzwischen entwickeltes) aussenpolitisches «Programm» wurden von Hitler in seinem Buch «Mein Kampf» (1924/25 verfasst)⁷ zu einer selbstgesetzten pseudoreligiösen historischen «Mission» ineinander verwoben und bildeten seither in seinen Vorstellungen ein in sich geschlossenes Ganzes⁸. Als *quasi defensiven* Aspekt seines – und der von ihm geführten nationalsozialistischen «Bewegung» getragenen – «Kampfes» sah er die Verhinderung eines globalen Triumphes der Juden⁹: «Sieg der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen¹⁰ menschenleer durch den Äther ziehen ... So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.» Sein «Beschluss», «Politiker zu werden»¹¹, folgte (am Ende des 7. Kapitels des «Kampf»-Buches) unmittelbar auf den Kernsatz¹²: «Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder-Oder.»

Immer wieder¹³ zeichnete Hitler in seinem Buch in grob biologistischer Manier «den» Juden als «Parasiten», «Schmarotzer» und «Vampir», wobei das bolschewistische Russland als Beleg angeführt wurde¹⁴: «Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten, und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führer beraubt, reif zum Sklavenlos einer dauernden Unterjochung. Das furchtbarste Beispiel dieser Art bietet Russland, wo er (der Jude – d. Verf.) an dreissig Millionen Menschen in wahrhaft satanischer Wildheit teilweise unter unmenschlichen Qualen tötete oder verhungern liess, um einem Haufen jüdischer Literaten und

Börsenbanditen die Herrschaft über ein grosses Volk zu sichern. Das Ende aber ist nicht nur das Ende der Freiheit der vom Juden unterdrückten Völker, sondern auch das Ende dieses Völkerparasiten selber. Nach dem Tode des Opfers stirbt früher oder später der Vampir.»

Allerdings – dies schien in Hitlers Sicht kein Widerspruch – war das Ziel der «jüdischen Herrschaft» über Russland ein anderes: «Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen.»¹⁵

Die (sich daraus ableitende) *offensive* Seite seiner Zielvorstellungen enthüllte Hitler im zweiten Band von «Mein Kampf» im 14. Kapitel «Ostorientierung oder Ostpolitik»¹⁶: «Der Kampf gegen die jüdische Weltbolschewisierung erfordert eine klare Einstellung zu Sowjet-Russland.» Aus seinen rassenideologischen Prämissen und sozialdarwinistischen Axiomen für die aussenpolitische Expansion eines von ihm geführten Reiches ergab sich die Konsequenz¹⁷:

«Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten... Wenn wir... heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm Untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Russland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volk jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte... Seit Jahrhunderten zehrte Russland von (dem) germanischen Kern seiner oberen Schichten. Er kann heute als fast restlos ausgerottet und ausgelöscht angesehen werden. An seine Stelle ist der Jude getreten. So unmöglich es dem Russen an sich ist, aus eigener Kraft das Joch der Juden abzuschütteln, so unmöglich ist es dem Juden, das mächtige Reich auf Dauer zu erhalten. Er selbst ist kein Element der Organisation, sondern ein Ferment der Dekomposition. Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Russland wird auch das Ende Russlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird.»

Wie sich Hitler die «Entfernung» der Juden vorstellte, gewann ebenfalls im «Kampf»-Buch deutlichere Konturen¹⁸: «Nicht Fürsten und fürstliche Mätresen schachern und feilschen (in der Gegenwart – d. Verf.) um Staatsgrenzen, sondern der unerbittliche Weltjude kämpft für seine Herrschaft über die Völker. Kein Volk entfernt diese Faust anders von seiner Gurgel als durch das Schwert. Nur die gesammelte konzentrierte Stärke einer kraftvoll sich aufbäumenden nationalen Leidenschaft vermag der internationalen Völkerversklavung zu trot-

zen. Ein solcher Vorgang ist und bleibt aber ein blutiger. Hätte man zu Kriegsbeginn (1914 – d. Verf.) und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mussten, dann wäre das Millionopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutscher das Leben gerettet.»¹⁹

Hitler warf der kaiserlichen deutschen Regierung vor, bei Kriegsbeginn 1914 nicht «gegen die ganze betrügerische Genossenschaft dieser jüdischen Volksvergifter» vorgegangen zu sein²⁰: «Es wäre die Pflicht einer besorgten Staatsregierung gewesen, nun, da der deutsche Arbeiter wieder den Weg zum Volkstum gefunden hatte, die Verhetzer dieses Volkstums unbarmherzig auszurotten. Wenn an der Front die Besten fielen, dann konnte man zu Hause wenigstens das Ungeziefer vertilgen.»²¹

In seinem (damals nicht veröffentlichten, vielmehr erst 1961 edierten) «Zweiten Buch» aus dem Jahr 1928²² stand die Aussenpolitik im engeren Sinne im Mittelpunkt, doch spiegelt auch dieses Werk Hitlers Fixierung auf den «jüdischen Bolschewismus». Ein deutsch-russisches Bündnis – so meinte er – würde als «Ergebnis die restlose Herrschaft des Judentums in Deutschland... wie in Russland» mit sich bringen²³. In der bolschewistischen Revolution habe Russland «seinen neuen Führer erhalten, im Judentum. Das nach der Oberschicht²⁴ und damit Oberleitung drängende Judentum hat mit Hilfe slawischer Rasseninstinkte die bisherige fremde Oberschicht ausgerottet. Denn wenn mit der bolschewistischen Revolution das Judentum die Führung auf allen Gebieten des russischen Lebens übernommen hat, so ist dies ein selbstverständlicher Vorgang, denn von sich aus und aus sich selbst fehlt dem Slawentum überhaupt jede organisatorische Fähigkeit und damit auch jede staatenbildende und staatenhaltende Kraft.»²⁵

Hitler hielt allerdings für «denkbar, dass in Russland selbst ein innerer Wandel innerhalb der bolschewistischen Welt insofern eintritt, als das jüdische Element vielleicht durch ein mehr oder minder russisches nationales verdrängt werden könnte»²⁶: Ja, er ging so weit zu prophezeien, dass «der Kampf des innerlich antistaatlichen panslawistischen Gedankens gegen die bolschewistische jüdische Staatsidee... mit der Vernichtung des Judentums enden» werde²⁷. «Was aber dann übrig bleibt, wird ein Russland sein, von ebenso geringer staatlicher Macht wie tief eingewurzelter antideutscher Einstellung... Weder vom Standpunkt nüchterner Zweckmässigkeit aus gesehen noch von dem einer menschlichen Zusammengehörigkeit aus hat für die Zukunft ein Bündnis Deutschlands

mit Russland für Deutschland einen Sinn. Im Gegenteil, es ist ein Glück für die Zukunft, dass diese Entwicklung so stattgefunden hat, weil dadurch ein Bann gebrochen ist, der uns verhindert hätte, das Ziel der deutschen Aussenpolitik dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten.»²⁸

Die Kontinuität der rassen- und raumpolitischen Leitideen bei Hitler und ihre Übernahme als zentrale Axiome in die im übrigen sehr verschwommene und vieldeutige nationalsozialistische «Weltanschauung» sind in der Forschung unbestritten²⁹, auch wenn kontrovers ist, wie konkret diese Leitideen die praktische Politik des «Dritten Reiches» und die antijüdischen Massnahmen des Regimes in den «Friedensjahren» von 1933 bis 1939 im Einzelnen bestimmten³⁰. Hitler selbst hielt in seinen Reden auch in dieser Zeit an der Formel vom «jüdischen Bolschewismus» fest. In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 zum Beispiel nannte er den Bolschewismus «eine Pest, gegen die wir uns in Deutschland blutig zur Wehr setzen mussten», als «der jüdisch-internationale Moskauer Bolschewismus versuchte, nach Deutschland einzudringen»³¹. «Jede engere Beziehung mit den Trägern dieser Giftbazillen» habe er vermieden³². Und am 20. Februar 1938 rief er vor dem Reichstag aus: «Wir sehen im Bolschewismus mehr noch als früher die Inkarnation des menschlichen Zerstörungstriebes.»³³ Bis zur Jahreswende 1938/39 blieb in der nationalsozialistischen Agitation das Schlagwort vom «jüdischen Bolschewismus» permanent im Mittelpunkt. Dann wurde – im Blick auf die taktisch als notwendig angesehene temporäre Annäherung an die Sowjetunion – die antisemitische von der antibolschewistischen Parole in der Propaganda für zweieinhalb Jahre abgetrennt, die antisemitische dabei jedoch noch weiter verschärft.

Hitler selbst wurde im Winter 1938/39 in seinen Äusserungen gegenüber Ausländern hinsichtlich seiner umfassenden antijüdischen Ziele deutlicher als jemals zuvor. Am 24. November 1938 sprach er dem südafrikanischen Verteidigungsminister Pirow gegenüber davon, dass «die Juden... eines Tages aus Europa verschwinden» würden³⁴. «Das Weltjudentum wolle (aber) gar nicht, dass die Juden aus Europa verschwinden, sondern betrachte die Juden in Europa als Vorposten für die Bolschewisierung der Welt. Die Juden hassen ihn, weil er die Bolschewisierung Europas verhindert habe...» Er «exportiere nur eine Idee. Diese sei nicht die des Nationalsozialismus... Aber er exportiere den Antisemitismus.»³⁵ Und dem tschecho-slowakischen Aussenminister Chvalkovsky gegenüber erklärte Hitler am 21. Januar 1939: «Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden.»³⁶

Hinsichtlich der Radikalität seiner antisemitischen Bekundungen wurde alles

Bisherige in der Öffentlichkeit weit in den Schatten gestellt durch die «Prophezeiung» Hitlers³⁷ in der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, mit der er Krieg und Judenvernichtung in einen unmittelbaren Zusammenhang stellte: «In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, dass dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist. Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!»³⁸

Auf diese «Prophezeiung» kam Hitler – bezeichnenderweise stets unter falscher Datierung auf seine Reichstagsrede bei Kriegsbeginn am 1. September 1939 statt auf die des 30. Januar 1939 – während des Krieges immer wieder zurück, zum ersten Mal, als er am 30. Januar 1941, d.h. während die Vorbereitungen für den Angriff gegen die Sowjetunion in vollem Gange waren, in einer Rede im Berliner Sportpalast ausführte³⁹: «Und nicht vergessen möchte ich den Hinweis, den ich schon einmal, am 1. September 1939, im deutschen Reichstag gegeben habe, den Hinweis darauf nämlich, dass, wenn die andere Welt von dem Judentum in einen allgemeinen Krieg gestürzt würde, das gesamte Judentum seine Rolle in Europa ausgespielt haben wird! Sie mögen auch heute noch lachen, genau so wie sie früher über meine Prophezeiung lachten. Die kommenden Monate und Jahre werden erweisen, dass ich auch hier richtig gesehen habe.»

In seiner Proklamation an das deutsche Volk am Tage des von ihm befohlenen Angriffs auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) nahm Hitler die Wendung vom «jüdischen Bolschewismus» sogleich wieder auf: «Seit über zwei Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken... Die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuokroyieren, und dies nicht nur geistig, sondern auch militärisch-machtmässig.»⁴⁰

Seinen Entschluss zum Angriff auf die Sowjetunion sah Hitler unter dem Aspekt des seit Mitte der zwanziger Jahre von ihm erwarteten und von ihm (im weitesten Sinne des Wortes) «vorbereiteten» antisemitischen Weltkampfes: «Nunmehr» sei «die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Kom-

plott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.»⁴¹

Nicht nur die nationalsozialistische Propaganda hatte damit ihr altes rassenideologisches «Feindbild» vom «jüdischen Bolschewismus» zurückgewonnen⁴², das von da an bis 1945 durchgängig zentrales Axiom blieb. Auch die Soldaten des drei Millionen starken deutschen Ostheeres, das am 22. Juni 1941 zum Angriff auf die Sowjetunion antrat, wurden in den ihnen unmittelbar davor bekanntgegebenen «Richtlinien» des Oberkommandos der Wehrmacht «für das Verhalten der Truppe in Russland» an die Kernthesen der nationalsozialistischen Doktrin erinnert: «Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes.»⁴³

2. Der Massenmord an den Juden in den eroberten Teilen der Sowjetunion

Wenn es auch in der Forschung umstritten ist, *wann* sich Hitler im Vorbereitungsstadium des seit Ende Juni/Anfang Juli 1940 konkret geplanten militärischen Angriffs auf die Sowjetunion darauf festlegte⁴⁴, im Zuge des beabsichtigten rassenideologischen Vernichtungskrieges die Juden auf dem Territorium des eroberten europäischen Russlands systematisch auszurotten, so spricht doch sehr viel dafür, dass seine mündlich Himmler oder Heydrich erteilte Weisung zur Erschiessung aller Juden in Russland Ende Mai 1941, also einige Wochen vor Angriffsbeginn, in der Grenzpolizeischule in Pretzsch (bei Wittenberg) vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes, zugleich Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), Reinhard Heydrich, mündlich den Führern der sogenannten «Einsatzgruppen» und «Einsatzkommandos» übermittelt wurde⁴⁵. Seit März 1941 hatte Hitler in Befehlen und in einer Rede vor den führenden Militärs kaum misszuverstehende Andeutungen gemacht, dass der bevorstehende Ostkrieg anders als der Krieg im Westen sein würde. In der von ihm selbst redigierten Ziffer 2 b der «Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)» vom 13. März 1941 führte er aus⁴⁶: «Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf, zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung.»

Deutlicher wurde Hitler in seiner Rede vor 200 bis 250 führenden Militärs am 30. März 1941, ohne dass aus den Stichwörtern, die der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Halder, davon notierte, allerdings hervorgeht, ob Hitler dabei auch die Juden erwähnte. Immerhin war den Militärs die Formel vom «jüdischen Bolschewismus», gegen den jetzt der Krieg eröffnet werden sollte, hinlänglich bekannt⁴⁷. «Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft... Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir ihn nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in dreissig Jahren wird uns wieder der kommunistische Feind gegenüberstehen. Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren... Kampf gegen Russland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden ... Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft.»

Die Abgrenzung bzw. Kooperation von Heer und den für die Erfüllung der «Sonderaufgaben» von der SS gestellten «Einsatzgruppen» wurde in Verhandlungen zwischen Heydrich und dem Generalquartiermeister des Heeres, General Eduard Wagner, geregelt und mündete in einen Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, vom 28. April 1941 ein. Die praktische Zusammenarbeit von Heer und «Einsatzgruppen» hinsichtlich der Aktion gegen die Juden gestaltete sich so, dass die Armeeeoberbefehlshaber unmittelbar nach dem Einmarsch in den besetzten Orten die Kennzeichnung und Registrierung der Juden an ihren Wohnsitzen anordneten. Dies wurde in grossformatigen Plakaten bekanntgemacht⁴⁸, so dass den Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD der Zugriff bequem möglich war, sofern nicht einzelne oder Gruppen von Juden – nachdem das ihnen bevorstehende Schicksal bekannt geworden war – in die Wälder flüchteten oder sonst «untertauchten». Insgesamt wurden für den bevorstehenden Feldzug gegen die Sowjetunion vier «Einsatzgruppen» in Stärke von 500 bis 990 Mann, insgesamt etwa 3'000 Mann (aus der Geheimen Staatspolizei, der Kriminalpolizei, der Ordnungspolizei, der ausländischen Hilfspolizei und der Waffen-SS), untergliedert in 16 «Einsatz-» und «Sonderkommandos», zusammengestellt.

Wie den «Einsatzgruppen» im rückwärtigen Armee- und Heeresgebiet, so oblag den «Höheren SS- und Polizeiführern» (HSSPF) in den der deutschen Zivilverwaltung überstellten sowjetischen Gebieten – neben anderen Aufgaben – die systematische Tötung der Juden. Zwar hiess es noch in einer schriftlichen Mitteilung Heydrichs an die vier HSSPF vom 2. Juli 1941, in der er ihnen «in

gedrängter Form» die den «Einsatzgruppen» und -«kommandos» bereits unmittelbar erteilten «grundsätzlichen Weisungen» zur Kenntnis brachte, unter «4. Exekutionen» «nur»⁴⁹: «Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, *Juden in Partei- und Staatsstellungen*, sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeaure, Hecken-schützen, Attentäter, Hetzer usw.), soweit sie im Einzelfall nicht oder nicht mehr benötigt werden, um Auskünfte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu geben, die für die weiteren sicherheitspolizeilichen Massnahmen oder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der besetzten Gebiete besonders wichtig sind.» Aber in dem am 17. Juli 1941 ergangenen «Einsatzbefehl Nr. 8» des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, waren zu den aus den sowjetischen Kriegsgefangenen auszusondernden «Elementen» neben den kommunistischen Funktionären ausdrücklich «alle Juden» gezählt worden⁵⁰. Selbst wenn man am Wahrheitsgehalt der Aussagen Otto Ohlendorfs vom 5. November 1945 vor dem Nürnberger Gericht im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher und Dr. Walter Blumes vor dem Nürnberger Gericht im «Einsatzgruppen»-Prozess vom 29. Juni 1947⁵¹, denen zufolge den «Einsatzgruppen»-Führern im Mai 1941 der geheime Befehl zur Erschiessung *aller* Juden mündlich erteilt worden ist – Heydrich habe zudem im Juni 1941 «in kleinem Kreis» vor den «Einsatzgruppen»- und «Einsatzkommando»-Führern erklärt, «dass das Ostjudentum das Reservoir des Bolschewismus sei und deshalb, nach Ansicht des Führers, vernichtet werden» müsse –, Zweifel anmelden wollte, so sprechen doch die von den «Einsatzgruppen» und den HSSPF gemeldeten sehr hohen Zahlen über die schon in den ersten Feldzugswochen getöteten Juden eine eindeutige Sprache, dass es sich hier nicht ‚nur‘ um «Juden in Partei- und Staatsstellungen» gehandelt haben kann, sondern dass zumindest während des Verlaufs des Feldzugs im Sommer und Herbst 1941 die Absicht bestand, alle Juden im deutsch-besetzten Teil der Sowjetunion sogleich zu töten, auch wenn – angesichts der Massen – die Realisierung bald kaum zu lösende Probleme aufwarf.

Was an Tötungen («Liquidierungen») von Juden (und anderen «Reichs- und Staatsfeinden») im Bereich der «Einsatzgruppen» vom Feldzugsbeginn an geschah, ist in den sogenannten «Ereignismeldungen UdSSR» festgehalten worden⁵². Sie wurden, beginnend mit Nr. 1 vom 23. Juni 1941 und endend mit Nr. 195 vom 23. April 1942, anfangs täglich, dann alle zwei bis vier Tage aus Meldungen der «Einsatzgruppen» im «Reichssicherheitshauptamt» (RSHA) zu-

nächst nur für Himmler und für einige Referate des Amtes IV, später mit erweitertem Verteilerkreis, zusammengestellt. Seit dem 1. Mai 1942 traten an ihre Stelle «Meldungen aus den besetzten Ostgebieten»⁵³, mit Nr. 1 vom 1. Mai 1942 beginnend und mit Nr. 55 vom 21. Mai 1943 endend, die jedoch weniger aussagekräftig als die «Ereignismeldungen UdSSR» sind.

Aus den «Ereignismeldungen UdSSR» geht hervor, dass von der «Einsatzgruppe A» (hinter dem Nordabschnitt der Ostfront) bis zum 25. November 1941 136'421 Juden exekutiert wurden (im übrigen ‚nur‘ 1'064 Kommunisten, 56 Partisane, 653 Geisteskranke, 44 Polen, 28 Kriegsgefangene, 5 Zigeuner, 1 Armenier)⁵⁴ – bis 1. Februar stieg die Zahl auf 229'052⁵⁵ –, von der «Einsatzgruppe B» (hinter der Heeresgruppe Mitte) bis 14. November 1941 45'467, von der «Einsatzgruppe C» (hinter der Heeresgruppe Süd) bis Anfang Dezember 1941 95'600, von der «Einsatzgruppe D» (am südlichsten Abschnitt der Ostfront) bis 8. April 1942 92'000 Juden⁵⁶. Von August bis November 1942 folgte in einer zweiten grossen Ausrottungs-» Welle« in der Ukraine, im sonstigen Südrussland und im Bezirk Bialystok die Erschiessung von weiteren 363'211 Juden⁵⁷. Dies ergibt bis November 1942 eine Zahl von über 824'000, wobei die zeitlichen und räumlichen «Lücken» der überlieferten Unterlagen ebenso wie mögliche Übertreibungen in den Meldungen zu beachten sind. Nachdem die erste Phase der Massenerschiessungen im Winter 1941/42 zum Abschluss gelangt war und in einer Zwischenphase (bis Juli 1942) die überlebenden Juden in grösseren Orten in Ghettos «konzentriert» wurden (Zwangsarbeit in den Ghettos, in Arbeitslagern, in Rüstungsbetrieben ausserhalb der Ghettos)⁵⁸, fand die zweite «Welle» im Spätsommer und Herbst 1942 unter der unzutreffenden Firmierung «Bandenbekämpfung»⁵⁹ statt. Sie richtete sich hauptsächlich gegen die Ghettos und forderte die genannte hohe Zahl von Opfern in so kurzer Zeit. Am 27. Oktober 1942 befahl Himmler die Vernichtung des letzten grossen Ghettos in Pinsk⁶⁰.

Eine Art Abschluss der systematischen Mordaktion in den besetzten sowjetischen Gebieten, die nach der Kapitulation der Reste der 6. deutschen Armee in Stalingrad (2. Februar 1943) noch einmal in der Ukraine einen letzten Höhepunkt erreichte⁶¹, stellte Himmlers Befehl vom 21. Juni 1943 an den HSSPF Ostland dar⁶²: «Ich ordne an, dass alle im Gebiete Ostland noch in Ghettos vorhandenen Juden in Konzentrationslagern zusammenzufassen sind. Ich verbiete ab 1. August 1943 jedes Herausbringen von Juden aus den Konzentrationslagern zu Arbeiten... Ein möglichst grosser Teil der männlichen Juden ist in das Konzentrationslager im Ölschiefer-Gebiet zum Ölschiefer-Abbau zu verbringen. Die nicht benötigten Angehörigen der jüdischen Ghettos sind nach dem Osten zu evakuieren.» Die in diesen Konzentrationslagern zusammengefassten

«einige Zehntausende» von Juden⁶³ wurden beim Herannahen der Roten Armee noch in Konzentrationslager nach Deutschland verschleppt, in denen ein grosser Teil von ihnen mit hoher Wahrscheinlichkeit in den letzten Monaten des Krieges zugrunde ging.

Aus den «Ereignismeldungen UdSSR» seien zur Demonstration der hohen Zahlen der dabei ums Leben gekommenen Opfer einzelne Massenvernichtungsaktionen gegen die Juden in grösseren sowjetischen Städten besonders hervorgehoben. Allein am 30. November 1941 wurden vom «Einsatzkommando 2» der «Einsatzgruppe A» in Riga 10'600 Juden getötet⁶⁴, am 29. und 30. September 1941 in der Schlucht von Babi Jar bei Kiev 33'771 Juden durch das «Einsatzkommando 4a» der Einsatzgruppe C⁶⁵. In Kamenec Podolsk wurden 23'600, in Berditschew 1'303 (davon 875 «Jüdinnen über 12 Jahren»), in Dnepropetrovsk 10'000, in Rovno 15'000 und in einer «Grossaktion» gegen das Minsker Ghetto 2'278 Juden in «Einzelaktionen» von «Einsatzkommandos» im Sommer und Herbst 1941 getötet⁶⁶.

Eine Grenze fand das Massenmorden, abgesehen von den «technischen Problemen» (starker Frost erschwere – so hiess es – «Massenexekutionen»); die Juden seien über das Land «weit verstreut»), an den ökonomischen Notwendigkeiten der deutschen Besatzungsverwaltung. So vermerkte der Bericht der Einsatzgruppe A vom Februar 1942⁶⁷: «Die systematische Säuberungsarbeit im Ostland umfasste gemäss den grundsätzlichen Befehlen die möglichst restlose Beseitigung des Judentums... Die endgültige und grundlegende Beseitigung der nach dem Einmarsch der Deutschen im weissrussischen Raum verbliebenen Juden stösst (jedoch) auf gewisse Schwierigkeiten»: ein Teil der Facharbeiter sei «noch unentbehrlich».

Über die Gesamtzahl der auf dem Territorium der Sowjetunion getöteten Juden ist keine volle Klarheit zu gewinnen. Abgesehen von den erwähnten «Lücken» in den überlieferten Meldungen der «Einsatzgruppen» und der HSSPF liegen die Ursachen hierfür einmal in der Unklarheit, welche der 1939/40 von der Sowjetunion annektierten Gebiete unter «UdSSR» bzw. unter «Polen» fallen, welche gesondert als «Baltische Staaten» oder (wie im Falle Bessarabiens und der Nordbukowina) als Teil Rumäniens erfasst werden können oder sollen. Ausserdem wurden seit Herbst 1941 auch Juden aus Deutschland in den «Osten» (vor allem in die baltischen Gebiete) transportiert und dort in die Vernichtungsaktion einbezogen⁶⁸. Schliesslich sind die sowjetischen Statistiken hinsichtlich der Konfessionsangaben (gerade im Falle der Juden) sehr unpräzise⁶⁹. Unter Berücksichtigung aller dieser Probleme und Fehlermöglichkeiten ist zuletzt Hans-Heinrich Wilhelm zu dem Ergebnis gekommen⁷⁰, «dass insgesamt über 2,2 Millionen, d.h. fast die Hälfte der 4,7 Millionen auf sowjetischem

Territorium befindlichen Juden durch den NS-Terror und die von Hitlers Verbündeten entfesselten Verfolgungsmassnahmen umgekommen» sind. Auf die erste «Welle» (Sommer 1941 bis Frühjahr 1942), d.h. die Zeit der Massenerschiessungen, entfiel davon etwa ein Drittel (d.h. ca. 700'000), auf die «Einsatzgruppen» selbst ein knappes Viertel, d.h. ca. 500'000⁷¹.

Schon die Tatsache, dass der rassenideologische Vernichtungskrieg gegen den «jüdischen Bolschewismus» spätestens von März 1941 an integraler Bestandteil des bevorstehenden Ostkrieges war und dass die «Einsatzgruppen» mehrere Wochen vor Angriffsbeginn ihre Weisungen für die auf dem Territorium der Sowjetunion vorzunehmenden «Liquidierungen» erhielten, belegt die These, dass die Massentötung der Juden vom Ursprung her nichts mit der Bekämpfung von Partisanen, dem von Ende 1941 an rasch zunehmend grössere Bedeutung gewinnenden Partisanenkampf hinter der deutschen Front, zu tun hat. Nicht zu übersehen ist dabei, dass die Zahlen der von den «Einsatzgruppen» und in der sogenannten «Bandenbekämpfung» der SS in den Jahren 1941 und 1942 gemeldeten «Liquidierungen» eine gewaltige Diskrepanz zwischen den Zahlen getöteter Juden und getöteter Partisanen aufweisen. Allerdings bot der Aufruf Stalins vom 3. Juli 1941 zum Partisanenkampf hinter der deutschen Front Hitler die Möglichkeit, propagandistisch beides miteinander zu vermenigen und so die Massentötung der Juden dem Ostheer gegenüber psychologisch einleuchtend zu rechtfertigen. Am 16. Juli 1941 erklärte er im engsten Kreise (Göring, Bormann, Lammers, Rosenberg, Keitel)⁷²: «Die Russen haben jetzt einen Befehl zum Partisanenkrieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanenkrieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt.»

Die – sachlich unzutreffende – Verknüpfung Juden – Partisanen⁷³ wurde – offensichtlich zur psychologischen Erleichterung der deutschen Soldaten, die die Massenerschiessungen von Juden beobachteten oder von ihnen hörten – im Herbst 1941 auch in Befehlen einiger Oberbefehlshaber von Armeen (von Reichenau, von Manstein u.a.) vorgenommen, wobei bei von Reichenau (10. Oktober 1941) davon die Rede war, dass «der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben» müsse, da «Erhebungen im Rücken der Wehrmacht... erfahrungsgemäss stets von Juden angezettelt» würden⁷⁴. Manstein bezeichnete in seinem Befehl (vom 20. November 1941) «das Judentum» als «den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung»; es halte «stärker als in Europa alle Schlüsselpunkte der politischen Führung und Verwaltung, des Handels und des

Handwerks besetzt und bild(e) weiter die Zelle für alle Unruhen und möglichen Erhebungen. Das jüdisch-bolschewistische System muss ein für allemal ausgerottet werden.»⁷⁵ In der «Erfassung unzuverlässiger Elemente» wurden dann zunehmend «Partisanen, Saboteure, evtl. Feindgruppen, Fallschirmjäger in Zivil, Juden, führende Kommunisten usw.»⁷⁶ summarisch zusammengefasst und die Juden in einen Zusammenhang «als Bandenhelfer und Bandenverdächtige» im Zuge der «Bandenbekämpfung», d.h. des Partisanenkrieges, hineingestellt, in den sie überhaupt nicht gehörten.

Dieser konstruierte Zusammenhang kann den Historiker nicht dazu veranlassen, die von Hitler angestrebte und zu einem beträchtlichen Teil auch erreichte Ausrottung der Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten als Teil des Partisanenkrieges zu rechtfertigen und, falls dabei die Regeln der Haager Landkriegsordnung verletzt wurden, als «Kriegsverbrechen» zu bezeichnen, vergleichbar solchen, wie sie auch bei den Kriegsgegnern im Land-, See- und Luftkrieg vorkamen. Vielmehr handelte es sich bei der Massentötung der Juden um ein direkt aus der extrem antisemitischen Rassendoktrin Hitlers und des Nationalsozialismus, in der sich ein «fixiertes Dogma» mit einer «sprunghaft paranoiden Aggressivität» verband⁷⁷, abgeleitetes (im Internationalen Nürnberger Prozess 1945/46 so genanntes) «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» (besser wohl: «Verbrechen gegen die Menschheit»), das von Hitler und Himmler mit der pseudoreligiösen, historischen «Mission», die sie zu erfüllen hätten, begründet wurde. Mit den Juden wurden nicht Menschen «bekämpft», die als Gegner oder Feinde in Uniform oder in Zivil in Kampfhandlungen irgendwelcher Art (wie etwa die Partisanen) gegen die deutsche Besatzung verwickelt waren – im Gegenteil: wie im Ersten Weltkrieg wurden die einrückenden deutschen Truppen von den Juden anfangs als «Befreier» begrüßt – oder auch nur als Repräsentanten (wie z.B. «Kommissare» der Roten Armee, was zur Begründung für den berüchtigten «Kommissarbefehl» vom 6. Juni 1941 diente) oder als besondere Anhänger des feindlichen Herrschaftssystems rational begründbar als «Feind» angesehen werden konnten. Vielmehr wurde eine willkürlich umschriebene, d.h. aus der rassenideologischen Doktrin «entnommene» Grossgruppe von Menschen schon vor Beginn des Krieges als «Todfeind» deklariert, den es physisch auszulöschen gelte. Darin besteht das Exzeptionelle des Geschehens, das mit keinen wie immer gearteten, den Rahmen von internationalen Kriegsordnungen sprengenden «Kriegsverbrechen» verglichen werden kann.

An der Tatsache des Massenmordes an Juden in den deutsch-besetzten Gebieten der Sowjetunion zwischen 1941 und 1944 besteht nicht der geringste Zweifel. Die «Ereignismeldungen UdSSR» und die übrigen Primärzeugnisse

aus dem SS-Bereich aus den Jahren 1941 bis 1944 selbst haben für den Historiker sowohl für die Tatsache als solche als auch für die Grössenordnung unumstössliche Beweiskraft. Für den rassenideologischen Bezugsrahmen, von dem allein her eine «Erklärung» für das von Hitler und Himmler befohlene Massenverbrechen möglich ist, sind die Quellen in Gestalt der zahlreichen allgemein gehaltenen wie auch der recht präzisen auf das Verbrechen hinweisenden Äusserungen Hitlers und Himmlers ebenfalls so «dicht», dass keinerlei Zweifel an dem Zusammenhang von rassenideologischer Doktrin und Umsetzung in die Praxis bestehen, auch wenn wir «fast nichts darüber [wissen], in welcher Weise Hitler mit Himmler und Heydrich, die die institutionelle Verantwortung für die von Sicherheitspolizei und SS-Kommandos durchgeführten Liquidierungsaktionen trugen und sich in dieser Phase häufig im Führerhauptquartier aufhielten, über diese Massnahmen gesprochen hat»⁷⁸.

2. Hitlers öffentliche Erklärungen zur Ausrottung der Juden in Europa

Hitler ist bemerkenswerterweise in seinen öffentlichen Reden und Proklamationen während des Jahres 1942 und Anfang 1943 immer wieder auf seine in der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 abgegebene «Prophezeiung» zurückgekommen, die dadurch als grundsätzliche Aussage zur «Lösung» des Judenproblems eine herausragende Bedeutung erlangte, die allen Hörern seiner Reden und Lesern seiner Proklamationen «eingehämmert» werden sollte. In seinem Neujahrsaufruf an das deutsche Volk vom 1. Januar 1942 sprach er vom «Kampf gegen die jüdisch-kapitalistisch-bolschewistische Weltverschwörung»⁷⁹: «Das bolschewistische Ungeheuer, dem (Churchill und Roosevelt – d. Verf.) die europäischen Nationen ausliefern wollen, wird sie und ihre Völker dereinst selbst zersetzen. Der Jude aber wird nicht die europäischen Völker ausrotten, sondern er wird das Opfer seines eigenen Anschlags sein.» In seiner Rede im Berliner Sportpalast am 30. Januar 1942 erklärte er⁸⁰: «Wir sind uns im Klaren, dass der Krieg nur damit enden kann, dass entweder die arischen Völker ausgerottet werden oder das Judentum aus Europa verschwindet. Ich habe am 1. September 1939 im Deutschen Reichstag es schon ausgesprochen – und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen, dass dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, nämlich, dass die europäisch-arischen Völker ausgerottet werden, sondern dass das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird. Zum ersten Mal wird diesmal das echt altjüdische Gesetz

angewendet: ‚Aug um Auge, Zahn um Zahn‘!... Und es wird die Stunde kommen, da der böseste Weltfeind aller Zeiten wenigstens für ein Jahrtausend seine Rolle ausgespielt haben wird.« In seiner «Botschaft» an die «Alten Kämpfer» zum Parteigründungstag vom 24. Februar 1942 schrieb Hitler⁸¹:... meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, dass durch diesen Krieg nicht die arische Menschheit vernichtet, sondern der Jude ausgerottet werden wird. Was immer auch der Kampf mit sich bringen oder wie lange er auch dauern mag, dies wird sein endgültiges Ergebnis sein. Und dann erst, nach der Beseitigung dieser Parasiten, wird über die leidende Welt eine lange Zeit der Völkerverständigung und damit des wahren Friedens kommen.»

Am 30. September 1942 erklärte Hitler in einer Rede im Berliner Sportpalast⁸²: «Die Juden haben einst auch in Deutschland über meine Prophezeiung gelacht. Ich weiss nicht, ob sie auch heute noch lachen oder ob ihnen das Lachen nicht bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt nur versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen. Und ich werde auch mit diesen Prophezeiungen recht behalten.»

Am 8. November 1942 führte Hitler in seiner Rede vor den «Alten Kämpfern» im Löwenbräukeller in München aus⁸³: «Sie werden sich noch der Reichstagssitzung erinnern, in der ich erklärte: Wenn das Judentum sich etwa einbildet, einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung der europäischen Rassen herbeiführen zu können, dann wird das Ergebnis nicht die Ausrottung der europäischen Rassen, sondern die Ausrottung des Judentums in Europa sein. Man hat mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen heute unzählige nicht mehr, und die jetzt noch lachen, werden es vielleicht in einiger Zeit auch nicht mehr tun. Diese Erkenntnis wird sich über die ganze Welt verbreiten. Das internationale Judentum wird in seiner ganzen dämonischen Gefahr erkannt werden, dafür werden wir Nationalsozialisten sorgen.» Und in seiner Proklamation zur Parteigründungsfeier am 24. Februar 1943 wiederholte er⁸⁴: «Dieser Kampf wird... nicht, wie man es beabsichtigt, mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung des Judentums in Europa sein Ende finden.»

Könnte man in diesen öffentlichen Erklärungen bei wohlwollendster Deutung «blosse» Bekundungen einer demagogischen «Entschlossenheit» eines radikalen Antisemitismus in allgemeiner Form «zur rücksichtslosen ‚Rache‘ an den Juden» ohne Hinweise auf die konkrete Judenvernichtung sehen⁸⁵, obwohl dies in Kenntnis des Geschehens im Osten im gleichen Zeitraum schwerfällt, eine solche Deutungsmöglichkeit überhaupt einzuräumen, so ist eine entsprechende Interpretation bei Hitlers Bemerkungen vor seiner «Tischrunde» ausgeschlossen. Hitler knüpfte hier oft an seine alten biologischen Axiome an, so,

als er am 10. Juli 1941 äusserte⁸⁶: «Ich fühle mich wie Robert Koch in der Politik. Der fand den Bazillus und wies damit der ärztlichen Wissenschaft neue Wege. Ich entdeckte den Juden als den Bazillus und das Ferment der gesellschaftlichen Dekomposition.» Goebbels hielt als Fazit seiner Gespräche mit Hitler in dessen Hauptquartier «Wolfsschanze» in Ostpreussen am 18. August 1941 in seinem Tagebuch fest⁸⁷: «Der Führer ist der Überzeugung, dass seine damalige Überzeugung im Reichstag, dass, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Krieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde, sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen...»

Am 25. Oktober 1941 äusserte sich Hitler in einem «Tischgespräch», an dem auch Himmler und Heydrich teilnahmen, in besonders zynischer Weise⁸⁸: «Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Die Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, dass wir das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein.»

Von einem Besuch im Ghetto in Wilna am 1. November 1941 hielt Goebbels folgende «Eindrücke» fest⁸⁹: «Schauderhaft wird erst das Bild auf einer kurzen Rundfahrt durch das Ghetto. Hier hocken die Juden aufeinander, scheussliche Gestalten, nicht zum Ansehen, geschweige zum Anfassen... In den Strassen lungern fürchterliche Gestalten, denen ich nicht bei Nacht begegnen möchte. Die Juden sind die Läuse der zivilisierten Menschheit. Man muss sie irgendwie ausrotten, sonst werden sie immer wieder ihre peinigende und lästige Rolle spielen.»

Hitler selbst erklärte am 25. Januar 1942, in der Zeit also, in der nach der berühmtesten «Wannsee»-Konferenz vom 20. Januar 1942, auf der Heydrich den Vertretern aller in Frage kommenden deutschen Zentralinstanzen die organisatorische Durchführung der «Endlösung» im ganzen deutsch-beherrschten Europa mitteilte und ihre Mitwirkung festlegte, womit die physische Ausrottung aller Juden auch im mittleren und westlichen Teil Europas in Gang gesetzt wurde, in einem «Tischgespräch» in Anwesenheit Himmlers und Lammers⁹⁰: «Man muss es schnell machen, es ist nicht besser, wenn ich einen Zahn alle drei Monate um ein paar Zentimeter herausziehen lasse – wenn er heraus ist, ist der Schmerz vorbei. Der Jude muss aus Europa heraus. Wir kriegen sonst keine europäische Verständigung... Ich sage nur, er muss weg. Wenn er dabei kaputt geht, da kann ich nicht helfen. Ich sehe nur eines: die absolute Ausrottung, wenn

sie nicht freiwillig gehen.» Und zwei Tage später (27. Januar 1942) ergänzte er⁹¹: «Der Jude muss aus Europa hinaus! Am besten, sie gehen nach Russland. Ich habe kein Mitleid mit den Juden. Sie werden immer ein Element bleiben, das die Völker gegeneinanderhetzt.»

Goebbels resümierte einen Besuch Hitlers in Berlin am 14. Februar 1942 in seinem Tagebuch wie folgt⁹²: «Der Führer gibt noch einmal seiner Meinung Ausdruck, dass er entschlossen ist, rücksichtslos mit den Juden in Europa aufzuräumen. Hier darf man keinerlei sentimentale Anwandlungen haben. Die Juden haben die Katastrophe, die sie heute erleben, verdient. Sie werden mit der Vernichtung unserer Feinde auch ihre eigene Vernichtung erleben. Wir müssen diesen Prozess mit einer kalten Rücksichtslosigkeit beschleunigen, wir tun damit der leidenden und seit Jahrtausenden gequälten Menschheit einen unschätzbaren Dienst...»

Auch gegenüber einzelnen ausländischen Staatsmännern und Diplomaten sprach Hitler offen über die Vernichtung der europäischen Juden, kam es ihm doch darauf an, die Juden aller europäischen Länder in die Vernichtungsaktion einzubeziehen. Am 21. Juli 1941 meinte er gegenüber dem kroatischen Verteidigungsminister Kvaternik⁹³: «... Wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillenherd für eine neue Zersetzung werden. Gäbe es keine Juden mehr in Europa, so würde die Einigkeit der europäischen Staaten nicht mehr gestört werden.» Sprach Hitler hier noch von Madagaskar oder Sibirien als Möglichkeit für die Ausweisung der europäischen Juden, obwohl die «Einsatzgruppen» bereits mit dem Massennord an den sowjetischen Juden begonnen hatten, so wurde er im April 1943 gegenüber dem rumänischen Staatsführer Marschall Antonescu und dem ungarischen Reichsverweser Admiral Horthy ganz deutlich.

Zu Antonescu meinte er am 13. April 1943⁹⁴, «die Juden seien die natürlichen Verbündeten des Bolschewismus und die Kandidaten für die Stellen, die die jetzige bei der Bolschewisierung zu ermordende Intelligenz innehatte. Deshalb sei (er) im Gegensatz zu Marschall Antonescu der Meinung, dass man je radikaler desto besser gegen die Juden vorgehen müsse. Er... ziehe eine Seeschlacht von Salamis einem ungeklärten Gefecht vor und breche lieber alle Brücken hinter sich ab, da der jüdische Hass sowieso riesengross sei. In Deutschland habe man infolge der Bereinigung der Judenfrage ein geschlossenes Volk ohne Opposition zur Verfügung ... Allerdings gäbe es auch kein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Wege.»

Gegenüber Horthy erklärte Hitler am 16. April 1943⁹⁵: «Deutschland stehe moralisch gefestigt da, weil es die Juden entfernt habe, von denen auch die letzten innerhalb kurzer Zeit nach Osten verschwinden würden.

Schwierigkeiten, wie Deutschland sie durch den jüdischen Einfluss im Jahre 1918 gehabt hätte, könnten jetzt nicht mehr vorkommen. Wenn man die Juden nicht vertreibe, so würden sie auch jetzt wieder wie damals die Wirtschaft, die Währung und die Moral zerstören... Bei den Massnahmen gegen die Juden dürfe man nicht ängstlich sein. Ungarn habe keine antisemitische Politik verfolgt und doch einen Bela Khun bekommen. Ebenso wenig hätten die Baltischen Staaten und Polen eine antisemitische Politik betrieben und wären doch von den jüdischen Bolschewisten überrannt worden. Daraus ergebe sich, dass, wenn man sowieso die unangenehmen Seiten eines Kampfes zu spüren bekomme, man sich auch nicht zu scheuen brauche, seinerseits den Kampf gegen die Juden energisch zu führen. Dabei dürfe es kein Schwanken geben, und wer in dieser Frage an Kompromisse glaube, täusche sich gründlich. Warum sollten auch die Juden mit Glacehandschuhen angefasst werden? Schliesslich wären sie es doch gewesen, die den Weltkrieg angezettelt hätten und daher verantwortlich für die Millionen seien, die er gekostet habe. Danach hätten sie die Revolution hervorgerufen und hätten auch hier wieder unendliches Leid verursacht. Auch für den jetzigen Krieg und die Form, die er angenommen habe, seien sie verantwortlich...»

Eine Aufforderung zu verschärften antisemitischen Massnahmen Ungarns beantwortete Horthy mit der Feststellung⁹⁶, «er habe alles getan, was man anständigerweise gegen die Juden unternehmen könne, aber ermorden oder sonstwie umbringen könne man sie ja wohl nicht». Hitlers Antwort bestand in einer für ihn charakteristischen Wendung, «dass dies auch nicht nötig sei»: Ungarn könne «die Juden in Konzentrationslagern unterbringen». «Wenn von Ermordung der Juden gesprochen würde, so müsse er... feststellen, dass nur *einer* morde, nämlich der Juda, der die Kriege anzettelte und ihnen durch seinen Einfluss seinen jetzigen gegen Zivilisten, Frauen und Kinder gerichteten Charakter gegeben habe.» Auf Horthys Bemerkung, «er müsse erröten eingestehen, dass er 36'000 Juden in Arbeitsbataillonen an die Front geschickt habe, von denen wohl die meisten bei dem russischen Vormarsch umgekommen wären», erwiderte Hitler, «dass der Reichsverweser nicht zu erröten brauche; denn die Juden hätten ja den Krieg angezettelt, und man brauche daher kein Mitleid mit ihnen zu haben, wenn der Krieg nun auch für sie schwerwiegende Folgen nach sich ziehe».

Am folgenden Tage, in der Unterredung am 17. April 1943 vormittags, kam Horthy noch einmal auf seine Frage zurück⁹⁷, «was er denn mit den Juden machen solle, nachdem er ihnen so ziemlich alle Lebensmöglichkeiten entzogen habe – erschlagen könne er sie doch nicht». Hierauf antwortete Ribbentrop, «dass die Juden entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müssten. Eine andere Möglichkeit gäbe es nicht.» Entgegen den Befürch-

tungen, die er... «auch wiederholt in Deutschland zu hören bekommen habe» – ergänzte Hitler –, «ginge alles auch ohne die Juden seinen Gang weiter. Wo die Juden sich selbst überlassen wären, wie z.B. in Polen, herrsche grausamstes Elend und Verkommenheit. Es seien eben reine Parasiten. Mit diesen Zuständen habe man in Polen gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müssten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne. Das wäre nicht grausam, wenn man bedenke, dass sogar unschuldige Naturgeschöpfe wie Hasen und Rehe getötet werden müssten, damit kein Schaden entstehe. Weshalb soll man die Bestien, die uns den Bolschewismus bringen wollten, mehr schonen? Völker, die sich der Juden nicht erwehren, verkämen.»

Etwa ein Jahr später räsonierte Hitler im Gespräch mit dem bulgarischen Regentschaftsrat am 16. März 1944⁹⁸: «Man habe ihm oft den Vorwurf gemacht, dass er sich durch sein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Juden diese zu erbitterten Feinden gemacht habe. Darauf erwiderte er, dass die Juden auf jeden Fall seine und Deutschlands Feinde gewesen wären, dass er sie aber durch völlige Ausschaltung als Gefahrenherd für die innere Moral gänzlich aus dem Wege geräumt habe.» Im Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Sztojaj am 7. Juni 1944 kam Hitler noch einmal auf seine Reichstagsklärung vom 30. Januar 1939 zurück⁹⁹. Wie er «in seiner Reichstagsrede erklärt habe, würden, wenn die Juden den Krieg begännen, nicht wir, sondern die Juden ausgerottet werden... Wenn die jüdische Rasse siegen sollte, würden mindestens 20 Millionen Deutsche ausgerottet werden und mehrere Millionen verhungern.»

3. Interne Äußerungen Hitlers, Himmlers und Goebbels⁹ zum Massenmord an den Juden

Vor Partei- und SS-Führern, aber auch vor führenden Militärs sowie – selbstverständlich – untereinander nahmen Himmler und Hitler kein Blatt vor den Mund. In einer Rede vor SS-Korpsführern verkündete Himmler am 24. April 1943¹⁰⁰: «Wir haben die Blutsfrage als erste wirklich durch die Tat beantwortet, wobei wir unter Blutsfrage natürlich nicht den Antisemitismus verstehen. Mit dem Antisemitismus ist es genauso wie mit der Entlausung. Es ist keine Weltanschauungsfrage, dass man die Läuse entfernt. Es ist eine Reinlichkeitsangelegenheit. Genauso ist der Antisemitismus für uns keine Weltanschauungsfrage, sondern eine Reinlichkeitsangelegenheit, die ja jetzt bald ausgestanden ist. Wir

sind bald entlaust. Wir haben nur noch 20'000 Läuse, dann ist es vorbei damit in ganz Deutschland.»

«Es bleibt... den modernen Völkern nichts anderes übrig, als die Juden auszurotten», resümierte Goebbels Hitlers Ausführungen zur Judenfrage in seinem Tagebuch unter dem 13. Mai 1943¹⁰¹: «Das Weltjudentum steht nach der festen Überzeugung des Führers vor seinem geschichtlichen Sturz... Die Völker, die den Juden als ersten erkannt haben und ihn am ehesten bekämpfen, werden an seiner Stelle die Weltherrschaft antreten.»

Bei einem Vortrag vor Hitler am 19. Juni 1943 forderte dieser von Himmler¹⁰², «dass die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten drei bis vier Monaten noch entstehenden Unruhe radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müsste». Vor SS-Gruppenführern in Posen sprach Himmler am 4. Oktober 1943 davon¹⁰³, dass die an der Massentötung der Juden Beteiligten («abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen») «anständig geblieben» seien. Dabei bezeichnete er «die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes» (damit die Identität der Tarnbezeichnung «Evakuierung» mit «Ausrottung» preisgebend), als «schwerste Aufgabe». «Von euch werden die meisten wissen, was es heisst, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 da liegen oder wenn 1'000 da liegen. Dies durchgehalten zu haben..., ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte...»

In einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern in Posen zwei Tage später, am 6. Oktober 1943, führte Himmler aus¹⁰⁴: «Der Satz ‚Die Juden müssen ausgerottet werden‘ mit seinen wenigen Worten... ist leicht gesprochen. Für den, der durchführen muss, was er fordert, ist es das Allerhärteste und Schwerste, was es gibt... Es trat die Frage an uns heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganze klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also, umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel gross werden zu lassen. Für die Organisation, die den Auftrag durchführen musste, war es der schwerste, den wir bisher hatten. Er ist durchgeführt worden... Man wird vielleicht in ganz später Zeit sich einmal überlegen können, ob man dem deutschen Volk etwas mehr darüber sagt. Ich glaube, es ist besser, wir – wir insgesamt – haben das für unser Volk getragen, haben die Verantwortung auf uns genommen (die Verantwortung für eine Tat, nicht nur für eine Idee) und nehmen dann das Geheimnis mit in unser Grab.»

In einer Rede vor Generälen in Sonthofen am 24. Mai 1944 erklärte Himmler¹⁰⁵: «Eine andere Frage, die massgeblich für die innere Sicherheit des Rei-

ches und Europas war, ist die Judenfrage gewesen. Sie wurde nach Befehl und verstandesmässiger Erkenntnis gelöst (Applaus) ¹⁰⁶... Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten – dies betrifft nämlich die jüdischen Frauen und Kinder ..., in den Kindern die Rächer gross werden zu lassen, die dann unsere Väter¹⁰⁷ und unsere Enkel umbringen. Das hätte ich für feige gehalten. Folglich wurde die Frage kompromisslos gelöst... Eine Überzeugung aber habe ich. Ich würde für die im Osten des Generalgouvernements aufgebaute Front schwarz sehen, wenn wir dort die Judenfrage nicht gelöst hätten, wenn also das Ghetto von Lublin noch bestünde und das Riesenghetto mit 500'000 Menschen in Warschau...»¹⁰⁸.

Hitler selbst sprach zwei Tage später, am 26. Mai 1944, vor hohen Militärs zum gleichen Thema¹⁰⁹: «Ich habe das Judentum aus seinen Stellungen herausgedrängt, und zwar rücksichtslos... Damit habe ich den breiten Massen den letzten Katalysator weggenommen. Indem ich den Juden entfernte, habe ich in Deutschland die Möglichkeit irgendeiner revolutionären Kernbildung oder Keimzellenbildung beseitigt. Man kann mir natürlich sagen: Ja, hätten Sie das nicht einfacher – oder nicht einfacher, denn alles andere wäre komplizierter gewesen –, aber humaner lösen können?»

Auch als die Schlusskatastrophe des «Dritten Reiches» schon unübersehbar war, wiederholten Goebbels und Hitler ihre antisemitischen Hassausbrüche. Am 21. Januar 1945 schrieb Goebbels in der Wochenzeitung «Das Reich»: «Die Menschheit würde in ewige Finsternis versinken und wieder in ein primitives und stumpfes Urzeitalter zurückfallen, wenn die Juden diesen Krieg gewinnen.»¹¹⁰ In sein Tagebuch notierte er am 14. März 1945¹¹¹: «Die Juden muss man einmal, wenn man die Macht besitzt, wie die Ratten totschiessen. In Deutschland haben wir das ja Gott sei Dank schon redlich besorgt. Ich hoffe, dass die Welt sich daran ein Beispiel nehmen wird.»

Am 2. April 1945 äusserte Hitler in dem letzten von Martin Bormann aufgezeichneten Gespräch¹¹²: «In einer moralisch mehr und mehr durch das jüdische Gift verseuchten Welt muss ein gegen dieses Gift immunes Volk schliesslich und endlich die Oberhand gewinnen. So gesehen, wird man dem Nationalsozialismus ewig dankbar dafür sein, dass ich die Juden aus Deutschland und Mitteleuropa ausgerottet habe.»

Und sein «politisches Testament» vom 29. April 1945, einen Tag vor seinem Selbstmord, eine Woche vor der Kapitulation des «Dritten Reiches», schloss mit der Forderung¹¹³: «Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.»



Der Staatspräsident der UdSSR, Kalinin, überreicht am 29. Juli 1944 Stalin den Siegesorden für seine Verdienste um die Rettung der UdSSR als Oberkommandierender der Roten Armee während des Zweiten Weltkrieges.

Arnold Sywottek

Die sowjetische Kriegszielpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945

Zum Stand der historisch-politischen Analyse und Diskussion

1. Probleme der Analyse sowjetischer Politik

In der historischen Beurteilung von Motiven und Zielen der sowjetischen Politik im Zweiten Weltkrieg besteht nach über vier Jahrzehnten nach seinem Ende nicht jenes Mass an Übereinstimmung, das sich meistens im Rückblick auf historische Ereignisse nach einigem zeitlichen Abstand einzustellen pflegt¹. Dies resultiert zweifellos daraus, dass der Zweite Weltkrieg eine spannungsgeladene weltpolitische Konstellation hinterliess, deren Grundzüge sich bis in die Gegenwart erhalten haben und aktuelle Handlungsperspektiven mitbestimmen, auf die hin Geschichtsbetrachtungen mehr oder minder deutlich ausgerichtet sind². Politisch motivierte Differenzen in der historischen Beurteilung werden allerdings dadurch begünstigt, dass die Quellen für die Rekonstruktion politischer Entscheidungsprozesse in der Sowjetunion generell und speziell für die hier zu erörternden Fragen nach wie vor nur dünn fliessen, so dass der Spekulation und argumentativen Deutung grösserer Raum bleibt als bei den vergleichbaren Vorgängen in anderen Staaten.³

Wie bedeutsam die Quellenproblematik in der historischen Urteilsbildung ist, wurde erkennbar, als nach der breiten Dokumentation der grossen Kriegszielkonferenzen der Hauptmächte der «Anti-Hitler-Koalition» (USA, Grossbritannien, Sowjetunion) aus USA-Archiven auch in der Sowjetunion einige Konferenzaufzeichnungen veröffentlicht wurden; sie liessen erkennen, dass ein und derselbe Sachverhalt, ein und dieselbe Äusserung sich in verschiedenen Wahrnehmungsperspektiven unterschiedlich ausnahmen⁴. Dass dadurch auch unterschiedliche historische Deutungen vorgeformt und politisch begünstigt werden, ist eine Selbstverständlichkeit, an die zu erinnern jedoch zweckmässig scheint. Das dabei besonders zu beachtende Problem der Glaubwürdigkeit der Quellen wird deutlich, wenn man berücksichtigt, dass die «westlichen» Interpretationen der sowjetischen Politik sich selten zentral auf Äusserungen von Zeitzeugen stützen, für die keine Gegenüberlieferung dokumentiert ist; erinnert sei hier an den von dem Sowjetkritiker Milovan Djilas berichteten Ausspruch Stalins, jede

Siegermacht des Zweiten Weltkrieges werde in dem von ihr kontrollierten Gebiet ihre eigene Ordnung einführen⁵.

Das Schlüsselzitat einer anderen Deutungsperspektive entstammt einer amtlichen Quelle; sein Wortlaut gibt, vordergründig betrachtet, keine Rätsel auf: «Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt», formulierte der Tagesbefehl Stalins am 23. Februar 1942⁶. Noch bei und nach der Beendigung der Kampfhandlungen wiederholte ihn die sowjetische Propaganda häufig, bis er schliesslich in der sowjetisch geprägten Geschichtsschreibung zum Beweis dafür angeführt wurde, dass nicht die Sowjetunion, sondern die Westmächte, lange von ihnen gehegten Plänen entsprechend, Deutschland gespalten hätten⁷. Die «westliche» Sowjetunion-Forschung hat die Verbindlichkeit dieses Satzes für die sowjetische Politik zwar nicht grundsätzlich angezweifelt, jedoch nach und nach ein besonderes Beziehungsgefüge sowjetischer Politik erschlossen, in dem dem Satz wechselnde Funktionen und unterschiedliche Inhalte zugeschrieben werden, je nachdem, welchen Zielen und Konzepten er zugeordnet wird⁸.

Das hypothetisch-analytische Verfahren, mit dem speziell die sowjetischen Kriegsziele gegenüber Deutschland erörtert worden sind, wird noch genauer zu erläutern sein; hier sollte nur die generelle Quellen- und Methodenproblematik angesprochen werden, um ansatzweise zu begründen, warum in diesem Beitrag nicht schlicht die sowjetischen Kriegsziele zusammengestellt werden können, sondern die sowjetische Kriegszielpolitik als angemessenes Thema erscheint: Die sowjetischen Kriegsziele, ihre Inhalte und die Art und Weise ihrer Aufstellung und Bekanntgabe waren ihrerseits auch Ausdruck der zeitspezifischen Ausprägung dieses Beziehungsgefüges, das als geschichtlicher Akteur insgesamt zu wenig eindeutige Konturen hat⁹, als dass man es für eine geschichtswissenschaftliche Analyse unproblematisiert voraussetzen könnte; der Beitrag versucht mit der Rekonstruktion der Kriegsziele die historische Deutung des Beziehungsgefüges zu verbinden.

Historische Deutung eines geschichtlichen Akteurs vollzieht sich vor allem durch die Beurteilung seines Verhaltens unter Gesichtspunkten, die nicht nur seiner Besonderheit Rechnung tragen. Zwar kann hier keine historisch differenzierte Theorie aussenpolitischen Verhaltens zugrunde gelegt und schon gar nicht entworfen werden¹⁰, doch sollen einige Gesichtspunkte und Problemfelder markiert werden, die zu beachten bei der Rekonstruktion und historischen Deutung wohl angebracht ist:

- Zu fragen ist – erstens – nach dem *Situationsbezug* der beobachteten Äusserungen, und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen aus dem Blickwinkel der Quellen und zum anderen funktional, im Horizont des Rückblicks; Zweck und Wirkung, Dringlichkeit und Verbindlichkeit aussenpolitischer Program-

- me und Massnahmen können dadurch näherungsweise erschlossen werden. Aussenpolitische Erörterungen in der ersten Phase des deutsch-sowjetischen Krieges, als es in der Sowjetunion um das politische und physische Überleben ging, dürften z.B. kaum das Gewicht besessen haben, das ihnen nach der Kriegswende (Anfang 1943) zukam¹¹.
- Zu beachten sind – zweitens – sorgfältig die *Verhaltensdimensionen* oder *Handlungsebenen*, vor denen Zeugnisse zur Beurteilung der Aussenpolitik herangezogen werden; zwar legen es der totalitäre Charakter gerade der deutschen Aggression gegenüber der Sowjetunion und zugleich die Qualität des politischen Systems der Sowjetunion zu Zeiten Stalins nahe, im dokumentierten Willen des «roten Zaren» alles politisch Massgebliche verzeichnet zu finden, indes gibt es genügend Hinweise darauf, dass nicht alles beobachtbare Verhalten diesem Willen entsprang, sondern in einzelnen Situationen institutionengebundene Sonderinteressen und gruppenspezifische Sondertraditionen und Verhaltensweisen hervortraten, die sich zu «Sachzwängen» und Konfliktstrukturen mit gelegentlich nur schwer kontrollierbarer Eigendynamik verdichteten; das Verhalten der sowjetischen Soldaten nach dem Überschreiten der sowjetischen Grenzen, besonders in den prodeutschen Gebieten, wäre ein Beispiel für solche autonomen, nur schwer politisch steuerbaren Züge aussenpolitischen Verhaltens mit politisch-psychologisch nicht zu unterschätzender Wirkung, die Erwartungen der mit der Sowjetunion traditionell verbundenen kommunistischen Parteien ein weiteres und für die politikgeschichtliche Forschung zentraleres¹².
 - Eng damit verknüpft sind – drittens – *geopolitische*, vor allem für die Militärstrategie wichtige *Determinanten* sowie *ideologische* und *kulturelle Traditionen*, die angemessen in Rechnung zu stellen sind. Die sowjetische Polenpolitik z.B. kann wohl ohne das militärische Ziel der Vorfeldsicherung kaum zureichend nach vollzogen werden; es stellte sich nicht zuletzt als Lehre aus Lebenserfahrungen, über die die Regierenden der 1940er Jahre verfügten¹³. Sie zu vernachlässigen, hätte ebenso einen Loyalitätsverlust im Innern nach sich ziehen können wie der völlige Verzicht auf die ohnehin stark eingeschränkte und in nationale Befreiungstraditionen umgebogene kommunistische «Weltmissions»-Emphase bei den Sympathisanten der Sowjetunion im Ausland¹⁴. Dagegen bot sich der Panславismus als bewährte politische Tradition zur aussenpolitischen Sympathieerregung und innenpolitischen Integrationsbeschleunigung an¹⁵.
 - Es sind besonders die ideologischen Traditionen, die – viertens – gebieten, sorgfältig der *Rangordnung einzelner Kriegsziele* nachzuspüren.

Die Beobachtung der sowjetischen Aussenpolitik von interessierter ausser-sowjetischer Position übersieht oft, dass in der Sowjetunion durch die Industrialisierungsanstrengungen lange Zeit ein deutlicher Primat der Innenpolitik bestand, der die ohnehin bestehende starke Tendenz zu nach innen gerichteter Interessenorientierung Russlands fortsetzte und dadurch verstärkt wurde, dass die politische Führung nicht ohne Berechtigung das gesellschaftspolitische Experiment der «sozialistischen Industrialisierung» als von aussen bedroht darstellte¹⁶. Die Optimierung der Bedingungen für die Fortsetzung dieser Industrialisierungsanstrengungen und die damit verbundene Verringerung äusserer Bedrohungsmöglichkeiten erscheint zumindest als ein der sowjetischen Geschichte naheliegendes Ziel, das in seiner Reichweite mehr Beachtung verdient, als ihm gemeinhin zuteil wird. Freilich fehlen bisher hinreichende historisch-politisch-psychologische Untersuchungen und selbst Theorien, die es erleichtern, beobachtbares Verhalten z.B. von Militärs oder Diplomaten oder die Entstehung bestimmter Images, die das Verhalten der «Bedroher» mitbestimmen, dementsprechend zu erklären¹⁷. Die kritische, d.h. hier vor allem mit der Markierung von Kenntnislücken rekonstruierte Geschichte kann deshalb nur mit ihrer herkömmlichen Funktion als Korrektur unterschiedlich motivierter Interpretationen aufwarten – angesichts der vielfältigen Ideologisierung zeitgeschichtlicher Betrachtung keine überflüssige Leistung¹⁸.

2. Probleme der historischen Beurteilung des aussenpolitischen Verhaltens der Sowjetunion

Die meisten Geschichten sowjetischer Aussenpolitik stellen das Denken und Handeln sowjetischer Politiker in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen; sie deken Zwiespältigkeiten zwischen Theorie und Praxis, Anspruch und Verhalten auf und zeichnen mit Akribie die Anpassung an herkömmliche Verhaltensmuster und Zielorientierungen nach – eine angesichts der tatsächlichen oder vermeintlichen Attraktivität der in der Sowjetunion zur politischen Dominanz gelangten Ideologie verständliche und begründete Analyserichtung¹⁹. Bedenkt man allerdings, dass der Zeitraum, in dem sich die Sowjetunion im internationalen Gefüge unkonventionell zeigte, höchstens zehn Jahre betrug (1917-1927), kann man dieses gewissermassen «abweichende» Verhalten kaum anders als das einer Lehrzeit deuten, die für die in der Praxis des Regierens bis dahin unerfahrenen Führer der Sowjetunion ohnehin eine Zeit des Experimentierens war, innen- wie aussenpolitisch. Die überlange Dauer dieser «Lehrzeit» ver-

kürzt sich bei näherem Zusehen auf eine kaum noch auszumachende Zeitspanne, wenn man berücksichtigt, dass erst 1922 die Kämpfe zur Sicherung der neuen politischen Herrschaft in dem Raum beendet waren, der nach dem Ersten Weltkrieg vom Zarenreich übriggeblieben war²⁰. Im selben Jahr nahmen die beiden Hauptverlierer-Staaten des Krieges diplomatische Beziehungen auf; zwei Jahre später war die inzwischen gegründete Sowjetunion auch von den Hauptsiegermächten als Nachfolgerin des Russischen Reiches *offiziell* akzeptiert²¹. Als letzter Versuch, ursprüngliche Revolutionserwartungen in praktische Politik umzusetzen, kann der nicht durchgeführte Aufstand in Deutschland im Oktober 1923 gelten – und dies nur dann, wenn man die unmittelbare Verbindung der staatlichen Aussenpolitik der Sowjetunion und der Komintern-Politik als gegeben ansieht²². Danach bestand trotz fortdauernder wortreicher Erörterung weltrevolutionärer Perspektiven für die praktische sowjetische Staatspolitik der Primat des inneren Systemausbaus, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes²³.

«Gleichsam mit abgewandtem Antlitz» habe Stalin so die Anfang der 1930er Jahre heraufziehende Gefahr eines deutschen Faschismus auch und besonders für die Sowjetunion verkannt – mit diesem treffenden Bild resümierte Richard Löwenthal²⁴ einmal die Analyse der wohl bedeutsamsten welthistorischen Ereigniszusammenhänge nach der Revolution in Russland 1917. Wenn Löwenthal dabei jedoch kritisch Stalins Befangenheit in einem «ideologischen Weltbild» als Ursache ausmachte, wird man nicht übersehen dürfen, dass Befangenheit mit ähnlicher Wirkung allenthalben bei den Regierungen in Europa bestand. Die Tolerierung der innenpolitischen Entwicklung eines Staates, solange die eigenen Interessen nicht zentral berührt schienen, kann als Charakteristikum der internationalen Politik nach dem Ersten Weltkrieg und seinen Nachspielen in Polen, Italien und im französisch-deutschen Verhältnis (französische Rheinlandbesetzung 1923) gelten, sieht man vom deutschen Sonderfall ab²⁵.

Die Führung der Sowjetunion fügte sich diesem Verhaltensmuster selbst in ihren Beziehungen zu der mit ihr organisatorisch verbundenen Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen ein. Die Unterstützung für die im Selbstverständnis weltrevolutionäre Bewegung ging nicht so weit, dass die staatliche Dispositionsfreiheit beeinträchtigt schien²⁶. Die Enttäuschung der spanischen Republikaner und ihrer Freunde aus allen europäischen Ländern über die zu geringe Hilfe der Sowjetunion im Bürgerkrieg (1936-1939) legt ebenso ein Zeugnis für diese auf Risikovermeidung bedachte Staatspolitik ab wie die Konstruktion der sowjetischen Beistandsverpflichtung gegenüber der

ÖSR, die die sowjetische Hilfe an die Voraussetzung französischer Unterstützung band²⁷. Die Preisgabe der ÜSR an deutsche Interessen machte darüber hinaus deutlich, wie wenig in jenen Jahren zentrale politisch-moralische Werte wie (bürgerlich-parlamentarische) Demokratie oder auch nur politisch-psychologische Traditionen wie etwa die Sympathie der Tschechen für die Russen zählten²⁸. Gewiss, das deutsch-sowjetische Bündnis von 1939 unterschied sich vom deutsch-englischen Flottenabkommen von 1936 und vor allem von der Politik des Münchener Abkommens 1938, die die Regierungen Englands und Frankreichs betrieben, dadurch, dass die Sowjetunion sich nicht nur vor einem Krieg zu bewahren, sondern zugleich zu bereichern suchte²⁹. Doch war die Abgrenzung der Interessensphären gegenüber dem Deutschen Reich im Baltikum und auf dem Balkan sowie die Westverschiebung der polnischen Ostgrenze auf die Curzon-Linie des Ersten Weltkrieges nicht auch ein Stück Revisionspolitik im Sinne der Kontinuität russisch-sowjetischer Staatlichkeit? Dem Deutschen Reich war mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei und dem Anschluss Österreichs mehr als nur die Revision der Friedensordnung von 1919 gestattet worden. Die Sowjetunion verfügte 1922 um etwa ein Viertel weniger an Wirtschaftskraft als ihr politischer Vorläufer, das Russische Reich – ein für eine auf Industrialisierung gerichtete Politik durchaus bedeutsamer Verlust³⁰. Übrigens gab es kaum internationale Proteste gegen die Rückeroberung des östlichen Polen und der baltischen Republiken – ein Indiz für den geringen Rang, den das Ziel der «Selbstbestimmung» der Völker während dieser Zeit allenthalben hatte³¹. Die Absprache zwischen Stalin und Churchill über die sowjetisch-britische Interessenabgrenzung auf dem Balkan (1944) war von ähnlichem zynischem Realismus bestimmt wie die Abkommen von 1939, wenn sie auch nicht mehr – ein Zeichen beginnenden Wandels hin zu mehr Moral in der internationalen Politik? – vertraglich kodifiziert wurde³².

Allerdings gab es einen Unterschied der sowjetischen Aussenbeziehungen zu denen des Zarenreichs und zu denen manch anderer europäischer Staaten: Die Sowjetunion verfolgte prinzipiell und systematisch eine Aussenwirtschaftspolitik, auf die die übrigen Volkswirtschaften nur aus der Notlage der Weltwirtschaftskrise nach 1929 verpflichtet wurden; sie erlaubte keinen unkontrollierten Zufluss ausländischen Kapitals – ein Verhalten, das angesichts der weltweiten Tendenz zur Abschliessung nationaler Märkte und zur Bilateralisierung des Handels niemanden sonderlich störte, das jedoch zu einem Zentralproblem der Formierung der weltwirtschaftlichen und damit –politischen Nachkriegsordnung führte³³.

Gestört hat vor dem Zweiten Weltkrieg auch niemanden die Militärmacht Sowjetunion, die allerdings in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre durch die Auswechslung des Führungspersonals erheblich geschwächt erschien³⁴. Diese

auch von aussen wahrnehmbare militärische Schwäche, die sie begleitende innere Terrorherrschaft sowie die gleichzeitig z.T. offensiv vertretene politische Strategie der kommunistischen Parteien, mit Hilfe von Volksfrontregierungen an der Regierungsmacht ausserhalb der Sowjetunion teilzuhaben, minderten zweifellos die Attraktivität der Sowjetunion als Partner kollektiver Sicherheit, die die sowjetische Führung ab 1934 diplomatisch zu fördern suchte³⁵. Militärisch ungefährlich, wurde sie nicht einmal konsultiert, als durch die britisch-französische Beschwichtigungspolitik 1938 Deutschland am Krieg-Üben gehindert wurde³⁶.

Die «westliche» historische Forschung dagegen war lange Zeit auf die Rolle fixiert, die die sowjetische Führung mit ihrer Einwilligung in das deutsche Bündnisangebot 1939 für die Auslösung des Zweiten Weltkrieges spielte, und die freiheitlich-antitotalitäre politische Orientierung nach 1945 liess gelegentlich sogar die Sowjetunion als verantwortlich für die europäische Katastrophe nach 1939 erscheinen³⁷. Eine genaue Analyse wird das sowjetische Verhalten als eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung deutscher Aggressionspläne einstufen können; das Problem der Verantwortung hingegen wird man im historisch-weltpolitischen Zusammenhang diskutieren müssen. Unter dem Gesichtspunkt der Moral erscheinen am ehesten Vertreter der politischen Gruppierungen kritikberechtigt, die von der Sowjetunion eine «höhere» Moral als von den übrigen Staaten erwarteten – und die damit auch die Bereitschaft zu altruistischem Heroismus und eventuell zum Märtyrertum bei der Bevölkerung der Sowjetunion voraussetzten³⁸. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sie mit ihrer Kritik vielleicht am wirksamsten die sozialökonomischen und politischen Strukturen stärkten, die die Ausdehnung des Hegemoniebereichs der Sowjetunion über den von ihr militärisch kontrollierten Raum hinaus verhinderten, dadurch aber auch zunächst zur Verfestigung des Systemantagonismus, der dem «Kalten Krieg» zugrunde lag, massgeblich beitrugen³⁹.

3. Sowjetische Kriegszielpolitik 1941-1945

Sosehr sozialökonomische Argumente die internationalen Auseinandersetzungen über die Nachkriegsordnung auf der Erde und besonders in Europa nach 1945 begleiteten – man denke hier nur an die Erörterungen über die «Block»- bzw. «Lager»-Bildung in den 1940er Jahren und die Theorie der «friedlichen Koexistenz» sozialökonomisch unterschiedlicher Systeme seit Mitte der 1950er Jahre⁴⁰ –, sowenig bestimmten sie vordergründig die Kriegszieldiskussion der

1941 durch britische Initiative geformten «Anti-Hitler-Koalition» der Regierungen der USA, Grossbritanniens und der Sowjetunion⁴¹. Gerade auch die sowjetische Führung betonte vor allem das Prinzip der (National-)Staatlichkeit und die jeweiligen nationalen Traditionen⁴². In der Parole vom «Grossen Vaterländischen Krieg» – nicht gegen den «Kapitalismus» oder «Imperialismus», sondern gegen den «Hitlerismus» und den deutschen «Hitlerfaschismus»⁴³ – fand sie für solche Traditionen in dem Vielvölkerstaat Sowjetunion eine historisierende Formel, die der innenpolitischen Integration unter der Dominanz der Russen gleichermassen Rechnung trug wie der militärischen Mobilisierung⁴⁴. Den organisierten Internationalismus als programmatischen Zielwert und als Kennzeichen ihrer Einbindung in kommunistisch-weltrevolutionäre Bestrebungen gab sie mit der Auflösung der Kommunistischen Internationale Mitte 1943 erklärtermassen auf⁴⁵. Die Berücksichtigung des hohen politisch-psychologischen Rangs nationaler Bindungen zeigte sich bis in die Einzelheiten der Propaganda zur Schwächung der deutschen Fronten – mit Erfolg: Nach der Errichtung des «Mzftona/komitees „Freies Deutschland“» konnte ein wenig mehr Wirkung als zuvor erzielt werden⁴⁶.

Der Rückgriff sowjetisch-kommunistischer Politik auf herkömmliche, zuweilen anachronistisch anmutende Zielformeln und Handlungsmuster lässt sich auch als Anpassung an die erste grosse Kriegszieldeklaration, an die von Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill verkündete, das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker betonende Atlantik-Charta vom 14. August 1941 begreifen, der sich die sowjetische Führung, ohne dass sie zuvor konsultiert worden war, anschloss⁴⁷. Als dritter «Hauptpartner» (Churchill) von den Regierungen der beiden Weltmächte angesprochen⁴⁸, zeigte sie sich bereit, sich auch formal auf deren Weitsicht und Argumentationsweise einzulassen.

Die abstrakte Modellbeschreibung der Weltordnung, wie sie die Atlantik-Charta bot, wurde besonders durch den britischen Premierminister Winston Churchill präzisiert, der an seiner prinzipiellen Gegnerschaft zur kommunistischen Staatsordnung Stalin gegenüber keinen Zweifel liess, gleichwohl eine Friedensregelung in Aussicht stellte, die der «Gewährleistung» der «gegenseitigen Sicherheit» der drei Koalitions-mächte und ihrer «berechtigten Interessen» genügen würde⁴⁹. Damit war deutlich ausgesprochen, dass sich ein «gegenseitiges Vertrauen», dessen Fehlen Stalin bald nach der Kontaktaufnahme in einem Schreiben an Churchill beklagt hatte⁵⁰, kaum vollkommen einstellen würde; ein Zweckbündnis, das zum Ziel auch die Errichtung eines Systems der Sicherheit voreinander hat, beruht auf mindestens latentem Misstrauen und auf der partiellen Vereinbarkeit, nicht aber der Übereinstimmung von Interessen.

Dass auch die Atlantik-Charta mit ihrer «one-world»-Vorstellung im Konzept der «open-door»-Politik der USA vor allem von deren nationalen Interessen motiviert war, ist erst Jahrzehnte später einer breiteren Öffentlichkeit bewusst geworden⁵¹. Die Sowjetunion distanzierte sich ein Dreivierteljahr nach Kriegsende indirekt von diesem Zielmodell, nachdem sie die Bereitschaft der Westalliierten zu seiner Konkretisierung nicht gegeben sah, und bekannte sich damit erneut zu einer historischen Offenheit, als deren Konsequenz sie erneut Kriege für denkbar hielt, solange die ökonomische Macht ungleich verteilt bliebe⁵².

Als Zeichen des «Vertrauens» hatte Stalin im Herbst 1941 die «endgültige Verständigung» mit der britischen Regierung über zwei Themen gefordert: zum einen über die «Kriegsziele und die Pläne der Friedenregelung nach dem Kriege», zum anderen über die Formen des militärischen Beistandes, d.h. vor allem über die Errichtung einer die Rote Armee entlastenden «Zweiten Front» in Europa⁵³. Beide Probleme blieben lange Zeit offen. Die Westmächte waren bis zum Kriegsende nicht bereit, die sowjetischen Grenzen, wie sie beim deutschen Angriff bestanden hatten, formal anzuerkennen – eine solche Anerkennung hätte zweifellos auch im Widerspruch zur westlichen Auslegung der Atlantik-Charta gestanden –, und eine «zweite Front» in der sowjetischerseits gewünschten Stärke und Lokalisierung wurde erst errichtet, als sich die Rote Armee der deutschen Ostgrenze näherte⁵⁴. Entsprach das Hinausschieben der Entscheidungen («postponement») über Kriegsziele und Friedensregelungen⁵⁵ dem britischen und amerikanischen Interesse, am Ende doch das «one-world»-Modell zu verwirklichen – die relative ökonomische Schwäche der Sowjetunion, so ein Kalkül, würde auch sie diesem Modell geneigt machen⁵⁶ –, so erwies es sich doch im Nachhinein als Fehlspekulation im Sinne dieser Interessen; denn das Vermeiden detaillierter Festlegungen eröffnete der sowjetischen Politik Handlungsspielräume, auf die die sowjetische Führung zunächst keinen erkennbaren Wert gelegt hatte, die ihr jedoch nicht nur praktisch, sondern z.B. im Roosevelt'schen Konzept der vier «Weltpolizisten»⁵⁷, auch theoretisch zugewiesen wurden.

Das sowjetische Primärziel war – daran dürfte kein Zweifel bestehen –, das sowjetische Gebiet vom «faschistischen deutschen Joch zu befreien»⁵⁸; dies sollte durch die «zweite Front», die die sowjetische Führung von den Westmächten in West- und Nordeuropa oder auf dem Balkan (!) erbat⁵⁹, erleichtert werden. Ob es tatsächlich vor 1944 technisch nicht möglich war, eine solche «zweite Front» zu errichten oder ob 1942/43 ein politisch-strategisches Kalkül ihre Aufstellung verhinderte, mögen militärhistorische Spezialisten entscheiden⁶⁰; das Ergebnis dieser Verzögerung, die die sowjetische Führung enttäuschte und ihr Voraussetzungen zum Erkunden der Möglichkeiten eines Separatfriede-

dens bot⁶¹, ist unzweifelhaft: Argwohn und Misstrauen verstärkten sich während des Krieges, und schliesslich wurden die Grenzen der militärischen Operationsgebiete der Sowjetunion einerseits und der Westmächte andererseits zur Frontlinie des Kalten Krieges in Europa. Eine *planende* Koordination des militärischen Vorgehens hat es nicht gegeben⁶²; lediglich die Okkupationszonen in Deutschland wurden rechtzeitig vor dem Zusammentreffen der Roten Armee und der westlichen Militärverbände festgelegt⁶³; die Sowjetunion kontrollierte bei Kriegsende zwar nicht das ganze ihr zugesprochene Gebiet, hielt jedoch – gewissermassen als Faustpfand – die Westsektoren der deutschen Hauptstadt; der Austausch vollzog sich vereinbarungsgemäss⁶⁴. Man mag über den Wert der technischen, Nahrungsmittel- und Munitionshilfe, die die Sowjetunion aus den USA und von Grossbritannien während des Krieges erhielt, streiten⁶⁵; politisch-psychologisch bedeutsam bleibt, dass sich die Sowjetunion der deutschen Aggressoren ohne direkte fremde Hilfe erwehrte und entledigte⁶⁶ – die Einnahme Berlins allein durch sowjetische Truppen erscheint als zeitgenössisch wichtiges Symbol⁶⁷ – und dass die Rote Armee darüber hinaus, wie Stalin es 1941 versprochen hatte, einer Reihe anderer Völker «in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitler-Tyrannie» half⁶⁸.

Die relativ gleichförmige politische und sozialökonomische Ordnung in den von der Roten Armee kontrollierten Gebieten sowie die sich bald nach Beendigung der Kampfhandlungen abzeichnende Eingliederung der osteuropäischen Staaten in einen Bereich sowjetischer Hegemonie⁶⁹ ist ein zentrales Thema der nachträglichen Erörterung sowjetischer Kriegszielpolitik, zu dem hier leider nur thesenartig Stellung genommen werden kann:

1. Die sowjetische Führung hat ihr Interesse an einer für die Sowjetunion «vorteilhaften» Kriegsziel- und Friedensregelung gegenüber ihren Koalitionspartnern bekundet⁷⁰; sie bewegte sich dabei in Kategorien eines für Grossmächte üblichen ordnungspolitischen Denkens. Zu den angemeldeten sowjetischen Interessen zählten neben der Forderung nach förmlicher Anerkennung – und sei es wiederum durch Geheimabkommen⁷¹ – der bis dahin nicht völkerrechtlich legitimierten Grenzen der mit wirtschaftlichen und militärstrategischen Argumenten begründete Wunsch nach territorialer Erweiterung auf Kosten von Verliererstaaten im Krieg (Bessarabien und Nordbukowina, Nord-Ostpreussen mit Königsberg), ferner der Anspruch auf Vergrösserung militärischer Sicherheit, z.B. durch die Einrichtung von militärischen Stützpunkten ausserhalb der Sowjetunion, und schliesslich das Bemühen um politische Garantien gegen die erneute antirussische bzw. antisowjetische poli-

tische Mobilisierung in den Nachbarstaaten durch Einflussnahme auf die Zusammensetzung ihrer Regierungen⁷². All diese Interessen stiessen bei den Koalitionspartnern der sowjetischen Führung nicht auf wirksame Gegenmassnahmen, meistens fanden sie Verständnis, die Forderungen nach territorialer Erweiterung erhielten nachhaltige, allerdings nicht förmliche Unterstützung⁷³. Der Streit um das Polenproblem (und damit auch um das Problem der Oder-Neisse-Grenze zwischen Polen und Deutschland), der zu Recht als ein den Kalten Krieg vorzeichnender Konflikt gilt, erscheint, systematisch betrachtet, eher als Ausnahme⁷⁴.

2. Es ist kein Konzept, d.h. kein in Zielen und Mitteln aufeinander abgestimmtes Programm zum Aufbau eines integrierten Systems sowjetischer Herrschaft über aussersowjetische Staaten nachweisbar, und es spricht manches für die Annahme, dass ein solches Konzept bewusst nicht erarbeitet wurde⁷⁵. Überliefert sind hingegen Äusserungen sowjetischer Politiker, die das ganze Spektrum traditioneller europa- und weltpolitischer Ordnungsvorstellungen zu illustrieren geeignet wären und die nur aus dem jeweiligen Situationszusammenhang, in dem sie getan wurden, zu verstehen sind. Als sowjetisches Ziel muss dabei jeweils die förmliche Garantie der Erfüllung der genannten Forderungen und Wünsche bedacht werden⁷⁶.
3. Die sowjetische Führung billigte zweifellos die Ziele, die die Führungen der kommunistischen Parteien der vom Deutschen Reich besetzten Länder (meistens im sowjetischen Exil) seit 1941 proklamierten, und die Strategien, die sie verfolgten, um mit und nach der Befreiung einen jeweils möglichst wirksamen Anteil an der Regierungsgewalt zu erhalten⁷⁷; in einzelnen Fällen – besonders hervorgehoben sei hier Jugoslawien – suchten sowjetische Weisungen auch politisch-programmatisch mässigend auf die kommunistischen Spitzenpolitiker einzuwirken⁷⁸, so dass die Disposition zu koordiniertem Vorgehen sowjetischer Staatspolitik und kommunistischer Parteipolitik mit Recht unterstellt werden kann, freilich nicht von der durchgeführten und dokumentierten Parteipolitik auf sowjetische Dispositionen geschlossen werden darf. Dies liesse sich besonders gut für die Entwicklung in Griechenland demonstrieren⁷⁹.
4. Die Programme der kommunistischen Parteien Europas in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges zielten auf breite Zustimmung in der jeweiligen nationalen Bevölkerung und auf einen Konsens unter den nicht prodeutschen bzw. in Deutschland pronationalsozialistischen politischen Gruppierungen vor allem in wirtschafts- und sozialpolitischen Grundfragen. Das Profil dieser Programme war von Norwegen bis Bulgarien bzw. Griechenland – sieht man von länderspezifischen Eigenheiten ab – gleich⁸⁰. Es waren keine im

herkömmlichen Sinne kommunistischen Programme, sondern Regierungsprogramme für Volksfronten, wie sie nach 1935 erstmals aufgestellt worden waren⁸¹. Die Problematik dieser Programme lag weniger in ihren Texten – z.T. lehnten sie sich stark an Vorstellungen, Denkmuster und Formulierungen herkömmlicher Konkurrenten der Kommunisten an – als in der politischen Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter, für die bis dahin – auch zu Zeiten der Geltung der Volksfront-Strategien – die Nachahmung des sowjetischen politischen Systems der Parteiherrschaft oberste Maxime gewesen war und die dafür bekannt waren⁸². Wenn auch ab 1947/48 diese Tradition erneut betont wurde, so kann doch als sicher gelten, dass sie in den Jahren zuvor so gut wie ausser Kraft war. Die national spezifischen «Wege zum Sozialismus», die bis dahin öffentlich diskutiert wurden, und die Formeln von der «neuen» oder «mittleren» «Demokratie», mit denen die bestehenden Zustände beschrieben wurden⁸³, hatten zwar eher historisch-klassifizierende als theoretisch-normative Funktion, die Distanzierung von der zuvor beachteten Nachahmung des Weges der sowjetischen Innenpolitik ist gleichwohl unverkennbar; zumindest in Gesellschaften mit parteidemokratischer Tradition sollte sich die kommunistische (Mit-)Herrschaft auf eine breite, möglichst mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung stützen⁸⁴. Die internationale Situation hat den eingeleiteten Prozess differenzierter politischer Entwicklung in den europäischen Staaten nicht – um ein organologisches Bild zu gebrauchen – voll zur Reife kommen lassen.

5. Die Voraussetzungen für den Erfolg parteikommunistischen Handelns und die Art und Weise des Machterwerbs waren in den einzelnen Staaten des späteren Ostblocks sehr unterschiedlich. Bulgarien, Rumänien und Ungarn waren Länder, in denen vor Kriegsende eine Zeitlang formal eine alliierte, de facto eine sowjetische Besatzungsherrschaft bestand. In Bulgarien und Rumänien hatten sich die alten Regimes rechtzeitig auf die Siegerseite geschlagen, und die kommunistische Machtübernahme vollzog sich hier gewissermassen als Palastrevolte⁸⁵. Im traditionell russen- und sowjetunionfeindlichen Ungarn musste die Rote Armee erst das Staatsgebiet für die neue Allparteien-Regierung freikämpfen⁸⁶. In allen drei agrarisch geprägten Ländern entwickelten die Kommunisten sofort mit der Verkündung der Bodenreform (Zerschlagung des Grossgrundbesitzes in kleinbäuerliche Parzellen) sozial- und wirtschaftsreformerische Initiativen, die ihnen Zuspruch aus der ihnen traditionell fernstehenden Landbevölkerung sicherten⁸⁷. In der vergleichsweise stark industrialisierten ÜSR bedurfte es solcher Initiativen nicht in dem Masse. Zwischen der sowjetischen Regierung und der tschechoslowaki-

schen Exilregierung in London bestanden schon seit 1942 diplomatische Beziehungen, und es kam zu einer nahezu reibungslosen Regierungsbildung aus ehemaligen Westexilanten, den aus der Sowjetunion zurückkehrenden Kommunisten und Widerständlern, die aus dem Untergrund auftauchten⁸⁸. (Auf die Sonderproblematik der Slowakai kann hier nicht eingegangen werden, desgleichen nicht auf die Finnlands.)⁸⁹ In Polen dagegen erwies sich der entsprechende Prozess, nicht zuletzt wegen der strittigen Grenzfragen, als erheblich komplizierter⁹⁰.

6. Der Aufbau der neuen politischen Ordnungen in Osteuropa war bei Kriegsende längst noch nicht abgeschlossen, im Gegenteil: Erst das Ende der Kampfhandlungen liess nach und nach den kriegsbedingten Ausnahmezustand⁹¹ zurücktreten und die Kommunisten wie die sowjetische Führung das Mass ihrer Verankerung in der Bevölkerung erkennen. Besonders die Wahlen in Ungarn machten dabei deutlich, dass für eine kommunistisch-sozialistische Herrschaft keine sichere parlamentarische Legitimation vorhanden war⁹². Die Ende 1945 beginnende Konfrontation innerhalb der Siegerkoalition, die im März 1947 mit der Verkündung der Truman-Doktrin ihren ersten Höhepunkt erreichte, wirkte im sowjetischen und kommunistischen Sinne konsolidierend⁹³. Es scheint bezeichnend, dass im Zuge dieser Konsolidierung der Staat aus dem sich um die Sowjetunion formenden «Lager» ausschied, in dem zuvor die sowjetischerseits nahegelegten gemässigten politischen Programme und Handlungsmuster am wenigsten befolgt und am ehesten solche des traditionellen bolschewistischen Radikalismus angewandt worden waren: Jugoslawien⁹⁴.

Die letzte These macht verständlich, wie stark die Beurteilung der Kriegszielpolitik im Zweiten Weltkrieg von der Beurteilung der Situation am Ende des Krieges und kurz danach geprägt war⁹⁵. Man kann davon ausgehen, dass die Kriegsziele, soweit sie festgelegt waren, dieser Situation entsprachen⁹⁶. Die grossen Konferenzen des Jahres 1945 in Jalta und Potsdam und die zahlreichen Konferenzen des Rates der Aussenminister bewirkten kaum mehr als die Bestätigung einiger Tendenzen des bestehenden Zustandes⁹⁷. Nachdem ohne Komplikationen schon 1943 Einigung darüber hatte erzielt werden können, dass Österreich als selbständiger Staat in den uns heute geläufigen Grenzen wiedererstehen sollte⁹⁸ – zeitweise erwogene Denkmodelle einer staatlich-territorialen Neugliederung Mitteleuropas (von Süd- und Südwestdeutschland bis in den Balkan hinein) waren damit praktisch zu den Akten gelegt⁹⁹ – und nachdem mit der Regierung Renner der neue österreichische Staat eine von allen Hauptsiegermächten akzeptierte Vertretung seiner Nationalinteressen erhalten hatte¹⁰⁰, blieb allein der besiegte gemeinsame Hauptfeind Deutschland als offenes Pro-

blem. Sowohl dessen Grenzen als auch dessen politische Struktur waren nach der Annahme der 1942/43 vereinbarten bedingungslosen (militärischen und politischen) Kapitulation ungeklärt¹⁰¹, und die Lage komplizierte sich in der Folgezeit dadurch, dass in Jalta Frankreich in den Rang einer vierten gleichberechtigten Besatzungsmacht erhoben wurde, die ihre Kriegsziele erst nach dem Einnehmen dieser Position geltend machen konnte und die weitere Konsensbildung nach dem eingefahrenen Muster dadurch erschwerte¹⁰². Es kennzeichnet wohl exemplarisch den Pragmatismus, mit dem sich die sowjetische Führung und die Regierungen der USA und Grossbritanniens bis dahin immer wieder einigten, dass Stalin auf der Potsdamer Konferenz die Ratlosigkeit darüber, von welcher politischen Grösse «Deutschland» man ausgehen wolle, mit dem Vorschlag beendete, mit «Deutschland» das Gebiet zu bezeichnen, das vom Deutschen Reich übrig sei¹⁰³. Die Gebiete jenseits der praktisch wirksamen Grenzen im Osten, deren prinzipielle Billigung durch die britische und USA-Regierung feststand, waren, nachdem die Rote Armee die Oder erreicht hatte, sofort in polnische Verwaltung übergeben worden¹⁰⁴, eine nicht nur marginale Verschiebung dieser neuen polnischen Westgrenze – kleinere Korrekturen waren nicht ausgeschlossen – nach Osten hätte auch die polnische Ostgrenze, d.h. die sowjetische Westgrenze entlang der Curzon-Linie zur Disposition gestellt, ein Problem, das die Westmächte bei allen Differenzen um Polen umgingen¹⁰⁵.

Vor allem die rückblickende Beurteilung der Kriegszielpolitik der Sowjetunion gegenüber Deutschland unterliegt dem Zwang, die Genesis der seit 1945 bestehenden Situation zu ergründen und zu erklären, ob die entstandenen Verhältnisse gewollt waren oder sich ergeben haben. Seit über zwei Jahrzehnten gilt für diese Frage ein kaum veränderter Forschungsstand, der von vier hypothetischen Zielvorstellungsvarianten ausgeht:

1. vom «Karthago-Frieden» für ein in mehrere selbständige Einzelstaaten zer Schlagenes Deutschland,
2. von einem neutralen, der Sowjetunion gegenüber freundlichen Gesamtdeutschland,
3. von einem sowjetisierten Gesamtdeutschland in einem sowjetisierten Europa,
4. von der Teilung Deutschlands und der Sowjetisierung des östlichen Besatzungsgebiets¹⁰⁶.

Hans-Peter Schwarz, der diese plausible Systematisierung möglicher Zielvorstellungen vorgenommen hat, unterstrich die analytische Funktion dieser Überlegungen durch folgende Vermutung, die durch inzwischen ans Licht gekom-

mene Einzelheiten als in vieler Hinsicht bestätigt gelten kann: Stalin habe den Krieg ohne konkrete Vorstellungen begonnen und die sowjetischen Ziele Schritt für Schritt weitergesteckt¹⁰⁷. Es sei dahingestellt, ob sich in solchem Pragmatismus ein «bedenkenloser, gewissermassen ‚klassischer‘ Imperialismus» zeigte, der «Hand in Hand mit ideologisch fundierten Weltrevolutionsgedanken» gegangen sei; sowohl die historische Klassifizierung als auch das scheinbar überzeugungskräftige Bild erweisen sich bei näherem Zusehen als problematisch¹⁰⁸. Für die Kriegszeit und für die Zeit danach scheidet die dritte Kriegszielalternative – das kann inzwischen als erwiesen gelten – von vornherein aus, denn die «Sowjetisierung» war, wie angedeutet und noch zu erläutern, ein Ergebnis der Konfrontation der Blöcke im Kalten Krieg. Auf das möglicherweise parallele Anvisieren der ersten und zweiten Alternative weist eine Fülle von Zeugnissen hin; für die Bereitschaft und Neigung, Deutschland zu zerstückeln, sprechen viele Äusserungen sowjetischer Politiker auf Konferenzen mit Vertretern der Westmächte¹⁰⁹, für das Interesse an einem deutschen Staat mit freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion viele für die politischen Repräsentanten deutscher Soldaten und der deutschen Zivilbevölkerung bestimmte Kundgebungen¹¹⁰; beide Konzepte wirkten stimulierend aufeinander und waren offensichtlich entsprechend kalkuliert. Vom Zerstückelungskonzept nahm die sowjetische Führung eindeutig nach der Konferenz von Jalta Abstand¹¹¹; zu fragen ist, ob es durch das Ziel der Teilung im später vollzogenen Sinne ersetzt wurde. Anhaltspunkte für eine positive Antwort liefern Handlungsanweisungen für die deutschen politischen Helfer der Roten Armee, z.T. Exilkommunisten, z.T. Soldaten, die sich dem «Nationalkomitee ‚Freies Deutschlands‘ angeschlossen hatten¹¹²; gegen eine positive Antwort steht das fortdauernde sowjetische Bemühen, mit den westlichen Alliierten für alle verbindliche Kriegszielformulierungen festzulegen¹¹³. In Jalta wurde das Prinzip gemeinsamer Verwaltung Restdeutschlands besiegelt. An ihm festzuhalten und es in der Wiedererrichtung gesamtdeutscher Staatlichkeit zu konkretisieren, statt sich auf das ihr zugewiesene Besatzungsgebiet zu beschränken, war für die Sowjetunion aus zwei Gründen vorteilhafter: zum einen bot es mehr Gewähr dafür, dass die vereinbarten politischen und sozialökonomischen Ziele, die Demilitarisierung, Denazifizierung und wirtschaftliche Dezentralisierung (das war nicht nur aus sowjetischer Sicht ein Aspekt auch politischer Schwächung) Deutschlands, auch durchgeführt wurden, zum anderen war das Kondominium über das besiegte Deutschland das wichtigste Symbol für die Gleichberechtigung der neuen Weltmacht Sowjetunion¹¹⁴. Dass diese neue Gleichberechtigung wiederum nur in regionaler Abgrenzung konkretisiert werden konnte, erfuhr die sowjetische Delegation in Potsdam, als die für die sowjetische Führung inzwischen dringlich gewordene

Reparationsfrage prinzipiell so gelöst wurde, dass jede Besatzungsmacht ihre Wiedergutmachungsansprüche aus ihrer Zone befriedigen sollte¹¹⁵.

Vor diesem Hintergrund ergab sich die Teilung Deutschlands aus der Unzulänglichkeit der Regelungen für die Aufrechterhaltung des Kondominiums – besonders im Hinblick auf die sich nicht an die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam gebunden fühlende, mit den inzwischen eingeschliffenen Traditionen des weltpolitischen Arrangements nicht vertraute und auf die Wiedererlangung der französischen Grossmacht-, wenn nicht Weltmachtposition bedachte französische Regierung – und vor allem aus der ab 1946/47 zunehmend erkennbar auf Dauer übernommenen politischen Verantwortung der USA in Europa¹¹⁶; die zunächst nicht absehbare militärische Präsenz der USA und besonders ihr wirtschaftliches Engagement aus – wie zentral vom US-Präsidenten Truman hervorgehoben wurde – nationalem Interesse schuf jene weltpolitische Bipolarität, der die Einheit Deutschlands – durchaus auch entgegen anfänglichen britischen und amerikanischen Wünschen zum Opfer fiel¹¹⁷.

Man kann darüber streiten, ob der mit diesem Engagement verbundene Kalte Krieg unvermeidlich war; zu prüfen ist dabei nicht nur, in welchem Umfang Konfliktmuster, wie sie im Kalten Krieg üblich waren, bei seinem Beginn von den Kontrahenten vorausgesehen wurden und das tatsächliche Handeln auf diese hin determinierten, sondern auch, wie weit zu Beginn des Kalten Krieges Erfahrungen vorlagen, die auf beiden Seiten geeignet waren, jenes Misstrauen bei dem Bemühen um politische Verständigung dominant werden zu lassen, von dem eingangs die Rede war¹¹⁸. Für die Westmächte bestätigte sich im Verhalten der Sowjetunion gegenüber den ihrem Einflussbereich überlassenen Staaten der Verdacht der Fortsetzung russisch-imperialer und zugleich sowjetisch-weltrevolutionärer Politik, lange bevor sich die sowjetische Führung diesen Vorurteilen entsprechend äusserte¹¹⁹. Erst in der berühmten Varga-Diskussion im Mai 1947 wurde in der Sowjetunion das Verhalten der Westmächte während des Weltkrieges rückblickend als Form des Kampfes auch gegen die UdSSR interpretiert und damit in einem historisch-sozialökonomischen Deutungsmuster systematisiert, das die Sowjetunion trotz aller inzwischen erreichten Erfolge in der Position des weltpolitisch noch unterlegenen Siegers belies, der in seiner Existenz bedroht war¹²⁰. In der Sowjetunion und im umgebenden «Lager» begann dann der Prozess, der in seinen Konsequenzen verdeutlichte, was Churchill lange zuvor mit dem Niedergehen des «Eisernen Vorhangs» zwischen Lübeck und Triest indirekt eingestanden hatte: Kurzfristig war an eine Änderung der Verhältnisse jenseits des Vorhangs ohne Krieg nicht zu denken¹²¹. Der Kalte Krieg war – so gesehen – kein geplanter Zustand, sondern

eine Phase der Gewöhnung an historisch neue weit- und europapolitische Strukturen, auf die man sich aus kurzfristigen politischen Überlebensgründen eingelassen hatte – sowohl im «Westen» wie in der Sowjetunion¹²².



Generaloberst Eduard Dietl, begeisterter Nationalsozialist, befahl beim Einmarsch in Österreich 1938 das u.a. in Füssen stationierte Gebirgsjägerregiment 99, war 1941 an der nördlichen Ostfront Kommandierender General des Gebirgskorps Norwegen und ab 1942 Oberbefehlshaber der 20. Gebirgsarmee. Das Bild zeigt die nach Dietl benannte Bundeswehrkaseme in Füssen.

Manfred Messerschmidt

Der Kampf der Wehrmacht im Osten als Traditionsproblem

1. Die Aufgabe: Erkenntnis des Krieges als Vernichtungskrieg

Wer die Frage nach der Bedeutung des Russlandkrieges für das historische Bewusstsein und damit auch für Traditionsansätze in der Bundesrepublik stellt, muss nicht erst das Missverständnis abwehren, als gäbe es so etwas wie einen gemeinsamen Nenner in der Verarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte und speziell in der Bewertung dieses für Deutschland und Europa wichtigsten Phänomens des Zweiten Weltkrieges. In allen Gesellschaften, die soviel innere Freiheit gewähren, dass die in ihnen existierenden politischen und sozialen, ökonomischen und kirchlichen Interessen öffentlich Ausdruck finden können, werden Fehlentwicklungen und Katastrophen national-, ja weltgeschichtlichen Ausmasses besonders dann keine grundsätzlich übereinstimmende Bewertung erfahren, wenn, wie beim Russlandkrieg, ihre Ursachen tiefer liegen als nur in machtpolitischen oder nur in militärischen Zusammenhängen. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion reicht mit seiner Zielsetzung wie mit seinen Resultaten in Dimensionen, die ihm nicht nur das historische Interesse noch in ferner Zukunft sichern, sondern auch das Verhältnis der engagierten Nationen dauerhaft charakterisieren werden.

Gegenwärtig tritt die Generation ab, aus der noch einzelne Vertreter in relativ wichtigen Positionen an diesem Krieg beteiligt waren, in Generalstellungen oder in Verwaltung und Wirtschaft, nicht zuletzt auch in der Wissenschaft. Weniger als jeder andere Krieg war dieser nur eine Angelegenheit der Soldaten, und so lässt sich auch für sie daraus keine metiergebundene Tradition ableiten. Sie griffe zu kurz. Zwei Armeeeoberbefehlshaber, v. Reichenau und v. Manstein, haben im Oktober und November 1941 in berichtigten Befehlen den Sinn des Krieges und das geforderte soldatische Verhalten umschrieben. In der Manstein-Version hiess es

u.a.:

«Das jüdisch-bolschewistische System muss ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen. Der

deutsche Soldat hat daher nicht allein die Aufgabe, die militärischen Machtmittel dieses Systems zu zerschlagen. Er tritt auch als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alle Grausamkeiten, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt wurden, auf...

Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muss der Soldat Verständnis aufbringen. Sie ist auch notwendig, um alle Erhebungen, die meist vom Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken.»¹

Feldmarschall v. Rundstedt gab den Reichenau-Befehl an die Armeen seiner Heeresgruppe weiter, Hitler fand ihn ausgezeichnet und der Oberbefehlshaber des Heeres (= ObdH), v. Brauchitsch, veranlasste, dass er an alle Verbände im Osten geschickt wurde als Vorbild für zu erlassende ähnliche Befehle.

Die Beteiligung des Militärs an diesem Krieg kann aufgrund unserer immer umfassender und detaillierter werdenden Kenntnis heute ziemlich deutlich fixiert werden, wie einzelne Beiträge dieses Bandes neben den gewichtigen Arbeiten der letzten Jahre zeigen. Eine Zusammenfassung und Weiterführung dieser Ergebnisse brachte der vor Kurzem erschienene vierte Band des Weltkriegswerkes des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes². An dieser Stelle soll deshalb keine kurzgefasste faktische Übersicht über die Aktionen der Wehrmacht in der Sowjetunion oder über ihre Planungen vor Kriegsbeginn unter dem Gesichtspunkt der Traditionsfrage versucht werden. Vielmehr gehe ich der Frage nach, ob es historisch redlich ist, sich in Kenntnis des faktischen und ideologischen Gesamtrahmens, der sich uns bei Betrachtung der Rolle der Wehrmacht im Kriege gegen die Sowjetunion bietet, auf jene so häufig anzutreffende «unpolitische» Position zurückzuziehen, die die Rechtfertigung in Anspruch nimmt, der Soldat habe allein für sein Vaterland gekämpft, für Heimat, Frau und Kinder, eben für Deutschland. Diese Position wird selbst von manchen ihrer Verfechter als eine bloss subjektive erkannt. Sie schafft die objektiven Gegebenheiten nicht aus der Welt. Sie kommt nicht darüber hinweg, dass die Wehrmacht jedenfalls objektiv die Schwertspitze des Unrechtssystems war, das erklärermassen einen Vernichtungskrieg führte.

Führt denn aber, so ist die Frage zu stellen, dieses verständliche Apologiebemühen wenigstens subjektiv zur eindeutigen oder auch nur befriedigenden Exkulpation? Steht man hier auf verlässlichem Grund? In sehr vielen Einzelfällen möglicherweise, in sehr vielen nicht. Die in den fünfziger Jahren von Schreibern militärischer Memoiren oder von reflektierenden Betrachtungen gemalten Bilder von Taten und Motivationen militärischer Befehlshaber und Kommandeure, von Planungen und Besprechungen werden durch die Quellen-

funde der Historiker in ein neues Licht gestellt und bedürfen erheblicher Korrekturen. Sie lieferten ohne Zweifel einen Teil jener Elemente der Bundeswehrtradition, die an die Wehrmachtgeschichte anknüpfen.

Soweit die Rolle des Heeres in der Sowjetunion zur Diskussion steht, wurde durch diese erste Welle von Büchern über den Zweiten Weltkrieg ein positiv gefärbtes Bild gezeichnet, das im Wesentlichen durch Auslassungen zustande gekommen ist. Ausgelassen wurden, nicht immer gezielt oder bewusst, die kriegsvölkerrechtlich oder moralisch bedenklichen Planungen und Aktionen. Daher ist heute, wo die Ereignisse nachprüfbar geworden sind, das Gespräch über Tradition zur Auseinandersetzung über den exemplarischen Charakter der historischen Befunde oder über ihre generelle Aussagekraft geworden.

Sicherlich ist ein Bild, wie es Adolf Heusinger im Jahre 1950 in seinem Buch «Befehl im Widerstreit» von der Haltung der Mannschaften einer Infanteriedivision im März 1941 in einem kleinen polnischen Dorf «westlich Brest-Litowsk» und vom Gespräch eines Armeeoberbefehlshabers mit seinen kommandierenden Generalen Mitte Juni 1941 gezeichnet hat, nicht in dem Sinne in sich stimmig und allgemeingültig, dass Antibolschewismus und Hitlergläubigkeit nur bei den Mannschaften, bei den Generalen dagegen völkerrechtliche Skrupel und die Entschlossenheit, an der Front «nach unserem Gewissen» zu handeln, konstatierbar wären³.

Aufschlussreich bleibt indes, dass der spätere erste Generalinspekteur der Bundeswehr, in seiner wichtigsten Position in der Wehrmacht Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, gerade im Blick auf den Russlandkrieg rechtliche und moralische Kategorien angesprochen hat. Zwar erwähnt er nicht, dass gravierende völkerrechtswidrige Befehle im Generalstab des Heeres formuliert worden sind, nämlich unter der direkten Verantwortung des Chefs des Generalstabes und des Generals z. B. V. des ObdH, der in diesen Fragen laut Dienstanzweisung unmittelbar dem Chef des Generalstabes, Halder, unterstand, aber er legt den Zeigefinger auf Fragen des Völkerrechts, der Moral und des Anstands. Damit ist der entscheidende traditionsträchtige Zusammenhang berührt, über den nachzudenken ist, wenn, wie Heusinger es tut, über die «Schicksalsstunden der deutschen Armee» gesprochen wird. Dies führt auf elementare Problemstellungen hin, die wesentlich bedeutsamer sind als etwa die von ihm als wichtig behandelte Frage, dass der Feldmarschall List bei den Kapitulationsverhandlungen mit der griechischen Armee aus Rücksicht auf Mussolini nicht hinzugezogen worden ist⁴. Hitlers Kriegführung in allen ihren Aspekten wirft diese rechtlichen und moralischen Fragen auf. Sie sind von der Geschichte des NS-Staates und seiner Kriegführung mitgeliefert. Nicht erst der Historiker stellt sie heute. Der Zeitgenosse hat ihre Konsequenzen bitter empfunden, wenn

er nicht auf der Seite derer zu finden war, die glaubten, schicksalhaft zu handeln oder die Augen verschliessen zu können.

Für den Historiker, selbst für den, der allein mit der durchaus nicht überholten Methode des einführenden Verstehens herauszufinden sucht, wie es eigentlich gewesen, zeichnen sich hinter den Fakten strukturelle Zusammenhänge ab, die es überhaupt erst möglich machen zu begreifen, was auf dem vermeintlichen Höhepunkt und während des Niederganges des deutschen nationalen Machtstaates geschehen ist. Im Bemühen um dieses Verstehen kommt der Betrachter nicht um die Frage nach dem Sinn des Russlandkrieges herum. Offenbar hat dieser Sinn damit zu tun, dass das Kriegsvölkerrecht in der Kriegspraxis weitgehend als nichtexistent angesehen werden konnte. Im Traditionshorizont der Bundeswehr, damit aber auch eines weit darüber hinausreichenden, nicht exakt zu bestimmenden Umfelds, das durch Medieneinflüsse, Verbände, fehlende schulische und häusliche Aufarbeitung ebenso charakterisiert wird wie durch ein jahrzehntelanges Vorherrschen materieller Aufbauerefordernisse, wurde diese Sinnfrage weitgehend ausgeblendet. Der Krieg erschien und erscheint vielen vordergründig als nur-militärisches Ereignis, wenn auch im Ergebnis als Katastrophe. Aber gerade dies erlaubte, ruhmreiche Waffentaten, nicht zuletzt «Untergänge» wie jenen der 6. Armee in Stalingrad, in umso tieferem Glanz erscheinen zu lassen. So kam es, dass dieser Krieg für viele seinen Sinnbezug aus dem Heroismus im Untergang bezog, der so sichtbar mit dem Aufbruch neuen Lebens in der Bundesrepublik verbunden zu sein schien. Hier eben legte schon die Memoirenliteratur der fünfziger Jahre jene Einbahnstrasse für vordergründige Wertungen, die so schwer aufzubrechen sind. Sie sind leicht nachzuvollziehen und daher plausibel, aber sie verstellen den Weg zum wirklichen Verstehen dieses Krieges.

Wer Manstein und etwa dem General Curt Siewert⁵ folgt, dem ist es möglich zu denken, dass der politische Führer einen als solchen von der militärischen Führung kaum zureichend erfassbaren verbrecherischen Krieg führte, der es den Generalen erlaubte, rein professionell zu handeln, «ihre soldatische Pflicht bis zum Äussersten»⁶ zu erfüllen, bis der Führer sie auch daran hinderte und damit einen als solchen möglichen anständigen Sieg verspielte: Nach Siewert sind einem deutschen Politiker niemals «rein militärisch gesehen, grössere Chancen geboten worden»⁷. Manstein sprach von den «verlorenen Siegen». In der Regie der planenden und handelnden militärischen Führer konnte in dieser Sicht der allen Regeln des Völkerrechts hohnsprechende, als Vernichtungskrieg geplante Einfall in die Sowjetunion zum Normalfall einer Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Grossmächten werden. Ausbau und definitive Festigung der deutschen Kontinentalhegemonie rechtfertigten den Einsatz einer –

auch unter dem Gesichtspunkt der von Hitler schon sehr früh, nämlich im März 1941 – vorgegebenen, über den machtpolitischen Zweck weit hinausreichenden rasseideologischen Sinngebung. Dass auch sie den am Krieg teilnehmenden Befehlshabern damals schon eröffnet worden ist, ist ein gesichertes Faktum. Den drei Millionen Soldaten des aufmarschierten Ostheeres wurde der Sinn des Krieges vor Angriffsbeginn mit den «Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland» bekanntgemacht. Mit ihren Kernsätzen umrissen sie ein Feindbild, das, wie die erwähnten späteren Befehle von Reichenau und Manstein zeigen sollten, auch Feldmarschällen zutreffend erschien. Feindbild und Kampfanweisung für den Gebrauch des Soldaten zielten auf die charakteristische Kombination Bolschewisten – Juden – Freischärler: «Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung aktiven und passiven Widerstandes.»⁸

Kommissar- und Barbarossabefehl sowie diese Richtlinien, ferner Verlautbarungen des Generals z. B. V. beim ObdH, General Eugen Müller, des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht, etwa Keitels Kritik an dem im September 1941 gemachten Vorschlag von Admiral Canaris, die russischen Gefangenen nach Kriegsgefangenenrecht zu behandeln, alle diese Hinweise und dieses Hinwirken auf einen Krieg neuer Qualität, beweisen, dass die Wehrmacht sich für das bereit gemacht hat, was Hitler Vernichtungskrieg oder den Kampf zweier Weltanschauungen genannt hat. Man muss sich die Bemerkungen Keitels zum Canaris-Vorschlag vor Augen führen, um zu erkennen, in welches Umfeld der Soldat durch Hitler und willfährige führende Militärs hineinmanövriert worden ist: «Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Massnahmen und decke sie.»⁹ Schon bei Kriegsbeginn empfanden einzelne Stabsoffiziere auf unterer Ebene, die Einblick in den besonderen Charakter der kommenden Auseinandersetzung besaßen, dass jetzt das «Wie» des eigenen Handelns entscheidend werden müsse¹⁰.

Sicherlich provoziert jeder Krieg «Notwendigkeiten», denen der Soldat nicht nur als Opfer, sondern auch als Handelnder ausgesetzt ist. Überindividuelle Zwänge, die in der Völkerrechts-Dogmatik begrifflich als «Kriegsnotwendigkeiten» behandelt werden, umstellen den Soldaten und fordern ein Verhalten gegen das Recht zugunsten des Kriegszweckes.

Im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion forderte die politische und militärische Führung schon vorab, noch bevor überhaupt strategische oder takti-

sche «Notwendigkeiten» auftreten konnten, die Bereitschaft zu rechtswidrigem, ja verbrecherischem Handeln. Hitler liess vor der Generalität nicht den geringsten Zweifel hieran. Seine Vorstellungen waren konsequente Weiterentwicklungen der schon in seinen Büchern der zwanziger Jahre niedergelegten politischen Grundsätze. Sie führten die Wehrmacht und damit letztlich Staat und Nation in einen Krieg neuer Qualität. Nach dem 30. März 1941, als Hitler vor etwa 250 höheren Offizieren aller Wehrmachtteile seine allgemeinen Direktiven für den bevorstehenden Krieg umrissen hatte, war hieran ein Zweifel nicht mehr möglich. Halder, der Generalquartiermeister Wagner und Heusinger wussten bereits seit dem 17. März, worauf ihre Planungen hinauslaufen würden. Hitler erklärte nach Halders Notizen während einer Lagebesprechung nämlich: «Die von Stalin eingesetzte Intelligenz muss vernichtet werden. Die Führermaschinerie des russischen Reiches muss zerschlagen werden. Im grossrussischen Reich ist die Anwendung brutalster Gewalt notwendig. . .»¹¹

In diesem Stadium der Entwicklung hat keiner der informierten Offiziere in der Vorstellung geplant und gehandelt, es gelte, einen Krieg zur Verteidigung der Heimat oder des Vaterlandes vorzubereiten. Auf höchster Ebene im Generalstab des Heeres fielen zwischen Halder und den für das Rechtswesen zuständigen Männern, dem General z.B.V. beim ObdH, Eugen Müller, und dem Oberkriegsgerichtsrat Erich Lattmann, Leiter der Gruppe Rechtswesen, folgende Stichworte: «Befehl an die Truppen im Sinne der letzten Führer-Ansprache an die Generäle (30.3.1941). Truppe muss den weltanschaulichen Kampf mit durchfechten bei Ostfeldzug.»¹² Sie bezogen sich konkret auf die von diesen Funktionären und von Halder zu verantwortenden OKH-Entwürfe zum Kommissarbefehl und zum Gerichtsbarkeitserlass, die am 6. Mai beim OKW eingingen, wo man überrascht feststellte, dass der Kommissarbefehl-Entwurf noch weitergehend als die eigenen Vorstellungen, weiter auch als eine einschlägige Denkschrift Rosenbergs, die «nur» vorgesehen hatte, dass allein hohe und höchste Funktionäre «zu erledigen» seien. Im OKH machte man keinen Unterschied. Und mit der Begründung gab es auch keine Probleme: Politische Hoheitsträger und Kommissare sollten beseitigt werden, weil sie durch ihre «bisherige Wühl- und Zersetzungsarbeit» bewiesen hätten, «dass sie jede europäische Kultur, Zivilisation, Verfassung und Ordnung ablehnen»¹³. Der Hinweis auf die Verantwortung des OKH-Generalstabs des Heeres ist wichtig, nicht nur weil hohe Offiziere der Wehrmacht und des Heeres im Nürnberger Hauptprozess und im OKW-Prozess eine Mitverantwortung der Militärs und Juristen im OKW und OKH bestritten haben¹⁴ und weil die Memoirenliteratur die Zusammenhänge vernebelt hat, sondern weil an dem mit diesen Befehlen umschriebenen Tatbe-

stand ein ganz empfindlicher Traditionskomplex moderner Militärinstitute hängt.

Dies hervorzuheben, soll nicht das Missverständnis stärken, als seien mit dem Kommissarbefehl die gravierendsten Konsequenzen deutscher Weltanschauungskriegführung verbunden gewesen. Quantitativ waren die Resultate des Gerichtsbarkeits-(Barbarossa-)Erlasses und die Massnahmen gegen Kriegsgefangene ungleich einschneidender. Am Kommissarbefehl können aber die bewusste Mordplanung gegen bestimmte Angehörige der Roten Armee gezeigt und die rein ideologische Begründung dafür ohne jede Schwierigkeit anschaulich gemacht werden. Weil dieser unbestrittene Sachverhalt so eindeutig gegen das europäische Verständnis vom Krieg als einer sich trotz aller «necessities» unter Rechtsregeln vollziehenden Auseinandersetzung verstieß, zielte ja auch die nachträglich versuchte Rechtfertigung der beteiligten Militärs und Juristen dahin, ihre Mitverantwortung ebenso zu leugnen, wie den Vollzug des Befehls in Abrede zu stellen. Beides ist gründlich widerlegt worden, zuletzt im vierten Band des Weltkriegswerkes des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.

Dieses Denken und Handeln gegen die militärisch-politische Tradition Europas stellte einen eklatanten Traditionsbruch dar. Mancher Memoirenschreiber hat ihn völlig verdrängt. Hitlers Luftwaffenadjutant Nicolaus v. Below weiss nicht mehr darüber zu sagen, als – unzutreffend – dass «die Führung des Heeres» einen «herkömmlichen Krieg», Hitler aber «einen Kampf gegen einen harten und rücksichtslosen Feind»¹⁵ erwartet habe: als ob eine solche Erwartung eine Rechtfertigung gewesen sein könnte. Man wusste, zog mit, handelte, nahm bewusst in Kauf. Die Armeen wurden informiert. Weiter nach unten wurde mündlich weitergegeben, bei sicherlich nicht einheitlicher Praxis.

2. Der Krieg in der Sicht der deutschen Völkerrechtstradition

Sich aus der ja im Westen und Süden noch geübten Völkerrechtstradition und den Kriegsbräuchen zu lösen, wurde im OKH als Problem empfunden, das General Müller, der in Rechtsfragen zuständige Mann, gedanklich aufzulösen suchte. Seine bekannte Formel, dass im kommenden Einsatz Rechtsempfinden unter Umständen hinter die Kriegsnotwendigkeiten zurückzutreten habe, bediente sich einer Sprache, die für die anvisierten Massnahmen in jeder Hinsicht nicht mehr ausreichte. Erforderlich sei die «Rückkehr zum alten Kriegsrecht»¹⁶. Das bisherige Kriegsrecht sei erst nach dem Weltkrieg festgelegt worden.

Offensichtlich suchte Müller damit anzudeuten, man kehre mit der Anpassung an Hitlers Forderungen zur preussischen Praxis zurück, also zu einer «älte-

ren» Tradition als etwa der durch das Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929 geschaffenen. Dass die Haager Landkriegsordnung vom Oktober 1907 aus der Vorkriegszeit stammte, hat er sicherlich bei seiner Argumentation nicht übersehen. Sein Hinweis zielte wohl eher auf die Einstellung des Wilhelminischen Reiches und insbesondere der preussischen Armee zur Frage der Schaffung einer Rechtsordnung für den Krieg. Und damit betrat er Grund und Boden, der für Anknüpfungen durchaus geeignet war.

Wenn in vorsichtiger Annäherung die Frage gestellt wird, ob sich Zusammenhänge zeigen zwischen dem in der preussischen Armee gepflegten Verständnis von den Kriegsnotwendigkeiten und dem, was 1941 im OKH in Anlehnung an Hitler darunter verstanden wurde, so muss vorab darauf verwiesen werden, dass Hitlers Vorstellung vom rassistisch-biologischen Vernichtungskrieg nichts zu tun hat mit Moltkes «elementarem» Kriegverständnis. Die seit 1871 immer deutlicher werdende bewusste Relativierung des Völkerrechts im Kriegsbild der preussischen Armee schuf allerdings die Neigung, ja Überzeugung, dass im Kriege, zur Erreichung seines Zwecks, das Recht beiseite geschoben werden könne. Diese Tendenz ist insbesondere von den Hegelianern unter den deutschen Staats- und Völkerrechtlern befördert worden¹⁷. Sie zeigte sich in der Haltung der deutschen militärischen und politischen Führung während der Haager Konferenzen¹⁸, die eine beträchtliche Indifferenz gegen internationale Balancebedürfnisse erkennen liess. Die preussische Armee, Vollstreckerin der nationalen Zusammenfassung im Bismarckreich und Repräsentantin deutscher Macht, ja Vormacht, in Europa, sah sich mit ihrem einschlägigen Denken in der Wilhelminischen Gesellschaft aufgehoben. Hier sei nur an die damalige Fixierung der Kriegsvölkerrechtsdoktrin der Armee erinnert. Sie liegt vor in der Schrift «Kriegsgebrauch im Landkriege» aus dem Jahre 1902¹⁹. General Müller hat wohl diese Schrift vor Augen gehabt bei seiner Forderung nach Rückkehr zum «älteren Kriegsbrauch». Hier hiess es u.a.:

«Ein mit Energie geführter Krieg kann sich nicht bloss gegen die Kombattanten des feindlichen Staates und seine Befestigungsanlagen richten, sondern er wird und muss in gleicher Weise die gesamten geistigen und materiellen Hilfsquellen desselben zu zerstören suchen. Humanitäre Ansprüche, d.h. Schonung von Menschen und Gütern können nur insoweit in Frage kommen, als es die Natur und der Zweck des Krieges gestatten.»

Kriegsrecht existierte in diesen Überlegungen des Generalstabes nicht, sondern lediglich eine Schranke der Willkür, die sich aus der «Furcht vor Repressalien» ergeben konnte.

Zweifellos haben Hitler wie auch nationalsozialistisches «Rechtsdenken» diese schon weit über die Auffassungen der Völkerrechtsgemeinschaft hinaus-

gehenden Tendenzen nicht nur noch extensiver fortentwickelt, sie haben speziell für den Russlandkrieg neue Inhalte und neue Massstäbe gesetzt. Sie waren aus den rassebiologischen Kernelementen der Weltanschauung abgeleitet. Den Generalen hatte Hitler am 30. März 1941 vor Augen geführt, der Bolschewismus sei «gleich asoziales Verbrechen», im Kommissarbefehl wurde diese Einschätzung aufgenommen mit der Behauptung, im Kampf gegen den Bolschewismus sei mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und des Völkerrechts nicht zu rechnen. Dieser Gegner wurde zum Todfeind des deutschen Volks stilisiert.

Als Todfeind sah Hitler die Sowjetunion nicht an, weil sie sich dem Lebensraumkrieg entgegenstellte, oder weil er sich unmittelbar bedroht sah, sondern weil der Bolschewismus in seiner Sicht ein Instrument jüdischen Weltherrschaftsstrebens war, basierend auf den Millionen Juden in Westrussland²⁰. Damit erhielt sein geplanter Vernichtungskrieg den direkten Bezug zur Vernichtung der osteuropäischen Juden.

Die Armee ist mit der ersten Phase dieser Ausrottungspolitik schon durch die zwischen Heydrich und dem Generalquartiermeister Wagner abgesteckte Zusammenarbeit von Heer und SS-Einsatzkommandos befasst gewesen²¹. Nicht nur Hitler erhielt durch Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg die Chance, Judentausrottung und militärisch-polizeiliche Partisanenbekämpfung «plausibel» zu verbinden, auch das Heer sah darin eine Rechtfertigungsmöglichkeit für die zunehmende Praxis, in erster Linie Juden für den Partisanenkrieg verantwortlich zu machen und entsprechend zu behandeln. So hiess es etwa im Monatsbericht des «Kommandanten in Weissruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland» und Kommandeurs der 707. Infanteriedivision (für die Zeit vom 1.10.-10.11.1941): «Da sie [die Juden] nach wie vor mit den Kommunisten und Partisanen gemeinsame Sache machen, wird die restlose Ausmerzungen dieses volksfremden Elements durchgeführt.»²² Die Liquidierungszahlen sprechen eine deutliche Sprache. Hier in Ruthenien kam es vor, dass innerhalb eines Monats von 10 940 Gefangenen 10431 erschossen wurden. Während dieser Zeit erlitt die 707. Infanteriedivision im Partisanenkampf an Verlusten nur zwei Tote und fünf Verwundete²³.

Schon im Laufe des Jahres 1941 setzten die Vernichtungsaktionen gegen die jüdische Bevölkerung im Rahmen des Partisanenkampfes mit voller Wucht ein. Allzu problemlos versteckten sich diese Massnahmen hinter der Formel, dass die Juden zu den gefährlichsten Elementen auf Seiten des Gegners zu rechnen seien. So führten die Sicherungsverbände des Heeres im rückwärtigen Gebiet den Krieg zur «Befriedung» des Landes zwar auch gegen einen militärischen Gegner, aber darüber hinaus in vielen Fällen mit einer Zielrichtung im Vorfeld der Endlösung.

Nur ein General des Heeres hat meines Wissens die Kenntnis dieser Zusammenhänge eingeräumt. Der erste Inspekteur des Heeres der Bundeswehr, General Röttiger, 1942-1943 Chef des Generalstabes der 4. Armee, hat in einer frühen – später zurückgezogenen – Stellungnahme, wohl im November 1945, erklärt, ihm sei die Erkenntnis gekommen, «dass die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziel den Zweck hatte, das Heer dazu zu benutzen, um die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen»²⁴.

3. Grenzen der Loyalität als Traditionsproblem

Himmler hat im Januar 1944 auf einem vom Chef des NS-Führungsstabes des OKW, General Reinecke, organisierten Kommandeurslehrgang in Posen vor etwa 300 Generalen und Stabsoffizieren über die «totale Lösung» der Judenfrage im Generalgouvernement gesprochen²⁵. Manstein, der zwei Tage später mit diesen Offizieren im Hauptquartier Hitlers zusammentraf, erklärte seinem «Führer» auf dessen Forderung: «Wenn es einmal zum letzten kommen sollte, dann müsste es doch eigentlich so sein, dass die Feldmarschälle und Generale als die Letzten bei der Fahne aushielten.» – «Das wird auch der Fall sein, mein Führer!»²⁶

Um diese Zeit griffen Zweifel in der Armee, auch im Offizierkorps, um sich. General Schmudt, der Chef des Heerespersonalamtes, liess am 5. Januar 1944 die Offiziere des Heeres wissen: «Ein Offizier, der die entscheidenden Werte unseres völkischen und politischen Lebens nicht erkennt und nicht mit überzeugender Kraft bejaht, hat seine Eignung als Offizier verwirkt.»²⁷ Der Zwangsmechanismus des NS-Systems richtete sich bei zunehmender Aussichtslosigkeit des Sieges über den Gegner im Osten immer stärker auch nach innen in die Wehrmacht hinein, wie zahlreiche Todesurteile beweisen. Die Intransigenz des ideologischen Krieges erzwang Loyalität im Untergang.

Loyalität wofür? Für Volk und Vaterland oder für Hitler und sein Regime?

Weil aus der Bundeswehrtradition die bedenklichen Seiten des Ostkrieges weitgehend ausgeklammert worden sind, weil sein «Sinn» kaum reflektiert wurde, blieb auch diese Frage im Halbdunkel. In Nürnberg werteten die freilich stark belasteten Generale Jodl und v. Rundstedt das Attentat des 20. Juli 1944 als Verrat. Andere Generale, etwa Blumentritt und Guderian, plädierten 1950 dafür, künftig nur Leute zu berücksichtigen, «die gewillt sind, ihren Fahneid zu halten»²⁸. In solchen Äusserungen scheint nicht einmal Halbdunkel zu herrschen. Hier ist vollkommen klar, dass der Soldat zu kämpfen und zu sterben

hat, ohne zu fragen wofür. So problemlos ist die Bundeswehrführung nicht an ihre Traditionssuche herangegangen. Im «Handbuch Innere Führung»²⁹ wird die Aufgabe des Soldaten mit der «Freiheit eines jeden Einzelnen von uns» in Zusammenhang gebracht. Es ist davon die Rede, dass «das Totalitäre Gewalt über uns» gewonnen habe, aber kaum, dass führende Militärs sich ihm denkend und handelnd zur Verfügung gestellt haben. Von Stalingrad wird gesprochen, nicht von Babi Jar, wenig von der Solidarität mit falschen Werten und verabsolutierten politischen Zielen. Es werden völkerrechtswidrige Befehle angeführt, ohne zu sagen, von welchen militärischen Stäben sie entworfen und abgezeichnet wurden. Gezeigt werden soll an Hand dieser Beispiele, «wie schwierig es heute ist, an die wahre europäische und deutsche Soldatentradition anzuknüpfen, nach dem, was hinter uns liegt»³⁰.

Dabei sind die abstrakt formulierten Aussagen über völkerrechtswidriges Verhalten eher zurückhaltend abgefasst. Sie treffen nicht den Kern der Sache, der in einem weit aktiveren Mitmachen zu sehen ist:

«Die Erteilung verbrecherischer Befehle durch die Spitze, ihre Weitergabe bis in die untersten Befehlsbereiche, die Erwartung, dass sie unten nicht ausgeführt wurden, ihre Ausführung an mancher Stelle, das befohlene Beiseitestehen, wenn neben dem Soldaten Verbrechen geschahen.»³¹

Es wird gesagt, dass der Hass gegen den Feind «durchaus dem ideologischen System des Bolschewismus» entspreche³², nicht erwähnt wird die deutsche Hasskampagne gegen den sowjetischen Gegner. Zahlreiche Beispiele wären anzuführen. Es genüge der Hinweis auf Ausführungen des Generals Ritter v. Hengl, Chef des NS-Führungsstabes des Heeres, auf einer zur «weltanschaulichen Ausrichtung» bestimmten Tagung für Generale und Offiziere auf der Ordensburg Sonthofen kurz vor dem Attentat auf Hitler³³. Hengl verlangte, der Offizier müsse seine Soldaten zu einem «unbändigen Vernichtungswillen und zum Hass erziehen».

Dennoch, das «Handbuch Innere Führung» sah die Aufgabe:

«Dem Totalitären können wir die Stirne nur bieten, wenn wir sein Wesen kennen, d.h.: uns mit dem Dritten Reich und den Methoden des totalen Staates auseinandersetzen.»³⁴

Nur: die Aufgabe ist nicht bewältigt worden. Hierin nimmt die Bundeswehr an einem gesamtgesellschaftlichen Defizit teil. Es ist auch feststellbar, dass aus ihrem Umkreis allergische Reaktionen gegen jüngere Forschungsergebnisse kommen, die sich mit dem Verhalten der Wehrmacht in der Sowjetunion, etwa mit der Zusammenarbeit von Heer und Einsatzkommandos im rückwärtigen Heeresgebiet, befassen³⁵. Noch immer steht Apologiebemühen einer selbstkritischen Aufarbeitung im Wege. Traditionsbegründung ohne Basis in illusionsfreier Selbstkritik bleibt auf unsicherem Boden. Im offiziellen Bundeswehr-

schrifttum sind alle diese Zusammenhänge zu kurz gekommen, ja kaum berührt worden³⁶. Wenn richtig ist, was ein Bundeswehroffizier geschrieben hat, dass die Rolle der Wehrmacht «als Sklavenhalter Europas, als unfreiwilliger und gelegentlich auch freiwilliger Schutzschild für nie zuvor gesehene Verbrechen» zu einem «tiefgreifenden, bis heute folgenschweren Trauma» bei vielen ehemaligen und heute aktiven Soldaten geführt hat³⁷, so ist illusionsfreie Aufarbeitung der Wehrmachtgeschichte insbesondere im Blick auf den Russlandkrieg ein Gebot des Eigeninteresses der Streitkräfte. Sie gehört, wie dieser Autor zutreffend sagt, «zum gültigen Erbe» gültig jedenfalls im Sinne von: bedingend und herausfordernd und als Hindernis vorschneller Selbstgenügsamkeit. In diesem Sinne stellte der Traditionserlass des Bundesministers der Verteidigung vom 1. Juli 1965 einen Rückschritt dar. Einer seiner Kernsätze sprach davon, dass in der deutschen Militärtradition Gehorsam und Pflichterfüllung «stets in der Treue des Soldaten zu seinem Dienstherrn» gründeten, «der für ihn Recht, Volk und Staat verkörperte». Das «stets» machte die Sache fragwürdig – gerade im Zusammenhang mit dem Ostkrieg³⁸. Daher war die Aufhebung dieses Erlasses am 20. September 1982 überfällig. Der vom gleichen Tage stammende neue Traditionserlass fordert, «den Gesamtbestand der deutschen Geschichte in die Betrachtung einzubeziehen und nichts auszuklammern», er spricht aus, dass alles militärische Tun sich «an den Normen des Rechtsstaats und des Völkerrechts orientieren» müsse. Heute erhalten die Tugenden des Soldaten von hier her und durch die Bindung an das Grundgesetz «sittlichen Rang».

Wer in solchem Kontext nach der Bedeutung des Kampfes der Wehrmacht in Russland für das Traditionsproblem fragt, wehrt von vornherein die Möglichkeit des Rückzuges auf bloße Tapferkeit und auf heroischen Untergang ab, weil er zugleich nach dem Sinn damaligen soldatischen Tuns fragt.

Dieser Sinn lag nicht in der «Rettung des Abendlandes», wie Halders Nachfolger, General Zeitzier, nach dem Kriege noch immer meinte, als er «Gedanken über die Haltung der deutschen Generale für den Fall einer von den Westmächten verlangten deutschen Wiederaufrüstung» niederschrieb³⁹: «Wir dürfen uns unserer Pflicht gegenüber Europa und der westlichen Welt zur Erhaltung der abendländischen Kultur und Zivilisation auf die Dauer nicht entziehen», weil, so meinte dieser Generalstabschef Hitlers, wir «auf Grund unserer engen Berührung mit dem Bolschewismus heute wahrscheinlich von allen europäischen Völkern noch oder wieder die stärkste Kampfornal haben...» Die «Rettung des Abendlandes» gehörte zu den Propagandaformeln der Endphase des Krieges, als Hitler das Abendland in die grösste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt hatte.

Wahrscheinlich lag der Sinn des Krieges, seit es nichts mehr zu siegen gab,

in den Augen vieler Soldaten in der Verteidigung der Heimat. Aber diese Einstellung veränderte nicht, was zuvor geschehen war und auch weiterhin geschah. Der Russlandkrieg lässt sich nicht reduzieren auf die Aktionen von Millionen nur braver Vaterlandsverteidiger. Seine Resultate sprechen dagegen. Resultate, die bewirkt worden sind. Die Apologie ist der Feind echter Tradition.

Ein alter Offizier schrieb mir über die Bundeszentrale für politische Bildung angesichts der apologetischen Bemühungen eines anderen Offiziers⁴⁰: «Der Beitrag... sollte unter die Klassiker der zeitgeschichtlichen Diskussion zum Thema ‚Verhältnis von Wehrmacht und NS-Staat‘ eingereiht werden, weil er auf wenigen Seiten das Repertoire der ‚ans Artistische grenzenden Fähigkeit zur Selbstbeschwichtigung‘ (Mitscherlich) darbietet, das seit 1945 gehandelt und in zunehmendem Umfang wieder salonfähig wird.»

In der Tat: «Selbstbeschwichtigung» kennzeichnet weithin die Einstellung zum Handeln der Wehrmacht in Russland. Selbstbeschwichtigung aber ist kein guter Ratgeber in Traditionsfragen. Selbst der von vielen zum Stündenbock gestempelte Keitel hat in einer Niederschrift nach dem Krieg zu Papier gebracht: «Ich kann hierzu nur sagen, dass ich über die grauenhaften Ausmasse der Folgen, die in Sowjetrußland eingetreten sind, auf das tiefste erschüttert bin.»⁴¹ Grauenhafte Folgen planvollen Handelns, das er weitgehend dem Heer – im Operationsgebiet – und den Zivilkommissaren anlastete. Eine traditionsorientierte Verarbeitung der bisher vorliegenden Forschungsergebnisse muss überdies zu dem Ergebnis kommen, dass der Vollzug des Vernichtungskrieges im Osten nicht zureichend erfasst wird, wenn er lediglich unter das Stichwort «Verführung» gestellt wird, das uns in manchen Traditionsaussagen begegnet. Verführung durch den Nationalsozialismus und durch Hitler hat es zweifellos gegeben⁴². Daneben aber liefen militäreigene Interessen und Zielvorstellungen. Bundeswehrtradition sollte im Blick auf den Russlandkrieg nicht beim Manipuliertwerden der Militärs stehenbleiben. Es gilt, die Kontinuitäten zu sehen und die Bereitschaft zur Rigorosität gegenüber dem besonderen Feind im Osten. Dann wird klar, dass das «Abendland» mit seinen Traditionen nicht nur von «den Nationalsozialisten» in die Katastrophe gestürzt worden ist, und dass die militärischen Erfolge dem System längere Stabilität verschafften, während die eigene Nation die Zeche bezahlen musste. Generaloberst Beck hat dies 1938 vorausgesehen.

All dies wäre stärker zu reflektieren in einem neuen, gesamtgesellschaftlichen Anlauf historisch-politischer Bildung, in welchem die Bundeswehr ihren Platz finden kann.

Ausgewählte Dokumente

Gerd R. Ueberschär

Dokumente zum «Unternehmen Barbarossa» als Vernichtungskrieg im Osten

Die Auswahl der Quellenstücke ist acht einzelnen Themenbereichen zugeordnet: Zur Vorbereitung des deutsch-sowjetischen Krieges vor dem 22. Juni 1941, zum Kriegsbeginn, zur Durchführung der militärisch-politischen Kriegführung um den «Lebensraum im Osten», zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, zur Tätigkeit der SD-Einsatzgruppen im Osten, zu den ökonomischen Zielen im Osten, zu internen Anfragen und zur eigenen Kritik am deutschen Vorgehen sowie zu den Verlustzahlen. Die Dokumente werden in der Regel nach den nunmehr zugänglichen Originalstücken wiedergegeben, um eine weitere Fortschreibung älterer Übertragungsfehler zu vermeiden. Orthographie- und Zeichensetzungsfehler wurden berichtigt, Abkürzungen z.T. aufgelöst. Nach Möglichkeit werden die Texte vollständig abgedruckt; die aus Platzgründen nötigen Auslassungen sind durch [...] kenntlich gemacht. Auf die Wiedergabe der Verteiler wurde bis auf Ausnahmefälle verzichtet. Alle Hervorhebungen in den Dokumenten (Unterstreichungen, Fettdruck, Sperrungen usw.) sind einheitlich in Kursiv-Druck wiedergegeben. Erklärungen zu den Quellen wurden bewusst knappgehalten, da die meisten Quellen in den Beiträgen des Sammelbandes kommentiert und bewertet sind. Für jedes Dokument ist am Schluss der Fundort nachgewiesen.

Verzeichnis der Dokumente:

I. Zur Vorbereitung des deutsch-sowjetischen Krieges vor dem 22. Juni 1941

1) Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa vom 18.12.1940	244
2) Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) vom 13.3.1941. . .	246
3) Auszug aus Hitlers Ausführungen vom 30.3.1941 nach den Aufzeichnungen von Generaloberst Halder	248
4) Befehl des ObdH, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, über die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem SD für den vorgesehenen Ostkrieg vom 28. 4. 1941	249
5) Befehl des Befehlshabers der Panzergruppe 4, Generaloberst Hoepner, zur bevorstehenden Kampfführung im Osten vom 2.5.1941 (Auszug)	251
6) Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» und über besondere Massnahmen der Truppe vom 13.5.1941, mit Ergänzungen des ObdH vom 24.5.1941	251
7) Besondere Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 (Fall «Barbarossa») vom 19.5.1941, mit Anlage 1: Gliederung und Aufgabe der im Raum «Barbarossa» einzusetzenden Wirtschaftsorganisation, und Anlage 3: Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland	254

8)	Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare vom 6.6.1941, mit Ergänzungen des ObdH vom 8.6.1941	259
9)	Bestimmungen über das Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa vom 16.6.1941. . . .	261
10)	Zwei vorbereitete Merkblätter: «Warnung vor heimtückischer Sowjetkriegsführung» und «Kennt ihr den Feind?» vom Juni/Juli 1941	262

II. Zum Kriegsbeginn

11)	Hitlers Aufruf an die «Soldaten der Ostfront» vom 22.6.1941	265
12)	Erklärung der «Deutschen diplomatisch-politischen Information» vom 27.6.1941 über den Krieg gegen die Sowjetunion	269
13)	Rundfunkrede Molotovs vom 22.6.1941	271
14)	Rundfunkrede Stalins vom 3.7.1941	272

III. Zur Durchführung der militärisch-politischen Kriegführung um den «Lebensraum im Osten»

15)	Geheime Absichtserklärungen zur künftigen Ostpolitik: Auszug aus einem Aktenvermerk von Reichsleiter M. Bormann vom 16.7.1941	276
16)	öffentliche Propagandaerklärung zur künftigen Ostpolitik: Manuskript der Ansprache von Reichsleiter A. Rosenberg für die deutsche Wochenschau vom 22.7.1941	278
17)	Tagebuchauszüge und dienstliche Notizen betr. vorgesehene Behandlung der Bevölkerungen von Leningrad, Moskau, Kiev und Stalingrad	278
18)	Anfrage des OKH beim OKW wegen Behandlung sowjetischer Politruks vom 16.8.1941 mit Antwort vom 18.8.1941	282
19)	Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht Nr. 2 der Panzergruppe 3, Abt. I c vom 19.8.1941 (zu Januar-Juli 1941)	283
20)	Auszug aus dem Kriegstagebuch Nr. 9 des AOK 6 vom 9.10.1941 mit Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee, Generalfeldmarschall von Reichenau, vom 10.10.1941 und Befehl des Oberbefehlshabers der H.Gr. Süd, Generalfeldmarschall von Rundstedt, vom 12.10.1941 sowie dem Schreiben des Generalquartiermeisters des Heeres vom 28.10.1941	284
21)	Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 17. Armee, Generaloberst Hoth, vom 17.11.1941	287
22)	Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 11. Armee, Generaloberst von Manstein, vom 20.11.1941	289
23)	Fernschreiben der Operationsabteilung des OKH an H. Gr. Mitte vom 24.12.1941 mit «Muster»-Tagesbefehl des Oberbefehlshabers der H.Gr. Süd, Generalfeldmarschall von Reichenau, vom 20.12.1941 (mit besonderer Billigung Hitlers)	291

IV. Zur Behandlung der Kriegsgefangenen

24)	Heydrichs Richtlinien zu den Säuberungen und Exekutionen in den Kriegsgefangenenlagern im Osten für die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD vom 17.7.1941	292
25)	Auszugsweise Abschrift der Verfügung des OKH betr. Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener vom 25.7.1941	295
26)	Verschärfte Anordnung des OKW zur Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in allen Kriegsgefangenenlagern vom 8.9.1941 mit dem Merkblatt für die Bewachung sowjetischer Kriegsgefangener als Anlage	297
27)	Vortragsnotiz des Chefs des Amtes Ausland/Abwehr, Admiral Canaris, vom 15.9.1941 zur Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener mit dem sowjetischen Erlass über Kriegsgefangene als Anlage	301
28)	Erlass des Chefs OKW, Generalfeldmarschall Keitel, über die Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen vom 16.9.1941	305
29)	Heydrichs verschärfte Richtlinien für die Aussonderung verdächtiger sowjetischer Kriegsgefangener im rückwärtigen Heeresgebiet vom 29.10.1941	307
30)	Auszüge aus den Notizen des Chefs des Generalstabes der 18. Armee (Oberst i. G.W. Hasse) betr. Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener aus der Chefbesprechung in Orsa am 13.11.1941	308

31) Anordnung des OKW zur Vollstreckung von Todesstrafen an sowjetischen Kriegsgefangenen vom 29.12.1941	309
32) Aufstellung des OKW, Abt. Kriegsgef. Org. (Id), über die «Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Stand vom 1.5.1944» mit ergänzenden Angaben über den Kriegsgefangenenbestand bis zum 31.12.1944	310

V. Zur Tätigkeit der SD-Einsatzgruppen im Osten

33) Auszug aus der «Ereignismeldung UdSSR Nr. 3» des Reichssicherheitshauptamtes (Berlin) vom 24.6.1941	314
34) Auszüge aus verschiedenen «Ereignismeldungen UdSSR» über die Tätigkeit der Einsatzgruppen A, B, C und D im Osten vom Juli 1941 bis zum März 1942	314

VI. Zu den ökonomischen Zielen im Osten

35) Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2.5.1941	323
36) Allgemeine wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, vom 23.5.1941	323
37) 12 Gebote für das Verhalten der Deutschen im Osten und die Behandlung der Russen vom 1.6.1941, unterzeichnet vom Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, H. Backe	326
38) Görings Ausführungen und Richtlinien auf den Sitzungen vom 7./8.11.1941 über den Einsatz sowjetischer und anderer Kriegsgefangener in der deutschen Kriegswirtschaft und über die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation in den neu besetzten Ostgebieten . . .	328
39) Schreiben des Rüstungsinspektors Ukraine, Generalleutnant Hans Leykauf, an den Chef des WiRüAmtes im OKW, General d. Inf. Thomas, vom 2.12.1941	338

VII. Zu internen Anfragen und zur Kritik am eigenen Vorgehen

40) Denkschrift des Kommandierenden Generals des XXXIX. Armeekorps, General der Panzertruppe Rudolf Schmidt, über die «Möglichkeiten einer Erschütterung des bolschewistischen Widerstandes von Innen her» vom 17./18.9.1941 mit Auszug aus dem Kriegstagebuch des XXXIX. Armeekorps vom 17.9.1941	340
41) Anfrage des OKH zwecks Aufhebung des «Kommissarbefehls» vom 23.9.1941 mit Vermerk von General Jodl	342
42) Auszug aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der H. Gr. Mitte vom 9.12.1941 mit Anlage: Bericht des Major i. G. von Gersdorff über eine Frontreise	343
43) Brief von Reichsminister Rosenberg an den Chef OKW, Generalfeldmarschall Keitel, vom 28.2.1942	345
44) Auszug aus dem Kriegstagebuch des OKW/WFSt vom 6.5.1942 über die versuchsweise Aufhebung des «Kommissarbefehls»	347

VIII. Zu den deutschen Verlustzahlen

45) Aufstellung des Heeresarztes im OKH vom 24. 3. 1945 über die «personellen blutigen Verluste des Feldheeres vom 22. Juni 1941 bis 20. März 1945» im Osten	348
--	-----

1. ZUR VORBEREITUNG DES DEUTSCH-SOWJETISCHEN KRIEGES VOR DEM 22. JUNI 1941

1) Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa vom 18.12.1940

Geheime Kommandosache

Der Führer und Oberste Befehlshaber
der Wehrmacht
OKW/WFSt/Abt. L (I) Nr. 33408/40 gK Chefs.

F. H. Qu., den 18.12.40

Chef Sache
Nur durch Offizier

9 Ausfertigungen
4. Ausfertigung.

Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa.

Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England *Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen* (Fall Barbarossa).

Das *Heer* wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die *Luftwaffe* wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, dass mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, dass der gesamte von uns beherrschte Kampf- und Rüstungsraum gegen feindliche Luftangriffe hinreichend geschützt bleiben muss und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhr, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der *Kriegsmarine* bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den *Aufmarsch* gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. 5. 41 abzuschliessen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, dass die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird. Die Vorbereitungen der Oberkommandos sind auf folgender Grundlage zu treffen:

I. Allgemeine Absicht:

Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen *Heeres* soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkraftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.

In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische *Luftwaffe* reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga – Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die *Luftwaffe* ausgeschaltet werden.

Im Zuge dieser Operationen wird die russische *Ostseeflotte* schnell ihre Stützpunkte verlieren und damit nicht mehr kampffähig sein.

Wirksames Eingreifen der russischen *Luftwaffe* ist schon bei Beginn der Operation durch kraftvolle Schläge zu verhindern.

II. Voraussichtliche Verbündete und deren Aufgaben:

1. Auf den Flügeln unserer Operation ist mit der aktiven Teilnahme *Rumäniens* und *Finnlands* am Kriege gegen Sowjetrußland zu rechnen.

In welcher Form die Streitkräfte beider Länder bei ihrem Eingreifen deutschem Befehl unterstellt werden, wird das Oberkommando der Wehrmacht zeitgerecht vereinbaren und festlegen.

2. *Rumäniens* Aufgabe wird es sein, zusammen mit der dort aufmarschierenden Kräftegruppe den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln und im Übrigen Hilfsdienste im rückwärtigen Gebiet zu leisten.
3. *Finland* wird den Aufmarsch der aus Norwegen kommenden abgesetzten deutschen *Nordgruppe* (Teile der Gruppe XXI) zu decken und mit ihr gemeinsam zu operieren haben. Daneben wird Finland die Ausschaltung von Hangö zufallen.
4. Mit der Möglichkeit, dass *schwedische* Bahnen und Strassen für den Aufmarsch der deutschen Nordgruppe spätestens von Operationsbeginn an zur Verfügung stehen, kann gerechnet werden.

III. Die Führung der Operationen:

N Heer (in Genehmigung der mir vorgetragenen Absichten):

In dem durch die Pripetsümpfe in eine südliche und eine nördliche Hälfte getrennten Operationsraum ist der Schwerpunkt *nördlich* dieses Gebietes zu bilden. Hier sind 2 Heeresgruppen vorzusehen.

Der südlichen dieser beiden Heeresgruppen – Mitte der Gesamfront – fällt die Aufgabe zu, mit besonders starken Panzer- und mot. Verbänden aus dem Raum um und nördlich Warschau vorbrechend die feindlichen Kräfte in Weissrussland zu zersprengen. Dadurch muss die Voraussetzung geschaffen werden für das Eindrehen von starken Teilen der schnellen Truppen nach Norden, um im Zusammenwirken mit der aus Ostpreussen in allgemeiner Richtung Leningrad operierenden nördlichen Heeresgruppe die im Baltikum kämpfenden feindlichen Kräfte zu vernichten. Erst nach Sicherstellung dieser vordringlichsten Aufgabe, welcher die Besetzung von Leningrad und Kronstadt folgen muss, sind die Angriffsoperationen zur Besitznahme des wichtigen Verkehrs- und Rüstungszentrums Moskau fortzuführen.

Nur ein überraschend schnell eintretender Zusammenbruch der russischen Widerstandskraft könnte es rechtfertigen, beide Ziele gleichzeitig anzustreben.

Die wichtigste Aufgabe der Gruppe XXI bleibt auch während der Ostoperationen der Schutz Norwegens.

Die darüber hinaus verfügbaren Kräfte sind im Norden (Geb.-Korps) zunächst zur Sicherung des Petsamo-Gebietes und seiner Erzgruben sowie der Eismeerstrasse einzusetzen, um dann gemeinsam mit finnischen Kräften gegen die Murmansk-Bahn vorzustossen und die Versorgung des Murmansk-Gebietes auf dem Landwege zu unterbinden.

Ob eine derartige Operation mit *stärkeren* deutschen Kräften (2-3 Div.) aus dem Raum von Rovaniemi und südlich geführt werden kann, hängt von der Bereitwilligkeit Schwedens ab, seine Eisenbahnen für einen solchen Aufmarsch zur Verfügung zu stellen.

Der Masse des finnischen Heeres wird die Aufgabe zu fallen, in Übereinstimmung mit den Fortschritten des deutschen Nordflügels möglichst starke russische Kräfte durch Angriff westlich oder beiderseits des Ladoga-Sees zu fesseln und sich in den Besitz von Hangö zu setzen.

Bei der südlich der Pripetsümpfe angesetzten Heeresgruppe ist der Schwerpunkt im kaum von Lublin in allgemeiner Richtung Kiew zu bilden, um mit starken Pz. Kräften schnell in die tiefe Flanke und den Rücken der russischen Kräfte vorzugehen und diese dann im Zuge des Dnjepr aufzurollen.

Der deutsch-rumänischen Kräftegruppe fällt am rechten Flügel die Aufgabe zu a) den rumänischen Raum und damit den Südflügel der Gesamtoperation zu schützen, b) im Zuge des Angriffs am Nordflügel der Heeresgruppe Süd die gegenüberstehenden feindlichen Kräfte zu fesseln und bei fortschreitender Entwicklung der Lage im Verein mit der Luftwaffe ihren geordneten Rückzug über den Dnjestr im Nachstoss zu verhindern.

Sind die Schlachten südlich bzw. nördlich der Pripetsümpfe geschlagen, ist im Rahmen der Verfolgung anzustreben:

im *Süden* die frühzeitige Besitznahme des wehrwirtschaftlich wichtigen Donez-Beckens,

im *Norden* das schnelle Erreichen von Moskau. Die Einnahme dieser Stadt bedeutet politisch und wirtschaftlich einen entscheidenden Erfolg, darüber hinaus den Ausfall des wichtigsten Eisenbahnknotenpunktes.

B. *Luftwaffe:*

Ihre Aufgabe wird es sein, die Einwirkung der russischen Luftwaffe soweit wie möglich zu lähmen und auszuschalten sowie die Operationen des Heeres in ihren Schwerpunkten, namentlich bei der mittleren Heeresgruppe und auf dem Schwerpunktflügel der südlichen Heeresgruppe, zu unterstützen. Die russischen Bahnen werden je nach ihrer Bedeutung für die Operationen zu unterbrechen bzw. in ihren wichtigsten nahegelegenen Objekten (Flussübergänge!) durch kühnen Einsatz von Fallschirm- und Luftlandtruppen in Besitz zu nehmen sein.

Um alle Kräfte gegen die feindliche Luftwaffe und zur unmittelbaren Unterstützung des Heeres zusammenfassen zu können, ist die Rüstungsindustrie während der Hauptoperationen nicht anzugreifen. Erst nach dem Abschluss der Bewegungsoperationen kommen derartige Angriffe, in erster Linie gegen das Uralgebiet, in Frage.

C. Kriegsmarine:

Der Kriegsmarine fällt gegen Sowjetrußland die Aufgabe zu, unter Sicherung der eigenen Küste ein Ausbrechen feindlicher Seestreitkräfte aus der Ostsee zu verhindern. Da nach dem Erreichen von Leningrad der russischen Ostseeflotte der letzte Stützpunkt genommen und diese dann in hoffnungsloser Lage sein wird, sind vorher grössere Seeoperationen zu vermeiden.

Nach dem Ausschalten der russischen Flotte wird es darauf ankommen, den vollen Seeverkehr in der Ostsee, dabei auch den Nachschub für den nördlichen Heeresflügel über See, sicherzustellen (Minenräumung!)

IV. Alle von den Herren Oberbefehlshabern auf Grund dieser Weisung zu treffenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, dass es sich um *Vorsichtsmassnahmen* handelt für den Fall, dass Rußland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte. Die Zahl der frühzeitig zu den Vorarbeiten heranzuziehenden Offiziere ist so klein wie möglich zu halten, weitere Mitarbeiter sind so spät wie möglich und nur in dem für die Tätigkeit jedes Einzelnen erforderlichen Umfang einzuweisen. Sonst besteht die Gefahr, dass durch ein Bekanntwerden unserer Vorbereitungen, deren Durchführung zeitlich noch gar nicht festliegt, schwerste politische und militärische Nachteile entstehen.

V. Vorträgen der Herren Oberbefehlshaber über ihre weiteren Absichten auf Grund dieser Weisung sehe ich entgegen.

Die beabsichtigten Vorbereitungen aller Wehrmachtteile sind mir, auch in ihrem zeitlichen Ablauf, über das Oberkommando der Wehrmacht zu melden.

(Unterschrift): Adolf Hitler

(mit den Paraphen von v. Lossberg, Jodl, Warlimont und Keitel)

Verteiler: Ob. d. H. (Op. Abt.) 1. Ausf.; Ob. d. M. (Ski.) 2. Ausf.; Ob. d. L. (Lw. Fü. St.) 3. Ausf.; OKW: Wfst. 4. Ausf.; Abt. L 5.-9. Ausf.

Quelle: BA-MA, RW 4 / v. 522.

2) *Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) vom 13.3.1941.*

Geheime Kommandosache

Oberkommando der Wehrmacht

Wfst/Abt. L (IV/Qu)

44125 g. K. Chefs.

Chefsache!

Nur durch Offiziere!

Bezug: Wfst/Abt. L (I) Nr. 33408/40

g. K. Chefs v. 18.12.40

F. H. Qu., den 13. März 1941

5 Ausfertigungen

4. Ausfertigung

Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21

(Fall Barbarossa)

I. Operationsgebiet und vollziehende Gewalt

1. In Ostpreussen und im Generalgouvernement werden spätestens 4 Wochen vor Operationsbeginn durch OKW die *innerhalb der Wehrmacht* für ein Operationsgebiet gültigen Befehlsbefugnisse und Bestimmungen für die Versorgung in Kraft gesetzt werden. Vorschlag legt OKH zeitgerecht nach Einvernehmen mit Ob. d. L. vor.

Eine *Erklärung* Ostpreussens und der Generalgouvernements zum *Operationsgebiet des Heeres* ist nicht *beabsichtigt*. Dagegen ist der Ob. d. H. auf Grund der nichtveröffentlichten Führererlasse vom 19. und 21.10.1939 berechtigt, diejenigen Massnahmen anzuordnen, die zur Durchführung seines militärischen Auftrages und zur Sicherung der Truppe notwendig sind. Diese Ermächtigung kann er auf die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen weiter übertragen. Derartige Anordnungen gehen allen anderen Obliegenheiten und den Weisungen ziviler Stellen vor.

2. Das im Zuge der Operationen zu besetzende *russische Gebiet* soll, sobald der Ablauf der Kampfhandlungen es erlaubt, nach besonderen Richtlinien in Staaten mit eigenen Regierungen aufgelöst werden.

Hieraus folgert:

- a) Das mit dem Vorgehen des Heeres über die Grenzen des Reiches und der Nachbarstaaten gebildete *Operationsgebiet* des Heeres ist der Tiefe nach soweit als möglich zu beschränken. Der Ob. d. H. hat die Befugnis, in diesem Gebiet die vollziehende Gewalt auszuüben mit der Ermächtigung, sie auf die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen zu übertragen.
 - b) Im Operationsgebiet des Heeres erhält der *Reichsführer SS* zur Vorbereitung der *politischen Verwaltung Sonderaufgaben* im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung. Im übrigen wird die dem Ob. d. H. und den von ihm beauftragten Dienststellen übertragene vollziehende Gewalt hierdurch nicht berührt. Der Reichsführer SS sorgt dafür, dass bei Durchführung seiner Aufgaben die Operationen nicht gestört werden. Näheres regelt das OKH mit dem Reichsführer SS unmittelbar.
 - c) Sobald das Operationsgebiet eine ausreichende Tiefe erreicht hat, wird es *rückwärts begrenzt*. Das neubesetzte Gebiet rückwärts des Operationsgebietes erhält eine eigene *politische* Verwaltung. Es wird entsprechend den volkstumsmässigen Grundlagen und in Anlehnung an die Grenzen der Heeresgruppen zunächst in *Nord (Baltikum), Mitte (Weissrussland) und Süd (Ukraine) unterteilt*. In diesen Gebieten geht die *politische Verwaltung auf Reichskommissare über*, die ihre Richtlinien vom Führer empfangen.
3. Zur Durchführung aller *militärischen Aufgaben* in den politischen Verwaltungsgebieten rückwärts des Operationsgebietes werden *Wehrmachtsbefehlshaber* eingesetzt, die dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unterstehen.

Der Wehrmachtsbefehlshaber ist der *oberste Vertreter der Wehrmacht* in dem betreffenden Gebiet und übt die *militärischen Hoheitsrechte* aus. Er hat die *Aufgaben eines Territorialbefehlshabers* und die Befugnisse eines Armeekorps-Oberbefehlshabers bzw. Kommandierenden Generals.

In dieser Eigenschaft obliegen ihm vor allem folgende Aufgaben:

- a) Enge Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar, um ihn in seiner politischen Aufgabe zu unterstützen.
- b) Ausnutzung des Landes und Sicherung seiner wirtschaftlichen Werte für die Zwecke der deutschen Wirtschaft (s. Ziff. 4).
- c) Ausnutzung des Landes für die Versorgung der Truppe nach den Anforderungen des OKH.
- d) Militärische Sicherung des gesamten Gebietes, vor allem der Flughäfen, Nachschubstrassen und Nachschubeinrichtungen gegen Aufruhr, Sabotage und feindliche Fallschirmtruppen.
- e) Strassenverkehrsregelung.
- f) Regelung der Unterkunft für Wehrmacht, Polizei und Organisationen, für Kriegsgefangene, sofern sie in den Verwaltungsgebieten bleiben.

Gegenüber den *zivilen* Dienststellen hat der Wehrmachtsbefehlshaber das Recht, die Massnahmen anzuordnen, die zur Durchführung der militärischen Aufgaben erforderlich sind. Seine Anordnungen auf diesem Gebiet gehen allen anderen, auch denen der Reichskommissare, vor.

Dienstanweisung, Aufstellungsbefehl und Anweisungen über die Zuteilung der erforderlichen Kräfte folgen gesondert.

Der Zeitpunkt der Befehlsübernahme durch die Wehrmachtsbefehlshaber wird befohlen werden, sobald die militärische Lage einen Wechsel in den Befehlsverhältnissen ohne Störung der Operationen zulässt. Bis dahin bleiben die vom OKH eingesetzten Dienststellen nach denselben Grundsätzen, wie sie für die Wehrmachtsbefehlshaber festgelegt sind, in Tätigkeit.

4. Mit der einheitlichen Leitung der *Wirtschaftsverwaltung* im Operationsgebiet und in den politischen Verwaltungsgebieten hat der Führer den Reichsmarschall beauftragt, der diese Aufgabe dem *Chef des WiRü Amtes* übertragen hat. Besondere Richtlinien hierzu ergehen vom OKW/WiRü Amt.
5. Die Masse der *Polizeikräfte* wird den Reichskommissaren unterstellt. Forderungen und Unterstellungen von Polizeikräften im Operationsgebiet werden vom OKH frühzeitig an OKW/WFS/Abt. Landesverteidigung erbeten.
6. Das Verhalten der Truppe gegenüber der Bevölkerung und die Aufgaben der Wehrmachtgerichte werden gesondert geregelt und befohlen werden.

II. Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehr

7. Für die *vor Beginn der Operationen* erforderlichen Massnahmen zur Beschränkung des Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehrs nach Russland ergehen durch OKW/WFSI besondere Richtlinien.

8. *Mit Beginn der Operation* ist die deutsch-sowjetrussische Grenze, später die rückwärtige Grenze des Operationsgebietes durch den Ob. d. H. für jeden nichtmilitärischen Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehr mit Ausnahme der vom Reichsführer SS nach Weisung des Führers einzusetzenden Polizeiorgane, zu sperren. Unterkunft und Versorgung dieser Organe regelt OKH-Gen. Qu., der hierzu beim Reichsführer SS die Abstellung von Verbindungsoffizieren anfordern kann. Die Grenzsperrere streckt sich auch auf leitende Persönlichkeiten und Beauftragte der Obersten Reichsbehörden und Dienststellen der Partei. OKW/WFSt wird die Obersten Reichsbehörden und Parteidienststellen dementsprechend benachrichtigen. Über Ausnahmen von dieser Grenzsperrere entscheiden der Ob. d. H. und die von ihm beauftragten Dienststellen.

Von den für die Polizeiorgane des Reichsführers SS nötigen Sonderregelungen abgesehen, sind Anträge auf Einreisegenehmigungen ausschliesslich an den Ob. d. H. zu leiten.

III. Richtlinien für Rumänien, Slowakei, Ungarn und Finnland

9. Die erforderlichen Vereinbarungen mit diesen Staaten werden entsprechend den Anträgen der Oberkommandos vom OKW in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt getroffen. Soweit darüber hinaus im weiteren Verlauf der Operationen besondere Rechte sich als notwendig erweisen sollten, sind sie beim OKW zu beantragen.
10. *Polizeiliche Massnahmen* zum unmittelbaren Schutz der Truppe sind, unabhängig von der Übertragung besonderer Rechte, zulässig. Weitere Anordnungen hierüber ergehen später.
11. *Besondere Anordnungen* für den Bereich dieser Staaten über: Beschaffung von Verpflegung und Futtermitteln, Unterkunft und Gerät, Ankauf und Warenversand, Geldversorgung und Zahlungsregelung, Besoldung, Schadensersatzansprüche, Post- und Telegrafwesen, Verkehrswesen, Gerichtsbarkeit, folgen später.

Wünsche der Wehrmachtteile und Dienststellen des OKW auf diesen Gebieten an die Regierungen dieser Länder sind dem OKW/WFSt/Abt. Landesverteidigung bis zum 21. März 1941 *anzumelden*.

IV. Richtlinien für Schweden

12. Da Schweden lediglich Durchmarschgebiet werden *kann*, sind für den Befehlshaber der deutschen Truppen keine besonderen Befugnisse vorgesehen. Er ist jedoch berechtigt und verpflichtet, den unmittelbaren Schutz der Eisenbahntransporte gegen Sabotageakte und Angriffe sicher zu stellen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
(Unterschrift): Keitel

Verteiler: Ob. d. H. 1. Ausfertigung; Ob. d. M. 2. Ausfertigung; R. d. L. u. Ob. d. L. 3. Ausfertigung; W. F. St. 4. Ausfertigung; Abt. L. 5. Ausfertigung.

Quelle: IMT, Bd. 26, S. 53 ff.

3) Auszug aus Hitlers Ausführungen vom 30. 3. 1941 nach den Aufzeichnungen von Generaloberst Halder

3.3.1941 (Sonntag)

[...]

11.00 Uhr Generals-Versammlung beim *Führer*: Fast 2 ½-stündige Ansprache: Lage nach dem 30.6.1940. Fehler Englands, die Möglichkeit eines Friedens auszuschlagen. Schilderung der weiteren Ereignisse. Scharfe Kritik an italienischer Kriegführung und Politik. Vorteile für Englands Lage aus den Misserfolgen Italiens.

England setzt seine Hoffnung auf Amerika und Russland. Höchstleistung erst in 4 Jahren; Transportproblem.

Russlands Rolle und Möglichkeiten. Begründung der Notwendigkeit, die russische Lage zu bereinigen. Nur so werden wir in der Lage sein, in zwei Jahren materiell und personell unsere Aufgaben in der Luft und auf den Weltmeeren zu meistern, wenn wir die Landfragen endgültig und gründlich lösen.

Unsere Aufgaben gegenüber Russland: Wehrmacht zerschlagen, Staat auflösen. [...]

Frage des russischen *Ausweichens*: Nicht wahrscheinlich, da Bindung an Ostsee und Ukraine. Wenn der

Russe sich absetzen sollte, müsste er es sehr frühzeitig tun, sonst kommt er nicht mehr in Ordnung weg. *Nach Lösung der Aufgaben im Osten* werden 50-60 Divisionen (Panzer) genügen.

*Ein Teil der Landmacht wird entlassen werden können für Rüstungsarbeiten für Luftwaffe und Marine, ein Teil wird für andere Aufgaben benötigt sein, z.B. Spanien.

*Koloniale Aufgaben!

Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir es nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in 30 Jahren wird uns wieder der kommunistische Feind gegenüberstehen. Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren.

Künftiges Staatenbild: Nordrussland gehört zu Finnland. Protektorate Ostseeländer, Ukraine, Weissrussland.

Kampf gegen Russland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz.

Die neuen Staaten müssen sozialistische Staaten sein, aber ohne eigene Intelligenz. Es muss verhindert werden, dass eine neue Intelligenz sich bildet. Hier genügt eine primitive sozialistische Intelligenz. Der Kampf muss geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgerichte. Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht. Sie müssen in dem Kampf führen. Die Truppe muss sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen sie angegriffen wird. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden.

Deshalb braucht die Truppe nicht aus der Hand der Führer zu kommen. Der Führer muss seine Anordnungen im Einklang mit dem Empfinden der Truppe treffen.

*Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft. Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.

*ObdH Befehl

* = eigene Anmerkungen Halders am Rande seiner Notizen

Quelle: Generaloberst Halder: Kriegstagebuch Bd. II, S. 335 ff. (Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart)

4) *Befehl des ObdH, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, über die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem SD für den vorgesehenen Ostkrieg vom 28.4.1941.*

[Geheim!]

Oberkommando des Heeres
Gen. St. d. H./Gen. Qu.
Az. Abt. Kriegsverwaltung
Nr. 11/2101/41 geh.

H. Qu. OKH., den 28.4.1941

Betr.: Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbände des Heeres.

Die Durchführung besonderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben ausserhalb der Truppe macht den Einsatz von Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD) im Operationsgebiet erforderlich.

Mit Zustimmung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD wird der Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Operationsgebiet wie folgt geregelt:

1. *Aufgaben:*

a) *im rückw. Armeegebiet:*

Sicherstellung vor Beginn von Operationen festgelegter Objekte (Material, Archive, Karteien von reichs- und staatsfeindlichen Organisationen, Verbänden, Gruppen usw.), sowie besonders wichtiger Einzelpersonen (führende Emigranten, Saboteure, Terroristen usw.). Der Oberbefehlshaber der Armee kann den Einsatz der Sonderkommandos in Teilen des Armeegebiets ausschliessen, in denen durch den Einsatz Störungen der Organisationen eintreten können.

b) *Im rückw. Heeresgebiet:*

Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen, soweit sie nicht der feindlichen Wehrmacht eingegliedert sind, sowie allgemeine Unterrichtung der Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete über die politische Lage.

Für die Zusammenarbeit mit den Abwehroffizieren bzw. Abwehrstellen gelten sinngemäss die mit der Abwehrabteilung RWM am 1. 1. 1937 gemeinsam aufgestellten «Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen der Geheimen Staatspolizei und den Abwehrstellen der Wehrmacht».

2. *Zusammenarbeit zwischen den Sonderkommandos und den militärischen Kommandobehörden im rückwärtigen Armeegebiet (zu 1. a):*

Die Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD führen ihre Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit durch. Sie sind den Armeen hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt. Disziplinarische und gerichtliche Unterstellung unter den Chef der Sicherheitspolizei und des SD werden hierdurch nicht berührt. Sie erhalten ihre fachlichen Weisungen vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD und sind hinsichtlich ihrer Tätigkeit gegebenenfalls einschränkende Anordnungen der Armee (s. Ziffer 1. a) unterworfen.

Für die zentrale Steuerung dieser Kommandos wird im Bereich jeder Armee ein Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD eingesetzt. Dieser ist verpflichtet, die ihm vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD zugegangenen Weisungen dem Oberbefehlshaber der Armee rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Der militärische Befehlshaber ist berechtigt, an den Beauftragten Weisungen zu geben, die zur Vermeidung von Störungen der Operationen erforderlich sind; sie gehen allen übrigen Weisungen vor.

Die Beauftragten sind auf ständige enge Zusammenarbeit mit dem Ic angewiesen; Abstellung eines Verbindungsbeamten des Beauftragten zum k kann von den Kommandobehörden gefordert werden. Der Ic hat die Aufgaben der Sonderkommandos mit der militärischen Abwehr, der Tätigkeit der Geheimen Feldpolizei und den Notwendigkeiten der Operationen in Einklang zu bringen.

Die Sonderkommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmassnahmen zu treffen. Sie sind hierbei zu engster Zusammenarbeit mit der Abwehr verpflichtet. Massnahmen, die sich auf die Operationen auswirken können, bedürfen der Genehmigung des Oberbefehlshabers der Armee.

3. *Zusammenarbeit zwischen den Einsatzgruppen bzw. -kommandos der Sicherheitspolizei und des SD und dem Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet (zu 1. b):*

In rückw. Heeresgebiet werden Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der SP (SD) eingesetzt. Sie unterstützen dem Beauftragten des Chefs der SP und des SD beim Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes und sind letzterem hinsichtlich Marsch, Unterkunft und Versorgung unterstellt.

Sie erhalten ihre fachlichen Weisungen von Chef der SP und SD.

Zur Befehlsübermittlung bedienen sie sich, falls keine anderen Nachrichtenmittel verfügbar sind, des Funkweges mit eigenen Geräten und besonderen Schlüsselmitteln. Die Frequenzzuteilung regelt ChefHNW.

Der Beauftragte und gegebenenfalls die Kommandoführer der Einsatzkommandos bei den Sicherungsdivisionen sind verpflichtet, die ihnen zugegangenen Weisungen den militärischen Befehlshabern rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Bei Gefahr im Verzüge ist der Befehlshaber im rückw. Heeresgebiet berechtigt, einschränkende Weisungen zu erteilen, die allen übrigen Weisungen vorgehen.

Die Einsatzgruppen bzw. -Kommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung Exekutivmassnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung zu treffen.

Sie sind zu engster Zusammenarbeit mit der Abwehr verpflichtet.

4. *Abgrenzung der Befugnisse zwischen Sonderkommandos, Einsatzkdos. und Einsatzgruppen und G.F.P.*

Die abwehrpolizeilichen Aufgaben innerhalb der Truppe und der unmittelbare Schutz der Truppe bleiben alleinige Aufgabe der GFP. Alle Angelegenheiten dieser Art sind von den Sonderkommandos bzw. Einsatzgruppen und -Kommandos sofort an die Geheime Feldpolizei abzugeben, wie umgekehrt diese alle Vorgänge aus dem Aufgabenbereich der Sonderkommandos ungesäumt an die Sonderkommandos bzw. Einsatzgruppen und Einsatzkommandos abzugeben hat. Im übrigen gilt auch hierfür das Abkommen vom 1.1.1937 (s. Ziff. 1).

5. *Befehl des Befehlshabers der Panzergruppe 4, Generaloberst Hoepner, zur bevorstehenden Kampfführung im Osten vom 2.5.1941 (Auszug).*

Geheime Kommandosache

*Chef-Sache:
Nur durch Offizier.*

Anlage 2 zu Kdo. d. Pz. Gr. 4, Ia
Nr. 20/41 g. Kdos. Chefsache
vom 2.5.1941

Kampfführung

7 Ausfertigungen
2. Ausfertigung.

A) Grundlagen.

Der Krieg gegen Russland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus.

Dieser Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muss in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems.

[...]

(Unterschrift): Hoepner

Quelle: BA-MA, LVI. AK., 17956/7 a.

6. *Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» und über besondere Massnahmen der Truppe vom 13.5.1941, mit Ergänzungen des ObdH vom 24.5.1941.*

Oberkommando der Wehrmacht
WFSSt/Abt. L (IV Qu.)
Nr. 44718/41 g. Kdos. Chefs.
Chefsache!
Nur durch Offizier!

F. H. Qu., den 14.5.1941
Geheime Kommandosache
23 Ausfertigungen
7. Ausfertigung

Betr.: Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» und besondere Massnahmen der Truppe.

Anliegend wird ein Führererlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» und über besondere Massnahmen der Truppe übersandt.

Eine *Weitergabe hat möglichst nicht vor dem 1.6.41* zu erfolgen.

Der Chef des Oberkommandos der
Wehrmacht
i. A.
(Unterschrift) von Tippelskirch

Verteiler: [...]

Quelle: IMT, Bd. 34, S. 251

Der Führer
und Oberste Befehlshaber
der Wehrmacht

Führerhauptquartier, d. 13. Mai 1941

Erlass

über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» und über besondere Massnahmen der Truppe.

Die Wehrmachtsgerichtsbarkeit dient in erster Linie der *Erhaltung der Manneszucht*.

Die weite Ausdehnung der Operationsräume im Osten, die Form der dadurch gebotenen Kampfesführung und die Besonderheit des Gegners stellen die Wehrmachtsgerichte vor Aufgaben, die sie während des Verlaufs der Kampfhandlungen und bis zur ersten Befriedung des eroberten Gebiets bei ihrem geringen Personalbestand nur zu lösen vermögen, wenn sich die Gerichtsbarkeit zunächst auf ihre Hauptaufgabe beschränkt.

Das ist nur möglich, wenn *die Truppe selbst* sich gegen jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung schonungslos zur Wehr setzt. Demgemäss wird für den Raum «Barbarossa» (Operationsgebiet, rückwärtiges Heeresgebiet und Gebiet der politischen Verwaltung) Folgendes bestimmt:

I.

Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen.

1. *Straftaten feindlicher Zivilpersonen* sind der Zuständigkeit der Kriegsgerichte und der Standgerichte bis auf Weiteres entzogen.
2. *Freischärler* sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen.
3. Auch alle *anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht*, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit den äussersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen.
4. Wo Massnahmen dieser Art versäumt wurden oder zunächst nicht möglich waren, werden *tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschossen sind.* Gegen *Ortschaften*, aus denen die Wehrmacht hinterhältig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw.-Kommandeurs *kollektive Gewaltmassnahmen* durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestattet.
5. Es wird *ausdrücklich verboten*, verdächtige Täter zu *verwahren*, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.
6. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen können im Einvernehmen mit den zuständigen Befehlshabern der Luftwaffe und der Kriegsmarine die *Wehrmachtsgerichtsbarkeit über Zivilpersonen* dort *wieder einführen*, wo das Gebiet ausreichend befriedet ist.
Für das *Gebiet der politischen Verwaltung* ergeht diese Anordnung durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

II.

Behandlung der Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner.

1. Für *Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht* und des Gefolges gegen *feindliche Zivilpersonen* begehen, besteht *kein Verfolgungszwang*, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.
2. Bei der *Beurteilung solcher Taten* ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat.
3. Der Gerichtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen eine *disziplinare Ahndung* angezeigt oder ob ein *gerichtliches Einschreiten* notwendig ist. Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten gegen Landeseinwohner *im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an*, wenn es die *Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherung der Truppe* erfordert. Das gilt z.B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen, einer verbrecherischen Veranlagung entspringen oder ein Anzeichen dafür sind, dass die Truppe zu verwildern droht. Nicht milder sind in der Regel zu beurteilen Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet werden.
Die *Anordnung des Ermittlungsverfahrens* bedarf in jedem einzelnen Fall der Unterschrift des Gerichtsherrn.
4. Bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Aussagen feindlicher Zivilpersonen ist *äusserste Vorsicht* geboten.

III.

Verantwortung der Truppenbefehlshaber.

Die Truppenbefehlshaber sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit *persönlich* dafür verantwortlich,

1. dass sämtliche Offiziere der ihnen unterstellten Einheiten über die Grundsätze zu I rechtzeitig in der eindringlichsten Form belehrt werden,
2. dass ihre Rechtsberater von diesen Weisungen *und von den mündlichen Mitteilungen, in denen den Oberbefehlshabern die politischen Absichten der Führung erläutert worden sind, rechtzeitig* Kenntnis erhalten,
3. Dass nur solche Urteile bestätigt werden, die den politischen Absichten der Führung entsprechen.

IV.

Geheimschutz

Mit der Enttarnung genießt dieser Erlass nur noch Geheimschutz als Geheime Kommandosache.

Im Auftrage

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

Quelle: BA-MA, RW 4 / v. 577

Der Erlass wurde vom ObdH, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, mit folgender Weisung weitergegeben:

Der Oberbefehlshaber des Heeres
Gen. z. b. V. b. Ob. d. H. (Gr. R. Wes.)
Nr. 80/41 g. Kdos Chefs.
Nach besonderem Verteiler

Hauptquartier OKH, 24. Mai 1941
340 Ausfertigungen
133. Ausfertigung

Betr.: Behandlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten Wehrmichtsangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen.

Vorstehender Führererlass wird bekanntgegeben. Er ist *schriftlich* bis zu den Kommandeuren mit eigener Gerichtsbarkeit zu verteilen, darüber hinaus sind seine Grundsätze *mündlich* bekanntzugeben.

Zusätze zu I:

Ich erwarte, dass alle Abwehrmassnahmen der Truppe zielbewusst zur eigenen Sicherung und zur schnellen Befriedung gewonnenen Gebiets durchgeführt werden. Der vielgestaltigen volkstumsmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Gesamteinstellung und dem Masse ihrer Verhetzung wird Rechnung zu tragen sein.

Bewegung und Kampf mit derfeindlichen Wehrmacht sind *eigentliche Aufgabe der Truppe*. Sie verlangt vollste Sammlung und höchsten Einsatz aller Kräfte. Diese Aufgabe darf an keiner Stelle in Frage gestellt sein. Besondere Such- und Säuberungsaktionen scheiden daher im Allgemeinen für die kämpfende Truppe aus.

Die Richtlinien des Führers befassen sich mit *schweren* Fällen der Auflehnung, in denen *schärfstes* Durchgreifen geboten ist.

Straftaten geringerer Art sind je nach den Kampfverhältnissen nach näherer Anordnung eines Offiziers (möglichst eines Ortskommandanten) durch *Befehlsmassnahmen* zu sühnen (z.B. vorübergehendes Festsetzen bei knapper Verpflegung, Anbinden, Heranziehen zu Arbeiten).

Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppe bitte ich vor Wiedereinführung der Wehrmichtsgerichtsbarkeit in befriedeten Gebieten meine Zustimmung einzuholen. Die Oberbefehlshaber der Armeen werden rechtzeitig Vorschläge in dieser Richtung zu machen haben.

Über die Behandlung politischer Hoheitsträger ergeht besondere Regelung.

Zusätze zu II:

Unter allen Umständen bleibt es *Aufgabe aller Vorgesetzten*, willkürliche Ausschreitungen *einzelner* Heeresangehöriger zu verhindern und einer Verwilderung der Truppe rechtzeitig vorzubeugen. Der einzelne Soldat darf nicht dahin kommen, dass er gegenüber Landeseinwohnern tut und lässt, was *ihm* gut dünkt,

sondern er ist in jedem Falle *gebunden an die Befehle seiner Offiziere*. Ich lege besonderen Wert darauf, dass hierüber bis in die letzte Einheit Klarheit besteht. *Rechtzeitiges Eingreifen* jedes Offiziers, insbesondere jedes Kompanie- usw. Chefs, muss *mithelfen*, die Manneszucht, die Grundlage unserer Erfolge, zu erhalten.

Vorgänge I und II, die von Bedeutung sind, sind von der Truppe als besondere Vorkommnisse an OKH zu melden.

gez. von Brauchitsch

Quelle: BA-MA, RH 22/155.

- 7) *Besondere Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 (Fall «Barbarossa») vom 19.5.1941 mit Anlage 1: Gliederung und Aufgaben der im Raum «Barbarossa» einzusetzenden Wirtschaftsorganisation, und Anlage 3: Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland.*

Entwurf

Oberkommando der Wehrmacht
Wfst/ Abt. L (IV/Qu)
Nr. 44560/41 g. K. Chefs.

Chefsache!
Nur durch Offizier!
F. H. Qu., den 19.5.1941
Geheime Kommandosache
35 Ausfertigungen
19. Ausfertigung

Bezug: 1. OKW / Wfst / Abt. L (I) Nr. 33408/40 g. Kdos. Chefs, vom 18.12.40 und

2. OKW / Wfst / L (IV/Qu) Nr. 44125/41 g. Kdos. Chefs, vom 13.3.1941.

Betr.: Fall «Barbarossa».

Besondere Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 (Fall «Barbarossa»).

I. Operationsgebiet und vollziehende Gewalt.

Für Ostpreussen, das Generalgouvernement und die zu besetzenden Gebiete im Raume «Barbarossa» sind die erforderlichen Richtlinien in der Bezugsverfügung Nr. 2 (nur OKH, OKM u. Ob. d. L. zugegangen) gegeben.

II. Versorgung und Nachschub in den zu besetzenden Gebieten im Raum «Barbarossa»:

Die besonders gelagerten Verhältnisse im Raum «Barbarossa» machen die *umfassende und straff geleitete Ausnutzung des Landes* für die Versorgung der Truppe gerade auf dem Verpflegungsgebiet erforderlich. Die Truppe muss sich bewusst sein, dass *jede Einsparung im Nachschub*, besonders von Verpflegung, die Reichweite der Operationen vergrößert.

Andererseits ist es aber notwendig, die *Erzeugungsfähigkeit des Landes, insbesondere der Landwirtschaft zu erhalten und zu schützen*, damit sie für die notwendige Sicherung der deutschen Ernährung baldigst nutzbar gemacht werden kann.

III. Gliederung und Aufgaben der in den besetzten Gebieten des Raumes «Barbarossa» einzusetzenden Wirtschaftsorganisation enthält Anlage 1.

IV. Abwehrmassnahmen bei der Truppe.

Die Oberkommandos der Wehrmachteile treffen Anordnungen, dass nach Eintreffen der Transporte die Disziplinarvorgesetzten eine *Postüberwachung* der abgehenden Feldpost bis zum Beginn der Operationen durchzuführen haben. Truppen im Generalgouvernement und auf ausländischem Gebiet dürfen bis zum Beginn der Operationen *nur die Feldpost* benutzen.

V. Personen- und Warenverkehr.

a) *Vor Beginn der Operationen:*

1. Die Transporte des zwischenstaatlichen Warenverkehrs auf Grund des Lieferabkommens, auch soweit sie über Finnland, Rumänien und Bulgarien laufen, und die Transporte aus dem Fernen

- Osten sollen möglichst bis zum Beginn der Operationen aufrechterhalten bleiben. Die Einstellung von Gegenlieferungen kommt nur als Gegenmassnahme gegen die Unterbindung von Lieferungen seitens des Vertragspartners in Betracht. Die Anordnung entsprechender Gegenmassnahmen ergeht durch OKW / Wfst / Abt. L. Der mit den Transporten unmittelbar zusammenhängende Personenverkehr ist ebenfalls möglichst lange sicherzustellen.
2. Entsprechend dem Operationsbeginn treffen rechtzeitig, aber unter voller Wahrung der Tarnung, Anordnungen: *R. d. L. u. Ob. d. L.* für ein Startverbot für den zivilen Luftverkehr, *Ob. d. M.* im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium für ein Auslaufverbot von Handelsschiffen aus den Ostseehäfen, *Ob. d. H.* im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium für eine Verkehrssperre auf den grenzüberschreitenden Wasserstrassen.
 3. Im Raum «Barbarossa» befindliches *deutsches* Eisenbahn- Post-, Zoll- oder sonstiges Dienstpersonal wird nur dann zurückberufen werden, wenn das entsprechende auf deutschem Boden befindliche Dienstpersonal der Gegenseite zurückgerufen ist.
Eine entsprechende Unterrichtung der in Frage kommenden Reichsbehörden in diesem Falle veranlasst OKW (Amt Ausl/Abw.). Die Festnahme des bei Beginn der Operationen auf deutschem Boden noch befindlichen Dienstpersonals des Gegners im Aufmarschgebiet veranlasst OKH.
- b) *Mit Beginn der Operationen:*
1. Am Tage des Operationsbeginns werden *die Grenzen* des Reichsgebietes und der besetzten Gebiete für alle Staatsangehörigen des Raumes «Barbarossa» *gesperrt*. Diese Grenzsperrung wird durch OKW (Amt Ausl/Abw.) ausschliesslich der reichsdeutschen Grenze zum Raum «Barbarossa» veranlasst. Die Sperrung der reichsdeutschen Grenze zum Raum «Barbarossa» veranlasst OKH gemäss Bezugsverfügung 2) Ziff. 8. Der genaue Zeitpunkt für den Beginn der Grenzsperrung wird vom OKW (Wfst / Abt. L.) noch befohlen.
 2. OKM veranlasst in Verbindung mit dem Reichsverkehrsminister das *Anhalten der aus dem Raum «Barbarossa» stammenden Schiffe*, die sich in deutschen, dänischen, norwegischen, holländischen und belgischen Häfen befinden.

VI. Nachrichtenverkehr.

- a) Durch OKW (Amt Ausl/Abw) ist eine kurz vor Operationsbeginn in Kraft tretende *allgemeine Auslandsnachrichtensperre* für das deutsche Reichsgebiet einschliesslich Protektorat und Generalgouvernement vorzubereiten. Der genaue Zeitpunkt des Beginns der Nachrichtensperre wird durch OKW (Wfst / Abt. L.) angeordnet.
- b) Über die spätere Verwendung der *grossen internationalen Fernsprechlinienzüge* im Raum «Barbarossa» enthält OKH Sonderanweisung durch OKW (WNV).

VII. Verwaltungsbestimmungen

für die zu besetzenden Gebiete im Raum «Barbarossa» bis zum Zeitpunkt der Übernahme der Gebiete durch die Wehrmachtbefehlshaber bzw. Reichskommissare.

- a) *Beute:*
1. *Richtlinien über Beute, Inanspruchnahme von Lieferungen und Leistungen (Privateigentum) im Falle «Barbarossa»* siehe Anlage 2.
2. *Richtlinien für die Erfassung und Sicherstellung von Beute* siehe Beilage zur Anl. 2.
3. OKM und OKH grenzen die Befugnisse der mit der prisenrechtlichen *Erfassung von Schiffen und Ladungen* beauftragten Stellen ab und stellen sicher, dass auch prisenrechtlich erfasste Schiffe und Ladungen, soweit erforderlich, *der Truppe unverzüglich zur Verfügung gestellt werden*.
- b) *Quartierleistungen* aller Art sind durch die Truppe *nicht* zu bezahlen, Quartierbescheinigungen *nicht* auszustellen.
- c) *Kriegsschäden.*
Schäden, die die Landeseinwohner an ihrer Person, ihrem Eigentum oder Besitz *im Zusammenhang mit militärischen Massnahmen* erleiden, sind Kriegsschäden und daher nicht zu entschädigen.
Schäden, die Landeseinwohner *ohne Zusammenhang mit militärischen Kriegsmassnahmen* zugefügt werden, bleiben einer späteren Regelung nach Übernahme der Gebiete durch die Reichskommissare vorbehalten. Ausführungsbestimmungen werden durch OKW (AWA/WV) erlassen.
- d) *Geldwesen:*
Die Allgemeine Zahlungsregelung für die Wehrmacht in nichtdeutschen Gebieten (Erlass OKW 59 B I AWA/VW (x) Nr. 5800/41 v. 10.2. 41) gilt mit folgenden Abänderungen:
 - a) Der Geldbedarf wird durch Reichskreditkassenscheine gedeckt.
 - b) Soweit in dem Erlass die Einwechslung von *Wehr sold* vorgesehen ist, kann ein Monatswehrsold eingetauscht werden.

Für die aus ausserdeutschen Gebieten in den Raum «Barbarossa» einmarschierenden Truppen gilt die Zahlungsregelung für den Verkehr der Wehrmacht zwischen ausserdeutschen Ländern (Erlass OKW 59 B I AWA/WV (Xa) Nr. 5801/41 vom 11.2.41). Die Bereitstellung der im Raum «Barbarossa» benötigten *Zahlungsmittel* und die Einrichtung von *Wechselstellen* im Raum «Barbarossa» veranlasst OKH. Die Festsetzung und Bekanntgabe des *Wehrmachtkurses* erfolgt zeitgerecht durch OKW (AWA/WV):

- VIII. *Richtlinien für das Verhalten der Truppe* im Raum «Barbarossa» siehe Anlage 3.
- IX. Ein Erlass des Führers über die *Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa»* und *besondere Massnahmen der Truppe* ist gesondert ergangen.
- X. *Bestimmungen über das Feldpostwesen*: siehe Anlage 4 (wird nachgereicht).
- XI. *Bestimmungen über die Behandlung Kriegsgefangener*. siehe Anlage 5.
- XII. Soweit deutsche Truppen für den Fall «Barbarossa» im *Rumänischen, Ungarischen und Finnischen Hoheitsgebiet* eingesetzt sind, werden die hierfür erforderlichen Besonderen Anordnungen gesondert gegeben.
Für die im *Slowakischen* Hoheitsgebiet untergebrachten deutschen Truppen gelten die hierfür gegebenen Besonderen Anordnungen OKW / WFSt / L IV/Qu Nr. 00821/41 g. Kdos. vom 3.5.1941.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

F. d. R.: (Unterschrift)

Auszug aus OKW / Wi Rü Amt
Stab Ia 42/41 g. K. Chefs.
v. 8.5.41

Anlage I
zu OKW /WFSt/L IV Qu
Nr. 44560/41 g. K. Chefs.
19. Ausf.

Gliederung und Aufgaben der im Raum «Barbarossa» einzusetzenden Wirtschaftsorganisation.

Der Führer hat mit der einheitlichen Leistung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet und in den politischen Verwaltungsgebieten den Reichsmarschall beauftragt, der diese Aufgabe einem wirtschaftlichen Führungsstab unter Federführung durch Chef Wi Rü Amt übertragen hat.
Der Aufbau und voraussichtliche Einsatz der Wirtschaftsorganisation wird wie folgt festgelegt:

Gliederung der Wirtschaftsorganisation:

Reichsmarschall,
Wirtschaftsführungsstab Ost
(Chef Wi Rü Amt federführend),
Wirtschaftsstab
(Gen. Lt. d. L. Schubert),
Wirtschaftsinspektionen
Wirtschaftskommandos,
Gruppen IV Wi bei den Feldkommandanturen,
V. O. des Wi Rü Amt als Abteilung IV Wi der AOK.

Die dem Wirtschaftsstab Schubert nachgeordneten Wirtschaftsdienststellen werden, soweit sie *im Operationsgebiet tätig sind, den Kommandostellen des Heeres militärisch unterstellt.*

Der Reichsmarschall erteilt seine Weisungen durch den *Wirtschaftsführungsstab Ost* an den *Wirtschaftsstab Schubert*, der diese, soweit ihre Weitergabe auf dem Befehlsweg an die Truppe oder der Einsatz des Inhabers der vollziehenden Gewalt erforderlich ist, auf dem *militärischen Befehlsweg über OKH/GenQu zur Durchführung bringt.*

Rein fachliche wirtschaftliche Weisungen ergehen auf dem Fachdienstweg unter gleichzeitiger Unterrichtung der entsprechenden militärischen Kommandostellen unmittelbar an die nachgeordneten Wirtschaftsdienststellen.

Die im Operationsgebiet eingesetzten Wirtschaftsdienststellen stehen den Kommandostellen des Heeres für Zwecke der Heeresversorgung zur Verfügung.

A.

Während des Vormarsches und Verlaufs der Operationen:

I. Im Armeegebiet:

a) *Im Gefechtsgebiet:*

Unterstützung der Sachbearbeiter des AOK bei der Versorgung der Truppe aus dem Lande sowie Vorbereitung der späteren allgemeinen wirtschaftlichen Ausnutzung für den Vierjahresplan erfolgt durch den *IV Wi des AOK (V. O. OKW/Wi Rü Amt)*.

Das Gebiet der *Rüstungswirtschaft* bearbeitet der V. O. selbst.

Je nach den zu erwartenden Aufgaben werden dem V. O. zur Verfügung gestellt: *1 Techn. Btl.*

und auf Anforderung bei der örtlich zuständigen Wirtschaftsinspektion

Erkundungstrupps für gewerbliche Wirtschaft,

insbesondere für Rohstoffe und Mineralöl, bestehend aus Führerstaffel und Erkundungsstaffel, für landwirtschaftliche Erzeugnisse

für landwirtschaftliche Maschinen, einschl. Traktoren,

für Produktionsmittel.

Bergungstrupps für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Alle von den Wehrmachtteilen mit *wirtschaftlichen* Aufträgen in das Armeegebiet einschl. der Erfassung von wirtschaftlicher Kriegsbeute *vorgeschickten Dienststellen und Persönlichkeiten sind an die Weisungen des IV Wi gebunden.*

Die *Techn. Btl.* und die *Führerstaffeln* sind *nicht* bodenständig, sondern folgen der Truppe. Erst nach Erreichung des Endzieles können sie, falls keine anderen operativen Aufgaben vorliegen, zu Arbeiten in den rückwärtigen Gebieten verwendet werden.

Ferner werden *technische Bergbau- und Mineralöl-Einheiten* von Fall zu Fall eingesetzt.

Die *Erkundungsstaffeln der gewerblichen Wirtschaft* sind bodenständig zu verwenden, d.h. sie bleiben bei weiterem Vorrücken der AOK in den Gebieten tätig, für die sie von vornherein ausgesucht sind, und treten dann unter den Befehl des betr. Wirtschaftskommandos.

b) *Im rückwärtigen Armeegebiet:*

Unterstützung der Sachbearbeiter des AOK bei der Versorgung der Truppe aus dem Lande sowie Vorbereitung der späteren allgemeinen wirtschaftlichen Ausnutzung für den Vierjahresplan erfolgt durch den *IV Wi des AOK (V. O. Wi Rü Amt)*.

Hier werden bereits die vordersten, dem AOK unmittelbar unterstehendem *Feldkommandanturen des Heeres* eingesetzt. Ihnen ist je eine besonders aufzustellende *Gruppe IV Wi* eingegliedert, die militärisch dem Feldkommandanten unterstellt ist. Ihre Aufgabe ist die Befriedigung des an die Feldkommandanturen herantretenden Sofortbedarfs der Truppe sowie die Vorbereitung der späteren wirtschaftlichen Ausnutzung des Landes im Interesse des Vierjahresplans in Fortführung der Arbeiten des *IV Wi* beim AOK. *Ihre fachlichen Weisungen* erhält sie auf dem militärischen Dienstwege, d.h. über den *IV Wi* des AOK, solange die Feldkommandantur zum rückwärtigen Armeegebiet gehört.

Das Personal tritt kurz vor Beginn der Operationen im Einvernehmen *OKW/Wi Rü Amt – OKH/Gen Qu* zu der Feldkommandantur und bleibt im Allgemeinen bei ihr bis zum Abschluss der Operationen. In besonderen Fällen kann ein Verbleiben der *Gruppe IV Wi* am Einsatzort in Frage kommen. Das Nachführen einer neuen *Gruppe IV Wi* zu der Feldkommandantur wird alsdann erforderlich sein.

II. Im rückwärtigen Heeresgebiet:

Im Bereich jeder Heeresgruppe wird beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets eine *Wirtschaftsinspektion* eingesetzt, der die Leitung der wirtschaftlichen Ausnutzung des Gebiets obliegt. Die fachlichen Weisungen erhält der *Wirtschaftsinspekteur* durch den Wirtschaftsstab, der seinerseits an die Weisungen des Wirtschaftsführungsstabes gebunden ist.

Die wirtschaftliche Ausnutzung wird ausgeführt:

Im Abschnitt jeder *Sicherungsdivision* werden 1 oder mehrere *Wirtschaftskommandos* eingesetzt, von denen ein *Wirtschaftskommando* gleichzeitig die Geschäfte der *Gruppe IV Wi des Divisionsstabes* wahrnimmt. Es ist den anderen im Divisionsabschnitt eingesetzten *Wirtschaftskommandos* vorgesetzt.

Für die hier eingesetzten *Feldkommandanturen* gelten hinsichtlich der *Gruppe IV Wi* die unter I b) gegebenen Anordnungen.

Die *Wirtschaftskommandos* sind bodenständig. Beim Vorrücken der *Division* wird ihr ein neues *Wirtschaftskommando (Gruppe IV Wi)* zugeführt.

Zur *Durchführung der Bergung* der erkundeten Vorräte und Maschinen sind den *Wirtschaftskommandos* nach Bedarf beizugeben:

Bergungstrupps für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Maschinen, bereitgestellt durch Staatssekretär Backe,

Bergungstrupps für Produktionsmittel, bereitgestellt durch OKW/Wi Rü Amt,

Bergungstrupps für Rohstoffe, bereitgestellt durch OKW/Wi Rü Amt.

Bereits bodenständig tätige Trupps treten unter den Befehl des örtlich zuständigen Wirtschaftskommandos. Für notwendige Bergung der Vorräte hat der Wirtschaftskommandeur *Arbeitskräfte* (z.B. Gefangene mit Aufsichtspersonal) und Kolonnen bei den Sicherungsdivisionen anzufordern.

III. Für das politisch abgetrennte Gebiet folgt spätere Regelung.

Anlage 3 zu OKW / WFSu/ Abt. L. IV/Qu Nr.
44560/41 g. K. Chefs. 19. Ausf.

Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland.

I.

1. *Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.*
2. *Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes.*

II.

3. *Gegenüber allen Angehörigen der Roten Armee – auch den Gefangenen – ist äusserste Zurückhaltung und schärfste Achtsamkeit geboten, da mit heimtückischer Kampfweise zu rechnen ist. Besonders die asiatischen Soldaten der Roten Armee sind undurchsichtig, unberechenbar, hinterhältig und gefühllos.*
4. *Bei der Gefangennahme von Truppeneinheiten sind die Führer sofort von den Mannschaften abzusondern.*

III.

5. *Der deutsche Soldat sieht sich in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (U.d.S.S.R.) nicht einer einheitlichen Bevölkerung gegenüber. Die U.d.S.S.R. ist ein Staatengebilde, das eine Vielzahl von slawischen, kaukasischen und asiatischen Völkern in sich vereinigt und das zusammengehalten wird durch die Gewalt der bolschewistischen Machthaber. Das Judentum ist in der U.d.S.S.R. stark vertreten.*
6. *Ein grosser Teil der russischen Bevölkerung, besonders die durch das bolschewistische System verarmte Landbevölkerung steht dem Bolschewismus innerlich ablehnend gegenüber. Im nichtbolschewistischen russischen Menschen ist das Nationalbewusstsein mit tiefem religiösem Gefühl verbunden. Freude und Dankbarkeit über die Befreiung vom Bolschewismus werden ihren Ausdruck häufig in kirchlicher Form finden. Dankgottesdienste und Prozessionen sind nicht zu verhindern oder zu stören.*
7. *In Gesprächen mit der Bevölkerung und im Verhalten gegenüber Frauen ist grösste Vorsicht geboten. Viele Russen verstehen deutsch, ohne es selbst sprechen zu können. Der feindliche Nachrichtendienst wird gerade im besetzten Gebiet besonders am Werk sein, um Nachrichten über militärisch wichtige Einrichtungen und Massnahmen zu erhalten. Jede Leichtfertigkeit, Wichtigtuerei und Vertrauensseligkeit kann deshalb schwerste Folgen haben.*

IV.

8. *Wirtschaftsgüter aller Art und militärische Beute, insbesondere Lebens- und Futtermittel, Betriebsstoff und Bekleidungsgegenstände sind zu schonen und sicherzustellen. Jede Vergeudung und Verschwendung schädigt die Truppe. Plünderungen werden nach den Militärstrafgesetzen mit den schwersten Strafen geahndet.*
9. *Vorsicht beim Genuss von erbeuteten Lebensmitteln! Wasser darf nur in gekochtem Zustand genossen werden (Typhus, Cholera). Jede Berührung mit der Bevölkerung birgt gesundheitliche Gefahren. Schutz der eigenen Gesundheit ist soldatische Pflicht.*
10. *Für Reichskreditkassenscheine und -münzen sowie für deutsche Scheidemünzen im Wert von 1 und 2 Pfennig sowie 1, 2, 5 und 10 Reichspfennig oder Rentenpfennig besteht Annahmewang. Anderes deutsches Geld darf nicht verausgabt werden.*

OKW/WFSu.

- 8) *Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare vom 6.6.1941 mit Ergänzungen des ObdH vom 8.6.1941.*

Geheime Kommandosache

Der Oberbefehlshaber des Heeres
Az. Gen z b V b Ob d H (Gr. R Wes) Nr.
91/41 g. Kdos. Chefs.
– Nach anliegendem Verteiler –

Hauptquartier OKH, den 8.6.1941.
Chef-Sache!
Nur durch Offizier!
30 Ausfertigungen.
19. Ausfertigung

Betr.: Behandlung politischer Kommissare.

Nachstehender Erlass des OKW vom 6.6.41 – WFSSt/Abt. L (IV/Qu) Nr. 44822/41 g. Kdos. Chefs. – wird bekanntgegeben.

Zusätze:

Zu 1 Ziffer 1:

Das Vorgehen gegen einen politischen Kommissar muss zur Voraussetzung haben, dass der Betreffende durch eine *besonders erkennbare Handlung oder Haltung* sich gegen die deutsche Wehrmacht stellt oder stellen will.

Zu 1 Ziffer 2:

Die Erledigung der politischen Kommissare bei der Truppe hat nach ihrer Absonderung *ausserhalb der eigentlichen Kampfzone* unauffällig *auf Befehl eines Offiziers* zu erfolgen.

gez.: von Brauchitsch.

Für die Richtigkeit: (Unterschrift) Bechler, Hauptmann

Geheime Kommandosache

Oberkommando der Wehrmacht
WFSSt/Abt. L (IV/Qu)
Nr. 44822/41 g. K.Chefs.

F. H. Qu., den 6.6.1941
Chef-Sache!
Nur durch Offizier!

Im Nachgang zum Führererlass vom 14. 5. über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» (OKW/WFSSt/Abt. L. (IV/Qu) Nr. 44718/41 g. Kdos. Chefs.) werden anliegend «*Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare*» übersandt.

Es wird gebeten, die Verteilung nur bis zu den Oberbefehlshabern der Armeen bzw. Luftflottenchefs vorzunehmen und die weitere Bekanntgabe an die Befehlshaber und Kommandeure mündlich erfolgen zu lassen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
i.A.
gez.: Warlimont.

Anlage zu OKW/WFSSt/Abt. L IV/Qu
Nr. 44822/41 g. K.Chefs.

Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts *nicht* zu rechnen. Insbesondere ist von den *politischen Kommissaren aller Art* als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine hasserfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe muss sich bewusst sein:

1. In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.
2. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muss daher *sofort* und ohne Weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.
Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.

Im Übrigen gelten folgende Bestimmungen:

I. *Operationsgebiet.*

1. Politische Kommissare, die sich *gegen unsere Truppe wenden*, sind entsprechend dem «Erlass über Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa» zu behandeln. Dies gilt für Kommissare jeder Art und Stellung, auch wenn sie nur des Widerstandes, der Sabotage oder der Anstiftung hierzu verdächtig sind. Auf die «Richtlinien über das Verhalten der Truppe in Russland» wird verwiesen.
2. Politische Kommissare als *Organe derfeindlichen Truppe* sind kenntlich an besonderem Abzeichen – roter Stern mit goldenem eingewebtem Hammer und Sichel auf den Ärmeln – (Einzelheiten siehe «Die Kriegswehrmacht der UdSSR.» OKH/GenStdH O Qu IV Abt. Fremde Heere Ost (II) Nr. 100/41 g. vom 15. 1. 1941 unter Anlage 9 d). Sie sind aus den Kriegsgefangenen *sofort*, d.h. noch auf dem Gefechtsfelde, abzusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflussmöglichkeit auf die gefangenen Soldaten zu nehmen. Diese Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für Kriegsgefangene völkerrechtlich geltende Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen.
3. *Politische Kommissare, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen oder einer solchen verdächtig sind*, werden zunächst unbehelligt bleiben. Erst bei der weiteren Durchdringung des Landes wird es möglich sein, zu entscheiden, ob verbliebene Funktionäre an Ort und Stelle belassen werden können oder an die Sonderkommandos abzugeben sind. Es ist anzustreben, dass diese selbst die Überprüfung vornehmen.
Bei der Beurteilung der Frage, ob «schuldig oder nicht schuldig», hat grundsätzlich der persönliche Eindruck von der Gesinnung und Haltung des Kommissars höher zu gelten, als der vielleicht nicht zu beweisende Tatbestand.
4. In den Fällen 1. und 2. ist eine kurze Meldung (Meldezettel) über den Vorfall zu richten:
 - a) von den einer Division unterstellten Truppen an die Division (Ic),
 - b) von den Truppen, die einem Korps-, Armeeober- oder Heeresgruppenkommando oder einer Panzergruppe unmittelbar unterstellt sind, an das Korps- usw. Kommando (Ic).
5. Alle oben genannten Massnahmen dürfen die Durchführung der Operationen nicht aufhalten. Planmässige Such- und Säuberungsaktionen durch die Kampftruppe haben daher zu unterbleiben.

II. *Im rückwärtigen Heeresgebiet.*

Kommissare, die im rückwärtigen Heeresgebiet wegen zweifelhaften Verhaltens ergriffen werden, sind an die Einsatzgruppe bzw. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei (SD) abzugeben.

III. *Beschränkung der Kriegs- und Standgerichte.*

Die Kriegsgerichte und die Standgerichte der Regiments- usw. Kommandeure dürfen mit der Durchführung der Massnahmen nach I und II nicht betraut werden.

Quelle: BA-MA, RH 2/v. 2082.

9) Bestimmungen über das Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa vom 16.6.1941

Abschrift

Oberkommando der Wehrmacht
Abt. Kriegsgefangene
Nr. 25/41 g. Kdos. Chefs.

Berlin, den 16.6.1941
10 Ausfertigungen
3. Ausfertigung

Betr.: Kriegsgefangenen wesen im Fall Barbarossa

1. *Organisation.*

Die Verantwortlichkeit für das Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa erstreckt sich: für OKH auf das Operationsgebiet und das Gebiet der deutschen Heeresmission Rumänien (Schema der Gliederung s. Anlage 1), für OKW/AWA auf das Heimatgebiet einschl. Generalgouvernement.

OKW/AWA hat eingerichtet:

- a) Im Generalgouvernement und in Wehrkreis I eine Kriegsgefangenen-Heimatorganisation zur Übernahme und Betreuung der aus dem Operationsgebiet abgeschobenen Kriegsgefangenen.
- b) Im übrigen Reichsgebiet Lager zur Aufnahme der Kriegsgefangenen aus dem Unternehmen Barbarossa, getrennt von allen übrigen Kriegsgefangenen [...]

Die beiden Kommandeure der Kgf haben aus den ihnen unterstellten Lagern unmittelbar an der Grenze des deutschen Interessengebietes «Kgf-Übernahmestellen» eingerichtet, welche die Kgf vom Feldheer zu übernehmen und in Lager der Kgf-Heimatorganisation weiterzuleiten haben. Lage der Übernahmestellen und der Lager s. Anlage 3.

a) Vom Feldheer zur Heimatorganisation [...]

Ein Abschub der Kriegsgefangenen in die Lager des Reiches findet nur auf besonderen Befehl des OKW statt

III. *Behandlung der Kriegsgefangenen.*

Der Bolschewismus ist der Todfeind des Nationalsozialistischen Deutschland. Gegenüber den Kriegsgefangenen der Roten Armee ist daher äusserste Zurückhaltung und schärfste Wachsamkeit geboten. Mit heimtückischem Verhalten insbesondere der Kriegsgefangenen asiatischer Herkunft ist zu rechnen. Daher rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern. Restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes! [...]

Die Gegenseite hat das Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 27.7.1929 nicht anerkannt. Trotzdem bildet dieses die Grundlage für die Behandlung.

Folgende Ausnahmen werden befohlen: [...]

2. Keine Bezahlung für die geleisteten Arbeiten. Keine Soldzahlung an Offiziere und Sanitätspersonal.
3. Keine Abnahme persönlicher Geldbeträge und Wertsachen. Wo bei Vorhandensein grösserer Geldbeträge Verdacht strafbarer Handlungen oder sonstigen unrechtmässigen Erwerbes (Verteilung von Kriegskassen usw.) vorliegt, Abnahme der Geldbeträge ohne Quittung und Sicherstellung als Beutegeld.
4. Meldungen der Kriegsgefangenen an die Wehrmacht-Auskunftstelle sind nicht erforderlich.
5. Die Karteikarten I und II nach ADV 38/5 sind nicht zu benutzen. Über die Führung von besonderen Karteikarten als Ersatz für Listenführung ergeht Sonderbefehl [...]
7. Über die Verpflegung der Kriegsgefangenen ergeht Sonderbefehl [...]
8. Die Vorschriften über «Beziehungen der Kriegsgefangenen zur Aussenwelt» (Schutzmacht, Hilfsgesellschaften usw.) finden keine Anwendung.
9. Vertrauensleute gemäss ADV 38/5 Artikel 340 sind von den Kriegsgefangenen nicht zu bestimmen.
10. Strafverfahren gegen Kriegsgefangene unterliegen nicht den im Abkommen vorgesehenen Beschränkungen, (Beteiligung der Schutzmacht, Aussetzung der Strafvollstreckung bei Todesurteilen usw.) [...]

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
i. A. gez. Unterschrift

11. *Zwei vorbereitete Merkblätter: «Warnung vor heimtückischer Sowjetkriegsführung» und «Kennst du den Feind?» vom Juni/Juli 1941.*

Nur für den Dienstgebrauch!

Armeeoberkommando Norwegen Ia/Ic

MERKBLATT

Warnung vor heimtückischer Sowjetkriegsführung

Im Gegensatz zu der ritterlichen Kampfführung in Norwegen muss jeder Führer und Soldat der Wehrmacht im Kriege gegen Russland mit den heimtückischsten, verlogenen und unritterlichsten Massnahmen der Sowjetkriegsführung rechnen.

Jedes Mittel der Täuschung, der List, der Propaganda wird der Feind skrupellos ausnutzen, er wird auch vor Verbrechen nicht zurückschrecken.

Es ist Pflicht jedes Führers, die ihm anvertrauten Soldaten nochmals auf das Eindringlichste vor Sorglosigkeit und Gutmütigkeit zu warnen und ständig bemüht zu sein, seine Truppe vor vermeidbaren und unnötigen Verlusten zu bewahren.

Insbesondere wird nochmals eindringlich auf folgende zu erwartende Kampfesarten hingewiesen:

1. Einsatz von chemischen Kampfstoffen und Bakterien.

A. Chemische Kampfstoffe:

- Luftkampfstoffe,
- Geländekampfstoffe.

1. Luftkampfstoffe:

- Reizstoffe (Augen-Reizstoffe und Nasen- und Rachen-Reizstoffe),
- Erstickende Kampfstoffe (hierunter vor allem Phosgen).

Als Einsatzverfahren sind vom Feinde vorgesehen:

- Blasangriffe
 - aus eingebauten Gasflaschen usw.,
 - aus Panzerkampfwagen,
- Beschuss mit Artl. (aus Russland bekannt bis zum Kaliber 15 cm) und Minenwerfern.
- Abwurf von Fliegerbomben.

Schutz dagegen:

Rechtzeitig und *schnelles* Aufsetzen der Gasmaske bei jedem verdächtigen (ortsfremden) Geruch, Meiden solcher Stellen, an denen erfahrungsgemäss die Luftkampfstoffe länger und angereichert liegen bleiben.

2. Geländekampfstoffe:

Zu rechnen ist mit folgenden Einsatzverfahren:

- Beschuss mit Artl.,
- Geländevergiftung durch Sprühfahrzeuge und tragbares Sprüherät,
- Absprühen vom Flugzeug,
- Abwurf von Fliegerbomben.
Hierbei ist damit zu rechnen, dass vom Feinde Bomben mit Luftzeitzünder angewandt werden, die 100-200 m über der Erde zerspringen.
- Kampfstoffminen in Sperren und Hindernissen,
- Vergiftung von zurückgelassenen Lebens- und Futtermitteln, von Viehbeständen, von Brunnen, Häusern und Unterküften (Vorsicht beim Anfassen von Türklinken, Pumpenschwengeln usw.!) Die Vergiftung kann sich beim Rückzuge des Feindes auf lange Strecken, besonders der Rückmarschstrassen, erstrecken.

Schutz dagegen:

Aufsetzen der Gasmaske. Vermeiden, vergiftete Geländeteile ohne Schutz zu betreten. Schnelle Entgiftung oder behelfsmässige Überbrückung einleiten.

Beim Einsatz vom Flugzeug aus schnelles Untertreten unter Deckung oder Überwerfen der Gasplane, gasdichtes Verpacken der Lebensmittel, Schutz der Futtermittel durch Überdecken, Schliessen der Wagenplane.

Da der Einsatz von Kampfstoffen vom Flugzeug aus nur aus tieferer Flughöhe möglich ist, sofortiges und schnellstes Einsetzen starker, aktiver Flugabwehr.

Vergiftete Lebens- und Futtermittel, Wasser aus Brunnen usw., die Kampfstoffe enthalten können, sind erst nach Freigabe durch einen Sachverständigen (San.-Offz., Vet.-Offz.) zu benutzen.

B. Bakterien:

Mit der Möglichkeit, dass der Feind Lebensmittel, Viehbestände, Saatgetreide, Brunnen usw. mit Bakterien verseucht, ist zu rechnen. Epidemien von Pest, Cholera und Typhus können hierdurch hervorgerufen werden.

Grösste Vorsicht ist daher geboten.

In Feindesland gefundene Lebensmittel sind erst zu gebrauchen, nachdem sie auf ihre Unschädlichkeit durch die San.-Offz. untersucht und freigegeben sind. Wasser ist stets nur *gekocht* zu geniessen.

11. Kampf mit Hinterhalten und Listen:

1. Der Russe ist *Meister* in allen Künsten des Kleinkrieges, seine Erfindungsgabe im Erdenken immer neuer Listen, in deren Anwendung er vollkommen *gewissenlos* handelt und zu *jeder sadistischen Bestialität* fähig ist, ist sehr gross.
2. *Nur eine rastlos betriebene Nah- und Gefechtsaufklärung* und eine *scharfe Handhabung des Sicherungs- und Wachdienstes* kann die Truppe einschl. Versorgungstruppen und deren Anlagen vor Hinterhalten, Überfällen, Täuschungsmassnahmen und Fällen jeder Art sichern. Insbesondere die Versorgungstruppen und einzeln liegende kleine Abteilungen, Störungstruppen der Nachrichtentruppe usw. bilden ein beliebtes Ziel für den Kleinkrieg der Russen. Auf folgende Massnahmen, mit denen auf Grund der Ausbildung im russischen Heer zu rechnen ist, wird besonders hingewiesen:
 - a) Absetzen von Sabotagetrupps mit Fallschirmabsprung in Zivil. Einsatz zur Zerstörung wichtiger Verbindungen (Brücken, Tunnels), kriegswichtiger Werke und militärischer Anlagen. Durchführung zersetzender Propaganda.
 - b) Überfälle auf einzelne Posten, kleine Abteilungen, Stäbe und Versorgungstruppen usw. besonders bei Nacht durch Jagdkommandos und herumstreichende Kavallerie, die auf Grund ihrer Ortskenntnis oft auch als völlig ungangbar angesehenes Gelände überwindet.
 - c) Totstellen bzw. Einstellen der Feindseligkeiten mit Händehochheben, erneute Feuereröffnung auf kürzester Entfernung oder von rückwärts. Wälder an den Strassen, Häuser und Kirchhöfe eingehend absuchen!
 - d) Beschiessen erleuchteter Fenster. – Verdunklung streng beachten.
 - e) Anlage von Kraftfahrzeugfallen auch hinter der Front, besonders zum Abfangen von Meldern usw.
 - f) Anbringung von Minen- und Sprengladungen *mit Zeitzündern* in Unterkünften, an Brücken und Kunstbauten. Oft werden derartige Ladungen erst viele Stunden oder Tage nach erfolgter Besetzung zur Detonation gelangen.
 - g) Besondere Aufmerksamkeit auf Geistliche, Kommissare und Juden!
 - h) Unwürdige, sadistische und brutale Behandlung von Verwundeten und Gefangenen.

gez. v. Falkenhorst.*

Quelle: BA-MA, RW 39/20.

* = Generaloberst v. Falkenhorst, Oberbefehlshaber des AOK Norwegen.

Kennt ihr den Feind?

Soldaten! Ihr steht jetzt im Kampf gegen einen Feind, bei dem ihr die Handlungsweise anständiger Soldaten und ritterlicher Gegner nicht voraussetzen könnt. Die bolschewistische Rote Armee weiss, dass sie der sicheren Vernichtung durch die deutsche Wehrmacht entgegengeht und wird deshalb mit den hinterhältigsten und gemeinsten Mitteln kämpfen.

Hinterhältige Ueberfälle

Mit nächtlichen Überfällen auf Posten, kleinere Abteilungen und rückwärtige Kolonnen sowie mit Kraftfahrzeugfallen muss gerechnet werden. Die Aufmerksamkeit im Wachdienst kann deshalb nicht gross genug sein. Wer sich ohne dienstlichen Auftrag von seiner Truppe entfernt, gerät in Gefahr. Halte kameradschaftlich zusammen wie Pech und Schwefel! Es ist Ehrenpflicht für jeden deutschen Soldaten, dass er keinen Kameraden in die Hände des Feindes fallen lässt!

Sie stellen sich tot!

Ihr müsst damit rechnen, dass Tote und Verwundete, die ihr beim Vorgehen antrefft, sich lediglich tot stellen, um euch auf nahe Entfernung oder von hinten unter Feuer zu nehmen. Die Roten werden auf diese Weise häufig schwache Kräfte (Infanteriespitzen usw.) passieren lassen, um die nachfolgenden Hauptkräfte anzufallen. Seid alle misstrauisch, wenn ihr auf tote oder verwundete Feinde stost!

«Hände hoch» genügt nicht!

Ihr seid gewöhnt, dass Gegner, die mit erhobenen Händen auf euch zukommen, sich ergeben wollen. Bei den Bolschewisten kann auch dies häufig eine List sein, um in eurem Rücken erneut den Kampf aufzunehmen. Behandelt erst dann jemand als Gefangenen, wenn ihr sicher seid, dass er unbewaffnet ist. Lasst keine Gefangenen unbewacht.

Achtung, Gas!

Wir müssen darauf gefasst sein, dass die Bolschewisten, erstmalig in diesem Kriege, den Gaskampf in jeder Form anwenden. Achtet auf diese Gefahr, dann habt ihr nichts zu befürchten, denn unsere Gasschutzmittel schützen gegen jede Art von Kampfstoffen. Gasmasken, Gasplanen und Entgiftungsmittel müssen stets bei der Hand und in Ordnung sein. Mit Kampfstoff verseuchte Strassen werden uns nicht aufhalten. – Ihr wisst, wie man Kampfstoffe erkennt und sie unschädlich macht.

Sie vergiften die Lebensmittel!

Esst nichts von dem, was ihr vorfindet, trinkt nicht aus Brunnen, die nicht untersucht sind. Mit Gift muss überall gerechnet werden.

Seuchengefahr

Land und Bevölkerung sind mit Typhus, Cholera und Pest verseucht, Krankheiten, die dank der sauberen Haltung des deutschen Volkes bei uns längst verschwunden sind. Ihr seid gegen Ansteckung geimpft und braucht sie nicht zu fürchten. Hütet euch trotzdem vor jeder engen Berührung mit der Bevölkerung und trinkt niemals unabgekochtes Wasser.

Fallschirmspringer in Zivil!

Fallschirmspringer in Zivil werden versuchen, in unserem Rücken zu kämpfen. Das sind keine Soldaten, sie müssen von uns als Freischärler erledigt werden.

Darum aufpassen! Seid hart und unerbittlich, wo ihr auf solche Kampfmittel trifft – gleichgültig ob es sich um Soldaten oder Zivilpersonen handelt. Solange ihr solches Verhalten beim Feind nicht bemerkt, benehmt euch nicht anders als bisher auch. Wie auch der Feind kämpft, eure sieggewohnten Waffen werden ihn vernichten

II. ZUM KRIEGSBEGINN

11) *Hitlers Aufruf an die «Soldaten der Ostfront» vom 22.6.1941*

Soldaten der Ostfront!

Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt, ist nun die Stunde gekommen, in der ich zu Euch, meine Soldaten, offen sprechen kann.

Als das Deutsche Reich am 3. September 1939 die englische Kriegserklärung erhielt, wiederholte sich aufs Neue der britische Versuch, jeden Beginn einer Konsolidierung und damit eines Aufstiegs Europas durch den Kampf gegen die stärkste Macht des Kontinents zu vereiteln.

So hat England einst in vielen Kriegen Spanien zugrunde gerichtet.

So führte es seine Kriege gegen Holland.

So bekämpfte es mit Hilfe von ganz Europa später Frankreich.

Und so begann es um die Jahrhundertwende die Einkreisung des damaligen Deutschen Reiches und im Jahr 1914 den Weltkrieg.

Nur durch seine innere Uneinigkeit ist Deutschland im Jahre 1918 unterlegen.

Die Folgen waren furchtbar.

Nachdem man erst heuchlerisch erklärte, allein gegen den Kaiser und sein Regime gekämpft zu haben, begann man nach der Waffenniederlegung des deutschen Heeres mit der planmäßigen Vernichtung des Deutschen Reiches. Während sich die Prophezeiungen eines französischen Staatsmannes, dass in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel seien, d.h. durch Hunger, Krankheiten oder Auswanderung beseitigt werden müssten, scheinbar wörtlich erfüllten, begann die nationalsozialistische Bewegung ihr Einigungswerk des deutschen Volkes und damit den Wiederaufstieg des Reiches einzuleiten. Diese neue Erhebung unseres Volkes aus Not, Elend und schmachlicher Missachtung stand im Zeichen einer rein inneren Wiedergeburt.

Besonders England wurde dadurch nicht berührt oder gar bedroht.

Trotzdem setzte die neue hasserfüllte Einkreisungspolitik gegen Deutschland augenblicklich wieder ein. Innen und aussen kam es zu jenem uns bekannten Komplott zwischen Juden und Demokraten, Bolschewisten und Reaktionären mit den einzigen Zielen, die Errichtung des neuen deutschen Volksstaates zu verhindern, das Reich erneut in Ohnmacht und Elend zu stürzen.

Neben uns traf der Hass dieser internationalen Weltverschwörung jene Völker, die ebenso vom Glück übersehen, im härtesten Daseinskampf das tägliche Brot zu verdienen gezwungen waren. Vor allem Italien und Japan wurde der Anteil an den Gütern dieser Welt genau so wie Deutschland bestritten, ja förmlich verboten. Der Zusammenschluss dieser Nationen war daher nur ein Akt des Selbstschutzes gegenüber der sie bedrohenden egoistischen Weltkoalition des Reichtums und der Macht.

Allein schon 1936 erklärte *Churchill* nach den Aussagen des amerikanischen Generals *Wood* vor einem Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses, dass Deutschland wieder zu mächtig würde und daher vernichtet werden müsse.

Im Sommer 1939 schien England der Zeitpunkt gekommen, die erneut beabsichtigte Vernichtung mit der Wiederholung einer umfassenden Einkreisungspolitik Deutschlands beginnen zu können.

Das System der zu dem Zweck veranstalteten Lügenkampagne bestand darin, andere Völker als bedroht zu erklären, sie mit englischen Garantie- und Beistandsversprechen erst einmal einzufangen und dann so wie vor dem Weltkrieg gegen Deutschland marschieren zu lassen.

So gelang es England, vom Mai bis August 1939 in die Welt die Behauptung zu lancieren, dass Litauen, Estland, Lettland, Finnland, Bessarabien sowohl als die Ukraine von Deutschland direkt bedroht seien. Ein Teil der Staaten liess sich verleiten, das damit verbundene britische Garantieverprechen anzunehmen und ging damit in die Einkreisungsfront Deutschlands über.

Unter diesen Umständen glaubte ich es vor meinem Gewissen und vor der Geschichte des deutschen Volkes verantworten zu können, nicht nur diesen Ländern bzw. ihren Regierungen die Unwahrheit der vorgebrachten britischen Behauptungen versichern zu müssen, sondern darüber hinaus die stärkste Macht des Ostens noch besonders durch feierliche Erklärungen über die Grenzen unserer Interessen zu beruhigen.

Ihr werdet es verstehen, meine Soldaten, dass dieser Schritt für mich ein bitterer und schwerer war. Niemand hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Russlands feindselige Gefühle gehegt. Allein seit über zwei Jahrzehnten hat die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus versucht, nicht nur

Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. Nicht Deutschland hat seine nationalsozialistische Weltanschauung nach Russland getragen, sondern die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben unentwegt versucht, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren, und dies nicht nur geistig, sondern vor allem auch machtmässig.

Die Folgen dieses Regimes aber waren in allen Ländern nur das Chaos, Elend und Hungersnot. Ich habe mich demgegenüber seit zwei Jahrzehnten bemüht, mit einem Minimum an Eingriffen und ohne jede Zerstörung zu einer neuen sozialistischen Ordnung in Deutschland zu kommen, die nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch den Gewinn der Arbeit steigend den schaffenden Menschen immer mehr zufließen lässt.

Die Erfolge dieser Politik der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung unseres Volkes, die als letztes Ziel einer wahren Volksgemeinschaft zustrebt, sind in der ganzen Welt einmalige.

Es war daher für mich eine schwere Überwindung, meinen Minister nach Moskau zu schicken, um dort zu versuchen, die britische Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu verhindern. Ich tat es nur im Verantwortungsbewusstsein dem deutschen Volke gegenüber, vor allem aber in der Hoffnung, dadurch die vielleicht von uns sonst geforderten Opfer vermindern zu können.

Indem nun Deutschland in Moskau feierlich die angeführten Gebiete und Länder – ausgenommen Litauens – als ausserhalb der deutschen politischen Interessen liegend versicherte, wurde noch eine besondere Vereinbarung getroffen für den Fall, dass es England gelingen sollte, Polen tatsächlich gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. Auch hier fand eine Begrenzung der deutschen Ansprüche statt, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen der deutschen Waffen stand.

Meine Soldaten!

Die Folgen dieses von mir selbst gewünschten und im Interesse des deutschen Volkes abgeschlossenen Vertrages waren besonders für die in den betroffenen Ländern lebenden Deutschen sehr schwere. Weit mehr als eine halbe Million deutsche Volksgenossen – fast alles Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter – waren fast über Nacht gezwungen, ihre frühere Heimat zu verlassen, um einem neuen Regime zu entgehen, das ihnen früher oder später mit der völligen Ausrottung drohte.

Tausende Deutsche sind verschwunden. Es war unmöglich, jemals ihren Aufenthalt zu ermitteln. Unter ihnen befinden sich allein über 160 Männer deutscher Reichsangehörigkeit.

Ich habe zu dem allen geschwiegen; denn es war mein Wunsch, eine endgültige Entspannung und wenn möglich, einen dauernden Ausgleich herbeizuführen.

Schon während unseres Vormarsches in Polen beanspruchten die sowjetischen Machthaber plötzlich entgegen dem Vertrag auch Litauen.

Das Deutsche Reich hat nie die Absicht gehabt, Litauen zu besetzen und hat auch nicht nur kein derartiges Ansinnen an die Litauische Regierung gestellt, sondern im Gegenteil das Ersuchen der damaligen Litauischen Regierung, nach Litauen in diesem Sinne deutsche Truppen zu schicken, als nicht den Zielen der deutschen Politik entsprechend abgelehnt.

Trotzdem fugte ich mich aber auch in diese neue russische Forderung. Es war aber nur der Beginn fortgesetzter Erpressungen, die sich seitdem immer wiederholten.

Der Sieg in Polen, der nur von deutschen Truppen erfochten worden war, veranlasste mich, erneut ein Friedensangebot an die Westmächte zu richten. Es verfiel durch die internationalen Kriegshetzer der Ablehnung.

Der Grund für diese Ablehnung aber lag auch daran, dass England noch immer die Hoffnung hatte, eine europäische Koalition gegen Deutschland mobilisieren zu können unter Einschluss des Balkans und Sowjet-Russlands.

So entschloss man sich in London, als Botschafter jenen Mister *Cripps* nach Moskau zu schicken, der nun den Auftrag erhielt, unter allen Umständen die Beziehungen zwischen England und Sowjet-Russland erneut aufzunehmen und zu festigen.

Schon im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 zeigten sich die ersten Folgen. Während Russland sich anschickte, nicht nur Finnland, sondern auch die baltischen Staaten militärisch zu unterjochen, motivierte es diesen Vorgang plötzlich ebenfalls mit der Behauptung, diese Länder vor einer fremden Bedrohung schützen bzw. ihr zuvorkommen zu müssen. Damit konnte aber nur Deutschland gemeint sein.

Während aber Deutschland im Frühjahr 1940 seine Streitkräfte im Sinne des sogenannten Freundschaftspaktes weit von der Ostgrenze zurückzog, ja, diese Gebiete zum grossen Teil überhaupt von deutschen Truppen entblösste, begann bereits zu dieser Zeit der Aufmarsch russischer Kräfte in einem Ausmass, der nur als eine bewusste Bedrohung Deutschlands aufgefasst werden konnte.

Nach einer damaligen Erklärung Molotows befanden sich schon im Frühjahr 1940 allein 22 russische Divisionen in den baltischen Staaten.

Da die russische Regierung selbst immer behauptete, sie sei von der dortigen Bevölkerung gerufen worden, konnte der Zweck ihres Dortseins mithin nur eine Demonstration gegen Deutschland sein. Während Ihr, meine Soldaten vom 10. Mai 1940 an die französisch-britische Macht im Westen gebrochen habt, wurde der russische Aufmarsch an unserer Ostfront aber in einem allmählich bedrohlichen Ausmass fortgesetzt. Schon im August 1940 glaubte ich es im Interesse des Reiches nicht mehr verantworten zu können, diesem gewaltigen Kräfteaufmarsch bolschewistischer Divisionen gegenüber unseren ohnehin schon oft verwüsteten Ostprovinzen ungeschützt sein zu lassen. .

Damit aber trat *das* ein, was die britisch-sowjetrussische Zusammenarbeit beabsichtigte, nämlich *die Bindung so starker deutscher Kräfte im Osten, dass besonders luftmässig eine Beendigung des Krieges im Westen von der deutschen Führung nicht mehr gewagt werden konnte.*

Dies entsprach aber nicht nur dem Ziel der britischen, sondern auch der sowjetrussischen Politik. *Beide haben die Absicht, diesen Krieg so lange als möglich dauern zu lassen, um Europa zu schwächen und es in eine immer grössere Ohnmacht zu versetzen.*

Der bedrohliche Angriff Russlands gegen Rumänien sollte ebenfalls im letzten Grunde nur der Aufgabe dienen, eine wichtige Basis unseres wirtschaftlichen Lebens in die Hand zu bekommen und unter Umständen sogar zu vernichten.

Das Deutsche Reich hat sich seit dem Jahre 1933 mit unendlicher Geduld bemüht, gerade die südosteuropäischen Staaten als Handelspartner zu gewinnen. Wir besaßen das höchste Interesse an ihrer inneren Konsolidierung und Ordnung. Der Einbruch Russlands in Rumänien, die griechische Bindung an England drohte auch diese Gebiete in kurzer Zeit in einen allgemeinen Kriegsschauplatz zu verwandeln.

Entgegen unseren Interessen und Gebräuchen habe ich damals auf eine dringende Bitte der an dieser Entwicklung selbst schuldigen Rumänischen Regierung den Rat gegeben, um des Friedens wegen der sowjetischen Erpressung nachzugeben und Bessarabien abzutreten. Die Rumänische Regierung glaubte dies aber vor ihrem eigenen Volke nur unter der Voraussetzung noch tragen zu können, wenn Deutschland und Italien als Entschädigung dafür wenigstens eine Garantie geben würden, dass an dem übrigbleibenden Bestand Rumäniens nicht mehr gerüttelt wird.

Ich habe dies schweren Herzens getan. Denn, meine Soldaten: wenn das Deutsche Reich eine Garantie gibt, dann heisst dies, dass es dafür auch einsteht. Wir sind weder Engländer noch Juden.

So glaubte ich noch in letzter Stunde, dem Frieden in diesem Gebiet gedient zu haben, wenn auch unter der Annahme einer schweren eigenen Verpflichtung. Um aber diese Probleme endgültig zu klären und um über die russische Einstellung dem Deutschen Reiche gegenüber ebenfalls Klarheit zu erhalten sowie unter dem Druck der sich stetig verstärkenden Mobilisierung an unserer Ostgrenze habe ich Herrn Molotow eingeladen, nach Berlin zu kommen.

Der sowjetische Aussenminister verlangte nun die Klärung bzw. Zustimmung Deutschlands in folgenden 4 Fragen:

1. Frage:

Solle sich die deutsche Garantie für Rumänien im Falle eines Angriffs Sowjet-Russlands gegen Rumänien auch gegen Sowjet-Russland richten.

Meine Antwort:

Die deutsche Garantie ist eine allgemeine und uns unbedingt verpflichtende. Russland habe aber nie erklärt, dass es ausser Bessarabien überhaupt noch in Rumänien Interessen besitze. Schon die Besetzung der Nord-Bukowina war ein Verstoß gegen diese Versicherung. Ich glaubte daher nicht, dass Russland selbst noch weitere Absichten gegen dieses Land haben könnte.

2. Frage:

Russland fühle sich erneut von Finnland bedroht. Sei Deutschland bereit, Finnland keinerlei Beistand zu geben und vor allem die nach Kirkenes zur Ablösung durchmarschierenden deutschen Truppen sofort zurückzuziehen?

Meine Antwort

Deutschland habe nach wie vor in Finnland keine politischen Interessen. Ein neuer Krieg Russlands gegen das kleine finnische Volk aber könne von der deutschen Reichsregierung als nicht mehr tragbar angesehen werden, umso mehr, als wir an eine Bedrohung Russlands durch Finnland niemals glauben könnten. Wir wollten aber überhaupt nicht, dass in der Ostsee nochmals ein Kriegsgebiet entstehe.

3. Frage:

Sei Deutschland bereit, einzuwilligen, dass Sowjet-Russland seinerseits an Bulgarien eine Garantie gebe,

und sowjetrussische Truppen zu diesem Zwecke nach Bulgarien schicke, wobei die Sowjet-Regierung die Versicherung gebe, dass sie nicht die Absicht hätte, aus diesem Anlass etwa den König zu beseitigen.

Meine Antwort:

Bulgarien sei ein souveräner Staat und ich wüsste nicht, dass, ähnlich wie Rumänien Deutschland, Bulgarien überhaupt Sowjet-Russland um eine Garantie gebeten hätte. Ausserdem müsste ich mich darüber mit meinen Verbündeten besprechen.

4. Frage:

Sowjet-Russland benötige unter allen Umständen einen freien Durchgang durch die Dardanellen und fordere aus diesem Grunde die Besetzung einiger wichtiger Stützpunkte an den Dardanellen bzw. am Bosporus. Sei Deutschland damit einverstanden oder nicht?

Meine Antwort:

Deutschland sei bereit, jederzeit seine Zustimmung zu geben zu einer Änderung des Statuts von Montreux zugunsten der Schwarzen-Meer-Staaten. Deutschland sei nicht bereit einzuwilligen in die Besitznahme russischer Stützpunkte an den Meerengen.

Meine Soldaten!

Ich habe hier eine Haltung eingenommen, die ich als verantwortlicher Führer des Deutschen Reiches, aber auch als verantwortungsbewusster Vertreter der europäischen Kultur und Zivilisation einnehmen musste. Die Folge war eine Verstärkung der deutschfeindlichen sowjetrussischen Tätigkeit, vor allem aber der Beginn der inneren Aushöhlung des neuen rumänischen Staates.

Mit Hilfe verwirrter, unreifer Köpfe der dortigen Legion wurde nun versucht, einen Staatsstreich zu inszenieren, dessen Ziel es war, den Staatschef General *Antonescu* zu stürzen, im Lande ein Chaos zu schaffen und damit durch die Beseitigung einer legalen Gewalt die Voraussetzung für das Inkrafttreten des deutschen Garantieverprechens zu entfernen.

Sofort nach dem Scheitern dieses Unternehmens fand eine abermalige Verstärkung russischer Truppenkonzentrationen an der deutschen Ostgrenze statt. Panzerverbände und Fallschirmtruppen wurden in immer steigender Zahl in eine bedrohliche Nähe der deutschen Grenze verlegt. *Ihr, meine Soldaten, wisst aber selbst, dass sich noch bis vor wenigen Wochen nicht eine deutsche Panzer- oder Mot. Division an unserer Ostgrenze befand.*

Wenn es aber eines letzten Beweises für die inzwischen eingetretene Koalition zwischen England und Sowjet-Russland bedurfte hätte, dann hat sie der jugoslawische Konflikt erbracht.

Während ich mich bemühte, einen letzten Versuch zur Befriedung des Balkans zu unternehmen und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit dem Duce Jugoslawien einlud, dem Dreierpakt beizutreten, organisierten in gemeinsamer Arbeit England und Sowjet-Russland jenen Handstreich, der die damalige verständigungsreiche Regierung in einer Nacht beseitigte. Diese Aktion fand nicht nur etwa unter englischen, sondern im Wesentlichen unter sowjetrussischen Fahnen statt. Darüber hinaus ging aber nunmehr die sowjetische Führung einen Schritt weiter. *Sie organisierte nicht nur den Putsch, sondern sie hat wenige Tage später jenes bekannte Freundschaftsabkommen getroffen, das bestimmt war, die Serben in ihrem Widerstandswillen gegen die Befriedung des Balkans zu stärken und gegen Deutschland aufzuputschen.* Und dies war keine platonische Abmachung.

Moskau forderte die Mobilisierung der serbischen Armee.

Die Deutsche Reichsregierung besitzt darüber hinaus aber heute die Unterlagen, aus denen erwiesen ist, dass mit dieser «Freundschaftsabmachung» ausserdem noch verbunden war die Zusicherung Russlands, für Serbien über Saloniki Waffen, Flugzeuge, Munition und sonstiges Kriegsmaterial gegen Deutschland zu liefern.

Nur der schnelle Durchbruch unserer unvergleichlichen Divisionen nach Skolpje sowie die Einnahme von Saloniki selbst haben die Absichten dieses sowjetrussisch-angelsächsischen Komplotts verhindert. Die serbischen Flugoffiziere flohen nach Russland und wurden dort sofort als Verbündete aufgenommen. *Mit dem Siege der Achsenmächte auf dem Balkan ist aber der Plan vereitelt worden, Deutschland in diesem Sommer in monatelange Kämpfe im Südosten zu verstricken und unterdes den Aufmarsch der sowjetrussischen Armeen immermehr zu vollenden, ihre Kriegsbereitschaft zu verstärken, um dann gemeinsam mit England und unterstützt durch die erhofften amerikanischen Lieferungen das Deutsche Reich und Italien ersticken und erdrücken zu können.*

Damit hat Moskau die Abmachungen unseres Freundschaftspaktes nicht nur gebrochen, sondern in erbärmlicher Weise verraten. Und dies alles während die Machthaber des Kreml bis zu letzten Minute nach aussen hin genau wie im Falle von Finnland oder Rumänien Frieden und Freundschaft heuchelten und scheinbar harmlose Dementis verfassten!

Wenn ich aber bisher durch die Umstände gezwungen war, immer wieder zu schweigen, so ist doch jetzt der Augenblick gekommen, wo ein weiteres Zusehen nicht nur eine Unterlassungssünde, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk, ja an ganz Europa wäre.

Heute stehen rund 150 russische Divisionen an unserer Grenze. Seit Wochen finden dauernde Verletzungen dieser Grenze statt, nicht nur bei uns, sondern ebenso im hohen Norden wie in Rumänien. Russische Flieger machen es sich zum Vergnügen, unbekümmert die Grenze einfach zu übersehen, um uns wohl dadurch zu beweisen, dass sie sich bereits als die Herren dieser Gebiete fühlen. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni haben zum erstenmal russische Patrouillen auf deutsches Reichsgebiet vorgeführt und konnten erst nach längerem Feuergefecht zurückgetrieben werden. Damit aber ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.

In diesem Augenblick, Soldaten der Ostfront, vollzieht sich ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der grösste ist, den die Welt je gesehen hat. Im Bunde mit finnischen Divisionen stehen unsere Kameraden mit dem Sieger von Narwik am nördlichen Eismeer. Deutsche Soldaten unter dem Befehl des Eroberers von Norwegen sowohl als die finnischen Freiheitshelden unter ihrem Marschall schützen Finnland. An der Ostfront steht Ihr: In Rumänien an den Ufern des Pruth, an der Donau bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres sind deutsche und rumänische Soldaten unter dem Staatschef Antonescu vereint.

Wenn diese grösste Front der Weltgeschichte nunmehr antritt, dann geschieht es nicht nur, um die Voraussetzung zu schaffen für den endgültigen Abschluss des grossen Krieges überhaupt oder um die im Augenblick betroffenen Länder zu schützen, sondern um die ganze europäische Zivilisation und Kultur zu retten. Deutsche Soldaten! Damit tretet Ihr in einen harten und verantwortungsschweren Kampf ein. Denn: *Das Schicksal Europas, die Zukunft des Deutschen Reiches, das Dasein unseres Volkes, liegen nunmehr allein in Eurer Hand.*

Möge uns allen in diesem Kampf der Herrgott helfen!

gez. Adolf Hitler
*Führer und Oberster Befehlshaber
der Wehrmacht*

Quelle: BA-MA, RH 22/4.

12) Erklärung der «Deutschen diplomatisch-politischen Information» vom 27.6.1941 über den Krieg gegen die Sowjetunion.

Der Kampf Deutschlands gegen Moskau wird zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus. Mit einer über alle Erwartungen hinausgehenden Anziehungskraft erfasst die Erkenntnis, dass es hier um die Sache Europas gehe, den ganzen Kontinent: Freunde, Neutrale und selbst jene Völker, die noch vor Kurzem mit Deutschland die Klingen gekreuzt haben.

Das Reich und seine Verbündeten führen diesen Kreuzzug, mit einem europäischen Mandat versehen, das über die scheinheiligen Deklamationen Englands und der amerikanischen Kriegspartei von der angeblichen Rettung der Freiheit in dieser Welt zur Tagesordnung übergeht. Europa findet sich und verteidigt alles, was es in tausendjährigen Kämpfen, Arbeiten und schöpferischen Leistungen zum Mittelpunkt aller menschlichen Kultur und Gesittung gemacht hat. Fast ohne Ausnahme sind seine Völker bereit, in irgendeiner Form ihren Beitrag zu diesem gesamteuropäischen Freiheitskrieg zu leisten. An der Seite Deutschlands und des faschistischen Italiens stehen heute schon Finnland, Rumänien, die Slowakei und Ungarn im Krieg gegen Moskau. Auch Schweden hat sich der gemeinsamen Aufgabe nicht entzogen und erleichtert durch geeignete Massnahmen die Kriegführung des Reiches und Finnlands. Hinter diesem Beitrag steht das gesamte schwedische Volk und alle seine verfassungsmässigen Organe. In der schwedischen Jugend wächst das Gefühl dafür, dass auch sie bereit sein muss, um im freiwilligen Dienst an der finnischen Front dieses gigantischen Kampfes Europa zu verteidigen. Dänemark hat die Beziehungen zu Moskau bereits abgebrochen und sich im Innern gegen die kommunistischen Umtriebe gesichert. Auch die dänische Jugend will zur gegebenen Zeit zur Stelle sein, um an der Seite Deutschlands für Europa zu kämpfen. Norwegische Einheiten marschieren schon jetzt in der Standarte «Nordland». Die Völker des Baltikums, die sich gegen den bolschewistischen Unterdrücker erhoben haben, begrüssen die deutschen Soldaten als Befreier. Die Erneuerungsbewegungen der Flamen, Wallonen und Holländer begrüssen begeistert die Abrechnung mit

Moskau als grösste Tat des Führers. Der Führer der nationalsozialistischen Bewegung in Holland Mussert ruft die Freiwilligen auf. In der Standarte «Westland» werden sie sich mit Flamen und Wallonen zusammenfinden. Die Solidarität Bulgariens im europäischen Freiheitskampf ist selbstverständlich. Die junge Wehrmacht Kroatiens rechnet es sich zur Ehre an, sich der deutschen Armee anzuschliessen. In Spanien haben Falange und Armee, von der jubelnden Zustimmung der demonstrierenden Volksmassen getragen, beschlossen, durch freiwillige Kontingente die Sache Europas, die sie schon einmal in einem langen und blutigen Krieg auf spanischem Boden verfochten haben, nun auch im Osten Europas zu führen. In Portugal, dessen Haltung schon bisher dadurch gekennzeichnet war, dass es keine diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion unterhielt, ist das Verständnis für den sittlichen Imperativ dieses Kampfes durch die öffentliche Meinung ebenso zum Ausdruck gekommen wie in der des besetzten und unbesetzten Frankreich, dessen neue Staatsauffassung in schärfstem Gegensatz zum Bolschewismus steht. So wie alle diese Staaten und Völker sich bewusst geworden sind, dass es hier um die Substanz ihres nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens geht, so empfinden auch die kirchlichen Gemeinschaften unter Hintansetzung aller weltanschaulichen Auseinandersetzungen, dass an der riesigen Front im Osten auch ihre Sache verteidigt wird.

Der Überblick über die Haltung der europäischen Völker zeigt klar, wo sie in diesem Kampf stehen. Was sie dazu zu sagen oder jedes nach seiner Art und an seinem Platz dazu beizutragen haben, stellt eine gesamteuropäische Legitimation für Deutschland und seine Verbündeten und zugleich eine Absage an jene dar, die sich mit dem Bolschewismus im Angriff gegen Europa gefunden haben und dem Abendland in den Rücken fallen.

Es gehört zum gesamteuropäischen Bewusstsein, dass es für das neue Europa solange keine Sicherheit und keinen Frieden gibt, als es im Osten des Kontinents dem Bolschewismus möglich ist, von einem Sechstel der bewohnten Erde aus einen Block von über 180 Millionen Menschen für destruktive Zwecke einzusetzen, vor allem, wenn es den britischen Absichten, dieses Europa durch einen langen Krieg zu ermüden, gelänge, den Kontinent für den bolschewistischen Angriff sturmreif zu machen. Umso gewaltiger ist die Rückwirkung dieses Abwehrkampfes, den Deutschland aus seiner nationalsozialistischen Grundhaltung heraus um die Erhaltung und Wiederherstellung der grossen Grundprinzipien alles menschlichen und völkischen Zusammenlebens führt: um die Wiederherstellung der Würde und Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, der Familie als Trägerin des sittlichen und natürlichen Lebens jedes Volkes, um die Wiederherstellung des Begriffes des Privateigentums, der Freiheit der religiösen Überzeugung, der Freiheit und kulturellen Eigenständigkeit der Völker und Volksgruppen als Glieder der europäischen Gemeinschaft, kurzum der Wiederherstellung der Fundamente, über denen sich das Gebäude eines geeinten Europas erheben soll, das entschlossen ist, seinen Platz in der Welt zu behaupten. In diesen Dingen gibt es heute keine Meinungsverschiedenheiten mehr; denn durch die bolschewistische Drohung einerseits und den Angriff Englands auf Europa andererseits sind die Dinge dahin gekommen, dass ohne diesen Freiheitskampf die europäischen Völker einem System ausgeliefert worden wären, dessen Raison d'Être die Vernichtung aller menschlichen und europäischen Werte, die organisierte Gottlosigkeit, die Verproletarisierung aller und der Weltherrschaftsanspruch des Bolschewismus ist.

Umso verwerflicher die Rolle Englands, das offen mit dem Bolschewismus gegen Europa zusammenarbeitet. Schon bisher betrieb es mit seinem Überfall auf Deutschland und der versuchten Blockierung Europas die Geschäfte des Bolschewismus, der nur auf seine Stunde wartete. Heute ist es auch offen der Komplize des Todfeindes von Europa geworden.

Keine Ausrede und kein scheinheiliger Vorbehalt, keine rabulistische Unterscheidung zwischen dem Kommunismus, den man ablehne, und der Sowjetunion, die man als gemeinsamen Gegner Deutschlands willkommen heisse, ändert etwas an der verbrecherischen Absicht, den Bolschewismus zum Sieger in Europa zu machen und es ihm als Siegesbeute zu überlassen. Schon heute wäre England machtmässig weder imstande noch gesinnungsmässig gewillt, dem bolschewistischen Bundesgenossen die europäische Beute im letzten Augenblick wieder streitig zu machen. Es würde sich zynisch und kaltherzig auf seine Inseln zurückziehen, aus seinem Empire leben und Europa seinem Elend und seinen Ruinen überlassen. Die amerikanischen Kriegstreiber könnten und würden nicht anders handeln. Auch diese inneren Zusammenhänge zwischen der bolschewistischen Drohung und dem englischen Verbrechen werden den Völkern Europas immer klarer.

Instinktiv sammeln sie sich daher um jenes Kraftzentrum, das allein imstande ist, die säkulare Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Zerstörung und denen der Erneuerung zum Siege zu führen. Das Ergebnis des Anschlages von Westen und von Osten wird daher eine europäische Schicksals- und Lebensgemeinschaft sein, wie sie bisher noch nie bestanden hat, aber von den Besten aus allen europäischen Völkern angestrebt worden ist.

13) *Rundfunkrede Molotovs vom 22.6.1941.*

Bürger und Bürgerinnen der Sowjetunion!

Die Sowjetregierung und ihr Oberhaupt, Genosse Stalin, haben mich beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

Heute, um 4 Uhr früh, überfielen die deutschen Truppen, ohne bei der Sowjetunion irgendwelche Ansprüche erhoben zu haben, ohne Kriegserklärung unser Land, indem sie unsere Grenzen an vielen Stellen angriffen und mit ihren Flugzeugen unsere Städte Shitomir, Kiew, Sebastopol, Kaunas und einige andere bombardierten, wobei über 200 Personen getötet und verwundet wurden. Auch von rumänischem und finnischem Gebiet aus wurden feindliche Luftangriffe und Artilleriebeschussungen unternommen.

Dieser unerhörte Überfall auf unser Land stellt einen in der Geschichte der zivilisierten Völker beispiellos dastehenden Treubruch dar. Der Überfall auf unser Land wurde unternommen, trotzdem zwischen der Sowjetunion und Deutschland ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen war und die Sowjetregierung alle Bedingungen dieses Vertrages mit voller Gewissenhaftigkeit einhielt. Der Überfall auf unser Land wurde unternommen, trotzdem die deutsche Regierung während der ganzen Gültigkeitszeit dieses Vertrages kein einziges Mal auch nur einen einzigen Anspruch an die Sowjetunion bezüglich der Einhaltung des Vertrages erheben konnte. Die ganze Verantwortung für diesen räuberischen Überfall auf die Sowjetunion lastet voll und ganz auf den deutschen faschistischen Machthabern.

Erst nach verübtem Überfall gab der deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg, mir als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten um 5 Uhr 30 Minuten früh im Namen seiner Regierung eine Erklärung darüber ab, dass die deutsche Regierung beschlossen hat, in Verbindung mit der Zusammenziehung von Truppenteilen der Roten Armee an der deutschen Ostgrenze, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen. In Beantwortung dessen erklärte ich im Namen der Sowjetregierung, dass die deutsche Regierung bis zur letzten Minute keinerlei Ansprüche an die Sowjetregierung gestellt hat, dass Deutschland ungeachtet der friedliebenden Position der Sowjetunion einen Überfall auf die Sowjetunion verübt hat und dass das faschistische Deutschland somit die angreifende Seite ist.

Im Auftrag der Regierung der Sowjetunion muss ich ferner erklären, dass unsere Truppen und unsere Luftwaffe an keinem einzigen Punkt eine Verletzung der Grenze verübt haben, und dass deshalb die heute früh erfolgte Erklärung des rumänischen Rundfunks, dass die Sowjetluftwaffe angeblich rumänische Flugplätze beschossen habe, von Anfang bis Ende eine Lüge und Provokation darstellt. Eine ebensolche Lüge und Provokation ist die ganze heutige Deklaration Hitlers, der den Versuch macht, hinterher ein Anklagematerial über die Nichteinhaltung des sowjetisch-deutschen Pakts seitens der Sowjetunion zusammenzubrauen. Jetzt, da der Überfall auf die Sowjetunion schon zur Tatsache geworden ist, hat die Sowjetregierung unseren Truppen den Befehl erteilt, den räuberischen Überfall zurückzuschlagen und die deutschen Truppen vom Territorium unserer Heimat zu vertreiben.

Dieser Krieg ist uns nicht vom deutschen Volk, nicht von den deutschen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen aufgezwungen, deren Leiden wir sehr gut verstehen, sondern von der Clique der blutrünstigen faschistischen Machthaber Deutschlands, die die Franzosen, Tschechen, Polen, Serben, Norwegen, Belgien, Dänemark, Holland, Griechenland und andere Völker unterjocht haben.

Die Regierung der Sowjetunion bringt die unerschütterliche Zuversicht zum Ausdruck, dass unsere ruhmvolle Armee und Flotte und die kühnen Falken der Sowjetluftwaffe ihre Pflicht der Heimat, dem Sowjetvolk gegenüber in Ehren erfüllen und dem Aggressor einen vernichtenden Schlag zufügen werden.

Es ist nicht das erste Mal, dass es unser Volk mit einem übermütigen angreifenden Feind zu tun hat. Seinerzeit antwortete unser Volk auf den Feldzug Napoleons gegen Russland mit dem Vaterländischen Krieg, und Napoleon erlitt eine Niederlage und erlebte seinen Zusammenbruch. Dasselbe wird mit dem ausser Rand und Band geratenen Hitler geschehen, der einen neuen Feldzug gegen unser Land verkündet hat. Die Rote Armee und unser ganzes Volk werden wieder einen siegreichen Vaterländischen Krieg für die Heimat, für die Ehre, für die Freiheit führen.

Die Regierung der Sowjetunion bringt die feste Überzeugung zum Ausdruck, dass die ganze Bevölkerung unseres Landes, alle Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, Männer und Frauen sich mit dem gebührenden Bewusstsein zu ihren Pflichten, zu ihrer Arbeit verhalten werden. Unser ganzes Volk muss jetzt einig und geschlossen sein, wie noch nie. Jeder von uns muss von sich selber und von anderen die Disziplin, die Or-

ganisiertheit und den Opfermut fordern, die eines wahren Sowjetpatrioten würdig sind, um alle Bedürfnisse der Roten Armee, der Flotte und der Luftflotte zu befriedigen, um den Sieg über den Feind zu sichern.

Die Regierung ruft Euch, Bürger und Bürgerinnen der Sowjetunion auf, Eure Reihen noch enger um unsere ruhmvolle bolschewistische Partei, um unsere Sowjetregierung, um unseren grossen Führer, Genossen Stalin, zu schliessen.

Wir kämpfen für eine gerechte Sache. Der Feind wird zerschlagen werden, der Sieg wird unser sein!

Quelle: BA-MA, RH 28-3/23 (Abgeworfenes Propagandamaterial der Roten Armee, Juli 1941).

14) *Rundfunkrede Stalins vom 3.7.1941.*

***Genossen! Bürger! Brüder und Schwestern!
Kämpfer unserer Armee und Flotte!***

Ich wende mich an euch, meine Freunde!

Der von Hitlerdeutschland am 22. Juni begonnene treubruchige kriegerische Überfall auf unsere Heimat dauert an. Trotz des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und ungeachtet dessen, dass die Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, sucht der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, weiter vorzudringen. Es ist den Hitlertruppen gelungen, Litauen, einen grossen Teil Lettlands, den westlichen Teil Bjeloruslands, einen Teil der West-Ukraine zu besetzen. Die faschistische Luftwaffe erweitert den Tätigkeitsbereich ihrer Bombenflugzeuge und bombardiert Murmansk, Orscha, Mohilew, Smolensk, Kiew, Odessa, Sebastopol. Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen.

Wie konnte es geschehen, dass unsere ruhmvolle Rote Armee den faschistischen Truppen eine Reihe unserer Städte und Gebiete überlassen hat? Sind die faschistischen deutschen Truppen denn wirklich unbesiegbare Truppen, wie das die grossmäuligen faschistischen Propagandisten unermüdlich in die Welt hinausposaunen?

Natürlich nicht! Die Geschichte zeigt, dass es keine unbesiegbaren Armeen gibt und nie gegeben hat. Napoleons Armee galt als unbesiegbar, und doch wurde sie der Reihe nach von russischen, englischen und deutschen Truppen geschlagen. Die deutsche Armee Wilhelms zur Zeit des ersten imperialistischen Krieges galt ebenfalls als eine unbesiegbare Armee, aber sie erlitt mehrere Male Niederlagen durch die russischen und englisch-französischen Truppen und wurde zuletzt von den englisch-französischen Truppen vernichtend geschlagen. Dasselbe muss von der jetzigen faschistischen deutschen Armee Hitlers gesagt werden. Diese Armee ist auf dem europäischen Festland noch auf keinen ersten Widerstand gestossen. Erst auf unserem Territorium stiess sie auf ersten Widerstand. Und wenn dank diesem Widerstand die besten Divisionen der faschistischen deutschen Armee von unserer Roten Armee zerschmettert wurden, so bedeutet das, dass die faschistische Hitlerarmee ebenfalls geschlagen werden kann und geschlagen werden wird, wie die Armeen Napoleons und Wilhelms geschlagen wurden.

Der Umstand aber, dass ein Teil unseres Territoriums dennoch von den faschistischen deutschen Truppen besetzt worden ist, erklärt sich hauptsächlich daraus, dass der Krieg des faschistischen Deutschland gegen die Sowjetunion unter Bedingungen begonnen hat, die für die deutschen Truppen günstig und für die Sowjettruppen ungünstig waren. Die Sache ist die, dass die Streitkräfte Deutschlands als eines kriegführenden Landes schon völlig mobilisiert waren und die von Deutschland gegen die Sowjetunion geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der Sowjetunion aufmarschiert waren, sich in voller Bereitschaft befanden und nur auf das Signal zum Angriff warteten, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mussten. Von nicht geringer Bedeutung war dabei auch der Umstand, dass das faschistische Deutschland unerwartet und treubruchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffspakt gebrochen hat, ohne Rücksicht darauf, dass es von der ganzen Welt als Angreifer erkannt werden würde. Es ist klar, dass unser friedliebendes Land, das die Initiative zur Verletzung des Pakts nicht ergreifen wollte, den Weg des Treubruchs nicht beschreiten konnte.

Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspakts mit solchen treubruchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung einen solchen Vorschlag ablehnen? Ich denke, dass

kein einziger friedliebender Staat ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Staat ablehnen kann, selbst wenn an der Spitze dieses Staates solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerlässlichen Bedingung: dass das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich war der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion gerade ein solcher Pakt.

Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserm Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, für den Fall, dass das faschistische Deutschland es riskieren sollte, trotz des Paktes unser Land zu überfallen. Das ist ein ausgesprochener Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.

Was hat das faschistische Deutschland dadurch, dass es den Pakt treubruchig zerrissen und die Sowjetunion überfallen hat, gewonnen und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, indem es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es kann kein Zweifel bestehen, dass dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, der gewaltige politische Gewinn für die Sowjetunion dagegen ein erster Faktor von langer Dauer, auf dessen Grundlage sich entscheidende militärische Erfolge der Roten Armee im Krieg mit dem faschistischen Deutschland entwickeln müssen.

Das eben ist der Grund, warum unsere ganze heldenmütige Armee, unsere ganze heldenhafte Kriegsflotte, alle unsere Fliegerfalken, alle Völker unseres Landes, alle besten Menschen Europas, Amerikas und Asiens und schliesslich alle besten Menschen Deutschlands die treubruchigen Handlungen der deutschen Faschisten brandmarken und der Sowjetregierung ihre Sympathien entgegenbringen, die Handlungsweise der Sowjetregierung billigen und erkennen, dass unser Sache gerecht ist, dass der Feind zerschmettert werden wird, dass wir siegen müssen.

Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. Unsere Truppen schlagen sich heldenhaft mit einem Feind, der bis an die Zähne bewaffnet ist mit Tanks und Flugzeugen. Die Rote Armee und die Rote Flotte kämpfen unter Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten aufopferungsvoll um jeden Fussbreit Sowjetboden. In den Kampf treten die Hauptkräfte der Roten Armee ein, ausgerüstet mit tausenden Tanks und Flugzeugen. Die Tapferkeit der Kämpfer der Roten Armee ist beispiellos. Unser aktiver Widerstand gegen den Feind wächst und erstarkt. Zusammen mit der Roten Armee erhebt sich das ganze Sowjetvolk zur Verteidigung seiner Heimat.

Was ist erforderlich, um die Gefahr, die über unsere Heimat heraufgezogen ist, zu beseitigen, und welche Massnahmen müssen getroffen werden, um den Feind zu zerschmettern?

Vor allem ist notwendig, dass unsere Sowjetmenschen, die Männer und Frauen des Sowjetlandes, sich der ganzen Grösse der Gefahr bewusst werden, die unserem Lande droht, und Schluss machen mit der Gemüthlichkeit, Sorglosigkeit und der Stimmung des friedlichen Aufbaus, die in der Vorkriegszeit durchaus begrifflich waren, in der gegenwärtigen Zeit aber, wo der Krieg die Lage von Grund aus verändert hat, verderblich sind. Der Feind ist grausam und unerbittlich. Er stellt sich das Ziel, unseren Boden zu okkupieren, der mit unserem Schweiss getränkt ist, unser Getreide und unser Öl wegzunehmen, die die Frucht unserer Arbeit sind. Er stellt sich das Ziel, die Macht der Gutsbesitzer wiederaufzurichten, den Zarismus zu restaurieren, die nationale Kultur und das nationale staatliche Eigenleben der Russen, Ukrainer, Bjelorusen, Litauer, Letten, Esten, Usbeken, Tataren, Moldauer, Georgier, Armenier, Aserbaidshaner und der anderen freien Völker der Sowjetunion zu vernichten, sie zu germanisieren, sie in Sklaven der deutschen Fürsten und Barone zu verwandeln. Es geht also um Leben oder Tod des Sowjetstaates, um Leben oder Tod der Völker der Sowjetunion; es geht darum, ob die Völker der Sowjetunion frei sein oder in Versklavung geraten sollen. Es ist notwendig, dass die Sowjetmenschen das verstehen und aufhören, sorglos zu sein, dass sie sich selbst mobilisieren und ihre ganze Arbeit auf neue Art, auf den Krieg umstellen, dass sie kein Erbarmen mit dem Feind kennen.

Es ist ferner notwendig, dass in unseren Reihen kein Platz für Miesmacher und Feiglinge, für Panikmacher und Deserteure sei, dass die Menschen unseres Landes keine Furcht im Kampf kennen und opferwillig in unseren vaterländischen Befreiungskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker ziehen. Der grosse Lenin, der unseren Staat geschaffen hat, sagte wiederholt, dass die Haupteigenschaft des Sowjetmenschen Tapferkeit, Kühnheit und Furchtlosigkeit im Kampf sein müsse, die Bereitschaft, zusammen mit dem Volk gegen die Feinde unserer Heimat zu kämpfen. Es ist notwendig, dass diese hervorragende Eigenschaft des Bolschewiks Gemeingut der Millionen und aber Millionen der Roten Armee, unserer Roten Flotte und aller Völker der Sowjetunion werde.

Wir müssen unverzüglich unsere ganze Arbeit auf den Krieg umstellen, alles den Interessen der Front unterordnen, der Aufgabe, die Zerschmetterung des Feindes zu organisieren. Die Völker der Sowjetunion sehen jetzt, dass der deutsche Faschismus nicht zu bändig ist in seiner Tollwut und seinem Hass gegen

unsere Heimat, die allen Werktätigen Arbeit in Freiheit und Wohlstand gesichert hat. Die Völker der Sowjetunion müssen sich erheben-, um ihre Rechte und ihren Boden gegen den Feind zu verteidigen.

Die Rote Armee, die Rote Flotte und alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fussbreit Sowjetboden verteidigen, müssen bis zum letzten Blutstropfen um unsere Städte und Dörfer kämpfen, müssen die Kühnheit, Initiative und Findigkeit an den Tag legen, die unserem Volk eigen sind.

Wir müssen die allseitige Unterstützung der Roten Armee organisieren, die verstärkte Auffüllung ihrer Reihen sicherstellen, ihre Versorgung mit allem Notwendigen gewährleisten und für die schnelle Beförderung von Truppen und Kriegsgut sowie eine umfassende Hilfe für die Verwundeten sorgen. Wir müssen das Hinterland der Roten Armee festigen und den Interessen dieser Sache unsere ganze Arbeit unterordnen; die intensive Arbeit aller Betriebe sicherstellen; mehr Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze, Patronen, Granaten, Flugzeuge produzieren; den Schutz der Betriebe, der Kraftwerke, der Telefon- und Telegraphenverbindungen organisieren; die örtliche Luftabwehr in Gang bringen.

Wir müssen einen schonungslosen Kampf organisieren gegen alle und jede Desorganisatoren des Hinterlandes, gegen Deserteure, Panikmacher, Verbreiter von Gerüchten; wir müssen die Spione, Diversanten und feindlichen Fallschirmjäger vernichten und in alledem unseren Feld-Jägerbataillonen schnelle Unterstützung zuteil werden lassen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass der Feind heimtückisch und listig ist, erfahren im Betrug und in der Verbreitung falscher Gerüchte. Wir müssen all das berücksichtigen und dürfen uns nicht provozieren lassen. Wir müssen alle, die durch ihre Panikmacherei und Feigheit die Landesverteidigung behindern, ohne Ansehen der Person sofort dem Kriegsgericht übergeben.

Bei einem erzwungenen Rückzug von Truppenteilen der Roten Armee muss das gesamte rollende Material der Eisenbahnen fortgebracht werden; dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Wagon, kein Kilogramm Getreide, kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben und das Getreide zur Abbeförderung ins Hinterland dem Schutz der staatlichen Organe anvertrauen. Alles wertvolle Gut, darunter Buntmetalle, Getreide und Treibstoff, das nicht abtransportiert werden kann, muss unbedingt vernichtet werden.

In den vom Feind okkupierten Gebieten müssen Partisanenabteilungen zu Pferd und zu Fuss gebildet und Diversionen geschaffen werden zum Kampf gegen die Truppenteile der feindlichen Armee, zur Entfaltung des Partisanenkrieges überall und allorts, zur Sprengung von Brücken und Strassen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegraphen Verbindung, zur Niederbrennung der Wälder, der Depots und der Trains. In den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und alle seine Helfershelfer unerträgliche Bedingungen geschaffen werden, sie müssen auf Schritt und Tritt verfolgt und vernichtet und alle ihre Massnahmen müssen vereitelt werden.

Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als einen gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der grosse Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen. Das Ziel dieses vaterländischen Volkskrieges gegen die faschistischen Unterdrücker ist nicht nur die Beseitigung der Gefahr, die sich vor unserem Lande erhoben hat, sondern auch die Hilfeleistung für alle Völker Europas, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem grossen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist. Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten. Das wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit sind, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Hitlerarmeen. In diesem Zusammenhang ist die historische Rede des Herrn Churchill, des Ministerpräsidenten Grossbritanniens, über die Hilfe für die Sowjetunion sowie die Deklaration der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über ihre Bereitschaft, unserem Lande Hilfe zu erweisen – Erklärungen, die in den Herzen der Völker der Sowjetunion nur das Gefühl der Dankbarkeit hervorrufen können, – durchaus begreiflich und bezeichnend.

Genossen! Unsere Kräfte sind unermesslich. Der selbstverblendete Feind wird sich bald davon überzeugen müssen. Zusammen mit der Roten Armee erheben sich tausende und abertausende Arbeiter, Kollektivbauern und Geistesarbeiter zum Krieg gegen den Feind, der uns überfallen hat. Erheben werden sich die Millionenmassen unseres Volkes. Die Werktätigen von Moskau und Leningrad sind schon dabei, eine vieltausendköpfige Volkswehr zur Unterstützung der Roten Armee zu schaffen. In jeder Stadt, die von der Gefahr eines feindlichen Überfalls bedroht ist, müssen wir eine Volkswehr dieser Art schaffen, müssen wir alle Werktätigen zum Kampf mobilisieren, um in unserem vaterländischen Krieg gegen den deutschen Faschismus unsere Freiheit, unsere Ehre, unsere Heimat mit unseren Leibern zu verteidigen.

Um alle Kräfte der Völker der Sowjetunion schnellstens zu mobilisieren, um dem Feind, der treubruchig unsere Heimat überfallen hat, eine Abfuhr zu erteilen, ist das Staatskomitee für Verteidigung gebildet worden, in dessen Händen jetzt alle Macht im Staat konzentriert ist. Das Staatskomitee für Verteidigung hat seine Arbeit aufgenommen und ruft das ganze Volk auf, sich fest um die Partei Lenins-Stalins, um die Sowjetregierung zusammenzuschliessen, um selbstlos die Rote Armee und die Rote Flotte zu unterstützen, den Feind zu zerschmettern, den Sieg zu erkämpfen.

Alle unsere Kräfte – für die Unterstützung unserer heldenhaften Roten Armee, unserer ruhmvollen Roten Flotte!

Alle Kräfte des Volkes – für die Zerschmetterung des Feindes!

Vorwärts, zum Sieg!

Quelle: BA-MA, XIX. Gebirgskorps, 15085/26.

III. ZUR DURCHFÜHRUNG DER MILITÄRISCH-POLITISCHEN KRIEGFÜHRUNG UM DEN «LEBENSRAUM IM OSTEN»

15) *Geheime Absichtserklärungen zur künftigen Ostpolitik: Auszug aus einem Aktenvermerk von Reichsleiter M. Bormann vom 16.7.1941.*

Führerhauptquartier, 16.7.1941
Bo/Fu.

Geheime Reichssache!

Aktenvermerk

Auf Anordnung des Führers fand heute bei ihm um 15 Uhr eine Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg, Reichsminister Lammers, Feldmarschall Keitel, mit dem Reichsmarschall und mir statt. Die Besprechung begann um 15 Uhr und dauerte mit einer Kaffeepause bis gegen 20 Uhr.

Einleitend betonte der Führer, er wolle zunächst einige grundsätzliche Feststellungen treffen. Verschiedene Massnahmen seien jetzt notwendig; dies bewiese u.a. ein von einer unverschämten Vichy-Zeitung gebrachter Hinweis, der Krieg gegen die Sowjet-Union sei ein Krieg Europas; er sei also auch für ganz Europa zu führen. Offenbar wolle diese Vichy-Zeitung mit diesen Hinweisen erreichen, dass die Nutzniesser dieses Krieges nicht allein die Deutschen sein dürften, sondern dass alle europäischen Staaten daraus ihren Nutzen ziehen müssten.

Wesentlich sei es nun, dass wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, dass wir selbst wüssten, was wir wollten. Keinesfalls soll durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was ausserhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun.

Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten. Wir müssten hier genau so vorgehen, wie in den Fällen Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien. Auch in diesen Fällen hätten wir nichts über unsere Absichten gesagt und wir würden dies auch weiterhin klugerweise nicht tun.

Wir werden also wieder betonen, dass wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müssten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, dass sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Massnahmen – Erschiessen, Aussiedeln usw. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun.

Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen. Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. *Uns* muss aber dabei klar sein, dass wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.

Demgemäss handelt es sich darum:

1. Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten;
2. wir betonen, dass wir die Bringer der Freiheit wären.

Im Einzelnen:

Die Krim muss von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden.

Ebenso wird das alt-österreichische Galizien Reichsgebiet. [...]

Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.

Die Russen haben jetzt einen Befehl zum Partisanen-Krieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanenkrieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt. Grundsätzliches:

Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müssten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: die Sicherheit

des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural kein fremdes Militär existiere; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutschland. Eiserner Grundsatz muss sein und bleiben:

Nie darf erlaubt werden, dass ein Anderer Waffen trägt, als der Deutsche!

Dies ist besonders wichtig; selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden unterworfenen Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbedingt und unweigerlich eines Tages gegen uns aus. Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe, nicht der Tscheche, nicht der Kossak [sic!] oder der Ukrainer! [...]

Im Einzelnen:

Im Baltikum muss jetzt das Gebiet bis zur Düna nach näherer Festlegung mit Feldmarschall Keitel in Verwaltung genommen werden. [...]

Der Reichsmarschall bittet den Führer um Mitteilung, welche Gebiete anderen Staaten zugesagt seien. Der Führer erwidert, Antonescu wolle Bessarabien und Odessa nebst einem Streifen, der von Odessa in West-Nordwest führt.

Auf die Einwände des Reichsmarschalls und Rosenbergs stellt der Führer fest, dass die neue von Antonescu gewünschte Grenze wenig ausserhalb der alten rumänischen Grenze führe.

Der Führer betont weiter, den Ungarn, den Türken und den Slowaken sei nichts Bestimmtes zugesagt worden.

Der Führer stellt dann zur Erwägung, ob man nicht den alt-österreichischen Teil Galiziens sofort zum Gouvernement geben soll; auf Einwände hin bestimmt der Führer, dieser Teil solle nicht zum Gouvernement kommen, sondern lediglich gleichzeitig dem Reichsminister Frank unterstellt werden (Lemberg).

Der Reichsmarschall hält es für richtig, verschiedene Teile des Balten-Landes, z.B. die Bialystoker Forsten, Ostpreussen zuzuteilen. Der Führer betont, das gesamte Balten-Land müsse Reichsgebiet werden. Ebenso müsse die Krim mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet nördlich der Krim) Reichsgebiet werden; das Hinterland müsse möglichst gross sein.

Hiergegen hat Rosenberg Bedenken wegen der dort wohnenden Ukrainer. [...]

Der Führer betont weiter, auch die Wolga-Kolonie müsse deutsches Reichsgebiet werden, ebenso das Gebiet um Baku; es müsse deutsche Konzession werden (Militär-Kolonie).

Die Finnen wollen Ost-Karelien, doch soll wegen der grossen Nickel-Vorkommen die Halbinsel Kola zu Deutschland kommen. Mit aller Vorsicht müsse die Angliederung Finnlands als Bundesstaat vorbereitet werden. Das Gebiet um Leningrad wird von den Finnen beansprucht; der Führer will Leningrad dem Erdboden gleichmachen lassen, um es dann den Finnen zu geben. [...] Reichsleiter Rosenberg schnitt dann die Frage der Sicherung der Verwaltung an.

Der Führer sagt dem Reichsmarschall und dem Feldmarschall, er habe immer darauf gedrängt, dass die Polizei-Regimenter Panzerwagen bekämen; für den Einsatz der Polizei in den neuen Ostgebieten sei dies höchst notwendig, denn mit einer entsprechenden Anzahl von Panzerwagen könne ein Polizei-Regiment natürlich ein Vielfaches leisten. Im übrigen, betont der Führer, aber sei die Sicherung natürlich sehr dünn. Der Reichsmarschall werde aber alle seine Übungs-Flugplätze in die neuen Gebiete verlegen und wenn es notwendig sei, dann könnten selbst JU 52 bei Aufruhr Bomben schmeissen. Der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, dass man Jeden, der nur schief schaue, totschiessie.

Feldmarschall Keitel betont, für ihre Dinge müsse man die Einwohner selbst verantwortlich machen, denn es sei natürlich nicht möglich, für jeden Schuppen und für jeden Bahnhof eine Wache zu stellen. Die Einwohner müssten wissen, dass Jeder erschossen würde, der nicht funktioniere, und dass sie für jedes Vergehen haftbar gemacht würden. [...]

Abschliessend wird bestimmt, das Balten-Land solle *Ostland* genannt werden.

Quelle: IMT, Bd. 38, S. 86 ff. (Dok. 221-L).

16. *Öffentliche Propagandaerklärung zur künftigen Ostpolitik: Manuskript der Ansprache von Reichsleiter A. Rosenberg für die deutsche Wochenschau vom 22.7.1941.*

Ansprache für die deutsche Wochenschau

In einem gemeinsamen Kampf der Völker Europas unter der Führung Deutschlands vollendet sich im Osten eine durch die Provokation der Sowjetunion selbst notwendig gewordene historische Tat der nationalsozialistischen Revolution.

Wir hatten uns einst geschworen, eine Neugestaltung durchzuführen, die es für immer verhindern sollte, dass sich jemals wieder in der deutschen Geschichte ein Zusammenbruch wiederholen könnte wie im November 1918. Der Gesamtmarxismus, besonders in seiner extremen jüdisch-bolschewistischen Ausprägung, war der unmittelbar fassbare Todfeind der deutschen Nation und der ganzen europäischen Kultur geworden. Er wurde in 14-jährigem innerpolitischen Kampf niedergedrückt. Jetzt hat der *Endkampf* begonnen. Das Ziel dieses Kampfes ist die Niederwerfung der bolschewistischen Bewegung in ihrem Ursprungsland, zugleich aber auch eine positive Regelung jener Fragen des Aufbaus, welche die Geschichte uns zu lösen übergeben hat.

Wenn der Führer mich zum *Reichsminister für die besetzten Ostgebiete* ernannt hat, so empfinde ich das als die höchste Pflicht, jenen Kampf, den Adolf Hitler einst als unbekannter Soldat begann und als Führer des Reiches vollendet, mit meinen Kräften im Osten weiter durchzusetzen und mit den mir unterstellten Mitarbeitern Wohlfahrt und öffentliche Ordnung für die unter deutsche Verwaltung kommenden Völker des Ostens zu sichern.

Eine überlebte Welt war einst ausserstande gewesen, ein neues Europa zu gestalten. Die nationalsozialistische Revolution hat diese Kräfte überwunden und schickt sich aus ehrlich erstrittenem Recht in Verbundenheit mit anderen Völkern an, das alte ehrwürdige Europa zu verjüngen und es einmal als lebende Wirklichkeit in die kommende Geschichte einzufügen.

Immitten dieser Riesenaufgabe ist die Befreiung der vom Bolschewismus misshandelten Völker im Osten von entscheidender Bedeutung. Sie ist zu einer historischen Sendung des deutschen Volkes geworden.

Heil Hitler!

Quelle: BA, NS 8/71.

Tagebuchauszüge und dienstliche Notizen betr. vorgesehene Behandlung der Bevölkerungen von Leningrad, Moskau, Kiev und Stalingrad.

Auszug aus dem Kriegstagebuch des OKW / Wehrmachtführungsstab:

Sonderakte

Anlage 13
8. Juli 1941

Führer umreißt seine Gesamtauffassung der grossen Lage: [...] Bei Heeresgruppe Mitte entsteht die Frage, ob sie auf Moskau vorstossen oder mit starken Teilen hinter dem Pripjet nach Süden einschwenken soll. Führer betont grundsätzlich, *dass er Moskau und Leningrad dem Erdboden gleich machen wolle*. Dies könne aber mit der Luftwaffe eingeleitet werden und brauche nicht die Erdoperationen zu beeinflussen.

Quelle: KTB / OKW, a. a. O., Bd. 1, S. 1021.

Auszug aus dem persönlichen Kriegstagebuch von Generaloberst Halder:

8.7.1941: *Ergebnis:* [...] 2. Feststehender Entschluss des Führers ist es, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleich zu machen, um zu verhindern, dass Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müssten. Die Städte sollen durch die Luftwaffe vernichtet werden. Panzer dürfen dafür nicht eingesetzt

werden. «Volkskatastrophe, die nicht nur den Bolschewismus, sondern auch das Moskowitertum der Zentren beraubt.»

18.8.1941: *Gen. d. Artl. Brand*: [...] 2. Kiew in «Schutt und Asche» legen [Weisung Hitlers]: Die halbe Arbeit muss die Luftwaffe machen. Für den der Artillerie zufallenden Teil der Arbeit genügen 9 Züge Mrs. Munition, 7 1/2 Züge sFH-Munition. [...]

Quelle: Halder, Kriegstagebuch, a. a. O., Bd. III, S. 53, 186.

Auszüge aus dem Kriegstagebuch der Heeresgruppe Nord (HGr Nord):

15.9.1941, S. 804:

[...] *O. B.** bittet *O. K. H.* um Weisung, was im Fall eines Übergabeangebots von Leningrad zu geschehen hat. Seiner Auffassung nach muss Leningrad mindestens aller seiner mil. Machtmittel beraubt werden. Eine mil. Besetzung würde die klarsten Verhältnisse bringen (1 A. K. mit 2 Divn., dabei SS-Pol. Div., bis auf Weiteres, äusserer Abschliessungsring) und ist auch aus wehrwirtschaftlichen Gründen dringend geboten, und die Masse der 18. Armee würde freiwerden [...]

17.9.1941, S. 818: Beurteilung der Lage durch *O. B.**:

[...] Leningrad selbst soll mit Flüchtlingen aus Krasnogwardaisk, Krasnoje Selo und Kolpino überfüllt sein. Die Brotrationen scheinen schon herabgesetzt zu sein. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass wir nun nach der Ablösung, wenn die Front neu aufgebaut ist, rasch in Richtung Leningrad vordringen. Wie die Stadt selbst zu behandeln sein wird, ob eine etwaige Übergabe anzunehmen ist, ob sie zusammenzuschies- sen ist, oder ob sie auszuhungern ist, darüber liegt leider bisher eine Entscheidung des Führers nicht vor. [...]

* = Oberbefehlshaber der H. Gr. Nord, Generalfeldmarschall von Leeb

18.9.1941, S. 830: Gespräch mit dem Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Halder:

[...] d) *Einschliessung Leningrads und allenfallsige Kapitulation*. Gen. Oberst Halder empfiehlt, sich in der Einschliessungslinie mit allen Mitteln zur Abwehr von Ausbruchversuchen einzurichten (Minen, Sperrungen), da bestimmt mit schwersten Ausbruchversuchen gerechnet werden müsse.

Eine Kapitulation Leningrads soll keinesfalls ohne Rücksprache mit O.K.H. abgeschlossen werden. Komme ein Übergabeangebot, so sei lediglich festzustellen: Wer bietet an, was bietet er an, welche Vollmachten hat er?

Mit diesen Unterlagen solle beschleunigt die Entscheidung des O.K.H. (O.K.W.) herbeigeführt werden.

Quelle: BA-MA, RH 19 III / 167.

Vortragsnotiz der Abteilung L im OKW / Wfst. vom 21.9.1941:

Geheime Kommandosache

Abteilung Landesverteidigung
09119/41 gKdos. (I Op.)

F. H. Qu., den 21.9.41
6 Ausfertigungen
6. Ausfertigung

Vertragsnotiz Leningrad

Möglichkeiten:

1. Stadt besetzen, also so verfahren, wie wir es mit anderen russischen Grossstädten gemacht haben: Abzulehnen, weil uns dann die Verantwortung für die Ernährung zufiele.
2. Stadt eng abschliessen, möglichst mit einem elektrisch geladenen Zaun umgeben, der mit M. Gs. bewacht wird:
Nachteile: Von etwa 2 Millionen Menschen werden die Schwachen in absehbarer Zeit verhungern, die Starken sich dagegen alle Lebensmittel sichern und leben bleiben. Gefahr von *Epidemien*, die auf unsere Front übergreifen. Ausserdem fraglich, ob man unseren Soldaten zumuten kann, auf ausbrechende Frauen und Kinder zu schiessen.
3. Frauen, Kinder, alte Leute durch Pforten des Einschliessungsringes abziehen, Rest verhungern lassen:

- a) Abschieben über den Wolchow hinter die feindliche Front *theoretisch* gute Lösung, praktisch aber kaum durchführbar. Wer soll Hunderttausende zusammenhalten und vorwärtstreiben? Wo ist dann die russische Front?
- b) Verzichtet man auf den Abmarsch hinter die russische Front, verteilen sich die Herausgelassenen über das Land.
- Auf alle Fälle bleibt Nachteil bestehen, dass die verhungerte Restbevölkerung Leningrads einen Herd für Epidemien bildet und dass die Stärksten noch lange in der Stadt weiterleben.
4. Nach Vorrücken der Finnen und vollzogener Abschliessung der Stadt wieder hinter die Newa zurückgehen und das Gebiet nördlich dieses Abschnitts den Finnen überlassen.
- Finnen haben inoffiziell erklärt, sie würden Newa gern als Landesgrenze haben, Leningrad müsse aber weg. Als politische Lösung gut. Frage der Bevölkerung Leningrads aber nicht durch Finnen zu lösen. Das müssen wir tun.

Ergebnis und Vorschlag:

Befriedigende Lösung gibt es nicht. H. Gr. Nord muss aber, wenn es so weit ist, einen Befehl bekommen, der wirklich durchführbar ist.

Es wird vorgeschlagen:

- a) Wir stellen vor der Welt fest, dass Stalin Leningrad als Festung verteidigt. Wir sind also gezwungen, die Stadt mit ihrer Gesamtbevölkerung als militärisches Objekt zu behandeln. Trotzdem tun wir ein Übriges: Wir gestatten dem Menschenfreund Roosevelt, nach einer Kapitulation Leningrads die nicht in Kriegsgefangenschaft gehenden Bewohner unter Aufsicht des Roten Kreuzes auf neutralen Schiffen mit Lebensmitteln zu versorgen oder in seinen Erdteil abzubefördern und sagen für diese Schiffsbewegung freies Geleit zu (Angebot kann selbstverständlich nicht angenommen werden, nur propagandistisch zu werten).
- b) Wir schliessen Leningrad zunächst hermetisch ab und schlagen die Stadt, soweit mit Artillerie und Fliegern möglich, zusammen (vorerst nur schwache Fliegerkräfte verfügbar!).
- c) Ist die Stadt dann durch Terror und beginnenden Hunger reif, werden einzelne Pforten geöffnet und Wehrlose herausgelassen. Soweit möglich, Abschub ins innere Russland. Rest wird sich zwangsläufig über das Land verteilen.
- d) Rest der «Festungsbesatzung» wird den Winter über sich selbst überlassen. Im Frühjahr dringen wir dann in die Stadt ein (wenn die Finnen es vorher tun, ist nichts einzuwenden), führen das, was noch lebt, nach Innerussland bzw. in die Gefangenschaft, machen Leningrad durch Sprengungen dem Erdboden gleich und übergeben den Raum nördlich der Newa den Finnen.

(Paraph von v. Lossberg)

Quelle: BA-MA, RW 4 / v. 578.

Schreiben Jodls an den Oberbefehlshaber des Heeres vom 7.10.1941:

Geheime Kommandosache

Oberkommando der Wehrmacht
Nr. 44 1675 / 41 g. K. Chefs. Wfst / Abt. L (I Op.)

F. H. Qu., den 7.10.41

Chefsache
Nur durch Offizier!
Bezug: OKH (Op. Abt.) Nr. 41 244 / 41 g. K. vom 18.9.41

14 Ausfertigungen
2. Ausfertigung

An

Ob. d. H. (Op. Abt.)

Der Führer hat erneut entschieden, dass eine Kapitulation von Leningrad oder später von Moskau nicht anzunehmen ist, auch wenn sie von der Gegenseite angeboten würde.

Die moralische Berechtigung zu dieser Massnahme liegt vor aller Welt klar. Ebenso wie in Kiew durch Sprengungen mit Zeitzündern die schwersten Gefahren für die Truppe entstanden sind, muss damit in Moskau und Leningrad in noch stärkerem Masse gerechnet werden. Dass Leningrad unterminiert sei und bis zum letzten Mann verteidigt würde, hat der sowjetrussische Rundfunk selbst bekanntgegeben. Schwere Seuchengefahren sind zu erwarten.

Kein deutscher Soldat hat daher diese Städte zu betreten. Wer die Stadt gegen unsere Linien verlassen will, ist durch Feuer zurückzuweisen. Kleinere, nicht gesperrte Lücken, die ein Herausströmen der Bevölkerung

nach Innerrussland ermöglichen, sind daher nur zu begrüßen. Auch für alle übrigen Städte gilt, dass sie vor der Einnahme durch Artilleriefeuer und Luftangriffe zu zermürben sind und ihre Bevölkerung zur Flucht zu veranlassen ist.

Das Leben deutscher Soldaten für die Errettung russischer Städte vor einer Feuersgefahr einzusetzen oder deren Bevölkerung auf Kosten der deutschen Heimat zu ernähren, ist nicht zu verantworten.

Das Chaos in Russland wird umso grösser, unsere Verwaltung und Ausnützung der besetzten Ostgebiete umso leichter werden, je mehr die Bevölkerung der sowjetischen Städte nach dem Innern Russlands flüchtet.

Dieser Wille des Führers muss sämtlichen Kommandeuren zur Kenntnis gebracht werden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

i. A.

gez. Jodl

F. d. R.

(Unterschrift) (unleserlich)

Hauptmann d. G.

Quelle: IMT, Bd. 34, S. 425-427 (Dok. 123-C).

Weitere Auszüge aus dem Kriegstagebuch der HGr. Nord:

12.10. 1941, S. 1036:

[...] *OKH / Op. Abt.* übermittelt *H. Gr.* Befehl des OKW: [...] – folgt Text des bevorstehenden Jodl-Befehls v. 7.10.41]

Zusatz des OKH: Um die Durchführung dieser Massnahme durch die Truppe zu erleichtern, ist der jetzige Einschliessungsring Leningrad nur dort weiter zu verengen, wo dies aus taktischen Gründen unbedingt erforderlich ist. [...]

Es ist heute die Entscheidung des OKW bezüglich der Stadt Leningrad gekommen; danach darf eine Kapitulation nicht angenommen werden. In einem Schreiben der *H. Gr.* an das OKH wurde darauf hin angefragt, ob denn nicht in diesem Falle die russ. Truppen in die Kriegsgefangenschaft abgeführt werden können. Soll das nicht geschehen, so führt der Russe einen Verzweigungskampf weiter, der unsererseits Opfer, und wahrscheinlich schwere fordern wird. [...]

17.10. 1941, S. 1072:

[...] *OKH bittet H. Gr. um sofortige Meldung, falls die roten Truppen in Leningrad eine Kapitulation anbieten, da erst zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung an oberster Stelle* über die weitere Behandlung dieser Frage getroffen werden wird. – Weitergegeben an AOK 18.

24.10.1941, S. 1124 ff: *la-Offizier berichtet von Frontreise zur 18. Armee:*

[...].2. Bei allen aufgesuchten Stellen wurde die Frage aufgeworfen, wie man sich zu verhalten hat, wenn die Stadt Leningrad ihre Übergabe anbietet und wie man sich gegenüber der aus der Stadt herausströmenden hungernden Bevölkerung verhalten soll. Es entstand der Eindruck, dass die Truppe vor diesem Augenblick grosse Sorgen hat. Der Kdr. der 58.1.D. betonte, dass er in seiner Div. den Befehl gegeben hat, den er auch von höherer Stelle erhielt und der den gegebenen Weisungen entspricht, dass auf derartige Ausbrüche zu schiessen ist, um sie gleich im Keime zu ersticken. Er war der Ansicht, dass die Truppe diesen Befehl auch ausführen wird. Ob sie aber die Nerven behält, bei wiederholten Ausbrüchen immer wieder auf Frauen und Kinder und wehrlose alte Männer zu schiessen, bezweifelte er. Bemerkenswert ist seine Äusserung, dass er vor der militärischen Gesamtlage, die gerade bei seinem Flügel bei Uritz immer gespannt sei, keine Angst habe, dass aber die Lage gegenüber der Zivilbevölkerung immer Angst verursache. Dies sei nicht nur bei ihm, sondern bis zur Truppe herunter der Fall. In der Truppe bestehe volles Verständnis dafür, dass die Millionen Menschen, die in Leningrad eingeschlossen seien, von uns nicht ernährt werden können, ohne dass sich dies auf die Ernährung im eigenen Land nachteilig auswirkt. Aus diesem Grunde würde der deutsche Soldat auch mit Anwendung der Waffe derartige Ausbrüche verhindern. Nur zu leicht könne das aber dazu führen, dass der deutsche Soldat dadurch seine innere Haltung verliert, d.h. dass er auch nach dem Kriege vor derartigen Gewalttätigkeiten nicht mehr zurückschrecke. Führung und Truppe bemühen sich eifrig, eine andere Lösung dieser Frage zu finden, haben aber bisher noch keinen brauchbaren Weg gefunden. [...]

AOK 18 macht darauf aufmerksam, dass z. Zt. nach Leningrad immer noch Flugblätter hereingeworfen werden, die zum Überlaufen auffordern. Das steht nicht im Einklang mit der Weisung, dass Überläufer

nicht angenommen werden dürfen. Zunächst werden Überläufer, die Soldaten sind (das sind täglich rund 100-120 Mann), noch angenommen. Eine Änderung der Flugblattpropaganda soll aber eintreten. [...]

27.10.1941, S. 1148:

[...] 2. Die Frage Leningrad und besonders der dortigen Zivilbevölkerung beschäftigt O. B. in starkem Masse. Ob. d. H. hat vorgeschlagen, vorwärts der eigenen Linien Minenfelder auszulegen, um der Truppe den unmittelbaren Kampf gegen die Zivilbevölkerung zu ersparen. Wenn sich die roten Truppen im Raum um Leningrad und Kronstadt ergeben, die Waffen abgeliefert und in Gefangenschaft abgeführt sind, sieht O. B. keinen Grund mehr, die Einschliessung der Stadt aufrecht zu erhalten. Die Truppe wird in die Unterkunftsräume verlegt werden. Auch dann wird ein grosser Teil der Bevölkerung zu Grunde gehen, aber doch wenigstens nicht unmittelbar vor unseren Augen. Auch die Möglichkeit, Teile der Bevölkerung auf der Strasse nach Wolchowstroj abzuschieben, muss überlegt werden. [...]

Quelle: Halder, Kriegstagebuch, a. a. O., Bd. III, S. 514.

Auszug aus dem persönlichen Kriegstagebuch von Generaloberst Halder:

Notizen aus Besprechung mit List bei Hitler und Einzelnotizen vom 31.8.1942.

[...] Stalingrad: männliche Bevölkerung vernichten, weibliche abtransportieren.

Quelle: Halder, KTB, Bd. III, a. a. O., S. 514.

18) Anfrage des OKH beim OKWwegen Behandlung sowjetischer Politruks vom 16.8.1941 mit Antwort vom 18.8.1941.

Oberkommando des Heeres
General z. .b. V. beim
Oberbefehlshaber des Heeres
Az. 500 Gen. z. b. V. b. Obdh. (Gr. R. Wes)
Nr. 412/41 g. Kdos.

H. Qu.-OKH., den 16.8.1941
Geheime Kommandosache
2 Ausfertigungen.
I. Ausfertigung

An das Oberkommando der Wehrmacht (Abtl. L.)

Betr.: Behandlung politischer Kommissare.
Bezug: OKW v. 6. 6.41 WFSu/Abt. L
(IV/Qu) Nr. 44821/41 g Kdos Chfs.

Eine Heeresgruppe hat angefragt, ob politische Gehilfen bei den Kompanien (Politruks) als politische Kommissare im Sinne der «Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare» anzusehen und entsprechend zu behandeln seien.

Es wird gebeten, diese Frage baldmöglichst zu klären.

I. A.
gez.: Dr. Lattmann

Entwurf

Oberkommando der Wehrmacht
WFSu/Abt. L (IV/Qu) Nr.
001797/41 g. Kdos.

F. H.Qu., den 18.8.1941
Stempel:
[Geheime Kommandosache]
3 Ausfertigungen
3. Ausfertigung

Bezug: OKH / Gen. z. b. V. beim Oberbefehlshaber des Heeres (Gruppe R. Ws.) Nr. 412/41 g. Kdos. vom 16.8.1941.

Betr.: Behandlung politischer Kommissare.

(handschr.)
V. 19./8.
ab 21.8.41
Doe.

An General z. b. V.
beim Oberbefehlshaber des Heeres.

Die politischen Gehilfen bei den Kompanien (Politruks) sind als politische Kommissare im Sinne der «Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare» anzusehen und entsprechend zu behandeln.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

I. A.
gez.: J [odl]

([handschr.] *Vermerk* von Warlimont:)

Abschrift WR

Nach Angabe *Fr. Heere Ost* sind die Politruks als pol. Kommissare anzusehen. Sie zählen nicht zu den Soldaten.

Wa. 20/8.

Ouelle: BA-MA. Alliierte Prozesse 9/NOKW-252.

19) *Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht Nr. 2 der Panzergruppe 3, Abt. I c vom 19.8.1941*
(zu Januar – Juli 1941).

Panzergruppe 3
Abt. I c

vom 19.8.1941

Tätigkeitsbericht Nr. 2

Januar-Juli 1941

Feldzug gegen die Sowjet-Union.

Vorbereitungen.

Feldzug bis zum Ende der Schlacht bei Smolensk.

(handschriftlicher Vermerk: Gesehen, 25.9.41, Hoth)

S. 25:

[...] Die Sonderbehandlung der politischen Kommissare durch die Truppe führte zu einem baldigen Bekanntwerden auf der russischen Seite und Verschärfung des Widerstandswillens. Die Sonderbehandlung hätte zur Vermeidung des Bekanntwerdens erst in weit rückwärts gelegenen Lagern durchgeführt werden dürfen. Auch die meisten gefangenen Rotarmisten und Offiziere glauben an eine solche Sonderbehandlung, die ihnen in Dienstbefehlen und auch von entflohenen politischen Kommissaren berichtet wurde. [...]

S. 29:

Rechtsfragen.

A. *Behandlung von Freischärlern usw.*

Am 11.6. wurde der Ic und der Heeresrichter der Gruppe nach Warschau zu einer Besprechung des Generals z. b. V. beim Ob. d. H. kommandiert. General z. b. V., Generalleutnant Müller, führte nach Verlesen des Führererlasses aus, dass im kommenden Einsatz *Rechtsempfinden u. U. hinter Kriegsnotwendigkeit* zu treten habe. Erforderlich ist daher:

Rückkehr zum alten Kriegsbrauch; unser bisheriges Kriegsrecht ist erst nach dem Weltkrieg festgelegt. Einer von beiden Feinden muss auf der Strecke bleiben; Träger der feindlichen Einstellung nicht konservieren, sondern erledigen.

Unter den Begriff «Freischärer» fällt auch der, der als Zivilist die deutsche Wehrmacht behindert oder zur Behinderung auffordert (z.B. Hetzer, Flugblattverteiler, nicht befolgen deutscher Anordnungen, Brandstifter, zerstören von Wegweisern, Vorräten, u.a.w.).

Das Recht des freiwilligen Waffenergreifens durch die Bevölkerung wird nicht anerkannt. Auch wehrsportliche Vereinigung (Komsomol, Ossoaviachim) hat dieses Recht nicht.

Bestrafung. Grundsatz: sofort, jedenfalls kein Aufschieben der Verfahren. Bei *Einzelpersonen* kann in leichten Fällen u. U. auch Prügelstrafe genügen.

Die Härte des Krieges erfordert harte Strafen (Erinnerung an Weltkrieg: Der Russe in Gumbinnen: Erschiessen aller an der Strecke Tilsit – Insterburg wohnenden Dorfbewohner, falls die Strecke beschädigt würde).

In Zweifelsfällen über Täterschaft wird häufig der Verdacht genügen müssen. Klare Beweise lassen sich oft nicht erbringen.

S. 30:

Kollektive Gewaltmassnahmen durch Niederbrennen. Erschiessen einer Gruppe von Leuten usw. Truppe soll sich aber nicht ablenken lassen oder im Blutausch handeln. Kein unnötiges Scharfmachen, also nur soweit, als zur Sicherung der Truppe und raschen Befriedung des Landes erforderlich.

Bei *Einzelpersonen* trifft die *Entscheidung* jeder Offizier, bei kollektiven Gewaltmassnahmen jeder Offizier von der Stellung eines Bataillons-Kommandeurs an aufwärts.

B. Bei Vergehen oder Verbrechen eigener Soldaten gegenüber Landeseinwohnern entscheidet der Gerichtsherr, ob gerichtlich oder disziplinar der Fall erledigt werden soll. Seiner Ansicht entgegenstehende Vorschriften sind damit aufgehoben.

C. Bei rückschauender Betrachtung am 14.8. ist festzustellen, dass entgegen den Erwartungen Freischärerei nur in geringem Umfange vorgekommen ist und infolgedessen die strengen Strafen nur vereinzelt zur Anwendung kommen brauchten. Dagegen hat sich erwiesen, dass die *politischen Kommissare* Willensträger der bolschewistischen Idee waren. Die geistige Beeinflussung der von ihnen erfassten Truppe war erheblich. Der zähe Widerstand der bolschewistischen Truppe ist wohl in erster Linie auf seine Hetze zurückzuführen, die zahllosen Soldaten glaubhaft machte, dass ihnen Durchhalten im Kampf oder martervolle Tötung nach Gefangennahme durch die Deutschen nur zur Wahl bliebe. In den ersten Kampfwochen wurden politische Kommissare und Offiziere nur in geringem Umfang gefangengenommen. Bis Anfang August wurden im ganzen Gruppenbereich etwa 170 politische Kommissare (innerhalb der Truppe) gefangen und als gesondert abgeschoben* von den A. K.'s gemeldet. Die Durchführung bildete kein Problem für die Truppe. [...]

* Hier als Deckwort zu verstehen.

Quelle: BA-MA, RH21-3/v. 43; unvollständig abgedruckt bei H.-A. Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener. In: Anatomie des SS-Staates. Bd. 3. München 1967, S. 192 (Dok. Nr. 14) und S. 195 (Dok. Nr. 19).

20) *Auszug aus dem Kriegstagebuch Nr. 9 des A.O.K. 6 vom 9.10.1941 mit Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee, Generalfeldmarschall von Reichenau, vom 10.10.1941 und Befehl des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall von Rundstedt, vom 12.10.1941 sowie dem Schreiben des Generalquartiermeisters des Heeres vom 28.10.1941.*

S. 83 des Kriegstagebuches Nr. 9 – Armee-Oberkommando 6, Führungsabteilung (30.9. 1941-31.12.1941)

noch 9.10.41 [...] Hinsichtlich des Verhaltens der Truppe gegenüber dem bolschewistischen System bestehen vielfach noch unklare Vorstellungen. Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdischbolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses.

ses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden. Über die daraus sich ergebenden Folgerungen spricht sich eine Verfügung des Herrn Oberbefehlshabers aus, die bis zu den Kpn. verteilt wird.

[rechts auf S. 84: Anlage 324] *Quelle:* BA-MA, RH 20-6/131.

Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee, Generalfeldmarschall von Reichenau, vom 10.10.1941:
[Anlage 324]

Armee-Oberkommando 6
Abt. I a – Az. 7

A. H. Qu., 10. Oktober 1941

Betr.: Verhalten der Truppe im Ostraum

Hinsichtlich des Verhaltens der Truppe gegenüber dem bolschewistischen System bestehen vielfach noch unklare Vorstellungen.

Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden.

Deshalb muss der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäss stets von Juden angezettelt wurden, im Keime zu ersticken. Der Kampf gegen den Feind hinter der Front wird noch nicht ernst genug genommen. Immer noch werden heimtückische, grausame *Partisanen* und entartete Weiber zu Kriegsgefangenen gemacht, immer noch werden halb uniformierte oder in Zivil gekleidete Heckenschützen und Herumtreiber wie anständige Soldaten behandelt und in die Gefangenenerlager abgeführt. Ja, die gefangenen russischen Offiziere erzählen hohnlächelnd, dass die *Agenten der Sowjets* sich unbehelligt auf den Strassen bewegen und häufig an den deutschen Feldküchen mitessen. Ein solches Verhalten der Truppe ist nur noch durch völlige Gedankenlosigkeit zu erklären. Dann ist es aber für die Vorgesetzten Zeit, den Sinn für den gegenwärtigen Kampf wachzurufen.

Das *Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen*, die nicht im Dienste der Wehrmacht stehen, an Truppenküchen ist eine ebenso missverstandene Menschlichkeit wie das Verschenken von Zigaretten und Brot. Was die Heimat unter grosser Entsagung entbehrt, was die Führung unter grössten Schwierigkeiten nach vorne bringt, hat nicht der Soldat an den Feind zu verschenken, auch nicht, wenn es aus der Beute stammt. Sie ist ein notwendiger Teil unserer Versorgung.

Die Sowjets haben bei ihrem Rückzug häufig Gebäude in Brand gesteckt. Die Truppe hat nur soweit ein Interesse an Löscharbeiten, als notwendige Truppenunterkünfte erhalten werden müssen. Im übrigen liegt das Verschwinden der Symbole einstiger Bolschewistenherrschaft, auch in Gestalt von Gebäuden, im Rahmen des Vernichtungskampfes. Weder geschichtliche, noch künstlerische Rücksichten spielen hierbei im Ostraum eine Rolle. Für die Erhaltung der wehrwirtschaftlich wichtigen Rohstoffe und Produktionsstätten gibt die Führung die notwendigen Weisungen.

Die restlose *Entwaffnung der Bevölkerung* im Rücken der fechtenden Truppe ist mit Rücksicht auf die langen, empfindlichen Nachschubwege vordringlich. Wo möglich, sind Beutewaffen und Munition zu bergen und zu bewachen. Erlaubt dies die Kampfplage nicht, so sind Waffen und Munition unbrauchbar zu machen. Wird im Rücken der Armee Waffengebrauch einzelner Partisanen festgestellt, so ist mit drakonischen Massnahmen durchzugreifen. Diese sind auch auf die männliche Bevölkerung auszudehnen, die in der Lage gewesen wäre, Anschläge zu verhindern. Die Teilnahmslosigkeit zahlreicher angeblich sowjetfeindlicher Elemente, die einer abwartenden Haltung entspringt, muss einer klaren Entscheidung zur aktiven Mitarbeit gegen den Bolschewismus weichen. Wenn nicht, kann sich niemand beklagen, als Angehöriger des Sowjetsystems gewertet und behandelt zu werden. Der Schrecken vor den deutschen Gegenmassnahmen muss stärker sein als die Drohung der umherirrenden bolschewistischen Restteile.

Fern von allen politischen Erwägungen der Zukunft hat der Soldat zweierlei zu erfüllen:

1. die völlige Vernichtung der bolschewistischen Irrlehre, des Sowjetstaates und seiner Wehrmacht,
2. die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit und damit die Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Russland.

Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der *asiatischjüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien.*

Der Oberbefehlshaber:
(gez.) v. Reichenau
Generalfeldmarschall

Verteilt:
bis zu den Kpn. usw.

Quelle: BA-MA, RH 20-6/493.

Befehl des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall von Rundstedt, vom 12.10.1941.

Geheim

Oberkommando der Heeresgruppe Süd
I a Nr. 2682/41 geh.

H. Qu., den 12.10.1941
(Stempel:)
Zum Kriegstagebuch
Anlage Nr. 1092

An
A.O.K. 11
A.O.K. 17
Pz. A.O.K. 1
Befh. rückw. H. Geb. Süd
nachr.: Mil. Befh. Ukraine A.O.K. 6 (ohne Anlage).

In der Anlage gebe ich einen Befehl vom 10. 10. 41 des Oberbefehlshabers der 6. Armee über «Verhalten der Truppe im Ostraum» zur Kenntnis, mit dessen Inhalt ich mich voll einverstanden erkläre. Ich stelle zur Erwägung, im dortigen Befehlsbereich, sinngemässe, den örtlichen Verhältnissen angepasste Weisungen zu erlassen, sofern dies noch nicht geschehen ist. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Überwinterung und die geringen Kräfte in den rückwärtigen Gebieten ist die noch vielfach anzutreffende Sorglosigkeit und Weichheit nach dem eigentlichen Kampf nicht tragbar.

– I Anlage –

gez. v. Rundstedt

(Anlage: Abschrift des Befehls v. 10. 10. 1941 [hier weggelassen]).

Quelle: BA-MA. Alliierte Prozesse 9/NOKW 309.

Der Reichenau-Befehl wurde mit nachstehendem Schreiben des Generalquartiermeisters des Heeres, General Wagnei, als «Musterbefehl» vorgestellt:

Abschrift von Abschrift

Oberkommando des Heeres
Gen.St.d.H./Gen. Qu.
Abt. K. Verw. (Qu. 4/B)
II 74 98/41 g.

H. Qu. OKH, den 28.10.41

Geheim!

Betr.: Verhalten der Truppe im Ostraum.

Auf Anordnung des Herrn Oberbefehlshabers des Heeres wird anliegend Abschrift eines vom Führer als ausgezeichnet bezeichneten Befehls des Oberbefehlshabers der 6. Armee über das Verhalten der Truppe im

Ostrau übersandt mit der Bitte – soweit nicht bereits geschehen – im gleichen Sinne entsprechende Anordnungen zu erlassen.

i. A.
gez. Wagner

Quelle: IMT, Bd. 35, 2, S. 84.

Dementsprechend wurden weitere Befehle mit ähnlichem Text von den übrigen Befehlshabern und Kommandeuren an die Truppe erteilt. Zum Teil wurde der Reichenau-Befehl in Abschrift mit ergänzenden Erläuterungen bekanntgegeben (vgl. Befehl des Oberbefehlshabers der 16. Armee, Generaloberst Busch, v. 6.11.1941, in: BA-MA, RH 20-16/1015).

21) *Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 17. Armee, Generaloberst Hoth, vom 17.11.1941.*

Armee-Oberkommando 17
I a Nr. 0973/41 geh.

A. Gef. St., den 17.11.1941

Verhalten der deutschen Soldaten im Ostrau.

1. Aus Beobachtungen während meiner Dienstreisen und aus Unterhaltungen mit Offizieren und Mannschaften der Truppe habe ich den Eindruck, dass keine *einheitliche Auffassung* über unsere Aufgaben in dem von uns eroberten Gebiet und über die daraus sich ergebende Haltung des Soldaten besteht. Ich gebe in Nachstehendem unzweideutig die Auffassung wieder, die durch den Führer wiederholt ausgesprochen ist und die daher für die gesamte Wehrmacht allein als Richtschnur zu gelten hat. Sie sind in den nächsten Wochen zum *Gegenstand von Besprechungen innerhalb der Offz.-Korps*, auch der Versorgungstruppen zu machen.

I.

2. *Der Ostfeldzug* muss anders zu Ende geführt werden als z.B. der Krieg gegen die Franzosen. Es ist uns in diesem Sommer immer klarer geworden, dass hier im Osten *zwei innerlich unüberbrückbare Anschauungen* gegeneinander kämpfen: Deutsches Ehr- und Rassegefühl, Jahrhunderte altes deutsches Soldatentum gegen asiatische Denkungsart und ihre, durch eine kleine Anzahl, meist jüdischer Intellektueller aufgepeitschten primitiven Instinkte: Angst vor der Knute, Missachtung sittlicher Werte, Nivellierung nach unten, Wegwerfen des eigenen wertlosen Lebens.

Stärker denn je tragen wir in uns den Glauben an eine Zeitenwende, in der dem deutschen Volke kraft der Überlegenheit seiner Rasse und seiner Leistungen die Führung Europas übertragen ist. Klar erkennen wir unsere Sendung, die europäische Kultur zu retten vor dem Vordringen asiatischer Barbarei. Wir wissen jetzt, dass wir gegen einen erbitterten und zähen Gegner zu kämpfen haben. Dieser Kampf kann nur mit der Vernichtung des einen oder des anderen enden; einen Ausgleich gibt es nicht.

3. *Dieser Kampf hat folgende Ziele:*

- a) Die rote Kriegsheerwehrmacht bis zur Unmöglichkeit ihrer Wiederherstellung niederzurufen.
- b) die russische Bevölkerung von der Machtlosigkeit ihrer bisherigen Gebieter und dem unerbittlichen Willen des Deutschen, diese Machthaber als Träger des bolschewistischen Gedankens auszurotten, zu durchdringen.
- c) Das eroberte Gebiet bis zum letzten auszunutzen, um die Versorgung der Heimat zu entlasten.

I.

4. In 5 Monaten ununterbrochener Erfolge ist das *militärische Ziel dieses Feldzuges erreicht*. Das gewaltige Sowjetreich ist zu grösseren Operationen und zusammenhängenden Widerstand unfähig. Es war nicht zu erwarten, dass ein so grosses Reich in einem einzigen kurzen Sommer- und Herbstfeldzug zusammenbrechen werde. Es gilt jetzt, das für die Rüstung und Gesamtwirtschaft des Gegners so wichtige Industrie-

gebiet noch endgültig zu säubern. Ausserdem muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass der Feind im Winter ungestört sein schwer erschüttertes Heer, wenn auch nicht mehr in alter Stärke, wieder aufbaut.

5. Es wird daher in diesem Winter *kein völliger Stillstand* der Operationen eintreten. Unmögliches wird der Führer auch hierbei vom deutschen Soldaten nicht fordern. Kein deutscher Truppenverband wird dem russischen Winter geopfert werden.

Wir werden uns auf die besonderen Bedingungen der Kriegführung im russischen Winter vorbereiten. Die Massnahmen hierzu laufen. Ausserdem wird die notwendige Zeit zur Erholung und Auffrischung der eigenen Truppen und für Sicherstellung der Versorgung gegeben werden. Aber auch während dieser Operationspause müssen Teile der Truppe im Sicherheitsdienst am Feind und im Bereich der rückw. Verbindungen eingesetzt werden. Durch Aufklärung muss die Fühlung mit dem Gegner erhalten werden.

II.

Kampf gegen den Bolschewismus:

6. Ich verlange, dass jeder Soldat der Armee, stolz auf unsere Erfolge durchdrungen ist von dem Gefühl unbedingter Überlegenheit. *Wir sind die Herren dieses Landes*, das wir erobert haben. Nicht in sattem Ausruhen, in Nachlässigkeit der Haltung und des Anzugs oder gar in selbststüchtigen Übergriffen Einzelner prägt sich unser Herrentum aus, sondern im bewussten Gegensatz zum Bolschewismus, in strengster Maneszucht, unerbittlicher Entschlossenheit und unermüdlicher Wachsamkeit.

7. Gegenüber dem roten Gegner ist der Krieg mit dem Erlöschen des Kampfes nicht beendet. Die Absicht des Feindes, der uns im offenen Kampfe nicht besiegen konnte, uns im Laufe des Winters durch Kleinkrieg müde zu machen, darf nicht durch *deutsche Sorglosigkeit* und Gutmütigkeit gelingen. Daher Augen auf für alles, was uns feindlich oder nur gleichgültig gegenüber steht! Wer sich nicht an der Bekämpfung *roter Partisanen* beteiligt, indem er uns von ihrer Tätigkeit Nachricht gibt, ist unser Feind und wird entsprechend behandelt. Die Furcht der Bevölkerung vor unseren Gegenmassnahmen sei stärker als der Schrecken vor Erpressungen roter Führer.

8. *Mitleid und Weichheit gegenüber der Bevölkerung* ist völlig fehl am Platz. Rote Soldaten haben unsere verwundeten Kameraden viehisch ermordet; sie haben Gefangene misshandelt und getötet. Daran wollen wir uns erinnern, wenn die Bevölkerung, die einst das bolschewistische Joch geduldet hat, uns jetzt mit Freundlichkeit und Unterwürfigkeit für sich einnehmen will. *Volksdeutschen Teilen* ist mit Selbstbewusstsein und ruhiger Zurückhaltung entgegenzutreten.

Die Bekämpfung eintretender Ernährungsschwierigkeiten ist der Selbstverwaltung der Feindbevölkerung zu überlassen. Jede Spur aktiven oder passiven Widerstandes und irgendwelcher Machenschaften bolschewistisch-jüdischer Hetzer ist sofort erbarmungslos auszurotten. *Die Notwendigkeit harter Massnahmen gegen volks- und artfremde Elemente muss gerade von den Soldaten verstanden werden.* Diese Kreise sind die geistigen Stützen des Bolschewismus, die Zuträger seiner Mordorganisation, die Helfer der Partisanen. Es ist die gleiche jüdische Menschenklasse, die auch unserem Vaterlande durch ihr volk- und kulturfeindliches Wirken so viel geschadet hat, heute in der ganzen Welt deutsch-feindl. Strömungen fordert und Träger der Rache sein will. Ihre Ausrottung ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Wer als Soldat an diesen Massnahmen Kritik übt, hat kein Gedächtnis für die frühere jahrelange, zersetzende und verräterische Tätigkeit jüdisch-marxistischer Elemente in unserem eigenen Volke.

III.

Ausnutzen des Landes:

9. Der natürliche *Reichtum der Ukraine* ist durch den Krieg schwer geschädigt. Wo der Feind Zeit hatte, hat er Erntevorräte weggeführt oder vernichtet; ein Teil der Ernte verkommt auf den Feldern. Vieh- und Pferdebestände sind durch Beitreibungen stark herabgesetzt. Dennoch muss das besetzte Gebiet in seiner Gesamtheit das deutsche Heer ernähren, das Saatgut für die Bestellung liefern und eine Hungersnot der Bevölkerung verhindern.

10. Es muss jedem Mann klar sein, dass die noch vorhandenen *Vorräte daher nicht dem Zugriff des Einzelnen* preisgegeben werden können, sondern der Allgemeinheit dienen. Wer sich an ihnen vergreift, schädigt die Gemeinschaft. Die Ausnutzung des Landes erfolgt planmässig durch Erfassungskommandos der Divn. und Korps. Beitreibungen auf Befehl eines Offz. sind nur zulässig, wenn die gelieferte Verpflegung versagt; die beigetriebenen Lebensmittel sind zu bezahlen. Alles andere ist «Plünderung» und wird nach den Kriegsgesetzen streng bestraft.

11. *Es ist Pflicht jedes Führers*, auch wenn er nicht den besonderen Auftrag dazu hat, Landesvorräte jeder Art vor dem Zugriff Einzelner zu bewahren, gegen plündernde einzelne Soldaten sofort einzuschreiten und *Emtevorräte*, die noch zu retten sind, zu bergen. Hierzu sind die Bewohner in weitem Umfange heranzuziehen. Von der *Bevölkerung* muss verlangt, nötigenfalls erzwungen werden, dass sie durch *Arbeit- und Hilfeleistung* den Zwecken der deutschen Wehrmacht und ihrer Versorgung sowie der gesamten deutschen Volkswirtschaft dient. Sie soll nicht weniger stramm arbeiten als unsere deutsche Heimat. Jeder ortsälteste

Offz. hat dies zu überwachen. In den einzelnen Rayons (Landkreise) sind landwirtschaftliche Führer aus Deutschland eingesetzt. Ich bitte, sie in ihrer verantwortungsvollen Arbeit auf jede Weise zu unterstützen.

V.

Der Offizier:

12. Für die Haltung der Truppe ist entscheidend die *Haltung der Offiziere und Unterführer*. Der einfache Mann denkt über den Feind oft strenger und härter als der Offizier. Darauf hat sich der Offizier einzustellen. Ein gesundes Gefühl des Hasses und der Ablehnung der vorgefundenen Zustände darf nicht unterdrückt, sondern muss gestärkt werden. Aber Rohheiten, Menschenchinderei und Quälereien sind eines «Herren» unwürdig. *Noch niemals hat der deutsche Offizier auf einem schwereren und verantwortungsvolleren Posten in der Geschichte gestanden, als in diesem Kriege*. An ihm wird es liegen, ob all diese Aufgaben erfüllt und all die grossen Anstrengungen des kommenden Winters und des weiteren Feldzuges von der ihm anvertrauten Truppe makellos durchgestanden werden. Je schwieriger die Aufgaben werden, umso mehr richten sich die Augen auf den Offizier. *Sein immer wieder bejahendes, beispielgebendes und ansponnendes Führertum und sein eiserner Führerwille müssen alle Kleinmütigkeit hinwegräumen*.

Über das Alltägliche hinweg wollen wir die *weltgeschichtliche Bedeutung unseres Kampfes gegen Sowjet-russland* nicht aus dem Auge verlieren. Die russische Masse hat seit 2 Jahrhunderten lähmend auf Europa gelegen. Rücksichten auf Russland und Sorge vor einer Invasion haben immer wieder die politischen Verhältnisse in Europa beherrscht und die friedliche Entwicklung gehemmt. Russland ist nicht ein europäischer, sondern ein asiatischer Staat. Jeder Schritt weiter in dieses freudlose, geknechtete Land lehrt diesen Unterschied. Von diesem Druck und den zerstörenden Kräften des Bolschewismus müssen Europa und insbesondere Deutschland für alle Zeiten freigemacht werden. Dafür kämpfen und arbeiten wir.

Der Oberbefehlshaber
Hoth
(Unterschrift)

Verteiler: Bis Rgter. u. selbst. Btle. pp. einschl. Bau- und Versorgungsstr., Kdeur. d. Heeres-Streifendienstes; Hausverteiler I a; Reserve = 10X

Quelle: BA-MA, RH 20-17/44.

22. *Armeebefehl des Oberbefehlshabers der 11. Armee, Generaloberst von Manstein, vom 20.11.1941.*

Armeeoberkommando 11
Abt. Ic/AO Nr. 2379/41 geh.

A. H. Qu. den 20.11.1941

Geheim!

Seit dem 22. 6. steht das deutsche Volk in einem Kampf auf Leben und Tod gegen das bolschewistische System.

Dieser Kampf wird nicht in hergebrachter Form gegen die Sowjetische Wehrmacht allein nach europäischen Kriegsregeln geführt.

Auch hinter der Front wird weitergekämpft: Partisanen, in Zivil gekleidete Heckenschützen, überfallen einzelne Soldaten und kleinere Trupps und suchen durch Sabotage mit Minen und Höllenmaschinen unseren Nachschub zu stören. Zurückgebliebene Bolschewisten halten durch Terror die vom Bolschewismus befreite Bevölkerung in Unruhe und suchen dadurch die politische und wirtschaftliche Befriedung des Landes zu sabotieren. Ernte und Fabriken werden zerstört und damit besonders die Stadtbevölkerung rücksichtslos dem Hunger ausgeliefert.

Das Judentum bildet den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung. Es hält stärker als in Europa alle Schlüsselpunkte der politischen Führung und Verwaltung, des Handels und des Handwerks besetzt und bildet weiter die Zelle für alle Unruhen und möglichen Erhebungen.

Das jüdisch-bolschewistische System muss ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen.

Der deutsche Soldat hat daher nicht allein die Aufgabe, die militärischen Machtmittel dieses Systems zu zerschlagen. Er tritt auch als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alle Grausamkeiten, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt wurden, auf.

Der Kampf hinter der Front wird noch nicht ernst genug genommen. Aktive Mitarbeit aller Soldaten muss bei der Entwaffnung der Bevölkerung, der Kontrolle und Festnahme aller sich herumtreibender Soldaten und Zivilisten und der Entfernung der bolschewistischen Symbole gefordert werden. Jede Sabotage muss sofort und mit schärfsten Massnahmen gesühnt, alle Anzeichen hierfür gemeldet werden.

Die Ernährungslage der Heimat macht es erforderlich, dass sich die Truppe weitgehendst aus dem Lande ernährt und dass darüberhinaus möglichst grosse Bestände der Heimat zur Verfügung gestellt werden. Besonders in den feindlichen Städten wird ein grosser Teil der Bevölkerung hungern müssen. Trotzdem darf aus missverständener Menschlichkeit nichts von dem, was die Heimat unter Entbehrung abgibt, an Gefangene und Bevölkerung – soweit sie nicht im Dienste der deutschen Wehrmacht stehen – verteilt werden. Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muss der Soldat Verständnis aufbringen. Sie ist auch notwendig, um alle Erhebungen, die meist von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken.

Aufgabe der Führer aller Grade ist es, den Sinn für den gegenwärtigen Kampf dauernd wach zu halten. Es muss verhindert werden, dass durch Gedankenlosigkeit der bolschewistische Kampf hinter der Front unterstützt wird.

Von den nichtbolschewistischen Ukrainern, Russen und Tataren muss erwartet werden, dass sie sich zu der neuen Ordnung bekennen. Die Teilnahmslosigkeit zahlreicher, angeblich sowjetfeindlicher Elemente muss einer klaren Entscheidung zur aktiven Mitarbeit gegen den Bolschewismus weichen. Wo sie nicht besteht, muss sie durch entsprechende Massnahmen erzwungen werden.

Die freiwillige Mitarbeit am Aufbau des besetzten Landes bedeutet für die Erreichung unserer wirtschaftlichen und politischen Ziele eine absolute Notwendigkeit.

Sie hat eine gerechte Behandlung aller nichtbolschewistischen Teile der Bevölkerung, die z.T. jahrelang gegen den Bolschewismus heldenhaft gekämpft haben, zur Voraussetzung.

Die Herrschaft in diesem Lande verpflichtet uns zur Leistung, zur Härte gegen sich selbst und zur Zurückstellung der Person. Die Haltung jedes Soldaten wird dauernd beobachtet. Sie macht eine feindliche Propaganda zur Unmöglichkeit oder gibt Ansatzpunkte für sie. Nimmt der Soldat auf dem Lande dem Bauern die letzte Kuh, die Zuchtsau, das letzte Huhn oder das Saatgut, so kann eine Belebung der Wirtschaft nicht erreicht werden.

Bei allen Massnahmen ist nicht der augenblickliche Erfolg entscheidend. Alle Massnahmen müssen deshalb auf ihre Dauerwirkung geprüft werden.

Achtung vor den religiösen Gebräuchen, besonders der der mohammedanischen Tataren, muss verlangt werden.

Im Verfolg dieser Gedanken kommt neben anderen durch die spätere Verwaltung durchzuführenden Massnahmen der propagandistischen Aufklärung der Bevölkerung, der Förderung der persönlichen Initiative z.B. durch Prämien, der weitgehenden Heranziehung der Bevölkerung zur Partisanenbekämpfung und dem Ausbau der einheimischen Hilfspolizei erhöhte Bedeutung zu.

Zur Erreichung dieses Zieles muss gefordert werden:

- Aktive Mitarbeit der Soldaten beim Kampf gegen den Feind im Rücken
- Bei Nacht keine einzelnen Soldaten,
- Alle Fahrzeuge mit ausreichender Bewaffnung,
- Selbstbewusste, nicht überhebliche Haltung aller Soldaten,
- Zurückhaltung gegenüber Gefangenen und dem anderen Geschlecht,
- Kein Verschwenden von Lebensmitteln.

Mit aller Schärfe ist einzuschreiten:

- Gegen Willkür und Eigennutz,
- Gegen Verwilderung und Undisziplin,
- Gegen jede Verletzung der soldatischen Ehre.

Verteiler: bis Rgt. und selbst. Btl.

Der Oberbefehlshaber:
v. Manstein

23. *Fernschreiben der Operationsabteilung des OKH an H. Gr. Mitte vom 24.12.1941 mit «Muster»-Tagesbefehl des Oberbefehlshabers des H. Gr. Süd, Generalfeldmarschall von Reichenau, vom 20.12.1941 (mit besonderer Billigung Hitlers).*

R. O. K. 4 / Ia Nr. 1186/42

Durchgangsferschriften
Geheim

HNOX 7067 26/12 41 1750

AN A. O. K. 4 =

NACHSTEHENDES FERNSCHREIBEN WIRD ZUR KENNNTNIS ÜBERSANDT:. – «FERNSCHREIBEN VON OKH GEN. ST. D. H. / OP. ABT. AN H. GR. MITTE. NACHSTEHENDER BEFEHL DER H. GR. SÜED WIRD ZUR KENNNTNIS DER HEERESGRUPPEN MITTE UND NORD GEBRACHT. DER BEFEHL HAT DIE BESONDERE BILLIGUNG DES FUEHRERS GEFUNDEN.. – TAGESBEFEHL. – H. QU., 20.12.41. –

STALIN HAT AM JAHRESTAGE DER BOLSCHEWISTISCHEN REVOLUTION BEFOHLEN, DASZ JEDER DEUTSCHE AUF RUSSISCHEM BODEN GETOETET WERDEN MUESSE, HAT ALSO DEN ABSOLUTEN VERNICHTUNGSKRIEG VERKUENDET.. –

DIE MOSKAUER HEERESBERICHTE SPRECHEN SEIT DIESER ZEIT NIE MEHR VON GEFANGENEN, SONDERN MELDEN NUR NOCH PHANTASTISCHE ZAHLEN VON TOTEN, DIE DER FEIND NIEMALS HAT SEHEN KOENNEN, FERNER RUEHMEN SIE RUSSISCHE TRUPPEN, WEIL SIE DEUTSCHE OFFIZIERE UND SOLDATEN NIEDERGEMACHT HABEN. AUCH DABEI WERDEN BELIEBIGE ZAHLEN GENANNT.. – AUCH UNTER HAERTESTER KRIEGSFUEHRUNG VON SOLDAT ZU SOLDAT IST ES BISHER NICHT UEBLICH GEWESEN, EINEN GEGNER NIEDERZUMACHEN. AUS DER OFFIZIELLEN RUSSISCHEN DARSTELLUNG GEHT ZU MINDESTEN DAS MORDGELUEST IHRER VOELLIG VERTIERTEN FUEHRUNG HERVOR.. – DEUTSCHE SOLDATEN.. –

IHR HABT DEN RUSSEN LANG GENUG ALS WILLENLOSES WERKZEUG IN DER HAND SEINER KOMMISSARE KENNEN GELERNT. ER IST IMSTANDE, JEDE GEMEINHEIT ZU BEGEHEN. ICH FUEHLE MICH VERPFLICHTET, EUCH DIESE TATSACHE MITZUTEILEN, DAMIT IHR GENAU WISZT, WAS IHR VON DER ROTEN BESTIE ZU ERWARTEN HABT. DENKT IN JEDEM KAMPFE DARAN, UND WENN ES HART AUF HART GEHT, SO VERKAUFT EUER LEBEN SO TEUER ALS MOEGLICH BIS ZUR LETZTEN PATRONE. LEBT DIESER GEIST WEITER IN EUCH, DANN WIRD AUCH KUEHNFTIG JEDER ANSTURM DES ROTEN GESINDELS VOR UNSERER LIEBLICHE BLUTIG ENDEN.. –

VON REICHENAU. – U.. –

OKH GEN. ST. D. H./ OP. ABT. (IN) R NR. 45 109/41 GEH. VOM 24.12.41»

HEERESGRUPPE MITTE ROEM EINS A NR. 3353/41 GEH. + + + +

Quelle: BA-MA, RH 20-4/279.

Zur Kritik an der eigenen militärisch-politischen Kriegführung vgl. die Dokumente in Abschnitt VII, S. 394ff.

IV. ZUR BEHANDLUNG DER KRIEGSGEFANGENEN

24. *Heydrichs Richtlinien zu den Säuberungen und Exekutionen in den Kriegsgefangenenlagern im Osten für die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD vom 17.7.1941.*

Geheime Reichssache!

Abschrift
Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
B. Nr. 21 B/41 gRs. IVA 1c

Berlin, den 17. Juli 1941
44 Ausfertigungen
27. Ausfertigung

Einsatzbefehl Nr. 8

Betr.: Richtlinien für die in die Stalags und Dulags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD.

Anl.: 2 geheftete Anlagen 1 und 2,
1 lose Anlage

In der Anlage übersende ich Richtlinien über die Säuberung der Gefangenenlager, in denen Sowjetrussen untergebracht sind. Diese Richtlinien sind im Einvernehmen mit dem OKW – Abteilung Kriegsgefangene – (s. Anlage 1) ausgearbeitet worden. Die Kommandeure der Kriegsgefangenen- und Durchgangslager (Stalags und Dulags) sind seitens der OKW verständigt worden.

Ich ersuche, sofort ein Kommando in Stärke von einem SS-Führer und 4 bis 6 Mann für die im dortigen Bereich befindlichen Kriegsgefangenenlager abzustellen [...]

Zur Erleichterung der Durchführung der Säuberung ist je 1 Verbindungsführer zu dem Oberbefehlshaber der Kriegsgefangenenlager im Wehrkreis I, Ostpreussen – Generalmajor von Hindenburg – in Königsberg und zum Oberbefehlshaber der Kriegsgefangenenlager im Generalgouvernement – Generalleutnant Herrgott – in Kielce zu entsenden.

Als Verbindungsführer sind ab sofort abzuordnen:

- a) Kriminalrat Schiffer, Staatspolizeileitstelle Stettin, zu Generalmajor von Hindenburg in Königsberg/ Pr. und
- b) Kriminalkommissar Raschwitz, beim Kdr. der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, zu Generalleutnant Herrgott in Kielce.

Aufgabe dieser Verbindungsführer ist es, von Zeit zu Zeit, insbesondere zu Beginn des Einsatzes die Tätigkeit der Kommandos nach diesen Richtlinien einheitlich auszurichten und für einen reibungslosen Verkehr mit den Dienststellen der Wehrmacht zu sorgen.

Für die Durchführung der den Kommandos in den Gefangenenlagern gestellten Aufgaben füge ich – als Anlage 2 – Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD bei, von denen gleichfalls das OKW und damit auch die Befehlshaber und Lagerkommandanten Kenntnis erhalten haben.

Vor Durchführung der Exekutionen haben sich die Führer der Einsatzkommandos wegen des Vollzuges jeweils mit den Leitern der in Frage kommenden Staatspolizeileitstellen bzw. mit den Kommandeuren des für ihr Lager zuständigen Gebietes in Verbindung zu setzen. Die Exekutionen dürfen nicht im Lager selbst noch in unmittelbarer Nähe erfolgen; sie sind nicht öffentlich und müssen möglichst unauffällig durchgeführt werden [...]

gez. Heydrich

Abschrift

Geheime Reichssache!

Richtlinien für die Aussonderung von Zivilpersonen und verdächtigen Kriegsgefangenen des Ostfeldzuges in den Kriegsgefangenenlagern im besetzten Gebiet, im Operationsgebiet, im Generalgouvernement und in den Lagern im Reichsgebiet.

I. Absicht.

Die Wehrmacht muss sich umgehend von allen denjenigen Elementen unter den Kr. Gef. befreien, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen sind. Die besondere Lage des Ostfeldzuges verlangt daher *besondere Massnahmen*, die frei von bürokratischen und verwaltungsmässigen Einflüssen verantwortungsfreudig durchgeführt werden müssen.

Während den bisherigen Vorschriften und Befehlen des Kriegsgefangenenwesens ausschliesslich *militärische* Überlegungen zu Grunde lagen, muss nunmehr der *politische Zweck* erreicht werden, das Deutsche Volk vor bolschewistischen Hetzern zu schützen und das besetzte Gebiet alsbald fest in die Hand zu nehmen.

II. Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles

A. Die Insassen der Russen-Lager sind daher zunächst nach folgenden Gesichtspunkten innerhalb der Lager voneinander zu trennen:

1. Zivilpersonen;
2. Soldaten (auch solche, die zweifellos Zivilkleider angelegt haben);
3. politisch untragbare Elemente aus 1. und 2.
4. Personen aus Lund 2., die besonders vertrauenswürdig erscheinen und daher für den Einsatz zum Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendungsfähig sind;
5. Volkstumsgruppen innerhalb der Zivilpersonen und Soldaten.

B. Während die grobe Trennung nach A 1. bis 5. durch die Lagerorgane selbst vorgenommen wird, stellt zur Aussonderung der Personen zu A 3. und 4. der Reichsführer-SS «*Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes*» zur Verfügung.

Sie sind dem Chef der Sipo und des SD unmittelbar unterstellt, für ihren Sonderauftrag besonders geschult und treffen ihre Massnahmen und Ermittlungen im Rahmen der Lagerordnung nach Richtlinien, die sie vom Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes erhalten haben.

Den Kommandanten, besonders deren Abwehr-Offizieren, wird engste Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos zur Pflicht gemacht.

III. Weitere Behandlung der ausgesonderten Gruppen.

A. *Zivilpersonen ...*

B. *Militärpersonen.*

Wegen evtl. Verwendung im Reichsgebiet sind Asiaten von den europäisch aussehenden Soldaten zu trennen. Offiziere werden vielfach als «Verdächtige» auszusondern sein. Andererseits sind Offiziere zur Verhinderung der Einflussnahme auf die Mannschaften frühzeitig von diesen zu trennen.

Über den Abschub der Militärpersonen ergeht Sonderbefehl. Bereits hier sei betont, dass für den Einsatz in Deutschland *keine* Asiaten und Personen in Frage kommen, die der deutschen Sprache mächtig sind.

C. Über die als «*Verdächtige*» [s. II. A., 3.] ausgesonderten entscheidet das Einsatzkommando der Sipo und des SD.

[...]

Dem Ersuchen des Einsatzkommandos auf Herausgabe weiterer Personen ist stattzugeben.

D. *Vertrauenswürdige Personen* sind zunächst zur Aussonderung der Verdächtigen (II. A. 3) und zu sonstigen Aufgaben der Lagerverwaltung heranzuziehen [...]

E. *Volkstumsgruppen [...]*

Über die Verwendung der einzelnen Volkstumsgruppen ergeht Sonderbefehl.

Bt.

Geheime Reichssache!
Amt IV

Anlage 2
Berlin, den 17. Juli 1941

Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Die Abstellung der Kommandos erfolgt nach der Vereinbarung zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD und dem OKW vom 16. 7.41 [s. Anlage 1].

Die Kommandos arbeiten aufgrund besonderer Ermächtigung und gemäss der ihnen erteilten allgemeinen Richtlinien im Rahmen der Lagerordnung selbständig. Es ist selbstverständlich, dass die Kommandos mit dem Lagerkommandanten und dem ihm zugeteilten Abwehroffizier engste Fühlung halten. Aufgabe der Kommandos ist die politische Überprüfung aller Lagerinsassen und die Aussonderung und weitere Behandlung

a) der in politischer, krimineller oder in sonstiger Hinsicht untragbaren Elemente unter diesen, b) jener Personen, die für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendet werden können. Für die Durchführung ihrer Aufgabe können den Kommandos Hilfsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Das «Deutsche Fahndungsbuch», die «Aufenthaltsermittlungsliste» und das «Sonderfahndungsbuch UdSSR» ist deshalb nicht ausreichend, weil nur ein geringer Teil der als gefährlich zu bezeichnenden Sowjetrussen darin aufgeführt ist.

Die Kommandos müssen sich daher nach ihrem Fachwissen und Können auf eigene Feststellungen und selbsterarbeitete Kenntnisse stützen [...] Für ihre Arbeit haben die Kommandos, soweit als möglich, sich zunächst und auch in der Folge die Erfahrungen des Lagerkommandanten zunutze zu machen, die diese aus der Beobachtung der Gefangenen und aus Vernehmungen von Lagerinsassen inzwischen gesammelt haben. Weiter haben die Kommandos von Anfang an bemüht zu sein, unter den Gefangenen auch die zuverlässig erscheinenden Elemente, und zwar gleichgültig, ob es sich dabei um Kommunisten handelt oder nicht, herauszusuchen, um sie für ihre nachrichtendienstlichen Zwecke innerhalb des Lagers und, wenn vertretbar, später auch in den besetzten Gebieten dienstbar zu machen. Es muss gelingen, durch Einsatz solcher V-Personen und unter Ausnutzung aller sonst vorhandenen Möglichkeiten, zunächst unter den Gefangenen alle auszeichnenden Elemente Zug um Zug zu ermitteln [...] Vor allem gilt es ausfindig zu machen:

alle bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei, insbesondere Berufsrevolutionäre, die Funktionäre der Komintern,

alle massgebenden Parteifunktionäre der KPdSU, und ihrer Nebenorganisationen in den Zentralkomitees, den Gau- und Gebietskomitees,

alle Volkskommissare und ihre Stellvertreter,

alle ehemaligen Polit-Kommissare in der Roten Armee,

die leitenden Persönlichkeiten der Zentral- und Mittelinstitutionen bei den staatlichen Behörden,

die führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens,

die sowjetrussischen Intelligenzler,

alle Juden,

alle Personen, die als Aufwiegler oder fanatische Kommunisten festgestellt werden. [...]

Jede Woche gibt der Leiter des EK, mittels FS. oder Schnellbriefes an das Reichssicherheitshauptamt einen Kurzbericht. Dieser hat zu enthalten:

1. Kurze Schilderung der Tätigkeit in der vergangenen Woche,
2. Zahl der endgültig als verdächtig anzusehenden Personen (Zahlenangabe genügt),
3. Namentliche Benennung der als Funktionäre der Komintern, massgebende Funktionäre der Partei, Volkskommissare, Pol-Kommissare, leitende Persönlichkeiten festgestellten Personen mit kurzer Beschreibung ihrer Stellung,
4. Zahl der als unverdächtig zu bezeichnenden Personen
 - a) Kriegsgefangene, b) Zivilpersonen.

Aufgrund dieser Tätigkeitsberichte werden sodann vom Reichssicherheitshauptamt die zu treffenden weiteren Massnahmen umgehendst mitgeteilt.

Für die auf Grund dieser Weisung sodann sukzessiv zu treffenden Massnahmen haben die Kommandos bei der Lagerleitung die Herausgabe der betreffenden Gefangenen zu beantragen.

Die Lagerkommandanturen sind vom OKW angewiesen, derartigen Anträgen stattzugeben (siehe Anlage 1).

Exekutionen dürfen nicht im Lager oder in unmittelbarer Umgebung des Lagers durchgeführt werden. Befinden sich die Lager im Generalgouvernement in unmittelbarer Nähe der Grenze, so sind die Gefangenen zur Sonderbehandlung möglichst auf ehemals sowjetrussisches Gebiet zu verbringen. Sollten aus Gründen der Lagerdisziplin Exekutionen erforderlich sein, so hat sich dieserhalb der Leiter des EK. an den Lagerkommandanten zu wenden.

Über die durchgeführten Sonderbehandlungen haben die Kommandos Listen zu führen; sie müssen enthalten:

Lfd. Nummer, Familien- und Vorname, Geburtszeit und -ort, militärischer Dienstgrad, Beruf, letzter Wohnort, Grund der Sonderbehandlung, Tag und Ort der Sonderbehandlung (Zettelsammlung). Hinsichtlich der durchzuführenden Exekutionen, des möglichen Abtransportes von zuverlässigen Zivilpersonen und des Abschubes etwaiger V-Personen für die Einsatzgruppe in die besetzten Gebiete hat sich der Leiter des EK. in Verbindung zu setzen mit dem Leiter der örtlich nächstgelegenen Stapo(lei)stelle bzw. mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD und über diesen mit dem Chef der betreffenden Einsatzgruppe in den besetzten Gebieten.

Derartige Mitteilungen sind grundsätzlich nachrichtlich an das Reichssicherheitshauptamt, IV A 1, durchzugeben [...]

Die Angehörigen der EK.'s haben sich der besonderen Bedeutung der ihnen gestellten Aufgaben stets bewusst zu sein.

Anl. 3: Verzeichnis der Kriegsgefangenenlager im Bereich des Wehrkreises I und des Generalgouvernements (hier weggelassen)

Quellen: Nürnberger Prozess, Dok. NO 3414; H.-A. Jacobsen: Kommissarbefehl, a. a. O., S. 200 ff.

25) Auszugsweise Abschrift der Verfügung des OKH betr. Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener vom 25.7.1941.

Armeeoberkommando II
O. Qu. / Qu. 2 / Br. B. Nr. 454 / 41 geh.

A. H. Qu., den 3.8.1941

Anliegend wird auszugsweise Abschrift der Verfügung Oberkommando des Heeres General z. B. V. beim Oberbefehlshaber des Heeres Az. 453 Gr. R. Wes. Nr. 1332 / 41 geh. v. 25.7.41 betr. Behandlung feindlicher Zivilpersonen u. russischer Kriegsgefangener im rückwärtigen Heeresgebiet zur Kenntnis und Veranlassung übersandt.

Plakate, die versprengte, sich in Uniform oder Zivil noch im rückwärtigen Gebiet herumtreibende russische Soldaten zur Meldung bei der nächsten deutschen Wehrmachtdienststelle auffordern, werden von der Armee hergestellt und in Kürze verteilt.

Für das Armeeoberkommando
der Oberquartiermeister
(Unterschrift): (Unleserlich)

Geheim

Auszugsweise *Abschrift* der Vfg.
Oberkommando des Heeres General z. B. V. beim
Oberbefehlshaber des Heeres Az. 453 Gr. R. Wes
Nr. 1332 / 41 geh. v. 25.7.41

Anlage zu A. O. K. 11 O. Qu.
Qu. 2 / Br. B. Nr. 454 / 41
geh. v. 30.7.41

Betr.: Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener.

Die weite Ausdehnung der Operationsräume im Osten, die Hinterhältigkeit und Eigenart des bolschewistischen Gegners erfordern insbesondere in rein russischen Gebieten von vornherein besonders umfangreiche und wirksame Massnahmen zur Beherrschung des gewonnenen Gebietes und zur Ausnutzung des Landes. Es ist bekannt geworden, dass nicht an allen Stellen mit der erforderlichen Härte durchgegriffen wird. Zum Teil beruht dies auf einer bisher noch unzureichenden Unterrichtung neu herangezogener und eingesetzter Dienststellen und Truppen. Die Aufgabe darf durch den Wechsel von Dienststellen unter keinen Umständen unterbrochen oder beeinträchtigt werden. Der Oberbefehlshaber des Heeres hat deshalb angeordnet, auf folgende Gesichtspunkte nochmals mit aller Deutlichkeit hinzuweisen: *Leitender Gesichtspunkt bei jedem Handeln und für alle zu ergreifenden Massnahmen muss der Gedanke unbedingter Sicherheit für den deutschen Soldaten sein.*

1. Behandlung feindlicher Zivilpersonen

Der Russe ist seit jeher ein hartes und schonungsloses Durchgreifen der Autorität gewöhnt. Die notwendige *schnelle* Befriedung des Landes ist nur zu erreichen, wenn schon jede *Bedrohung* durch die feindliche Zivilbevölkerung rücksichtslos unterbunden wird. Jede Nachsicht und Weichheit ist Schwäche und bedeutet eine Gefahr.

Der beabsichtigte Einsatz von *Partisanen –Abteilungen* im eigenen rückwärtigen Gebiet, der Aufruf zur *Bildung von Banden* aus Jugendlichen und überhaupt das hetzerische Wirken der Träger des jüdischbolschewistischen Systems lassen erwarten, dass auch *in bisher ruhigen* Gebieten der Kleinkrieg wieder auf-

lebt. Angriffe und Tätigkeiten [sic] der feindlichen Bevölkerung, insbesondere gegen einzelne Soldaten, z.B. Kradmelder, rückw. Anlagen, Aufräumungs-Kommandos, Widerstände, Zerstörungen von Kunstbauten, Sprengungen von Brücken, Beschädigungen an grossen Verkehrswegen und andere Sabotageakte werden die Folgen sein.

Angriffe und Gewalttaten aller Art gegen Personen und Sachen, auch alle *Versuche*, sind rücksichtslos mit der Waffe bis zur Vernichtung des Gegeners niederzukämpfen.

Wo sich *passive Widerstände* abzeichnen oder wo bei Strassensperren, Schiessereien, Überfällen und sonstigen Sabotageakten die *Täter nicht sofort festgestellt* und in der bereits angeordneten Weise erledigt werden können, sind *unverzüglich kollektive Gewaltmassnahmen* auf Befehl eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw. Kommandeurs durchzuführen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine vorherige Festnahme von Geiseln zur Haftung für *zukünftiges* Unrecht nicht erforderlich ist. Auch ohne besondere Bekanntmachung und Festnahme haftet die Bevölkerung für die Ruhe in ihren Gebieten.

Angriffe und Tötlichkeiten gegen die von uns zur Arbeit (z.B. Strassenbau, Landwirtschaft, gewerbliche Betriebe, Fabriken) eingesetzten Landeseinwohner und gegen das Aufsichtspersonal sind Angriffe gegen die Besatzungsmacht und entsprechend zu ahnden.

Versprengte russische Soldaten, die sich in Uniform oder Zivil noch im rückwärtigen Gebiet herumtreiben und einzeln oder durch Bandenbildung zu einer Gefahr für das befriedete Land werden können, sind durch öffentliche Bekanntmachung (Maueranschlag, Lautsprecher) aufzufordern, sich sofort bei der nächsten deutschen Wehrmachtdienststelle zu melden. Geschieht das nicht, sind sie von einem gebietsweise festzusetzenden Zeitpunkt ab als Freischärler anzusehen und entsprechend zu behandeln. Jede *Begünstigung* oder Hilfe seitens der Zivilbevölkerung für Partisanen, Versprengte usw. ist in gleicher Weise als Freischärlerei zu ahnden.

Verdächtige Elemente, denen zwar eine schwere Straftat nicht nachgewiesen werden kann, die aber hinsichtlich *Gesinnung* und Haltung gefährlich erscheinen, sind an die Einsatzgruppen bzw. Kommandos der SP (SD) abzugeben. Das Umherziehen von Zivilpersonen ohne Passierschein ist zu unterbinden.

Ruhe und Befriedung tritt in einem Gebiet am schnellsten und sichersten dann ein, wenn es gelingt, die Zivileinwohner zur *Arbeit* zu bringen. Es sind daher alle Möglichkeiten auszuschöpfen und alle in dieser Richtung laufenden Massnahmen nachdrücklichst zu unterstützen.

Jeder Kommandeur und Kommandant – bis herunter zum letzten Ortskommandanten – muss sich darüber klar sein, dass es sich hier um *akute* Dinge handelt, die in jeden Fall schnellstes und tatkräftiges Zufassen erfordern. Er muss sich *persönlich* für restlose Durchführung der erforderlichen Massnahmen verantwortlich fühlen.

II. Beaufsichtigung von Kriegsgefangenen.

Der arbeitswillige und gehorsame Kriegsgefangene ist anständig zu behandeln. Wer dagegen den Bestimmungen zuwiderhandelt, ist entsprechend seiner Verfehlung zu bestrafen.

Es entspricht dem Ansehen und der Würde des deutschen Heeres, dass jeder deutsche Soldat russischen Kriegsgefangenen gegenüber den Abstand und die Haltung bewahrt, die der Erbitterung und unmenschlichen Roheit der Russen während der Kämpfe Rechnung tragen. Jede Nachsicht oder gar Anbiederung ist strengstens zu ahnden. Das Gefühl des Stolzes und der Überlegenheit muss jederzeit erkennbar bleiben.

Die Bestimmungen über den *Waffengebrauch* der Wehrmacht vom 17. 1.1936 können nur beschränkt gelten, da sie die Voraussetzungen beim Einschreiten im Innern Deutschlands unter allgemein friedlichen Verhältnissen geben. Wo es notwendig ist, sich gegen Widersetzlichkeit, Auflehnung usw. durchzusetzen, ist *sofort* von der Waffe Gebrauch zu machen. Insbesondere ist auf flüchtige Kriegsgefangene *sofort* zu schiessen, ohne erst einen Haltruf vorangehen zu lassen. Jeder verspätete Gebrauch der Waffe kann eine Gefahr bedeuten. Auf der anderen Seite ist jede Willkür untersagt.

Der Oberbefehlshaber des Heeres erwartet, dass diese Hinweise genügen, um allen Stellen die Bedeutung der Aufgaben eindringlichst vor Augen zu führen.

i. A.
gez. Müller
F. d. R.
(Unterschrift): Schmidt
Hptm. u. Ord. Offz.

26) *Verschärfte Anordnung des OKW zur Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in allen Kriegsgefangenenlagern vom 8.9.1941 mit dem Merkblatt für die Bewachung sowjetischer Kriegsgefangener als Anlage.*

Oberkommando der Wehrmacht
Az. 2 f. 24. 11 AWA/Kriegsgef. (I)
Nr. 3058/41 geh.
– 2 Anlagen –

Berlin-Schöneberg, den 8.9.1941
Badenschestr. 51

Geheim!

Betr.: Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener.

Bezug: 1. OKW/Kriegsgef. 26/41 g. K. v. 16.6.1941 (nur an Kdeur. d. Kfg. im Wehrkreis I und Gen. Govv.)

1. OKW/Kriegsgef. 2144/41 geh. v. 26.6.1941.
2. OKW/Kriegsgef. 2401/41 geh. v. 17.7.1941.
3. OKW/Kriegsgef. f¹Nr. 5015/41 v. 2.8.1941.

In der Anlage wird eine Zusammenfassung bezw. Ergänzung der bisher mit verschiedenen Befehlen gegebenen Richtlinien über die Behandlung von Sowjet. Kriegsgefangenen übersandt. Die vom OKH/Gen.Qu für das Operationsgebiet schon gegebenen Richtlinien sind berücksichtigt. Durch diesen Befehl sind die im Bezug aufgeführten Befehle, soweit in der Anlage nicht ausdrücklich auf sie Bezug genommen ist, aufgehoben.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage:
Reinecke

Anlage zu Tagebuch-Nr. 3058/41 g.
vom 8.9.1941

Geheim

*Anordnungen
über die Behandlung sowjetischer Kr. Gef.
in allen Kriegsgefangenenlagern.*

I. Behandlung der Sowjet. Kr. Gef. im Allgemeinen.

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen Deutschland. Zum ersten Male steht dem deutschen Soldaten ein nicht nur soldatisch, sondern auch politisch im Sinne des Völker zerstörenden Bolschewismus geschulter Gegner gegenüber. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Er führt ihn mit jedem ihm zu Gebote stehenden Mittel: Sabotage, Zersetzungspropaganda, Brandstiftung, Mord: Dadurch hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren.

Es entspricht daher dem Ansehen und der Würde der deutschen Wehrmacht, dass *jeder deutsche Soldat dem sowjetischen Kriegsgefangenen gegenüber schärfsten Abstand hält.* Behandlung muss kühl, doch korrekt sein. Jede Nachsicht und sogar Anbiederung ist strengstens zu ahnden. Das Gefühl des Stolzes und der Überlegenheit des deutschen Soldaten, der zur Bewachung Sowjet. Kr. Gef. befohlen ist, muss jederzeit auch für die Öffentlichkeit erkennbar sein.

Rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern ist daher zu befehlen. Widersetzlichkeit, aktiver oder passiver Widerstand muss *sofort* mit der Waffe (Bajonett, Kolben und Schusswaffe) restlos beseitigt werden. Die Bestimmungen über den Waffengebrauch der Wehrmacht können nur beschränkt gelten, da sie die Voraussetzung beim Überschreiten *unter allgemein friedlichen Verhältnissen* geben. Bei den Sowjet. Kr. Gef. ist es schon aus disziplinären Gründen nötig, den Waffengebrauch sehr scharf zu handhaben. Wer zur Durchsetzung eines gegebenen Befehls nicht oder nicht energisch genug von der Waffe Gebrauch macht, macht sich strafbar.

Auf flüchtige Kr. Gef. ist *sofort ohne vorherigen Haltruf* zu schiessen. Schreckschüsse dürfen niemals abgegeben werden. Die bisher bestehenden Bestimmungen, insbesondere H. Dv. 38/11, Seite 13 usw.

werden insoweit aufgehoben. Auf der anderen Seite ist jede Willkür untersagt. Der arbeitswillige und gehorsame Kr. Gef. ist korrekt zu behandeln. Vorsicht und Misstrauen dem Kr. Gef. gegenüber ist jedoch niemals ausser Acht zu lassen. Waffengebrauch gegenüber Sowjet. Kr. Gef. gilt in der Regel als rechtmässig.

Jeder Verkehr der Kr. gef. mit der Zivilbevölkerung ist zu verhindern. Dies gilt insbesondere für das besetzte Gebiet. Auf die Trennung des Kr. Gef.-Führerpersonals (Offiziere und Unteroffiziere), die bereits durch das Feldheer durchgeführt ist, ist auch im Gebiet der Wehrmachtbefehlshaber und im Reichsgebiet schärfstens zu achten. Jede Verständigung zwischen Führerpersonal und Mannschaften, auch durch Zeichen, muss unmöglich gemacht werden.

Aus geeigneten Sowjet. Kr. Gef. ist eine Lagerpolizei in den Lagern und auf den grösseren Arbeitskommandos zu bilden, die zur Durchführung der Ordnung und Erhaltung der Disziplin vom Kommandanten eingesetzt wird. Zur wirksamen Durchführung ihrer Aufgaben darf die Lagerpolizei innerhalb der Drahtumzäunung mit Stöcken, Peitschen oder ähnlichem ausgerüstet werden. Die Verwendung solcher Schlagwaffen durch *deutsche Soldaten* wird ausdrücklich verboten. Durch bessere Verpflegung, Behandlung und Unterkunft soll ein Ausführungsorgan im Lager geschaffen werden, das die Tätigkeit der deutschen Wach-

II. Behandlung von Volkstumsangehörigen.

huf Grund der bisherigen Befehle hat bereits in der bisherigen «Heimatorganisation» (Gen. Gouvernement und W.K.I.) sowie in den Lagern des Reiches eine Aussonderung der Kr. Gef. nach ihrer Volkstumzugehörigkeit stattgefunden. Es kommen hierfür folgende Volkstumzugehörige in Frage: Volksdeutsche, Ukrainer, Weissrussen, Polen, Litauer, Letten, Esten, Rumänen, Finnen, Georgier. Soweit eine Aussonderung aus besonderen Gründen noch nicht durchgeführt werden konnte, ist diese umgehend nachzuholen. Dies gilt besonders für die in den Gebieten der Wehrmachtbefehlshaber neu anfallenden Kr. Gef.

Folgende Volkstumsangehörige werden beschleunigt in ihre Heimat entlassen werden: Volksdeutsche, Ukrainer, Weissruthenen, Letten, Esten, Litauer, Rumänen, Finnen. Über die Durchführung dieser Entlassungen ergehen Sonderbefehle.

Sofern bei einzelnen dieser Volkstumsangehörigen zu vermuten ist, dass sie auf Grund ihrer Einstellung dem deutschen Volke und dem Nationalsozialismus schädlich oder gefährlich werden können, sind sie von der Entlassung auszunehmen und ist mit ihnen nach Ziff. III zu verfahren.

III. Aussonderung von Zivilpersonen und politisch unerwünschten Kr. Gef. des Ostfeldzuges.

1. Absicht.

Die Wehrmacht muss sich umgehend von allen denjenigen Elementen unter den Kr. Gef. befreien, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen sind. Die besondere Lage des Ostfeldzuges verlangt daher *besondere Massnahmen*, die frei von bürokratischen und verwaltungsmässigen Einflüssen verantwortungsfreudig durchgeführt werden müssen.

2. Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles.

A. Ausser der in den Kr. Gef.-Lagern erfolgten Gliederung nach Nationalitäten, s. Ziff. II, sind die Kr. Gef. (auch Volkstumsangehörige), sowie die in den Lagern, vorhandenen Zivilpersonen wie folgt auszusondern:

- a) politisch Unerwünschte
 - b) politisch Ungefährliche
 - c) politisch besonders Vertrauenswürdige (die für den Einsatz zum Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendungsfähig sind).
- B. Während die Trennung nach Nationalitäten, Führerpersonal usw. durch die Lagerorgane selbst vorgenommen wird, stellt zur Aussonderung der Kr. Gef. hinsichtlich ihrer politischen Einstellung der Reichsführer SS

Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes

zur Verfügung. Sie sind dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD unmittelbar unterstellt, für ihren Sonderauftrag besonders geschult und treffen ihre Massnahmen und Ermittlungen im Rahmen der Lagerordnung nach Richtlinien, die sie von diesen erhalten haben.

Den Kommandanten, besonders deren Abwehroffizieren wird engste Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos zur Pflicht gemacht.

3. Weitere Behandlung der nach Ziff. 2 ausgesonderten Gruppen.

A. Militärpersonen.

Über die als «politisch unerwünschten Elemente» Ausgesonderten entscheidet das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD. Sollten Einzelne als verdächtig angesehen sich später als *unverdächtig* herausstellen, so sind sie zu den übrigen Kr. Gef. im Lager zurückzuführen. Dem Ersuchen des Einsatzkommandos auf Herausgabe von weiteren Personen ist stattzugeben. Offiziere werden vielfach als «politisch Unerwünschte» der Aussonderung unterliegen. Zu den Militärpersonen rechnen auch solche Soldaten, die in Zivilkleidung gefangen wurden.

B. Zivilpersonen.

Soweit unverdächtig, ist ihre baldige Zurückführung ins besetzte Gebiet anzustreben. Den Zeitpunkt hierfür gibt der zuständige Wehrmachtbefehlshaber (bezw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) nach Zustimmung der zuständigen Dienststelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. an. Grundlegend für die Rückführung ist der gesicherte Einsatz in Arbeit am Heimatort oder in besonders aufzustellenden Arbeitsformationen. Für die Bewachung während der Rückführung trägt der Wehrmachtbefehlshaber (bezw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) die Verantwortung. Nach Möglichkeit stellt das Lager Begleitkommandos. Politisch unerwünschte Zivilpersonen sind wie unter A. zu behandeln.

C. *Vertrauenswürdige Personen* sind zur Aussonderung der politisch Unerwünschten und zu sonstigen Arbeiten der Lagerverwaltung heranzuziehen. (Auf Volksdeutsche wird besonders hingewiesen, jedoch ist damit zu rechnen, dass auch unter diesen sich Elemente befinden, die als «politisch Unerwünschte» zu gelten haben).

Erscheinen die vertrauenswürdigen Personen für den Einsatz zum Wiederaufbau im besetzten Gebiet besonders geeignet, so darf einem Freigabeersuchen des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD nur dann widersprochen werden, wenn ein abwehrmässiges Interesse an einer bestimmten Person besteht.

IV. Arbeitseinsatz Sowjet. Kr. Gef.

1. Allgemeines.

Sowjet. Kr. Gef. dürfen nur in geschlossenen Kolonnen unter strengster Absonderung von Zivilpersonen und Kr. Gef. anderer Nationalitäten eingesetzt werden. (Kolonnenmässiger Einsatz). Es kommen nur Arbeitsstellen in Frage, an denen die Kr. Gef. unter *ständiger* Aufsicht der Wachmannschaften arbeiten können. Die Trennung von Zivilpersonen und Kr. Gef. anderer Nationalitäten muss nicht nur in der Unterkunft, sondern auch an der Arbeitsstätte durchgeführt werden. Es ist dabei zu bedenken, dass die Wachmannschaften am sofortigen Waffengebrauch nicht durch die Rücksicht auf etwa anwesende Dritte behindert werden dürfen.

2. Besondere Bestimmungen für den Arbeitseinsatz im Reichsgebiet.

Oberster Grundsatz für den Einsatz Sowjet. Kr. Gef. im Reichsgebiet ist die unbedingte Sicherheit deutschen Lebens und deutschen Gutes.

Die Verantwortung für den ordnungsgemässen Arbeitseinsatz der sowj. Kr. Gef. tragen hier *ausschliesslich* die den Einsatz verfügenden *Wehrmachtdienststellen*.

Der Einsatz hat daher in erster Linie bei wehrmacheigenen Arbeiten zu erfolgen. Für den Einsatz im zivilen Sektor können die örtlichen Arbeitseinsatzbehörden Vorschläge machen, die *Entscheidung* liegt entgegen den Bestimmungen über den Einsatz der übrigen Kr. Gef. bei den *Wehrmachtdienststellen*. Wo an einer zivilen Arbeitsstelle nicht alle Voraussetzungen für die ständige Bewachung und unbedingte Trennung von der Zivilbevölkerung erfüllt sind, darf der Einsatz nicht genehmigt werden. Fällt eine der Voraussetzungen später fort, ist das Arbeitskommando sofort zurückzuziehen.

Im übrigen ist die Verfügung OKW/Kriegsgef. (I⁵) Nr. 5015/41 vom 2.8.41 genauestens zu beachten. Verstösse gegen dieselbe sind nachdrücklich zu ahnden.

3. Bewachung.

Für die Bewachung der Sowjet. Kr. Gef. sind möglichst gut ausgebildete, energische und umsichtige Wachmannschaften einzuteilen und ständig durch den A. O. des M. Stammlagers zu schulen.

Auf je 10 Kr. Gef. muss mindestens ein Wachmann eingesetzt werden. Es darf aber niemals nur ein Wachmann allein eingesetzt werden. Sollte ein Arbeitskommando nur eine Stärke *bis* zu 10 Mann haben, so müssen zur Bewachung zwei Wachmänner verwendet werden. Die Ausrüstung der Wachmannschaften mit Handgranaten ist anzustreben. Die Bewachungsmannschaften grösserer Kolonnen müssen auch mit M.G. 's oder Maschinen-Pistolen ausgestattet werden.

Die Arbeitsstellen sind häufig durch geeignete Offiziere oder erfahrene Unteroffiziere zu kontrollieren. Sie haben für unbedingte Befolgung der gegebenen Befehle Sorge zu tragen.

Das als Anlage beigefügte Merkblatt ist zum Gegenstand häufiger und eingehender Belehrung zu machen. Die Unterkünfte Sowjet. Kr. Gef. auf Arbeitskommandos sind auch des Nachts *ständig* zu bewachen und durch Aufsichtsorgane von Zeit zu Zeit zu überprüfen.

V. Schlussbemerkungen.

Die Kommandeure der Kriegsgef. sind persönlich dafür verantwortlich zu machen, dass die vorstehenden Anordnungen von den unterstellten Einheiten mit aller Schärfe eingehalten werden. Diese Aufgabe darf auch durch den Wechsel von Dienststellen unter keinen Umständen unterbrochen oder beeinträchtigt werden. Es sind daher alle neu herangezogenen und eingesetzten Dienststellen und Einheiten eingehend über den Inhalt der Anordnungen zu belehren.

Anlage zur Verfügung OKW / AWA /
Abt. Kriegsgef. Nr. 3058/41 geh. vom
8.9.1941 (*offen zu behandeln!*)

Merkblatt für die Bewachung Sowjet. Kriegsgefangener.

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsoz. Deutschland.

Zum ersten Male in diesem Kriege steht dem deutschen Soldaten ein nicht nur soldatisch, sondern auch politisch geschulter Gegner gegenüber, der im Kommunismus sein Ideal, im Nationalsozialismus seinen ärgsten Feind sieht. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus ist ihm jedes Mittel recht: Heckenschützenkrieg, Bantentum, Sabotage, Brandstiftung, Zersetzungpropaganda, Mord. Auch der in Gefangenschaft geratene Sowjetsoldat, mag er auch äusserlich noch so harmlos erscheinen, wird jede Gelegenheit benutzen, um seinen Hass gegen alles Deutsche zu betätigen. Es ist damit zu rechnen, dass die Kr. Gef. entsprechende Anweisungen für ihre Betätigung in der Gefangenschaft erhalten haben. *Ihnen gegenüber ist also äusserste Wachsamkeit, grösste Vorsicht und schärfstes Misstrauen dringendes Gebot.*

Für die Bewachungsmannschaften gelten folgende Richtlinien:

1. *Rücksichtsloses Durchgreifen* bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit und Ungehorsam! Zur Brechung von Widerstand ist von der Waffe schonungslos Gebrauch zu machen. Auf fliehende Kr. Gef. ist *sofort* (ohne Anruf) zu schiessen mit der festen Absicht zu treffen.
2. Jede *Unterhaltung* mit den Kr. Gef. – auch auf dem Marsch von und zur Arbeitsstelle – soweit sie sich nicht auf unbedingt notwendige dienstliche Anweisung bezieht, ist *streng verboten*. Es gilt unbedingtes Rauchverbot auf Märschen zu und von Arbeitsplätzen, sowie während der Arbeit. Jede *Unterhaltung* der Kr. Gef. mit *Zivilpersonen* ist in gleicher Weise, notfalls unter Anwendung von Waffengewalt – auch gegen die Zivilpersonen – zu verhindern.
3. Auch auf der *Arbeitsstelle* ist *ständige scharfe Aufsicht* durch deutsche Bewachungsmannschaften erforderlich. Jeder Wachmann hat sich von den Kr. Gef. immer in *solcher Entfernung zu halten*, dass er jederzeit *sofort* von seiner Waffe Gebrauch machen kann. Nie einem Kr. Gef. den Rücken kehren!
4. Auch gegen den *arbeitswilligen und gehorsamen Kr. Gef.* ist Weichheit nicht am Platz. Er legt sie als Schwäche aus und zieht daraus seine Folgerungen.
5. Bei aller Strenge und Härte bei der rücksichtslosen Durchsetzung gegebener Befehle ist deutschen Soldaten jede *Willkür* oder *Misshandlung*, vor allem die Verwendung von Knütteln, Peitschen usw., verboten. Dies würde der Würde des deutschen Soldaten als Waffenträger widersprechen.
6. Niemand darf eine bei den bolschewistischen Kr. Gef. in Erscheinung tretende scheinbare Harmlosigkeit dazu führen, dass von vorstehenden Anordnungen abgewichen wird.

Verteiler: [...] - vgl. IMT, Bd. 36, S. 321 f.

Quelle: IMT, Bd. 27, S. 274-283 (Dokument 1519-PS)

27) *Vortragsnotiz des Chefs des Amtes Ausl./Abw., Admiral Canaris, vom 15.9.1941 zur Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener mit dem sowjetischen Erlass über Kriegsgefangene als Anlage.*

Amt Ausl./Abw.
Nr. 9731/41 geh. Chef Ausl.
F XVI, E 1.

Berlin, den 15.9.1941

Geheim

Dem
Herrn Chef OKW vorzulegen.

[Dem
Herrn Chef AWA vorzulegen.]

(Vortragsnotiz)

Betr.: Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener.
Bezug: 2 f 24.11 AWA/Kriegsgef. (I) Nr. 3058/41 geh. vom 8. 9. 1941.

1. 1. Die Rechtslage ist folgende:

Das Genfer Kriegsgefangenenabkommen gilt zwischen Deutschland und der UdSSR nicht, daher gelten lediglich die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Diese haben sich seit dem 18. Jahrhundert dahin gefestigt, dass die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe ist, sondern lediglich Sicherheitshaft, deren einziger Zweck es ist, die Kriegsgefangenen an der weiteren Teilnahme am Kampf zu verhindern. Dieser Grundsatz hat sich im Zusammenhang mit der bei allen Heeren geltenden Anschauung entwickelt, dass es der militärischen Auffassung widerspreche, Wehrlose zu töten oder zu verletzen; er entspricht zugleich dem Interesse eines jeden Kriegführenden, seine eigenen Soldaten im Falle der Gefangennahme vor Misshandlungen geschützt zu wissen.

2. Die als An. 1 beigefügten Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener gehen, wie sich aus den Eingangssätzen ergibt, von einer grundsätzlichen anderen Auffassung aus. Nach dieser wird der Kriegsdienst für die Sowjets grundsätzlich nicht als soldatische Pflichterfüllung betrachtet, sondern – wegen der von den Sowjetrussen begangenen Mordtaten – in seiner Gesamtheit als Verbrechen charakterisiert. Damit wird die Geltung kriegsrechtlicher Normen im Kampf gegen den Bolschewismus verneint, und ausserdem vieles beseite gestellt, was nach der bisherigen Erfahrung nicht nur als militärisch zweckmässig, sondern auch als zur Aufrechterhaltung der Manneszucht und Schlagkraft der eigenen Truppe als unbedingt erforderlich angesehen wurde.

3. Die Anordnungen sind sehr allgemein gehalten. Hält man sich aber die sie beherrschende Grundauffassung vor Augen, so müssen die ausdrücklich gebilligten Massnahmen zu willkürlichen Misshandlungen und Tötungen führen, auch wenn Willkür formal verboten ist.

a) Das ergibt sich einmal aus den Vorschriften über den Waffengebrauch bei Widersetzlichkeit. Es wird den mit den Sprachen der Kriegsgefangenen durchweg nicht vertrauten Bewachungsmannschaften und ihren Vorgesetzten häufig nicht erkennbar sein, ob Nichtbefolgung von Befehlen auf Missverständnis oder Widersetzlichkeit zurückgeht. Der Grundsatz: «Waffengebrauch gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen gilt in der Regel als rechtmässig» überhebt die Wachmannschaft jeder Pflicht zur Überlegung.

b) Die Behandlung der Kriegsgefangenen ist weitgehend der Aufsicht der Wehrmacht entzogen; nach aussen wird jedoch die Verantwortung der Wehrmacht aufrecht erhalten bleiben.

aa) Die Aussonderung der Zivilpersonen und politisch unerwünschten Kriegsgefangenen sowie die Entscheidung über ihr Schicksal erfolgt durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD* nach Richtlinien, die den Wehrmachtstellen unbekannt sind,** und deren Einhaltung sie nicht nachprüfen können.

bb) Die Einrichtung einer mit Stöcken, Peitschen und ähnlichen Werkzeugen ausgerüsteten Lagerpolizei widerspricht der militärischen Auffassung, auch wenn sie von Lagerinsassen ausgeübt wird; überdies geben damit die Wehrmachtstellen ein Strafmittel in fremde Hände, ohne dessen Verwendung wirklich nachprüfen zu können.

c) Durch die Schlussbemerkung der Anordnung wird den Kommandanten der Kriegsgefangenenlager nahegelegt, eher noch schärfer durchzugreifen, als die Anordnungen es vorsehen, um sicher zu sein, nicht selbst zur Verantwortung gezogen zu werden.

4. Nach allgemeinen Erfahrungssätzen fordert ungerechte Behandlung den Geist der Widersetzlichkeit heraus, so dass die Bewachung dieser Kriegsgefangenen wahrscheinlich immer schwierig bleiben wird. Schon die Anordnungen sehen für den Arbeitseinsatz für je 10 Gefangene 1 Wachmann vor, so dass schon bei der jetzigen Zahl von wohl fast 1,5 Millionen einsatzfähiger Gefangenen mindestens 150'000 Mann zur Bewachung benötigt werden.
5. In Anlage 2 wird Übersetzung des russischen Erlasses über Kriegsgefangene beigelegt, der den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts und weitgehend auch denen des Genfer Kriegsgefangenenabkommens entspricht. Dieser Erlass wird zweifellos von der russischen Truppe an der Front nicht beachtet, jedoch sind beide – der russische Erlass und die deutschen Anordnungen – vornehmlich für das Heimatgebiet bestimmt. Wenngleich kaum anzunehmen ist, dass der russische Erlass im russischen Gebiet der Sowjetunion beachtet wird, so besteht doch die Gefahr, dass die deutschen Anordnungen von der feindlichen Propaganda erfasst und dem sowjetrussischen Erlass gegenübergestellt werden.
6. Der für die deutsche Kriegswirtschaft lebenswichtige Wiederaufbau in den besetzten Gebieten wird erschwert. Es wird den Kriegsgefangenen, die für die Verwaltung dieser Gebiete wegen ihrer antibolschewistischen Einstellung, irgendeiner besonderen Ausbildung oder aus sonstigen Gründen verwendet werden könnten, politisch unmöglich gemacht, sich nach einer Freilassung für uns einzusetzen, selbst wenn sie es nach ihren Erfahrungen in den Kriegsgefangenenlagern noch tun wollten. Statt Spannungen innerhalb der Bevölkerung der besetzten Gebiete zur Erleichterung der deutschen Verwaltung auszunutzen, wird die Mobilisierung aller inneren Gegenkräfte Russlands zu einer einheitlichen Feindschaft erleichtert.
7. Bei den Besonderheiten des russischen Kriegsschauplatzes muss durch den feindlichen Nachrichtendienst und durch die dort sehr schnell wirkende Flüsterpropaganda der Widerstandswille der feindlichen Truppen ausserordentlich gestärkt werden.
8. Mögliche Informationsquellen werden verschüttet. Kriegsgefangene, die als innerpolitische Gegner des bolschewistischen Regimes für Abwehrzwecke einsatzfähig sein könnten, insbesondere Angehörige von Minderheiten, müssen jede etwa vorhandene Bereitschaft, sich anwerben zu lassen, verlieren. Das gilt besonders für die Völkerschaften des kriegswirtschaftlich entscheidenden Gebietes des Kaukasus.
9. Es entfällt die Möglichkeit, sich gegen schlechte Behandlung deutscher Wehrmachtangehöriger in sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft zu wenden.***
11. Amt Ausl/Abw ist vor Erlass dieser Anordnung oder ihrer Vorgangsverfügung nicht beteiligt worden. Gegen sie bestehen nach Ansicht Amt Ausl/Abw sowohl vom grundsätzlichen Standpunkt aus als auch wegen der sicherlich eintretenden nachteiligen Folgen in politischer und militärischer Einsicht schwere Bedenken.

Canaris

2 Anlagen.

* [Randnotiz von Feldmarschall Keitel: «sehr zweckmässig!»]

** [Randnotiz von Keitel: «Keineswegs!»]

*** [Randnotiz von Keitel: «Wäre auch nutzlos! K.»]

(Darauf handschriftlicher Vermerk auf erster Seite:) «Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung! Deshalb billige ich die Massnahmen u. [nd] decke sie. 23.9. K. [eitel]»

Anlage 1: Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener v. 8.9.1941 (siehe Dok. 26)

Anlage 2: Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR über Kriegsgefangene vom 1.7.1941.

Abschrift.

Übersetzung.

«Bestätigt»

Beschluss des Rates der
Volkskommissare der
UdSSR vom 1.7.41,
Nr. 1798-80406.

Erlass über Kriegsgefangene.

1. Allgemeines.

1. Als Kriegsgefangene gelten:
 - a) Personen, die der Wehrmacht von Staaten angehören, welche sich im Kriegszustande mit der UdSSR befinden, und die bei Kriegshandlungen eingebracht wurden, sowie Bürger solcher Staaten, die im Gebiete der UdSSR interniert sind.
 - b) Personen, die bewaffneten Trupps angehören, welche nicht zur feindlichen Wehrmacht gehören, wenn sie offen Waffen tragen.
 - c) Zivilpersonen, welche auf entsprechenden Befehl die Armee des Feindes begleiten, wie Berichterstatter, Lieferanten und andere Personen, die bei Kriegshandlungen eingebracht werden.
2. Es ist verboten:
 - a) Die Kriegsgefangenen zu beleidigen und sie brutal zu behandeln.
 - b) Den Kriegsgefangenen gegenüber Nötigungen und Drohungen anzuwenden, um von ihnen Nachrichten über die Lage ihres Landes in militärischer und anderer Hinsicht zu erlangen.
 - c) Den Kriegsgefangenen Uniformteile, Wäsche, Schuhwerk und andere Gegenstände des persönlichen Gebrauchs sowie persönliche Dokumente, Orden und Ehrenzeichen abzunehmen. Privatsachen und Geld können den Kriegsgefangenen zur Aufbewahrung gegen offizielle Quittung von dafür bevollmächtigten Personen abgenommen werden.
3. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlass sind in russischer und einer den Kriegsgefangenen verständlichen Sprache, ebenso wie auch alle Regeln und Befehle, die sie betreffen, so anzuschlagen, dass sie von allen Kriegsgefangenen gelesen werden können.

II. Rückführung der Kriegsgefangenen.

4. Die Kriegsgefangenen sind schnellstens in Kriegsgefangenenlager zu überführen.
5. Die Kgf. sind bei der Gefangennahme im Auftrage der Führung des Truppenteiles zu registrieren. Dabei ist jeder Kriegsgef. verpflichtet, seinen tatsächlichen Familien-, Vor- und Vaternamen, sein Alter, den Ort der Gefangennahme und seine Matrikelnummer anzugeben. Diese Angaben werden gleichzeitig mit dem Kgf. weitergeleitet.
6. Verwundete und kranke Kgf., die ärztliche Hilfe oder Krankenhausbehandlung brauchen, müssen durch die Führer der Truppenteile sofort dem nächsten Lazarett zugeführt werden. Nach ihrer Wiederherstellung werden diese Kgf. von der Lazarettleitung an Kgf.-Lager übergeben.
7. Der Unterhalt für die Kgf. (Ernährung, ärztl. und sanitäre Betreuung, Bedienung) erfolgt
 - a) Bis zur Einlieferung in die Empfangsstellen der Kgf.-Lager: durch Verfügung der Armeeführung
 - b) im Weiteren: Durch Verfügung der Organe des Innenkommissariats der UdSSR.

III. Betreuung der Kgf. und ihre Rechtsstellung.

8. Die Empfangsstellen der Kgf.-Lager werden auf Anordnung der Armeeführung im rückw. Gebiet der Armee eingerichtet, während die Kgf.-Lager ausserhalb des Gebietes der Kriegshandlungen durch Anordnung des Innenkommissariats im Benehmen mit dem Verteidigungskommissariat errichtet werden.
9. Wohnraum, Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Lebensmittel und andere Bedarfsartikel, sowie Geldmittel, werden den Kgf. nach den Richtlinien zur Verfügung gestellt, welche von der Verwaltung für Kgf. und Internierte beim Innenkommissariat (V. Kgf. & J. b.J.) ausgearbeitet sind. Listen der Versorgungsgegenstände mit Angabe der zustehenden Mengen sind an sichtbarer Stelle in allen Baracken, Lazaretten usw., wo sich Kgf. aufhalten, auszuhängen. Der Empfang von Lebensmitteln und anderer Hilfe von dritter Seite soll nicht zur Verringerung der Rationen führen, welche den Kgf. auf Kosten des Staates verabfolgt werden.
10. Kriegsgefangene Offiziere und Personen, die ihnen gleichgestellt sind, werden getrennt von anderen Kgf. untergebracht und mit Wohnraum, Kleidung, Schuhwerk, Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln, sowie Geldmitteln, nach den geltenden Normen versehen.
11. Es ist den Kgf. gestattet, ihre Uniform, ihre Dienstgradabzeichen, Orden und Ehrenzeichen, zu tragen. Das Tragen und die Aufbewahrung von Waffen sind verboten.

12. In gesundheitlicher Hinsicht werden die Kgf. auf derselben Grundlage betreut wie die Angehörigen der Roten Armeen Für die med. gesundheitliche Betreuung der Kgf. können ausser dem etatsmässigen Lagerpersonal auch Personen vom Sanitätspersonal der feindlichen Wehrmacht aus den Reihen der Kgf. zugelassen werden.
13. Den Kgf. wird das Recht eingeräumt
 - a) bei erster Gelegenheit nach der Heimat Nachricht über die Gefangennahme zu geben,
 - b) auf eigene Kosten Lebensmittel, Kleidung, Wäsche, Schuhwerk und andere persönliche Bedarfsartikel anzuschaffen,
 - c) frei von Zoll, Lizenzen und Abgaben aus der Heimat und aus neutralen Ländern Sendungen mit Lebensmitteln, Kleidung und anderen Bedarfsartikeln zu erhalten.
 - d) aus der Heimat und aus neutralen Ländern Geldsendungen zu erhalten.
14. Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der Verständigung mit den Kgf. werden von der Lagerverwaltung aus den Reihen der Kgf. Bevollmächtigte oder Stuben-, Gruppen-, Barackenälteste (usw. je nach den Unterbringungsverhältnissen) ernannt, welche auch den Verkehr der Kgf. mit der Verwaltung in allen Fragen vermitteln.
15. Die Post (Briefe und Karten, Geldüberweisungen, Wertbriefe), die die Kgf. empfangen und abschicken, wird kostenlos befördert nach den Anordnungen der V. Kgf. &J. b. J.
16. Geld in fremder Währung, das den Kgf. gesandt wird, ist in Sowjetwährung nach dem geltenden Kurs einzutauschen. Die Kgf. dürfen bei sich Geld haben bis zu Beträgen, die von der V. Kgf. &J. b. J. festgelegt sind. Überschüssende Beträge sind der Lagerverwaltung zur Aufbewahrung bei den Staatlichen Sparkassen zu übergeben. Die Auszahlung von Geld über den Normalbetrag erfolgt mit Genehmigung der Lagerverwaltung.
17. Kgf. dürfen Testamente aufstellen. Der Todeseintritt und die Lage der Grabstelle müssen ordnungsgemäss offiziell bescheinigt werden.
18. Geld und Dokumente gestorbener Kgf. werden zwecks Übersendung an die Erben an die Zentral Auskunftsstelle beim Exekutivausschuss des Verbandes vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond geschickt. (V. R. Kr. & R. H.).
Lebensmittelsendungen, die für gestorbene Kgf. eintreffen, werden durch Vermittlung der Bevollmächtigten oder Ältesten unter die Kgf. verteilt.
19. Die Kgf. sind verpflichtet, der Lagerverwaltung zu gehorchen und sich allen Regelungen dieses Erlasses und den Anordnungen über die innere Ordnung, welche von der V. Kgf. &J. b.J. herausgegeben werden, zu fügen.

IV. Arbeitsordnung für Kriegsgefangene.

20. Kgf. Unteroffiziere und Mannschaften können im Lager und ausserhalb desselben in der Industrie und der Landwirtschaft der UdSSR, zu Arbeiten herangezogen werden, auf Grund besonderer Regelungen, die von der V. Kgf. &J. b.J. ausgearbeitet sind.
Offiziere und ihnen gleichgestellte Kgf. können nur mit ihrer Einwilligung zur Arbeit herangezogen werden.
21. Auf Kgf., die zur Arbeit herangezogen werden, finden die Anordnungen über Arbeitsschutz und Arbeitszeit Anwendung, welche für Bürger der UdSSR, in der entsprechenden Gegend und dem gleichen Wirtschaftszweig gelten.
22. Kgf., die in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft beschäftigt werden, erhalten Lohn und Massgabe besonderer Anordnungen der V. Kgf. & J. b.J.
Vom Lohn der Kgf. werden Beträge abgezogen für die Erstattung der Aufwendung für ihren Unterhalt (Bezahlung des Wohnraumes, kommunale Dienste (d. i. Licht, Heizung, Wasser etc.), Ernährung, sofern Gemeinschaftsküchen eingerichtet sind).
23. Die Gestellung von Wohnraum und kommunalen Diensten erfolgt auf Rechnung der Betriebe und Organisationen, bei denen die Kgf. beschäftigt werden.
24. Vom Zeitpunkt ihres Arbeitsantritts werden die Kgf. von allen Arten staatlicher Versorgung abgesetzt.
25. Die Ausnutzung der Arbeitskraft der Kgf. ist verboten
 - a) im Gebiet der Kampfhandlungen,

- b) für persönliche Bedürfnisse der Verwaltungen, sowie für persönliche Bedürfnisse anderer Kgf. (Burschendienste).

V. *Strafrechtliche u. disziplinare Verantwortung v. Kgf.*

26. Verbrechen von Kgf. werden von den Kriegstribunalen nach den Gesetzen der UdSSR, und deren Gliedstaaten behandelt. Die Nichtausführung von Befehlen der ihnen vorgesetzten Personen, Widerstand gegen solche Personen und Beleidigung derselben bei der Ausführung ihrer Befehle werden den entsprechenden Verbrechen in der Roten Armee gleichgestellt.
27. Für Vergehen, die nicht unter das allgemeine Strafrecht fallen, werden die Kgf. disziplinar bestraft. Die Arten solcher Strafen, ihre Verhängung, die Beschwerdeordnung sowie die Abbüßung werden von der V. Kgf. & J. b.J. festgelegt, in Anlehnung an die Disziplinarordnung der Roten Armee.
28. Kgf., gegen die eine Untersuchung schwebt, die gerichtlich zu irgendeiner Strafe verurteilt sind, oder die disziplinar bestraft wurden, dürfen für dasselbe Vergehen nicht noch anderweitig belangt werden oder Einschränkungen erleiden, die über diejenigen hinausgehen, welche durch Abbüßung der Strafe oder durch die Untersuchung bedingt sind.
29. Über jede Verurteilung wird der Exekutivausschuss der Ges. V. R. Kr. & R. H. innerhalb 20 Tagen vom Tage des Urteils verständigt. Eine Abschrift des Urteils ist beizufügen. Ein Todesurteil gegen einen Kgf. muss sofort dem Exekutivausschuss der Ges. V. R. Kr. & R. H. mitgeteilt werden und darf nicht vor einem Monat nach dieser Mitteilung zur Ausführung gelangen.

VI. *Über Auskünfte und Hilfe an Kriegsgefangene.*

30. Der Austausch der Kgf.-Listen und der Verkehr in Kgf.-Angelegenheiten mit ausländischen und internationalen Organisationen und Auskunftsstellen wird vom Exekutivausschuss der Ges. V. R. Kr. & R. H. durchgeführt. Zu diesem Zweck wird beim Exekutivausschuss eine besondere Auskunftsstelle für Kgf. eingerichtet, die nach Richtlinien zu arbeiten hat, welche vom Exekutivausschuss mit Einverständnis des Innenkommissariats bestätigt werden.
31. Vertreter ausländischer und internationaler Rotkreuz-Organisationen werden mit besonderer Genehmigung des Aussenkommissariats zwecks Hilfeleistung an Kgf. in das Gebiet der UdSSR zugelassen.

Quelle: IMT, Bd. 36, S. 317-327 (Beweisstück USSR-356).

28. *Erlass des Chefs OKW, Generalfeldmarschall Keitel, über die Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen vom 16.9.1941.*

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht
WFSSt/Abt. L (IV Qu)
Nr. 002060/41 g. Kdos.
Geheime Kommandosache

FH Qu., 16. September 1941
40 Ausfertigungen
25. Ausfertigung

Betr.: Kommunistische Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten.

1. Seit Beginn des Feldzuges gegen Sowjetrußland sind in den von Deutschland besetzten Gebieten al-lenhalben kommunistische Aufstandsbewegungen ausgebrochen. Die Formen des Vorgehens steigern sich von propagandistischen Massnahmen und Anschlägen gegen einzelne Wehrmachtangehörige bis zu offenem Aufruhr und verbreitetem Bandenkrieg. Es ist festzustellen, dass es sich hierbei um eine von Moskau *einheitlich geleitete Massenbewegung* handelt, der auch die geringfügig erscheinenden Einzelfälle in bisher sonst ruhigen Gebieten zur Last zu legen sind.

Angesichts der vielfachen politischen und wirtschaftlichen Spannungen in den besetzten Gebieten muss ausserdem damit gerechnet werden, dass *nationalistische und andere* Kreise diese Gelegenheit ausnutzen, um durch Anschluss an den kommunistischen Aufruhr Schwierigkeiten für die deutsche Besatzungsmacht hervorzurufen.

Auf diese Weise entsteht in zunehmendem Masse eine *Gefahr für die deutsche Kriegsführung*, die sich zunächst in einer allgemeinen Unsicherheit für die Besatzungstruppen zeigt und auch bereits zum Abzug von Kräften nach den hauptsächlichlichen Unruheherden geführt hat.

2. Die *bisherigen Massnahmen*, um dieser allgemeinen kommunistischen Aufstandsbewegung zu begegnen, haben sich *als unzureichend erwiesen*.
Der Führer hat nunmehr angeordnet, dass *überall mit den schärfsten* Mitteln einzugreifen ist, um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen.
Nur auf diese Weise, die in der Geschichte der Machterweiterung grosser Völker immer mit Erfolg angewandt worden ist, kann die Ruhe wieder hergestellt werden.
3. Hierbei ist nach folgenden *Richtlinien* zu verfahren:
 - a) Bei *jedem Vorfall* der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht, gleichgültig wie die Umstände im Einzelnen liegen mögen, muss auf kommunistische Ursprünge geschlossen werden.
 - b) Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind *beim ersten Anlass* unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um die Autorität der Besatzungsmacht durchzusetzen und einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, dass ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muss in diesen Fällen im Allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen.
Das umgekehrte Verfahren, zunächst mit verhältnismässig milden Strafen vorzugehen und zur Abschreckung sich mit Androhung verschärfter Massnahmen zu begnügen, entspricht diesen Grundsätzen nicht und ist daher nicht anzuwenden.
 - c) Die *politischen Beziehungen* zwischen Deutschland und dem betroffenen Lande sind für das Verhalten der militärischen Besatzungsbehörde nicht massgebend.
Es ist vielmehr zu bedenken und auch propagandistisch herauszustellen, dass scharfes Zugreifen auch die einheimische Bevölkerung von den kommunistischen Verbrechen befreit und ihr damit selbst zugute kommt.
Eine geschickte Propaganda dieser Art wird infolgedessen auch nicht dazu führen, dass sich aus den scharfen Massnahmen gegen die Kommunisten unerwünschte Rückwirkungen in den gutgesinnten Teilen der Bevölkerung ergeben.
 - d) *Landeseigene Kräfte* werden im Allgemeinen zur Durchsetzung solcher Gewaltmassnahmen versagen. Ihre Verstärkung bringt erhöhte Gefahren für die eigene Truppe mit sich und muss daher unterbleiben. Dagegen kann von Prämien und Belohnungen für die Bevölkerung in reichem Masse Gebrauch gemacht werden, um ihre Mithilfe in geeigneter Form zu sichern.
 - e) Soweit ausnahmsweise *kriegsgerichtliche Verfahren* in Verbindung mit kommunistischem Aufruhr oder mit sonstigen Verstössen gegen die deutsche Besatzungsmacht anhängig gemacht werden sollten, sind die schärfsten Strafen geboten.
Ein wirkliches Mittel der Abschreckung kann hierbei nur die Todesstrafe sein. Insbesondere müssen Spionagehandlungen, Sabotageakte und Versuche, in eine fremde Wehrmacht einzutreten, grundsätzlich mit dem Tode bestraft werden. Auch bei Fällen des unerlaubten Waffenbesitzes ist im Allgemeinen die Todesstrafe zu verhängen.
4. Die *Befehlshaber in den besetzten Gebieten* sorgen dafür, dass diese Grundsätze allen militärischen Dienststellen, die mit der Behandlung kommunistischer Aufruhrmassnahmen befasst werden, unverzüglich bekanntgegeben werden.

(Unterschrift:) Keitel

29) Heydrichs verschärfte Richtlinien für die Aussonderung verdächtiger sowjetischer Kriegsgefangener im rückwärtigen Heeresgebiet vom 29.10.1941.

Der Chef der Sipo und des SD
B. Nr. 21 B/41 g Rs – IV A 1 c

Berlin, den 29. Oktober 1941

Schnellbrief!

Einsatzbefehl Nr. 14.

Betr.: Richtlinien für die in die Stalags und Dulags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sipo und des SD.

Vorg.: Erlasse vom 17. 7., 12.9.1941, B. Nr. 21 B / 41 g Rs vom 26.9.41 B. Nr. 539 / B / 41 g und vom 10.10.41 B. Nr. 815 B / 41 g – IV A 1 c

Anlg.: Anlage 1 und 2.

In der Anlage übersende ich die Richtlinien für die Säuberung der mit sowjetischen Kriegs- und Zivilgefangenen belegten Kriegsgefangenen und Durchgangslager im rückwärtigen Heeresgebiet zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung (s. Anlage 1)

Diese Richtlinien sind im Einvernehmen mit dem OKH. ausgearbeitet worden. Das OKH. hat die Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets sowie die Bezirkskommandanten der Kriegsgefangenen und die Kommandanten der Dulags verständigt (s. Anlage 2).

Die Einsatzgruppen stellen sofort, je nach Grösse der in ihrem Einsatzbereich befindlichen Lager Sonderkommandos in ausreichender Stärke unter Leitung eines SS-Führers ab. Die Kommandos haben ihre Tätigkeit in den Lagern sofort aufzunehmen. Enge Zusammenarbeit mit den Lagerkommandanten und Abwehroffizieren wird zur Pflicht gemacht. Auftretende Schwierigkeiten sind durch persönliche Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen der Wehrmacht zu bereinigen.

Die in der Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien sowie die hierzu ergangenen Ergänzungen und Nachtragsersasse sind sinngemäss anzuwenden.

Insbesondere mache ich zur Pflicht, dass die Einsatzbefehle Nr. 8 und 14 sowie die hierzu ergangenen Nachtragsersasse bei Gefahr im Verzüge sofort zu vernichten sind. Hierüber ist mir gegebenenfalls Bericht zu erstatten.

gez.: Heydrich.

Beglaubigt: (Unterschrift:) Wolfert
Kanzleiangestellte.

Anlage: 1

Richtlinien für die Aussonderung verdächtiger sowjetrussischer Kriegs- und Zivilgefangener des Ostfeldzuges in den Kriegsgefangenen- und Durchgangslagern im rückwärtigen Heeresgebiet.

Die Abstellung der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD erfolgt nach Vereinbarung zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit dem OKH v. 7.10.41 (s. Anlage 2).

Die Kommandos arbeiten auf Grund besonderer Ermächtigung und gemäss den ihnen erteilten allgemeinen Richtlinien im Rahmen der Lagerordnung in eigener Verantwortlichkeit selbständig. Es ist selbstverständlich, dass die Kommandos mit den Lagerkommandanten und Abwehroffizieren engste Fühlung halten.

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen Deutschland. Dieser Gegner ist nicht nur soldatisch, sondern auch politisch im Sinne des Völker zerstörenden Bolschewismus geschult. Er führt den Kampf mit jedem ihm zu Gebote stehenden Mittel: Sabotage, Zersetzungspropaganda, Brandstiftung, Mord usw. Dadurch hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren.

Die besondere Lage des Ostfeldzugs erfordert rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern, Funktionären, Politruks usw.

Die Kommandos haben daher möglichst unauffällig alle diejenigen Elemente unter den Kriegsgefangenen, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen sind, auszusondern.

Besondere Massnahmen sind frei von bürokratischen und verwaltungsmässigen Einflüssen verantwortungsfreudig und pflichtbewusst durchzuführen. [...]

Die Chefs der Einsatzgruppen entscheiden über die Exekutionsvorschläge in eigener Verantwortlichkeit und erteilen den Sonderkommandos entsprechende Weisungen.

Für die auf Grund dieser Weisungen sodann zu treffenden Massnahmen haben die Sonderkommandos die Herausgabe der Gefangenen bei der Lagerleitung zu beantragen.

Die Lagerkommandanturen sind vom OKH angewiesen, derartigen Anträgen stattzugeben.

Exekutionen sind unauffällig an geeigneten, abgelegenen Orten durchzuführen und dürfen vor allem nicht im oder in unmittelbarer Nähe der Lager vollzogen werden. Für sofortige und ordnungsgemässe Bestattung der Leichen ist Sorge zu tragen. [...]

Die Angehörigen der Sonderkommandos haben sich der besonderen Bedeutung der ihnen gestellten Aufgaben stets bewusst zu sein.

Quelle: Nürnberger Prozess-Dokument NO-3422.

30) *Auszüge aus den Notizen des Chefs des Generalstabes der 18. Armee (Oberst i. G. VF. Hasse) betr. Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener aus der Chefbesprechung in Orta am 13.11.1941.*

[handschriftl. O. B.
Handzeichen
17.11.]

18.11. St.
[B. 18.11.Handzeichen]
14.12.

Merkmale aus der Chefbesprechung in Orscha am 13.11.41.

I. Einleitung der Besprechung durch Generaloberst Halder.

1. Der Krieg wird in Zukunft mehr noch als bisher und in zunehmendem Masse ein Krieg der Führung und der Organisation werden.
2. Nachdem der bisherige Teil des Krieges wie ein Film planmässig abgerollt ist, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo das gedanklich im Generalstab Vorbereitete verlassen wird.
3. In dem Bilde des bisherigen Ablaufs sind kaum Fehlerquellen festzustellen. Das Einzige, wogegen auch bei der Führung und im Generalstab Front gemacht werden muss, ist der mehr und mehr um sich greifende Nachbarhass und die gelegentlich zum Ausdruck kommende Methode zur Verschleierung der eigenen Lage. [...]
15. Seitens des Chefs der Heeresgruppe Mitte* wird die Frage der Ernährung der Kriegsgefangenen angeschnitten. Insbesondere wird seitens der Heeresgruppe Mitte darauf hingewiesen, dass die Kriegsgefangenen einen notwendigen Zuschuss an Arbeitskraft darstellten, in ihrem gegenwärtigen Zustand aber nicht arbeiten könnten, vielmehr in grossem Umfange der Erschöpfung anheimfielen.
Der Generalquartiermeister** greift in die Auseinandersetzung ein und erklärt: Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern haben zu verhungern. Arbeitende Kriegsgefangene können im Einzelfalle auch aus Heeresbeständen ernährt werden. Generell kann auch das angesichts der allgemeinen Ernährungslage leider nicht befohlen werden. [...]

II. Bemerkungen des Generalquartiermeisters nach dem Abendessen.

1. Die Oberquartiermeister werden in nächster Zeit zu einer Besprechung in das Hauptquartier gerufen werden.
2. Von besonderer Wichtigkeit ist es, dass die Truppe alles tut, um so lange, wie möglich, aus dem Lande zu leben. Das Gebiet ostw[ärts] des Dnjepr wird Operationsgebiet bleiben.
Die Verpflegungsfrage macht schwere Sorgen. Die Winterbevorratung konnte nicht durchgeführt werden. Die Heeresleitung wird aber, wie bisher, versuchen, unter Anspannung der äussersten Zugleistung alles heranzubringen, was irgend möglich ist.

3. Die Frage der Ernährung der Zivilbevölkerung ist katastrophal. Um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, musste man zu einer Klassifizierung schreiten. Es ist klar, dass innerhalb dieser Klassifizierung an oberster Stelle die Truppe und ihre Bedürfnisse stehen müssen. Der Bevölkerung kann nur ein Existenzminimum zubilligt werden. Dabei wird das flache Land immer noch einigermaßen erträglich dastehen. Unlösbar dagegen ist die Frage der Ernährung der Grossstädte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass insbesondere Leningrad verhungern muss, denn es ist unmöglich, diese Stadt zu ernähren. Aufgabe der Führung kann es nur sein, die Truppe hiervon und von den damit verbundenen Erscheinungen fern zu halten.

- 1 Generalmajor von Greiffenberg.
2 * Generalleutnant Wagner.

Quelle: BA-MA, Alliierte Prozesse 9 / NOKW-1535.

31) Anordnung des OKW zur Vollstreckung von Todesstrafen an sowjetischen Kriegsgefangenen vom 29. 12.1941.

Abschrift von Abschrift.

Oberkommando der Wehrmacht
Az. 2 f 24. 19m AWA / Kriegsgef. (I⁶)
Nr. 4411/41 geh. (X)

Bln-Schöneberg, den 29.12.41.
Badensche Str. 51

Geheim

Betreff: Vollstreckung von Todesstrafen an sowjetischen Kriegsgefangenen.

In einem Falle, in dem sowjetische Kriegsgefangene durch Urteil eines Wm.-Gerichtes zum Tode verurteilt waren und das Urteil durch den Strang vollstreckt werden sollte, waren Zweifel aufgetaucht, wer als Henker für die Vollstreckung der Strafe herangezogen werden sollte.

Um diese Zweifel für künftige Fälle auszuschliessen, wird deshalb angeordnet:

Ist ein Todesurteil gegen einen sowjetischen Kriegsgefangenen durch den Strang zu vollziehen, so soll der Kommandant des betr. Gefangenenlagers unter den Sowjetgefangenen seines Lagers für die Ausführung dieser Vollstreckung geeignete Leute zu gewinnen suchen, die dafür in irgendeiner Weise (Geld, Lebensmittel usw.) zu entschädigen sind.

Findet sich unter den Kriegsgefangenen keiner dazu bereit, so ist der Verurteilte der nächstgelegenen Dienststelle der Geheimen Staatspolizei zur Vollstreckung des Urteils zu übergeben, da diese möglicherweise in der Lage ist, das Urteil durch in Haft befindliche fremdländische Häftlinge vollziehen zu lassen. Eine Vollstreckung durch deutsche Wehrmachtangehörige kommt nicht in Frage.

f. d. R. d. A.
gez. Winter Kanzeleian-
gestellte f. d. R. d. A.
SS-Untersturmführer

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage:
gez. Reinecke

Quelle: BA – MA, RW 5 / v. 242

32) *Aufstellung des OKW, Abt. Kriegsgef. Org. (Id), über die «Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Stand vom 1. 5. 1944» mit ergänzenden Angaben über den Kriegsgefangenenbestand bis zum 31.12.1944.*

[Zu Nr. 8228/44 geh. Fremde Heere Ost]

Kriegsgef. Org. (Id)

Nachweisung des Verbleibs der sowj. Kr. Gef. nach dem Stand vom 1.5.1944

1. Gesamtanfall seit Kriegsbeginn im OKH-Bereich:		5 163 381		
<i>Abgänge im OKH*-Bereich</i>				
Todesfälle	845 128			
Entlassungen	533 523			
sonst. Abgänge (z. B. Fluchten, Abgaben an SD, An Lw.)	490 441			
Abgaben an OKW	3 117 449	4 986 541		
Also verbleiben im OKH-Bereich:		176 840	davon in Arbeit eingesetzt	
<i>Hiervon</i>				
im Oper. Gebiet	160 862		137 498	
in Rumänien	1 130		1 107	
in Lappland	14 848	176 840	12 665	151 270
Aufgliederung des Arbeitseinsatzes im Operationsgebiet (nach Angaben von OKH/Gen Qu)				
	im Wehrm. Sekt.		im zivil. Sekt	
H Gr. Südukraine	13 242		27	
H Gr. Nordukraine	8 698		—	
H Gr. Mitte	44 762		526	
H Gr. Nord	41 978		28 264	
Lappland	12 665		—	
Rumänien	1 107		—	
	122 453		28 817	
		151 270		
2. im OKW-Bereich eingetroffen		2 836 639		
<i>(die Differenz zu der obigen Zahl des OKH v. 3 117 449 Kgf. beruht auf Abgängen beim Transport, Zählfehlern u. dergl.)</i>				
<i>Abgänge im OKW-Bereich</i>				
Todesfälle	1 136 236			
Entlassungen	282 707			
Fluchten	66 694			
sonst. Abgänge (z. B. Abgaben an SD, Lw., SS)	473 022	1 958 659		
Also verbleiben im OKW-Bereich		877 980	davon in Arbeit eingesetzt	

Dokumente zum «Unternehmen Barbarossa» als Vernichtungskrieg im Osten 311

	765 621		651 189	
<i>Hiervon</i>	1491		458	
im Reich zuzügl. BAB in Kgf.	72		72	
Lagern H.Lw. in Kgf. Lagern d.	44 308		12 948	
Marine im Gen. Gouv.				
in Norweg. (davon Verst. Arb.	50 317		47 421	
Batl. 28345)	2 031		1980	
BAB i. Norwegen in Belg./N-	10 301		10 225	
Frankreich in Frankreich beim	78		16	
Ob. Südost beim Ob. Südwest	3 713			
	48			
		877 980		724 309
3. Bei der Luftwaffe befinden sich folgende Sowjet, Kgf., die weder vom OKH noch vom OKW aufgeführt werden				
		100 185		
<i>Hiervon</i>	56 261			
bei der Flak	32 511			
bei Lw-Bautruppen	3 009			
bei Fliegertruppen	3 755			
bei LN-Truppen bei sonst.	4 649	100 185		
Einheiten				
Der Einsatz der vorerwähnten Kgf. erstreckt sich über das gesamte Kriegsgebiet (OKH- u. OKW-Bereich)				
4. SS (zum Arbeitseinsatz an SS abgegebene Kgf., nur im Reich und Gen. Gouv.)			7515	Arb. Eins. 4 210
5. Die Marine hat 11'800 Sowjet. Kr. Gef. als Flakbehelfspersonal, davon 10'000 im Reich und 1'800 in Norwegen. Diese werden aber im Gegensatz zu dem Flakbehelfspersonal der Luftwaffe <i>nicht</i> gesondert ausgewiesen, sondern unter <i>Wehrmachteinsatz</i> im OKW-Bereich.				

Erläuterungen des Arbeitseinsatzes der Sowjet. Kr. Gef.

Die Gesamtzahl der vorhandenen Kr. Gef. ist stets wesentlich höher als die der zur Arbeit eingesetzten Kr. Gef., denn in der Gesamtzahl sind folgende Kategorien von Kr. Gef. mitenthaltend, die nicht zur Arbeit eingesetzt werden können:

- dauernd arbeitsunfähige,
- vorübergehend arbeitsunfähige,
- Offiz., älter als 45 Jahre,
- San. Personal,
- zur Arbeit bereitgestellte, aber noch nicht eingesetzte Kr. Gef.,
- auf Transporten befindliche

		651 719
im Reich sind in Arbeit eingesetzt: davon im Wehrm. Sekt.	56 953	
davon im ziv. Sekt.	584 781	
davon in den Lagern	9 865	

Zu Wehrmachtssektor: Hierunter Behelfspersonal beim Ersatzheer (Pferdepfleger und dergl.) 7'874, Arbeitseinsatz bei Heeresverpflegungsämtern, Standortverwaltungen, Truppenübungsplätzen, Nachschubkompanien u. dergl.

Zu Ziviler Sektor: Die Verteilung auf Industrie, Landwirtschaft, Bergbau usw. ergibt sich aus der monatlichen Aufstellung des GBA. Die letzte Aufstellung nach dem Stande vom 15.2.1944 zeigt einen Bestand von 494'279 Sowjet. Kr. Gef. Der Unterschied zu 584'781 ergibt sich in erster Linie daraus, dass der Stichtag beim GBA 3 Monate zurückliegt.

Zu: In den Lagern: Es handelt sich hierbei um Handwerker, ständige Lagerarbeiter und um Ordnungsdienst in den Lagern.

<i>Im Gen. Gouv. sind zur Arbeit eingesetzt</i>		12 948
<i>davon im Wehrm. Sektor</i>	10 048	
<i>davon im Zivilen Sektor</i>	1 199	
<i>davon in den Lagern</i>	1 701	
<i>In Norwegen sind zur Arbeit eingesetzt</i>		49 401
<i>davon im Wehrm. Sektor</i>	45 948	
<i>(O.T. Festungs- u. Straßenbau) in den Lagern</i>	3 453	
<i>In Frankreich sind zur Arbeit eingesetzt</i>		
<i>in den Lagern</i>	16	
<i>In Bel./N-Frankr. sind zur Arbeit eingesetzt</i>		
<i>Kohlenbergbau</i>	10 225	

* = Im Original ist fälschlicherweise «OKW» geschrieben.

Rein rechnerisch ergibt sich daraus bis 1. 5. 1944 eine Zahl von 2 454 386 bis 3 225 637 Todesfällen, Fluchten, Abgaben an SD und SS (zur Erschiessung) sowie an Luftwaffe als sonstige Abgänge, bei einem Bestand von 1 054 820 sowjetischen Kriegsgefangenen.

Quelle: BA-MA, RH 2 / v. 2623.

Der Bestand an Sowjet. Kriegsgefangenen hatte sich bis 1.12.1944 auf 931'807 verringert, obwohl nochmals 67'676 Sowjetsoldaten gefangengenommen worden waren. Siehe die Angabe «Gesamtanfall an sowj. Kriegsgefangenen» gemäss:

OKH

H. Qu. OKH, den 8.1.1945

GenStdH / GenQu

Abt. Kriegsverw. (Qu 4)

Nr. 11/159

Halbmonatliche Meldung über Kriegsgefangenenzugang

I. Osten vom 16.-31. 12. 1944

[...]

Gesamtanfall an sowj. Kgf. vom 22.6.41–31.12.44: 5'231'057

davon 32 299 Offz.

[...]

Quelle: BA-MA, RH 2 / v. 2623.

Siehe ferner die «Zusammenstellung der Kriegsgefangenen im Reich» vom 1.12.1944:

Zusammenstellung
der Kriegsgefangenen im Reich, einschl. Marine und Luftwaffe, und Norwegen

Dienstgrad	Fran- zosen	Briten	Belgier	Polen	Serben	Sowjets	Ita- liener	USA	Holl.	Versch. Nation.	Ins- gesamt
Offiziere	19 236	10 362	4 071	20 180	10 239	47 980	14 165	11 780	2 080	N = 1 093 R = 305 Sl = 52 B = 124 Gr = 144	141 811
San.-Offiziere	703	298	14	229	189	1 265	788	45	6	N = 2 R = 4 B = 1 Gr = 6	3 550
Unteroffiziere	75 423	36 982	6 515	9 976	8 459	22 593	3 842	19 688	2 012	N = 8 R = 429 Sl = 776 B = 69 Gr = 47	186 819
Mannschaften	799 645	116 168	54 181	34 534	105 188	845 272	59 605	18 592	6 183	N = 22 R = 3 430 Sl = 14 529 B = 1 042 Gr = 1 440	2 059 831
Zivilisten	25	4 219	2	549	592	3 587	108	496	—	R = 11 Sl = 26	9 615
Bestand <i>ohne</i> Bau- u. Arb.-Btle.	895 032	168 029	64 783	65 468	124 667	920 697	78 508	50 601	10 281	23 560	2 401 626
Gesamtbestand:	920 661	168 029	65 119	68 621	124 671	931 807	78 508	50 601	10 281	23 560	2 441 858

Davon in Arbeit eingesetzt:

ohne Bau- u. Arb.-B.	613 010	101 037	57 478	30 560	102 989	807 137	38 811	11 911	6 269	9 248	1 779 350
Gesamt-Arbeitseinsatz:	637 315	101 037	57 803	33 450	102 993	817 287	38 811	11 911	6 269	9 248	1 816 124

N = Norw(eger), B = Bulgaren, R = Rumänen, Sl = Slowaken, Gr = Griechen.
Beurlaubte Franz. (Erleicht. Stat.): 220 953

Quelle: BA-MA, RH 2 / v. 2623

V. ZUR TÄTIGKEIT DER SD-EINSATZGRUPPEN IM OSTEN

33) *Auszug aus der «Ereignismeldung UdSSR Nr. 3» des Reichssicherheitshauptamtes (Berlin) vom 24. Juni 1941.*

Reichssicherheitshauptamt
- Amt IV – (IV A 1) –

Berlin, den 24. Juni 1941

Ereignismeldung UdSSR. Nr. 3.

I. Politische Übersicht.

Im Verlauf der Aktion gegen die sowjetrussischen Staatsangehörigen wurden nach vorläufigen Meldungen der Stapostellen und der Befehlshaber sowie der Kommandeure in den besetzten Gebieten 906 Sowjetrussen festgenommen. Davon entfielen auf:

Berlin:	603	Stuttgart:	7	Oppeln:	1
Düsseldorf:	70	Metz:	2	Posen:	1
Dresden:	17	Warschau:	20	Frankfurt a. M.	2
Gratz:	1	Prag:	38	Osnabrück:	18
Hamburg:	15	Den Haag:	13	Karlsruhe:	12
Breslau:	5	Trier:	21	Regensburg:	3
Köln:	4	Hannover:	3	Weimar:	1
Bielefeld:	1	Danzig:	1	Oslo:	6
Dortmund:	1	Leipzig:	6	Brünn:	6
Bremen:	16	Reichenberg:	1		

Die Aktion ist noch nicht beendet. Es wird fortlaufend über weitere Festnahmen berichtet. Die exterritorialen Angehörigen des Königsberger sowjetrussischen Konsulats trafen am Spätnachmittag des 23.6.41 in einer Stärke von 29 Personen in Berlin ein und wurden unter Bewachung bei der SU- Botschaft abgeliefert. Dagegen ist die Anzahl der festgenommenen Kommunisten im Reiche und in den besetzten Gebieten bisher gering. Im Reichsgebiet wurden 18 und im Bereich des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Brüssel 238 Kommunisten festgenommen.

Allgemein wird berichtet, dass zu Festnahmen von ehemaligen Kommunisten bisher kein Anlass vorliegt. [...]

Quelle: BA Koblenz, R 58 / 214.

34) *Auszüge aus verschiedenen «Ereignismeldungen UdSSR» über die Tätigkeit der Einsatzgruppen A, B, C, und D im Osten vom Juli 1941 bis zum März 1942*

Die Einsatzgruppe A mit den Sonder- und Einsatzkommandos 1a, 1b, 2 und 3 unterstand SS-Brigadeführer Dr. Stahlecker;

die Einsatzgruppe B mit den Sonder- und Einsatzkommandos 7a, 7b, 7c (Vorkommando Moskau), 8 und 9 unterstand bis Oktober 1941 SS-Brigadeführer und Chef des Reichskriminalamtes A. Nebe, danach SS-Brigadeführer E. Naumann;

die Einsatzgruppe C mit den Sonder- und Einsatzkommandos 4a, 4b, 5 und 6 unterstand bis Oktober 1941 SS-Oberführer Dr. Dr. Rasch, danach SS-Brigadeführer Dr. Thomas;

die Einsatzgruppe D mit den Sonder- und Einsatzkommandos 10a, 10b, 11a, 11b und 12 unterstand SS-Standartenführer Ohlendorf.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
- IV A I-B, Nr. 1 B / 41g. Rs. –

Berlin, den 19. Juli 1941.
36 Ausfertigungen
23. Ausfertigung

Geheime Reichssache!

Ereignismeldung UdSSR Nr. 27.

I) *Politische Übersicht.* [...]

II) *Meldungen der Einsatzgruppen und -Kommandos.* [...]

Einsatzgruppe A:

Standort Pleskau.

Es liegen keine Meldungen vor.

Einsatzgruppe B:

Standort Minsk.

Besprechung beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes 102 und Höheren SS und Polizeiführer hat völlige Übereinstimmung hinsichtlich unserer weiteren Tätigkeit ergeben.

Die Sicherungsdivisionen legen grössten Wert auf Zusammenarbeit mit der Sicherungspolizei. Da mit Vorrücken des rückwärtigen Heeresgebietes weitere Sicherungsdivisionen eingesetzt werden, wird der jeweilige Einsatz der Ek's¹ stets mit la des rückwärtigen Heeresgebietes besprochen. Die ursprüngliche Annahme, dass sich die Sicherungsdivisionen automatisch vorschieben und die Ek's mit ihnen vorrücken könnten, trifft jetzt nicht mehr zu. Die Sicherung des Nachschubs und die damit verbundene Befriedung des Raumes bedingt einen jeweils taktischen Einsatz der Einsatzkommandos. Durch die Zubilligung, dass von Warschau und Lublin aus Unterstützungstrupps die vorrückenden Einsatzkommandos ablösen und ihre Arbeit übernehmen könnten, war die Durchführung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben in dem bisher durchschrittenen Raum gewährleistet. Da nunmehr diese Unterstützungstrupps nur in dem ehemals polnischen Gebiet tätig werden sollen, muss, wenn das rückwärtige Heeresgebiet etwa in die Linie Smolensk, Roslawl oder Wjasma-Kirow vorrückt, zwischen der alten russisch-polnischen Grenze und etwa der Linie Witebsk-Gomel sicherheitspolizeilich ein leerer Raum entstehen.

Es fehlt also gewissermassen die 2. sicherheitspolizeiliche Welle. Die Partisanentätigkeit der Russen im rückwärtigen Gebiet erfordert aber unbedingt eine sicherheitspolizeiliche Tätigkeit.

Die Liquidierungen laufen täglich weiter.

Soweit nicht auf frischer Tat betroffen, werden die Liquidierten listenmässig erfasst. Verschiedentlich ist beobachtet worden, dass Juden nunmehr in die Wälder flüchten und sich dort verborgen zu halten versuchen.

Die eingesetzten Weissruthenen haben sich bisher wenig aktiv gezeigt und verlassen sich völlig auf jede kleinste Anregung. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 28» vom 20.7.1941:

II. *Meldungen der Einsatzgruppen und -kommandos.* [...]

Lagebericht der Einsatzgruppe C:

I. Nach einer Rücksprache mit der Heeresgruppe Süd besteht auch weiterhin Einigkeit darüber, dass sämtliche Einsatzkommandos und auch der Gruppenstab sich möglichst in der Nähe der kämpfenden Truppen bewegen. Es ist damit gewährleistet, dass die Vorkommandos und auch die Hauptkommandos bei der bevorstehenden Einnahme von Kiew mit dem Gruppenstab baldmöglichst dort einrücken werden.

II. Die Arbeit der Einsatzkommandos verläuft planmässig. Überall wird aber nach wie vor die Feststellung gemacht, dass einmal die führenden Funktionäre mit den flüchtenden Russen zurückgegangen sind und sich zum andern die hier tätig gewesenenen Bolschewisten verborgen halten. Im Allgemeinen ist es so, dass die Bolschewisten tagüber sich in den Wäldern aufhalten und abends mit Einbruch der Dunkelheit

entweder in die Stadt zurückkehren oder aber die in der Umgegend liegenden Dörfer überfallen und sich unter Androhung von Gewaltmassnahmen Lebensmittel verschaffen.

So gelang es in *Rowne* [sic] am 9.7.41 bei Einbruch der Dunkelheit unter Hinzuziehung der Miliz, 130 Bolschewisten, darunter Funktionäre und Zuträger der NKWD² festzunehmen, die zwischenzeitlich liquidiert wurden.

Nach vorliegenden Informationen betätigen sich diese Gruppen vorwiegend als Heckenschützen und organisieren planmässig einen Kleinkrieg. Sie sind es auch, die versprengte russische Truppen mit Lebensmitteln versehen. In einem Dorfe in der Nähe von *Rowne* haben Kommunisten hinter ukrainischen Hütten hervor auf deutsche Truppen geschossen. Auf Grund dessen wurden mehrere Dörfer eingäschert. [...]

Nach der Aussage eines russischen Obersten und Oberleutnants, die beide langjährige Bolschewisten waren, sind in der russischen Armee sämtliche Offiziere vor Oberleutnant aufwärts grundsätzlich zugleich auch Parteimitglieder. Damit haben diese Offiziere als politische Funktionäre zu gelten.

Nach dem Bericht eines Augenzeugen aus Tarnopol ist dort ein deutscher Fliegeroffizier von den russischen Milizsoldaten vor dem Einzug der deutschen Truppen durch die Stadt geführt und von einer grossen Anzahl von Juden verfolgt, beschimpft und misshandelt worden. Überhaupt ist man in der Bevölkerung der Auffassung, dass vorwiegend Juden für die überall verübten Greueltaten verantwortlich zu machen sind. [...]

IV. In *Rowne* wurden bis jetzt insgesamt 240 Exekutionen durchgeführt. Es handelt sich vorwiegend um jüdische, bolschewistische Agenten und Zubringer des NKWD. Ein z. B. V.-Kommando aus Lublin ist gestern hier eingetroffen und wird nunmehr mit der Miliz die weitere Durchkämmung in der Stadt und deren Umgebung vornehmen.

Wie jetzt bekannt wird, haben die Russen auch hier vor ihrem Abzug die ukrainische Intelligenz entweder verschleppt oder hingerichtet bzw. ermordet. Man nimmt an, dass in den letzten Tagen vor dem Abzug der Russen etwa 100 massgebliche ukrainische Persönlichkeiten ermordet worden sind. Die Leichen sind bislang noch nicht gefunden, eine Suchaktion ist eingeleitet.

In *Krzemieniec* sind etwa 100 bis 150 Ukrainer von den Russen ermordet worden. Zum Teil sollen diese Ukrainer in Kessel mit siedendem Wasser geworfen worden sein; Anhaltspunkte haben sich dadurch ergeben, dass die Leichen bei ihrer Exhumierung ohne Haut aufgefunden worden sind. Die Ukrainer haben im Wege der Selbsthilfe als Vergeltung 130 Juden mit Knütteln totgeschlagen.

In *Dubno*, wo die Aktionen im Wesentlichen beendet sind, erfolgten insgesamt 100 Exekutionen. Hierunter befand sich 1 Ukrainer, der seit Anfang 1940 laufend für den NKWD arbeitete und zugestandenermassen durch seine Meldungen für die Ermordung bzw. Verschleppung von Ukrainern in das Innere Russlands verantwortlich ist, ferner 2 kommunistische Funktionäre und Vertrauensmänner der NKWD, die zum Heckenschützenkrieg aufgefordert haben, des Weiteren 1 Kommunist, der in seinem Heimatdort jede Tätigkeit ukrainischer Nationalisten den Russen verraten und die Aussiedlung sowie Verschleppung zahlreicher ortsansässiger Familien in die Wege geleitet hat. Schliesslich befanden sich unter den Festgenommenen noch 2 Russen, bei denen Schulterklappen, Lederzeug und Wehrmächtsunterwäsche deutscher Soldaten aufgefunden wurden.

Vor ihrem Abzug haben die Russen in gleicher Weise wie in Lemberg ein schweres Blutbad in *Dubno* angerichtet.

In *Tarnopol* wurden insgesamt 127 Exekutionen durchgeführt. Dortselbst hatten die Russen vor ihrer Flucht in ähnlicher Weise wie in *Lemberg* und *Dubno* gewütet. Bei den Ausgrabungen wurden insgesamt 10 Leichen deutscher Soldaten festgestellt. Sie hatten fast alle die Hände auf dem Rücken mit Draht zusammengebunden, die Körper wiesen Spuren schwerster Verstümmelungen auf; so waren Augen ausgestochen, Zungen abgeschnitten und Gliedmassen vom Körper getrennt.

Die Zahl der von den Russen ermordeten Ukrainer, unter denen sich auch Frauen und Kinder befinden, wird endgültig auf etwa 600 beziffert. Juden und Polen sind von den Russen verschont worden. Von den Ukrainern wird die Gesamtzahl ihrer Opfer seit der Besetzung der Ukraine durch die Russen auf etwa 2'000 eingeschätzt. Noch im Jahre 1939 begann die planmässige Verschickung und Verschleppung der Ukrainer. Es gibt in Tarnopol kaum eine Familie, in der nicht ein oder mehrere Familienangehörige verschwunden sind. In der Stadt, die ungefähr 40'000 Einwohner hat, darunter 12'000 Ukrainer, 18'000 Juden und 10'000 Polen, sind etwa 10'000 Ukrainer nicht mehr vorhanden. Die gesamte Intelligenz der Ukrainer ist vernichtet. Seit Kriegsbeginn wurden allein 160 Angehörige der ukrainischen Intelligenz ermordet oder verschleppt. Bewohner der Stadt haben am 1.7.41, frühmorgens eine Kolonne von etwa 1'000 Zivilpersonen beobachtet, die von Polizei und Militär aus der Stadt getrieben wurden.

In den Kellern des Gerichtsgebäudes wurden, wie auch bereits in Lemberg, Folterkammern entdeckt. Auch

² NKWD = Narodnyj komissariat wnutrennych del (Volkskommissariat des Innern)

hier hat man offenbar zur Folterung kochendheisse und kalte Brausen verwendet. Es wurden nämlich mehrere Leichen vollkommen nackt aufgefunden, denen die Haut an vielen Stellen geplatzt und abgerissen war. In einem anderen Raum war etwa 1 m über dem Erdboden ein Drahtrost gespannt, unter dem Aschenreste entdeckt wurden. Nach der Aussage eines ukrainischen Ingenieurs, der ebenfalls ermordet werden sollte und sich lediglich durch Beschmieren des Gesichts mit dem Blut eines bereits Erschlagenen vor dem Tode rettete, waren auch Schmerzensschreie von Frauen und Mädchen zu hören. Die durchziehenden Truppen, die Gelegenheit hatten, diese Scheusslichkeiten und vor allen Dingen auch die Leichen der ermordeten deutschen Soldaten zu sehen, erschlugen insgesamt etwa 600 Juden und steckten ihre Häuser an. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 32» vom 24.7.1941:

[...]

Einsatzgruppe B:
Standort Orscha.
meldet:

1) *Polizeiliche Tätigkeit.* [...]

Es gelang, 67 NKWD-Agenten und Funktionäre, darunter 3 rote Kommissare, in [vorausgehend aufgeführten] kleineren Orten festzunehmen und zu liquidieren. Das in Baranowicze stationierte Kommando des Ek 8 arbeitet besonders erfolgreich zusammen mit den zuständigen Dienststellen der Wehrmacht. Gemeinsam mit den Feld- und Ortskommandanturen wurde die Bildung von Judenräten, die Registrierung und wohnliche Zusammenlegung der Juden sowie die Neuaufstellung der Einwohnermeldelisten durchgeführt. Unter Heranziehung der GFP³, der Abwehrtruppe und der Feldgendarmarie wurden die laufenden Aktionen gegen bolschewistische Agenten, politische Kommissare, NKWD-Angehörige usw. fortgesetzt. So wurden in Baranowicze weitere 381 Personen liquidiert. Es handelte sich dabei um jüdische Aktivisten, Funktionäre und Plünderer. Ungefähr 25'000 Rubel Bargeld wurden beschlagnahmt und eingezogen.

Das nach Slonim abgeordnete Teilkommando hat in Zusammenwirken mit der Ordnungspolizei eine Grossaktion gegen Juden und andere kommunistisch belastete Elemente zur Durchführung gebracht, wobei ca. 2'000 Personen wegen kommunistischer Umtriebe und Plünderns festgenommen wurden. Von ihnen sind am gleichen Tage 1'075 Personen liquidiert worden. Durch das Kommando allein wurden noch weitere 84 Personen in Slonim liquidiert. [...]

In Brest-Litowsk hat die Ordnungspolizei mit Unterstützung des dortigen Einsatztrupps 4'435 Personen liquidiert. [...]

In Minsk ist nunmehr die gesamte jüdische Intelligenzschicht (Lehrer, Professoren, Rechtsanwälte usw. mit Ausnahme der Mediziner) liquidiert worden. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 40» vom 1.8.1941:

[...]

Einsatzgruppe D:
Standort Piatra-Neamt.

2) *Festnahmen und Liquidierungen.*

In Czernowitz wurden von etwa 1'200 festgenommenen Juden 682 im Zusammenwirken mit der rumänischen Polizei erschossen.

Von den festgenommenen 50 kommunistischen Funktionären sind bisher 16 liquidiert worden, während der Rest noch zu Vernehmungen benötigt wird, da zu erwarten steht, dass auf Grund der Vernehmungen Material aus sowjetischen Dienststellen gefunden wird.

In der Gegend von Czernowitz wurde Hotin überholt, wobei 150 Juden und Kommunisten liquidiert wurden. In Mogilew-Podolsk erübrigte sich ein Einsatz, da die Russen die Bevölkerung restlos evakuiert und den Ort völlig zerstört und verwüstet hatten. [...]

³ GFP = Geheime Feldpolizei

[...]

Einsatzgruppe A:
[...]

Exekutive Tätigkeit:
Sonderaktionen wurden, wie folgt, durchgeführt:

22. 7. 41: Pagiriai – 1 Jude liquidiert
23. 7. 41: Kedainie-125 Personen (83 komm. Juden, 12 komm. Judenweiber, 14 russ. u. 15 lit. komm. Funktionäre, 1 Politruk) liquidiert.
25. 7. 41: Mariampole 103 Juden (90 Männer, 13 Weiber) liquidiert.
28. 7. 41: Panevezys 288 Personen (234 Juden, 15 Judenweiber, 19 russ. u. 20 lit. komm. Funktionäre) liquidiert.
29. 7. 41: Raseiniai 257 Personen (254 Juden, 3 komm. lit. Funktionäre) liquidiert.
30. 7. 41: Agriogala 38 Personen (27 Juden und 11 lit. komm. Funktionäre) liquidiert.
30. 7. 41: Umgebung Wendziogala 15 Personen (Juden – 2 Mörder)
31. 7. 41: Utena 256 Personen (235 Jd., 16 Jüdinnen, 2 lit. komm. Funktionäre, 1 doppelter Raubmörder).
1. 8. 41: Ukmerge 300 Personen (254 Jd., 42 Jüdinnen, 2 lit. komm. Funktionäre, 1 chem. Bürgermeister v. Jonava, der die Stadt angezündet hatte, 1 pol. Kommissar).
2. 8. 41: Kowno 209 Personen (171 Jd., 74 Jüdinnen, 4 lit. komm. Funktionäre, darunter 1 amerik. Judenehepaar).
Das Kommando hat vom 22. 7. – 3. 8. 1941
1 592 Personen liquidiert. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 86» v. 17.9.1941:

[...]

Einsatzgruppe C:

[...]

Aktionen

In Shitomir wurden als weitere Vergeltungsmassnahmen gegen die Aufsässigkeit der Juden, die nachts sogar die Verdunklungsvorschriften sabotierten und bei russischen Fliegerangriffen die Fenster erleuchteten, 266 Juden liquidiert.

In der Umgebung der Stadt gelang es unter Hinzuziehung der Miliz, nach einem Feuergefecht einen mit Sprengstoff ausgerüsteten Fallschirmjäger unschädlich zu machen und ihn festzunehmen.

In Korosten wurden 160 Personen erschossen, in Bialacerkiew im weiteren Verlauf der Aktionen 68 und in Taraschta 109 Personen, überwiegend Juden, exekutiert.

Das Sonderkommando 4 a hat damit 6 584 Bolschewisten, Juden und asoziale Elemente ausgemerzt.

[...] Das EK. 5 ist z. Zt. nach Zügen über ein grösseres Gebiet verteilt und kämmt systematisch die Dörfer dieses Raumes ab. U.a. konnten mehrere bolschewistische Bürgermeister und Kolchosvorsteher erledigt werden.

[...] Bei der in Chmielnik durchgeführten Säuberungsaktion konnten 229 Juden erledigt werden. Damit ist dieses Gebiet, das besonders unter jüdischem Terror litt, weitgehend gereinigt. Die Reaktion der Bevölkerung auf diese Erlösung von den Juden war hier sehr stark, so dass es schliesslich zu einem Dankgottesdienst kam.

EK. 5 hat im Verlaufe von 14 Tagen 506 Bolschewisten und Juden erledigt.

Im Süden des Gruppengebietes befindet sich in sicherheitspolizeilicher Hinsicht zunächst noch ein leerer Raum, da hier die militärischen Operationen noch nicht lange genug zurückliegen und der Rückstrom der Flüchtlinge noch nicht in genügendem Masse eingesetzt hat. Im weiter zurückliegenden Raum erhöhen sich daher naturgemäss die Aktionsziffern.

Das Restkommando des EK. 6 in Winnica erschoss etwa 600 Juden.

In Kirowo wurden bisher 140 politisch belastete Personen festgenommen und davon 48 erschossen. Unter ihnen befanden sich Gewerkschaftsbonzen, Komsomolleiter, Volksrichter und Leiter sonstiger bolschewistischer Zentralstellen.

In Kriwoj-Rog wurden 39 Funktionäre, 11 Saboteure und Plünderer sowie 105 Juden erledigt. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 88» v. 19.9.1941:

Einsatzgruppe A:

[...]

Liquidationen:

- a) Durch das Sonderkommando des Einsatzkommandos 3 wurden zusammen mit litauischem Kommando Aktionen in den Kreisen Raseiniai, Rokiskis, Sarasai, Perzai, Prienai durchgeführt. Sämtliche Kreise sind nunmehr judenfrei. Durch diese Exekutionen erhöht sich die Zahl der durch das Einsatzkommando 3 mit litauischen Partisanen liquidierten Personen auf 46'692. Die Gesamtzahl der Exekutionen beträgt rd. 85'000.
- b) Nach Überprüfung des Gefängnisses in Dünaburg wurden insgesamt 279 Personen, für die kein Haftgrund vorlag, in Freiheit gesetzt. 21 Personen wurden liquidiert. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 90» vom 21.9.1941:

Einsatzgruppe B: [...]

2. Zusammenarbeit:

Die Zusammenarbeit mit den polizeilichen und militärischen Führungsstellen ist auch während dieser Berichtszeit äusserst befriedigend und reibungslos verlaufen.

Bei den Wehrmachtsstellen besteht ein allgemeiner Ruf nach der Sicherheitspolizei. Man bedient sich gern unserer Hilfe, unserer Erfahrungen und Anregungen. Bei einzelnen grösseren von uns durchgeführten Aktionen sind sogar ohne Weiteres Truppeneinheiten unserer Führung unterstellt worden. Die Wirtschaftsdienststellen, wie überhaupt die militärische Verwaltung verlangen nach unserem Rat und machen sich gern unsere Vorschläge zu eigen. Wie bereits mehrfach erwähnt, hat sich die laufende gegenseitige Unternehmung zwischen der Einsatzgruppe einerseits und der Heeresgruppe, dem Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes, den AOKs⁴, den Feld- und Ortskommandanturen andererseits äusserst fruchtbringend ausgewirkt. Unsere Wünsche sind bisher jedesmal erfüllt worden. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 128» vom 3.11.1941:

[...]

Einsatzgruppe C:

8. Vollzugstätigkeit.

Was die eigentliche Exekutive anbelangt, so sind von den Kommandos der Einsatzgruppe bisher etwa 80'000 Personen liquidiert worden.

Darunter befinden sich etwa 8'000 Personen, denen aufgrund von Ermittlungen eine deutschfeindliche oder bolschewistische Tätigkeit nachgewiesen werden konnte. Der verbleibende Rest ist aufgrund von Vergeltungsmassnahmen erledigt worden.

Mehrere Vergeltungsmassnahmen wurden im Rahmen von Grossaktionen durchgeführt. Die grösste dieser Aktionen fand unmittelbar nach der Einnahme Kiews statt; es wurden hierzu ausschliesslich Juden mit ihrer gesamten Familie verwandt [sic].

Die sich bei Durchführung einer solchen Grossaktion ergebenden Schwierigkeiten – vor allem hinsichtlich der Erfassung – wurden in Kiew dadurch überwunden, dass durch Maueranschlag die jüdische Bevölkerung zur Umsiedlung aufgefordert worden war. Obwohl man zunächst nur mit einer Beteiligung von etwa 5'000 bis 6'000 Juden gerechnet hatte, fanden sich über 30'000 Juden ein, die infolge einer überaus geschickten Organisation bis unmittelbar vor der Exekution noch an ihre Umsiedlung glaubten.

Wenn auch bis jetzt auf diese Weise insgesamt etwa 75'000 Juden liquidiert worden sind, so besteht doch schon heute Klarheit darüber, dass damit eine Lösung des Judenproblems nicht möglich sein wird. Es ist zwar gelungen, vor allem in kleineren Städten und auch in den Dörfern eine restlose Bereinigung des Juden-

⁴ AOK = Armeoberkommando

problems herbeizuführen; in grösseren Städten dagegen wird immer die Beobachtung gemacht, dass nach einer solchen Exekution zwar sämtliche Juden verschwunden sind, kehrt aber alsdann nach einer bestimmten Frist ein Kommando nochmals zurück, so wird immer wieder eine Anzahl von Juden festgestellt, die ganz erheblich die Zahl der exekutierten Juden übersteigt.

[...]

D. Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der GFP.

Was nun die Beziehungen der Einsatzgruppe und ihrer Kommandos zu anderen Dienststellen und Behörden anbelangt, so verdient das Verhältnis zur Wehrmacht besondere Beachtung. Es ist der Einsatzgruppe gelungen, zu sämtlichen Wehrmachtsdienststellen vom ersten Tage an ein ganz ausgezeichnetes Einvernehmen herzustellen. Hierdurch wurde auch ermöglicht, dass die Einsatzgruppe von Beginn ihres Einsatzes an sich niemals im Raume des rückwärtigen Heeresgebietes aufgehalten hat, dass vielmehr sogar von der Wehrmacht immer wieder die Bitte ausgesprochen wurde, die Einsatzkommandos möchten sich möglichst weit vorne bewegen. In sehr zahlreichen Fällen ist es sogar vorgekommen, dass von der kämpfenden Truppe die Unterstützung der Einsatzkommandos angefordert wurde. Bei jeder grösseren militärischen Aktion befanden sich auch stets Vorausabteilungen der Einsatzgruppe, die mit der kämpfenden Truppe in die neueroberten Orte eingerückt sind. Es ist hierbei in allen Fällen grösstmögliche Unterstützung gewährt worden. Erwähnenswert ist z.B. in dieser Beziehung die Unterstützung bei der Einnahme von Shitomir, wo unmittelbar hinter den ersten Panzern drei Wagen des Einsatzkommandos 4 a in die Stadt einrückten. Die erfolgreiche Arbeit der Einsatzgruppe hat auch dazu geführt, dass die Sicherheitspolizei ein hohes Ansehen vor allem bei den Stäben der Wehrmacht geniesst. Die bei den AOKs, eingesetzten Verbindungsführer werden in loyalster Weise über sämtliche militärischen Operationen unterrichtet, und es wird ihnen ausserdem weitgehendste Unterstützung zuteil. Der Befehlshaber des AOK 6, Generalfeldmarschall von Reichenau, hat auch wiederholt die Arbeit der Einsatzkommandos in anerkennender Weise gewürdigt und die Interessen des SD seinen Stäben gegenüber in entsprechender Weise vertreten. [...]

Lediglich in der Judenfrage war bis in die jüngste Zeit kein restloses Verständnis bei den nachgeordneten Wehrmachtsdienststellen zu finden. Dies wirkte sich vor allem bei der Überholung der Gefangenenlager aus. Als besonders krasses Beispiel ist das Verhalten eines Lagerkommandanten in Winniza zu erwähnen, der die durch seinen Vertreter erfolgte Überstellung von 362 jüdischen Kriegsgefangenen restlos missbilligte und sogar gegen diesen sowie gegen zwei weitere Offiziere ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet hatte. Nur zu oft mussten die Einsatzkommandos in mehr oder minder versteckter Form Vorwürfe über ihre konsequente Haltung in der Judenfrage über sich ergehen lassen. Hinzu kam als ein weiterhin erschwerendes Moment, dass durch einen OKH-Erlass das Betreten der Dulags dem SD überhaupt versagt war. Erst durch einen neuerlichen Erlass des OKW dürften diese Schwierigkeiten behoben sein, denn nunmehr ist in diesem Erlasse eindeutig bestimmt, dass auch die Wehrmacht ihren Teil zur Lösung dieser Probleme mit beizutragen hat und vor allem, dass dem SD grösstmögliche Befugnisse eingeräumt sind. Allerdings musste gerade in den letzten Tagen festgestellt werden, dass dieser grundlegende Erlass immer noch nicht an die nachgeordneten Dienststellen gelangt ist. Für die Zukunft ist, soweit es sich um den Bereich des AOK 6 handelt, eine weitere Unterstützung und Hilfsbereitschaft der Wehrmachtsdienststellen zu erwarten. Generalfeldmarschall von Reichenau hat nämlich unter dem 10. Oktober 1941 einen Befehl herausgegeben⁵, der eindeutig festlegt, dass der russische Soldat grundsätzlich als ein Vertreter des Bolschewismus anzusehen und dementsprechend auch von der Wehrmacht zu behandeln ist.

Die Zusammenarbeit mit der GFP, brachte keinerlei Schwierigkeiten mit sich. [...] Der Material-Austausch zwischen SD und GFP ging reibungslos vor sich und die ursprünglichen Befürchtungen, dass die GFP mit der Abgabe von Vorgängen zurückhalten würde, dürften sich nicht bestätigt haben. Im übrigen ist auch bereits mit den AOKs, und den Stäben darauf hingewirkt worden, dass die Vorgänge sicherheitspolizeilicher Art unmittelbar an die Kommandos abgegeben werden.

Soweit in dem rückwärtigen Gebiet bereits Abwehrstellen eingerichtet sind, hat sich die Arbeit gut eingelaufen. Die Abwehroffiziere suchen regelmässig die Gruppe und die Kommandos auf, einmal um Vorgänge zu übermitteln, zum anderen aber auch, um sich beraten zu lassen.

Nachdem sich die Arbeit der Sicherheitspolizei bisher reibungslos abgespielt hat und dieser zum anderen uneingeschränkte Anerkennung zuteil geworden ist, kann angenommen werden, dass auch in Zukunft dieses erfreuliche Verhältnis keine Änderungen erfahren wird.

⁵ Vgl. Dok. Nr. 20.

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 133» vom 14.11.41:

[...]

Einsatzgruppe B:

[...]

9. Liquidierungen.

Nach bisher vorliegenden Meldungen – es stehen noch die Berichte des Sk. 7 b⁶ und des EK. 9⁷ sowie des VKM⁸ aus – erreichten die in der Berichtszeit erfolgten Liquidierungen folgende Höhe:

- a) Stab und VKM 2 457,
- b) S. K. 7 a 1 517,
- c) S. K. 7 b 1 822,
- d) E.K. 8 28 219,
- e) E. K. 9 11 452.

45 467 Gesamtzahl

der bisher von der Einsatzgruppe B liquidierten Personen [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 151» vom 5.1.1942:

[...]

Einsatzgruppe A:

[...]

Sämtliche Juden der Generalkommissariate Litauen und Lettland sind jetzt restlos in Ghettos untergebracht. Die Juden der Rigaer Ghettos, die von Wehrmachts- und Zivilbehörden als Arbeitskräfte benutzt werden, dürfen nicht mehr frei zur Arbeitsstätte gehen, sondern müssen von den anfordernden Dienststellen geschlossen morgens vom Ghetto abgeholt werden, unter Bewachung zu ihrem Arbeitsplatz geführt und abends geschlossen wieder ins Ghetto zurückgebracht werden. Für die Aufnahme der aus dem Reich ankommenden Judentransporte ist sowohl in Minsk als auch in Riga alles vorbereitet. Der erste in Minsk angekommene Transport, der sich aus Hamburger Juden zusammensetzte, traf am 10.11.41 ein. Am gleichen Tage wurde den Juden im Ghetto Quartier angewiesen.

Der Höhere SS- und Polizeiführer in Riga, SS-Obergruppenführer Jeckeln, hat inzwischen eine Erschießungsaktion in Angriff genommen und am Sonntag, dem 30. 11. 41, ca. 4'000 Juden des Rigaer Ghettos und eines Evakuierungstransportes aus dem Reich beseitigt. Die Aktion sollte ursprünglich mit eigenen Kräften des Höheren SS- und Polizeiführers durchgeführt werden, nach einigen Stunden wurden jedoch die zu Sicherungszwecken abkommandierten 20 Mann des EK 2 mit in der Aktion eingesetzt. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 156» vom 16.1.1942:

[...]

Einsatzgruppe C:

(...)

Die Gesamtziffer der durch das Sonderkommando 4 a Erschossenen betrug am 30.11.1941: 59 018. Das *Einsatzkommando 5* hat bis zum 7.12.41 insgesamt 36 147 Erschiessungen vorgenommen. Davon wurden in der Zeit vom 23. bis einschl. 30.11.41

- 64 pol. Funktionäre
- 46 Saboteure und Plünderer und
- 2'615 Juden

erschossen. In der Zeit vom 1. bis einschl. 7. Dez. 41 erschoss das EK 5:

- 60 pol. Funktionäre
- 47 Saboteure und Plünderer und
- 1'471 Juden.

⁶ Sk und S.K. = Sonderkommando

⁷ EK. und E.K. = Einsatzkommando

⁸ VKM = Vorkommando Moskau (= Sonderkommando 7 c)

Ein Teilkommando des EK 5 überholte am 26.11.41 die Orte Alt-Darniza, Neu-Darniza und Nikolska-Slabotka ostwärts des Dnjepr. Es fiel auf, dass in diesen kleinen Ortschaften eine relativ grosse Anzahl von Kommunisten und politischen Funktionären erfasst werden konnte. Bei dieser Aktion wurden 24 Juden, 20 Parteikommunisten und Partisanen und 9 politische Funktionäre, ausserdem noch 3 Politruks erschossen. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 165» vom 6.2.1942:

[...]

Einsatzgruppe D: [...]

Vom 15.-31.1.42 wurden 3'601 Personen erschossen, davon 3'286 Juden, 152 Kommunisten, NKWD-Leute, 84 Partisanen und 79 Plünderer, Saboteure, Asoziale. Gesamtzahl⁹ bisher 85'201. [...]

aus «Ereignismeldung UdSSR Nr. 186» vom 27.3.1942:

[...]

Einsatzgruppe B:
Standort: Smolensk.

Partisanenbekämpfung.

Am 8. März 1942 fand beim Befehlshaber rückw. Heeresgebiet Mitte eine Besprechung statt, bei der die Durchführung einer gross angelegten Aktion der Wehrmacht zur Partisanenbekämpfung in den Räumen um Bobruisk und Briansk erörtert wurde. Zur Durchführung der Partisanenbekämpfung werden zu den bereits vorhandenen Sicherungsbrigaden zwei aktive Divisionen der Wehrmacht mit schweren Waffen und mit Verbänden der Luftwaffe eingesetzt. Die Einsatzgruppe B hat auf Weisung des Befehlshabers rückw. H. G. mit ihren Kräften die Voraussetzung zur Durchführung der Aktion zu schaffen. [...]

Der Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes Mitte, General von Schenckendorff, sprach zu Beginn der Besprechung der Einsatzgruppe B seinen Dank aus für die bisher geleistete sicherheitspolizeiliche und SD-mässige Tätigkeit, ohne die ein Erfolg der Aktion durch die Wehrmacht nicht möglich sei. Er wies daraufhin, dass die Kräfte der Sicherheitspolizei und des SD aufgrund der Erfahrungen des Ostfeldzuges für die Wehrmacht unentbehrlich seien und gab den an der Besprechung teilnehmenden Offizieren (Divisionskommandeure, I a, I c usw.) gegenüber der Erwartung Ausdruck, dass sie gerade bei der vorgesehenen Aktion in engster Fühlungnahme mit den eingesetzten Kräften der Sicherheitspolizei und des SD arbeiten. Zu den Stäben der eingesetzten Divisionen wurde jeweils ein geeigneter Führer des EK 8 und des SK 7 b für die Dauer der Aktion als Verbindungsführer abgeordnet. [...]

Quellen: BA Koblenz, R 58/215-220.

⁹ Gesamtzahl der Exekutionen

VI. ZU DEN ÖKONOMISCHEN ZIELEN IM OSTEN

35) *Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2.5.1941.*

2.5.41

Aktennotiz

über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa.

1. Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird.
2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.
3. Am wichtigsten ist die Bergung und Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.
4. Die Beschäftigung der Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden, z.B. die Werke für Verkehrsmittel, die Werke für allgemeine Versorgungsanlagen (Eisen), die Werke für Textilien, von Rüstungsbetrieben nur solche, bei denen in Deutschland Engpässe bestehen. Aufmachung von Reparaturwerkstätten für die Truppe natürlich in erhöhtem Ausmass.
5. Für die Sicherung der weiten Gebiete zwischen den Rollbahnen müssen besondere Truppen bereitgestellt werden, vielleicht wird man den RAD* oder Ergänzungsformationen des Heeres hereinlegen. Notwendig ist, die besonders wichtigen und daher zu schützenden Gebiete herauszusuchen.

* RAD = Reichsarbeitsdienst

Quelle: IMT, Bd. 31, S. 84 (Dok. 2718-PS).

36) *Allgemeine wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, vom 23.5.1941.*

Das ernährungspolitische Ziel dieses Feldzuges ist:

1. die Versorgung der deutschen Wehrmacht sowie der deutschen Zivilbevölkerung auf Jahre hinaus sicherzustellen,
2. die Ernährungswirtschaft Russlands auf die Dauer in den europäischen Rahmen einzubeziehen. Russland hat sich unter dem bolschewistischen System aus reinen Machtgründen aus Europa zurückgezogen und so das europäische arbeitsteilige Gleichgewicht gestört. Diese Zerstörung der Nahrungsautarkie Europas hat bereits dazu geführt, dass heute West- und Nordeuropa hungern und auf Nahrungsmittelzuschüsse Deutschlands angewiesen sind, obwohl Deutschland nächst England die höchsten Einfuhren an Nahrungsmitteln benötigt.

Russland war vor dem Weltkrieg das grösste Agrarüberschussland der Welt. Es lieferte jährlich etwa 11 Millionen to Getreide, rund 900'000 to Ölsaat und Ölkuchen, 266'000 to Zucker u.a auf den Weltmarkt. Diese Agrarausfuhr ist heute fast verschwunden. Russland liefert nur Getreide, jährlich höchstens 2 Millionen to, obwohl nach der russischen Statistik sowohl die Anbauflächen als auch die Ernten recht erheblich gestiegen sind. Dieses scheinbare Missverhältnis erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass die heutigen Ernteschätzungen zu hoch sind, dass sie «Schätzungen auf dem Halme» sind. Im übrigen ist aber infolge des Anwachsens der russischen Gesamtbevölkerung, der zunehmenden Verstädterung und der Steigerung der Viehzahl eine Zunahme des Eigenverbrauchs zu verzeichnen. Damit ist bereits der wesentlichste Punkt des Problems, die Überschüsse der russischen Landwirtschaft für Europa freizumachen, gekennzeichnet. Die Überschüsse Russlands an Getreide werden entscheidend nicht durch die Höhe der Ernten, sondern

durch die Höhe des Selbstverbrauchs bestimmt. Diese Tatsache ist der Schlüsselpunkt, an dem unsere wirtschaftspolitischen Massnahmen anzusetzen sind. Der russische Eigenbedarf muss, zumindest am Anfang unserer Massnahmen, so herabgedrückt werden, dass die notwendigen Ausführüberschüsse entstehen. Er kann nur in dem Umfange gesteigert werden, wie sich im Laufe der Jahre die landwirtschaftliche Erzeugung steigern lässt.

Dieses Herabdrücken des Eigenverbrauchs ist im Gegensatz zu den bisherigen besetzten Gebieten leichter durchführbar, weil in Russland das Hauptüberschussgebiet vom Zuschussgebiet räumlich scharf getrennt ist. Die Überschussgebiete liegen im Schwarzerdegebiet (also im Süden und Südosten) und im Kaukasus; die Zuschussgebiete liegen im Wesentlichen in der Waldzone des Nordens (Podsolboden).

Daraus folgt: eine Abriegelung der Schwarzerdegebiete gegenüber der Waldzone muss unter allen Umständen Überschüsse für uns freimachen. Diese Abriegelung hat zur Folge die Nichtbelieferung der gesamten Waldzone einschliesslich der wesentlichen Industriezentren Moskau und Petersburg mit Nahrungsmitteln. Diese Industrien im Zuschussgebiet einschliesslich der Industrie im Ural werden deshalb aufgegeben werden müssen. Es ist anzunehmen, dass sie zur Zeit einen Getreidezuschuss aus der Schwarzerdezone von 5-10 Millionen to jährlich beziehen. Erhalten werden kann die Industrie nur, soweit sie im Überschussgebiet liegt, d.h. im Wesentlichen nur die Schwerindustrie im Donezgebiet (Ukraine). Ausserdem muss das Erdölgebiet im Transkaukasus, obgleich es in einem Zuschussgebiet liegt, mit Nahrungsmitteln beliefert werden, da es als Hauptlieferant von Erdöl sowie von Baumwolle, Manganerzen, Kupfer, Seide und Tee aus besonderen politischen und wirtschaftlichen Gründen unbedingt erhalten werden soll.

Diese Lage, die die Billigung der höchsten Stellen erfahren hat, da sie auch im Einklang mit den politischen Tendenzen steht, führt für die beiden Hauptgebiete (Zuschuss- und Überschussgebiet) zu folgenden Konsequenzen:

I. Zuschussgebiet (Waldzone).

Infolge der ausbleibenden Nahrungsmittelzufuhren aus dem Süden wird sich die landwirtschaftliche Erzeugung in der Waldzone naturalisieren, d.h. die Landwirtschaft wird zur geschlossenen Hauswirtschaft übergehen und bisher für den Markt gebaute Erzeugnisse, insbesondere Faserpflanzen, nicht mehr anbauen, da die hierfür bisher benötigte Fläche mit Früchten für die eigene Versorgung (Getreide, Kartoffeln) bestellt werden muss. Infolge Ausfalls von Futtermittelzufuhren muss auch die Viehhaltung in diesen Gebieten zusammenbrechen.

Ausser für die Versorgung der dort stehenden deutschen Truppen besteht kein deutsches Interesse an der Erhaltung der Erzeugungskraft dieser Gebiete. Die Bevölkerung der Waldzone wird, insbesondere in den Städten, grösste Hungersnot leiden müssen, selbst wenn durch eine intensivere Bewirtschaftung im Sinne einer Ausdehnung der Kartoffelanbaufläche die Ernten dieses Gebietes steigen sollten. Die Hungersnot ist auch dadurch nicht zu bannen. Versuche, die Bevölkerung vor dem Hungertode dadurch zu retten, dass man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, gehen nur auf Kosten der Versorgung Europas und unterbinden die Durchhaltmöglichkeit und Blockadefestigkeit Deutschlands im Kriege. Hierüber muss absolute Klarheit herrschen.

Bei dieser Sachlage wird Deutschland aus diesen Gebieten nur durch einen rechtzeitigen einmaligen Eingriff wesentliche Erleichterungen erhalten können. Es wird im wesentlichen darauf ankommen, die anstehende Flachs- und Hanfernte dieses Jahres, und zwar sowohl Faser wie Samen, restlos zu erfassen und ausserdem durch frühzeitige Eingriffe in die Viehbestände dafür zu sorgen, dass die notwendigen Abschlachtungen nicht der russischen Bevölkerung, sondern der deutschen Truppe und der deutschen Heimat zugute kommen. Die wesentlichste ernährungswirtschaftliche Aufgabe in diesem Gebiet besteht demnach in der Sicherung der Truppen Versorgung.

Eine Ausnahme von diesen Grundsätzen wird für das Baltikum und die weissrussischen Gebiete gemacht werden müssen, die erst vor Kurzem der Sowjetunion angegliedert wurden und aus politischen Gründen eine Besserstellung erfahren müssen. Sie sind daher pfleglich zu behandeln.

II. Überschussgebiet (Schwarzerdezone).

Im Schwarzerdegebiet, dem wichtigsten Überschussgebiet für Getreide und Ölf Früchte, ist im Gegensatz zur Waldzone unsere erste und wichtigste Aufgabe: Erhaltung und Steigerung der Erzeugung. Es wird darauf ankommen, dass die deutschen Landwirtschaftsführer sich möglichst bald in den besonderen Erzeugungsbedingungen dieser kontinentalen Gebiete zurechtfinden und hier mit einer den Verhältnissen angepassten Erzeugungsschlacht beginnen. Voraussetzung für eine solche Erzeugungsschlacht und gleichzeitig für eine ausreichende Erfassung der Überschüsse ist die Beibehaltung der Grossbetriebe (Kolchose und Sowchase). Eine Aufteilung in einige Millionen Bauernwirtschaften macht eine deutsche Beeinflussung der Erzeugung zur Utopie. Jeder Versuch, die Grossbetriebe aufzulösen, ist daher, wenn nötig, mit härtesten Mitteln zu bekämpfen.

Die Notwendigkeit, in diesen Gebieten Überschüsse zu erzeugen, setzt eine ausreichende Versorgung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte voraus. Den Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitern in den Kolchozen und Sowchozen können daher lebenswürdige Zustände zugebilligt und ihnen dadurch ihr Wunsch auf Besserstellung gegenüber der Sowjetzeit, den sie nur durch Aufteilung der Kolchose erreichen zu können glauben, erfüllt werden. Eine derartige Besserstellung kann jedoch nur den produktiv im Betrieb mitarbeitenden Kräften, nicht aber den mit steriler bürokratischer Arbeit und Verwaltung beschäftigten, überflüssigen Leuten zuteil werden. Im Vordergrund steht unter allen Umständen die Sicherung der Erzeugung, der sich alle anderen Gesichtspunkte unterzuordnen haben. Beste Beratung und Leitung der Betriebe wird daher notwendig sein. Jede Verzettlung muss vermieden werden. Es kommt nur auf einige wenige grundsätzliche Probleme an, und zwar:

- die Erzielung von Getreideüberschüssen,
- die Erzielung von Überschüssen an Ölfrüchten, insbesondere Sonnenblumen,
- die Gewährleistung der Verpflegung der gesamten Armee im Osten aus dem Lande.

Das Minimalziel, die Versorgung der Wehrmacht aus Russland im dritten und in eventuell weiteren Kriegsjahren, muss unter allen Umständen erreicht werden. Dadurch wird bereits indirekt ohne Belastung des Verkehrs eine erhebliche Verbesserung der Ernährungslage in der Heimat herbeigeführt werden können. Die Sicherung der Heeresverpflegung ist daher die erste und wichtigste Aufgabe. Sie hat sowohl in den Überschuss- als auch in den Bedarfsgebieten zu geschehen. Ein Transport von Nahrungsmitteln aus den Überschussgebieten in die Bedarfsgebiete für Zwecke der Heeresverpflegung wird nicht möglich sein. Erst nach Deckung dieses Heeresbedarfs können Lieferungen nach Deutschland zur Deckung des Zivilbedarfs einsetzen. Hierbei ist jede Verzettlung auf Nebengebiete unter allen Umständen zu unterlassen. Im Vordergrund steht der Abtransport von Ölsaaten, insbesondere Sonnenblumenkernen, aber auch Leinsaat, Baumwollsaat, Sojabohnen nach Deutschland, um unsere Fettbilanz zu verbessern. Es ist eine Frage der Zweckmässigkeit, ob unverarbeitete Ölsaaten oder Öl und Ölkuchen transportiert werden. Endergebnis muss die Lieferung von rund 400'000 to Öl und 1 Millionen to Ölkuchen sein.

Erst nach Abtransport der Ölsaaten kann eine Getreideausfuhr stattfinden, besonders aus den neu angegliederten Randgebieten sowie aus verkehrsgünstig gelegenen Bezirken. Auf jeden Fall müssen bald die Getreidemengen erreicht werden, die die Russen freiwillig ohnehin geliefert hätten.

Weiterhin kommt es entscheidend darauf an, die ohnehin der Abschachtung verfallenen Viehmengen in der Waldzone für das Reich zur Verfügung zu stellen, damit die Kürzung der Fleischration im Herbst wieder aufgehoben werden kann. Die Erfassung dieser Fleischmengen muss dem natürlichen Wunsch der Russen, sie selbst zu verbrauchen, rechtzeitig zuvorkommen. Das Problem der Konservierung von Fleisch wird gerade in den Nordgebieten von entscheidender Bedeutung sein. Hierbei sind alle bekannten Konservierungsmethoden anzuwenden. Es ist erforderlich, alles was an Fleischfabriken in den Viehüberschussgebieten liegt, für die Konservierung sobald als möglich nutzbar zu machen, damit diese vordringliche Aufgabe schnellstens gelöst werden kann.

Abschliessend sei nochmals auf das Grundsätzliche hingewiesen. Russland hat sich unter dem bolschewistischen System aus reinen Machtgründen aus Europa zurückgezogen und so das Gleichgewicht der europäischen Arbeitsteilung gestört. Unsere Aufgabe, Russland wieder in diese europäische Arbeitsteilung einzu beziehen, bedingt zwangsläufig die ZerreiSSung des jetzigen wirtschaftlichen Gleichgewichtes innerhalb der UdSSR. Es kommt also unter keinen Umständen auf eine Erhaltung des bisherigen Zustandes an, sondern auf eine bewusste Abkehr vom Gewordenen und auf Einbeziehung der Ernährungswirtschaft Russlands in den europäischen Rahmen. Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben der Industrie sowie die Abwanderung eines grossen Teils der Menschen aus den bisherigen Zuschussgebieten nach Osten.

Quelle: BA-MA, RW 31/135; vgl. die umfangreichere Fassung in: IMT, Bd. 36, S. 135 ff. (Dok. 126- EC).

37) *12 Gebote für das Verhalten der Deutschen im Osten und die Behandlung der Russen vom 1.6.1941, unterzeichnet vom Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, H. Backe.*

1.

Für Euch, die Ihr als Mitarbeiter nach dem Osten geschickt werdet, gilt als Grundsatz, dass nur die Leistung entscheidend ist. Daher muss ich von Euch höchsten und rücksichtslosesten Einsatz verlangen.

2.

Habt keine Angst vor Entscheidungen, die falsch sein könnten. Wer nichts tut, macht keinen Fehler. Es kommt aber nicht auf einige Fehler an, sondern darauf, dass Ihr handelt. Jeder von Euch, der aus Angst vor Verantwortung nichts tut, ist unbrauchbar.

3.

Nummehr ist Euch eine einzigartige Gelegenheit gegeben, zum vollsten Einsatz zu kommen und Euren Leistungswillen, Euer Können, Eure Einsatzfähigkeit unter Beweis zu stellen. So hat England Jahrhunderte lang in seinem Empire junge Leute auf verantwortungsvolle Posten gestellt und ihnen die Chance gegeben, sich zu Führernaturen zu entwickeln. Die Enge Deutschlands hat dies bisher nicht erlaubt. Die Bewältigung der Aufgaben im Osten erfordert jedoch, dass Ihr nicht mit einem engen westeuropäischen Massstab an die Dinge herangeht. Ihr Männer draussen werdet vom höchsten Vertrauen Eurer Vorgesetzten getragen. Verlangt wird von Euch Bewährung. Die von mir angeordneten Kontrollen werden nur im Notfall eine Einzelmassnahme nachprüfen, im wesentlichen aber darauf sehen, ob Ihr Euer Können unter Beweis stellt.

4.

Ich verlange von Euch echtes Führertum. Dieses äussert sich weder in Verwaltungskrieg noch in professoralen Betrachtungen.

Darum also:

- Dauernde Tätigkeit an der Front,
- Höchste Entschlussfreudigkeit,
- Rasche Entscheidung (lieber falscher Entscheid, als kein Entscheid)
- Wenige aber gute Mitarbeiter,
- Keine Aktenwirtschaft,
- Fähigkeit, nach gegebenen Richtlinien und Material, das die Zentrale gibt, zu handeln und trotzdem eigene Initiative zu bewahren,
- Kurze, klare Anweisungen an Untergebene – Befehlsform,
- Keine Erklärungen und Begründungen – die Russen wollen in unseren Männern Führer sehen –, Kameradschaft unter den Deutschen, Verantwortung nach oben, Autorität nach unten. Habt Ihr Grund, Euch über das Verhalten eines Deutschen zu ärgern, so zeigt es nicht vor den Russen, Verantwortungsbewusstsein und keine Fesselung der Untergebenen, vielmehr ihnen grösste Freiheit geben, damit sie ihre Persönlichkeit entfalten können,
- Dem Russentum gegenüber als Deutsche stets geschlossen auftreten. Selbst der Fehler eines Deutschen muss gegenüber den Russen vertreten werden,
- Deutsche Einrichtungen und Organisationen nicht gedankenlos kopieren.

5.

Wesentlich ist, dass Ihr immer das Endziel vor Augen habt. Im Ziel muss grösste Sturheit von Euch verlangt werden. Umso elastischer könnt Ihr in den Methoden sein, um dieses Ziel zu erreichen. Die Methoden sind dem Einzelnen überlassen, soweit nicht brauchbare allgemeine Erfahrungen in Form von Richtlinien den Männern draussen gegeben werden können. Sturheit im Ziel, höchste Elastizität in den Methoden. Deshalb sollt Ihr Untergebenen, wenn sie einen Fehler machen, keinen Dampf aufsetzen, sondern sie stets zum Ziel heraufreissen.

6.

Da die neuerschlossenen Räume für Deutschland und Europa *auf die Dauer* gewonnen werden müssen, kommt es entscheidend auf Eure Haltung an. Ihr müsst Euch bewusst sein, dass Ihr Repräsentanten Grossdeutschlands und Bannerträger der nationalsozialistischen Revolution und des neuen Europa für Jahrhunderte seid. Ihr müsst daher auch die härtesten und rücksichtslosesten Massnahmen, die aus Staatsnotwendig-

keiten gefordert werden, mit Würde durchführen. Charaktermängel des Einzelnen werden grundsätzlich zu seiner Abberufung führen. Wer aus solchen Gründen abberufen wird, kann auch im Reich nicht mehr an seiner Erreichenden Stelle stehen. Stellt Euch hohe, selbst unerreichbar scheinende Ziele, damit das tatsächlich Erreichte immer noch einmalig ist. Werdet nie «satt», sondern bleibt Revolutionäre. Denkt nicht einseitig landwirtschaftlich, sonst dürft Ihr Euch nicht wundern, dass andere ebenso einseitig gewerblich oder städtisch denken. Richtet Euch immer aufs Ganze. Fragt nicht, wie nutzt das dem Bauerntum, sondern fragt nur: was nützt es Deutschland. Nur was Deutschland nutzt, nutzt auch dem Bauerntum. Seid grundsätzlich, aber nicht dogmatisch, seid idealistisch und real. Seid bestimmt und, wenn es sein muss, hart zu den Unterworfenen, aber seid gerecht und persönlich anständig und immer Vorbild.

8.

Redet nicht, sondern handelt. Den Russen werdet Ihr nie «überreden» oder durch Reden überzeugen. Reden kann er besser als Ihr, da er ein geborener Dialektiker ist und eine «philosophische Veranlagung*» ererbt hat. Beim Reden und Debattieren zieht Ihr den Kürzeren. Ihr sollt handeln. Dem Russen imponiert nur das Handeln, weil er selbst weibisch und sentimental ist. «Unser Land ist gross und schön, aber es herrscht keine Ordnung darin. Kommt und herrscht über uns.» Das war bereits der Leitspruch der Russen zu Anfang ihres Staates bei der Einladung an die Normannen. Diese Einstellung zieht sich wie ein roter Faden über Mongolenherrschaft, Herrschaft der Polen und Litauer, Autokratie der Zaren und Herrschaft der Deutschen bis zu Lenin und Stalin hin. Die Russen wollen stets nur Masse sein, die regiert wird. So wird auch ein deutscher Einmarsch auf sie wirken. Denn er erfüllt wiederum ihren Wunsch: «Kommt und herrscht über uns».

Deshalb darf beim Russen nicht der Eindruck entstehen, dass Ihr zaudert. Ihr müsst Tatmenschen sein, Tatmenschen, die ohne Debatte, ohne lange unfruchtbare Rederei und ohne Philosophieren das Notwendige bestimmt und klar anordnen. Dann ist der Russe Euch willig untertan. Legt keine deutschen Massstäbe und Gewohnheiten an, vergesst von Deutschland alles, ausser Deutschland selbst. Werdet vor allem nicht weich und sentimental! Wenn Ihr mit den Russen weint, wird er glücklich sein, weil er Euch dann verachten kann. Die Russen wollen aus ihrer weibischen Veranlagung heraus auch im Männlichen einen Makel finden, das Männliche verachten können. Deshalb werdet nie un männlich, bewahrt Eure nordische Grundhaltung.

Nur *Euer* Wille muss massgebend sein, aber dieser Wille muss auf grosse Aufgaben ausgerichtet sein. Nur dann ist er moralisch auch in seiner Härte. Wahrt den Abstand gegenüber den Russen, sie sind nicht Deutsche, sondern Slawen. Veranstaltet keine Trinkgelage mit Russen. Lasst Euch auf keinen Fall mit Frauen und Mädchen aus Eurer Aufsicht unterstellten Betrieben ein. Ihr verliert Euer Ansehen vor den Russen, wenn Ihr Euch so auf ihr Niveau beugt. Der Russe sieht im Deutschen aus jahrhundertelanger Erfahrung ein höheres Wesen. Sorgt dafür, dass dieses Ansehen des Deutschen erhalten bleibt. Steigert es durch ruhige, sachliche Befehle, festes Anpacken, durch Lächerlichmachen der Debattierter und Nichtsköner. Hütet Euch vor der russischen Intelligenz, sowohl vor den Emigranten wie vor der neuen Sowjetintelligenz. Diese Intelligenz düpiert, sie kann nichts, aber sie hat einen besonderen Charme und eine Geschicklichkeit, auf das Gemüt des Deutschen zu wirken. Das gilt vom russischen Mann, noch viel mehr aber von der russischen Frau.

9.

Haltet Euch frei von Kommunistenriecherei. Die russische Jugend ist seit zwei Jahrzehnten kommunistisch erzogen. Sie kennt keine andere Erziehung. Es ist daher sinnlos, Vergangenes zu ahnden. Wir wollen die Russen nicht zum Nationalsozialismus bekehren, sondern sie zu unserem Werkzeug machen. Ihr müsst die Jugend gewinnen, indem Ihr ihr Aufgaben stellt und sie dort hart anpackt und mitleidlos straft, wo sie an diesen Aufgaben Sabotage übt oder sie nichts leistet.

Nachforschungen über Vergangenes und Bittgesuche rauben Euch die Zeit für Eure deutschen Aufgaben. Ihr seid weder Untersuchungsrichter noch Klagemauer.

Russland war stets das Land der Korruption, der Denunziation und des Byzantinismus. Diese Gefahr wird insbesondere an Euch herantreten durch Emigranten, Dolmetscher usw. Russen in gehobener Stellung, auch Betriebsleiter, Vorarbeiter und Hofmeister neigen immer dazu, ihre Untergebenen zu erpressen, aber sich auch bestechen zu lassen. Greift hart durch, wenn Ihr Bestechungen merkt. Seid selbst immer unbestechlich und korrekt.

10.

Wir wollen den Russen keine neue Religion bringen. Der Russe ist aber in seinem Wesen ein religiös abergläubischer Mensch, das sollt Ihr achten. Die Beschäftigung mit religiösen Fragen gehört aber nicht zu Eurer Aufgabe.

11.

Armut, Hunger und Gertigsamkeit erträgt der russische Mensch schon seit Jahrhunderten. Sein Magen ist dehnbar, daher kein falsches Mitleid. Versucht nicht, den deutschen Lebensstandard als Massstab anzulegen und die russische Lebensweise zu ändern.

12.

Ihr seid vollkommen auf Euch gestellt, daher keine Beschwerden und Hilferufe nach oben. Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott!

Berlin, den 1. Juni 1941
H. Backe

Quelle: BA-MA, RW 31/135; vgl. die verstümmelte Fassung in: IMT, Bd. 39, S. 367 ff. (Dok. 089- USSR).

38) Görings Ausführungen und Richtlinien auf den Sitzungen vom 7./8.11.1941 über den Einsatz sowjetischer und anderer Kriegsgefangener in der deutschen Kriegswirtschaft und über die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation in den neu besetzten Ostgebieten.

Entwurf der Rüstungsabteilung im Wi Rü Amt / OKW für einen Vermerk über Görings Ausführungen in der Sitzung v. 7.11.1941:

Rü IV

Entwurf

Berlin, den 11. November 1941
Geheime Kommandosache
6 Ausfertigungen
6. Ausfertigung

Vermerk

über Ausführungen des Reichsmarschalls in der Sitzung am 7.11.41 im R.L.M.

Betr.: Einsatz russischer Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft.

Einstellung des Führers in der Frage der Kriegsgefangenenbeschäftigung in der Kriegswirtschaft grundsätzlich geändert. Insgesamt bisher 5 Millionen Kriegsgefangene, Arbeitseinsatz bis jetzt 2 Millionen.

Für Einsatz gilt:

- Franzosen: Einzeleinsatz, Umsetzung in die Rü-Wirtschaft
- Belgier: ebenso.
- Serben: bevorzugt Landwirtschaft
- Polen: möglichst kein Einzeleinsatz.

Leistung der russischen Rüstungsindustrie liegt über der der deutschen. Fließbandfertigung, viele Automaten mit verhältnismässig wenig Facharbeitern.

Arbeitswille bei Russen im Operationsgebiet stark vorhanden. In Ukraine und anderen Gegenden sind bereits entlassene Kriegsgefangene als freie Arbeiter tätig. In Krivoy Rog grosse Menge Arbeiter frei infolge Zerstörung von Fabriken.

Einsatz von russischen Kriegsgefangenen

Grundsätzlich geschlossener Arbeitseinsatz, kein Einzeleinsatz, auch nicht in Landwirtschaft. Bewachungspersonal nicht nur Soldaten, sondern auch Vorarbeiter, wenigstens während des Arbeitseinsatzes selbst. Im Lager grundsätzlich Soldaten.

Es ist zu unterscheiden *Einsatz* in:

1. Operationsgebiet
2. Reichskommissariaten (besetzte Gebiete im Osten),
3. General-Gouvernement,
4. Heimat und Protektorat?

[...] zu 4): In der *Heimat und Protektorat* [...]

Kein Einsatz dort, wo *Gefahr für Menschen* oder ihre Versorgung besteht, also explosivempfindliche Betriebe, Wasser-, Kraftwerke u.a. Keine Berührung mit deutscher Bevölkerung, vor allem keine «Solidarität». Deutscher Arbeiter ist grundsätzlich Vorgesetzter der Russen.

Ernährung Sache des Vierjahresplanes. Schaffung eigener Kost (Katzen, Pferde usw.).

Kleidung, Unterbringung, Verpflegung etwas besser als zu Hause, wo Leute zum Teil in Erdhöhlen wohnen.

Schuhversorgung für Russen grundsätzlich Holzschuhe, nötigenfalls russische Schusterwerkstätten einrichten.

Nachprüfung *gesundheitlicher Tauglichkeit*, damit keine Seuchen eingeschleppt werden.

Minenräumen grundsätzlich durch Russen, eventuell durch herausgezogene russische Pioniere vornehmen lassen [...]

Von allen Stellen ist höchste *Ausnutzung der russischen Arbeitskraft* zu fördern.

Russeneinsatz nicht improvisieren, sondern erst im Operationsgebiet durchorganisieren. *Beschleunigung* aber erforderlich, da die Masse der Arbeitskräfte täglich durch Verluste (Mangel an Verpflegung und Unterkunft) abnimmt.

Massnahmen treffen, damit die überhohe Zahl von *Gefangenenflucht* vermindert werden kann. Besonders in und um Berlin strengste Bewachung erforderlich.

(Paraph) (unleserlich) 12/11

* Zu den detaillierten Erläuterungen zu 1) bis 4) vgl. nächstes Dokument.

Der Reichsmarschall
des Grossdeutschen Reiches
Beauftragter für den Vierjahresplan
Der Staatssekretär
V. P. 19008/2 g.

Berlin W 8, den 14. November 1941
Leipziger Strasse 3

Geheim!

In der Anlage sende ich Ihnen – in dreifacher Ausfertigung – einen Vermerk über das Ergebnis der Besprechung, die am 7. Nov. 1941 vom Reichsmarschall abgehalten wurde und den

Einsatz von Sowjet-Russen betraf.

Der Reichsmarschall hat inzwischen angeordnet (vgl. V des Vermerks), dass der nicht wehrmachtseigene Einsatz der Russen (Kriegsgefangene und freie Arbeiter) im Reich einschliesslich Protektorat und Generalgouvernement sowie in den Reichskommissariaten von seiner Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz zentral geleitet wird. Zur Durchführung bedient sie sich der allgemeinen Arbeitseinsatzverwaltung und im besetzten Osten der Organisation, die den Wirtschaftsstab Ost bzw. den Reichskommissaren, Generalkommissaren usw. für den Arbeitseinsatz zur Verfügung steht.

Der Reichsmarschall hat die Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz für eine schnelle und zweckmässige Lösung aller mit dem Russeneinsatz zusammenhängenden Fragen im zivilen Bereich verantwortlich gemacht. Er bittet, dass die beteiligten Stellen die Bedeutung der Angelegenheit durch ihre nachhaltige Mitarbeit anerkennen und am Ausräumen vorhandener Schwierigkeiten nach Kräften mithelfen.

Der Herr Reichsmarschall erwartet am 15. Dezember 1941 den ersten Bericht der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz, in welchem Ausmass die von ihm am 7. November gegebenen Richtlinien (vgl. Anlage) in die Praxis umgesetzt worden sind.

gez. Körner
Beglaubigt
Schwinge
Ministerialregistrator

zu V. P. 19008/2 g.

*Besprechung vom 7.11.1941 über den
Einsatz von Sowjetrussen.*

Für den Arbeitseinsatz von Sowjetrussen gab der Reichsmarschall folgende Richtlinien:

I. Kriegentscheidend sind auch die stärkeren Arbeiterreserven im Heimatgebiet.

Die russischen Arbeitskräfte haben ihre Leistungsfähigkeit beim Aufbau der ungeheuren russischen Industrie bewiesen. Sie muss daher nunmehr dem Reich nutzbar gemacht werden. Diesem Befehl des Führers gegenüber sind Einwendungen sekundärer Natur. Die Nachteile, die der Einsatz bereiten kann, müssen auf ein Mindestmass beschränkt werden: Aufgabe insbesondere der Abwehr und der Sicherheitspolizei.

II. Der Russe im Operationsgebiet.

Er ist vornehmlich beim Strassen- und Eisenbahnbau, bei Aufräumungsarbeiten, Minenräumen und beim Anlegen von Flugplätzen zu beschäftigen. Die deutschen Baubataillone sind weitgehend (Beispiel Luftwaffe!) aufzulösen; die deutschen Facharbeiter gehören in die Rüstung; Schippen und Steinklopfen ist nicht ihre Aufgabe, dafür ist der Russe da.

III. Der Russe in den Gebieten der Reichskommissare und des Generalgouvernements.

Es gelten die gleichen Grundsätze wie zu II. Darüber hinaus stärkerer Einsatz in der Landwirtschaft; fehlen die Maschinen, muss Menschenhand leisten, was das Reich im Agrarsektor vom Ostraum zu fordern hat. Ferner sind für die rücksichtslose Ausbeutung der russischen Kohlenvorkommen genügend einheimische Arbeitskräfte bereitzustellen.

IV. Der Russe im Reichsgebiet einschliesslich Protektorat.

Die Einsatzzahl hängt vom Bedarf ab. Beim Bedarf ist davon auszugehen, dass wenig leistende und viel essende Arbeiter anderer Staaten aus dem Reich abzuschieben sind, und dass die deutsche Frau künftig im Arbeitsprozess nicht mehr so stark in Erscheinung treten soll. Neben kriegsgefangenen Russen sind auch freie russische Arbeitskräfte einzusetzen.

A. Der kriegsgefangene Russe.

1. Die *Auswahl* hat bereits in den Auffanglagern jenseits der Reichsgrenze zu erfolgen. Berufszugehörigkeit und Gesundheitszustand sind entscheidend. Gleichzeitig hat die Aushebung nach volkstumsmäßigen und sicherheitspolizeilichen sowie Abwehr-Gesichtspunkten zu erfolgen.
2. Ebenso wie die Auswahl ist der *Antransport* zu organisieren, nicht zu improvisieren. Die Gefangenen sind schnell zu befördern. Ihre Verpflegung muss geordnet und ihre Bewachung unbedingt sichergestellt sein.
3. *Offiziere* sind tunlichst, *Kommissare* grundsätzlich vom Einsatz auszuschliessen.
4. Der Russe gehört in erster Linie an folgende *Arbeitsplätze* (Rangordnung):
 - Bergbau
 - Bahnunterhaltung (einschl. Reparaturwerkstätten und Fahrzeugbau)
 - Rüstung (Panzer, Geschütze, Flugzeugzubehör)
 - Landwirtschaft
 - Bauwirtschaft
 - Grosswerkstätten (Schustereien);
 - Sonderkommandos für dringende Gelegenheits- und Notstandsarbeiten.
5. Für die *Arbeitsweise* gilt:
 - Grundsätzlich geschlossener Einsatz (mindestens 20); Ausnahmen nur mit ausdrücklicher Genehmigung. In der Landwirtschaft kommen vornehmlich Grossbetriebe in Frage; daneben Einsatz geschlossener Kommandos tagsüber in kleinen Wirtschaften reihum. In der Industrie einschl. Bergbau Einrichtung von «Russenbetrieben» als Idealzustand anzustreben (ausschliesslich russische Arbeitskräfte unter deutschen Vorarbeitern).
6. *Unterbringung*: Geschlossen in Lagern (Baracken).
7. *Aufsicht*: Wehrmattsangehörige während der Arbeit, aber auch deutsche Arbeiter, die hilfspolizeiliche Funktionen wahrzunehmen haben.
 - Für die Sicherheitsmassnahmen ist schärfste und schnellste Wirksamkeit entscheidend. Die Strafskala

fennt zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution im Allgemeinen keine weiteren Stufen.

8. *Bekleidung*: Schaffung eines Einheitsarbeitsanzuges zweckmässig. Erste Einkleidung ist laut OKW gesichert. Für die Fussbekleidung Holzschuhe die Regel. Unterwäsche ist den Russen kaum bekannt und gewohnt.
9. *Verpflegung*: Der Russe ist genügsam, daher leicht und ohne schwerwiegenden Einbruch in unsere Ernährungsbilanz zu ernähren. Er soll nicht verwöhnt oder an deutsche Kost gewöhnt, muss aber gesättigt und in seiner dem Einsatz entsprechenden Leistungsfähigkeit erhalten werden.

B. Der freie russische Arbeiter.

Einsatz und Behandlung werden in der Praxis nicht anders zu handhaben sein, wie bei den kriegsgefangenen Russen. Bei beiden Kategorien kann besonders gute Leistung durch Abgabe von Genussmitteln in beschränktem Umfange anerkannt werden. Ausreichende, artgemässe Ernährung sind auch für den freien Arbeiter die Hauptsache.

Bei den *Arbeitsbedingungen* der freien Russen ist zu berücksichtigen:

1. Er kann ein *kleines Taschengeld* erhalten.
2. Der *Unterhalt seiner Angehörigen* muss gesichert sein.
3. Da seine Arbeitskraft dem Unternehmer billig zur Verfügung steht, ist auf einen *finanziellen Ausgleich beim Arbeitgeber* Bedacht zu nehmen.
4. Alteingesessene *Angehörige der Baltländer* können Vergünstigungen erhalten. Ihre Barbezüge können im Höchstenfall den Löhnen angeglichen werden, die für im Reich arbeitende Polen vorgesehen sind. Dabei ist der allgemeine Lohnstandard im Ostland zu beachten.
5. *Ukrainer* geniessen keine Sonderbehandlung. Der Führer hat angeordnet, dass sie künftig nicht mehr aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen sind.
6. Der Russeneinsatz darf unter keinen Umständen das *Lohnproblem* im Ostraum präjudizieren. Jede finanzielle Massnahme auf diesem Gebiet hat davon auszugehen, dass niedrigste Löhne im Osten – nach einer ausdrücklichen Führerweisung – eine Voraussetzung für den Kriegskostenausgleich und die Kriegsschuldenbereinigung des Reichs nach Kriegsende sind. Verstösse unterliegen härtester Ahndung. Dies gilt sinngemäss für jede Förderung «sozialer Bestrebungen» im russischen Kolonialgebiet.
7. Die russischen Freiarbeiter erhalten ein *Abzeichen*, das sie als solche kenntlich macht.

V. Für die *Organisation des Russeneinsatzes* (Zahl und Bedarfszugehörigkeit, Bedarfsanmeldung usw.) behält sich der Reichsmarschall eine besondere Anordnung vor. Jede Werbung und jeder Abtransport, die nicht über die Organisation gesteuert werden, sind untersagt. Werbung und Kriegsgefangeneneinsatz sind einheitlich zu betreiben und miteinander organisatorisch zu verknüpfen.

gez. von Normann

Quelle: BA-MA, Wi Rü Amt, Wi I F 5/208, Teil 1; vgl. IMT, Bd. 27, S. 56 ff. (Dok. 1193-PS) und Bd. 39, S. 497 ff. (Dok. 386-USSR).

Aktennotiz des Chefs des Stabes / Wirtschaftsstab Ost / Wi Rü Amt über Görings Ausführungen auf der Sitzung v. 8.11.1941 zur allgemeinen Wirtschaftspolitik im Osten:

Geheime Kommandosache

Chef des Stabes

Berlin, den 13. November 1941

Aktennotiz

Besprechung beim Reichsmarschall am 8.11.1941 im Sitzungssaal des Reichsluftfahrtministeriums.

Teilnehmer: Reichsminister Funk, Dorpmüller, Rosenberg
Reichskommissar Ostland, Ukraine
die Staatssekretäre der zuständigen Ressorts
Gen Qu, General Gercke, Gen. d. Inf. Thomas, Generalmajor Nagel, General Weigand,
Oberst d. G. Hünermann

Der Reichsmarschall gab zunächst eine Darstellung der Wirtschaftsorganisation Ost und der Zuständigkeiten. Dann ging er auf die Gesamtversorgungslage ein.

Eine weitere Einschränkung der Versorgung könne er der deutschen Bevölkerung nicht zumuten. Bei Kriegsbeginn habe er die Sätze seiner Zeit so tief herabgesetzt, als ihm damals zumutbar schien, um einen

Spielraum nach oben für eine etwaige Erhöhung zu haben. Leider haben sich in der Versorgung mit Textilien diese Sätze nicht durchhalten lassen.

Hinsichtlich der Ernährung bemerkte er, dass die Truppe ihren Bedarf an Konserven wesentlich einschränken müsse. Der Wehrmacht mache er den Vorwurf, dass sich im Gebiet um Minsk in den Wäldern noch grosse Viehherden herumtreiben, die aber wegen der Partisanen nicht geborgen werden können. Einsatz von Truppen sei unbedingt notwendig.

Das Schicksal der Grossstädte, insbesondere Leningrads, sei ihm völlig schleierhaft. In diesem Kriege werde das grösste Sterben seit dem dreissigjährigen Kriege sein.

Wenn das Getreide aus der Ukraine nicht abbefördert werden kann, soll dieses zur Schweinezucht verwandt werden. Ab 1943 verlange er eine Höchstausnutzung der Ukraine. Die Versorgung ganz Europas müsse dann sichergestellt sein.

In dem gesamten Ostraum, soweit er noch nicht in das Reichsgebiet eingegliedert ist, gelte die Regel, dass bis auf Weiteres kein Privatbesitz geschaffen werden dürfe. Es dürfe also kein Betrieb übereignet werden, mit gewissen Ausnahmen im Baltikum, wo einzelne Betriebe den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden können. Dies sei eine Aufgabe der neu eingerichteten Treuhandverwaltung. Ausserdem habe der Führer angeordnet, dass gewisse Betriebe dem Reichsführer SS überlassen werden. Sonst gäbe es nur treuhänderische Verwaltung. Die Reichskommissariate wären nicht dazu da, Privatkolonien des Heimatgates zu werden. Auch verbiete er Stiftungen.

Bei der treuhänderischen Verwaltung soll der Treuhänder aus der Branche genommen werden. Immerhin müsse man dem Treuhänder einen gewissen Gewinn zulassen, damit er an der Betriebsführung interessiert ist. Aber er dürfe kein Anrecht auf späteren Besitz erhalten.

Die Löhne und Preise müssen unter allen Umständen stabil gehalten werden. Hieran soll eisern festgehalten werden. Eine Einfuhr von Konsumgütern nach dem Osten komme nicht in Frage. Höchstens können Ramschwaren, Kitsch und ähnliche Waren, die hier entbehrlich sind, nach dem Osten gebracht werden. Auch im Baltikum dürfe nur soviel an Lebensmitteln ausgegeben werden, dass die Leute nicht verhungern. Er habe angeordnet, dass alle Engpassmaschinen möglichst rasch in das Heimatgebiet zurückgebracht werden. Notwendig sei aber, dass die Maschinentransporte von verantwortlichen Leuten begleitet werden. Die Entscheidung, welche Maschinen abzufordern sind, liege nicht beim Reichskommissar, sondern bei der Zentralstelle Berlin (Direktor *Lange*). Die Herausnahme der Maschinen müsse mit dem Reichskommissar abgestimmt werden, aber Herr Lange treffe die Entscheidung in seinem Auftrage.

Russland soll nach dem Willen des Führers Rohstoffe und Lebensmittel produzieren. Die Rohstoffe sind nur insoweit weiterzuverarbeiten, dass sie wenig Transportraum in Anspruch nehmen.

Die Mineralöllage zwingt dazu, dass wir spätestens im Dezember das Ölgebiet von Maikop in die Hand nehmen.

(Paraphe): (unleserlich)

Quelle- BA-MA, Wi Rü Amt, Wi/ID. 1222.

Niederschrift über die Ergebnisse der am 8.11.41 unter Vorsitz Görings abgehaltenen Besprechung über die Wirtschaftspolitik in den neubesetzten Ostgebieten:

Der Reichsmarschall des Grossdeutschen Reiches
Beauftragter für den Vierjahresplan
Wirtschaftsführungsstab Ost
V.P. 19 203/6. g.

Berlin, den 20. November 1941

Geheim!

An [...]

In der Anlage übersende ich in dreifacher Ausfertigung Abdruck einer Niederschrift über die wesentlichen Ergebnisse der am 8.11.1941 unter Vorsitz des Herrn Reichsmarschalls abgehaltenen Besprechung über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation in den neubesetzten Ostgebieten zur Kenntnisnahme und Beachtung.

In Vertretung
gez. Körner.
Beglaubigt:
Schwinge
Ministerial-Registrator.

(Siegel)

Anlage zu V.P. 19203/6 g.

Berlin, den 18. November 1941.
W 8, Leipziger Str. 3.

Geheim!

Die unter Vorsitz des Reichsmarschalls am 8.11.1941 abgehaltene Besprechung über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation in den neubesetzten Ostgebieten hat zu nachstehenden Feststellungen und Ergebnissen geführt:

A. Allgemeine Grundsätze für die Wirtschaftspolitik in den neubesetzten Ostgebieten.

I. Für die Dauer des Krieges sind die *Erfordernisse der Kriegswirtschaft das oberste Gesetz* jedes wirtschaftlichen Handelns in den neubesetzten Ostgebieten.

II. Auf lange Sicht gesehen werden die *neubesetzten Ostgebiete unter kolonialen Gesichtspunkten* und mit kolonialen Methoden wirtschaftlich ausgenutzt. Eine Ausnahme gilt nur für die Teile des Ostlandes, die nach dem Auftrag des Führers zur Eindeutschung bestimmt sind, auch sie unterliegen jedoch dem Grundsatz der Ziffer I.

III. Das Schwergewicht aller wirtschaftlichen Arbeit liegt bei der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion.

Durch billige Produktion unter Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung sind möglichst hohe Produktionsüberschüsse zur Versorgung des Reiches und der übrigen europäischen Länder zu erzielen. Auf diese Weise soll neben möglichst weitgehender Deckung des europäischen Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs gleichzeitig für das Reich eine Einnahmequelle erschlossen werden, die es ermöglicht, einen wesentlichen Teil der zur Finanzierung des Krieges aufgenommenen Schulden unter möglichster Schonung des deutschen Steuerzahlers in wenigen Jahrzehnten abzudecken.

IV. Die *Weiterverarbeitung* kommt in den besetzten Ostgebieten nur insoweit in Frage, als dies unbedingt erforderlich ist

- a) um das Transportvolumen zu verringern (also Weiterverarbeitung grundsätzlich bis zum Stahl- oder Aluminiumblock),
- b) um den dringenden Reparaturbedarf im Land zu decken,
- c) um während des Krieges auf dem Rüstungssektor Kapazitäten auszunutzen.

Weit mit Rücksicht auf die Überbelastung der europäischen Industriekapazitäten während des Krieges die Wiederaufnahme der Fabrikation von Lastkraftwagen und Traktoren in Aussicht genommen werden kann, bleibt noch zu entscheiden.

V. Eine nennenswerte *Verbrauchsgüter- und Fertigwarenindustrie* darf in den besetzten Ostgebieten nicht entstehen. Es ist vielmehr Aufgabe der europäischen, insbesondere der deutschen Industrie, die in den besetzten Ostgebieten produzierten Rohstoffe und Halbfabrikate zu veredeln und den dringendsten Bedarf der kolonialwirtschaftlich auszunutzenden Ostgebiete an industriellen Verbrauchsgütern und Produktionsmitteln zu decken. Je mehr Produkte des täglichen Bedarfs wir nach Russland liefern, umso mehr Rohstoffe können wir herausziehen, umso grösser wird die Spannungsdifferenz in den Werten und umso eher werden unsere Kriegsschulden abgezahlt.

VI. Eine *Versorgung der Bevölkerung* mit hochwertigen Verbrauchsgütern kommt nicht in Frage. Allen Tendenzen auf Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards ist vielmehr von vornherein mit schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Art und Menge der in die neubesetzten Ostgebiete zu liefernden Verbrauchsgüter und Produktionsmittel ist mit den Wirtschaftsdienststellen der Reichskommissare abzustimmen.

Auch das Ostland darf zunächst mit Verbrauchsgütern nur in allerbescheidenstem Umfang beliefert werden. Der auf lange Sicht gestellte Auftrag zur Eindeutschung des Ostlandes darf nicht zu einer allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards für alle dort wohnenden Völkerschaften führen. Nur die im Ostland befindlichen oder dort anzusiedelnden Deutschen und die einzudeutschenden Elemente dürfen besser gestellt werden.

VII. Das russische *Preis- und Lohnniveau* ist so niedrig wie irgend möglich zu halten. Jede Störung der ausschliesslich auf die Interessen des Reiches auszurichtenden Preis- und Lohnpolitik wird rücksichtslos geahndet werden.

Auch für das Ostland gilt der Grundsatz, dass die Überschüsse, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Sektor, zu möglichst niedrigen Preisen ins Reich fließen müssen.

B. Richtlinien für die kriegswirtschaftliche Ausnutzung der neubesetzten Ostgebiete.

I. Ernährung und Landwirtschaft.

Das Schwergewicht liegt auf dem Ernährungssektor. Es muss alles geschehen, um so viel landwirtschaftliche Erzeugnisse wie irgend möglich zu erzeugen und für den Bedarf der Truppe und den des Reiches nutzbar zu machen. Hieraus ergeben sich folgende Forderungen:

a) Ernteerfassung:

Der Transport der auf den Kolchosen ausgedroschenen Getreidemengen zur Bahn bereitet besondere Schwierigkeiten. Die bisher zur Abstellung dieses Mangels ergriffenen Massnahmen sind auszubauen. Voraussetzung für Ernteerfassung ist die Bereitstellung ausreichender Sicherungskräfte. Ihre Aufgabe ist es,

1. zu verhindern, dass die auf dem Lande lagernden Getreidemengen von der Stadtbevölkerung aufgezehrt werden,
2. in Notfällen auch eine gewaltsame Erfassung zu ermöglichen,
3. den Transport selbst zu sichern.

b) Bestellung:

1. Die durch die Kriegshandlungen bedingten Ausfälle in der Herbstbestellung 1941 sind durch verstärkte Frühjahrsbestellungen 1942 auszugleichen. Soweit neben der Maschinenarbeit auch die Menschenkraft nicht zur rechtzeitigen normalen Frühjahrsbestellung ausreicht, muss geprüft werden, inwieweit später mehr Mais angebaut werden kann.
2. Vom Jahre 1943 ab müssen die besetzten Ostgebiete unter allen Umständen höchste Überschüsse liefern. Infolgedessen ist auf die Herbstbestellung 1942 in allen Gebieten das Hauptgewicht zu legen.
3. Eine Sofortaufgabe ist die Sicherstellung des für die Bestellung notwendigen Saatguts. Verstärkter Einsatz militärischer und polizeilicher Sicherungskräfte ist unerlässlich, um das Saatgut vor dem Verzehren durch die in die landwirtschaftlichen Überschussgebiete strömenden Menschenmassen zu retten.
4. Die Landbevölkerung soll von der Ernte einen ausreichenden Anteil bekommen. Auf der anderen Seite darf aber der Kolchosebauer keinen Zweifel darüber haben, dass die geforderten Feldarbeiten mit allen Mitteln erzwingen werden.

c) Viehwirtschaft:

1. Zur Beseitigung erster Gefahren für die Fleischversorgung von Front und Heimat muss Fleisch – vor allem in Form von Gefrierfleisch und von Konserven – in erheblich grösserem Umfange als bisher aus den besetzten Ostgebieten beschafft und gestapelt werden.
2. Das zur Fleischkonservierung erforderliche Vieh darf aus den besetzten Ostgebieten aber nur insoweit herausgezogen werden, als sichergestellt ist,
 - aa) dass die Eingriffe in die Viehbestände nicht den Wiederaufbau der Viehwirtschaft auf lange Zeit unmöglich machen,
 - bb) dass der Abtransport der aufgetriebenen Viehmengen technisch ohne aussergewöhnliche Substanzverluste bewältigt werden kann,
 - cc) dass die nötige Verarbeitungskapazität zur Konservierung der antransportierten Fleischmengen vorhanden ist.
3. In bestimmten Gebieten (besonders im Gebiet Mitte) sind grosse Viehbestände vorhanden, auf die zur Erleichterung der Fleischlage im Reich rücksichtslos und zwar schnell zurückgegriffen werden muss, damit bei den Tieren nicht allzugrosse Gewichtverluste eintreten. Voraussetzung für Erfassung und Abtransport dieser Bestände ist die vorläufige noch fehlende militärische oder polizeiliche Sicherung der Gebiete, aus denen Vieh in grossen Mengen herausgeholt werden kann. Hier muss das Heer unter allen Umständen helfen.
4. Es ist zu prüfen, ob in den Gebieten, in denen Erfassung und Abtransport der Ernte besondere Schwierigkeiten machen, ein gewisser Ausgleich planmässig durch Verstärkung von Schweinemast und der Schafhaltung erreicht werden kann.
5. Es ist ein Plan darüber aufzustellen, in welcher Weise die reichen Gebiete des gesamten Russlands für den Ausbau der Viehzucht und für die Fleischversorgung des Reichs ausgenutzt werden sollen. Dabei ist davon auszugehen, dass der Lebensstandard der einheimischen Bevölkerung sehr niedrig gehalten werden muss, dass aber andererseits der Bauer von dem Ertrag seiner Arbeit auf die Dauer mehr behalten soll als er früher bekam.

Der Reichsmarschall erwartet die Vorlage spätestens in einem Vierteljahr.

d) Truppenverpflegung:

Es ist eine besonders vordringliche Aufgabe, die Truppen Verpflegung aus dem Lander unter Verzicht auf Inanspruchnahme der Nachschubläger sicherzustellen. Die Ausgabe nachgeschobener Lebensmittel aus den Zentralverpflegungslägern ist dann auf dringende Notfälle zu beschränken.

e) Versorgung der Bevölkerung:

1. Die Versorgung der bäuerlichen Bevölkerung wird keine besonderen Schwierigkeiten machen.
2. Die städtische Bevölkerung kann nur ganz geringfügige Lebensmittelmengen erhalten. Für die Grossstädte (Moskau, Leningrad, Kiew) kann einstweilen überhaupt nichts getan werden. Die sich hieraus ergebenden Folgen sind hart, aber unvermeidlich.
3. Die in unmittelbarem deutschem Interesse arbeitenden Menschen sind durch unmittelbare Nahrungsmittelzuteilungen in den Betrieben so zu ernähren, dass ihre Arbeitskraft einigermaßen erhalten bleibt.
4. Auch im Ostland sind die Ernährungssätze der bodenständigen Bevölkerung auf einen Stand zu bringen, der erheblich unter dem deutschen liegt, damit auch von dort möglichst hohe Überschüsse für das Reich herausgewirtschaftet werden können.

II. Gewerbliche Wirtschaft.

a) Schwerpunktbildung.

In erster Linie steht das *Erdöl*. Vordringlich ist die Manganerzförderung. Alsdann ist bei *Kohle* und *Eisen* dafür zu sorgen, dass die von den Sowjets in den Betrieben vorgenommenen Zerstörungen sobald wie möglich beseitigt werden, damit die Produktion schnellstens wieder aufgenommen werden kann. Schliesslich ist der russische HoZreichtum im Rahmen der gegebenen Transportmöglichkeiten für das Reich in möglichst hohem Masse nutzbar zu machen, damit die deutschen Waldbestände in Zukunft die dringend nötige Schonung erfahren.

Hinter diese wichtigsten Rohstoffgebiete müssen die sonstigen Produktionsaufgaben zurücktreten. Doch ist im Rahmen des Möglichen anzustreben, die Rohstoffherzeugung insbesondere auf dem Gebiet der Kautschuk- und Textilpflanzen schon während des Krieges vorwärts zu treiben.

b) Rohstofffassung.

1. Bei der Rohstofffassung ist besonderer Wert darauf zu legen, dass die Zentralstellen in Berlin über jede erfasste Rohstoffmenge – und sei sie noch so klein –, orientiert werden, damit sie über den gesamten Rohstoffeinsatz unter Berücksichtigung der kriegswirtschaftlichen Erfordernisse verfügen können.
2. Bei Waren, die in Freihäfen vorgefunden worden sind, muss besonders darauf geachtet werden, ob es sich etwa um Waren handelt, die Reichsdeutschen (sowohl staatlichen Stellen wie auch Privatfirmen) gehören. Diesen sind sie zuzustellen.

c) Erfassung und Einsatz von Maschinen.

1. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist anzunehmen, dass ein nicht unwesentlicher Teil der von den Russen verschleppten Maschinen in den weiter ostwärts liegenden Gebieten auf den Eisenbahnstrecken oder in deren Nähe steckengeblieben ist. Es muss daher mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet werden, dass diese Maschinen nicht verkommen, sondern rechtzeitig erfasst und der deutschen Kriegswirtschaft nutzbar gemacht werden.
2. Während bisher beim Abtransport von Maschinen aus den besetzten Ostgebieten die verschiedensten Dienststellen ohne gegenseitige Verständigung und Abstimmung auf einen Generalplan vorgegangen sind, ist für die Zukunft ein einheitliches Vorgehen unerlässlich. Als Zentralstelle für die Erfassung und den Einsatz von Werkzeugmaschinen hat künftig der Beauftragte für den Maschinenbau, Direktor Lange, sicherzustellen, dass den Gesamterfordernissen der deutschen Kriegswirtschaft bei der Verfügung über Maschinen in den neubesetzten Ostgebieten Rechnung getragen wird.
3. Grundsatz für den Abtransport von Werkzeugmaschinen ist, dass nur diejenigen abzufahren sind, welche – wie hochwertige Automaten usw. – sofort eingesetzt werden können und zur Durchführung des vom Führer befohlenen Rüstungsprogramms dringend benötigt werden.
4. In den besetzten Ostgebieten sind alsdann die Maschinen zu belassen, die dort zur Durchführung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben benötigt werden, die an die besetzten Ostgebiete im Rahmen der Kriegswirtschaft gestellt werden.
5. Der Beauftragte für die Maschinenproduktion regelt den Abtransport von Maschinen aus den neubesetzten Ostgebieten und den Einsatz von Maschinen in laufender Zusammenarbeit mit den örtlichen Dienststellen der Reichskommissare. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, ist die Entscheidung des Beauftragten für den Vierteljahresplan einzuholen.
6. Der Ausbau von Maschinen, die für den Einsatz im Reich bestimmt sind, muss Fachleuten überlassen werden. Transporte hochwertiger Maschinen müssen von zuverlässigen Personen bewacht und begleitet werden.

d) Industriebelegung.

Hier gilt das zu Ziffer A IV. Gesagte. Es kommt in erster Linie darauf an, dass die Anforderungen der Truppe befriedigt werden und der Reparaturbedarf der für die deutsche Kriegswirtschaft arbeitenden landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe gedeckt wird.

A. Grundsätze für die Betriebsführung.

I. Staatseigentum – Privateigentum.

- a) Die gesamten landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe waren Eigentum des sowjetischen Staates. Dieses Eigentum ist jetzt auf das Reich übergegangen.
- b) In den gesamten neubesetzten Ostgebieten sind endgültige Besitzregelungen grundsätzlich solange ausgeschlossen, als die Gebiete nicht in den Verband des Grossdeutschen Reiches aufgenommen sind. Es kommt also grundsätzlich nur treuhänderische Verwaltung in Frage. Die treuhänderische Verwaltung gibt dem Treuhänder keinerlei Anrecht auf späteren Eigentumserwerb.
- c) Eine Ausnahme gilt für das Erdöl. Die russische Mineralöl wirtschaft muss auf die Dauer allein nach den Interessen des Reichs geführt werden. Der zwecks Zusammenfassung aller deutschen Ölintressen gegenüber dem gesamten Ausland gegründeten Kontinentalen Öl-A.-G. ist daher auf die Dauer das ausschliessliche Recht zum Betrieb der Mineralölwirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten erteilt worden.
- d) In den früher baltischen Teilen des Ostlandes kann in Ausnahmefällen schon jetzt daran gedacht werden, in bescheidenstem Umfang kleinere Betriebe ihren ursprünglichen Eigentümern wieder zurückzugeben. Von dieser Ausnahmemöglichkeit darf aber nur sehr vorsichtig Gebrauch gemacht werden. Das Gleiche gilt für Besitzregelungen, die vom Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums in Aussicht genommen werden. Eine abschliessende Regelung kann noch nicht getroffen werden. Der Reichsmarschall behält sich vielmehr vor, über Zeitpunkt und Anfang der Privatisierung später zu entscheiden.

II. Betriebsübernahme.

- a) Nach Auffassung des Führers und des Reichsmarschalls kommt es nicht in Frage, dass Organe des Staates, der Partei oder der Wehrmacht Wirtschaftsbetriebe übernehmen, die sie gar nicht führen können. Betriebe, die man wieder aufbauen will, sind vielmehr grundsätzlich an Firmen oder Persönlichkeiten zu übergeben, die über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen und ähnliche Betriebe im Reich besitzen oder betreiben. Ihnen muss dabei die Möglichkeit eröffnet werden, aus ihrer Tätigkeit einen angemessenen Nutzen zu ziehen.
- b) Die Gründung von Stiftungen und ähnlichen Einrichtungen, die dem Ziele dienen können, Betriebe in den besetzten Ostgebieten besonderen Interessen dienstbar zu machen, ist ebenfalls ausgeschlossen.
- c) Soweit Monopolgesellschaften zur Übernahme von Betrieben auf bestimmten besonders kriegswichtigen Wirtschaftsgebieten gegründet worden sind, verbleibt es einstweilen bei der bisherigen Regelung.

III. Betriebsführung.

- a) Die grossen Richtlinien für die Betriebsführung in den besetzten Ostgebieten gibt das Reich. Aufgabe der Reichskommissare und ihrer Dienststellen ist es, für die Durchführung dieser Richtlinien in den Betrieben ihres Bereichs zu sorgen.
- b) Soweit Monopolgesellschaften eingesetzt sind, gilt Folgendes:
 1. Die Monopolgesellschaften erhalten die Richtlinien und Weisungen für die Betriebsführung von den zuständigen Zentralstellen des Reiches. Diese bestimmen insbesondere, in welchem Umfange unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten Betriebe wieder aufzubauen, zusammenzulegen, auszuschlachten oder stillzulegen sind.
 2. Die Monopolgesellschaften haben bei der Durchführung der ihnen vom Reich übertragenen Aufgaben eng mit den örtlichen Dienststellen der Reichskommissare zusammenzuarbeiten. Die Reichskommissare müssen wissen, was in ihrem Hoheitsbereich auf wirtschaftlichem Gebiete vor sich geht. Es muss ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, nach Massgabe der ihnen vom Reich gegebenen Richtlinien auf die Betriebsführung der Monopolgesellschaften Einfluss zu nehmen. Lokalpolitische Erwägungen können dabei aber nicht anerkannt werden. Vielmehr müssen die örtlichen Dienststellen die Arbeit der Monopolgesellschaften durch Bereitstellung von Arbeitskräften, Lebensmitteln, Transportmitteln usw. im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft fördern.
 3. Zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsdienststellen der Reichskommissare und den Monopolgesellschaften können die Monopolgesellschaften geeignetenfalls für die einzelnen Reichskommissariate Tochtergesellschaften errichten.
 4. Soweit zwischen den Reichskommissaren oder ihren Wirtschaftsdienststellen und den Monopolgesellschaften oder ihren Tochtergesellschaften über die Planung wirtschaftlicher Massnahmen oder deren Durchführung Meinungsverschiedenheiten entstehen, die nicht an Ort und Stelle ausgeglichen werden können, ist die Entscheidung der zuständigen Zentralstellen des Reichs einzuholen. Die letzte Entscheidung liegt auch hier beim Reichsmarschall.

5. Beim Öl liegen die Verhältnisse insofern gesondert, als hier nicht beschlossen zu werden braucht, ob ein Betrieb stillgelegt oder wiederaufgebaut werden soll, sondern von vornherein klar ist, dass die Produktion und die Weiterverarbeitung mit allen nur möglichen Mitteln sofort und ohne Hemmung durch etwaige Zuständigkeitskonflikte u. dergl. in Gang gesetzt werden muss. Es erübrigt sich mithin eine sachliche Einflussnahme der Reichskommissare auf die Massnahmen der für die Ausnutzung der russischen Erdölwirtschaft vom Reich eingesetzten Kontinentalen Öl A.G. Selbstverständlich hat auch sie oder ihre zuständige Tochtergesellschaft mit den Wirtschaftsdienststellen der Reichskommissare engste Föhlung zu halten.

c) Grundsätze für die Haushaltsgestaltung in den Reichskommissariaten

1. Die Grundlagen für die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den neubesetzten Ostgebieten.

1. Das Reich hat die finanziellen und materiellen Lasten dieses Krieges bezahlt. Nur das Reich ist ferner in der Lage, die materiellen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, ohne die weder die Wirtschaft noch die Verwaltung in den neubesetzten Ostgebieten arbeiten können.
2. Das Reich muss dafür sorgen, dass die zur Kriegsfinanzierung gemachten Aufwendungen ohne unerträgliche Belastung des Lebensstandards des deutschen Volkes wieder abgedeckt werden.
3. Es ist der klar ausgesprochene Wille des Führers, dass die durch den Krieg entstandene Schuldenlast des Reiches zum grössten Teil aus den Einnahmen abzudecken ist, die aus den neubesetzten Ostgebieten herausgezogen werden müssen.
4. Rechtsnachfolger für den ehemals sowjetischen Staatsbesitz in den neubesetzten Ostgebieten sind nicht die Reichskommissariate, sondern das Reich.
5. Das Reich muss die Kontrolle darüber haben, dass die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten in Einklang mit dem Reichsinteresse gehalten wird.
6. Natürlich müssen aber die Reichskommissare in Anbetracht der ausserordentlich schwierigen Verhältnisse in den neubesetzten Ostgebieten eine gewisse finanzielle Bewegungsfreiheit haben.

II. Folgerungen für die Haushaltsgestaltung in den Reichskommissariaten.

1. Für die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft der Reichskommissariate sind von dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Etats aufzustellen und vom Reichsfinanzminister zu genehmigen.
2. Der Reichsfinanzminister bestimmt, welche Einnahmen in den besetzten Ostgebieten unmittelbar in die Reichskasse zu fliessen, und welche Einnahmen den Reichskommissaren zur Verfügung im Rahmen ihres Haushalts zu überlassen sind.
3. Die finanzielle Bewegungsfreiheit der Reichskommissare darf nicht dazu föhren, dass mit Einnahmen aus den neubesetzten Ostgebieten Ausgaben bestritten werden, die der Durchführung irgendwelcher Vorhaben in anderen Gebieten dienen.
4. Die bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Rohstoffen und Fertigwaren aus den neubesetzten Ostgebieten entstehenden «Schleusengewinne» stehen grundsätzlich dem Reich zu. Der Reichsfinanzminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und den zuständigen Reichsressorts, in welcher Weise die Schleusengewinne zu erfassen und wie über sie zu verfügen ist.
5. Die Etatsverhandlungen sind von den zuständigen Reichsstellen mit den Reichskommissaren unmittelbar zu föhren. Soweit bei diesen Verhandlungen keine Einigkeit erzielt werden kann, wird der Reichsmarschall ein Einvernehmen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete entscheiden.

Quelle: BA-MA, WiRüAmt, Wi/ID. 1222.

39. Schreiben des Rüstungsinspektors Ukraine, Generalleutnant Hans Leykauf, an den Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, General d. Inf. Thomas, vom 2.12.1941.

Rü In Ukraine
Inspekteur

O. U., den 2. Dezember 1941
Geheim

An den
Chef des Wi Rü Amtes
im O.K.W.
Herrn General der Inf. Thomas
Berlin W
Kurfürstenstr. 63-67

Zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Chef Wi Rü Amt übergebe ich einen Gesamtbericht über die derzeitige Lage im Reichskommissariat Ukraine, in welchem ich die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten und Spannungen, sowie die zu ernststen Besorgnissen Anlass gebenden Fragen mit vollster Offenheit und unmissverständlicher Deutlichkeit niedergelegt sind (sic).

Ich habe bewusst davon Abstand genommen, einen solchen Bericht auf dem Dienstwege vorzulegen oder ihn anderen interessierten Stellen zur Kenntnis zu bringen, da ich mir keinen Erfolg davon verspreche, vielmehr befürchte, dass die Schwierigkeiten und Spannungen sowie die unterschiedlichen Auffassungen bei der besonderen Art der Verhältnisse sich nur vergrössern würden.

Nur an massgebender Stelle kann, wenn sie klar sieht, im Rahmen des Möglichen eine Abstellung herbeigeführt werden.

Der Bericht ist von OKV Rat Prof. Seraphim abgefasst und trägt nicht einen amtlichen, sondern einen durchaus persönlichen Charakter.

Ich schliesse mich in allen Punkten den gemachten Ausführungen an.

Ich darf noch hinzufügen, dass die Lageberichte, in denen die bestehenden sachlichen Schwierigkeiten rückhaltlos offen dargestellt werden, den in Frage kommenden Dienststellen zugehen und dass unabhängig hiervon von mir nichts unversucht geblieben ist, auf die bestehenden Schwierigkeiten und Mängel auch den Herren des Reichskommissars Ukraine gegenüber immer wieder persönlich hinzuweisen, damit sie abgestellt werden.

Ich wäre dankbar, wenn der anliegende Bericht nur zur eigenen Unterrichtung des Herrn Chef Wi Rü Amt und seiner engsten Mitarbeiter herangezogen werden würde, eine *Weiterverwertung der wesentlichen Punkte*, die vor allem zur Abstellung der zu ernststen Besorgnissen Veranlassung gebenden Lage in Frage kämen, dem Herrn Chef Wi Rü Amt *ausschliesslich selbst vorbehalten blieben*. [...]

c) Judenfrage

Die Ordnung der Judenfrage in der Ukraine war schon deshalb ein schwieriges Problem, weil die Juden in den Städten einen Grossteil der Bevölkerung ausmachten. Es handelt sich also – ebenso wie im G. G. – um ein bevölkerungspolitisches Massenproblem. Viele Städte wiesen einen Judenteil von über 50% auf. Vor den deutschen Truppen geflohen waren nur die reichen Juden. Das Gros der Judenheit verblieb der deutschen Verwaltung. Für diese komplizierte sich die Frage dadurch, *dass diese Juden fast das gesamte Handwerk, sogar einen Teil der Arbeiterschaft der Klein- und Mittel-Industrien erfüllten*, abgesehen vom Handel, der z.T. infolge der direkten oder indirekten Kriegseinwirkung überflüssig geworden war. *Die Beseitigung musste mithin tiefgreifende wirtschaftliche, ja direkt wehrwirtschaftliche Rückwirkungen* (Fertigung für Truppen bedarf) haben.

Die Haltung der jüdischen Bevölkerung war von vornherein ängstlich – willig. Sie suchten alles zu vermeiden, um der deutschen Verwaltung zu missfallen. Dass sie die deutsche Verwaltung und Armee im inneren hassten, ist selbstverständlich und kann nicht Wunder nehmen. Es ist aber nicht beweisbar, dass die Juden geschlossen oder auch nur in grösserem Umfang an Sabotageakten u.a. beteiligt waren. Sicher hat es unter ihnen – genau so wie unter den Ukrainern – einige Terroristen oder Saboteure gegeben. Dass die Juden als solche aber irgendeine Gefahr für die deutsche Wehrmacht darstellen, kann nicht behauptet werden. Mit der Arbeitsleistung der Juden, die selbstverständlich durch kein anderes Gefühl als die Angst angetrieben wurden, ist Truppe und deutsche Verwaltung zufrieden gewesen.

Die jüdische Bevölkerung ist im unmittelbaren Anschluss an die Kampfhandlungen zunächst unbehelligt geblieben. Erst Wochen, z.T. Monate später wurde eine planmässige Erschliessung der Juden durch dazu eigens abgestellte Formationen der Ordnungspolizei durchgeführt. Diese Aktion ging im Wesentlichen von

Osten nach Westen. Sie erfolgte durchaus öffentlich unter Hinzuziehung ukrainischer Miliz, vielfach leider auch unter freiwilliger Beteiligung von Wehrmichtsangehörigen. Die Art der Durchführung der Aktionen, die sich auf Männer und Greise, Frauen und Kinder jedes Alter erstreckte, war grauenhaft. Die Aktion ist in der Massenhaftigkeit der Hinrichtungen so gigantisch wie bisher keine in der Sowjetunion vorgenommene gleichartige Massnahme. Insgesamt dürften bisher etwa 150'000 bis 200'000 Juden in dem zum R. K. gehörigen Teil der Ukraine exekutiert [worden sein], bisher wurde auf diese wirtschaftlichen Belange keine Rücksicht genommen (sic).

Insgesamt kann gesagt werden, dass die in der Ukraine durchgeführte Art der Lösung der Judenfrage offenbar von prinzipiell-weltanschaulichen Gedankengängen getragen, nachstehende Folgen gehabt hat:

- a) Beseitigung eines Teils z.T. überflüssiger Esser in den Städten
 - b) Beseitigung eines Bevölkerungsteils, der uns zweifellos hasste
 - c) Beseitigung dringend notwendiger Handwerker, die auch für Wehrmichtsbelange vielfach unentbehrlich waren,
 - d) Aussenpolitisch-propagandistische Folgen, die auf der Hand liegen
 - e) Nachtellige Wirkungen auf die jedenfalls mittelbar mit den Exekutionen in Berührung kommende Truppe
 - f) Verrohende Wirkung auf die die Exekutionen durchführenden Formationen (Ordnungspolizei). Eine Abschöpfung landwirtschaftlicher Überschüsse aus der Ukraine für Ernährungszwecke des Reiches ist mithin nur denkbar, wenn der ukrainische Binnenverkehr auf ein Minimum gedrückt wird. Es wird versucht das zu erreichen.
1. durch Ausmerzungen überflüssiger Esser (Juden, Bevölkerung der ukrainischen Grossstädte, die wie Kiew, überhaupt keine Lebensmittelzuteilung erhalten);
 2. durch äusserste Reduktion der den Ukrainern der übrigen Städte zur Verfügung gestellten Rationen;
 3. durch Verminderung des Verzehrs der bäuerlichen Bevölkerung.

Man muss sich darüber klar sein, dass in der Ukraine letzten Endes nur die Ukrainer durch Arbeit Wirtschaftswerte erzeugen können. Wenn wir die Juden totschiessen, die Kriegsgefangenen umkommen lassen, die Grossstadtbevölkerung zum erheblichen Teile dem Hungertode ausliefern, im kommenden Jahre auch einen Teil der Landbevölkerung durch Hunger verlieren werden, bleibt die Frage unbeantwortet: *Wer denn hier eigentlich Wirtschaftswerte produzieren soll.* Dass bei dem Engpass Mensch im Deutschen Reich weder jetzt noch in absehbarer Zukunft *Deutsche* in erforderlicher Zahl zur Verfügung stehen können, ist unzweifelhaft. Wenn der Ukrainer aber arbeiten soll, muss er physisch erhalten werden, nicht aus einem Sentiment sondern aus sehr nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen. Dazu gehört aber in erster Linie auch die Schaffung eines geordneten Verhältnisses zwischen Geld, Warenpreisen und Arbeitslohn.

(Zusammenfassung.)

Bevölkerung.

Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung ist trotz der in den letzten Monaten erfolgten Verschlechterung ihrer materiellen Lage *noch* gutwillig. Bei einer mit Sicherheit vorauszuherrschenden weiteren Verschlechterung ihrer Ernährungslage ist mit einem Stimmungsumschwung zu rechnen.

Die Volksdeutschen der Ukraine bilden kein Element, auf das sich Verwaltung und Wirtschaft des Landes stützen können.

Ein erheblicher Teil der Juden, die in den Städten des R. K. teilweise mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind hingerichtet worden. Damit ist der grösste Teil der Handwerker ausgefallen und dadurch auch Belange der Wehrmacht (Truppenbedarf, Unterkünfte) berührt.

Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Gesundheitszustand der Kriegsgefangenen ist schlecht, die Sterblichkeit sehr gross. Mit dem Abgang vieler Zehntausende in diesem Winter ist zu rechnen. Darunter befinden sich Kräfte, die für die Wirtschaft der Ukraine erfolgreich hätten nutzbar gemacht werden können auch Facharbeiter und Handwerker.

Quelle: IMT, Bd. 32, S. 71-75 (Dok. 3257-PS).

Vgl. zu diesem Bereich auch die Auszüge aus den Notizen des Chefs des Generalstabes der 18. Armee betr. Behandlung und Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener vom 13.11.1941 in Dokument 30, S. 362f.

VII. ZU INTERNEN ANFRAGEN UND ZUR KRITIK AM EIGENEN VORGEHEN

40) *Denkschrift des Kommandierenden Generals des XXXIX. Armeekorps, General d. Panzertruppe Rudolf Schmidt, über die «Möglichkeit einer Erschütterung des bolschewistischen Widerstandes von Innen her» vom 17./18.9.1941 mit Auszug aus dem Kriegstagebuch des XXXIX. Armeekorps vom 17.9.1941.*

Auszug aus dem Kriegstagebuch des Generalkommandos XXXIX. Armeekorps/Ic vom 17.9.1941:

17.9.1941, [...] Der Wachtmeister Hertel hat eine «Denkschrift über die Möglichkeiten der Erschütterung des bolschewistischen Widerstandes von Innen her» verfasst. Die Denkschrift ist auf dem Dienstwege und über Privatweg zum Führer gesandt worden.

Quelle: BA-MA, XXXIX. A. K., 23584/2.

Generalkommando XXXIX. A. K.

K. Gef. St., 17.9.1941

Der Kommandierende General

– 1 – Anlage –

Dem Armee-Oberkommando 16

Das Generalkommando legt in der Anlage eine Denkschrift vor über die Möglichkeiten, den russischen Widerstandswillen zu erschüttern.

Es wird gebeten, diese Denkschrift an den Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht weiterzuleiten.

Der Kommandierende General

gez. S[chmidt]

Anlage:

Generalkommando XXXIX. A. K.

K. Gef. St., den 18.9.1941

Denkschrift

*über die Möglichkeiten einer Erschütterung
des bolschewistischen Widerstandes von Innen her.*

I. Welche Gründe erklären die Härte des sowjetischen Kampfes?

Der bisherige Verlauf des Ostfeldzuges hat gezeigt, dass der bolschewistische Widerstand an Härte und Verbissenheit die meisten Erwartungen bei Weitem übersteigt. Insbesondere verfügt die Rote Armee über ein Unterführerkorps, das die Mannschaften immer wieder in Angriff und Verteidigung fest zusammenhält. Die Gründe dafür sind im Wesentlichen folgende:

In Russland leben mehr überzeugte Kommunisten, als die Optimisten wahrhaben wollten. Die Menschen, die noch das alte Russland kannten, sind zum grossen Teil ausgestorben, ausgewandert, oder – soweit sie der führenden Schicht angehörten – brutal ausgerottet worden. Der Jugend bis hinauf zu den heute 35jährigen fehlt der Vergleich mit dem alten Russland. Ebenso wenig besteht für den normalen Russen eine Vergleichsmöglichkeit mit dem europäischen Westen, den er bisher nur durch die Brille der kommunistischen Agitation sah. So hat die Jugend, die heute auch die Masse der russischen Armee stellt, nur den Kommunisten kennengelernt. Sie ist schon in der Schule und in den kommunistischen Jugendverbänden so planmässig abgerichtet worden, dass der Kommunismus tatsächlich die Masse der Bevölkerung erfasste. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass für das Industrie-Proletariat eine ganze Menge getan wurde. Auf dem Lande wiederum empfinden auch nur die Menschen den Kommunismus als unerhörtes Übel, die früher eigenes Land besaßen. Für den Mann ohne Eigentum hat nur der Herr gewechselt. Es empfiehlt sich auch

grosse Vorsicht gegenüber allen Äusserungen, die heute von den Landeseinwohnern uns gegenüber über den Bolschewismus gemacht werden.

Trotz allem war und ist in weiten Kreisen der Bevölkerung eine grosse Unzufriedenheit gegenüber dem Bolschewismus vorhanden. Es fehlte aber der Opposition jede Führungsschicht. Die alte Führung ist emigriert oder ausgerottet, die junge Intelligenz aus der Arbeiterklasse denkt kommunistisch. Jeder Versuch eines Umsturzes wurde schliesslich mit härtester Gewalt im Keime erstickt. Es konnte daher niemals angenommen werden, dass ein Krieg zu einer Revolution in der Sowjet-Union führen würde. Der bolschewistische Staat zeigt im Kampf die gleiche Widerstandskraft, die vergleichsweise die kommunistische Partei im Kampf um die Macht im Reich aufwies. In beiden Fällen bewies und beweist auch eine falsche Idee eine grössere Lebenskraft, als sie die innerlich leere ideenlose bürgerlichdemokratische Welt oder die auf ihnen aufgebauten westeuropäischen Staaten hatten.

Im Feldzug macht sich besonders unangenehm bemerkbar, dass die Sowjets ein Unterführerkorps in grosser Breite aufgestellt haben, das gegen Niederlagen nahezu unempfindlich ist. Dazu kommt, dass die politischen Kommissare schon deshalb weiterkämpfen, weil sie wissen, dass sie bei uns bestimmt erschossen werden. Dieses Bewusstsein kann die Kriegsführung auch in Zukunft nur verschärfen.

Für die gesamte russische Bevölkerung fehlt für eine klare Entscheidung zu unseren Gunsten jedes Bild der künftigen Entwicklung. Der an sich gutmütige russische Mensch ist leicht lenkbar. Er wird in der Hand der bolschewistischen Führer im Kampf zum wilden Tier und kann bei gerechter Behandlung ebenso sicher in unserer Aufbauarbeit eingespannt werden. Der Russe wird für unsere Zwecke viel leichter zu gebrauchen sein als der heimtückisch-verschlagene Pole, der mit höherer Intelligenz ein fanatisches Nationalbewusstsein verbindet.

II. Welche Möglichkeiten zur Erschütterung des bolschewistischen Widerstandes sind gegeben?

Als Sofortmassnahme muss der Schiesslerass für politische Kommissare fallen. Solange die Kommissare sich gemeinsam gegen den sicheren Tod wehren müssen, werden sie wie Pech und Schwefel zusammenhalten. Ja, sie werden durch unsere Drohungen auch bei sicherlich vorhandenen inneren Zwistigkeiten geradezu durch uns zusammengeschweisst. Wenn aber der einzelne Kommissar weiss, dass er als Überläufer sein Leben retten kann, wird die innere Geschlossenheit des politischen Führerkorps drüben aufhören.

Auf weite Sicht ist aber noch viel wichtiger, dem russischen Volke eine positive Zukunft zu zeigen. Im Kampf um die Macht prägte der Führer den Satz, dass eine Idee immer nur durch eine bessere Idee niedergeworfen werden kann. Im Kampf gegen Sowjet-Russland kann es natürlich nicht darum gehen, den Russen überhaupt ein Ideal zu geben, geschweige denn den Nationalsozialismus. Es ist aber dringend notwendig, wenigstens in den Dingen des Alltags eine klare Regelung zu schaffen. Man muss sagen, wie wir zum Eigentum stehen und wieviel Nahrung, Kleidung oder welche Wohnung der Russe in seinem Eigentum haben wird.

Wenn der Russe weiss, dass er unter deutscher Herrschaft auch zu seinem eigenen Nutzen arbeiten wird, dann wird er freudig für uns arbeiten. Im Augenblick fühlt er sich auch noch unsicher, weil er nicht weiss, ob das besetzte Gebiet einmal an Russland zurückfallen und womöglich wieder unter bolschewistische Herrschaft kommen wird. Es ist daher notwendig, gerade in dieser Hinsicht Klarheit zu schaffen. Eine Propaganda auf breiterster Grundlage muss der Bevölkerung klarmachen, dass die eroberten Gebiete deutsch bleiben und daher alle Befürchtungen wegen einer Rückkehr der Bolschewisten gegenstandslos sind. Die beste Möglichkeit für die Festigung der Verhältnisse wäre die Bildung einer russischen Regierung unter unserem Schutz. Sitz dieser Regierung müsste allerdings eine bedeutende Stadt sein, am besten Petersburg. Man könnte jedoch das eroberte Gebiet in Nordrussland (Petersburg), Mitteldrussland (Smolensk), Südrussland (Kiew) und baltische Republik (Riga, Reval und Wilna) aufteilen. Diese Massnahme würde am deutlichsten zu erkennen geben, dass in Europa ein selbständiger russischer Staat nicht entsteht.

Auf jeden Fall muss etwas Positives getan werden, um die Bevölkerung des besetzten Gebietes vom Bolschewismus abzuwenden und ihre Hoffnungen auf das Reich hinzulenken. Solche Massnahmen werden auch in dem noch nicht eroberten europäischen Russland wirken und damit die Widerstandskraft drüben schwächen.

41) *Anfrage des OKH zwecks Aufhebung des «Kommissarbefehls» vom 23.9.1941 mit Vermerk von General Jodl*

OBERKOMMANDO DES HEERES
General z b V beim Ob d H.
Az. 501 Gen z b V b Ob d H
Nr. 516/41 g Kdos.
(handschriftl. Vermerk von unbek.): Führer

H. Qu., den 23.9.1941
Geheime Kommandosache
4 Ausfertigungen
1. Ausfertigung.

An OKW/L
zu Händen des Herrn Generalmajor Warlimont.

Betr.: Politische Kommissare
Bezug: OKW/WFSt/Abt. L (IV/Qu) Nr. 44822/41 g Kdos Chefs, vom 6.6.41.

Es wird gebeten, die Notwendigkeit der Durchführung des «Kommissar»-Erlasses in der bisherigen Form im Hinblick auf die Entwicklung der Lage zu überprüfen. Von Befehlshabern, Kommandeuren und aus der Truppe wird gemeldet, dass sich eine Lockerung des Kampfwillens auf russischer Seite dadurch erreichen lasse, wenn den Kommissaren, die ohne Zweifel die Hauptträger des erbitterten und verbissenen Widerstandes seien, der Weg zur Aufgabe des Kampfes, zur Übergabe oder zum Überlaufen erleichtert würde. Zur Zeit ist es so, dass der Kommissar auf *jeden* Fall sein sicheres Ende vor Augen sieht; darum kämpft eine grosse Zahl bis zuletzt und zwingt auch die Rotarmisten mit den brutalsten Mitteln zum erbitterten Widerstand.

Gerade in der augenblicklichen Kampfphase, wo bei den hohen Ausfällen, mit der Abnahme des Zuflusses von personellen und materiellen Kräften, bei der Vermischung der Verbände, der Unsicherheit der Führung Lockerungserscheinungen auf russischer Seite da und dort sich zu zeigen beginnen, könnte eine Lähmung des allgemeinen Kampfwillens durch Brechung des Widerstandes der Kommissare nicht unerhebliche Erfolge zeitigen und unter Umständen viel Blut sparen.

Die Erreichung des Zieles müsste in geeigneter Form mit propagandistischen Mitteln verschiedenster Art angestrebt werden.

Auch der Oberbefehlshaber des Heeres glaubt, dass die vorstehenden Auffassungen, die ihm persönlich bei allen Heeresgruppen vorgetragen worden sind, vom militärischen Standpunkt aus durchaus beachtlich sind und eine Überprüfung der bisherigen Behandlungsweise der Kommissare zweckmässig erscheinen lassen.

I. A.

(Unterschrift): Müller

Darauf handschriftliche Bemerkung von General Jodl, Chef WFSt:

«Der Führer hat jede Änderung der bisher erlassenen Befehle für die Behandlung der politischen Kommissare abgelehnt.

J. 26./9.»

Auf der Rückseite handschriftlicher Text:

Fernschreiben.

An OKH (General z. b. V.)

Bezug: Dort 516/41 g. Kdos. vom 23.9.41

Der Führer hat auf erneuten Vortrag jede Änderung der für die Behandlung politischer Kommissare gegebenen Befehle abgelehnt.

OKW/WFSt/Abt. L (Iop)
N. 002166/41 g. Kdos.
FS üb (?) 26.9.
22 00 Uhr

Quelle: BA-MA, RW 4/v. 578.

42) *Auszug aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der H. Gr. Mitte vom 9.12.1941 mit Anlage: Bericht des Major i. G. von Gersdorff über eine Frontreise.*

S. 943, 9.12.1941:

9) XII. [...]

Bericht des Major i. G. von Gersdorff über eine Frontreise vom 5.12.-8.12.41 5. Anlage

Quelle: BA-MA, RH 19 11/122.

Abschrift

Major i. G.
Frhr. von Gersdorff

Anlage zu Seite 943
9.12.1941

Während einer Frontreise vom 5.12.-8.12.1941 im Bereich der 4. Armee besuchte ich Einheiten der 34. Div., der 20. Pz. Div. und der 3. I. D. (mot) sowie teilweise die entsprechenden Div- und Korps-Stäbe. Ich hatte es mir zur Aufgabe gemacht, die Wünsche der Truppe in erster Linie auf dem Gebiete der geistigen Betreuung zu erfahren und einen Überblick über die Stimmung und den Zustand der Truppe zu erhalten. Durch Gespräche mit Offz. der Stäbe und der Truppe und mit Offz. u. Mannschaften konnte ich feststellen, dass z. Zt. die Masse aller Wünsche auf dem Gebiete der Versorgung liegt. Die unzureichende oder fehlende Versorgung mit Bekleidungs- u. Beleuchtungsmitteln – als den beiden augenblicklich dringendsten Bedürfnissen – hat oder wird eine Krisis im Vertrauen zur oberen Führung ergeben. Die Truppe steht auf dem Standpunkt, dass der Feldzug in Russland ohne genügende Vorsorge für den russ. Winter begonnen worden ist.

Die Stimmung der Truppe ist im Allgemeinen als gut zu bezeichnen, wenn auch das Einstellen des Angriffs und die Zurücknahme hinter die Nara auf die Stimmung gedrückt hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass sich die Truppe mit der Notwendigkeit, den russ. Winter durchzustehen, und mit der Fortsetzung des Feldzuges im nächsten Jahr stimmungsmässig abgefunden hat. Sie erwartet Fürsorge in erster Linie auf allen Versorgungsgebieten und in zweiter Linie auf dem Gebiete der geistigen Betreuung. Ablösung und Urlaub spielen naturgemäss überall eine besondere Rolle, jedoch werden die Schwierigkeiten und die Erfordernisse der augenblicklichen Lage erkannt und hierbei berücksichtigt.

1. Allgemeine Wünsche.

1. Beleuchtung:

Die Masse der eingesetzten Truppen sitzt von 15.30 bis 07.30 Uhr, d.h. 16 Stunden in völliger Dunkelheit. Mot-Truppenteile haben sich teilweise damit geholfen, dass sie Batterien u. Beleuchtungskörper aus motorfahrzeugen ausgebaut haben. Erwünscht ist die Lieferung von sogenannten «Hindenburg Lichtern.» Die vorschriftsmässige Lieferung einer Kerze für 5 Mann im Monat wird als truppenfremd und am grünen Tisch erdacht für vollkommen unzureichend erachtet. Für jegliche geistige Betreuung ist die Lösung der Beleuchtungsfrage eine Vorbedingung.

2. Bekleidung:

Die vorhandene Bekleidung, auch die vorschriftsmässige Winterbekleidung, ist für die Erfordernisse des russ. Winters durchaus ungeeignet und hat während der Frosttage zu erheblichen Erfrierungserscheinungen geführt. Im Allgemeinen wird bei starkem Frost mit einem täglichen Abgang von 4-5 Mann je Kompanie gerechnet. Bei den bestehenden Gefechtsstärken kann daher bei anhaltendem Frost ausgerechnet werden, an welchem Tage von der Einheit niemand mehr übrig ist. Die an Gefangenen und gefallenen Russen festzustellenden Vergleichsmöglichkeiten zeigen, dass der Gegner weitaus besser und praktischer für den Winter ausgerüstet ist. Als besonders notwendig erscheint mir: a) Lieferung geeigneter Fussbekleidung, vor allem für mot-Truppenteile, deren Schuhwerk für einen Inf.-Kampf im Winter unbrauchbar ist.

b) Nachschub an Strümpfen, deren Verschleiss besonders gross ist.

c) Lieferung warmer Unterwäsche.

d) Lieferung guter Handschuhe und Kopfschützer.

In vielen Fällen haben sich Erfrierungen 2. Grades trotz angezogener Kopfschützer und Handschuhe an Ohren und Fingern ergeben.

3. Stellungsbau-Material:

Es fehlt besonders an Stacheldraht und Minen. Bei der Inf. besteht auch teilweise ein starker Mangel an Schanzgerät.

4. Verpflegung:

Die Verpflegung wird allgemein als gut und zureichend bezeichnet, jedoch wird über Mangel an Fett geklagt. Auch hier ergeben Gefangenaussagen, dass die Versorgung des Gegners hinsichtlich Fett zur Zeit besser und ausreichender ist.

5. Sanitäts-Material:

Bei der 20.Pz.Div. betrug der Bestand an Frostschutzsalbe nur 1 kg.

II. Besondere Wünsche der mot-Verbände

1. Bei Unterstellung von mot-Verbänden unter Inf.-Korps hat sich ergeben, dass den Wünschen und Erfordernissen der mot-Waffe nicht immer genügend Verständnis entgegengebracht wird. Es wird daher nach Möglichkeit Unterstellung unter Panzerkorps erbeten.
2. Ein Herausziehen der Fahrer zur Auffüllung der Gefechtsstärken zieht zwangsläufig den Ausfall oder die Vernachlässigung der Pflege der Fahrzeuge nach sich. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass hierdurch im russ. Winter wertvolles Material der Verrottung preisgegeben wird.
3. Die Umstellung der Versorgung der mot-Verbände auf Pferde-Fahrzeuge scheitert an dem Fehlen von Pferden. Trotz grösster Bemühungen ist es zum Beispiel der 3.I.D.(mot) gelungen, bisher nur 14 Pferde hierfür aufzutreiben.
4. Die Lieferung von Glysanthin ist vollkommen unzureichend. Ebenso fehlt es an Heizscheiben.
5. Trotz des Stellungskrieges ist der Verbrauch an Betriebsstoff sehr gross (bei 3.I.D.(mot) täglich 40'000 Liter), da die Kfz. meist die Nacht über laufen müssen und durch das dauernde Fahren in niedrigen Gängen, häufiges Anschleppen usw. der Bedarf besonders hoch ist.

III. Geistige Betreuung

Erwünscht sind vor allem Bücher und Spiele. Vorbedingung hierfür ist die Lösung der Beleuchtungsfrage.

IV Bei allen längeren Gesprächen mit Offizieren wurde ich, ohne darauf hingedeutet zu haben, nach den Judenerschliessungen gefragt. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Erschliessungen der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt wird, die Erschliessung der Kommissare vor allem auch deswegen, weil dadurch der Feindwiderstand besonders gestärkt wird. Die Erschliessungen werden als eine Verletzung der Ehre der Deutschen Armee, in Sonderheit des Deutschen Offizierkorps betrachtet. Je nach Temperament und Veranlagung der Betreffenden wurde in mehr oder weniger starker Form die Frage der Verantwortung hierfür zur Sprache gebracht. Es ist hierzu festzustellen, dass die vorhandenen Tatsachen in vollem Umfang bekannt geworden sind und dass im Offizierkorps der Front weit mehr darüber gesprochen wird, als anzunehmen war.

V Der Besuch von Offizieren höherer Stäbe wird von der Truppe sehr begrüsst. Hierbei wird allerdings besonders der Besuch von Generalstabsoffizieren, die einmal mehr bekannt sind und andererseits besser über die allgemeine Lage orientieren können, gewünscht.

Quelle: BA-MA, RH 19 11/127.

43) *Brief von Reichsminister Rosenberg an den Chef OKW, Generalfeldmarschall Keitel, vom 28.2.1942.*

1/1/ /41 g. Rs.

An den

Herrn Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Berlin W 35

Tirpitzufer 72-76

Betr.: Kriegsgefangene

Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hat vom Beginn seines Bestehens an den Standpunkt vertreten, dass die grosse Zahl der Sowjet-Kriegsgefangenen ein überaus wertvolles Propagandamaterial abgibt. Die Behandlung der Sowjet-Kriegsgefangenen muss aus verschiedenen Gründen anders betrachtet werden als die Behandlung der Kriegsgefangenen anderer Nationen:

1. Der Krieg im Osten ist noch nicht abgeschlossen, und die Behandlung der Kriegsgefangenen muss weitgehende Auswirkungen auf den Willen zum Überlaufen der noch kämpfenden Rot-Armisten haben.
2. Das Deutsche Reich beabsichtigt einen grossen Teil der früheren Sowjet-Union auch nach Kriegsende besetzt zu halten und wirtschaftlich für seine Zwecke zu entwickeln. Dabei ist es auf eine weitgehende Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen.
3. Deutschland führt den Kampf gegen die Sowjet-Union unter weltanschaulichen Gesichtspunkten. Der Bolschewismus soll gestürzt und etwas Besseres an seine Stelle gesetzt werden. Schon die Kriegsgefangenen müssen deshalb am eigenen Leibe erfahren, dass der Nationalsozialismus gewillt und in der Lage ist, ihnen eine bessere Zukunft zu verschaffen. Sie müssen später aus Deutschland mit dem Gefühl der Bewunderung und Hochachtung vor Deutschland und den deutschen Einrichtungen in ihre Heimat zurückkehren und so Propagandisten für die Sache Deutschlands und des Nationalsozialismus werden.

Das angestrebte Ziel ist bisher nicht erreicht worden. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland ist im Gegenteil eine Tragödie grössten Ausmasses. Von den 3,6 Millionen Kriegsgefangenen sind heute nur noch einige Hunderttausend voll arbeitsfähig. Ein grosser Teil von ihnen ist verhungert oder durch die Unbilden der Witterung umgekommen. Tausende sind auch dem Fleckfieber erlegen. Es versteht sich von selbst, dass die Ermährung derartiger Massen von Kriegsgefangenen auf Schwierigkeiten stiess. Immerhin hätte bei einem gewissen Verständnis für die von der deutschen Politik angestrebten Ziele ein Sterben und Verkommen in dem geschilderten Ausmass vermieden werden können. Innerhalb der Sowjet-Union war z.B. nach vorliegenden Nachrichten die einheimische Bevölkerung durchaus gewillt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Einige einsichtige Lagerkommandanten haben diesen Weg auch mit Erfolg beschritten. In der Mehrzahl der Fälle haben jedoch die Lagerkommandanten es der Zivilbevölkerung untersagt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und sie lieber dem Hungertode ausgeliefert. Auch auf dem Marsch in die Lager wurde es der Zivilbevölkerung nicht erlaubt, den Kriegsgefangenen Lebensmittel darzureichen. Ja in vielen Fällen, in denen Kriegsgefangene auf dem Marsch vor Hunger und Erschöpfung nicht mehr mitkommen konnten, wurden sie vor den Augen der entsetzten Zivilbevölkerung erschossen und die Leichen liegengelassen. In zahlreichen Lagern wurde für eine Unterkunft der Kriegsgefangenen überhaupt nicht gesorgt. Bei Regen und Schnee lagen sie unter freiem Himmel. Ja, es wurde ihnen nicht einmal das Gerät zur Verfügung gestellt, um sich Erdlöcher oder Höhlen zu graben. Eine systematische Entlausung der Kriegsgefangenen in den Lagern und der Lager selbst ist offenbar versäumt worden. Es sind Äusserungen vernommen worden wie: Je mehr von diesen Gefangenen sterben, desto besser für uns.» Die Folge dieser Behandlung ist nun die, dass das Fleckfieber durch Entlaufen und Entlassen der Kriegsgefangenen sich weit verbreitet und sowohl in der deutschen Wehrmacht wie unter der Zivilbevölkerung, selbst der des Altreichs, Opfer gefordert hat. Zu erwähnen wären endlich noch die Erschiessungen von Kriegsgefangenen, die zum Teil nach Gesichtspunkten durchgeführt wurden, die jedes politische Verständnis vermissen lassen. So wurden z.B. in verschiedenen Lagern die «Asiaten» erschossen, obwohl gerade die Bewohner der zu Asien rechnenden Gebiete Transkaukasien und Turkestan die am schärfsten gegen die russische Unterdrückung und den Bolschewismus eingestellten Bevölkerungsteile der Sowjet-Union abgeben. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete hat wiederholt auf diese Missstände hingewiesen. Trotzdem ist z.B. noch im November in einem Kriegsgefangenenlager bei Nikolajew ein Kommando erschienen, das die «Asiaten» liquidieren wollte.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen scheint zu einem grossen Teil auf völlig falschen Vorstellungen von den Völkern der Sowjet-Union zu beruhen. Man begegnet der Auffassung, dass die Völker immer minder-

wertiger würden, je weiter man nach Osten komme. Wenn schon die Polen einer harten Behandlung unterworfen würden, so argumentiert man, müssten dies daher in weit höherem Masse die Ukrainer, Weissruthenen, die Russen und schliesslich die «Asiaten». Man übersah bei der Behandlung der Kriegsgefangenen offenbar völlig, dass Deutschland in den besetzten Ostgebieten im Gegensatz zum Westen (Frankreich, Belgien, Niederlande, Norwegen) eine Bevölkerung antraf, die durch alle Schrecken des Bolschewismus gegangen und nun glücklich über ihre Befreiung sich den Deutschen willig zur Verfügung stellte. Ein besseres Geschenk hätte Deutschland in diesem auch den letzten Mann erfordernden Krieg nicht zufallen können. Statt aber dieses Geschenk anzunehmen, behandelte man die Völker des Ostens geringschätziger und schlechter als die Völker des Westens, die aus ihrer Feindschaft gegen Deutschland keinen Hehl machen. Ein grundlegender Fehler ist gewesen, dass kein Unterschied gemacht wurde zwischen eigentlichen Kriegsgefangenen und Überläufern. Die deutsche Propaganda hat bekanntlich in Millionen von Exemplaren Flugblätter jenseits der Linien abgeworfen und die Rot-Armisten zum Überlaufen aufgefordert, wobei ihnen ausdrücklich gute Behandlung und ausreichende Ernährung zugesichert wurden. Diese Versprechen wurden nicht gehalten. Der Überläufer wurde genau so wie viele Kriegsgefangene verprügelt und dem Hungertode preisgegeben. Eine selbstverständliche Folge dieser politisch und militärisch unklugen Behandlung war nicht nur ein Erlahmen des Willens zum Überlaufen, sondern geradezu eine tödliche Angst, in deutsche Kriegsgefangenschaft zu geraten. Es wäre naiv, anzunehmen, dass die Vorgänge in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjet-Regierung hätten verborgen bleiben können. Wie aus der Zirkularnote Molotows ersichtlich, besitzen die Sowjets tatsächlich eine ausgezeichnete Kenntnis von den oben geschilderten Zuständen und haben selbstverständlich alles in ihren Kräften stehende getan, die Sowjet-Bevölkerung und die Rot-Armisten entsprechend zu beeinflussen. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass die Fehler in der Kriegsgefangenen-Behandlung zu einem grossen Teil die Ursache für die sich versteigende Widerstandskraft der Roten Armee sind und damit auch für den Tod tausender deutscher Soldaten.

Nachdem es dem Reichministerium für die besetzten Ostgebiete endlich gelungen war, in die Voreingenommenheit gegenüber den Sowjet-Kriegsgefangenen eine Bresche zu schlagen und die Kriegsgefangenen in grösstem Umfang zum Arbeitseinsatz in Deutschland kommen sollten, stellte sich heraus, dass von den 3,6 Millionen nur noch einige Hunderttausend arbeitsfähig waren. So muss auch die deutsche Wirtschaft und Rüstungsindustrie für die Fehler in der Kriegsgefangenenbehandlung büssen. Die vorstehenden Ausführungen sollen nicht eine nachträgliche fruchtlose Kritik darstellen, noch sind sie gegen irgendeine Dienststelle gerichtet, zumal, wie erwähnt, auch sehr viele objektive Momente mitgespielt haben und im übrigen die Verantwortung sich verteilt. Sie sollen lediglich die Grundlage für eine neue Kriegsgefangenen-Politik abgeben, die unseren militärischen und zivilen Interessen mehr entspricht. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete ist nach Kräften bemüht, der kämpfenden Truppe durch eine zugkräftige Propaganda zur Zersetzung der militärischen Kräfte des Feindes zu helfen. Alle Propaganda muss aber vergeblich sein, wenn die Gefangenschaft mehr gefürchtet wird als Tod und Verwundung auf dem Schlachtfelde. An die Spitze der Forderungen ist zu stellen, dass die Behandlung der Kriegsgefangenen nach den Gesetzen der Menschlichkeit und entsprechend der Würde des Deutschen Reiches zu erfolgen hat. Es ist verständlich, dass die vielfach festgestellte unmenschliche Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch Angehörige der Roten Armee die deutschen Truppen so verbittert, dass sie Gleiches mit Gleichem zu vergelten trachtet. Solche Vergeltungsmassnahmen bessern aber die Lage der deutschen Kriegsgefangenen keineswegs, sondern müssen in ihrer letzten Konsequenz dazu führen, dass schliesslich beide Seiten keine Gefangenen mehr machen, den Krieg also in der unmenschlichsten Weise führen. Jedenfalls haben solche Vergeltungsmassnahmen soweit hier bekannt, bisher nirgends vermocht, den Gegner zu einem Einlenken zu bewegen. Sie waren also zwecklos.

Es ist ferner im Rahmen des Möglichen für ausreichende Ernährung und eine wenigstens primitive Unterbringung der Gefangenen zu sorgen. Sowohl in den Lagern der zum Arbeitseinsatz kommenden Gefangenen wie auch der übrigen ist eine geschickte Propaganda vonnöten, die durch Lagerzeitungen, Kinos, Vorträge, einfache musikalische Veranstaltungen, Spiele u. dgl. geführt werden muss.

Jeder Lagerkommandant ist dafür verantwortlich zu machen, dass die von ihm bewachten Kriegsgefangenen als Propagandisten für Deutschland später in ihre Heimat zurückkehren. Selbstverständlich muss auf der anderen Seite mit aller Schärfe gegen etwaige Agitatoren vorgegangen werden. Vor allem aber muss künftig ein Unterschied zwischen eigentlichen Kriegsgefangenen und Überläufern gemacht werden. Die Überläufer sind mit Ausweisen zu versehen und unter allen Umständen besser zu behandeln als Kriegsgefangene. Gerade dieser Massnahme dürfte ein weitgehender Erfolg in Bezug auf die Zersetzung der Roten Armee sicher sein.

Für eine baldgefl. Stellungnahme und Mitteilung des etwa Veranlassenden wäre ich dankbar.

44) Auszug aus dem Kriegstagebuch des OKW/WFSt vom 6.5.1942 über die versuchsweise Aufhebung des «Kommissarbefehls».

6. Mai 1942

(KTB der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des OKW):

[...] Um die Neigung zum Überlaufen und zur Kapitulation eingeschlossener sowjetrussischer Gruppen zu steigern, befiehlt der Führer, dass den sowjetischen Kommandeuren*, Kommissaren und Politruks zunächst versuchsweise in solchen Fällen die Erhaltung ihres Lebens zugesichert werden kann.

* Muss wohl heissen «Funktionären».

Quelle: KTB/OKW/WFSt. Bd. II, 1. Halbbd.: 1942, a. a. O., S. 341.

Vgl. auch die Kritik und Einwände des Chefs des Amtes Ausland/Abwehr in seiner Vortragsnotiz vom 15. 9.1941 betr. Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, siehe Dokument 27, S. 355ff.

VIII. ZU DEN DEUTSCHEN VERLUSTZAHLEN

45) *Aufstellung des Heeresarztes im OKH vom 24.3.1945 über die «personellen blutigen Verluste des Feldheeres vom 22. Juni 1941 bis 20. März 1945» im Osten.*

Geheime Kommandosache

Der Heeresarzt
im Oberkommando des Heeres
GenSt d.H. / Gen Qu
Az. 1335 c (II b)
Nr.: H.A./180/45 g.Kdos.

H.Qu OKH, den 24. März 1945
20 Ausfertigungen
9. Ausfertigung

Personelle blutige Verluste des Feldheeres vom 22. Juni 1941 bis 20. März 1945

Osten:

A.O.K.	Gefallen		Verwundet		Vermisst		Gesamt	
		davon Offz.		davon Offz.		davon Offz.		davon Offz.
*	... *	.. * *	... *		*		«	*
Gesamt	967 850	32 105	3 821 026	96 766	1 244 255	20 572	6 033 131	149 443

(...]

Quelle: BA-MA, RH 2 / v. 2623

* = Einzelangaben hier weggelassen, da sich die Zusammensetzung der AOK von 1941-1945 mehrmals geändert hat.

Anhang

Anmerkungen

Gerd R. Ueberschär: Hitlers Entschluss zum «Lebensraum»-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül?

- 1 Siehe u.a. den Beitrag von G. Schreiber: Zur Perzeption des Unternehmens «Barbarossa» in der deutschen Presse, in der Originalausgabe dieses Sammelbandes unter dem Titel «Unternehmen Barbarossa». Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente. Hg. von G. R. Ueberschär und W. Wette. Paderborn 1984, S.27ff. Auf die aktuelle politische Bezugnahme bei Veröffentlichungen zum Unternehmen «Barbarossa» wies u.a. A. Hillgruber in seiner Rezension des Buches des sowjetischen Publizisten L. Besymanski: Sonderakte «Barbarossa». Dokumente, Darstellung, Deutung. Stuttgart 1968, in: Die Zeit Nr. 49 v. 6.12.1968, S. 53f., hin.
- 2 H.R. Trevor-Roper: Hitlers Kriegsziele. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (= VfZG) 8 (1960), S. 121-133; E. Jäckel: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Tübingen 1969; A. Kuhn: Hitlers aussenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939. Stuttgart 1970.
- 3 A. Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-1941. München 1965, 2. Aufl. 1982, vgl. dazu vor allem den Bericht zum Forschungsstand S. 581 ff.
- 4 Siehe Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd.2: Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent. Stuttgart 1979, S. 13 ff. (Beitrag Stegemann) und Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S. 190 ff. (Beitrag Klink); B. Stegemann: Hitlers Ziele im ersten Kriegsjahr 1939/40. Ein Beitrag zur Quellenkritik. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen (= MGM) 1/1980, S. 93-105; ders.: Der Entschluss zum Unternehmen Barbarossa. Strategie oder Ideologie? In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (= GWU) 33 (1982), S. 205-213; neuerdings H. Schustereit: Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen. Bonn 1988; vgl. auch die älteren Darstellungen von P. W. Fabry: Der Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Darmstadt 1962 und ders.: Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen von 1933 bis 1941. Stuttgart 1971. Zur Kritik an dieser Sicht und Warnung vor «einer möglichen Geschichtsklitterung» siehe J. Dülffer: Politik zum Kriege: Das Deutsche Reich und die Mächte auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg. In: Neue Politische Literatur 26 (1981), S. 49 und die Rezension von A. Hillgruber in der Historischen Zeitschrift 235 (1982), S. 757ff. sowie dessen Literaturbericht: Innen- und Aussenpolitik Deutschlands 1939-1945. In: GWU31 (1980), S. 778.
- 5 N.v. Below: Als Hitlers Adjutant 1937-1945. Mainz 1980. Das im Nachlass-Bestand Goebbels (NL 118) im Bundesarchiv (=BA) Koblenz und im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München vorhandene Tagebuch von Goebbels liegt nun gedruckt vor: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hg. von E. Fröhlich. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, 4 Bde. München-New York u.a. 1987. Die vorab in englischer Sprache veröffentlichte Ausgabe: The Goebbels Dia-

- ries 1939-1941. Translated and edited by E Taylor. London 1982, ist unvollständig und in Bezug auf die sich mit dem Russland-Problem beschäftigenden Notizen irreführend, da verschiedene Zeitabschnitte des Tagebuches willkürlich ausgelassen sind, so dass z.B. die Anmerkung zum 29.3.1941, «The first, cautious reference to the planned invasion of the Soviet Union», falsch ist. Zu den editorischen Mängeln der englischen Ausgabe siehe u.a. E.Fröhlich: Goebbels auf dem grauen Markt. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 52 v. 4.3.1983, S. 12 und H. James: Minister of misinformation. In: The Times Literary Supplement (London) Nr.4172 v. 18.2.1983, S. 275 sowie den Bericht «Welche Goldgrube» in: Der Spiegel 37. Jg. Nr. 45 v. 7.11.1983, S. 114-118.
- 6 Vgl. dazu N. Rich: Hitler's War Aims. 2 Bde. New York 1973/74; J. Thies: Architekt der Welt-herrschaft. Die «Endziele» Hitlers. Düsseldorf 1976; K. Hildebrand: Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 4. Aufl. 1980, S. 184 f., 187 ff.
 - 7 Vgl. dazu insbesondere die Ergebnisse bei Hillgruber, Strategie; auch ausführlich zum folgenden Verweis auf die politische Konstellation im Sommer 1940. Zur erneut vorgebrachten These vom angeblichen Präventivkrieg siehe M. Klüver: Präventivschlag 1941. Zur Vorgeschichte des Russlandfeldzuges. Leoni 1986; V. Suworow: Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül. Stuttgart 1989; zur Ablehnung und Zurückweisung dieser These siehe G. R. Ueberschär: «Historiker-streit» und «Präventivkriegsthese». Zu den neuerlichen Rechtfertigungsversuchen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 26 (1987), H. 103, S. 108-116; ders.: Zur Wiederbelebung der «Präventivkriegsthese». Die neuen Rechtfertigungsversuche des deutschen Überfalls auf die UdSSR 1941 im Dienste «psycho-politischer Aspekte» und «psychologischer Kriegführung». In: Geschichtsdidaktik 12 (1987), S.331-342; B.Pietrow: Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression? In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 116-135; W. Benz: Der Russlandfeldzug des Dritten Reiches: Ursachen, Ziele, Wirkungen. Frankfurt 1986; ders.: Präventiver Völkermord? Zur Kontroverse um den Charakter des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 33 (1988), S. 1215-1227; zum politischen Hintergrund der Kontroverse siehe W. Wette: Über die Wiederbelebung des Antibolschewismus mit historischen Mitteln. Oder: Was steckt hinter der Präventivkriegsthese? In: G. Erler / R.-D. Müller / U. Rose / T. Schnabel/G.R. Ueberschär/W. Wette: Geschichtswende? Entsorgungsvorhaben zur deutschen Geschichte. Freiburg 1987, S. 86-115; unergiebig dagegen H.W. Koch: Operation Barbarossa – The current State of the Debate. In: The Historical Journal 31 (1988), S. 377-390.
 - 8 J.C. Fest: Hitler: Eine Biographie. Frankfurt 1973, S. 881.
 - 9 Hitlers politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945. Mit einem Essay von H.R. Trevor-Roper. Hamburg 1981, S. 78.
 - 10 S. Haffner: Anmerkungen zu Hitler. München 13. Aufl. 1978, S. 144.
 - 11 G.L. Weinberg: Der deutsche Entschluss zum Angriff auf die Sowjetunion. In: VfZG 1 (1953), S. 301-318; H.-G. Seraphim/A. Hillgruber: Hitlers Entschluss zum Angriff auf Russland (eine Entgegnung). In: VfZG 2 (1954), S. 240-249 mit Schlusswort von G.L. Weinberg, S.249-254.
 - 12 Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 564ff. (Der historische Ort des Unternehmens «Barbarossa»).
 - 13 A. Hitler: Mein Kampf. Jubiläumsausgabe. München 1935, S.726ff.; zu den folgenden Zitaten nach dieser Ausgabe siehe S. 358,752,736,738 f., 757.
 - 14 Ebda., S. 742f.
 - 15 Zur Teilidentität der Vorstellungen in verschiedenen Bereichen und Gruppierungen vgl. u.a. Auf dem Weg ins Dritte Reich. Kräfte-Tendenzen-Strömungen. Hg. von O. Hirschfeld. Bonn 2. Aufl.

1982. Siehe auch R.-D. Müller: Von Brest-Litovsk bis zum «Unternehmen Barbarossa». Wandlungen und Kontinuität des deutschen «Drangs nach Osten». In: Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Hg. von D. Goldschmidt. Gütersloh 1989, S. 70-86.
- 16 Hitler, Mein Kampf, S. 742f., 750ff., auch zum Folgenden.
- 17 Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von G.L. Weinberg. Stuttgart 1961, S. 62, zu den folgenden Zitaten siehe S. 153-159, 163.
- 18 Ausführlich dazu Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Zu den permanenten Kriegs- und Lebenskampfvorstellungen siehe M. Messerschmidt: Aussenpolitik und Kriegsvorbereitung. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1. Stuttgart 1979, S. 535 ff.; zum Antisemitismus vgl. den Beitrag von A. Hillgruber in diesem Band, S. 185 ff. Bereits in der zeitgenössischen Literatur und in Hitler-Interpretationen vor 1933 wurde die Eroberung von «Lebensraum im Osten» als Hitlers politisches Hauptziel erkannt, vgl. G. Schreiber: Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung. Darmstadt 2. Aufl. 1988.
- 19 Hitlers Zweites Buch, S. 163.
- 20 T. Vogelsang: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: VfZG 2 (1954), S. 397-436, hier Liebmann-Aufzeichnung, S. 435.
- 21 Zu den «Schlüsseldokumenten» siehe die Aufzählung bei A. Hillgruber: Quellen und Quellenkritik zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 14 (1964), S. 110-126. Zur Einordnung der Hitlerschen Äusserungen und Ausführungen vgl. H.-A. Jacobsen: Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938. Frankfurt 1968, S. 448 und Kuhn, Programm, S. 141 ff.
- 22 Hitlers Ansprache vor höheren Reichswehroffizieren v. 28.2.1934, vgl. Hillgruber, Quellen, S. 118 mit Anm. 32.
- 23 M. Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Bd. 1: Triumph (1932-1938). Würzburg 1962, Rede vor dem Reichstag v. 30.1.1937, S. 664ff., hier S. 671, und v. 20.2.1938, S. 792ff., hier S. 799.
- 24 Schmidt-Aufzeichnung über die Besprechung vom 23.5.1939, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D: 1937-1941 (= ADAP, D). Baden-Baden 1956. Bd. 6, S. 47ff.
- 25 C.J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937-1939. München 1962 (dtv), S. 267, zum Folgenden S. 272.
- 26 Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 207; ferner G.R. Ueberschär: «Der Pakt mit dem Satan, um den Teufel auszutreiben». Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag und Hitlers Kriegsabsicht gegen die UdSSR. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Hg. von W. Michalka. München-Zürich 1989, S. 568-585; B. Pietrow-Ennke: Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse über die Präventivkriegsthese. In: Ebd., S. 586-607.
- 27 Zum Text der beiden Verträge siehe ADAP, D, VII, S. 205ff. und VIII, S. 127ff. sowie A. Hillgruber/K. Hildebrand: Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute? Zürich 1980 mit Abdruck der Verträge und Zusatzprotokolle S. 62 ff.
- 28 Zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939-1941 vgl. die Literaturangaben in Anm. 3 und 4 sowie G.L. Weinberg: Germany and the Soviet Union 1939-1941. Leiden 1954. Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen siehe insbesondere W. Birkenfeld: Stalin als Wirtschaftspartner Hitlers (1939-1941). In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (= VSWG) 53 (1966), S. 477-510 und F. Friedensburg: Die sowjetischen Kriegslieferungen an das Hitlerreich. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1962, S. 331-338.
- 29 So die gegenteilige, jedoch ohne Berücksichtigung von Hitlers Erklärungen vorgenommene Ein-

- schätzung bei Schustereit, Vabanque und ders.: Planung und Aufbau der Wirtschaftsorganisation Ost vor dem Russlandfeldzug – Unternehmen «Barbarossa» 1940/41. In: VSWG 70 (1983), S. 70; dort belegt mit dem Zitat aus G. Hilger: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines Diplomaten. Frankfurt 1964, S. 290. Hilgers Behauptung, er habe zuverlässige Informationen, «dass Hitler sich in diesem Sinne im Winter 1939-1940 seinen nächsten Mitarbeitern gegenüber des Öfteren geäußert hat», ist anhand der neuen Quellen eindeutig widerlegt.
- 30 Below, Hitlers Adjutant, S. 183ff., auch zu den folgenden Zitaten. Nach einer Aufzeichnung von Hitlers Rede vor den Befehlshabern der Wehrmacht v. 22.8.1939 soll er bereits vor Vertragsabschluss erklärt haben, später werde er dennoch die Sowjetunion «zerbrechen», siehe AD AP, D, VII, S. 167ff., 171 ff. mit Anm. 1.
- 31 Below, Hitlers Adjutant, S. 192, auch zum Folgenden.
- 32 Hitler, Mein Kampf, S. 702.
- 33 H. Groscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hg. von H. Krausnick und H. C. Deutsch. Stuttgart 1970, S. 190; ähnlich bei F. Halder: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. Bearb. von H.-A. Jacobsen. 3 Bde. Stuttgart 1962-64, hier Bd. I, S. 38.
- 34 U.v. Hassell: Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Frankfurt 1964, S. 71, 77; siehe auch Ueberschär, Der Pakt mit dem Satan.
- 35 Halder KTB, Bd. I, S. 86 (Besprechung mit Hitler v. 27.9.1939), auch zum Folgenden.
- 36 H.-A. Jacobsen: Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939-1940. Göttingen 1956, S. 7.
- 37 Groscurth, Tagebücher, S.414 (Hitlers Ansprache v. 23.11.1939); ähnlich in AD AP, D, VIII, S. 347 und Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14.11.1945-1.10.1946. 42 Bde. Nürnberg 1947ff. (= IMT), Bd.26, 789-PS, S. 331; zum Folgenden Below, Hitlers Adjutant, S. 217.
- 38 Groscurth, Tagebücher, S. 385 (v. 21.10.1939).
- 39 Tagebücher Goebbels, Bd. 3, S. 641, 645, auch zu den folgenden Zitaten.
- 40 Ebda., S. 679, auch zum Folgenden.
- 41 Zur Haltung Hitlers im sowjetisch-finnischen Winterkrieg vgl. G.R. Ueberschär: Hitler und Finnland 1939-1941. Die deutsch-finnischen Beziehungen während des Hitler-Stalin-Paktes. Wiesbaden 1978, S. 84ff., 108ff., 134ff.
- 42 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 12f., 23.
- 43 AD AP, D, VIII, S. 685-693, hier S. 689 (Brief an Mussolini v. 8.3.1940).
- 44 AD AP, D, IX, S. 6 (18.3.1940).
- 45 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 75, auch zum Folgenden.
- 46 Ebda., S.109.
- 47 Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner. Hg. von E. Wagner. München 1963, S. 144ff.; vgl. Halder KTB, Bd. 1, S. 107 und Below, Hitlers Adjutant, S. 211.
- 48 So aber die m. E. falsche Bewertung bei Stegemann, Hitlers Ziele, S. 96 und Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd.4 (Beitrag Klink), S. 192 mit Anm. 10.
- 49 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 121.
- 50 Halder KTB, Bd. 1, S. 308.
- 51 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 121.
- 52 Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Hg. von L.E. Hill. Frankfurt 1974, S. 204f.

- 53 K. Klee: Das Unternehmen »Seelöwe«. Die geplante Landung in England 1940. Göttingen 1958, S. 189.
- 54 Vgl. Halder KTB, Bd. I, S. 375; A. Speer: Erinnerungen. Frankfurt 1969, S. 188. Auch G. Schreiber: Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940. »Programm« und militärische Planung. In: MGM 2/1980, S. 69ff., nennt als Termin »Ende Mai/Anfang Juni 1940«; vgl. ferner K. Hildebrand: Das Dritte Reich. München 1979, S. 61f.
- 55 Speer, Erinnerungen, S. 188.
- 56 Vgl. Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 184.
- 57 Ebda., S. 204f., 222, 250, auch zum folgenden.
- 58 So die gegenteilige Bewertung bei Stegemann, Hitlers Ziele, S. 98; siehe auch E. Topitsch: Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik. München 1985, 2. Aufl. 1986. Wissenschaftlich unhaltbar ist die Theorie, Moskaus Aktionen hätten einen »Präventivschlag« Hitlers gerechtfertigt, mit der in der apologetischen Literatur rechtsextremer Kreise Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion verteidigt wird, vgl. dazu die Hinweise in Anm. 7.
- 59 Vgl. Halder KTB, Bd. I, S. 371f.; D. Irving: Hitler und seine Feldherren. Frankfurt 1975, S. 140.
- 60 Halder KTB, Bd. I, S. 372 (25. 6. 1940); vgl. Hillgruber, Strategie, S. 144f., 212.
- 61 So die gegenteilige Darstellung in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Beitrag Klink), S. 203f. Auch D. Irving: Hitlers Krieg. Die Siege 1939–1942. München 1983, S. 191, bezeichnet Halder als denjenigen, der gleichsam zuerst den Blick nach Osten gerichtet habe; ähnlich Stegemann, Entschluß, S. 210.
- 62 IMT, Bd. 28, Dok. 1759-PS, S. 238ff. (Aussagen Halders vom Dezember 1938 zum US-Konsul R. H. Geist). Der Verfasser dankt Dr. G. Schreiber, Freiburg, für den freundlichen Hinweis.
- 63 Halder KTB, Bd. I, S. 375 (30. 6. 1940).
- 64 Aufzeichnungen und Gesprächsnotizen Jodls v. 22. 8. 1945, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, ED 115/5.
- 65 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Zeugenschrifttum ZS 97 von Loßberg, Briefe Loßbergs v. 7. 9. 1956 und 16. 9. 1956. Während dieser Zeit wurde das »Führerhauptquartier« vom Westen über Freudenstadt/Schwarzwald nach Berlin verlegt.
- 66 Zitiert nach Irving, Hitler, S. 136ff., 138f.; vgl. auch ders., Hitlers Krieg, S. 187ff., 191.
- 67 IMT, Bd. 28, PS-1776, S. 301ff.
- 68 IMT, Bd. 37, S. 638 (Redeentwurf Jodls für Ansprache vor Reichs- und Gauleitern am 7. 11. 1943).
- 69 Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 207f.; Hillgruber/Hildebrand, Kalkül, S. 24.
- 70 Halder KTB, Bd. II, S. 6 (3. 7. 1940); vgl. Klee, Seelöwe, S. 191 mit Anm. 521.
- 71 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 234, 228 zum folgenden Zitat.
- 72 ADAP, D, X, Dok. 166, S. 172f.
- 73 Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. Hg. von W. Hubatsch. Frankfurt 1962, S. 61ff.
- 74 Domarus, Hitler, II, S. 1540–1559.
- 75 Goebbels wußte schon am 21. 7. 1940, daß die ersten Reaktionen in England »vollkommen negativ« waren, siehe Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 247.
- 76 Halder KTB, Bd. II, S. 30–33 (22. 7. 1940), auch zu den folgenden Zitaten. Vgl. auch Klee, Seelöwe, S. 191 mit Anm. 520 (Angaben Halders).
- 77 So die Darstellung in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Beitrag Klink), S. 206 mit Anm. 52 und 214. Siehe dagegen Hillgruber, Strategie, S. 219.
- 78 Fest, Hitler, S. 874f.; Haffner, Anmerkungen, S. 144; siehe auch Hitlers Hinweis

- in: Hitlers politisches Testament, S. 78f., die Gegner im Westen hätten damals »unaufhörlich« gerüstet.
- 79 Abgedruckt bei Hillgruber/Hildebrand, Kalkül, S. 64; vgl. auch Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 222, der dies zwar »alles andere als angenehm« bezeichnete, jedoch zugleich nüchtern konstatierte, daß Moskau eben die Situation ausnütze.
- 80 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 255, auch zum folgenden. Ähnlich bei Halder KTB, Bd. II, S. 32 (22. 7. 1940).
- 81 So zutreffend Schreiber, Mittelmeerraum, S. 72.
- 82 M. Salewski: Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945. Bd. III: Denkschriften und Lagebetrachtungen 1938–1944. Frankfurt 1973, S. 137ff., hier S. 140, auch zum folgenden Inhalt.
- 83 Hillgruber, Strategie, 2. Aufl. 1982, S. 724.
- 84 Irving, Hitler, S. 150; ders., Hitlers Krieg, S. 202f., auch zum folgenden.
- 85 W. Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Frankfurt 1964, S. 126f., auch zum folgenden; vgl. Hillgruber, Strategie, S. 222f. und Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945. Hg. von P. E. Schramm. Bd. 1. Frankfurt/M. 1965, S. 5ff. (1. 8. 1940), 13, 18 (9. 8. 1940) (= KTB/OKW).
- 86 G. Schreiber: Das strategische Dilemma im Sommer und Herbst 1940. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 3. Stuttgart 1984, S. 177–222.
- 87 Zitiert nach Weinberg, Entschluß, S. 311.
- 88 Halder KTB, Bd. II, S. 41 (29. 7. 1940), zum folgenden S. 34, 37ff. (23. 7.–28. 7. 1940).
- 89 Ebda., S. 46 (30. 7. 1940). Unbelegt ist die Darstellung in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Beitrag Klink), S. 205 und 210, wonach »die mutmaßliche (!) Absicht der Roten Armee und deren Befähigung zu einem militärischen Einsatz« der Grund für die Planungen gewesen seien.
- 90 Halder KTB, Bd. II, S. 46ff. (31. 7. 1940), auch zu den folgenden Zitaten. Admiral Raeder nahm nicht bis zum Schluß an der Konferenz teil. Zur Festsetzung des Termins für Hitlers Entschluß vor dem 31. 7. 1940 vgl. Weinberg, Entschluß, S. 312 und Irving, Hitlers Krieg, S. 203.
- 91 Schreiber, Mittelmeerraum, S. 76.
- 92 Haffner, Anmerkungen, S. 145.
- 93 So die Interpretation von Stegemann, Hitlers Ziele, S. 99; ähnlich schon früher bei H.-A. Jacobsen: Deutsche Kriegführung 1939–1945. Ein Überblick. Hannover 1961, S. 25ff., auch zum folgenden.
- 94 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 273 und S. 275 zum folgenden.
- 95 Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4 (Beitrag Förster), S. 15. Siehe auch die Einschätzung bei Warlimont, Im Hauptquartier, S. 64, Hitler habe sich dabei »vorwiegend von der Besessenheit seiner politischen Vorstellungen leiten lassen, ohne den militärischen Verhältnissen das ihnen zukommende Gewicht beizulegen«.
- 96 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 382. Die Interpretation bei Schustereit, Wirtschaftsorganisation Ost, S. 57, dies sei »das wichtigste Ziel Hitlers« im Ostkrieg gewesen, ist damit widerlegt.
- 97 Siehe u. a. H. Uhlig: Das Einwirken Hitlers auf Planung und Führung des Ostfeldzuges. In: Vollmacht des Gewissens. Bd. 2. Frankfurt 1965, S. 176; Hillgruber, Strategie, S. 208f.
- 98 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 273.
- 99 Halder KTB, Bd. II, S. 98 (14. 9. 1940).
- 100 So A. Hillgruber: Noch einmal: Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion 1940. Nicht (Militär-)»Strategie oder Ideologie«, sondern »Programm« und »Weltkriegsstrategie«. In: GWU 33 (1982), S. 214–226, hier S. 216 und Schreiber, Mittelmeer-

- raum, S. 73; dagegen Stegemann, Entschluss, S. 205 ff., der jedoch den gesamtinterpretatorischen Ansatz der Hitlerschen Politik im Rahmen des «Programms» für den Osten vernachlässigt. Vgl. dazu auch Hitlers Aussagen aus der Rückschau vom Februar 1945: «Was wir auch taten, so oder so, der Krieg gegen Russland blieb unvermeidlich, und wir liefen höchstens Gefahr, ihn später unter wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen führen zu müssen... Es gab also für mich keinen anderen Ausweg, als den Bolschewismus mit Waffengewalt auszurotten...», in: Hitlers politisches Testament, S. 80 und 115.
- 101 Zu Brauchitsch siehe Uhlig, Einwirken Hitlers, S. 168, Anm. 29; zu Keitel und Göring siehe Weinberg, Entschluss, S. 314ff.; KTB/OKW, Bd. 1, S. 968f.; Hillgruber, Strategie, S. 260f.; G. Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45). Hg. von W. Birkenfeld. Boppard 1966, S. 229, 512f., auch zum Folgenden.
- 102 KTB/OKW, Bd. 1, S. 3ff., zum Folgenden vgl. Irving, Hitler, S. 155f.
- 103 Siehe dazu Hillgruber, Strategie, S. 237; nunmehr detailliert: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Beitrag Klink), S. 217f., 259ff., 268ff.
- 104 Anordnung Jodls v. 6.9.1940, in: IMT, Bd. 27, S. 72f.
- 105 Zur folgenden Zusammenfassung bis November 1940 siehe die Eintragungen im Halder KTB, Bd. II, S. 51, 56, 59, 90, 98, 155, 176, 181. Zur Operationsstudie von Marcks siehe F. Klein / I. Lachnit: Der «Operationsentwurf Ost» des Generalmajors Marcks vom 5. August 1940. In: Wehrforschung H. 4 (1972), S. 114-123.
- 106 Zur Lossberg-Studie siehe Besymenski, Sonderakte, S. 307-313; vgl. die Eintragung im KTB/OKW, Bd. I, S. 82.
- 107 Vgl. die Hinweise in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 23ff. (Beitrag Förster), S.98ff. (Beitrag Müller); Müller, Von Brest-Litowsk und den Beitrag von R.-D. Müller in diesem Band, S. 125 ff.
- 108 Halder KTB, Bd. II, S. 261.
- 109 Siehe die Hinweise bei Uhlig, Einwirken Hitlers; Warlimont, Im Hauptquartier, S. 126; Weizsäcker-Papiere, S. 229, 231 ff., 249f.; IMT, Bd. 15, S. 563.
- 110 Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 211, 227, 396; Irving, Hitlers Krieg, S. 209, 215, 237; IMT, Bd. 9, S. 383ff.; Weizsäcker-Papiere, S. 252; Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, hg. von W. Görnitz. Göttingen 1961, S. 392, auch zum Folgenden.
- 111 Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945. Hg. von G. Wagner. München 1972, S. 142ff., 151ff., 173f.; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3, S. 162ff., 528ff. (Beitrag Schreiber).
- 112 Siehe R. Gibbons: Opposition gegen «Barbarossa» im Herbst 1940. Eine Denkschrift aus der deutschen Botschaft in Moskau (Dokumentation). In: VfZG 23 (1975), S. 332-340.
- 113 General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921-1941. Bearb. von H. Teske. Frankfurt 1966, S.281L, 285f.; vgl. auch H. v. Herwarth: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931-1945. Frankfurt-Berlin u.a. 1982, Neuausgabe als Taschenbuch 1985.
- 114 Zur Propaganda siehe den Beitrag von W. Wette in diesem Band, S. 45ff.
- 115 Siehe zu diesem Komplex die Darstellung bei Hillgruber, Strategie, S. 237ff.
- 116 Schreiber, Mittelmeerraum, S.82; vgl. umfassend Hillgruber, Strategie, S. 190, 238-242; J.v. Ribbentrop: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Leoni 1953, S. 235, hatte selbst den Eindruck, dass er Hitler nicht überzeugen konnte.
- 117 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 283,293, auch zum Folgenden.
- 118 Weizsäcker-Papiere, S. 218 (13.9.1940), auch zum Folgenden.
- 119 Vgl. Schreiber, Mittelmeerraum, S.69, 72ff. und Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3 (Beitrag Schreiber).

- 120 Siehe Hillgruber, Strategie, S. 352; Hildebrand, Aussenpolitik, S. 104 (2.11.1940); Wagner, Lagevorträge, S. 150 (4.11.1940); Halder KTB, Bd. II, S. 165 (4.11.1940), auch zum Folgenden.
- 121 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 71.
- 122 KTB/OKW, Bd. 1, S. 176.
- 123 Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Majors Engel. Hg. von H.v. Kotze. Stuttgart 1974, S. 91 f.; auch zum Folgenden. Siehe die Notiz in: Weizsäcker-Papiere, S. 226 (17.11.1940): «Man (Anspielung auf Hitler-Verf.) sagt, ohne Russland zu liquidieren, sei doch keine Ordnung in Europa zu schaffen.»
- 124 Halder KTB, Bd. II, S.211-214; KTB/OKW, Bd. 1, S.203ff., 981f., auch zum Folgenden. Ursprünglich wollte das OKH seine Pläne schon am 18./20.11.1940 vortragen. Halder hatte zudem am 28.11.1940 die drei Generalstabschefs der vorgesehenen Heeresgruppenkommandos beauftragt, eigene operative Entwürfe für den Ostkrieg zu erstellen. General von Sodenstern (Generalstabschef Heeresgruppe A) legte seine Operationsstudie am 7.12.1940 Halder vor; vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg, MSD-404, Kopie der Sodenstern-Studie. Zu den Entwürfen der Generale v. Salmuth und Brennecke siehe W.-E. Paulus: Die Entwicklung der Planung des Russlandfeldzuges 1940/41. Phil. Diss. (masch.) Bonn 1957, S. 177 ff.
- 125 Warlimont, Im Hauptquartier, S. 152, zum Folgenden S. 153 mit Anm. 9.
- 126 Abgedruckt im Dokumentenanhang dieses Bandes, S. 244ff.; ferner bei Hubatsch, Hitlers Weisungen, S.84ff.; vgl. KTB/OKW, Bd. 1, S.233, 996; Warlimont, Im Hauptquartier, S. 153f. Die Angabe bei: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd.4 (Beitrag Klink), S. 216, Anm. 76, Lossberg vom OKW habe die Änderung des Decknamens vorgeschlagen, entspricht nicht dessen Angaben; vgl. Lossbergs Brief vom 7.9.1956, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschriftum ZS 97, in dem es lautet: «Jodl taufte die Sache damals mit mir später in ‚Barbarossa‘ um!» Und Jodl wird im Auftrage Hitlers gehandelt haben.
- 127 Vgl. Tagebücher Goebbels, Bd.4, S.618, 688f., 694ff., dabei fügte Goebbels hinzu: «Es wird ein Massenangriff allergrössten Stils. Wohl der gewaltigste, den die Geschichte je gesehen hat... Sie (die Sowjets – d. Verf.) werden glatt aufgerollt. Der Führer schätzt die Aktion auf etwa 4 Monate, ich schätze auf weniger. Der Bolschewismus wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Wir stehen vor einem Siegeszug ohnegleichen...» Am 17. und 18.6.1941 lauteten die Eintragungen: «Die Russen stehen immer noch stark massiert an der Grenze. Sie können das auch mit ihren (schlechten) Transportmöglichkeiten in den paar Tagen nicht mehr ändern... Wenn die Russen nur an der Grenze massiert bleiben.»
- 128 Zum umstrittenen Quellenwert des überlieferten Inhalts dieser Rede vgl. Irving, Hitlers Krieg, S. 292ff.; A. Werth: Russland im Krieg 1941-1945. München 1965, S. 106f.; Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hg. von H. Michaelis und E. Schraepler. Bd. 17. Berlin 1972, S. 181 ff. mit Anm. 222; Pietrow, Deutschland im Juni 1941, S. 133; B. Bonwetsch: Was wollte Stalin am 22. Juni 1941? Bemerkungen zum «Kurzen Lehrgang» von Viktor Suworow. In: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 6/1989, S. 687-695, hier S. 691 f.; allgemein dazu J. Erickson: Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion 1940/41. In: Probleme des Zweiten Weltkrieges. Hg. von A. Hillgruber. Köln 1967, S. 75-99. Zum Zitat siehe die Auskunft von Botschaftsrat G. Hilger v. 10.10.1958, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Ed 91/10: General Geyr von Schweppenburg.
- 129 Die «Aufmarschanweisung» für das Unternehmen «Barbarossa» wurde vom OKH Hitler am 3.2.1941 vorgelesen. Sie hat bis 22.6.1941 mehrere Änderungen erfahren, vgl. Halder KTB, Bd. II, S. 266ff., 270f.; KTB/OKW, Bd. 1, S. 297ff.
- 130 KTB/OKW, Bd. 1, S. 341 (3.3.1941).

- 131 Vgl. Hitlers Ausführungen in seiner Besprechung v. 9.1.1941 in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 253ff., hier S. 257f. sowie seine Anordnung zur Erstellung besonderer »Merkblätter über die heimtückische Kriegführung« von seiten der Roten Armee, die bewußt in den Gegensatz »zur ritterlichen Kampfführung« in West- und Nord-europa gestellt wurde, vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Beitrag Ueberschär und Beitrag Förster), S. 403 u. 443.
- 132 Hitler, Mein Kampf, S. 758.
- 133 Halder KTB, Bd. II, S. 335f. (30.3.1941); Warlimont, Im Hauptquartier, S. 177.
- 134 Vgl. die einzelnen Belegangaben und Literaturhinweise bei H. Uhlig: Der verbrecherische Befehl. Eine Diskussion und ihre historisch-dokumentarischen Grundlagen. In: Vollmacht des Gewissens. Hg. von d. Europäischen Publikation e. V. Bd. 2. Frankfurt 1965, S. 287–410; H.-A. Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener. In: H. Buchheim/M. Broszat/H.-A. Jacobsen/H. Krausnick: Anatomie des SS-Staates. Bd. 2. München 1967, S. 135–232; M. Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Hamburg 1969, S. 369ff.; H. Krausnick: Kommissarbefehl und »Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa« in neuer Sicht. In: VfZG 25 (1977), S. 682–738; C. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Stuttgart 1978, S. 28–61; H. Krausnick/H.-H. Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. Stuttgart 1981, S. 114ff.; siehe ferner Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Beitrag Förster), S. 413ff. sowie die Beiträge in diesem Band von Hillgruber, Streit und Müller; ferner die einzelnen Dokumente im Anhang dieses Bandes, S. 246ff.
- 135 ADAP, D, XII, 2, S. 889ff., hier S. 892.
- 136 Zum folgenden siehe Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 693ff., 708ff.
- 137 Halder KTB, Bd. II, S. 399 (6.5.1941) bei Erörterung des OKH-Entwurfs für den Kommissarbefehl.
- 138 Zu den gemeinsamen Veranstaltungen und Informationstagen der Generalstabsoffiziere mit den SD- und Polizeikommandeuren unter Leitung von Generalquartiermeister Wagner, SD-Chef Heydrich und Abwehr-Chef Admiral Canaris vgl. W. Schellenberg: Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler. Wiesbaden 1979, S. 177f.; dazu ergänzend: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 424f. (Beitrag Förster) und BA-MA Freiburg, RW 39/20: Aktennotiz Ic-Besprechung beim OKW v. 5.6.–6.6.1941 (AOK Norwegen, Ic Nr. 110/41).
- 139 E. Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963, S. 436. Fest, Hitler, S. 885, spricht vom Charakter eines »alle Beteiligten kriminalisierenden Vernichtungskrieges«.
- 140 Formuliert in Anlehnung an Hillgruber, Strategie, S. 519f.
- 141 Vgl. Hitlers Aussprüche am 17./18.9.1941 und 26./27.10.1941, nach: Adolf Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hg. von W. Jochmann. Hamburg 1980, S. 62 u. 110: »Mir handelt es sich darum, die kontinentale Vorherrschaft auszukosten; jeder Gedanke an Weltpolitik ist lächerlich, solange man den Kontinent nicht beherrscht.«
- 142 Hitlers politisches Testament, S. 31, 57 (7.2.1945) und Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, S. 131ff., auch zum folgenden.

Wolfram Wette: Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941

- 1 Aus einem SD-Bericht, den Propagandaminister Goebbels am 8. Mai 1941 in seinem Tagebuch festhielt: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hg. von E. Fröhlich. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941. Bd.4 (1.1.1940-8.7.1941). München-New York u.a. 1987, S. 628. Zur Überlieferungsgeschichte und dem Ringen um die Publikationsrechte der Goebbels-Tagebücher vgl. P.-F. Koch (Hg.), Die Tagebücher des Doktor Joseph Goebbels. Geschichte und Vermarktung. Hamburg und München 1988, sowie meinen Beitrag: Das Ringen um Goebbels' Tagebücher. In: Frankfurter Rundschau v. 10. März 1990, S. ZB 4.
- 2 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 293.
- 3 Nach den Aufzeichnungen des Kriegstagebuchführers im Führerhauptquartier, Ministerialrat a. D. Greiner. Dargestellt in: K.Hesse: German Wehrmacht Propaganda in World War II (1939-1945), vol. II (Militärgeschichtliches Forschungsamt, D-423, Bd. 1, vol. II), Abschnitt C VI/5.
- 4 Für das RMVP siehe: Tagebücher Goebbels, Bd.4, S.668f.: «Über die wahren Hintergründe wissen nur ein paar Leute Bescheid. Ich muss das ganze Ministerium auf die falsche Fährte setzen... Die anderen Zivilministerien haben keine Ahnung, worum es geht.»
- 5 Hesse, German Wehrmacht Propaganda, Abschn. C VI/5.
- 6 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 620.
- 7 Vgl. zum Folgenden ebda., Eintragungen vom 13. und 14. Juni 1941, S. 686ff. Die Aktion wird auch geschildert in: W. A. Boelcke (Hg.): «Wollt Ihr den totalen Krieg?» Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943. Stuttgart 1967, S. 180.
- 8 In der geheimen Ministerkonferenz vom 5. Juni 1941 hatte Goebbels seine Mitarbeiter angewiesen, sie sollten berichten, die Invasion Englands würde in drei, vielleicht in fünf Wochen beginnen. Siehe Boelcke, Wollt Ihr, S. 180.
- 9 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 627, S. 690.
- 10 Ebda., S. 692.
- 11 Ebda., S. 697f.
- 12 Ebda., S. 694.
- 13 Ebda., S. 695.
- 14 Ebda.; das Zitat S.655. Am 12.6.1941 notierte Goebbels: «Der bolschewistische Spuk wird schnell zuende gehen.» (S. 685)
- 15 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 696.
- 16 Ebda., S. 700.
- 17 Ebda., S. 698 und S. 702.
- 18 Ebda., S. 702.
- 19 Ebda., S. 700.
- 20 Ebda., S. 695.
- 21 Die Aufgabenteilung zwischen RMVP (Goebbels) und OKW (Keitel) war im Jahre 1938 in einem «Abkommen über die Führung der Propaganda im Kriege» geregelt worden. In: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg, RH 19 XVI/8. Danach oblag Goebbels die verantwortliche Führung der gesamten Propaganda. Die Wehrmacht wurde beschränkt auf die Propaganda für die eigene Truppe («für die Aufrechterhaltung der Stimmung, der seelischen Kampfbereitschaft und des Siegeswillens») und die eigentliche Kampfpropaganda. Nach jahrelangem Kompetenzgerangel grenzten auch Goebbels und Ribbentrop in ihrem am 22. Oktober 1941 unterzeichneten «Arbeitsabkommen zwischen dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP)» ihre Aufgabengebiete ab. Text in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Kult., Gen. 11, Bd. 4.

- 22 Hesse, German Wehrmacht Propaganda, Abschn. C VI/5.
- 23 Vgl. Hitlers Aufruf an die «Soldaten der Ostfront» vom 22. Juni 1941, der jedoch nicht vom WPr entworfen wurde, sondern – siehe unten – eine fast wörtliche Wiedergabe des Hitlerschen Aufrufs an das deutsche Volk vom selben Tag darstellte.
- 24 Formulierung in: Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 659. Informationen über Aufgaben und Organisation der PK in: O. Buchbender und H. Schuh (Hg.): Heil Beil! Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1974, S. 13-17. Zahlenangabe 1t. Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 657, S. 659.
- 25 Vgl. zu diesen Richtlinien für die Kampfpropaganda nach Russland: Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 674f.
- 26 Dies ist zu entnehmen der Wirtschaftspressekonferenz am 28. Juni 1941, in welcher der Generalreferent für Russlandfragen im RMVP, Dr. E. Taubert, die Weisungen für die Gestaltung der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion bekanntgab. Protokoll dieser Konferenz in: BA, R11/96, Bl. 96-98. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich meinem Kollegen Dr. R.-D. Müller.
- 27 Dieser Aspekt – Rücksichtnahme auf die Nationalitäten – wurde bereits in der oben erwähnten Weisung vom 21.2.1941 an WPr berücksichtigt.
- 28 Siehe: Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 685; und Buchbender/Schuh, Flugblattpropaganda, S. 49.
- 29 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 706; ebenso noch einmal S. 715: Die Russen seien in der Propaganda «geübtere Gegner» als die Engländer.
- 30 Ebda., S. 703 und 705.
- 31 Ebda., S. 703.
- 32 Ebda., S.696.
- 33 Ebda., S. 701 und710.
- 34 Ebda., S. 711.
- 35 Abgedruckt in: Domarus: Hitler, Bd. II, S. 1725-1732. Siehe Foto S. 44.
- 36 Die Proklamation Hitlers wurde zunächst in den Hauptsprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch gesendet, dann zusätzlich in türkischer, ungarischer, arabischer, schwedischer, rumänischer, bulgarischer und kroatischer Sprache. Nach: K. Scheel: Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933-1945. Berlin (DDR) 1970, S. 179.
- 37 Ein Exemplar dieses Tagesbefehls befindet sich in: BA-MA, RH 22/4, Bef. rückwärt. Heeresgebiet Süd, Anlagen zum KTB. Die wichtigste abweichende Passage in: Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1732.
- 38 Deutsche Note an die Regierung der Sowjetunion vom 21.6.1941. Auszug wiederabgedruckt in: Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Hg. von J. Hohlfeld. Berlin 1951 ff. Bd. V: Deutschland im 2. Weltkrieg 1939-1945, S. 318-324.
- 39 E.F. Sommer: Das Memorandum. Wie der Sowjetunion der Krieg erklärt wurde. München, Berlin 1981, S. 173.
- 40 Eine Aufzeichnung über die Unterredung Ribbentrop/Dekanosov am 22. Juni 1941 um 4 Uhr früh ist abgedruckt im unpaginierten Anlagenteil von Sommer, Memorandum. Abschrift des Telegramms des deutschen Auswärtigen Amtes an Botschafter Schulenburg ebda. An gleicher Stelle sind auch die Proklamation Hitlers vom 22. Juni 1941 und die Note des AA vom gleichen Tage wiederabgedruckt.
- 41 Faksimile des Telegramms ebda.
- 42 J. v. Ribbentrop: Der Freiheitskampf Europas. Rede, gehalten am 26.November 1941 in Berlin. Berlin 1942, S. 14.
- 43 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 712: «Ribbentrop hat nach meiner Verlesung der Führerproklamation noch seinen Senf dazu gegeben.»
- 44 Foto von dieser Pressekonferenz in: Sommer, Memorandum, Bilddokument Nr. 15; Schilderung des Verlaufs ebda., S. 170f.

- 45 Dokumente der deutschen Politik V, S. 324.
- 46 Domarus, Hitler. Bd. II, S. 1728.
- 47 Ebda., S. 1731.
- 48 Zur geheimen Ministerkonferenz vom 22. Juni 1941 siehe: Boelcke, Wollt Ihr, S. 181f. Konferenzteilnehmer waren die Abteilungsleiter und Referenten des RMVP. Vgl. das »Verzeichnis der Konferenzteilnehmer« in: Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium. Hg. von W. A. Boelcke, Stuttgart 1966, S. 206–208.
- 49 Zur Propaganda im Vorfeld des Weltkriegsbeginns 1939 vgl. W. Wette: Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches. In: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979, S. 128 ff. (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1). Jetzt auch als Taschenbuch: W. Deist, M. Messerschmidt, H.-E. Volkmann, W. Wette: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt/M. 1989 (= Fischer-TB 4432), Teil I.
- 50 Diese Angabe findet sich sowohl in Hitlers Proklamation und seinem Aufruf an die Soldaten der Ostfront als auch in der Note des AA.
- 51 Formulierung von Goebbels in der geheimen Pressekonferenz am 22. Juli 1941. In: Boelcke, Wollt Ihr, S. 181.
- 52 Dies ist der Propaganda in nachhaltiger Weise gelungen. Bis zum heutigen Tage gibt es einzelne Historiker, die die Präventivkriegs-Legende für die Wahrheit halten. Vgl. etwa Sommer, Memorandum, S. 22 ff. Zur Auseinandersetzung mit neueren Versionen dieser These vgl. W. Wette, Über die Wiederbelebung des Antibolschewismus mit historischen Mitteln. Oder: Was steckt hinter der Präventivkriegsthese? In: G. Erler/R.-D. Müller/U. Rose/T. Schnabel/G. R. Ueberschär/W. Wette: Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte. Freiburg 1987, S. 86–115; B. Pietrow-Ennker, Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse um die Präventivkriegsthese. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von W. Michalka. München, Zürich 1989, S. 586–625.
- 53 Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1727, folgende Zitate ebda., S. 1727–1731.
- 54 Gemeint ist das deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsabkommen v. 28. September 1939. In: Dokumente der dt. Pol. u. Gesch. V, Nr. 46.
- 55 Die propagandistische Verwertung des Kriegswinterhilfswerks 1941 beschreibt E. K. Bramsted: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda. Frankfurt/M. 1971, S. 340–342.
- 56 Wortlaut der Rede in: Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1758–1767. Zitat, S. 1758.
- 57 Vgl. ebda., S. 1759.
- 58 Vgl. hierzu J. Sywottek: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Opladen 1976.
- 59 Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1726.
- 60 Ebda.
- 61 Ebda., S. 1731.
- 62 Ebda., S. 1728.
- 63 Vgl. die geheime Ministerkonferenz vom 22. 6. 1941, in: Boelcke, Wollt Ihr, S. 181.
- 64 In den Erklärungen des AA wurde die Komplott-These nicht verwendet. Hitler behauptete zwar auch weiterhin, eine »Verschwörung von Demokraten, Juden und Freimaurern« habe Europa 1939 in den Krieg gestürzt (vgl. seine Rede zum Kriegswinterhilfswerk am 3. 10. 1941, in: Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1760), ritt aber nicht mehr auf der Vokabel »Komplott« herum.
- 65 K. D. Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln, Berlin 1969, S. 346. Als eine Stimme unter vielen sei hier der

- britische Aussenminister Lord Halifax erwähnt, der 1937 in einem Gespräch mit Hitler Deutschland als «Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus» bezeichnete (ADAP, D, Bd. 1, S. 47ff.) und damit die deutsche Propagandathese übernommen hatte.
- 66 Vgl. die Reden Hitlers vom 23.März 1933 und vom 7.März 1936, in: Domarus, Hitler, Bd. I, S. 236 und 587.
- 67 Vgl. J. Goebbels: Der Bolschewismus in Theorie und Praxis. In: Der Parteitag der Ehre vom 8.-14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden. München ²1936, S. 97-124, hier: S. 103. Vgl. auch: Der Parteitag der Freiheit vom 10.-16.September 1935. München ⁴1936, S. 126; Goebbels sprach dort von einer deutschen «Weltmission» im Kampf gegen den Bolschewismus.
- 68 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 696.
- 69 Boelcke, Wollt Ihr, S. 182.
- 70 Erklärung der «Deutschen diplomatisch-politischen Information» vom 27. Juni 1941 über den europäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Nachgedruckt in: Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe) Nr. 179 v. 28. Juni 1941. Wiederabgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 17, Berlin 1972, S.253-256. Zitat ebda., S.253f.
- 71 Ebda., S. 256.
- 72 Ebda., S. 255. Damit ging das AA sogar über die Präventivkriegsthese Hitlers hinaus.
- 73 Ebda., S. 254.
- 74 Boelcke, Wollt Ihr, S. 182. Kommentar von Boelcke zur Erklärung des AA.
- 75 Geheime Ministerkonferenz vom 27.6.1941. Vgl. ebda., S. 182.
- 76 Dies wird erwähnt in dem Aufsatz von Chr. Augustin (Decknamen für den Völkerrechts-Professor F. Berger): Untergang des Abendlandes. In: Monatshefte für Auswärtige Politik, Heft August 1941. Zit. nach Sommer, Memorandum, S. 185, der auch das Pseudonym aufdeckt (S. 182).
- 77 Vgl. dazu besonders die geheime Goebbels-Konferenz vom 26.6.1941. In: Boelcke, Wollt Ihr, S. 182. Dies war auch – expressis verbis – die Funktion des hochoffiziellen, 1943 in einer Auflage von 24'000 herausgebrachten und mit einem Vorwort von Ribbentrop versehenen «Europa-Handbuches», in dem Vertreter aller Verbündeten mit antibolschewistischen Aussagen zu Wort kamen: Europa-Handbuch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des neuen Europas. Leipzig 1943.
- 78 Vgl. P.Kluke: Nationalsozialistische Europaideologie. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 240-275; Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hg. und eingel. von W. Schumann u.a. Berlin (Ost) 1975; Das neue Europa. Beiträge zur nationalen Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft, hg. von der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Grossraumwirtschaft e. V. Berlin, Dresden 1941.
- 79 Vgl. W. Lipgens: Europa-Förderungspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. Eine Dokumentation. München 1968, S. 6ff.
- 80 Vgl. W. Wette: Deutsche Kriegspropaganda während des Zweiten Weltkrieges. Die Beeinflussung der südosteuropäischen Satellitenstaaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien. In: Militärgeschichte. Probleme-Thesen-Wege. Stuttgart 1982, bes. S.313f., 321f., 324ff.
- 81 Text in: ADAP, D, Bd. XI, S. 175f.
- 82 S. Anm. 70. Zitate S. 255.
- 83 Aktenvermerk Bormanns über eine Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel und Göring am 16.7.1941 im Führerhauptquartier. In: Der Prozess

- gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 42 Bde. Nürnberg 1947-49, (zit. IMT), Bd.38, Doc.221-L, S. 86-94. Wiederabdruck in: H. A. Jacobsen: 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt ³1960, S. 539-544.
- 84 Ebda. (IMT), S. 87; die folgenden Zitate ebda., S. 87f.
- 85 Auf Befehl Hitlers wurde die grosse antibolschewistische Propagandakampagne erst zwei Wochen nach Kriegsbeginn «angedreht». Vgl. Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 736 (Hitlers Befehl) und S. 737f. (Umsetzung durch Goebbels).
- 86 Ebda., S. 731.
- 87 Ebda., S. 696.
- 88 A.Fredborg: Behind the Steel Wall. A Swedish Journalist in Berlin 1941-1943. New York 1944, S. 24. Zit. nach Bramsted, Goebbels, S. 336f.
- 89 Zusammenfassend M. G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im zweiten Weltkrieg. Düsseldorf, Wien 1970, S. 206.
- 90 Ebda., S. 206f.
- 91 Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 712.
- 92 Ebda.
- 93 Hitler am 16. Juni 1941 im vertraulichen Gespräch zu Goebbels. Tagebücher Goebbels, Bd. 4, S. 696.
- 94 Anspielung sowohl auf die bisherige Kriegspolitik des Regimes als auch auf die verbrecherischen Befehle für den bevorstehenden Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Lutz Lemhöfer: Gegen den gottlosen Bolschewismus. Zur Stellung der Kirchen zum Krieg gegen die Sowjetunion

- 1 Zit. nach H. Missalla: Gekämpft und gelitten für Hitlers Machtrausch. In: Publik- Forum v. 24.8.1979.
- 2 Belege für diese Auffassung finden sich für die evangelische Kirche bei G. Brakeimann: Kirche im Krieg. München 1979, und W. Niemöller: Evangelische Verkündigung in zwei Weltkriegen. In: Ders.: Wort und Tat im Kirchenkampf. München 1969; für die katholische Kirche bei H. Missalla: Für Volk und Vaterland. Die katholische Kriegshilfe im 2. Weltkrieg. Königstein 1978; G. C. Zahn: Die deutschen Katholiken und Hitlers Kriege. Graz 1965.
- 3 W. Dirks: Der Nationalsozialismus und der Krieg. In: Frankfurter Hefte 6/1979, S.14.
- 4 Vgl. insbesondere F. Focke: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal 1978.
- 5 J. Aretz: Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Mainz 1978, S.31.
- 6 Clemens August von Galen: Akten, Briefe und Predigten 1933-46. Hg. von P. Löffler. Mainz 1988, Bd. 1, S. 436.
- 7 Aretz, Katholische Arbeiterbewegung, S. 44.
- 8 Z.B. im Gespräch mit Bischof Berning, Osnabrück, am 26.4.1933 in Berlin, dokumentiert bei H. Müller: Katholische Kirche und Nationalsozialismus. München 1965, S. 127-129.
- 9 Ebda., S. 168.
- 10 «Niemand hat vordem in unbeirrbarer Konsequenz stärkere Verurteilungen des Kommunismus und der ‚klassischen‘ Sozialdemokratie ausgesprochen als der römische Papst, die Bischöfe und die katholische Theologie. Der Nationalsozialismus

- hat diese katholischen Forderungen eingelöst: eine eminent ›kirchliche‹ Tat, die uns zwingt, aufzumerken und anzuerkennen.« J. Lortz: Katholischer Zugang zum Nationalsozialismus. Münster 1934, S. 8.
- 11 »Du wirst und kannst diesen Schwur dem Führer mit *Vertrauen* schwören. Der Führer weiß aus eigenster Erfahrung, was Krieg ist und heißt; er wird nicht spielen mit deinem Leben, das ihm verschworen ist. Du wirst und kannst diesen Schwur mit *Freuden* leisten, weil du des Führers Parole kennst: Gegen den teuflischen Bolschewismus! Für unser liebes Vaterland, seinen Ruhm und seine Ehre!« Dein Fahnen- eid im Schloßhof zu Mannheim. Erinnerungsblatt an den 21. Oktober und 21. November 1936. Privatarhiv H. Missalla, Bochum.
 - 12 C. Beilmann: Eine katholische Jugend im Gottes und dem Dritten Reich. Wuppertal 1989, S. 293 f.
 - 13 Akten Deutscher Bischöfe. Hg. von B. Stasiewski. Bd. 3. Mainz 1969, S. 479.
 - 14 Ebda., S. 85 und 87.
 - 15 Vgl. dazu M. Kringels-Kemen/L. Lemhöfer (Hg.): Katholische Kirche und NS-Staat. Frankfurt 1981, S. 24–27; K. Schabrod: Widerstand gegen Flick und Florian. Frankfurt 1978, S. 59–71; H. Roth: Katholische Jugend in der NS-Zeit. Düsseldorf 1959, S. 129–132. Rossaint schied 1945 aus dem kirchlichen Dienst aus und wurde später Präsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).
 - 16 Jungführer Nr. 28/1937. Zit. nach Beilmann, Katholische Jugend, S. 297.
 - 17 Zit. nach K. Nowak: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Göttingen 1981, S. 226.
 - 18 G. Brakelmann: Protestantische Positionen im Kampf gegen den Bolschewismus am Vorabend des Dritten Reiches. In: Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Hg. von D. Goldschmidt. Gütersloh 1989, S. 220.
 - 19 Ebda., S. 226.
 - 20 Vgl. F. M. Balzer: Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten. Köln 1973, S. 174 ff.; F. M. Balzer/K. U. Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Köln 1987.
 - 21 Zit. nach: ›Alles für Deutschland, Deutschland für Christus‹. Evangelische Kirche in Frankfurt am Main 1929–1945. Ausstellungskatalog. Frankfurt 1985, S. 65.
 - 22 H. Diem: Der Antibolschewismus als Frage an die Kirche. In: Evangelische Theologie 1948/49, S. 15.
 - 23 Vgl. die Sammlung von Hirtenworten bei K. Hoffmann: Seelsorge und kirchliche Verwaltung im Krieg. Freiburg 1940.
 - 24 B. Schneider (Hg.): Briefe Pius XII. Mainz 1969, S. 357.
 - 25 Zit. in Beilmann, Katholische Jugend, S. 299.
 - 26 Beilmann, Katholische Jugend, S. 215.
 - 27 Die detaillierter differenzierende Darstellung der verschiedenen Kirchenflügel bei L. Siegele-Wenschkewitz: Die evangelische Kirche in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges 1939–1945. In: Evangelische Theologie 1979, S. 389–409.
 - 28 Ebda., S. 395.
 - 29 Zit. nach H. Prolingheuer: Die Christen an die Front. Publik-Forum-Materialmappe. Frankfurt 1989.
 - 30 Eine ausführliche Darstellung des »Falles Friedrich« bereitet die »Kommission zur Erforschung des Kirchenkampfes in Hessen-Nassau« im Rahmen ihrer fortlaufenden Dokumentation vor.
 - 31 Vgl. E. Röhm: Sterben für den Frieden. Stuttgart 1985, S. 179 ff. Unabhängig davon dachte auch Bonhoeffer pazifistisch.
 - 32 Zit. nach G. Brakelmann, Kirche; dort auch viele weitere evangelische Stellungnahmen zum Kriegsbeginn am 1. 9. 1939.
 - 33 ›Alles für Deutschland, Deutschland für Christus‹, S. 81; weitere Stimmen zum Krieg bei Prolingheuer, Christen.

- 34 Zit. nach M.G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Düsseldorf 1970, S. 205; vgl. dazu auch den Beitrag von W. Wette in diesem Band.
- 35 Für die Überlassung dieses Berichts bin ich dem früheren Militärpfarrer H. Wolf, Frankfurt-Zeilsheim, dankbar.
- 36 Vgl. J. Becker: Der Vatikan und der II. Weltkrieg. In: D. Albrecht (Hg.): Katholische Kirche im Dritten Reich. Mainz 1976, S. 171-193; H. J. Stehle: Die Ostpolitik des Vatikan. München-Zürich 1975, bes. S. 230 ff. Anders W. Benz: Das «Unternehmen Barbarossa» und der Vatikan. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1989, S. 981-991.
- 37 Zit. in Beilmann, Katholische Jugend, S. 298.
- 38 Amtsblatt für die Erzdiözese Paderborn vom 11.2.1942.
- 39 Zit. in Beilmann, Katholische Jugend, S. 298.
- 40 Insbesondere im Hirtenbrief vom 14.9.1941, abgedruckt in: Galen, Akten, Bd. 2, S. 901 ff.
- 41 Predigt vom 26.10.1941. Abgedruckt in: Franz Rudolf Bornwasser: Fels im Sturm. Predigten und Hirtenworte. Hg. von A. Heinz. Trier 1969. Bd. 2, S. 448f.
- 42 Galen, Akten, Bd. 2, S. 907.
- 43 Kirchliches Jahrbuch 1933-1945. Hg. von J. Beckmann. Gütersloh 1948, S. 478f.
- 44 Telegramm Wurms vom 5.7.1941, abgedruckt in: R. Fischer/G. Schäfer: Landesbischof Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Stuttgart 1968, S. 319.
- 45 Zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 217.
- 46 G. Jacob in einem Vortrag Oktober 1939, hier zit. nach: E. Röhm/J. Thierfelder: Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Stuttgart 1981, S. 115.
- 47 H. Lenhard: «...Keine Zweifel an der Richtigkeit dieses Krieges.» Christen und Kirchen im Krieg gegen die Sowjetunion. In: Frieden mit der Sowjetunion, S. 253.
- 48 In: L. Lemhöfer: Jeder Schuss ein Russ'. Vom Umgang mit einem Feindbild. WDR 3,10.8.1986.
- 49 In: L. Lemhöfer: War Gott mit uns? Hessischer Rundfunk 2, 24.4.1989.
- 50 Ebda.
- 51 Zit. nach H. Prolingheuer, Kleine politische Kirchengeschichte. Köln 1984, S. 111. Allgemein s. M.Greschat: Schuldklärungen der Kirchen nach dem Krieg. In: Frieden mit der Sowjetunion, S. 263-277.
- 52 Das wichtigste Resultat ist die Thesenreihe: Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderung zur Umkehr. Hg. von den Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe u.a., Gütersloh 1987. Für eine entsprechende offizielle 2. Ostdenkschrift der EKD fand sich in deren Rat allerdings keine Mehrheit. Zur Diskussion vgl.: D. Goldschmidt: Für eine zweite Ostdenkschrift: Anstöße zu neuem Denken; T. Rendtorff: Gegen eine zweite Ostdenkschrift: Aufrechnung von Schuld. Beide in: evangelische information 22/1987 v. 28.5.1987; E. Wilkens: Ideologische Befangenheit ist kein guter Ratgeber. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt Nr. 23 v. 5.6.1987; Ruf nach Versöhnung mit Sowjetunion bewegt Kirchenpolitiker. In: Frankfurter Rundschau Nr. 121 v. 26.5.1987; A.Martin: Die rote Brille der Versöhnler. In: Rheinischer Merkur/ Christ und Welt Nr. 33 v. 14.8.1987.
Auf katholischer Seite ist eine vergleichbare Diskussion noch kaum in Gang gekommen. Symptomatisch ist der Beitrag von H. Hürten: Katholische Kirche und nationalsozialistischer Krieg. In: Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. Hg. von M. Broszat und K. Schwabe, München 1989, S. 135-179. Nach einer eher abwiegelnden Darstellung kirchlicher Stellungnahmen kommt das Mitglied der offiziellen katholischen «Kommission für Zeitgeschichte» gleichwohl zum Ergebnis, dass es seitens der Bischöfe keinen Widerspruch gegen den Krieg gegeben habe. Einen Anlass zur Kritik sieht Hürten darin nicht. Eine auf breiter Ebene geführte selbstkritische Diskussion innerhalb des Katholizismus steht noch aus.

- 53 Bisher den besten Überblick gibt der schon mehrfach erwähnte Sammelband: Frieden mit der Sowjetunion.

Gerd R. Ueberschär: Das Scheitern des «Unternehmens Barbarossa». Der deutsch-sowjetische Krieg vom Überfall bis zur Wende vor Moskau im Winter 1941/42

- 1 Vgl. u.a. den Tagungsband zum Internationalen Symposium «Kriegswende Dezember 1941» im September 1981 in Stuttgart: Kriegswende Dezember 1941. Referate und Diskussionsbeiträge des internationalen historischen Symposiums in Stuttgart vom 17.-19. September 1981. Hg. von J. Rohwer und E. Jäckel. Koblenz 1984 sowie die Berichte zur Tagung: «Sowjetische Geschichte. Die Angst vor der Wahrheit». In: Die Zeit Nr. 40 v. 25.9.1981, S. 13; «Vierzig Jahre danach. Kriegswende im Wissenschaftsgespräch». In: Stuttgarter Zeitung Nr. 215 v. 18.9.1981, S.23; K. Adam: Kriegs- und Zeitwende. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.218 v. 21.9.1981, S. 23; G.R. Ueberschär: Kriegswende Dezember 1941: Vom europäischen Krieg zum Zweiten Weltkrieg. In: Südkurier Nr. 240 v. 17.10.1981, Beilage «Das besondere Thema»; F. Weigend: Zwischen Moskau und Pearl Harbor. Wie aus dem Kampf in Europa der Weltkrieg II wurde. In: Stuttgarter Zeitung v. 21.9.1981.
- 2 A. Hillgruber: Der Zenit des Zweiten Weltkrieges, Juli 1941. Wiesbaden 1977.
- 3 G. Hass: Die sowjetische Geschichtsschreibung über den Grossen Vaterländischen Krieg. In: Militärgeschichte 21 (1982), S. 351-363, hier S. 355, 359, auch zum Folgenden; vgl. auch A. M. Samsonow: Die grosse Schlacht vor Moskau 1941-1942. Berlin (DDR) 1959, S. 212f. und A. Gretschko: Der Sieg von welthistorischer Tragweite. In: Sowjetische Forschungen über den zweiten Weltkrieg. Hg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Moskau 1976, S. 5-29, hier S. 12.
- 4 A.M. Samsonow: Die Schlacht vor Moskau. In: Kriegswende Dezember 1941, S. 185-197.
- 5 Vgl. K. Reinhardt: Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42. Stuttgart 1972, S. 15ff.
- 6 So G. Hass: Die Schlacht bei Moskau. Zu einigen militär-politischen Schlussfolgerungen der bürgerlichen Historiographie. In: Militärgeschichte 20 (1981), H. 5, S. 517-527, hier S. 517.
- 7 Vgl. Reinhardt, Wende; K.v. Tippelskirch: Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Bonn 1951; H. Guderian: Erinnerungen eines Soldaten. Heidelberg 1951; R. Hofmann: Die Schlacht von Moskau 1941. In: Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges. Hg. von H.-A. Jacobsen und J. Rohwer. Frankfurt 1960, S. 139-184; A. Philippi/F. Heim: Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945. Ein operativer Überblick. Stuttgart 1962; A. Seaton: Der russisch-deutsche Krieg 1941-1945. Frankfurt 1973; R. Seth: Operation Barbarossa. The Battle for Moscow. London 1964; A. Clark: Barbarossa. The Russian-German Conflict 1941-45. New York 1965; G.E. Blau: The German Campaign in Russia. Planning and Operations 1940-42. Washington 1955.
Aus marxistisch-leninistischer Sicht: Samsonow, Die grosse Schlacht, S. 27ff.; F.J. Tamonow: Die grosse Schlacht vor Moskau – ein Wendepunkt im 2. Weltkrieg. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Bd.2: Vor Moskau und Stalingrad fiel die Entscheidung. Berlin (DDR) 1960, S. 43ff.; B. S. Telpuchowski: Die sowjetische Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges 1941-1945. Hg. von A. Hillgruber und H.A. Jacobsen. Frankfurt 1961; V.D. Sokolovskij (Redaktion): Razgom nemecko-fasistskich vojsk pod Moskvoy. Moskva 1964; G.K. Schukow: Erinnerungen und Gedanken. Stuttgart 1969; K.K. Rokossowski: Soldatenpflicht. Berlin (DDR) 1973; A.M. Samsonow: Porazenie vermachta pod Moskvoy.

- Moskva 1981 (Die Niederlage der Wehrmacht vor Moskau); L. Besymenski: Die Schlacht um Moskau 1941. Köln 1981; ferner in den Gesamtdarstellungen: Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd.2. Berlin (DDR) 1963; Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann und K. Drechsler. Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942). Berlin (DDR) 1975, S. 35ff.; Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945. Hg. vom Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR u.a. Bd. 4: Die faschistische Aggression gegen die UdSSR. Der Zusammenbruch der Blitzkriegsstrategie. Berlin-Ost 1977, S. 41 ff.; H. Abraham: 1941-1945. Grosser Vaterländischer Krieg der Sowjetunion. Erlebnisse, Tatsachen, historische Lehren. Berlin-Ost 1985; siehe auch weitere Literaturhinweise bei K. Reinhardt: Die Schlacht vor Moskau im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung. In: Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte 43 (1971), S. 451-478 und G. Beitter: Die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg. Eine Bibliographie ihrer Truppengeschichten im Zweiten Weltkrieg (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 24). Koblenz 1984.
- 8 Hass, Schlacht bei Moskau, S. 517.
- 9 Hass, Sowjetische Geschichtsschreibung, S. 356, auch zum Folgenden.
- 10 Hass, Schlacht bei Moskau, S. 517, 525f.
Siehe dazu C. Wagener: Moskau 1941. Der Angriff auf die russische Hauptstadt. Bad Nauheim 1965; J. Lucas: War on the Eastern Front, 1941-1945. The German Soldier in Russia. London 1979; J. Piekalkiewicz: Die Schlacht um Moskau. Die erforene Offensive. Bergisch-Gladbach 1981; B. I. Fugate: Operation Barbarossa. Strategy and Tactics on the Eastern Front, 1941. Novato, Calif. 1984.
- 11 Vgl. die Zusammenstellung bei Besymenski, Schlacht, S. 34ff.
- 12 Vgl. den Beitrag «Hitlers Entschluss zum ‚Lebensraum‘-Krieg im Osten» in diesem Band, S. 13ff.; dazu im Einzelnen: A.Hitler: Mein Kampf. Jubiläumsausgabe. München 1935, S. 742, 750ff., 757; Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von G.L. Weinberg. Stuttgart 1961; vgl. ferner H.R. Trevor-Roper: Hitlers Kriegsziele. In: VfZG 8 (1960), S. 121-133, und die Verweise und Angaben in der grundlegenden Studie von A. Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941. Frankfurt 1965.
- 13 Hillgruber, Strategie, S. 224,257.
- 14 Vgl. W. Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945. Grundlagen, Formen, Gestalten. Frankfurt 1964, S. 153; K. Reinhardt: Vor vierzig Jahren: Unternehmen Barbarossa – Anfang vom Ende. In: Heere International, Bd. 1: Militärpolitik, Strategie, Technologie, Wehrgeschichte. Hg. von H.-A. Jacobsen u.a. Bonn 1981, S. 203ff.
- 15 Die Weisung Nr. 21 ist als Dokument Nr. 1 im Anhang abgedruckt, vgl. S. 244ff., ferner in: Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. Hg. von W. Hubatsch. Frankfurt 1962, S. 84-88, auch zu den folgenden Zitaten. Die Aufmarschanweisung des OKH ist in ihrer letzten gültigen Fassung abgedruckt in: Generaloberst Franz Halder: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. Bearb. von H.-A. Jacobsen. 3 Bde. Stuttgart 1962-1964, hier Bd. II, S. 463-469.
- 16 Zur Kritik s. J. L. Wallach: Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen. Frankfurt 1967, S.396L
- 17 So in seiner Rede v. 3.10.1941, in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Ge-

- genwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hg. von H. Michaelis und E. Schraepfer. Bd. 17: Das Dritte Reich. Berlin 1972, S. 387.
- 19 Zu den Zahlenangaben und zum Operationsverlauf siehe Halder KTB, Bd. III; Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945. Hg. von P. E. Schramm. Bd. 1: 1. 8. 1940–31. 12. 1941, erl. von H.-A. Jacobsen. Frankfurt/M. 1965, S. 417 ff. (zit. KTB/OKW, Bd. 1); Reinhardt, Wende, S. 27 f.; Philipp/Heim, Feldzug, S. 54 ff.; Wagener, Moskau 1941; W. Haupt: Heeresgruppe Mitte 1941–1945. Dornheim 1968; Seaton, Der russisch-deutsche Krieg. Die Darstellung kann sich hier nur auf die Heeresgruppe Mitte beziehen. Zur gesamten Front siehe: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S. 451 ff., 713 ff.
- 20 Vgl. die Eintragungen der ersten Tage im Halder KTB, Bd. III, S. 3 ff. sowie die ersten »Wehrmachtberichte« in: Deutschland im Kampf. Hg. von A. J. Berndt und H. v. Wedel. Juni-Lieferung. Berlin 1941, S. 52 ff. Die weiteren Gefangenenzahlen stützen sich auf die Angaben des OKH zu den »Beutezahlen, ab 22. 6. 1941« in: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg, RH 2/v. 2621.
- 21 Siehe A. Nekritsch/P. Grigorenko: Genickschuß. Die Rote Armee am 22. Juni 1941. Wien 1969. H. Göpfert: Zur Anfangsperiode des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. In: Zeitschrift für Militärgeschichte (= ZMG) 2 (1965), S. 161–173, geht ausführlich auf die Fehler und Mängel ein, sogar die Säuberungen Stalins werden aufgeführt, S. 164.
- 22 Auszugsweise zitiert bei A. Werth: Rußland im Krieg 1941–1945. München 1965, S. 132. Der deutsche Redetext wurde auch als Flugblatt und Propagandamaterial über den deutschen Truppen abgeworfen, siehe BA-MA Freiburg, RH 28-3/v. 23.
- 23 Vgl. J. W. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Moskau 1946, S. 5 ff.; Werth, Rußland im Krieg, S. 134 f. Stalins Rede wurde als Flugblatt in deutscher Übersetzung über der Front abgeworfen, vgl. BA-MA Freiburg, Akten des XIX. Gebirgskorps, 15085/26.
- 24 Siehe dazu P. Grigorenko: Der sowjetische Zusammenbruch 1941. Frankfurt 1969; Göpfert, Anfangsperiode.
- 25 Halder KTB, Bd. III, S. 38.
- 26 KTB/OKW, Bd. 1, S. 1037; die diesen Erläuterungen zum »Kräfteansatz für Unternehmen gegen Industrie-Gebiet am Ural« v. 27. 7. 1941 beigegefügte Karte befindet sich in: BA-MA Freiburg, RH 2/v. 729.
- 27 Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW. Hg. von W. Görlitz. Göttingen 1961, S. 245.
- 28 KTB/OKW, Bd. 1, S. 1020.
- 29 Vgl. die Angaben bei A. Speer: Erinnerungen. Frankfurt 1969, S. 195, 199; D. Irving: Hitler und seine Feldherren. Frankfurt–Berlin 1975, S. 287 ff.; Warlinton, Im Hauptquartier, S. 194.
- 30 Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hg. von W. Jochmann. Hamburg 1980, S. 38 f.
- 31 Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über die Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941. Hg. von A. Hillgruber. München 1969, S. 292 f.
- 32 KTB/OKW, Bd. 1, S. 1021; Hitler, Monologe, S. 39; siehe auch Irving, Hitler, S. 293, 311; ferner M. Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II. Würzburg 1963, S. 1754; F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt 1962, S. 61, so am 4. 8. 1941 über die Flutung Moskaus. Ebenso: Bundesarchiv (= BA) Koblenz, NL 118/90, Nachlaß Goebbels, Tagebucheintragung vom 19. 8. 1941, S. 26, auch zum folgenden.
- 33 So die Erklärung in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4, 515, 551 f. (Beitrag Klink) und S. 740 (Beitrag Hoffmann).

- 34 Vgl. G. Eisenblätter: Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939-1945. Phil. Diss. (masch.) Frankfurt 1969, S. 205ff.; zu den späteren Erörterungen siehe H. Heiber: Der Generalplan Ost (Dokumentation). In: VfZG 6 (1958), S.281-325; R.-D. Müller: Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des «Generalplans Ost». In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1981, S. 101-141; D. Eichholtz: Der «Generalplan Ost». Über eine Ausgeburst imperialistischer Denkart und Politik (mit Dokumenten). In: Jahrbuch für Geschichte 26 (1982), S. 217-274; W. Benz: Der Generalplan Ost. Germanisierungspolitik in den besetzten Ostgebieten. In: Ders.: Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Frankfurt 1990, S. 72-82; vgl. demnächst R.-D. Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Frankfurt 1991.
- 35 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14.11.1945-1.10.1946. Nürnberg 1947ff., 42 Bde. (zit. IMT), hier Bd. 38, Dok. 221-L (Bormann-Aktenvermerk v. 16.7.1941), S. 86ff., auch zu den folgenden Zitaten.
- 36 Siehe KTB/OKW, Bd. 1, S. 1027f., 1028f.; IMT, Bd.29, S. 235ff. und Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 290, 317ff., auch zum Folgenden.
- 37 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, ZS 1895: Zeugenschrifttum E. Helmdach, Kriegsgeschichtliche Beiträge zum Thema «Widerstand» v. 30.3.1969, S. 117; siehe auch H. Krausnick/H.-H. Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981, S. 184.
- 38 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D: 1937-1941. Bd. XIII, 1 und 2: Die Kriegsjahre. Göttingen 1970, S. 835 ff. (zit. AD AP, D). Vgl. auch A. Hillgruber: Die «Endlösung» und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: Ders.: Deutsche Grossmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1977, S. 262ff., auch zum Folgenden.
- 39 Abgedruckt bei H. Krausnick: Judenverfolgung. In: H. Buchheim/M. Broszat/H.-A. Jacobsen/H. Krausnick: Anatomie des SS-Staates. Bd. II, München 1967, S.306f.; IMT, Bd.26, S.266f. (Dok. 710-PS). Zur Frage, ob und wann es einen ausdrücklichen Befehl Hitlers zur Judenvernichtung gab, vgl. die Angaben bei A. Hillgruber: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategie der grossen Mächte. Stuttgart 1982, S. 182 mit Anm. 19 sowie den Beitrag in diesem Band, S. 185ff.; ferner G. Fleming: Hitler und die Endlösung. «Es ist des Führers Wunsch...» Wiesbaden 1982.
- 40 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 129ff. und 136ff.; IMT, Bd. 24, S. 298ff. auch zum Folgenden; vgl. Hillgruber, Strategie, S. 541 und KTB/OKW, Bd. 1, S. 1022ff.
- 41 Siehe Hillgruber, Staatsmänner, S. 301; vgl. auch die Darstellung bei Hillgruber, Strategie, S.409ff.; Hillgruber, Zenit, S. 11; A. Hillgruber: Japan und der Fall «Barbarossa». Japanische Dokumente zu den Gesprächen Hitlers und Ribbentrops mit Botschafter Oshima von Februar bis Juni 1941. In: Ders., Deutsche Grossmachtpolitik, S. 223-252, hier S.232L; jetzt auch P. Herde: Pearl Harbor, 7. Dezember 1941. Der Ausbruch des Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und die Ausweitung des europäischen Krieges zum Zweiten Weltkrieg. Darmstadt 1980, S.81 ff., 99f.; ders.: Italien, Deutschland und der Weg in den Krieg im Pazifik 1941. (= Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt Bd. XX, 1) Wiesbaden 1983 und ders.: Japan, Deutschland und die Vereinigten Staaten im Jahre 1941. In: Kriegswende Dezember 1941, S. 36-54. Grundlegend dazu auch H.Lupke: Japans Russlandpolitik von 1939 bis 1941. Frankfurt 1962.
- 42 Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945. Hg. von G. Wagner. München 1972, S. 283 (22.8.1941).

- 43 Siehe Hillgruber, *Strategie*, S. 211 ff.; A. Hillgruber: Das Rußland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion. In: *Rußland-Deutschland-Amerika*. Festschrift für F. T. Epstein zum 80. Geburtstag. Hg. von A. Fischer u. a. Wiesbaden 1978, S. 296–310; Reinhardt, Wende, S. 18 ff. und E. Moritz: Die Einschätzung der Roten Armee durch den faschistischen deutschen Generalstab 1935 bis 1941. In: *ZMG* 6 (1969), H. 2, S. 154–170.
- 44 ADAP, D, Bd. XI, 2, S. 643 (gegenüber dem bulgarischen Gesandten Draganoff, 3. 12. 1940) und S. 956 (ähnlich gegenüber Mussolini, 20. 1. 1941).
- 45 Vgl. R. Gibbons: Opposition gegen »Barbarossa« im Herbst 1940. Eine Denkschrift aus der deutschen Botschaft in Moskau. In: *VfZG* 23 (1975), S. 332–340; H. v. Herwarth: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945. Frankfurt 1982, S. 206 ff. und General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941. Bearb. von H. Teske. Frankfurt 1966. Zu den Warnungen von Staatssekretär von Weizsäcker siehe: Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950. Hg. von L. E. Hill. Frankfurt–Berlin 1974, S. 250.
- 46 Vgl. J. K. Paasikivi: Am Rande einer Supermacht. Hamburg 1966, S. 421; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 846.
- 47 Siehe die Hinweise bei Hillgruber, *Strategie*, S. 444 f., 558 ff.; W. S. Churchill: *Der Zweite Weltkrieg*. 3. Bd.: Die große Allianz, 1. Buch. Hamburg 1950, S. 441; R. E. Sherwood: *Roosevelt and Hopkins: An Intimate History*. New York 1950, S. 233 ff.
- 48 Abgedruckt in: *Ursachen und Folgen*, Bd. 17, S. 323 f.; vgl. Werth, *Rußland im Krieg*, S. 210.
- 49 Vgl. Seaton, *Der russisch-deutsche Krieg*, S. 125 f.; Werth, *Rußland im Krieg*, S. 211 f.; T. A. Wilson: *The First Summit: Roosevelt and Churchill at Placentia Bay*. London 1970.
- 50 BA Koblenz, NL 118/90, Tagebuch Goebbels vom 19. 8. 1941, S. 21 ff., 30 f.; auch die Seekriegsleitung kam am 8. 8. 1941 in einer Beurteilung der militärischen Lage zum Ergebnis, daß man gerade »die Zähigkeit (des Gegners – d. Verf.) in längeren Kampfhandlungen unterschätzt« habe, siehe: *Ursachen und Folgen*, Bd. 17, S. 308 ff., auch zum folgenden.
- 51 Halder KTB, Bd. III, S. 170 (11. 8. 1941); vgl. H. Busse: Das Scheitern des Operationsplanes »Barbarossa« im Sommer 1941 und die militaristische Legende von der »Führungskrise«. In: *ZMG* 1 (1962), S. 62–83.
- 52 H. Meier-Welcker: Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939–1942. Freiburg 1982, S. 123, 126, 137.
- 53 A. Hillgruber: Die Bedeutung der Schlacht von Smolensk in der zweiten Juli-Hälfte 1941 für den Ausgang des Ostkrieges. In: *Felder und Vorfelder russischer Geschichte. Studien zu Ehren von Peter Schreibert*. Hg. von I. Auerbach u. a. Freiburg 1985, S. 266–279.
- 54 Vgl. dazu Telpuchowski, *Geschichte*, S. 78 ff.; Werth, *Rußland im Krieg*, S. 166 ff.; N. Baibakov: Die Wirtschaft der UdSSR in den Kriegsjahren. In: *Sowjetische Forschungen über den zweiten Weltkrieg*. Hg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Moskau 1976, S. 92–106; L. Kölm: Zur Standortverlagerung von Produktivkräften zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion (1941–1942). In: *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas*. Bd. 26/2 (1983), S. 125–135.
- 55 Siehe die Hinweise bei Wallach, *Dogma*, S. 386 ff.
- 56 Vgl. Görlitz, *Keitel*, S. 274 mit Anm. 95; F. Halder: *Hitler als Feldherr*. München 1949, S. 42 f.
- 57 Vgl. die ausführliche Darstellung bei H. Uhlig: Das Einwirken Hitlers auf Planung und Führung des Ostfeldzuges. In: *Vollmacht des Gewissens*. Bd. 2., Frankfurt

- 1965, S. 149-286 und in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd.4, S. 486ff., 568ff.; zur «Führungskrise» siehe auch Busse, Scheitern, S. 69, 78ff.
- 58 Irving, Hitler, S. 288.
- 59 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S.140ff., 142ff., zur «Unsinnigkeit der nunmehr beschlossenen Operationen» vgl. Halder KTB, Bd. III, S. 121 ff., 129.
- 60 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 145 f. (Weisung Nr. 34 v. 30.7.1941).
- 61 Zu den drei Besuchern und der Frage «Kiev oder Moskau» vgl. u.a. Guderian, Erinnerungen, S. 171f.; Warlimont, Im Hauptquartier, S. 200; KTB/OKW, Bd. 1, S. 1041f., Uhlrig; Einwirken, S. 227ff., 248ff.; Wallach, Dogma, S. 397.
- 62 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 148f.
- 63 KTB/OKW, Bd.1,S. 1055ff.
- 64 Ebda., S. 1061 ff., auch zu Hitlers Denkschrift v. 22.8.1941 im Folgenden; siehe ferner Warlimont, Im Hauptquartier, S. 203f.; Reinhardt, Wende, S. 34ff.
- 65 Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 514ff.
- 66 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 150ff., zum Folgenden S. 153.
- 67 Halder KTB, Bd. III, S. 254 (26.9.1941); Halder hatte dies schon am 17.8.1941 vorausgesagt, vgl. ebda., S. 182.
- 68 AD AP, D, Bd. XIII, 1, S. 345-353, auch zum Folgenden.
- 69 Ebda., Nr. 244, S. 319ff., auch zum Folgenden.
- 70 Vgl. BA-MA Freiburg, RH 19 III/167 und 168, Heeresgruppe Nord und Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4, S. 843 mit Angabe weiterer Belege; angeblich soll Hitler dabei auf eine Denkschrift Gen. Ludendorffs aus dem Ersten Weltkrieg zurückgegriffen haben, vgl. B.v. Lossberg: Im Wehrmachtführungsstab. Bericht eines Generalstabsoffiziers. Hamburg 2. Aufl. 1950, S. 132ff.
- 71 Abgedruckt in W. Haupt: Die Deutschen vor Moskau 1941/42. Bildchronik einer Schlacht der verfehlten Strategie. Dorheim 1972, Anlage 3; Reinhardt, Wende, S. 298f.; vgl. auch Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 568ff.
- 72 Siehe Domarus, Hitler, II, S. 1756ff.; Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 382-384.
- 73 Ebda., S. 384-389; Domarus, Hitler, II, S. 1758ff.
- 74 Ebda., S. 1767 (9.10.1941). Wie skeptisch diese Behauptung an der Ostfront aufgenommen wurde, belegt Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 139.
- 75 Reinhardt, Wende, S.63ff.; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 575ff.
- 76 Irving, Hitler, S. 325.
- 77 Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 380ff.; Domarus, Hitler, II, S. 1755; KTB/OKW, Bd. 1, S. 1070f.
- 78 Schukow, Erinnerungen, S. 324ff.
- 79 Ebda., S. 338; dies betont auch Samsonow, Schlacht vor Moskau, S. 188f.
- 80 Vgl. die Angaben bei Domarus, Hitler, II, S. 1770, Anm. 439; Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 132ff. (erster Schneefall am 19.9.1941); Reinhardt, Wende, S.78f.
- 81 Vgl. Reinhardt, Wende, S. 82ff.; ebenso K. Reinhardt: Das Scheitern der Strategie Hitlers vor Moskau im Winter 1941/42. In: Das Jahr 1941 in der europäischen Politik. Hg. von K. Bosl. München 1972, S. 85-119, hier S. 104f.
- 82 Vgl. Schukow, Erinnerungen, S.324; Hass, Schlacht bei Moskau, S. 519; Besymenski, Schlacht, S. 153ff., 164ff.; G. A. Deborin: Der zweite Weltkrieg. Berlin-Ost 1960, S. 192; Samsonow, Die grosse Schlacht, S.67ff.; Reinhardt, Scheitern, S. 108.
- 83 Siehe Hass, Schlacht bei Moskau, S.523; Geschichte des zweiten Weltkrieges, Bd.4, S.344; Besymenski, Schlacht, S.205; Reinhardt, Sowjetische Geschichtsschreibung, S. 457; Reinhardt, Wende, S. 93f., auch zum Folgenden.
- 84 F.W. Deakin/G.R. Storry: Richard Sorge. Die Geschichte eines grossen Doppelspiels. München 1965, S. 257ff.

- 85 Telpuchowski, *Geschichte*, S.74; vgl. auch die Schilderung bei H.E. Salisbury: *Moscow*. In: *Decisive Battles of the Twentieth Century*. Land-Sea-Air. Ed. by N. Frankland and C. Dowling. London 1976, S. 127-140, hier S. 135 f.; Samsonow, *Schlacht vor Moskau*, S. 190.
- 86 *Geschichte des zweiten Weltkrieges*, Bd. 4, S. 123.
- 87 Abgedruckt in: *Stalin, Krieg*, S. 16ff.; *Ursachen und Folgen*, Bd. 17, S. 396-405; vgl. auch Werth, *Russland im Krieg*, S. 186ff.
- 88 *Stalin, Krieg*, S. 39ff.; *Schukow, Erinnerungen*, S. 328.
- 89 BA-MA Freiburg, RH 20-4/279: Tagesbefehl des OKH Nr. 45109/41 v. 24.12.1941 (mit Befehl Reichenaus v. 20.12.1941), Abdruck in diesem Band, S. 291 f., auch zum Folgenden; sowie Domarus, *Hitler, II*, S. 1765.
- 90 Zu Reichenaus Befehl v. 10.10.1941 vgl. IMT, Bd. 35, S. 84ff., zu Mansteins Befehl v. 20.11.1941, IMT, Bd.34, S. 129ff., zu Hoths Befehl vgl. Krausnick/Wilhelm, *Einsatzgruppen*, S.258ff. Siehe auch den Abdruck in diesem Band, Dok.20, 21, 22, S. 284ff. Vgl. ferner J. Förster: *Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* Nr. B 45/80 v. 8.11.1980, S. 3-15, hier S. 12f. Zu dem folgenden Zitat aus dem Frontreise-Bericht von Gersdorff siehe Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München Fd 600/1: Auszug aus Kriegstagebuch Nr. 1 des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte (Anlage zu Seite 943), siehe Abdruck als Dok. 42 in diesem Band, S. 343f.
- 91 Domarus, *Hitler, II*, S. 1771 ff.; *Ursachen und Folgen*, Bd. 17, S. 406-412.
- 92 Siehe dazu Halder KTB, Bd. III, S.288ff.; Reinhardt, *Wende*, S.139ff.; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, S. 589ff.
- 93 Vgl. BA-MA Freiburg, RH 20-4/279: *Der Chef des Generalstabes des Heeres* (Op. Abt. Ia/G.Z. 1630/41 g.K./Chefs.) v. 7.11.1941 an die Herren Chefs der Generalstäbe der Heeresgruppen und Armeen, auch zu den folgenden Zitaten. Auf die besondere Bedeutung der beiden Denkschriften v. 7.11.1941 und 1.10.1941 hat zuerst E. F. Ziemke: *Franz Halder at Orsha: The German General Staff seeks a Consensus*. In: *Military Affairs* 39 (1975), S. 173-176, hingewiesen (unter Angabe des Aktenbestandes AOK 18, 35945/1). Siehe dann auch *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, S. 587ff. (Beitrag Klink), jedoch mit Angabe nach dem Aktenbestand der Panzergruppe 2 (RH 21-2/879).
- 94 BA-MA Freiburg, RH 20-4/279, *Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Abt. Wi*, Nr. 3208/41 g. Kdos. v. 1.10.1941, vorgelegt als Anlage zum Begleitschreiben des OKH/Generalstab des Heeres, OQu IV-Fremde Heere Ost/Chef, Nr. 107/41 g. Kdos. Chfs., v. 4.11.1941 betr.: «Wehrwirtschaftliche Lage Russlands», das ebenfalls sehr pessimistisch gehalten war. General Thomas kam zum Ergebnis, dass ein «Niederbruch» der wehrwirtschaftlichen Kraft der UdSSR «erst nach dem Verlust der Industriegebiete des Urals zu erwarten» sei.
- 95 Vgl. zu den einzelnen Überlegungen Halder KTB, Bd. III, S. 287, 294f., 303 und Schreiben General Jodls Nr. 1888/41 an OKH v. 11.11.1941, in: BA-MA Freiburg, RW 4/v. 578; Reinhardt, *Scheitern*, S. 107f.
- 96 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, ZS 74: Niederschrift von General Hossbach v. 13.7.1951 über Gespräch mit Halder v. 3.3.1942.
- 97 Halder KTB, Bd. III, S. 295; Warlimont, *Im Hauptquartier*, S. 207f.
- 98 Halder KTB, Bd. III, S.302.
- 99 *Ebda.*, S. 311.
- 100 *Ebda.*, S. 309 (zu Fromm); Irving, *Hitler*, S. 794 mit Anm. 13; Reinhardt, *Wende*, S.184 (zu Todt).
- 101 Vgl. zum Folgenden Halder KTB, Bd. III, S. 315f.; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, S. 592ff.
- 102 Angaben aus: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, ZS 310/11

- G. Thomas: Denkschrift «Erfahrungen des (II.) Weltkrieges, Stand bis Anfang 1942», S.7 und Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 137, 142; zu den «ungeheuren» Nachschub- und Transportschwierigkeiten für das Ostheer vgl. auch Speer, Erinnerungen, S. 199f.; Irving, Hitler, S. 348; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd.4, S.959ff., 971ff. (Beitrag Müller); K. A.F. Schüler: Logistik im Russlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42. Frankfurt-Bern u.a. 1987.
- 103 Aufzeichnung v. Bock v. 1.12.1941 in: Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 422f.
- 104 BA-MA Freiburg, L.III. Armeekorps, 19198/2, Kriegstagebuch Nr. 1 v. 26.11.1941 sowie Fahrtbericht des Kommandierenden Generals v. 21.11.1941, ebda. Bd.2, 19198/17, nun auch gedruckt in: «Fahrtberichte» aus der Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges 1941. Protokolle des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals L.III. Armeekorps. Eingel. u. hg. von W. Lammers. Boppard 1988, S. 347. Vgl. auch den Bericht bei G. Ernst: Zwei unbekannte Dokumente zur Schlacht von Moskau – Winter 1941/42. In: ZMG 1 (1962), S. 84-88.
- 105 Halder KTB, Bd. III. S. 328-332.
- 106 ADAP, D, XIII, 2, S. 733ff.
- 107 Ebda., S. 708ff., auch zum Folgenden.
- 108 Ebda., S. 705; Hillgruber, Staatsmänner, S. 329.
- 109 So Telpuchowski, Geschichte, S.92L; vgl. Schukow, Erinnerungen, S.339ff.; W. Stern/E. Stenzel: Die Blitzkriegsstrategie des deutschen Militarismus und ihr Scheitern beim Überfall auf die Sowjetunion. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas. Bd.5. Berlin-Ost 1961, S. 35,39; Göpfert, Scheitern, S. 68, auch zum Folgenden.
- 110 Vgl. Telpuchowski, Geschichte, S. 111, Anm.43; Besymenski, Schlacht, S.205; auch bei Samsonow, Schlacht vor Moskau, S. 190-193, werden widersprüchliche Angaben über die Umgliederungen, Heranführungen und Neuaufstellungen der Armeen gemacht; vgl. Reinhardt, Wende, S. 200ff.
- 111 Irving, Hitler, S. 352 mit Anm. 34; IMT, Bd. 20, S. 640.
- 112 Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 424.
- 113 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 171 ff.; Halder KTB, Bd. III, S. 329-331.
- 114 Halder KTB, Bd. III, S. 348 (15.12.1941).
- 115 Vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, F 68 Tagebuch von Generalmajor Koehler (Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres) vom 15.12.1941; ferner Halder KTB, Bd. III, S.347L; Irving, Hitler, S. 359; Görnitz, Keitel, S. 294 mit Anm. 18, auch zum Folgenden. Über die pessimistische Einschätzung des Befehlshabers des Ersatzheeres informiert ferner das dienstliche Tagebuch des Chefs des Stabes ab 19.12.1941, vor allem zum Vortrag Fromms vor Hitler am 23.12.1941, BA-MA Freiburg, RH 14/4.
- 116 KTB/OKW, Bd. 1, S. 1083ff., ebda., Bd. 2, S. 38ff.
- 117 Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 434.
- 118 Vgl. Herde, Pearl Harbor, S. 300f.; ders.: Italien, Deutschland und der Weg in den Krieg, S.91ff.; zu den diplomatischen Aktionen siehe ADAP, D, XIII, 2, S. 811 ff.; ADAP, Serie E: 1941-1945, Bd. I, S. 24, Anm. 5.
- 119 Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 675 ff.; siehe auch Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1794ff. jedoch mit unterschiedlichem Text.
- 120 Hillgruber, Strategie, S. 553; zum allgemeinen Zusammenhang vgl. A. Hillgruber: Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938-1941. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. B 19/66 v. 11.5.1966.
- 121 Hillgruber, Staatsmänner, S. 340; ADAP, E., I, S. 19.
- 122 So Samsonow, Schlacht vor Moskau, S. 195.
- 123 Zur Kritik an Stalin nach Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag der

- KPdSU am 25. 2. 1956 vgl. Reinhardt, Sowjetische Geschichtsschreibung, S. 453, 469 und Schukow, Erinnerungen, S. 343 f.
- 124 KTB/OKW, Bd. 1, S. 1093.
- 125 So am 28. 11. 1941 zum finnischen Außenminister Witting, am 29. 11. 1941 zum italienischen Außenminister Ciano, am 14. 12. 1941 zur Oshima und am 29. 12. 1941 in seinem Brief an Mussolini, siehe ADAP, D, XIII, 2, S. 697, 733; ebda., E, I, S. 104 ff. und Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 694.
- 126 ADAP, E., I, S. 158 (3. 1. 1942 zu Oshima); H. Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarb. Neuausgabe. Stuttgart 1977, S. 337, 29. 5. 1942.
- 127 Görlitz, Keitel, S. 274; IMT, Bd. 37, S. 640 (Dok 172-L, Vortragsentwurf v. General Jodl vor NSDAP-Gau- und Reichsleitern am 7. 11. 1943).
- 128 So Tippelskirch, Zweiter Weltkrieg, S. 208 f.; R. Cecil: Hitlers Griff nach Rußland. Graz 1977, S. 133; R. H. S. Stolfi: Barbarossa Revisited: A Critical Reappraisal of the Opening Stages of the Russo-German Campaign (June-December 1941). In: Journal of Modern History 54 (1982), S. 27–46, bes. S. 36; auch Irving, Hitler, S. 333, betont sehr stark die schlechte Wetterlage.
- 129 Hass, Schlacht bei Moskau, S. 524 f.; Besymenski, Schlacht, S. 160 ff.
- 130 Reinhardt, Wende, S. 78.
- 131 F. Prinz v. d. Leyen: Rückblick zum Mauerwald. Vier Kriegsjahre im OKH. München 2. Aufl. 1966, S. 37 f.
- 132 Reinhardt, Wende, S. 180 f.; Schüler, Logistik im Rußlandfeldzug.
- 133 Goebbels-Tagebuch v. 20. 3. 1942, in: Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 472, auch zum folgenden.
- 134 So Irving, Hitler, S. 785; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 486 ff. (Beitrag Klink).
- 135 Vgl. H. Giesler: Ein anderer Hitler. Bericht seines Architekten H. Giesler. Erlebnisse, Gespräche, Reflexionen, Leoni 3. Aufl. 1978, S. 426.
- 136 So Irving, Hitler, S. 357, auch zum folgenden.
- 137 Vgl. Görlitz, Keitel, S. 290, 292 f.; W. Haupt: Heeresgruppe Mitte 1941–1945. Dorheim 1968, S. 124; G. Blumentritt: Die Überwindung der Krise vor Moskau im Winter 1941–42, dargestellt an der 4. Armee. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 4 (1954), S. 105–115.
- 138 Reinhardt, Wende, S. 220 f.; vgl. auch Seaton, Der russisch-deutsche Krieg, S. 176 ff.
- 139 Görlitz, Keitel, S. 292.
- 140 Loßberg, Wehrmachtführungsstab, S. 147.
- 141 Halder, Hitler, S. 46, auch zum folgenden Zitat.
- 142 Mehrere Faktoren werden in den Aufzeichnungen und Notizen Bocks vom 7. 12. 1941 und Hoepners vom 19./21. und 24. 12. 1941 aufgezählt, vgl. Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 423 und W. Chales de Beaulieu: Sturm bis vor Moskaus Tore. Der Einsatz der Panzergruppe 4. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 6 (1956), S. 345–365, 423–439, hier S. 433, 439.
- 143 Uhlig, Einwirken, S. 196; Hillgruber, Strategie, S. 214.
- 144 Zu Hitler siehe die Angaben bei Giesler, Ein anderer Hitler, S. 426; das OKH gab im neuen Handbuch über die UdSSR v. 1. 1. 1942 zu, daß man das militärische Potential der Sowjetunion viel höher veranschlagen mußte, als man es bisher vorgenommen hatte; vgl. dazu auch Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 143, 145.
- 145 Im folgenden zusammengefaßt nach den detaillierten Ausführungen bei Hofmann, Schlacht, S. 183; Reinhardt, Wende, S. 255 ff.; Wagener, Moskau, S. 192; Seaton, Der russisch-deutsche Krieg, S. 189 f.; Samsonow, Schlacht vor Moskau, S. 193–196; Telpuchowski, Geschichte, S. 99, 108 f.; H. W. Schaaf: Zu den Auswirkungen der Schlachten von Moskau und Stalingrad auf die Festigung der Anti-

- Hitler-Koalition und den Zerfall des faschistischen Blocks. In: Juni 1941. Berlin-Ost 1961, S. 207–248, hier S. 212f.
- 146 Meier-Welcker, Aufzeichnungen, S. 147; zur Beurteilung in den Führungsstäben vgl. auch Reinhardt, Wende, S. 255f.
- 147 Zahlen nach Halder KTB, Bd. III, S. 395; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 977, 1024 (Beitrag Müller), dort die korrigierten Verlustzahlen abweichend von Reinhardt, Wende, S. 258f., der die Gesamtverluste aller gepanzerten Kraftfahrzeuge angibt.
- 148 »Wehrkraft der Wehrmacht im Frühjahr 1942« v. OKW v. 6. 6. 1942 (Stand: April 1942), in: H.-A. Jacobsen: 1939–1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 1961, S. 309ff., hier S. 314.
- 149 Nach OKH-Zusammenstellung »Gesamtbeute« bis 31. 12. 1941 v. 18. 1. 1942, BA-MA Freiburg, RH 2/v. 2621; die gelegentliche Angabe von über 3,8 Millionen Kriegsgefangenen bis Ende 1941 ist demnach falsch, siehe ebenso KTB/OKW, Bd. 1, S. 1106.
- 150 Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 464–468.
- 151 So besonders Samsonow, Schlacht vor Moskau, S. 1ff.; Gretschko, Der Sieg, S. 11; Schukow, Erinnerungen, S. 352; Telpuchowski, Geschichte, S. 111, auch zum folgenden Zitat; vgl. auch Hillgruber, Strategie, S. 562.
- 152 Siehe Telpuchowski, Geschichte, S. 111; Stern/Stenzel, Blitzkriegsstrategie, S. 37; Göpfert, Scheitern, S. 71; Hass, Sowjetische Geschichtsschreibung, S. 359.
- 153 Vgl. Reinhardt, Wende, S. 265ff.; R. Wagner: Auswirkungen des Zusammenbruchs der faschistischen Blitzkriegsstrategie auf die deutsche Kriegswirtschaft. In: Das Fiasko der antisowjetischen Aggression. Hg. von E. Moritz. Berlin (DDR) 1978, S. 166–190.
- 154 Speer, Erinnerungen, S. 200; F. W. Seidler: Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reiches. München–Berlin 1986, S. 350ff.
- 155 F. Fischer: Zur Problematik der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Am Wendepunkt der europäischen Geschichte. Hg. von O. Franz. Göttingen 1981, S. 68.
- 156 KTB/OKW, Bd. 2, 1265ff. Diese besondere Führerweisung war vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt (General Thomas) seit Dezember 1941 dringend gefordert worden, vgl. Reinhardt, Wende, S. 266ff. und Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 1024 (Beitrag Müller).
- 157 Wagner, Auswirkungen, S. 190.
- 158 Vgl. dazu G. C. Herring: Aid to Russia 1941–1946: Strategy, Diplomacy, the Origins of the Cold War. New York 1973.
- 159 Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 705; Hillgruber, Strategie, S. 557; Schukow, Erinnerungen, S. 352ff.
- 160 ADAP, E, I, S. 18 (14. 12. 1941) und 157ff. (3. 1. 1942).
- 161 Siehe Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 848.
- 162 ADAP, E., I, S. 170f.
- 163 Hillgruber, Strategie, S. 536, 552, auch zum folgenden; siehe auch ders.: Der Zweite Weltkrieg 1939–1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte. Stuttgart 1982, S. 68; Reinhardt, Wende, S. 291ff.; ders., Scheitern, S. 119.
- 164 Siehe Warlimont, Im Hauptquartier, S. 239; Speer, Erinnerungen, S. 229.
- 165 Der Vermutung, daß Hitler in seinen Ausführungen am 19. 11. 1941 auch die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens mit der UdSSR andeutete – so Reinhardt, Scheitern, S. 116 –, kann ich mich nicht anschließen. Ganz offensichtlich bezog sich diese Erklärung auf den Krieg mit England, vgl. Halder KTB, Bd. III, S. 295; generell dazu I. Fleischhauer: Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945. Berlin 1986; J. Schröder: Bestrebungen zur Eliminierung der Ostfront, 1941–1943. Göttingen–Zürich 1985.

- 166 Nach Irving, Hitler, S. 367.
 167 KTB/OKW, Bd. 4, S. 1503 sowie IMT, Bd. 37, Dok. 172-L, S. 640.
 168 Hubatsch, Hitlers Weisungen, S. 183f.
 169 Ursachen und Folgen, Bd. 17, S. 462f.; Domarus, Hitler, II, S. 1821 ff.
 170 AD AP, E, I, S. 159 (Hitler zu Oshima am 3.1.1942), 171 (OKW v. 4.1.1942).
 171 AD AP, D, XIII, 2, S. 705.
 172 Picker, Tischgespräche, S. 98.
 173 Hitler, Mein Kampf, S. 742.

Rolf-Dieter Müller: Das «Unternehmen Barbarossa» als wirtschaftlicher Raubkrieg

- 1 Siehe dazu meine ausführliche Darstellung der Thematik in den Beiträgen zum Serienwerk «Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg». Bd. 4, Stuttgart 1983, Bd. 5/1, Stuttgart 1988.
- 2 Hier in Übereinstimmung mit R. Zitelmann: Zur Begründung des «Lebensraum»-Motivs in Hitlers Weltanschauung. In: Der Zweite Weltkrieg. Hg. von W. Michalka. München, Zürich 1989, S. 551 ff.
- 3 Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Hamburg 1980, S. 242 (28./29.1. 1942).
- 4 Geheimrede Hitlers vor dem militärischen Führernachwuchs am 30.5.1942, abgedr. bei H. Picker (Hg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Stuttgart 1976, S. 495.
- 5 Zur Diskussion um Hitlers wirtschaftliche Vorstellungen siehe H. A. Turner: Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933. In: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 89-117, P. Krüger: Zu Hitlers «nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen». In: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), S. 263-282; J. D. Heyl: Hitler's economic thought. A reappraisal. In: Central European History 6 (1973), S. 83-96 und R. Zitelmann: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs. Hamburg 1987.
- 6 Siehe hierzu umfassend R.-D. Müller: Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen. Boppard 1984; ders.: Von Brest-Litowsk bis zum «Unternehmen Barbarossa» – Wandlungen und Kontinuität des deutschen «Drangs nach Osten». In: Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Hg. von D. Goldschmidt u.a. Gütersloh 1989, S. 70-86; sowie P. Borowsky: Sowjetrußland in der Sicht des deutschen Auswärtigen Amtes und der Reichswehrführung 1918-1923. In: Der Westen und die Sowjetunion. Hg. von G. Niedhart. Paderborn 1983, S. 27-51.
- 7 Ausnahmen bietet lediglich die angelsächsische Historiographie. Hier ist auf die ältere, jetzt wieder aufgelegte Arbeit von A. Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Düsseldorf 1958 (eine 1953 an der Columbia University entstandene amerikanische Dissertation) zu verweisen sowie auf eine andere, bislang unbeachtet gebliebene Dissertation von R.J. Gibbons: Soviet Industry and the German War Effort, 1939-1945. Ph.D., Yale University 1972. Beide stellen jedoch die eigentliche Besatzungszeit in den Mittelpunkt und sind geprägt von der in den fünfziger und sechziger Jahren vorherrschenden Sicht des Kampfes um eine «vernünftige» Ostpolitik, der sich insbesondere mit dem Namen Rosenberg verbindet.
- 8 A. Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941. Frankfurt a.M. 1965, S. 266-268.
- 9 Siehe Anatomie des Krieges. Berlin (DDR) 1969; Anatomie der Aggression. Berlin (DDR) 1972; Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941-1944. Dokumente. Hg. von N. Müller. Köln 1980 und speziell R. Czollek/D. Eichholtz: Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941. In: Zeitschrift

- für Geschichtswissenschaft (= ZfG) 15 (1967), S. 64-76. Zur Haltung der Reichsgruppe Industrie siehe auch R.-D. Müller: Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des «Generalplans Ost». In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1981, S. 101-141.
- 10 D. Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 1, Berlin (DDR) 1971, S. 147ff.
 - 11 Dazu W. Birkenfeld: Stalin als Wirtschaftspartner Hitlers (1939-1941). In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 53 (1966), S. 477-510 und R.-D. Müller: Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 98ff.
 - 12 Hitlers Äusserung vor den Reichs- und Gauleitern am 29.2.1940 nach dem Bericht von Generalgouverneur Hans Frank in der Sitzung am 2.3.1940, BA-MA Freiburg, RH 53-23/22.
 - 13 Denkschrift von Werner Daitz, Präsident des Führer-Ringes der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Grossraumwirtschaft, über die «Errichtung eines Reichskommissariats für Grossraumwirtschaft» vom 31.5.1940, abgedr. in: Weltherrschaft im Visier. Berlin (DDR) 1975, Nr. 102.
 - 14 Vgl. R. Gibbons: Opposition gegen «Barbarossa» im Herbst 1940. In: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte (= VZfG) 23 (1975) S. 332-340; Schreiben des Reichsfinanzministers an den Reichsmarschall vom 19.4.1941, Bundesarchiv (= BA) Koblenz, R 2/24 243, und Schreiben v. Weizsäckers an Ribbentrop vom 28.4.1941, Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Bd. XII, Nr. 419.
 - 15 Vgl. C. J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937-1939. München 1960, S. 384.
 - 16 Zum Hintergrund siehe auch R.-D. Müller: Die Konsequenzen der «Volksgemeinschaft»; Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung. In: Der Zweite Weltkrieg, S. 240 ff.
 - 17 WiRüAmt Nr. 10/41 g. Kdos./Chef-Sache, Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten, v. 13.2.1941, abgedr. in der noch während des Krieges abgefassten Darstellung von G. Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45). Boppard 1966, S. 515ff.
 - 18 Wirtschafts-Führungsstab Ost, Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil I, Aufgaben und Organisation der Wirtschaft, Juni 1941, abgedr. in Fall Barbarossa, Berlin (DDR) 1970, Nr. 112. Zum organisatorischen Ablauf siehe weiter Müller, Wirtschaftsallianz, S. 119ff. Fragwürdig dagegen die Darstellung bei H. Schustereit: Planung und Aufbau der Wirtschaftsorganisation Ost vor dem Russlandfeldzug-Unternehmen «Barbarossa» 1940/41. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 70 (1983), S. 50-70.
 - 19 Vgl. die entsprechenden Erlasse und Merkblätter des OKW, abgedr. in Müller, Industrielle Interessenpolitik, Nr. 1 u. 2.
 - 20 Siehe hierzu R.-D. Müller: Die Rolle der Industrie in Hitlers Ostimperium. In: Militärgeschichte. Probleme, Thesen, Wege. Hg. vom MGFA. Stuttgart 1982, S. 383-406.
 - 21 Vgl. K. Rasche: Gesicherter Ostraum – stabile Gesamtwirtschaft. In: Der deutsche Volkswirt 16 (19.12.41) Nr. 12/13, S. 392-394.
 - 22 J. Goebbels: Wofür? In: Das Reich Nr. 22 vom 31.5.1942. Vgl. auch die Rede Görings zum Erntedankfest, abgedr. in: Völkischer Beobachter Nr. 279 v. 8.10.1942, S. 3 ff.
 - 23 Vgl. H.v. Brescius: Gerhart Hauptmann. Bonn 1976, S. 302, Schreiben des Erbgroßherzogs an Himmler vom 2.6.1941. BA Koblenz, NS 19/671.
 - 24 Vgl. BA-MA Freiburg, RH 53-17/161: Geheimes Schreiben vom 5.7.1943 an alle höheren militärischen Dienststellen betr. Landerwerb und Landdotation im Laufe des Krieges, und zur Thematik auch O. Groehler: Die Güter der Generale. In: ZfG 19 (1971), S. 655 ff.

- 25 Thomas, Geschichte, S. 300f.
- 26 Müller, Industrielle Interessenpolitik, Dok. Nr. 11.
- 27 BA-MA Freiburg, RH 21-1/332: Pz.AOK I/O.Qu. Nr. 2871/42 geh., Bericht über die Versorgungslage der 1. Panzerarmee im Winter 1941/42, vom 1.4.1942.
- 28 Dazu im Einzelnen Müller, Wirtschaftsallianz, S. 1002ff.
- 29 BA Koblenz, NL118: Tagebuch Goebbels, Eintrag vom 5.11.1941.
- 30 Zum Forschungsstand und mit zusätzlichen Dokumenten siehe D. Eichholtz: Der «Generalplan Ost». In: Jahrbuch für Geschichte Bd. 26 (1982), S. 217-274.
- 31 AOK 9 an H. Gr. Mitte, Vorschlag für Sofortmassnahmen zum Zwecke der Erzielung einer positiven Mitarbeit der russischen Zivilbevölkerung, vom 1.12.1941, zit. nach Dallin: Deutsche Herrschaft, S. 343.
- 32 BA Koblenz, R 6/60 a: Auszug aus einem Feldpostbrief vom 26.5.1943.
- 33 Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Majors Engel. Hg. von H. v. Kotze. Stuttgart 1974, S. 107 (28.7.1941).
- 34 Dazu jetzt K. Segbers: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. München 1987.
- 35 Stellungnahme Dr. Wetzel, Sonderdezernent Rassenpolitik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete vom 27.4.1942, abgedr. in H. Heiber: Der Generalplan Ost. In: VfZG 6 (1958), S. 281-325, hier S. 297ff.
- 36 Vgl. Stenographischer Bericht über die Besprechung am 6.8.1942, Dok. 170 – USSR, abgedr. in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Bd. 39. Nürnberg 1948 (= IMT), S. 384ff.
- 37 Vermerk über die Tagung in Rowno vom 26.-28.8.1942, Dok. 264-PS, IMT, Bd.25, S. 317f.
- 38 Vgl. Aufzeichnung über eine Unterredung Hitler-Rosenberg am 19.5.1943, zit. nach L. Nestler: Ansätze zur Modifikation der Kriegszielplanung und der Okkupationspolitik Hitlerdeutschlands (Herbst 1942 bis Frühjahr 1943). In: Bulletin des Arbeitskreises 2. Weltkrieg, Berlin (DDR) 1978, Nr. 3/4, S. 3-30, hier S. 20. Siehe auch R.-D. Müller: Die Zwangsrekrutierung von «Ostarbeitern» 1941-1944. In: Der Zweite Weltkrieg, S. 772ff. und insgesamt U. Herbert: Fremdarbeiter. Berlin, Bonn 1985.
- 39 Zu diesem Bereich siehe speziell auch D. Eichholtz: Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnjepr-Donetz-Industriegebiet 1941-1943. In: Militärgeschichte 18 (1979), S. 281-296 und M. Riedel: Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941-1944). In: VfZG21 (1973), S. 245-284.
- 40 Zur Gesamtdarstellung siehe R.-D. Müller: Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Boppard 1990.

Christian Streit: Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und völkerrechtliche Probleme des Krieges gegen die Sowjetunion

* Der folgende Beitrag ist eine aktualisierte Zusammenfassung meines Buches: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart, 2. Aufl. 1980; Neuauflage Bonn 1991. Die Signaturen der Bestände des Bundesarchivs/Militärarchivs sind nicht aktualisiert worden, da die Bestände noch laufend signiert werden.

- 1 Nümb. Dok. EC-338. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947ff. 42 Bde. (zit. IMT) Bd. XXXVI, S. 317-322 (vgl. Anhang, Dok. 27, S. 301 f.). – Die Vortragsnotiz wurde von H. J. Graf Moltke und dessen Mitarbeiter, Dr. G. Jaenicke, entworfen.

- 2 Nürnberg, Dok. 1519-PS, IMT, Bd. XXVII, S. 273-283; vgl. Anhang, Dok. 6 und 8, S. 251 ff.
- 3 EC-338, hs. Notiz Keitel's v. 23.9.41. In einer weiteren Randbemerkung bezeichnete Keitel die Aktionen der Mordkommandos als «sehr zweckmässig!»
- 4 Die Sterblichkeit der russischen Kriegsgefangenen entsprach damals mit 5,4 Prozent der durchschnittlichen Sterblichkeit der Gefangenen in der Hand der west- und mitteleuropäischen Mächte: E.-G. Schenck: Das menschliche Elend. Herford 1965, S. 85.
- 5 Zur Entstehung dieses Soldatentyps in der Wehrmacht vor dem Krieg vgl. M. Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Hamburg 1969, bes. S. 232ff.
- 6 So General Reinecke nach Aussagen eines Vertreters des Amtes Ausland/Abwehr im OKW in einer entscheidenden Besprechung über die «Aussonderungen» von Kriegsgefangenen: IMT, Bd. II, S. 503.
- 7 Vgl. dazu und zum Folgenden Streit, Keine Kameraden, S. 244-249. – J. Hoffmann: Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 730, spricht dagegen von «genau 5'245'882 Kriegsgefangenen bis März 1945» und beruft sich dabei auf nicht näher bezeichnete «unbekannte Originalakten», ohne zu begründen, weshalb die von mir verwendeten Akten der Abt. Fremde Heere Ost des Generalstabs des Heeres (BA- MA Freiburg, H 3/728-29) nicht stichhaltig sein sollen.
- 8 Zum Vergleich: Von den etwa 3'155'000 deutschen Soldaten, die in sowjetische Gefangenschaft gerieten, kamen zwischen 35 und 37 Prozent um: K.W. Böhme: Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz (= Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd.7). München 1966, S. 151 und Erratablatt.

Ich lege bei meiner Berechnung der Verluste der sowjetischen Gefangenen die Gesamtzahl von 5'734'000 aus den Akten der Abt. Fremde Heere Ost zugrunde und gehe aufgrund des gesamten Aktenzusammenhangs davon aus, dass alle Gefangenen, deren Verbleib nicht anderweitig nachgewiesen werden kann, umgekommen sein müssen. Dagegen basiert die Berechnung von A. Streim: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im «Fall Barbarossa». Eine Dokumentation. Heidelberg 1981, S. 244-246, in erster Linie auf einer «Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kriegsgefangenen» der Abt. Kriegsgefangene des OKW vom Mai 1944 (vgl. Anhang Dok. 32, S. 310ff.). Streim errechnet auf der Basis der dort angegebenen Gesamtzahl von 5'163'381 «mindestens 2'530'000» Opfer (Hv. bei Streim), ohne allerdings zu begründen, weshalb er die höhere Gesamtzahl verwirft. Die Zahlen der Aufstellung der Abt. Kriegsgefangene vom Mai 1944 können allerdings nur als Annäherung von unten her angesehen werden. Der Generalstab des Heeres hatte im Dezember 1941 die Zahl der bis dahin gemachten sowjetischen Gefangenen «wegen nunmehr festgestellte[r] Fehlmeldungen» von mehr als 3,8 Millionen auf 3'350'000 korrigiert: KTB OKW, Bd. I, S. 1106. Da die genaue Registrierung der Gefangenen in den Lagern erst begann, als der Höhepunkt des Massensterbens bereits überschritten war (vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 129f.), ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass zumindest ein Teil der Verluste, vor allem beim Abtransport in die rückwärtigen Gebiete, als «Fehlmeldungen» verbucht wurden. Die von Hoffmann, Kriegführung, S. 730 genannte Zahl von «rund 2 Millionen» Opfern steht in klarem Widerspruch zu den Quellen. Dass Hoffmann in diesem Zusammenhang auf das von Apologie strotzende «Gutachten» von H. Roschmann: Gutachten zur Behandlung und zu den Verlusten sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand 1941-1945. Ingolstadt 1982, verweist, ist mehr als verwunderlich. Roschmann, S. 21, rechnet die Opferzahl durch mehrfachen Abzug derselben Faktoren auf 1'680'000 herunter.

- 9 Aussage des letzten Chefs des Kriegsgefangenen wesens, SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, in Nürnberg: Trials of War Criminals Before the Nuernberg Military Tribunals..., Bd. XIV, Washington, D. C., 1953, S. 287f.
- 10 Streit, Keine Kameraden, S. 134, mit Einzelbelegen.
- 11 Vgl. den Text der Abkommen, Reichsgesetzblatt (=RGBl.) 1910, S. 107-151; RGBl. 1934/11, S. 207-254.
- 12 RGBl. 1934/11, S. 207.
- 13 Vgl. dazu Streit, Keine Kameraden, S. 224-230. Hoffmann, Kriegführung, vertritt die Ansicht, das Angebot der UdSSR sei lediglich als propagandistische Finte zu werten (S. 721). Er ist aber in seiner Interpretation nicht schlüssig, da er selbst einräumt (S. 785), dass der grundlegende Erlass der sowjetischen Führung über die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen vom 1.7.41 (vgl. Anhang, Dok. 27) «mit den Bestimmungen der Haager Konvention durchaus im Einklang» stand und dass die Gefangenenerschussungen durch Einheiten der Roten Armee «nicht den Intentionen der Führung der Roten Armee entsprochen haben dürfte[n]». Entscheidend bleibt, dass die deutsche Führung nicht daran interessiert war, das Angebot zu prüfen, da man sich bei der «Neugestaltung des Ostens» nicht die Hände binden lassen wollte, vgl. unten S. 215.
- 14 Texte der Befehle im Anhang, Dok. 6 und 8., S. 251 f. – Zur Entstehung vgl. die detaillierte Darstellung von H. Krausnick: Kommissarbefehl und «Gerichtsbareiterlass Barbarossa» in neuer Sicht. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (=VfZG) 25 (1977), S. 682-738, und Streit, Keine Kameraden, S. 33-49; nun auch J. Förster: Das Unternehmen «Barbarossa» als Eroberungs- und Vernichtungskrieg. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd.4. Stuttgart 1983, S. 426-440. – Die Darstellung bei Streim, Behandlung, S. 40-52, folgt sehr weitgehend den Aussagen der Hauptbeteiligten im OKW, was besonders im Fall des Chefs der Wehrmachtrechtsabteilung, Lehmann, angesichts der erhaltenen Quellen völlig unverständlich ist.
- 15 F. Halder: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. Bearb. v. H.A. Jacobsen. Bd.2. Stuttgart 1963, S.336L (zit. KTB Halder, Bd. II).
- 16 Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 45 f. – Aus der inzwischen aufgefundenen Dienstanzweisung des Generals z. b. V. ergibt sich, dass in diesen Fragen Generalstabschef Halder und nicht der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, Müller gegenüber weisungsbefugt war: Förster, Das Unternehmen «Barbarossa», S. 426-429.
- 17 Die Kommissare waren als Kontroll- und Beratungsorgane der KPdSU in die Armee eingebaut. Nach dem Kriegsvölkerrecht mussten sie als Kombattanten angesehen und damit wie andere Kriegsgefangene behandelt werden, vgl. die ausführliche juristische Erörterung bei H. Uhlig: Der verbrecherische Befehl. In: Vollmacht des Gewissens, Bd. 2. Frankfurt 1965, S. 331-340.
- 18 PzGr 3/Ic, Tätigkeitsbericht Nr. 2, BA-MA Freiburg, PzAOK 3/13119/1 (vgl. Anhang, Dok. 19, S. 283f.). – Der Oberbefehlshaber des Heeres hatte den Kriegsgerichtsbarkeitserlass am 24.5.41 mit seinem «Disziplinarerlass» (vgl. Anhang, Dok. 6, S. 251 ff.) in einigen Punkten abgeschwächt, weil v. a. von den Armeebefehlshabern befürchtet wurde, die damit provozierten Exzesse einzelner Soldaten würden die Disziplin gefährden. Mit der Interpretation Müllers wurden die sachlichen Einschränkungen aber zum Teil wieder aufgehoben.
- 19 Vgl. Anhang, Dok. 7, S. 254ff.
- 20 Die Auffassung von E. Klink: Die militärische Konzeption des Krieges gegen die Sowjetunion. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd.4. Stuttgart 1983, S. 255-257, v. Brauchitsch habe mit seinem «Disziplinarerlass» den Kriegsgerichtsbarkeitserlass so abschwächend interpretiert, dass de facto der alte «Rechtszustand» hergestellt war, ist unhaltbar. Gerade die

- Äusserungen Müllers am 11.6.1941 können darüber keinen Zweifel lassen. Bei Vergehen oder Verbrechen, so Müller, entscheide der Armeebefehlshaber, «ob gerichtlich oder disziplinar [!] der Fall erledigt werden soll. Seiner Ansicht entgegenstehende Vorschriften sind damit aufgehoben.» Damit waren aber gerade jene Verordnungen über das Sonderstrafrecht und militärische Strafverfahren im Kriege gemeint, die Klink bestätigt sieht. Massgebend beim Erlass v. Brauchitschs war das Ziel, die Disziplin im Heer zu wahren, nicht grundsätzliche Erwägungen, vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 42-44. – Auch in der Folge hat von Brauchitsch *nicht* auf eine Abschwächung hingewirkt, vgl. den Befehl des Generals z. b. V. v. 25.7.41 (Anhang, Dok. 25, S. 295 f.).
- 21 U.v. Hassell: *Vom Andern Deutschland*. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Frankfurt 1964, S.187; 189. Der letzte Satz bezieht sich auf Brauchitschs «Disziplinarerlass», vgl. Anm. 18, 20.
- 22 Text der Richtlinien Heydrichs und des OKW-Befehls (vgl. Anhang, Dok. 24, S. 292 ff.).
- 23 Streit, *Keine Kameraden*, S. 99f.
- 24 Siehe Anhang, Dok. 29, S. 307f. Vgl. auch Streit (*Keine Kameraden*), S. 100-104.
- 25 Vgl. unten S. 175f.
- 26 Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 104f. – Streim, *Behandlung*, S. 244, errechnet auf der Basis von aktenkundig gewordenen Erschiessungen für den OKW-Bereich 120'000 und für das Operationsgebiet 20'000 Opfer, fügt aber hinzu, dass die tatsächliche Zahl «*erheblich höher*» gewesen sein dürfte, da für das Operationsgebiet und die Reichskommissariate Ostland und Ukraine keine genauen Angaben vorliegen (Hv. bei Streim).
- 27 Entgegen der in der Forschung überwiegend vertretenen Auffassung – vgl. dazu den Beitrag A. Hillgruber in diesem Band, S. 185ff. –, bin ich mit U.D. Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, und M. Broszat, «Hitler und die Genesis der ‚Endlösung‘», in: *VfZG* 25 (1977), S. 739-775, der Ansicht, dass vor dem 22. Juni 1941 ein Führerbefehl zur Ermordung *aller* Juden nicht vorgelegen hat, vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 125-127. Auch die nun verfeinerte Argumentation von H. Krausnick/H. H. Wilhelm: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942*. Stuttgart 1981, S. 150-172, erscheint mir noch nicht völlig überzeugend. Die von Krausnick in erster Linie als Beleg zitierten späteren Aussagen der Führer von Einsatzgruppen bzw. –kommandos lassen, besonders wenn man den Aspekt der Selbstentlastung einbezieht, auch die Interpretation zu, dass die Entscheidung, *alle* sowjetischen Juden ermorden zu lassen, erst nach einer längeren «Testphase» fiel. Aus den erhaltenen Meldungen der Einsatzgruppen geht hervor, dass die Erschiessung von Frauen und Kindern nicht von Anfang an allgemeine Praxis war. Selbst das Einsatzkommando (= EK) 3, das innerhalb von fünf Monaten 130'000 Juden umbrachte, erschoss jüdische Kinder erst nach dem 15.8.41; der Anteil der Frauen unter den Opfern hatte bis dahin unter 10 Prozent gelegen; vgl. Aufstellung des EK 3 im Anhang von: A. Rückeri (Hg.): *NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse*. Karlsruhe 1971. – Dies wird auch durch die Aussage Eichmanns bestätigt: Heydrich habe ihm zwei bis drei Monate nach dem Angriff auf die UdSSR, im «Spätsommer, Herbst» den Führerbefehl zur «physischen Vernichtung der Juden» mitgeteilt: J. v. Lang: *Das Eichmann-Protokoll*. Berlin 1982, S. 69,71. Auch eine grundsätzliche Erwägung spricht gegen die Existenz eines entsprechenden Befehls vor dem 22.6.41. Nach den Plänen des Frühjahres 1941 sollten Moskau und Leningrad spätestens im August erobert sein, sollten die deutschen Truppen im Herbst etwa die Linie Archangel'sk-Astrachan erreicht haben. Die Einsatzgruppen mit ihren etwa 3'000 Mann hätten also ungleich umfassendere «Aufgaben» zu bewältigen gehabt. Dass sie schon im Sommer und Herbst 1941 eine sechsstellige

- Zahl von Juden ermorden konnten, lag allein daran, daß der Vormarsch entschieden langsamer als geplant vor sich ging. Es ist zu bezweifeln, daß im Frühjahr 1941 Hitler, Himmler und Heydrich mehr als jenes »Mindestprogramm« für *machbar* ansahen, das im einzigen erhaltenen *schriftlichen* Opferkatalog enthalten ist. Es handelt sich dabei um die schriftlichen Richtlinien, die Heydrich am 2. 7. 1941 an die vier für die besetzten sowjetischen Gebiete ernannten Höheren SS- und Polizeiführer sandte. Wie sich aus dem Text ergibt, hatte er ihnen, anders als den Chefs der Einsatzgruppen, keine mündlichen Weisungen geben können. In diesen Richtlinien forderte er die Liquidierung aller höheren und mittleren sowie der »radikalen unteren« Parteifunktionäre, aller »sonstigen radikalen Elemente«, sowie »aller Juden in Staats- und Parteistellungen« (Bundesarchiv Koblenz = BA, R 70 SU/15, Bl. 6–10). Es gibt keinen plausiblen Beleg dafür, daß die Chefs der Einsatzgruppen einen weitergehenden Auftrag erhalten hätten; so auch Streim, *Behandlung*, S. 83f. – Für ein eher vorsichtiges Taktieren Heydrichs spricht auch, daß nach den Erfahrungen in Polen (vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 50–54) keineswegs sicher sein konnte, daß die Wehrmacht selbst diese »eingeschränkte« Ausrottungspolitik mittragen würde. Die Erfahrungen der ersten Wochen zeigten dann allerdings, daß die Mordaktionen fast ohne Widerstand hingenommen wurden.
- 28 KTB Halder, Bd. II, S. 337. – Das Brauchitsch-Zitat bei Förster, *Das Unternehmen »Barbarossa«*, S. 416f.
- 29 Vgl. dazu den Beitrag von R.-D. Müller in diesem Band, S. 125ff., sowie Streit, *Keine Kameraden*, S. 143f.
- 30 Vgl. Anhang, Dok. 35, S. 323.
- 31 Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 76–79.
- 32 Vgl. z. B. die Aussagen des Chefs des OKW, Keitel, und des Chefs des Wehrmachtsführungsstabes im OKW, Jodl, IMT, Bd. X, S. 665f., bzw. XV, S. 451f.
- 33 Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 131ff., mit weiteren Beispielen.
- 34 Ebda., S. 131f., dort auch das Moltke-Zitat.
- 35 Dazu und zum Folgenden ebda., S. 130–137.
- 36 Vgl. ebda., S. 244–249.
- 37 Vgl. zum Folgenden ebda., S. 137–162. Das Zitat aus dem Bericht des Wirtschaftsstabes Ost S. 151f.
- 38 Vgl. ebda., S. 140–145. – Es grenzt an Zynismus, wenn Hoffmann, *Kriegführung*, S. 729, behauptet, Generalquartiermeister Wagner habe mit dem Befehl vom 21. Oktober 1941 »Verpflegungssätze in absolut ausreichender Höhe festgelegt«. Daß diese Sätze auch nach Ansicht der im Gefangenenwesen eingesetzten Dienststellen mitnichten ausreichend waren, ergibt sich schon daraus, daß Wagner in seinem Befehl vorliegende Anträge auf *Erhöhung* der bis dahin geltenden *höheren* Rationen rundweg ablehnte. Für Wagner ergab sich die Notwendigkeit zu kürzen daraus, daß trotz der im Herbst gewaltig angestiegenen Zahl der Gefangenen nicht mehr Lebensmittel freigegeben werden sollten, als geplant. Die Konsequenzen waren ihm bewußt. Bei einer Besprechung mit den Stabschefs der Ostarmeen am 13. 11. 41 in Orsa erklärte er: »Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Lagern haben zu verhungern. Arbeitende Kriegsgefangene können im Einzelfalle auch aus Heeresbeständen ernährt werden. Generell kann auch das angesichts der allgemeinen Ernährungslage leider nicht befohlen werden.« (Siehe Anhang, Dok. 30, S. 208f.) Wagner folgte also völlig den Forderungen Görings. – Wenn, wie sich aus einer Fülle von Quellen ergibt, noch nicht einmal die am 21. 10. 1941 befohlenen Sätze überall erreicht wurden, so lag das nicht nur an den katastrophalen Verkehrsverhältnissen, auf die Hoffmann mit Recht verweist. Im Reichsgebiet und im Generalgouvernement, wo dies kein Problem darstellte, war die Sterblichkeit z. T. erheblich höher.
- 39 Im Durchschnitt erhielten »Normalverbraucher« 1941 2400 Kalorien am Tag:

- H. Schmitz: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. Dargestellt an dem Beispiel der Stadt Essen. Essen 1956, S. 479. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die deutsche Bevölkerung damals noch vollwertige Lebensmittel erhielt. Die Kalorienangaben, die sich rein rechnerisch für die Rationssätze der sowjetischen Gefangenen ergeben (vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 138-141), sind dagegen viel zu hoch, da die Gefangenen in der Regel nur minderwertige Lebensmittel (überlagerte Bestände, sog. «Russenbrot», Freibankfleisch, Schlachtabfälle usw.) erhielten. – Zu den Lieferungen aus den besetzten Gebieten vgl. den Beitrag von R.-D. Müller in diesem Band, S. 125 ff.
- 40 Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 191-208.
41 Ebda., S. 146.
42 Ebda., S.268-272.
43 Vgl. zum Folgenden ebda., S. 171-177.
44 Streim, Behandlung, S. 287f.
45 Streit, Keine Kameraden, S. 173f.
46 Zum Folgenden: ebda., S. 162-171. – Ein Vertreter des Generalquartiermeisters erklärte im April 1942 in einer Besprechung, «die meisten Verluste» seien auf dem Wege von den Divisionsgefangensammelstellen zu den Durchgangslagern entstanden: Der Quartiermeister beim [...] Befehlshaber im Heeresgeb. Nord, Qu. Nr. 257/42 gKdos. v. 20.4.42, BA-MA Freiburg, RH22/ v. 251.
47 Streit, Keine Kameraden, S. 171.
48 Ebda., S. 166.
49 Ebda., S. 197f.
50 Messerschmidt, Wehrmacht, S. 326ff.; Förster, Das Unternehmen «Barbarossa», S. 440-447.
51 Vgl. im Anhang, Dok. 25, S. 295f. Die Hv. im Original.
52 Welche Folgen diese Anordnung haben konnte, zeigt der folgende Fall. Um einen Ausbruchversuch aus dem Dulag 131, Bobruisk, zu verhindern, «wurde die ganze Nacht mit MG. Sperrfeuer geschossen, wobei von den insgesamt in Lager III befindlichen 17'000 Gefangenen 1'700 am Morgen des 10.10.1941 tot auf dem Platze lagen» (Bericht des Kgf.-Bezirkskommandanten J. v. 22.11.41, BA-MA Freiburg, RH 22/v. 220). Dies war vermutlich ein Extremfall; Fluchtversuche und jede Art von Widerstand wurden aber drakonisch bestraft, vgl. Streit, Keine Kameraden, S.107f.,256f.
53 Siehe Anhang, Dok. 26, S. 297ff.
54 Streit, Keine Kameraden, S. 182f.
55 Vom 5.5.-21.6.44 wurden z.B. im Stalag VIIIIB, Teschen, 17 sowj. Gefangene erschossen (13 wegen Fluchtversuch, 3 wegen Arbeitsverweigerung, einer in Notwehr): Lagerbericht v. 6.7.44, bei Streim, Behandlung, S. 384-389. – Zu den Methoden zur Steigerung der Arbeitsleistung vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 263-266.
56 Der Befehl v. Brauchitschs: BA-MA Freiburg, H 40/54. Schon am 22.9.41 hatte das der 6. Armee unterstehende XXIX. Armeekorps den Einsatz jüdischer Gefangener befohlen: Nürnberg. Dok. NOKW – 1323. – Zur Kennzeichnung der Gefangenen: Streit, Keine Kameraden, S.257f. – Beerdigung der Gefangenen: Erlass des RmDl v. 27.10.41, BA Koblenz, NSD 3/14, S. 604f.
57 Vgl. Streit, Keine Kameraden, S. 253-260; Streim, Behandlung, S. 156-163.
58 Streit, Keine Kameraden, S. 230f.
59 Nürnberg. Dok. 1650-PS, IMT, Bd. XXVII, S. 424-428.
60 Streit, Keine Kameraden, S. 262-265.
61 Streim, Behandlung, S. 52f., 94f.; A.-M. de Zayas, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 497f.
62 Vgl. die Fülle der Belege bei Krausnick, Kommissarbefehl, S. 733-736; Streit, Keine Kameraden,

- S. 88 f., 334-337; nun auch Förster, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 1062-1070.
- 63 Streit, *Keine Kameraden*, S. 334f. – Der Befehl Lemelsens bei O. Buchbender: *Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart 1978, S. 104.
- 64 KTB Halder, Bd. III, S. 243.
- 65 Streit, *Keine Kameraden*, S. 86f.
- 66 Ebda., S. 254.
- 67 Für Babi Jar vgl. Krausnick/Wilhelm, *Einsatzgruppen*, S. 189f., 237f. – Dort, S. 205-278 eine bedrückende Fülle von Belegen über die Zusammenarbeit von Wehrmacht und Einsatzgruppen bei der Judenvernichtung. Vgl. auch Streit, *Keine Kameraden*, S. 109-125.
- 68 Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 183-187; ergänzend Streim, *Behandlung*, S. 163-179.
- 69 Vgl. die bei Krausnick/Wilhelm, *Einsatzgruppen*, S. 268f. geschilderte Haltung von Wehrmachtdienststellen zur Liquidierung von Geisteskranken.
- 70 Vgl. zum Folgenden M. Messerschmidt: *Kommandobefehl und NS-Völkerrechtsdenken*. In: *Revue de Droit Pénal Militaire et de Droit de la Guerre*, XI-1, 1972, S. 110-134; ders.: *Revision, Neue Ordnung, Krieg. Akzente der Völkerrechtswissenschaft in Deutschland 1933-1945*. In: *MGM 1/1971*, S. 61-95. – Die folgenden Zitate aus dem Überblick von Th. Maunz: *Geltung und Neubildung modernen Kriegsvölkerrechts*. Freiburg 1939 (= *Freiburger Universitätsreden* 31), S. 18f.
- 71 Proteste gegen den Kommissarbefehl von Seiten Halders oder hoher Truppenführer hat es, entgegen späterer Aussagen der Beteiligten (vgl. etwa die apologetische Darstellung von H. Gräfin Schall-Riaucour: *Aufstand und Gehorsam. Offizierstum und Generalstab im Umbruch. Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder, Generalstabschef 1938-42*. Wiesbaden 1972, S. 161-164), nicht gegeben. Die Proteste der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, von Bock, und der 4. Armee, von Kluge, bezogen sich auf den Kriegserichtsbarkeitserlass: vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 42-49 mit Anm.
- 72 Rede Rosenbergs: Nürnberg. Dok. 1058-PS, IMT, Bd. XXVI, S. 625; Aufzeichnung Bormanns über Besprechung Hitlers mit Göring, Keitel, Lammers und Rosenberg, Nürnberg. Dok. 221-L, IMT, Bd. XXXVIII, S. 87 (vgl. Anhang. Dok. 15, S. 276f.). – Vgl. Hitlers «Ergänzung zur Weisung Nr. 33» v. 23.7.41, in: *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945*. Hg. von W. Hubatsch. München 1965 (dtv-Ausg.), S. 167f.
- 73 Messerschmidt, «Kommandobefehl», S. 111.
- 74 Ausnahmen dazu bildeten der sog. «Kommandobefehl» (vgl. dazu die Arbeit von Messerschmidt) und die im Februar 1945 erwogene Aufkündigung aller völkerrechtlichen Abkommen, vgl. die ablehnende Stellungnahme Jodls, Nürnberg. Dok. 606-D, IMT, Bd. XXXV, S. 181-186.
- 75 Lemelsens Befehl bei Buchbender, Erz, S. 104.
- 76 Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 124f.; Krausnick/Wilhelm, *Einsatzgruppen*, S. 217-223; 278; Förster, *Das Unternehmen «Barbarossa»*, S. 1038ff.
- 77 Nürnberg. Dok. 411-D, IMT, Bd. XXXV, S. 84-86, vgl. Dok. 20, S. 284ff. im Anhang.
- 78 Mansteins Fassung: siehe Anhang, Dok. 22, S. 289; Hoths Fassung: siehe Anhang, Dok. 21, S. 287ff.
- 79 Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S.118f., 112, 124; Krausnick/Wilhelm, *Einsatzgruppen*, S.217-219;236.
- 80 Streit, ebda., S. 124 f.; Krausnick/Wilhelm, ebda., S. 243-249.
- 81 Monatsbericht des Kdt. in Weissruthenien v. 19.11.41, BA Koblenz, R 90/v. 556. – Zu AOK 6: Erich Hesse: *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfan-*

- weisungen und Befehle. Göttingen 1969 (= Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges 9), S. 106. – Weitere Beispiele bei Förster, Das Unternehmen «Barbarossa», S. 1035ff.
- 82 So Hoffmann, Kriegführung, S. 756f.
- 83 A. Dallin: Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik. Düsseldorf 1958, S. 86.
- 84 Keitel an Fromm, OKW/WFSt/L, Nr. 441158/41 gKdos. Chefs., BA-MA, RW 4/ v. 578, Bl. 105f. – Hitlers Äusserung: Nürnberg. Dok. 221-L, vgl. Anm. 72.
- 85 KTB Halder, Bd. III, S. 38f. – Weitere Belege Streit, Keine Kameraden, S. 80-82. Zur völligen Unterschätzung der UdSSR durch die führenden Militärs vgl. A. Hillgruber: Das Russland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion. In: Russland-Deutschland-Amerika. Festschrift für F. T. Epstein. Wiesbaden 1978 (= Frankfurter Historische Abhandlungen, 17), S. 296-310.
- 86 Auf das Angebot der UdSSR, der HLKO beizutreten, erklärte das OKW am 25.7.41, es sei «vom Standpunkt der Kriegführung aus [...] vorteilhafter [...], wenn die Russen den angeblich beabsichtigten Beitritt nicht ausführen». Vorteilhaft erscheine der Beitritt im Hinblick auf die Behandlung der deutschen Gefangenen: Streit, Keine Kameraden, S. 226. Da bis 31.7.41 nur knapp 12'000 Deutsche vermisst gemeldet wurden (KTB Halder, Bd. III, S. 151), spielte das zweite Argument keine Rolle.
- 87 Die Akten lassen nur sehr wenige Beispiele nichtkonformen Verhaltens erkennen: Krausnick/Wilhelm, Einsatzgruppen, S. 255-258; zu Gersdorff: S. 257f.

Andreas Hillgruber: Der Ostkrieg und die Juden Vernichtung

- 1 Formulierung von M. Broszat: Hitler und die Genesis der «Endlösung». Aus Anlass der Thesen von David Irving. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (= VfZG) 25 (1977), S. 770.
- 2 Jetzt detailliert belegt durch die Edition von E. Jäckel (zusammen mit A. Kuhn) (Hg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Stuttgart 1980.
- 3 Ebda., S. 89.
- 4 Im Original «Progromen».
- 5 Jäckel/Kuhn, Hitler, S.119f.
- 6 Ebda., S. 184ff.
- 7 A. Hitler: Mein Kampf. 2 Bde. München 1925/27. Im Folgenden zitiert nach der 12. Auflage, München 1943.
- 8 Dazu grundlegend E. Jäckel: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Erweiterte und überarbeitete Neuausgabe, Stuttgart 1981.
- 9 Hitler, Mein Kampf, S. 70.
- 10 In der 1. Auflage von «Mein Kampf» hiess es «Jahrtausenden».
- 11 Hitler, Mein Kampf, S. 225.
- 12 Ebda., S. 225.
- 13 Ebda., S. 61, 62, 135, 165, 212, 331, 334, 339, 358.
- 14 Ebda., S. 358f.
- 15 Ebda., S. 751 (im Original gesperrt gedruckt).
- 16 Ebda., S. 752.
- 17 Ebda., S.742f.
- 18 Ebda., S.738.
- 19 Ebda., S. 772.
- 20 Ebda., S. 185.
- 21 Ebda., S. 185f.

-
- 22 Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingel. und komm. von G.L. Weinberg. Mit einem Vorwort von H. Rothfels. Stuttgart 1961.
 - 23 Ebda., S. 153.
 - 24 Hitler schreibt stets «Schichte» statt «Schicht».
 - 25 Ebda., S. 158.
 - 26 Ebda., S. 153.
 - 27 Ebda., S. 158.
 - 28 Ebda., S. 159.
 - 29 Die Kontinuität wird am ausführlichsten in der Studie von H.A. Jacobsen: Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938. Frankfurt/M.-Berlin 1968, S. 446ff. und S. 598ff., belegt. Weitere Belege bei H. Krausnick: Kommissarbefehl und «Gerichtsbarkeitserlass Barbarossa» in neuer Sicht. In: VfZG 25 (1977), S. 718ff.
 - 30 Während Jäckel, Weltanschauung, und Jacobsen, Aussenpolitik, sowie L.S. Dawidowicz: Der Krieg gegen die Juden 1933-1945. München 1979, die Zielgerichtetheit der Judenpolitik auch in dieser Zeit betonen, vertreten U. D. Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972, und Broszat, Hitler, die gegenteilige Position.
 - 31 M. Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Bd. 1: Triumph (1932-1938). Würzburg 1962, S. 671.
 - 32 Ebda., S. 671.
 - 33 Ebda., S. 799.
 - 34 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D (1937-1941), (= AD AP, D), Bd. IV. Baden-Baden 1951, S. 293.
 - 35 Ebda., S. 295.
 - 36 Ebda., S. 170.
 - 37 Broszat, Hitler, S. 771, deutet diese nicht nur als «Warnung», sondern als, psychologisch gesehen, «selbst ein Stück Kriegsmotivation».
 - 38 Dortarius, Hitler, Bd. II, S. 1058.
 - 39 Ebda., S. 1663.
 - 40 Ebda., S. 1727.
 - 41 Ebda., S. 1731.
 - 42 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 459, Anm. 21, gibt die geheimen Weisungen an die deutsche Presse nach dem 22. Juni 1941 wieder («auf die Vernichtung des Bolschewismus» umschalten). Am 10. Juli 1941 lief eine «antijüdische Aktion» an: «das Thema Judentum und Weltbolschewismus sollte in Artikeln (wie einst) behandelt werden».
 - 43 Nürnberg-Dokument NOKW-1962, gedruckt in: H. Buchheim/M. Broszat/H.-A. Jacobsen/H. Krausnick: Anatomie des SS-Staates, Bd. II. Olten-Freiburg i.Br. 1965, S. 233f. – Zum grösseren Zusammenhang H. Krausnick/H.-H. Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981, S. 107ff.
 - 44 Die Spannweite reicht von Sommer 1940 (Jäckel) über März 1941 (Krausnick) bis Anfang Juli 1941, also kurz nach Feldzugsbeginn (Seraphim). Broszat, Hitler, S. 753, Anm. 26, und S. 756, zweifelt an einem «umfassenden allgemeinen Vernichtungsbefehl» Hitlers für die «Endlösung» im Sinne der physischen Vernichtung aller Juden im deutsch-beherrschten Europa. Er sieht aber «die erste grosse Teilaktion der Liquidierung, die Massenexekution Hunderttausender von Juden in den eroberten sowjetischen Gebieten... im Sommer und Herbst 1941, zweifellos auf Weisungen Hitlers zurückgehend» an (ebda., S. 747). Der Verfasser vertritt gegen Broszat, Hitler, und gegen Adam, Judenpolitik, die These, dass es sehr wohl einen Befehl Hitlers (wahrscheinlich mündlich erteilt), und zwar schon im Juli 1941, gegeben hat, der die Ausweisung der seit Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion in den besetzten sowjetischen Gebieten bereits praktizierten «Endlösung» im

- Osten auf die Bereiche West- und Mitteleuropas einleitete. Dieser grundlegende Befehl Hitlers wurde nach Erwägungen und Planungen über die »best«-mögliche Realisierung von Dezember 1941/Januar 1942 an in den Vernichtungslagern in Polen in die Tat umgesetzt. Eine ähnliche Position nimmt C. Browning: Eine Antwort auf Martin Broszats Thesen zur Genesis der »Endlösung«. In: VfZG 29 (1981), S. 97 ff., ein. A. Eichmann gibt in seinen Memoiren (»Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht.« Hg. von R. Aschenauer. Leoni 1980, S. 177 f.) einen ihm von Heydrich »etwa um die Jahreswende 1941/42« mündlich übermittelten Befehl Hitlers zur »physischen Vernichtung des jüdischen Gegners« als auslösenden Faktor an. Auch die Studie von G. Fleming: Hitler und die Endlösung. »Es ist des Führers Wunsch...« Wiesbaden-München 1982, betont die unmittelbare Verantwortung Hitlers und bemüht sich um die exakte Erfassung der Vorgänge von Sommer 1941 an, die den Weg von Hitlers Befehl bis zur Einleitung der Massenvernichtung markieren.
- 45 H. Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Gütersloh 1967, S. 328 f. – Krausnick, Anatomie des SS-Staates, S. 363 f., führt die maßgeblichen Zeuenaussagen von Otto Ohlendorf und Walter Blume an.
- 46 Nürnberg-Dokument PS-477, gedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (zit. IMT). Nürnberg 1949, Bd. XXVI, S. 54.
- 47 Generaloberst (Franz) Halder: Kriegstagebuch. Bearbeitet von H.-A. Jacobsen. Bd. II. Stuttgart 1963, S. 336 f.
- 48 Chr. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Stuttgart 1978, S. 113. – Zum Zusammenwirken von Heer und »Einsatzgruppen« Krausnick/Wilhelm, Einsatzgruppen, S. 205 ff.
- 49 Zitiert nach Krausnick: Anatomie des SS-Staates, S. 364 f. (Chef der Sicherheitspolizei und des SD, B Nr. IV – 1180/41 geheime Reichssache, 2. Juli 1941).
- 50 Nürnberg-Dokument NO-3414, abgedruckt in: Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, Anatomie des SS-Staates, S. 243 ff.
- 51 IMT, Bd. XXXI, S. 39 (O. Ohlendorf) und Nürnberg-Dokument NO-4145 (Dr. W. Blume), Institut für Zeitgeschichte München.
- 52 Jetzt im Bundesarchiv (= BA) Koblenz unter R 58/214–221.
- 53 Jetzt im BA Koblenz unter R 58/697–699; R 58/222–224.
- 54 IMT, Bd. XXX, S. 72.
- 55 Ebda.
- 56 R. Hilberg: The Destruction of the European Jews: Chicago 1960, S. 256, Anm. 85; Krausnick. In: Anatomie des SS-Staates, S. 367 (Zusammenstellung aufgrund der »Ereignismeldungen UdSSR«).
- 57 Himmlers Meldung an Hitler vom 20. Dezember 1942 (Nürnberg-Dokument NO-511) über »Bandenbekämpfungserfolge« seit August 1942 in »Rußland-Süd, Ukraine, Bialystok«, von Himmler untergliedert in »a) festgenommen..., b) exekutiert..., c) Juden exekutiert...« (ausführliche Zitierung dieses Dokuments, durch welches mit der darin enthaltenen Differenzierung von getöteten Juden und tatsächlichen Partisanen die These von der »Bandenbekämpfung« widerlegt wird, bei A. Hillgruber. Die »Endlösung« und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: VfZG 20 [1972], S. 148).
- 58 Zu dieser Phase Krausnick. In: Anatomie des SS-Staates, S. 377 f.
- 59 Zum Problem der Verknüpfung von Judenausrottung und Partisanenbekämpfung in der Argumentation Hitlers und der nationalsozialistischen Propaganda siehe S. 197.
- 60 Nürnberg-Dokument NO-2027, Institut für Zeitgeschichte München.
- 61 Dazu Broszat, Hitler, S. 772, Anm. 70.

- 62 Nürnberg-Dokument NO-2403, Institut für Zeitgeschichte München.
- 63 Krausnick. In: Anatomie des SS-Staates, S. 379f.
- 64 »Ereignismeldung UdSSR« Nr. 156 vom 16. Januar 1941. G. Reitlinger: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945. Berlin ⁴1961, S. 246, gibt die Zahl der in Riga 1941 insgesamt ermordeten Juden mit mindestens 24000 an. Stahlecker, Kommandeur der »Einsatzgruppe A«, selbst schätzte sie auf 27800. Reitlinger reduzierte die seiner Ansicht nach übertriebene Zahlenangabe der erwähnten »Ereignismeldung« zum »Blutsonntag« (30. November 1941) auf 4000, doch sei am 8. Dezember 1941 eine zweite Aktion ähnlichen Ausmaßes in Riga erfolgt. – In die Massentötung in Riga am 30. November 1941 wurde auch ein aus dem Reichsgebiet nach »Osten« geleiteter Judentransport einbezogen. Am 25. und 29. November waren in Kowno die ersten 4934 deutschen Juden erschossen worden (hierzu Broszat, Hitler, S. 760, Anm. 45).
- 65 »Ereignismeldung UdSSR« Nr. 101 vom 2. Oktober 1941 und Nr. 106 vom 7. Oktober 1941.
- 66 Zusammenstellung nach Hilberg, The Destruction, S. 193ff., der seinerseits die »Ereignismeldungen UdSSR« als Quelle benutzte.
- 67 IMT, Bd. XXX, S. 76ff.
- 68 Siehe Anm. 64.
- 69 Die Schätzungen über die Zahl der Juden in der Sowjetunion 1941 schwanken in einer Differenz von über einer Million. Dabei geht es vor allem um die ungeklärte (und kaum mehr klärbare) Frage, wieviele Juden sich vor den Deutschen in die unbesetzten Gebiete der Sowjetunion retten konnten. Die Berechnungen gehen von 2,665 Millionen bis 1,6 Millionen. Hierzu ausführlich Reitlinger, Endlösung, S. 558f.
- 70 Krausnick/Wilhelm, Einsatzgruppen, S. 621.
- 71 Ebda., S. 622.
- 72 IMT, Bd. XXXVIII, Nürnberg-Dokument L-221.
- 73 Die vor den Massakern der »Einsatzgruppen« in die Wälder geflüchteten Juden spielen bei der von der sowjetischen Führung gesteuerten Formierung der Partisanenverbände nur eine geringe Rolle.
- 74 IMT, Bd. XXXV, Nürnberg-Dokument D-411.
- 75 IMT, Bd. XX, S. 698ff.
- 76 So zum Beispiel in einem Einsatzbefehl des Beauftragten der Sicherheitspolizei und des SD beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Süd/Sonderkommando 11b vom 12. Januar 1942 (Nürnberg-Dokument NOKW-3453, Institut für Zeitgeschichte München).
- 77 Broszat, Hitler, S. 770.
- 78 Broszat, Hitler, S. 756, auch S. 746: »Trotz der Vernichtung der einschlägigen Akten – vor allem im Bereich der primär zuständigen Sicherheitspolizei –, der methodischen Spurenverwischung nach Abschluß der Aktionen und der irreführenden Sprachregelung in den Dokumenten ließ sich der Vorgang (der Judenvernichtung) als solcher nicht verbergen. Im Hinblick auf die zentrale Entscheidungsbildung ist die Verschleierung in stärkerem Maße gelungen.«
- 79 Domarus, Hitler, Bd. II, S. 1821.
- 80 Ebda., S. 1828f.
- 81 Ebda., S. 1844.
- 82 Ebda., S. 1920.
- 83 Ebda., S. 1937.
- 84 Ebda., S. 1992.
- 85 So Broszat, Hitler, S. 765.
- 86 Aufzeichnung W. Koepfens, zitiert bei Broszat, Hitler, S. 749, Anm. 20.
- 87 Zitiert nach Broszat, Hitler, S. 749f.

- 88 Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hg. von W. Jochmann. Hamburg 1980, S. 106.
- 89 Zitiert nach Broszat, Hitler, S. 757, Anm. 33.
- 90 Hitler, Monologe, S. 228f.
- 91 Ebda., S. 241.
- 92 Goebbels' Tagebücher 1942/43. Hg. von L. P. Lochner. Zürich 1948, S. 87f.
- 93 ADAP, D, Bd. XIII. Göttingen 1970, Anhang III, S. 838.
- 94 Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Hg. von A. Hillgruber. Zweiter Teil: 1942-1944. Frankfurt/M. 1970, S. 233.
- 95 Ebda., S. 240.
- 96 Ebda., S. 245f.
- 97 Ebda., S. 256.
- 98 Ebda., S. 379.
- 99 Ebda., S. 474.
- 100 Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen. Hg. von B. F. Smith/ A.F. Peterson. Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1974, S. 200f.
- 101 Zitiert nach Broszat, Hitler, S. 771 f., Anm. 68.
- 102 Aufzeichnung Himmlers vom Juni 1943 (Bundesarchiv Koblenz), zitiert nach Krausnick, in: Anatomie des SS-Staates, S. 447.
- 103 IMT, Bd. XXIX, Nürnberg-Dokument Ps-1919, S. 145.
- 104 Himmler, Geheimreden, S. 169f.
- 105 Ebda., S. 203.
- 106 Tonaufnahme; vgl. Himmler, Geheimreden, S. 305, Anm. 60.
- 107 So im Text. Richtig wohl «Söhne».
- 108 Eine Rede mit ähnlichem Inhalt, wieder in Sonthofen vor Generälen, am 21. Juni 1944 im Auszug bei Himmler, Geheimreden, S. 203ff.
- 109 Zitiert nach Broszat, Hitler, S. 758f. und S. 772, Anm. 69.
- 110 Wochenzeitung «Das Reich», 21. Januar 1945 (zitiert nach W. Hagemann: Publizistik im Dritten Reich, Hamburg 1948, S. 483).
- 111 J. Goebbels: Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Hamburg 1977, S. 223.
- 112 Hitlers politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945. Hamburg 1981, S. 122.
- 113 Domarus, Hitler, Bd. II, S. 2239.

Arnold Sywottek: Die sowjetische Kriegszielpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945

- 1 Für Hinweise zu den Bezügen und zur Geschichte der Beurteilung der sowjetischen Kriegszielpolitik siehe Vorworte und Einleitung zu V. Mastny: Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa. München/Wien 1980; generell zur Problematik der historisch-politischen Sowjetunion-Deutung siehe A. Sywottek: Die Sowjetunion aus westdeutscher Sicht seit 1945. In: G. Niedhart (Hg.): Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917. Paderborn 1983, S. 289-362.
- 2 Vgl. dazu die methodischen und methodologischen Überlegungen von E.O. Czempiel: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell. Paderborn/München u.a. 1981, S. 22ff. Hinweise auf den in diesem Beitrag diskutierten Zusammenhang bei W. Loth: Der «Kalte Krieg» in der historischen Forschung. In: Niedhart, Westen, S. 155-175.
- 3 Die hier einschlägige ältere Literatur findet sich bei A. Hillgruber: Der zweite Weltkrieg 1939-1945. In: D. Geyer (Hg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Aussenpolitik 1917-1955. Köln/Wien 1972, S. 270-342, und bei D. Geyer: Von der

- Kriegskoalition zum Kalten Krieg. In: ebda., S. 343–381; ferner bei J. K. Hoensch: Die sowjetische Osteuropapolitik 1945–1975. Kronberg 1977, und bei F. Glatz (Red.): Ostmitteleuropa im Zweiten Weltkrieg (Historiographische Fragen). Budapest 1978.
- 4 A. Fischer (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«. Köln 1968.
 - 5 M. Djilas: Gespräche mit Stalin. Frankfurt a. M. 1962, S. 146.
 - 6 Auszugsw. Abdr. in: H. A. Jacobsen: Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten. Frankfurt 1965, S. 145 f.
 - 7 Die differenzierteste Darstellung dieser Art bieten R. Badstübner/S. Thomas: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955. Köln 1975.
 - 8 Siehe S. 220.
 - 9 Vgl. z. B. die politikwissenschaftlichen Reflexionen dazu von B. Willms: Politische Koexistenz. Zur Theorie des Ost-West-Konflikts. Paderborn 1982.
 - 10 Ich orientiere mich im Folgenden vor allem an Czempiel, Politik, und E. Krippendorff: Internationales System als Geschichte. Frankfurt 1975.
 - 11 Vgl. Mastny, Moskaus Weg, S. 49–90.
 - 12 Zu den innersowjetischen Sondertraditionen (Partei, Militär, Bürokratie) siehe grundlegend H. G. Skilling/F. Griffiths: Pressure Groups in der Sowjetunion. Wien 1974; zu einzelnen Wirkungen des Militärs und der kommunistischen Parteien siehe unten Anm. 78, 79.
 - 13 Vgl. dazu die überzeugende Darstellung und Interpretation der sowjetischen Vorschläge zur kollektiven Sicherheit Anfang 1939 bei R. W. Weber: Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939. Frankfurt/Bern/Cirencester (U.K.) 1980, S. 87 ff.
 - 14 Dazu umfassend K. E. McKenzie: Comintern and World Revolution, 1928–1943: The Shaping of a Doctrine. London/New York 1964.
 - 15 Vgl. Stalin in einer Rede am 6. 11. 1941, auszugsw. Abdr. in: Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg, S. 139; vgl. A. Werth: Rußland im Krieg. 1941–1945. München/Wien 1965.
 - 16 Dazu mit vielen weiteren Nachweisen R. Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion I, 1917–1945. Frankfurt a. M. 1975.
 - 17 Vgl. G. Niedhart: Der Bündniswert der Sowjetunion im Urteil Großbritanniens 1936–1939. In: MGM 1971, Nr. 2, S. 55–67; Th. Paterson: Soviet-American Confrontation. Baltimore 1973.
 - 18 Die geschichtswissenschaftliche Theorie-Diskussion der letzten zwei Jahrzehnte hat die Dimension der Geschichte internationaler Beziehungen wenig thematisiert.
 - 19 Beispielhaft zuletzt J. L. Noguee/R. H. Donaldson: Soviet Foreign Policy since World War II. New York/Oxford u. a. 1981, Kap. 2.
 - 20 Einzelheiten bei W. Eichwede: Der Eintritt Sowjetrußlands in die internationale Politik 1921–1927. In: Geyer (Hg.), Osteuropa-Handbuch, S. 150 ff.
 - 21 Vgl. G. F. Kennan: Amerika und die Sowjetmacht, Bd. 1. Stuttgart 1958.
 - 22 M.-L. Goldbach: Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 127 ff.
 - 23 Vgl. zuletzt D. S. McMurry: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1936. Ideologie, Machtpolitik und Wirtschaftsbeziehungen. Köln/Wien 1979, Abschn. II.
 - 24 R. Löwenthal, Geleitwort zu Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934. Berlin 1970, S. IX.
 - 25 Vgl. M. Funke (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976.

- 26 Vgl. die für diese Problematik zentralen Diskussionen auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935, nachgezeichnet bei A. Sywottek: *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946*. Düsseldorf 1971, Kap. A 1.
- 27 Für Spanien siehe Hinweise bei P. Broué/É. Témime: *Revolution und Krieg in Spanien. Geschichte des spanischen Bürgerkrieges*. 2 Bde., Frankfurt 1975, S. 327ff., 459ff., 678f.; auch bei M. Techniczek: *Die deutsche antifaschistische Opposition und der Spanische Bürgerkrieg*. In: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, Tel Aviv, Bd. 3, 1974, S. 349–377, bes. S. 360–362; für die CSR siehe Funke (Hg.), Hitler.
- 28 Weber, *Entstehungsgeschichte*, S. 43ff., deutet den Konflikt zwischen Friedenssicherungs- und Demokratie-Engagement an.
- 29 Für Einzelheiten siehe neben Weber, *Entstehungsgeschichte*, auch Ph. W. Fabry: *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik*. Darmstadt 1962.
- 30 Gemeint sind damit die Verluste durch den Brester Frieden abzüglich der in den russisch-sowjetischen Staatsverband zurückgekehrten Ukraine. Den Revisionsaspekt betont auch Ph. W. Fabry: *Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941. Prolegomena* von E. Deuerlein. Stuttgart 1971, S. 80ff.
- 31 Mastny, *Moskaus Weg*, S. 40, 52f.
- 32 Ebd., S. 252ff.
- 33 Als Indiz für die relative Bedeutungslosigkeit der sowjetischen Wirtschaft in den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen der Zischenkriegszeit kann gelten, daß das Register in Ch. P. Kindleberger: *Die Weltwirtschaftskrise*. München 1973, weder »Rußland« noch »Sowjetunion« als Stichworte enthält; vgl. auch die stark stalinistisch geprägten Vorlesungen von J. Kuczynski: *Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft*. Berlin (DDR) 1952, S. 154ff., in denen – nicht ganz zutreffend – formuliert wurde, mit der Oktoberrevolution 1917 habe die Geschichte der Weltwirtschaft »von einem Tag zum andern... einstweilen« aufgehört; die neu entstandenen »zwei Weltwirtschaften« werden dann erst an den Verhältnissen nach 1945 illustriert.
- 34 E. Erikson: *The Soviet Army*. New York 1965.
- 35 Vgl. dazu G. Niedhart: *Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen*. München 1972.
- 36 Zum Komplex »Krieg-Üben« vgl. J. Sywottek: *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den zweiten Weltkrieg*. Opladen 1976, S. 166.
- 37 So tendenziell Fabry (*Hitler-Stalin-Pakt*), indirekt auch Mastny, *Moskaus Weg*, S. 34, 52; überzeugend dagegen Weber, *Entstehungsgeschichte*.
- 38 Vgl. dazu etwa den Analyseansatz des zunächst führenden KPD-, dann KPO-Funktionärs August Thalheimer in: Aldebaran (= August Thalheimer): *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg* (Anfang 1946), o. O., o. J.
- 39 Vgl. die in diesem Zusammenhang 1946 entstandene Studie des demokratischen Sozialisten Sering (= Richard Löwenthal): *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung*. Nürnberg 3. Aufl., 1948.
- 40 I. Schmiederer: *Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz*. Frankfurt 1968.
- 41 Der Begriff »Anti-Hitler-Koalition« bürgerte sich erst in den 1970er Jahren in der »westlichen« politisch-historischen Diskussion ein; für die sowj. Sicht siehe V. Israljan: *Die Anti-Hitler-Koalition*. Berlin (DDR) 1972.

- 42 Vgl. exemplarisch die Rede Stalins am 6. 11. 1941, auszugsw. Abdr. in: Jacobsen, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 139.
- 43 Dies ergab eine systematische Durchsicht der in der Bundesrepublik zugänglichen veröffentlichten diplomatischen und publizistischen Quellen zu diesem Thema durch Th. Hartnagel: »Hitlerismus« und »Antifaschismus«. Ein Beitrag zur Geschichte der Formulierung der sowjetischen Kriegsziele für Europa (1941–1947). Staatsexamensarbeit (Ms.), Hamburg 1977.
- 44 Die Formel vom »Großen Vaterländischen Krieg« knüpfte an an die Erinnerung an die Befreiung Rußlands von Napoleon 1812.
- 45 Siehe dazu Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 123; ferner die sowjetische Darstellung: *Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß*. Frankfurt a. M. 1970, S. 623 ff.
- 46 Vgl. dazu zuletzt B. Petrick: »Freies Deutschland« – die Zeitung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« (1943–1945). Eine kommunikationsgeschichtliche Untersuchung. München/New York u. a. 1979.
- 47 Dazu Mastny, *Moskaus Weg*, S. 53 f.
- 48 Churchill an Stalin, 22. 11. 1941, in: *Die unheilige Allianz. Stalins Briefwechsel mit Churchill 1941–1945. Mit einer Einleitung und Erläuterungen zum Text von M. Rexin*. Reinbek 1964, S. 70 f.; für die spätere Zeit siehe z. B. Roosevelt an Stalin, 5. 10. 1944: »Ich glaube fest daran, daß wir drei, und nur wir drei (= Stalin, Churchill, Roosevelt), die Lösung für die Probleme finden können, die noch ungeklärt sind«; zit. nach M. Esche: *Die Kommunistische Partei Griechenlands 1941–1949. Ein Beitrag zur Politik der KKE vom Beginn der Resistance bis zum Ende des Bürgerkriegs*. München/Wien 1982, S. 158.
- 49 Churchill an Stalin, 22. 11. 1941. In: *Die unheilige Allianz*.
- 50 Stalin an Churchill, 8. 11. 1941. In: ebda., S. 69 f.; für Kundgebungen britischen Mißtrauens zuvor siehe Mastny, *Moskaus Weg*, S. 52.
- 51 Vgl. W. Link: *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*. Stuttgart/Berlin u. a. 1980, S. 87 f. auch mit Hinweisen auf die ältere Literatur zur Geschichte der internationalen Politik.
- 52 Stalins Wahrede am 9. Februar 1946 wird in ihrer zeitgenössischen Wirkung und historischen Bedeutung ausführlich gewürdigt bei H.-P. Schwarz: *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1944–1949*. Neuwied/Berlin 1966, S. 207.
- 53 Stalin an Churchill, 8. 11. 1941. In: *Die unheilige Allianz*.
- 54 Das zeitliche Zusammentreffen dieser beiden militärischen Ereignisse war nicht geplant, deutlich war jedoch, daß sich das Deutsche Reich in der Sowjetunion auf dem Rückzug befand.
- 55 Zur US-amerikanischen »policy of postponement« zuerst ausführlich J. L. Snell: *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*. New Orleans 1959.
- 56 Churchill an Eden, 8. 1. 1942. In: Jacobsen, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 142: »Niemand kann voraussehen, wie sich bei Kriegsende das Kräfteverhältnis gestalten wird und wo die siegreichen Armeen stehen werden. Immerhin scheint es wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten und das britische Reich, weit davon entfernt, erschöpft zu sein, den schwerbewaffnetsten und wirtschaftlich mächtigsten Block darstellen werden, den die Welt je gesehen hat, und daß die Sowjetunion unseren Beistand für den Wiederaufbau in viel größerem Maße brauchen wird als wir den ihren.«
- 57 Nachweise bei Mastny, *Moskaus Weg*, S. 62.
- 58 Stalin am 6. 11. 1941. In: Jacobsen, *Der Zweite Weltkrieg*.
- 59 Stalin an Churchill, 3. 9. 1941. In: *Die unheilige Allianz*, S. 58.
- 60 Dazu M. A. Stoler: *The Politics of the Second Front: American Military Planning and Diplomacy in Coalition Warfare, 1942–1943*. Westport (Conn.) 1977.

- 61 Am ausführlichsten darüber A. Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945. Stuttgart 1975, S. 33 ff.; I. Fleischhauer: Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin 1985.
- 62 Dazu A. Seaton: Der russisch-deutsche Krieg 1941–1945. Hg. von A. Hillgruber. Frankfurt 1973, S. 434.
- 63 Siehe dazu T. Sharp: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany. London 1975.
- 64 Unter dem Gesichtspunkt militärischer Sicherheit gesehen, begab sich die Sowjetunion damit in eine für sie ungünstigere Position – ein Sachverhalt, der in nachträglichen Strategie-Überlegungen zum Problem der alliierten Besetzung kaum gewürdigt wird.
- 65 Vgl. dazu die Zusammenstellung der westlichen Hilfsleistungen und deren Kommentierung bei Seaton, Krieg, S. 459 ff.
- 66 Diesen Tatbestand einmal als Determinante der aktuellen sowjetischen Abrüstungspolitik zu untersuchen, wäre sicherlich aufschlußreich.
- 67 Vgl. dazu E. Kuby: Die Russen in Berlin 1945. München/Bern/Berlin 1965.
- 68 Stalin am 6. 11. 1941. In: Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg. Vgl. dazu die detaillierte sowjetische Darstellung von A. A. Gretschno (Red.): Die Befreiungsmission der Sowjetstreitkräfte im zweiten Weltkrieg. Berlin (DDR) 1971.
- 69 Vgl. dazu bes. die Aufzeichnungen und Berichte des US-Gesandten in Moskau 1945/46 G. F. Kennan, in: Ders.: Memoiren eines Diplomaten. (Tb-Ausg.) Bd. 2. München 1971, S. 535 ff.
- 70 Stalin an Churchill, 23. 11. 1941, in: Die unheilige Allianz, S. 74.
- 71 Mastny, Moskau Weg, S. 57.
- 72 Nachweise ebda., passim.
- 73 Vgl. z. B. im Blick auf Bessarabien (Rumänien) E. Barker: British Policy in South-East Europe in the Second World War. London/Basingstoke 1976, S. 225; grundlegend G. Lundestad: The American Non-Policy towards Eastern Europe, 1943–1947: Universalism in an Area not of Essential Interest to the United States. Tromsø/Oslo/Bergen 1978.
- 74 Dazu sehr klar Mastny, Moskau Weg, S. 159 ff.
- 75 Zu erinnern ist daran, daß das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) auf jugoslawische Initiative hin gegründet wurde.
- 76 Sie sind alle verzeichnet bei Mastny, Moskau Weg, Kap. 2 und 3.
- 77 Siehe dazu aus der Fülle der Selbstdarstellungen den Versuch einer Synthese bei E. Kalbe: Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa. Berlin (DDR) 1974.
- 78 Vgl. z. B. St. Clissold (Hg.): Jugoslavia and the Soviet Union, 1939–1973. London 1975, S. 199 ff.
- 79 Siehe dazu Esche, Kommunistische Partei Griechenlands.
- 80 Vgl. Sywottek, Volksdemokratie, S. 150 ff.
- 81 Vgl. ebda., S. 40 ff., 67 ff.
- 82 Vgl. ebda., S. 196.
- 83 Viele Belege dafür bringt K. Kaplan: Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei. München/Wien 1981.
- 84 Ebda.
- 85 Für Einzelheiten siehe die Hinweise bei Mastny, Moskau Weg, S. 238 ff.
- 86 H. Sundhausen: Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Ungarn 1945–1948. In: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 28 (1980), S. 547–589.
- 87 Vgl. Kalbe, Widerstand.
- 88 Siehe dazu Kaplan, Marsch.
- 89 Vgl. J. K. Hoensch: Die Slowakei 1944/45. Wiesbaden 1964.

-
- 90 Dazu Mastny, Moskaus Weg, S. 277ff. Für die programmatische Ebene siehe beispielhaft N. Kozłowski: Die politischen Zielvorstellungen der Polnischen Sozialistischen Partei in den Jahren 1941-1945 (= Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Working Papers Nr. 88). München 1982.
- 91 Vgl. Barker, *British Policy*, S. 146f.
- 92 A.Sywottek: Ungarn 1945 aus «westlicher» Sicht. In: W.Bachofer/H.Fischer (Hg.): Ungarn-Deutschland, Studien zu Sprache, Kultur, Geographie und Geschichte. Wissenschaftliche Kolloquien der ungarischen Wirtschafts- und Kulturtage in Hamburg 1982. München 1983, S. 345-361.
- 93 Vgl. J. Hoensch: Zielsetzungen sowjetischer Politik in Ostmitteleuropa und im Donaauraum 1944-1948. In: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Tagung, veranstaltet vom Osteuropa-Institut München – Historische Abteilung – 1.-2. Dezember 1982 (= Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München. Working Papers Nr. 95). München 1983, S. 10-26, S. 25.
- 94 Vgl. V. Dedijer: Tito. Autorisierte Biographie. München 1962.
- 95 Vgl. Kennan, *Memoiren* 2.
- 96 Vgl. Barker, *British Policy*, S. 146f.
- 97 Vgl. Link, *Ost-West-Konflikt*.
- 98 Vgl. Mastny, *Moskaus Weg*, 158.
- 99 Vgl. ebda., S. 281 f.
- 100 Die Anerkennung durch alle vier Mächte erfolgte allerdings erst im Oktober 1945. Siehe dazu generell W. L. Stearman: Die Sowjetunion und Österreich. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen. Bonn/Wien/Zürich 1962.
- 101 Siehe dazu R. Hansen: Das Ende des Dritten Reiches. Stuttgart 1969.
- 102 Dazu grundlegend R. Thilenius: Die Teilung Deutschlands. Eine zeitgeschichtliche Analyse. Reinbek 1957.
- 103 Stalin am 18.7.1945, US-amerik. Konferenzaufzeichnung, zit. nach Abdr. in: E.Deuerlein (Hg.): Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der «Grossen Drei». München 1963, S. 214.
- 104 Vgl. Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 162.
- 105 Vgl. H.-G. Lehmann: Der Oder-Neisse-Konflikt. München 1979.
- 106 Schwarz, *Reich*, S. 203ff.
- 107 Ebda., S. 210ff.
- 108 «Klassischer Imperialismus» wäre historisch wohl zu messen an der Politik in der Phase der kapitalistischen Hoch-Industrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg, in der mindestens ökonomische Mechanismen, z.B. Möglichkeiten des Kapital-Exports, eine Rolle spielten, die für die Sowjetunion so nicht massgeblich waren; für das Gewicht des «weltrevolutionären Gedankens» vgl. Kaplan, *Marsch*.
- 109 Sehr klar Mastny, *Moskaus Weg*, S.292f.; hinter den Forschungsstand zurückfallend W. von Buttlar. *Ziele und Zielkonflikte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945-1947*. Stuttgart 1980, S. 58ff.
- 110 Vgl. Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 144ff.
- 111 Vgl. ebda., S. 160.
- 112 Grundlegend H.Laschitzka: *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus*. Berlin (DDR) 1969; W. Wolff: *An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des Nationalkomitees «Freies Deutschland» an der sowjetisch-deutschen Front 1943 bis 1945*. Berlin (DDR), 2. überarb. Aufl. 1975. Zum Gewicht dieser Disposition für die praktische Politik siehe Th. Hartnagel/A. Sywottek: *KPD, SED und der Marshall-Plan*. In: O.N. Häberl, L.Niethammer (Hg.): *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*. Frankfurt 1986.
- 113 Vgl. Mastny, *Moskaus Weg*, S. 292f.
- 114 Auf die Frage, wie weit dieses Symbol hinter dem des Besitzes der Atombombe zurückstand, kann hier nicht eingegangen werden.

- 115 US-amerik. Aufz. über die Besprechung Byrnes-Molotow, 25.7.1945, in: Deuerlein, Potsdam, S. 257. Vgl. ferner B. Kucklick: American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations. Ithaka/London 1972; F. Jerchow: Deutschland in der Weltwirtschaft 1945-1947. Düsseldorf 1979.
- 116 Vgl. dazu K. Hänsch: Frankreich gegen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946-1948. Berlin/New York 1972.
- 117 Dazu H. Arkes: Bureaucracy, the Marshall Plan, and the National Interest. Princeton (N.J.) 1972; J. Gimbel: The Origins of the Marshall-Plan. Stanford (Cal.) 1976.
- 118 Siehe S. 214f.
- 119 Siehe dazu D. Yergin: Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas. Frankfurt 1979, S. 214ff.
- 120 Schwarz, Reich, S. 207.
- 121 Siehe dazu die bemerkenswerte Sichtung der vorausgegangenen Beurteilungen sowjetischer und besonders Stalinscher Aussenpolitik bei Th. W. Wolfe: Soviet Power and Europe, 1945-1970, Baltimore/London 1970, S. 50ff.
- 122 Vgl. Link, Ost-West-Konflikt. Vgl. auch die über weite Strecken anders akzentuierten Referate von A. Fischer, A. Hillgruber u.a.: War der Kalte Krieg unvermeidlich? Handlungsspielräume der UdSSR und der USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945-1950. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. B 25/83 v. 25. Juni 1983. Als treibende Kraft im diplomatischen Hintergrund bei der Neuformierung der internationalen Beziehungen erscheint nach Öffnung der britischen Archive für den Einblick in die Nachkriegspolitik zunehmend der Außenminister der von der Labour-Party gestellten britischen Regierung, Ernest Bevin, der das Problem des durch den Krieg mitbedingten Verlusts der britischen Weltmachtstellung zu steuern hatte. Vgl. für die deutschlandpolitischen Konsequenzen J.Foschepoth/R. Steiniger (Hg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949. Paderborn 1985.

Manfred Messerschmidt: Der Kampf der Wehrmacht im Osten als Traditionsproblem

- 1 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14.11.1945-1.10.1946, 42 Bde., Nürnberg 1947ff. (zit. IMT), hier Bd. XXXIV, S. 129-131 (4064-PS). Zur Einordnung dieses Befehls vgl. Ch. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978, S. 115ff.
- 2 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983.
- 3 A. Heusinger: Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923-1945. Tübingen 1950. S. 109-111 u. 124-126.
- 4 Heusinger, Befehl, S. 116f., erblickt darin eine der «Schicksalsfragen».
- 5 C. Stewert: Schuldig? Die Generale unter Hitler. Bad Mergentheim 1968. Stewert war einige Jahre Erster Generalstabsoffizier beim ObdH unter v. Brauchitsch.
- 6 Ebda., S. 187.
- 7 Ebda.
- 8 NOKW – 1962; vgl. Anhang, Dok. Nr. 7, S. 254f.
- 9 Admiral Canaris, Chef des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, gab damit eine Initiative des Grafen H. J. v. Moltke weiter. Text der Vertragsnotiz bei H.-A. Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekution sowjetischer Kriegsgefangener. In: Anatomie des SS-Staates. Bd.2. München 1967, S. 208-210. Keitels Notiz ist auf den Kopf des Schreibens gesetzt. Vgl. auch Streit, Keine Kameraden, S. 232 und Anhang, Dok. Nr. 27, S. 301 f.

- 10 Vgl. H. Meier-Welcker: Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939-1942. Freiburg 1982, S. 119.
- 11 Halder-KTB, Bd. 2, S. 320.
- 12 Halder-KTB, Bd. 2, S. 399. Eintrag vom 6. Mai 1941.
- 13 Text bei Jacobsen, Kommissarbefehl, S. 135-232 (177-179).
- 14 Zur Frage dieser Mitverantwortung vgl. M. Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Hamburg 1969, S. 402ff., und Streit, Keine Kameraden, S.44ff. Streit verkennt, dass die Hauptverantwortung bei Halder, nicht bei Brauchitsch lag; vgl. seine Korrektur in seinem Beitrag in diesem Band, S. 159ff.
- 15 N. v. Below: Als Hitlers Adjutant 1937-1945. Mainz 1980, S. 279. Below konstruiert ebenfalls den bei diesen Befehlen nicht gegebenen Gegensatz zwischen Halder und Hitler, ohne in diesem Zusammenhang nur ein Wort der Kritik an Hitlers «Vorstellung von dem Krieg im Osten» zu finden.
- 16 So am 11. Juni – 10 Tage vor Eröffnung des Krieges – vor Ic-Offizieren und Heeresrichtern der Armeen in Warschau, Pz. Gr. 3/c Tätigkeitsbericht Nr. 2, 1.1.-11.8.1940, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg, Pz AOK 3/ 13119/1, Bl. 29f., wiedergegeben bei Jacobsen, Kommissarbefehl, S. 192.
- 17 Vgl. etwa A. Lasson: Princip und Zukunft des Völkerrechts. Berlin 1871; näher dazu M. Messerschmidt: Völkerrecht und «Kriegsnotwendigkeit» in der deutschen militärischen Tradition seit den Einigungskriegen. In: German Studies Review 6 (1983), S. 237-269.
- 18 Dazu neuerdings J. Düffler: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik. Berlin 1981, S. 101-137.
- 19 Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, Heft 31. Hg. vom Grossen Generalstab, Kriegsgeschichtliche Abteilung I, Berlin 1902.
- 20 Dazu näher A. Hillgruber: Die «Endlösung» und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: M. Funke (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, S. 94-114 (98), zuerst erschienen in VfZG 20 (1972); vgl. auch den Beitrag Hillgrubers in diesem Band, S. 219ff.
- 21 Dazu ausführlich H. Krausnick und H.-H. Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Stuttgart 1981.
- 22 Zit. bei J. Förster: Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», B 45/ 80 v. 8. November 1980, S. 3-15 (13).
- 23 Monatsberichte vom 11.10.-10.11.1941, BA-MA Freiburg, Rh26/707/v. 1, zit. bei Förster, Rolle der Wehrmacht, S. 14.
- 24 Nachlass Röttiger, BA-MA Freiburg, N 422/11, Bl. 4.
- 25 Redenotizen Himmlers, 1/7, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Mikrofilm MA 316. Zum Vorgang s. R. Chr. Freiherr v. Gersdorff: Soldat im Untergang. Frankfurt 1979, S. 145f.
- 26 E. v. Manstein: Verlorene Siege. Bonn 1955, S. 580.
- 27 Befehl vom 5. Januar 1944, BA-MA Freiburg, H 37/222.
- 28 Dazu G. Meyer: Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages. In: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan. München 1982, S. 577-735 (662-669).
- 29 Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe. Hg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Führungsstab der Bundeswehr, 1957.
- 30 Handbuch Innere Führung, S. 63.
- 31 Ebda., S. 63.
- 32 Ebda., S. 64.
- 33 BA-MA Freiburg, H42/1.

- 34 Handbuch Innere Führung, S. 85.
- 35 Etwa Krausnick/Wilhelm, Einsatzgruppen.
- 36 Vgl. H.-J. Rautenberg: Aspekte zur Entwicklung der Traditionsfrage in der Aufbauphase der Bundeswehr. In: Tradition als Last. Hg. von K.M. Kodalle. Köln 1981, S. 133-151(145-149).
- 37 P. Balke: Deutsche Geschichte – Konsequenzen für ein zeitgemäßes Selbstverständnis des Soldaten. In: Tradition als Last, S. 79-98 (87).
- 38 Zur Kritik am Traditionserlass vgl. M. Messerschmidt: Das Verhältnis von Wehrmacht und NS-Staat und die Frage der Traditionsbildung. In: Tradition als Last, S. 57-77.
- 39 Wohl um 1950, BA-MA Freiburg, N 63/118, Bl. 62.
- 40 Nämlich zum Beitrag: Die Wehrmacht – Stählerner Garant des NS-Systems? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», B 34/ 81 v. 22. August 1981, S. 37-41.
- 41 W. Görlitz (Hg.): Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Göttingen 1961, S. 394.
- 42 Vgl. G. A. Ritter/K. D. Bracher/H. Buchheim/M. Messerschmidt: Totalitäre Verführung im Dritten Reich. Arbeiterschaft, Intelligenz, Beamtschaft, Militärs. München 1983 (= Zeitfragen, Hg.: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, Z19).

Gerd R. Ueberschär

Kommentierte Literaturhinweise zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen und zum Unternehmen «Barbarossa» 1941

Zur Vorgeschichte und zum Verlauf des deutsch-sowjetischen Krieges von 1941 bis 1945 liegt mittlerweile eine Fülle von Literatur vor. Darüber bietet die von Rolf-Dieter Müller und Gerd R. Ueberschär zusammengestellte und kommentierte Auswahlbibliographie «Die deutsch-sowjetischen Beziehungen und das Unternehmen ‚Barbarossa‘ 1941 im Spiegel der Geschichtsschreibung» einen ersten Überblick. Sie ist abgedruckt in der Originalfassung dieser Taschenbuchausgabe von 1984, S. 267-291. Eine weitere Zusammenschau der umfangreichen Literatur wird die von Rolf-Dieter Müller und Gerd R. Ueberschär in der Schriftenreihe der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart verfasste Bibliographie über «Hitlers Krieg im Osten» (voraussichtlich München 1991) bieten. Unter Verweis auf diese beiden ausführlichen bibliographischen Arbeiten wird nachfolgend nur eine knappe Literaturauswahl vorgestellt.

Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und die politische Vorgeschichte des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion lässt sich anhand der entsprechenden Aktenpublikationen aus den Beständen des ehemaligen deutschen Auswärtigen Amtes verfolgen:

E.M. Caroll/Fritz T. Epstein: Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939-1941. Akten aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes. Washington 1948;

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939-1941.

Dokumente des AA. Hg. von Alfred Seidl. Tübingen 1949;

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D: 1937-1941.

Bd. VI-XIII, 2 (März 1939-11.12.1941). Baden-Baden u.a. 1956ff.

Auf der Basis dieses Materials und unter Heranziehung weiterer Quellen liegen mehrere historiographische Arbeiten über das politische Verhältnis zwischen Moskau und Berlin vor, die teilweise mit besonderem Schwerpunkt die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 bis 1941 analysieren:

Gerhard L. Weinberg: Germany and the Soviet Union, 1939-1941. Leiden 1954;

Philipp W. Fabry: Der Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Darmstadt 1962;

ders.: Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen von 1933 bis 1942. Stuttgart 1971;
Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa. Hg. von Johann Wolfgang Brügel. Wien 1973;

Sven Allard: Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Aussenpolitik 1930-1941. Bern, München 1974;

Reinhold W. Weber: Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939. Frankfurt, Bern 1980;

Bianka Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das «Dritte Reich» in der Konzeption der sowjetischen Aussenpolitik 1933-1941. Melsungen 1983;

Rolf-Dieter Müller: Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen. Boppard 1984;

Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Hg. von Erwin Oberländer. Frankfurt 1989;

Ingeborg Fleischhauer: Der Hitler-Stalin-Pakt. Berlin 1990;

Der Hitler-Stalin-Pakt. Voraussetzungen, Hintergründe und Auswirkungen.

Hg. von Gerhard Bisovsky, Hans Schafranek, Robert Streibel. Wien 1990.

Als wohl fundiertes, noch immer gültiges Standardwerk gilt die Habilitationsschrift von:

Andreas Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941. Frankfurt 1965, 2. Aufl. 1982.

Mehr politischen Motiven als dem originären historischen Interesse verpflichtet sind neuere spekulative Interpretationen über den Charakter des Zweiten Weltkrieges als ein von Stalin von langer Hand geplanter Krieg und des Hitlerschen Angriffs auf die UdSSR als angeblich berechtigter «Präventivschlag»; diese Studien übersehen allerdings oder bestreiten bewusst den NS-Kriegsplan zur Eroberung von «Lebensraum im Osten»:

Ernst Topitsch: Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik. München 1985, 2. Aufl. 1986;

Hartmut Schustereit: Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen. Herford 1988;

Viktor Suworow (Pseudonym): Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül. Stuttgart 1989.

Beispiel für die vor allem in den ersten Nachkriegsjahren vorherrschenden militärfachlichen und operativen Studien über den deutsch-sowjetischen Krieg sind:

- Kurt v. Tippelskirch: Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Bonn 1951;
Alfred Philippi/Ferdinand Heim: Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945. Ein operativer Überblick. Stuttgart 1962;
Carl Wagener: Moskau 1941. Der Angriff auf die russische Hauptstadt. Bad Nauheim 1965;
Albert Seaton: Der russisch-deutsche Krieg 1941-1945. Hg. von Andreas Hillgruber. Frankfurt 1973 (London 1971);
Robert Cecil: Hitlers Griff nach Rußland. Graz usw. 1977.

Vergleichbare neuere Publikationen dieses Genres wenden sich mittlerweile in populärwissenschaftlicher Art einem breiteren Leserkreis zu:

- Paul Carell (d.i. Paul K. Schmidt): Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Rußland. Frankfurt usw. 1963;
ders.: Der Rußlandkrieg. Fotografiert von Soldaten. Der Bildband zum Unternehmen Barbarossa und Verbrannte Erde. Frankfurt 1967;
John Keegan: Der Fall Barbarossa. Rastatt 3. Aufl. 1985 (engl. Originalausgabe u. d. T.: Barbarossa, Invasion of Russia 1941. London 1971);
Janusz Piekalkiewicz: Die Schlacht um Moskau. Die erfrorene Offensive. Bergisch Gladbach 1981.

Inzwischen sind auch umfassende bilanzierende Forschungsarbeiten und spezielle Detailstudien über den besonderen Charakter des «Unternehmens Barbarossa» und der deutschen Besatzungsherrschaft in den eroberten Sowjetgebieten veröffentlicht worden – auch in Verbindung mit offiziellen und halbamtlichen Gesamtdarstellungen der wissenschaftlichen Forschungsinstitute in der UdSSR, DDR und der Bundesrepublik Deutschland:

- Alexander Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik. Düsseldorf 1958 (2. Aufl. Königstein 1981);
Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982 (Chicago 1960; überarbeitete Neuausgabe: Frankfurt 1990);
Gerald Reitlinger: Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944. Hamburg 1962 (London 1960);
Boris S. Telpuchowski: Die sowjetische Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges 1941-45. Hg. von Andreas Hillgruber u. Hans-Adolf Jacobsen. Frankfurt 1961;
Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Bd. 1: Die Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch die imperialistischen Mächte. Berlin (DDR) 1962; Bd.2: Die Abwehr des wortbrüchigen Überfalls des faschistischen

- Deutschlands auf die Sowjetunion – Die Schaffung der Voraussetzungen für den grundlegenden Umschwung im Kriege. Berlin (DDR) 1963;
- Lew Besymenski: Sonderakte «Barbarossa». Dokumente, Darstellung, Deutung. Stuttgart 1968;
- Pjotr Grigorenko: Der sowjetische Zusammenbruch 1941. Frankfurt 1969;
- Alexander Nekritsch/Pjotr Grigorenko: Genickschuss. Die Rote Armee am 22. Juni 1941. Hg. u. eingel. von Georges Haupt. Wien usw. 1969;
- Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/1941). Ausgewertet und eingeleitet von Erhard Moritz. Berlin (DDR) 1970;
- Norbert Müller: Wehrmacht und Okkupation 1941-1944. Die Wehrmacht und ihre Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium. Berlin (DDR) 1971;
- Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Karl Drechsler. Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942). Berlin (DDR) 1975;
- Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945. Hg. vom Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR u.a. Bd. 4: Die faschistische Aggression gegen die UdSSR. Der Zusammenbruch der Blitzkriegsstrategie. Berlin (DDR) 1977 (zuerst Moskau 1975);
- Das Fiasko der antisowjetischen Aggression. Studien zur Kriegführung des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR (1941-1945). Hg. von Erhard Moritz. Berlin (DDR) 1978;
- Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978, 2. Aufl. 1981;
- Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941-1944. Dokumente. Hg. von Norbert Müller. Köln 1980 (zuerst Berlin [DDR] 1980 u.d.T.: Okkupation – Raub – Vernichtung);
- Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981;
- Alfred Streim: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im «Fall Barbarossa». Eine Dokumentation. Unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafverfolgungsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Heidelberg 1981;
- Alfred Streim: Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941 bis 1945. Heidelberg 1982;
- Horst Boog/Jürgen Förster/Joachim Hoffmann/Ernst Klink/Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Der Angriff auf die Sowjetunion (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4). Stuttgart 1983, 2. Aufl. 1987;

- Wigbert Benz: Der Russlandfeldzug des Dritten Reiches: Ursachen, Ziele, Wirkungen. Zur Bewältigung eines Völkermords unter Berücksichtigung des Geschichtsunterrichts. Frankfurt 1986, 2. Aufl. 1988;
- Arno J. Mayer: Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die «Endlösung». Reinbek 1989;
- «Gott mit uns». Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939-1945. Hg. von Ernst Klee und Willi Dressen unter Mitarbeit von Volker Riess. Frankfurt 1989.

Im Zusammenhang mit der 1982 in der Bundesrepublik ausgestrahlten Fernsehserie «Der unvergessene Krieg» riefen mehrere Begleit- und Bildbände den deutsch-sowjetischen Krieg von 1941 bis 1945 in Erinnerung, die noch immer als wesentliches Element in die sowjetische Nachkriegspolitik hineinwirken:

- Harrison E. Salisbury: Die Ostfront. Der unvergessene Krieg 1941-1945. Wien usw. 1981 (zuerst New York 1978);
- Michael Eickhoff/Wilhelm Pagels/Willy Reschl: Der unvergessene Krieg. Hitler-Deutschland gegen die Sowjetunion 1941-1945. Köln 1981;
- Michael Bartsch/Hans-Frieder Scheber/Rainer Scheppeimann: Der Krieg im Osten 1941-1945. Historische Einführung, Kommentare und Dokumente. Köln 1981;
- Der Überfall. 152 erstmals veröffentlichte Farbaufnahmen vom Beginn des Russlandfeldzuges bis Stalingrad. Hg. vom Archiv für Kunst und Geschichte. Mit einem zeitgeschichtlichen Essay von Heinrich Graf von Einsiedel. Hamburg 1984;
- Wladimir Karpow: Russland im Krieg 1941-1945. Zürich 1988.

Neuere Publikationen beschäftigen sich aus deutscher Sicht nicht nur mit der «Schuldfrage», sondern auch mit Überlegungen, wie Versöhnung und Frieden als Leitlinien der Beziehungen mit den Völkern der Sowjetunion für die Zukunft bestimmend sein können:

- Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion. Mit einem Geleitwort von Ales Adamowitsch. Köln 1987;
- Michael Schneider: Das «Unternehmen Barbarossa». Die verdrängte Erblast von 1941 und die Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis. Frankfurt 1989;
- Brücken der Verständigung. Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe hg. von Elisabeth Räiser, Hartmut Lenhard u. Burkhard Homeyer. Gütersloh 1986;
- Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderungen zur Umkehr. Eine Thesenreihe hg. von den Arbeitsgemeinschaften Solidari-

sche Kirche Westfalen und Lippe u.a., Redaktion: Hartmut Lenhard. Gütersloh 1987;

Erinnern und Versöhnen. Die Sowjetunion als Thema in Gemeinde, Gruppe, Schule. Hg. von Dieter Bach i. A. des ständigen Öffentlichkeitsausschusses der evangelischen Kirche im Rheinland. Mülheim/Ruhr 1988;

Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. Hg. von Dietrich Goldschmidt. Gütersloh 1989.

Abkürzungsverzeichnis

AA, A. A.	Auswärtiges Amt
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abt.	Abteilung
Abt. L	Abteilung Landesverteidigung im OKW/WFSt
Abw. Abt.	Abwehr-Abteilung
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADV	Allgemeine Dienstvorschrift
A. G.	Aktiengesellschaft
A. Gef. St.	Armeegefechtstand
AHA	Allgemeines Heeresamt im OKH
A. K., AK	Armeekorps
Amt Ausl./Abw.	Amt Ausland/Abwehr im OKW
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
A. O., AO	Abwehroffizier
AOK	Armeeoberkommando
Art., Artl.	Artillerie
Aufl.	Auflage
Ausl.	Ausland
AWA	Allgemeines Wehrmachtamt im OKW
AWA/WV	Allgemeines Wehrmachtamt/Abt. Wehrmachtverwaltung
BA	Bundesarchiv Koblenz
BAB	Bau- und Arbeits-Bataillone
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
Bd., Bde.	Band, Bände
BdE	Befehlshaber des Ersatzheeres
Bearb.	Bearbeiter, bearbeitet
Bef., Befh.	Befehlshaber
Befh. rückw. H. Geb	Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes
Bef. St.	Befehlsstelle
Bes. Geb.	Besetzte Gebiete
Br. B. Nr.	Briefbuchnummer
Btl.	Bataillon
CDU/CSU	Christlich Demokratische Union Deutschlands/ Christlich Soziale Union
ChefGenSt	Chef des Generalstabes
Chef d. St.	Chef des Stabes
Chef HPA	Chef des Heerespersonalamtes
ChefHRüst u. BdE	Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres

Chefs.	Chefsache (Geheimhaltungsgrad)
ÖSR	Tschechoslowakei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
d.G.	des Generalstabes (im OKW tätig)
d. i.	das ist
Diss.	Dissertation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
d.L.	der Luftwaffe
Dok.	Dokument
dt.	deutsch
Dulag	Durchgangslager
Dv.	Dienstvorschrift
ebda.	ebenda
ed.	edited
Ek, EK.	Einsatzkommando der Sipo und des SD
EM	Ereignismeldung
FDP	Freie Demokratische Partei
F.H.	Feldhaubitze
F. H. Qu.	Führerhauptquartier
Flak	Flugabwehrkanone
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
geb.	geboren
Gd	Geschichtsdidaktik
geh.,g.	geheim
Gen.	General
Gen. d. Art.	General der Artillerie
Gen. d. Inf.	General der Infanterie
Gen. d. Geb. Tr.	General der Gebirgstruppe
Gen. d. Kav.	General der Kavallerie
Gen. d. Pz. Tr.	General der Panzertruppe
Gen.Feldm.	Generalfeldmarschall
Gen.Gouv.	Generalgouvernement
Gen.Kdo.	Generalkommando
Gen.Lt.	Generalleutnant
Gen.Maj.	Generalmajor
Gen. Oberst	Generaloberst
GenQu, Gen. Qu.	Generalquartiermeister im OKW
GenSt	Generalstab
GenStdH	Generalstab des Heeres
Gen.z.b.V.b.Ob.d.H.	General zur besonderen Verfügung beim Oberbefehlshaber des Heeres
GFM	Generalfeldmarschall
GFP, G.F.P.	Geheime Feldpolizei
G.G.	Generalgouvernement
g. K., g. Kdos.	geheime Kommandosache (Geheimhaltungsgrad)
Gr.	Gruppe
Gr. R. Wes.	Gruppe Rechtswesen
g.Rs.	geheime Reichssache (Geheimhaltungsgrad)
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
H	Heer; Heft
H. Geb.	Heeresgebiet
H.Gr.	Heeresgruppe

HLKO	Haager Landkriegsordnung von 1907
HNW	Heeresnachrichtenwesen
H.Qu.	Hauptquartier
Hg.	Herausgeber
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HZ	Historische Zeitschrift
i. A.	im Auftrag
LD.	Infanteriedivision
IFZ	Institut für Zeitgeschichte München
i.G.	im Generalstab
IMG, IMT	Internationaler Militärgerichtshof
In	Inspektion, Inspekteur
Inf. Div.	Infanteriedivision
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
Kdo	Kommando
Kdr.	Kommandeur
Kgf.,Kr. Gef.	Kriegsgefangene
Kp.,Kpn.	Kompanie(n)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KTB	Kriegstagebuch
K. Verw.	Kriegsverwaltung
KVR	Kriegsverwaltungsrat
KZ	Konzentrationslager
L	Abteilung Landesverteidigung im OKW/WFSt
LN-Truppen	Luftnachrichten-Truppen
Lw.	Luftwaffe
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
Mil.	Militär
Min. Dir.	Ministerialdirigent
mot.	motorisiert
Mrs. Mun.	Mörser-Munition
MS	maschinenschriftliches Manuskript (Typoskript)
N	Nachlass
Nbg. Dok.	Nürnberger Dokument
NKVD, N. K. V. D., NKWD	Narodnyi Komissariat Vnutrennych Del (Volkskommissariat des Innern der UdSSR)
Nr.	Nummer
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFO	Nationalsozialistischer Führungsoffizier
NOKW	Nürnberger Dokument OKW-Prozess
OB, Ob.	Oberbefehlshaber
ObdH, Ob. d. H.	Oberbefehlshaber des Heeres
Oberstlt.	Oberstleutnant
Ob.d.L.	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
Ob.d.M.	Oberbefehlshaber der Kriegsmarine
Ob. Kdo.	Oberkommando
Offz.	Offizier
o.J.	ohne Jahresangabe
OKH	Oberkommando des Heeres
OKL	Oberkommando der Luftwaffe

OKM	Oberkommando der Kriegsmarine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Op.	Operations-
Op. Abt.	Operationsabteilung
OQu	Oberquartiermeister
O.T.	Organisation Todt
O.U.	Ortsunterkunft
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Pol. Div.	Polizei-Division
Pz.	Panzer
Pz. AOK	Panzerarmee-Oberkommando
Pz. Div.	Panzerdivision
Pz. Gr., PzGr	Panzergruppe (später Panzerarmee)
Qu	Quartiermeister
RAAD	Reichsarbeitsdienst
R.d.L. u. Ob.d.L.	Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe
Red.	Redaktion
RGBI	Reichsgesetzblatt
Rgt.	Regiment
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)
RFSS	Reichsführer-SS
R.L.M.	Reichsluftfahrtministerium
Ro	Rohstoffabteilung im WiRüAmt
Rs.	Reichssache
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
Rü	Rüstungswirtschaftliche Abteilung im WiRüAmt
rückw. A. Geb.	rückwärtiges Armeegebiet
rückw. H. Geb.	rückwärtiges Heeresgebiet
Rüln	Rüstungsinspekteur, Rüstungsinspektion
RWN, R.Wi.M.	Reichswirtschaftsministerium
S	Seite
SA	Sturmabteilung der NSDAP
san.	Sanitäts-
SD	Sicherheitsdienst
s.F. H.,sFH	schwere Feldhaubitze
Sipo	Sicherheitspolizei
SK, Sk.	Sonderkommando der Sipo und des SD
s.o.	siehe oben
Sowjet.	sowjetisch
SP	Sicherheitspolizei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
Stalag	Kriegsgefangenen-Mannschaftsstelllager
S.U.	Sowjetunion
techn.	technisch(en)
Tgb. Nr.	Tagebuchnummer
to.	Tonne
u.a.	unter anderem; und andere
UdSSR, USSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u.d.T.	unter dem Titel
U.K.	United Kingdom (Grossbritannien)
USA	United States of America

Verb. Offz., VO, V. O.	Verbindungsoffizier
Verf.	Verfasser
Vet.	Veterinär-
vgl.	vergleiche
VfZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VKM	Vorkommando Moskau (= Sonderkommando 70 der Sipo und des SD)
vol.	volume
W	Wehrmacht
WDR	Westdeutscher Rundfunk
Wfst	Wehrmachtführungsstab (20. 11. 1939–8. 8. 1940 Wehrmachtführungsamt) im OKW
Wi	Wirtschafts-
WiIn	Wirtschaftsinspektion
WiRüAmt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
Wm.	Wehrmacht
WNV	Abteilung Wehrmachtnachrichtenverbindungen im OKW/Wfst
WWR	Wehrwissenschaftliche Rundschau
z. b. V.	zur besonderen Verwendung (Verfügung)
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfM	Zeitschrift für Militärgeschichte
zit.	zitiert
z. T.	zum Teil
zus.	zusammen
Ia	1. Generalstabsoffizier, Leiter der Führungsabteilung
Ib	2. Generalstabsoffizier, Leiter der Quartiermeisterabteilung
Ic	3. Generalstabsoffizier, Leiter der Abteilung Feindnachrichten, Feindaufklärung und Abwehr
IVWi	Wehrwirtschaftsoffizier

Bildnachweis

- Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin: S. 12
 Süddeutscher Verlag, München: S. 44, S. 208
 Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin: S. 66, S. 84
 Autorenarchiv: S. 124
 Archiv Ernst Klee, Frankfurt: S. 158, S. 184
 Elisabeth Freidling, Füssen: S. 224
 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg: S. 240

Die Herausgeber und Mitarbeiter des Bandes

Andreas Hillgruber, geboren 1925, gestorben 1989, studierte Geschichte und Germanistik in Göttingen, Dr. phil. (1953); 1954-1964 im höheren Schuldienst, 1965 Habilitation in Marburg/L.; 1968-1972 o. Professor in Freiburg, zuletzt o. Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Köln.

Veröffentlichungen u.a.: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Wiesbaden 1954, ²1965; Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941. Frankfurt 1965, ²1982; Bismarcks Aussenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, ²1981; Deutsche Grossmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1977, ²1979; Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit (1945-1963). München 1979, ³1987; Der Zweite Weltkrieg 1939-1945 – Kriegsziele und Strategie der grossen Mächte. Stuttgart 1982, ⁵1989; Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967, ³1986; Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums. Berlin 1986, ³1987; Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Geschichte der Weltkriegsepoche 1914-1945. Berlin 1988; als Hg.: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler 1939-1944. 2 Bde. Frankfurt 1967-1970; Mitherausgeber des Kriegstagebuchs des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), 1940-1945. Frankfurt 1961-1965.

Lutz Lemhöfer, geboren 1948, Studium der Katholischen Theologie, Soziologie und Politikwissenschaft; seit 1977 Referent für Gesellschaftswissenschaften an der Katholischen Hochschulgemeinde Frankfurt; freier Mitarbeiter bei mehreren Rundfunkanstalten.

Veröffentlichungen u.a.: Katholische Kirche und NS-Staat. Aus der Vergangenheit lernen? Frankfurt 1981 (Gemeinsam mit M. Kringels-Kernen); Zögernder Aufbruch aus dem Kalten Krieg. Die katholische Kirche und die bundesdeutsche «neue Friedensbewegung». In: R. Steinweg (Hg.): Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung. Frankfurt 1982, S. 245-257; Die braune Machtergreifung: Universität Frankfurt 1930-45. Frankfurt 1989 (zusammen mit G. Stuchlik u.a.).

Manfred Messerschmidt, geboren 1926, Studium der Geschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft in Münster und Freiburg, Dr. phil. (1954); 1962 2. juristisches Staatsexamen; seit 1963 wiss. Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg; 1970-1988 Leitender Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u.a.: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Hamburg 1969; Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland. Darmstadt 1975; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte. Teil IV. München 1975/76 (Mitautor); Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen. Stuttgart 1979 (Mitautor); Taschenbuchausgabe: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt/M. 1989, als engl. Übersetzung: The Build-up of German Aggression. Oxford 1990 (im Druck); Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus – Zerstörung einer Legende. Baden-Baden 1987 (zus. mit F. Wüllner); Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates. Düsseldorf 1988; weitere Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken.

Rolf-Dieter Müller, geboren 1948, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Pädagogik in Braunschweig und Mainz, 1975 Staatsexamen, Dr. phil. (1981); seit 1979 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, Mitarbeiter der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Veröffentlichungen u.a.: Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik in der Zwischenkriegszeit (1919-1939). Boppard 1984; Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1945. Boppard 1990; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd.4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, ²1987 (Mitautor); Bd. 5/1: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941. Stuttgart 1988 (Mitautor); Chemische Kriegführung – chemische Abrüstung. Berlin 1985 (Mitherausgeber); Wer zurückweicht wird erschossen! Freiburg 1985 (Mitautor); Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte. Freiburg 1987 (Mitautor); Deutschland am Abgrund. Zusammenbruch und Untergang des Dritten Reiches 1945. Konstanz 1986 (zus. mit G.R. Ueberschär); Giftgas gegen Abd el Krim. Freiburg 1990 (zus. mit R. Kunz); weitere Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken.

Christian Streit, geboren 1942, Studium der Geschichte und Anglistik, Dr. phil. (1977); seit 1975 im Schuldienst.

Veröffentlichungen: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978, ²1980, Sozialpolitische Aspekte der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. In: W. Dlugoborski (Hg.): Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder. Göttingen 1981, S. 184-196; The German Army and the Policies of Genocide. In: G. Hirschfeld (Hg.): The Policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany. London 1986, S. 1-14.

Arnold Sywottek, geboren 1942, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Pädagogik und Germanistik, Dr. phil. (1970); wiss. Mitarb. des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; seit 1974 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u.a.: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946. Düsseldorf 1971; Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise. Bonn-Bad Godesberg 1974; Arbeiter in Hamburg. Unterschichten. Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hamburg 1983 (Mitherausgeber); Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Grossstadt seit dem Ersten Weltkrieg. Frankfurt/New York 1988 (Mitherausgeber); Die Entstehung der DDR (1945-1950). Tübingen 1989; Aufsätze zur Zeit-, Sozial- und Historiographiegeschichte.

Gerd R. Ueberschär, geboren 1943, Studium der Geschichte, Osteuropäischen Geschichte, Politikwissenschaften und Geographie in Frankfurt, 1972 Staatsexamen, Dr. phil. (1976); 1972-76 Wiss. Assistent am Historischen Seminar der Universität Frankfurt; seit 1976 Wiss. Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg; seit 1986 Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u.a.: Hitler und Finnland 1939-1941. Die deutschfinnischen Beziehungen während des Hitler-Stalin-Paktes. Wiesbaden 1978; Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940. Freiburg 1981 (zus. mit W. Wette); Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, 2. Aufl. 1987 (Mitautor); «Unternehmen Barbarossa». Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Paderborn 1984 (Hg. zus. mit W. Wette); Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Herford/Bonn 1984 (Mitautor); Wer zurückweicht wird erschossen! Kriegsalltag und Kriegsende in Südwestdeutschland 1944/45. Freiburg 1985 (Mitautor); Endlich

Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945. Freiburg 1985 (zus. mit T. Schnabel); Deutschland am Abgrund. Zusammenbruch und Untergang des Dritten Reiches. 1945. Konstanz 1986 (zus. mit R.-D. Müller); Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte. Freiburg 1987 (Mitautor); Das Dilemma der deutschen Militäropposition. Berlin 1988; Freiburg im Luftkrieg 1939-1945. Freiburg 1990; weitere Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken.

Wolfram Wette, geboren 1940, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in München, Dr. phil. (1971), Habilitation 1990; seit 1971 Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg; Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u.a.: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung. Stuttgart u.a. 1971; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen. Stuttgart 1979 (zus. mit W.Deist, H.-E. Volkmann, M.Messerschmidt); Taschenbuchausgabe: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt/M. 1989, als engl. Übersetzung: The Build-up of German Aggression. Oxford 1990 (im Druck); Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur Historischen Friedensforschung. Paderborn 1981 (Hg. zus. mit K. Holl); «Unternehmen Barbarossa». Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Paderborn 1984 (Hg. zus. mit G.R. Ueberschär); Geschichte und Frieden. Aufgaben historischer Friedensforschung. Bonn 1987; Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987, ²1988.

Personenregister

- Antonescu, Ion 201, 268
 Aretz, Jürgen 68
 Arnim, Hans-Jürgen v. 176
 Asmussen, Hans 71
- Backe, Herbert 136ff, 142, 258, 326ff
 Barth, Karl 75
 Bechler (Hauptmann) 259
 Beck, Ludwig 164, 237
 Beckmann, Max 71
 Beilmann, Christel 74
 Below, Nicolaus v. 14, 21, 231
 Bergmann 337
 Blume, Walter 193
 Blumentritt, Günther 234
 Bock, Fedor v. 89, 91, 98, 101, 106, 108, 110, 114, 171f
 Bogatsch (General) 91
 Bormann, Martin 15, 62, 76, 93, 196, 205, 276
 Bornewasser, Franz Rudolf 77f
 Brauchitsch, Walther v. 28f, 32, 34, 36, 91, 99, 106, 109ff, 113f, 163 ff, 173f, 181,192, 226, 249f, 253 f, 259
 Burckhardt, Carl J. 19,136
 Busch 91
- Canaris, Wilhelm 35, 91, 159ff, 174, 229, 301f
 Chruscev, Nikita Sergeevic 9
- Churchill, Sir Winston 96,198, 212, 214, 222, 256,274
 Chvalkovsky, Frantisek Karel 189
 Ciano, Galeazzo Graf 108
 Cripps, Sir Stafford 266
- Dekanosov, Vladimir Georgevic 51
 Dibelius, Otto 72
 Diem, Hermann 73
 Dieth, Eduard 224
 Dietrich, Otto 101
 Dill, Sir John 96
 Dirks, Walter 68
 Djilas, Milovan 207
 Dorpmüller, Julius 331
- Eberhard, Kurt 177
 Eckert, Erwin 72
 Eden, Sir Robert Anthony 119
 Eichholtz, Dietrich 128
 Erfurth (General) 91
- Falkenhorst, v. (Generaloberst) 91, 263
 Falkenstein, Sigismund Frhr. v. 31
 Fellgiebel, Erich 91
 Fest, Joachim 15
 Förster, Otto-Wilhelm 110
 Franco Bahamonde, Francisco 70
 Frank, Hans 277
 Fredborg, A. 64
 Freud, Sigmund 71

- Fricke, Kurt 30
Friedrich I. Barbarossa 58
Friedrich, Werner 75
Fromm, Friedrich 91, 107, 110, 181
Funk, Walther 331
- Gablenz, Eccard Frhr. v. 110
Galen, Clemens August Graf v. 68f., 76ff.
Gercke (General) 91, 331
Gersdorff, Rudolf Christoph Frhr. v. 104, 182, 343
Geyer, Hermann 110
Goebbels, Joseph 14, 23-26, 28, 30, 33f., 38, 40ff., 44-53, 56ff., 62, 64f., 92, 96, 112ff., 143, 200f., 203ff.
Goerdeler, Carl 163
Göring, Hermann 35f., 39, 62, 88, 91, 93f., 113, 136f., 139, 147, 168, 196, 328, 331f.
Greiffenberg, Hans v. 309
Gröber, Conrad 70
Guderian, Heinz 91, 108, 110, 176, 234
- Halder, Franz 22, 26, 28f., 31f., 35ff., 90f., 97, 99, 105-108, 111, 114f., 145f., 162, 165, 182, 192, 227, 230, 236, 248f., 278f., 282, 308
Halifax, Lord Edward 28
Handloser (Gen. Oberststabsarzt) 91
Hasse (Oberst) 308
Hassell, Ulrich v. 22, 163
Hauptmann, Gerhart 140
Hemmerich (General) 91
Hengl, Georg Ritter v. 235
Herrgott (Generalleutnant) 292
Hertel (Wachtmeister) 340
- Hesse, Kurt 47
Heusinger, Adolf 227, 230
Heydrich, Reinhard 94, 164, 177, 191ff., 198, 200, 233, 293, 307
Hild, Helmut 80
Hillgruber, Andreas 14f., 128
Himmler, Heinrich 41, 93, 178, 191, 193f., 197f., 200, 203f., 234
Hitler, Adolf 7ff., 13-22, 24-43, 46, 48-57 passim, 60-65 passim, 67ff., 73-78 passim, 80, 86-96 passim, 98-101, 103-115, 118-122, 125-132, 134, 136-142, 145f., 148, 160, 162-166, 169, 175f., 179, 185-192, 196-205, 208, 226f., 229-237, 246, 248, 269, 271ff., 276-279, 282, 291
Hoepner, Erich 91, 108, 110, 181, 251
Hopkins, Harry Lord 96
Horthy von Nagybánya, Nikolaus 201f.
Hoth, Hermann 91, 104, 180f., 283, 287, 289
Hünemann (Oberst) 331
Hutten, Kurt 71
- Jäckel, Eberhard 13
Jäger, Lorenz 77
Jeckeln (SS-Obergruppenführer) 321
Jodl, Alfred 26f., 31f., 35f., 91, 101, 112, 121, 234, 246, 280f., 283, 342
Junge, Wolf 31
- Kästner, Erich 72
Kalinin, Michail Iwanowitsch 206
Kasche, Siegfried 93
Keitel, Wilhelm 12, 24f., 31f., 34ff., 62, 75, 91, 93, 112, 114, 159f.,

- 178, 181, 196, 229, 237, 246, 248,
253, 256, 276f., 302, 305f.
- Keller, Alfred 89
 Kerri, Hanns 78
 Kesselring, Albert 89
 Kleist, v. 91
 Kluge, Günther v. 91
 Knox, Frank 95f.
 Koch, Erich 148
 Koch, Robert 200
 Körner 329, 332
 Köstring, Ernst August 35, 37
 Konev, Ivan Stepanovic 109
 Konoe, Fumimaro Fürst 95
 Kübler, Ludwig 110
 Kückler, Georg v. 28, 91
 Kuhn, Axel 14
 Kvaternik, Slavko 94, 201
- Lammers, Hans Heinrich 62, 93,
196, 200, 276
 Lange 332
 Lange, Paul 72
 Lattmann, Erich 230, 282
 Leeb, Wilhelm Ritter v. 89, 91, 98,
101, 109f., 279
 Lehmann, Rudolf 91, 162
 Lemelsen, Joachim 176, 180
 Lenhard, Hartmut 80
 Lenin, Vladimir Il'ic 103, 275, 327
 Leykauf, Hans 144, 330
 List, Wilhelm 227, 282
 Löhr, Alexander 89
 Löwenthal, Richard 211
 Lossberg, Bernhard v. 27, 31, 35,
115, 246, 280
- Mahrarens, August 74
 Mann, Thomas 71
 Manstein, Erich v. 34, 104, 180, 196,
225, 228f., 289f.
 Marcks, Erich 28, 31, 35
- Marshall, George C. 95
 Matsuoka, Yosuke 95
 Matzky (General) 91
 Maunz, Theodor 178
 Mereckov, Kirill Afanas'evic 109
 Mertens, Heinrich 68
 Mitscherlich, Alexander 237
 Molotov, Vjaceslav Michajlovic
12, 38f., 51, 90, 266f., 271, 346
 Moltke, Helmut James Graf 166,
174, 232
 Müller, Eugen 91, 162f., 173, 179,
229-232, 283, 296, 342
 Mussert, Anton Adriaan 270
 Mussolini, Benito 23f., 28, 41,
227, 268
- Nagel (Generalmajor) 331
 Napoleon, Bonaparte 133, 271f.
 Naumann, E. 314
 Nebe, A. 314
 Niemöller, Martin 75
 Nolte, Ernst 161
 Normann, v. 331
- Ohlendorf, Otto 193, 314
 Olbricht (General) 91
 Orsenigo, Cesare 73
 Oshima, Hiroshi 92, 108f., 111,
119
 Oster, Hans 164
 Osterkamp (General) 91
- Paulus, Friedrich 35, 91
 Pfeuffer, Hanns 76
 Pirow (südafrik. Verteidigungsmi-
nister) 189
 Piscator, Erwin 71
- Raeder, Erich 32, 36, 91
 Rarkowski, Franz Justus 77, 82
 Rasch (SS-Oberführer) 314

- Reichenau, Walter v. 103f., 172, 180f., 196, 225f., 229, 284-287, 291, 320
- Reinecke, Hermann 91,159,173f., 234, 297, 309
- Reinhardt, Georg-Hans 108
- Remarque, Erich Maria 72
- Renner, Karl 219
- Ribbentrop, Joachim v. 12, 27, 36, 38, 51f., 58, 94, 100, 109, 121, 202, 272f.
- Richter, Friedrich 143
- Röttiger, Hans 234
- Rommel, Erich 109
- Roosevelt, Franklin D. 96, 198, 214f., 280
- Rosenberg, Alfred 62, 93, 137, 143, 147f., 179, 196, 230, 277f., 331,345
- Rossaint, Joseph C. 70
- Rundstedt, Gerd v. 25, 89, 91, 98, 226, 234, 284, 286
- Sauckel, Fritz 119, 148
- Scavenius, Erik v. 109, 121
- Scerbakov, A.S. 103
- Schenckendorff, v. (General) 322
- Schmidt (Hauptmann) 296
- Schmidt, Rudolf 340
- Schmitt, Carl 178f.
- Schmundt, Rudolf 27, 234
- Schobert, v. 91
- Schubert (Gen. Lt. d. L.) 256
- Schulenburg, Friedrich Graf v. d. 51, 271
- Schwarz, Hans-Peter 220
- Schwinge (Ministerialregistrator) 329, 332
- Seraphim (Oberkriegsverwaltungsrat, Prof.) 338
- Siewert, Curt 228
- Six, Franz A. 94
- Sodenstern, Georg v. 25
- Sonnenschein, Carl 69
- Sorge, Richard 102
- Speer, Albert 25, 118f.
- Sponeck, Hans Graf v. 110
- Stahlecker, Walther 314
- Stalin, Josif Vissarionovic 8f., 13, 20f., 23-27, 30, 34, 39f., 46, 48, 54, 61, 90, 96, 98, 103f., 116, 119 ff., 130, 132, 146, 206-209, 211f., 215f., 221, 230, 271f., 275, 291, 327
- Stimson, Henry Lewis 95
- Strauss, Adolf 91, 110
- Stülpnagel, Karl-Heinrich v. 91, 181
- Sztójay, Döme 203
- Thomas (SS-Brigadeführer) 314
- Thomas, Georg 31, 35, 39, 91, 137f., 142, 144, 331, 338
- Timosenko, Semen Konstantinovic 99ff., 109
- Tippelskirch, v. 251
- Todt, Fritz 107, 118
- Tödt, Heinz-Eduard 80f.
- Trevor-Roper, Hugh R. 13
- Trommershausen, Alfred 76
- Trotha, v. (Major) 27
- Truman, Harry S. 219, 222
- Wagner 24, 91, 107, 164, 168f., 171, 177, 192, 230, 233, 286f., 309
- Walther, Gebhardt v. 37
- Warlimont, Walter 31, 36, 46, 91, 162, 246, 259, 283, 342
- Wedel, Hasso v. 46
- Weichs, v. 91
- Weigand (General) 331
- Weizsäcker, Ernst Frhr. v. 25, 36, 38, 134

Werner, Friedrich 74	Wolker, Ludwig 74, 77
Werthmann, Georg 67	Wood (am. General) 265
Wilhelm, Hans-Heinrich 195	Wurm, Theophil 75, 77, 79, 83
Wilhelm II. 272	
Winter (Kanzleiangestellte) 309	Zeitzier, Kurt 236
Wolfert (Kanzleiangestellte) 307	Zukov, Georgij K. 101ff., 109

**Wilhelm Deist,
Manfred Messerschmidt,
Hans-Erich Volkmann,
Wolfram Wette
Ursachen und Voraus-
setzungen des
Zweiten Weltkrieges**



Band 4432

Der Unterschied zwischen Kriegen- und Militärgeschichte liegt darin, daß die klassische Kriegsgeschichte Schlachten und Aufmarschpläne beschreibt, wohingegen eine moderne kritische Militärgeschichte

den unauflösbaren Zusammenhang zwischen politischen, militärischen, sozio-ökonomischen und mentalitäts-geschichtlichen Bereichen darstellt. Das vorliegende Buch ist ein Beispiel für diese moderne Sichtweise.

In vier umfangreichen Beiträgen untersucht dieser Band die Kriegsvorbereitungspolitik des nationalsozialistischen Regimes auf den Gebieten der Propaganda, der Innenpolitik, der Wirtschaftsplanung, der Aufrüstung und der Außenpolitik.

Sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik konnte – im Hinblick auf die deutsche Geschichte vor 1933 – eine dichte Kontinuität konstatiert werden: ein wichtiger Ansatz dieses Buches. Dieser Band beschäftigt sich darüber hinaus mit dem Herrschaftsgefüge des NS-Staates, mit Hitlers Führungsstil und mit der Art und Weise, in der er sein Programm realisierte.

In einer abschließenden Betrachtung ziehen die Autoren aus den Ergebnissen ihrer Untersuchungen ein gemeinsames Fazit.

Fischer Taschenbuch Verlag

Hitler-Stalin-Pakt 1939

Das Ende Ostmitteleuropas?

Mit Beiträgen von
*Rolf Ahmann, Heino Arumäe,
Armin Heinen, Jörg K. Hoensch,
Kalervo Hovi, Erwin Oberländer
und Gert von Pistohlkors*

Herausgegeben von
Erwin Oberländer



Band 4434

Am 23.8.1939 schlossen das Deutsche Reich und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt, der mit seinem (von der sowjetischen Regierung noch heute geheimgehaltenen) Zusatzprotokoll als Hitler-Stalin-Pakt in die Geschichte eingegangen ist. Die-

ser brachte jedoch keinen Frieden, sondern Krieg: Eine Woche später überfielen deutsche Truppen das Nachbarland Polen - der Zweite Weltkrieg war entfesselt. Seither ist die Diskussion um diesen Vertrag nicht zur Ruhe gekommen. Die Politik der Großmächte im Sommer 1939 steht in Ost und West im Mittelpunkt des Interesses. Die Autoren dieses Bandes fragen deshalb bewußt nach dem Schicksal jener Staaten, die auf den Inhalt des Paktes keinen Einfluß hatten, von dessen Auswirkungen aber unmittelbar betroffen wurden. Denn die deutsch-sowjetische »Erwerbsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« zerstörte 1939/40 die selbständige Existenz einer ganzen europäischen Region: Polen wurde unterworfen und erneut geteilt; Estland, Lettland und Litauen verschwanden von der Landkarte Europas; Finnland entging im Winterkrieg diesem Schicksal nur knapp, wurde aber ebenso wie Rumänien zur Abtretung wichtiger Teile des Staatsgebietes gezwungen.

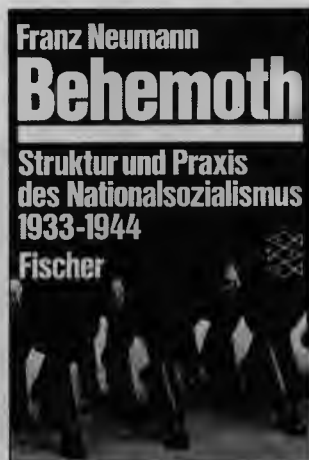
Das Ende Ostmitteleuropas zeichnete sich ab, zumal die betroffenen Völker auch nach dem Krieg keine Chancen erhielten, ihre staatliche Selbständigkeit in Freiheit weiterzuentwickeln. Wie aktuell die bei uns weitgehend vergessenen Folgen des Hitler-Stalin-Paktes in Ostmitteleuropa sind und welche Emotionen sie vor allem unter Esten, Letten, Litauern und Polen gerade in jüngster Zeit zu wecken vermochten, zeigt dieser Band.

Fischer Taschenbuch Verlag

Franz Neumann

Behemoth

Struktur und Praxis
des National-
sozialismus 1933 – 1944



Band 4306

Franz Neumanns »Behemoth« erschien zuerst 1942 bei der Oxford University Press.

Nach wie vor ist Neumanns umfassendes und kenntnisreiches Werk eine einzigartige Herausforderung für die Faschismusinterpretation. Mit ihm liegt jetzt endlich eines der wenigen Bücher in deutscher Übersetzung vor, die einen theoretisch und politisch gleich ergiebigen, dazu durchaus nicht schwer verständlichen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte leisten.

Ernst Nolte nannte das Werk die kenntnisreichste und umfassendste Analyse des Nationalsozialismus, die bislang erschienen ist. Wenn auch heute in Teilbereichen exaktere Einzelkenntnisse vorliegen, die in Neumanns Pionierarbeit noch nicht berücksichtigt werden konnten, so sind doch alle von ihm angesprochenen Grundfragen der Faschismusinterpretation und der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sogenannter sozialstaatlicher Massendemokratien aktuell geblieben.

Fischer Taschenbuch Verlag

Walter H. Pehle (Hg.)

Der Judenpogrom 1938

Von der »Reichskristallnacht«
zum Völkermord

Mit Beiträgen von
Uwe Dietrich Adam,
Avraham Barkai, Wolfgang Benz,
Hermann Graml, Konrad Kwiet,
Trude Maurer, Hans Mommsen,
Jonny Moser, Abraham J. Peck und
Wolf Zuelzer



Band 4386

In der Nacht zum 10. November 1938 brannten fast alle noch verbliebenen Synagogen kontrolliert ab – kontrolliert von der Feuerwehr, die darauf zu achten hatte, daß das Eigentum »arischer« Nachbarn keinen Schaden nahm, in Brand gesteckt von bierseligen Parteigenossen auf höheren Befehl. In derselben Nacht wurden an die 100 Menschen ermordet, nur weil sie Juden waren. Rund 30 000 wohlhabende Juden wurden aus ihren Häusern geprügelt und in Konzentrationslager verschleppt; viele von ihnen kamen nicht mehr zurück. Und in derselben Nacht wurden an die 7500 Geschäfte jüdischer Mitbürger demoliert und vielfach geplündert.

Diese Ereignisse, für die das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris den Vorwand lieferte, mit dem zynischen Begriff »Reichskristallnacht« zu belegen, heißt, Mord, Totschlag, Brandstiftung, Raub, Plünderung und Sachbeschädigung zu einer funkelnden, glänzenden Veranstaltung umzuinterpretieren und einer böseartig verharmlosenden Erinnerung Vorschub zu leisten. Der vorliegende Band betrachtet den Judenpogrom 1938 nicht isoliert als Einzelphänomen, sondern im Gesamtzusammenhang der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit als eine Etappe auf dem Weg zur »Endlösung der Judenfrage«.

Fischer Taschenbuch Verlag

Der historische Ort des Nationalsozialismus

Annäherungen

Herausgegeben von Walter H. Pehle



Band 4445

Mit Beiträgen von
Dirk Blasius, Dan Diner,
Saul Friedländer, Raul
Hilberg, Hans Mommsen,
Lutz Niethammer,
Wolfgang Schieder und
Heinrich August Winkler

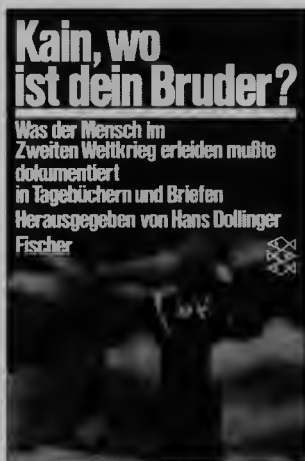
Der sogenannte Historikerstreit über die Frage nach der »Einmaligkeit« und »Vergleichbarkeit« der Massenverbrechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verübt worden sind, ist nach einer turbulenten Phase im Sande verlaufen. Die Experten haben sich zurückgezogen, die Öffentlichkeit ist zur Tagesordnung übergegangen. Der Historikerstreit war nicht nur inhaltlich mit seinen komplexen Argumentationsketten über die Köpfe des breiten Publikums hinweggegangen, sondern hatte sich im innenpolitischen Machtkampf um politische Positionen zum Teil auch vom eigentlichen Thema entfernt.

Mit den vorliegenden Texten versuchen acht renommierte Historiker aus dem In- und Ausland, die unterbrochene Debatte wieder ingangzusetzen und gleichzeitig zu versachlichen. Es erweist sich, daß die Suche nach den Zusammenhängen, nach dem historischen Ort des Nationalsozialismus mit seinem Kernereignis Auschwitz keineswegs abgeschlossen ist. Vielmehr bedarf es weiterhin einer Fortsetzung der Auseinandersetzungen *nach* dem Historikerstreit.

Fischer Taschenbuch Verlag

**Kain, wo
ist dein Bruder?**
Was der Mensch im
Zweiten Weltkrieg
erleiden mußte -
dokumentiert in
Tagebüchern und
Briefen

Herausgegeben von
Hans Dollinger



Band 4374

Die offizielle, statistische Seite des Zweiten Weltkrieges wird von der Geschichtswissenschaft seit Jahren intensiv erforscht. Darum gibt es sehr genaue Informationen darüber, wie Politiker agiert haben, welche Schlachten ausgetragen wurden und wie viele Todesopfer sie gefordert haben. Die individuellen Erfahrungen der betroffenen Einzelpersonen, die den Krieg ohne die geringsten Chancen auf Eigeninitiative im wahrsten Sinne des Wortes erleiden mußten, wurden dabei immer zu wenig berücksichtigt.

Wie erlebten sie diesen Krieg? Wie sah der Alltag des Frontsoldaten aus? Wie lebte die Zivilbevölkerung mit der Angst vor dem Tod? Diese Fragen beantwortet das vorliegende Buch. Es läßt endlich Menschen zu Wort kommen, die an der Front, in bombadierten Städten, in Lagern und Gefängnissen, machtlos einer zynischen Politik des Tötens ausgesetzt waren.

Hans Dollinger setzt sich seit Jahren mit dem Thema Zeitgeschichte auseinander. Er hat für dieses Werk Tagebücher und Briefe von Betroffenen gesammelt. So entstand eine Dokumentation, die als »Lesebuch des Leidens der Menschen im Zweiten Weltkrieg« bezeichnet werden könnte.

Fischer Taschenbuch Verlag

Justizalltag im Dritten Reich

Herausgegeben von
Bernhard Diestelkamp
und Michael Stolleis



Band 4396

Wer heute nach der Rolle der Justiz im Nationalsozialismus fragt, erhält widersprüchliche Antworten. Unbestritten ist jedoch: Die konservativ-bürgerlich gestimmte und von hohem Berufsethos getragene Justiz des Weimarer Staates wechselte 1933 schnell und gehorsam in den NS-Staat, trug das System bis zum Ende mit und hinterließ – unbeachtet bleibt hier die Militärgerichtsbarkeit – eine breite Spur von 32 000 Todesurteilen sowie von zahllosen rassistischen und politisch-repressiven Entscheidungen. Den »Tätern in der Robe« wurde in der Bundesrepublik Deutschland kein Haar gekrümmt. Sie durchliefen die »Entnazifizierung« und machten Karriere. Die obersten Bundesgerichte knüpften ausdrücklich an Rechtsprechung und richterliches Selbstverständnis ihrer Vorgänger (Reichsgericht, Reichsverwaltungsgericht, Reichsfinanzhof, Reichsversicherungsamt) wieder an. Der vorliegende Band, eine vom Fachbereich Rechtswissenschaft und der Jüdischen Gemeinde veranstaltete Vorlesungsreihe an der Universität Frankfurt, gibt Antworten auf die Fragen nach der »Unabhängigkeit« der NS-Richter, nach der Rolle der Verwaltungs- und Finanz-, Zivil-, Straf- und Arbeitsgerichte, nach der »Entnazifizierung« der Richter und nach dem Umgang der Justiz mit ihrer eigenen Vergangenheit.

Fischer Taschenbuch Verlag

Raul Hilberg

Die Vernichtung der europäischen Juden



3 Bände in Kassette: 4417

Wenn das Wort »Standardwerk« überhaupt noch einen Sinn hat, dann muß man Hilbergs berühmte Gesamtgeschichte des Holocaust als solches bezeichnen. Das Buch ist 1961 in den USA herausgekommen und wurde erst 1982 in deutscher Sprache vorgelegt - von einem kleinen Berliner Verlag. Erneut auf den aktuellen Stand gebracht und wiederum erweitert, liegt es nun in dieser dreibändigen Taschenbuchausgabe vor.

Das Thema dieses Werkes sind die Täter, der Plan, das Tat-schema, die Tat selbst, ihre Vor-

bereitung und Durchführung. Mit »Kühle und Präzision, die den großen Chronisten auszeichnen« (SZ), weist Hilberg die Verwicklung und Beteiligung der Führungseliten in Staatsverwaltung, Industrie und Wehrmacht bei der Judenvernichtung nach. Nachgewiesen wird auch die funktionale Hingabe des durchschnittlichen Bürokraten, Reichsbahnners, Polizisten und Soldaten an das Ausrottungswerk. Und es kommt ein Täter-typus zum Vorschein (der auch namentlich genannt wird), der nach 1945 nie einem Richter begegnet ist: der preußische General, der national konservative Ministerialbeamte, der Diplomat, Jurist, Industrielle, Chemiker und Arzt.

Hilberg hat das Material für sein Buch sein Leben lang gesammelt und ergänzt. Er gilt wohl als der beste Kenner der Quellen, die zum größten Teil von den Tätern stammen. Sie haben - gründlich, wie sie waren - die Beweise ihres Mordhandwerks hunderttausendfach abgeheftet - mit Briefkopf und Dienstsiegel.

Die vorliegende Gesamtgeschichte des Holocaust ist »... Quelle für den Spezialisten, Analyse für den Theoretiker und Geschichtsbuch ohnegleichen für das allgemeine Publikum« (Sunday Times).

Fischer Taschenbuch Verlag

Wolfgang Benz
Herrschaft und Gesellschaft
im nationalsozialistischen Staat
Studien zur Struktur-
und Mentalitätsgeschichte



Band 4435

Absicht des Autors ist es, mit den hier zusammengefaßten Studien wesentliche Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft zu verdeutlichen. Diese Studien sind in den letzten Jahren entstanden und basieren auf neuesten Erkenntnissen zur modernen Struktur- und Mentalitätsgeschichte des Nationalsozialismus, die der Autor als langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte zum Teil selbst erforscht, zum Teil aus der übergroßen Literatur der letzten Zeit herausdestilliert hat. So gesehen, ist dieses Buch ein gelungenes Beispiel dafür, wie wissenschaftliche Ergebnisse einem (über die eigentliche historische »Zunft« hinausgehenden) breiten interessierten Publikum nahegebracht werden können – ein Beitrag zur historisch-politischen Aufklärung.

Die Mehrzahl der Beiträge wurden für diese Buchfassung überarbeitet, einige wurden stark erweitert, zwei eigens für diesen Band geschrieben. Allen ist die Art des Zugangs zu den Themenstellungen und zu den Darbietungen gemeinsam.

Fischer Taschenbuch Verlag

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben von Wolfgang Benz

Aus Anlaß der 40. Wiederkehr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird dieses vierbändige Werk der Öffentlichkeit vorgelegt. Es handelt sich um die aktualisierte Neuausgabe des erstmals 1983 erschienenen Werkes »Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden«. Die Gesamtdarstellung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Form historischer Längsschnitte bot gegenüber anderen Darstellungsformen Vorteile. Zum einen konnten kompetente und spezialisierte Autoren für das Projekt gewonnen, zum anderen die Themenstellungen an den Problemen der Gegenwart orientiert werden. Das Ergebnis ist daher nicht nur der Blick zurück, sondern eine Geschichtsschreibung, die zum Verständnis unserer Zeit beiträgt. Die Verbindung von politischer Geschichte und Sozialgeschichte ist Leitmotiv des Werkes. Die Auswahl der Themen spiegelt diese Absicht wider. Hier wird erstmals der Versuch unternommen, Aspekte wie Freizeit, Sport und Wohnen oder Bereiche wie Jugend und Frauen mit der gleichen Intensität (und Kompetenz) in den Rahmen einer Gesamtdarstellung einzubringen wie die



Vier Bände in Kassette
Band 1/4420: Politik
Band 2/4421: Wirtschaft
Band 3/4422: Gesellschaft
Band 4/4423: Kultur

klassischen Themen Recht und Justiz, Außenpolitik oder Literatur, Bildende Kunst und Theater oder Wirtschaftsordnung, Gewerkschaften und Sozialpolitik. Die Beiträge der mehr als 40 Fachleute fügen sich mit ihren Beigaben (Literaturverzeichnissen, Anmerkungen, Chroniken, Tabellen, Grafiken und Abbildungen) zu einem Nachschlagewerk von höchstem Gebrauchswert zusammen.

Fischer Taschenbuch Verlag

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen
Herausgegeben von
Wolfgang Benz
Aktualisierte Ausgabe



Band 4446

Mit Beiträgen von
Ino Arndt, Wolfgang Benz,
Ulrich Chaussy, Gerhard
C. Deiters, Barbara Distel,
Hermann Gilbhard, Holger
Goblirsch, Hermann Graml,
Michael Haller, Gert
Heidenreich, Giovanni di
Lorenzo, Claus Heinrich
Meyer, Herbert Riehl-Heyse,
Hans Sarkowicz, Angelika
Schardt, Hermann Weiß und
Juliane Wetzell

Der vorliegende Band informiert zuverlässig über Hintergründe und die unübersichtlichen Erscheinungsformen der rechtsextremen politischen Szene. Die rasanten Wahlerfolge auf der Rechten zeigen drastisch, daß dieser Bereich von niemandem mehr verleugnet oder bagatellisiert werden kann. Es besteht Anlaß zu kluger und besonnener Wachsamkeit und zum politischen Handeln.

Es hat sich gezeigt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland immer noch oder wieder Menschen gibt, die – ohne (Berufs-) Perspektiven und/oder bedroht, aufgeschreckt von diffusen Ängsten vor der Zukunft – angesichts der immer schwieriger zu bewältigenden Probleme unserer Zeit dazu neigen, radikalen und simplen Lösungen den Vorzug zu geben – Lösungen, die in Wirklichkeit keine sind. Außerdem zeigt sich, daß die Aufarbeitung des nationalsozialistischen Terrorsystems bis heute – trotz der Vielzahl der inzwischen vorliegenden Literatur – noch nicht wirklich und wirkungsvoll geleistet worden ist: Der Schoß ist fruchtbar noch... Erfahren analysierende Historiker und akribisch, vielfach vor Ort arbeitende Journalisten haben in diesem Buch sachliche Informationen zur politischen Bildung zusammengetragen, die selbst sogenannten eingeweihten Kreisen manche Überraschung bringen werden.

Fischer Taschenbuch Verlag

Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1945

Herausgegeben
von Carola Stern
und Heinrich A. Winkler

Mit Beiträgen von
Jürgen Kocka, Eberhard Kolb,
Wolfgang J. Mommsen,
Wolfgang Schieder,
Gottfried Schramm und
Heinrich A. Winkler

Wendepunkte deutscher Geschichte

1848-1945

Herausgegeben von Carola Stern
und Heinrich A. Winkler



Mit Beiträgen von
Jürgen Kocka · Eberhard Kolb
Wolfgang J. Mommsen · Wolfgang Schieder
Gottfried Schramm · Heinrich A. Winkler

Fischer

Band 3421

In jüngster Zeit wird aus unterschiedlichen Gründen – seien es Aktionen von Terroristen oder die Bekämpfung ihrer Gewalttaten, die Handhabung

des sogenannten Radikalenerlasses oder der Streit um die Verjährung von Mord – immer wieder die Frage gestellt, wie demokratisch die Bundesrepublik Deutschland eigentlich ist. Diese Frage wird regelmäßig verknüpft mit dem Hinweis auf die »deutsche Vergangenheit«, womit in erster Linie die Zeit des Nationalsozialismus gemeint ist.

Das »Dritte Reich« war kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte. Darin sind sich die meisten Historiker einig. Aber ist deshalb der Umkehrschluß erlaubt, Hitlers Machtübernahme sei ein notwendiges Ergebnis der politischen Entwicklung Deutschlands gewesen? Gab es nicht doch Wendepunkte, an denen Geschichte auch anders hätte verlaufen können? Und: Sind jene Traditionen, die den 30. Januar 1933 möglich machten, heute noch wirksam oder gehören sie inzwischen der Vergangenheit an?

Das vorliegende Buch ist ein Versuch, diese Fragen zu beantworten. Im Mittelpunkt steht das Problem, warum Deutschland einen anderen Weg gegangen ist als die großen westeuropäischen Demokratien.

Fischer Taschenbuch Verlag